Bochumer Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

No. 8

Germinal

Aus dem Inhalt:

Zur Geschichte der »Amigos de Durruti«

Mujeres Libres – anarchistische Frauen in Revolution und Widerstand

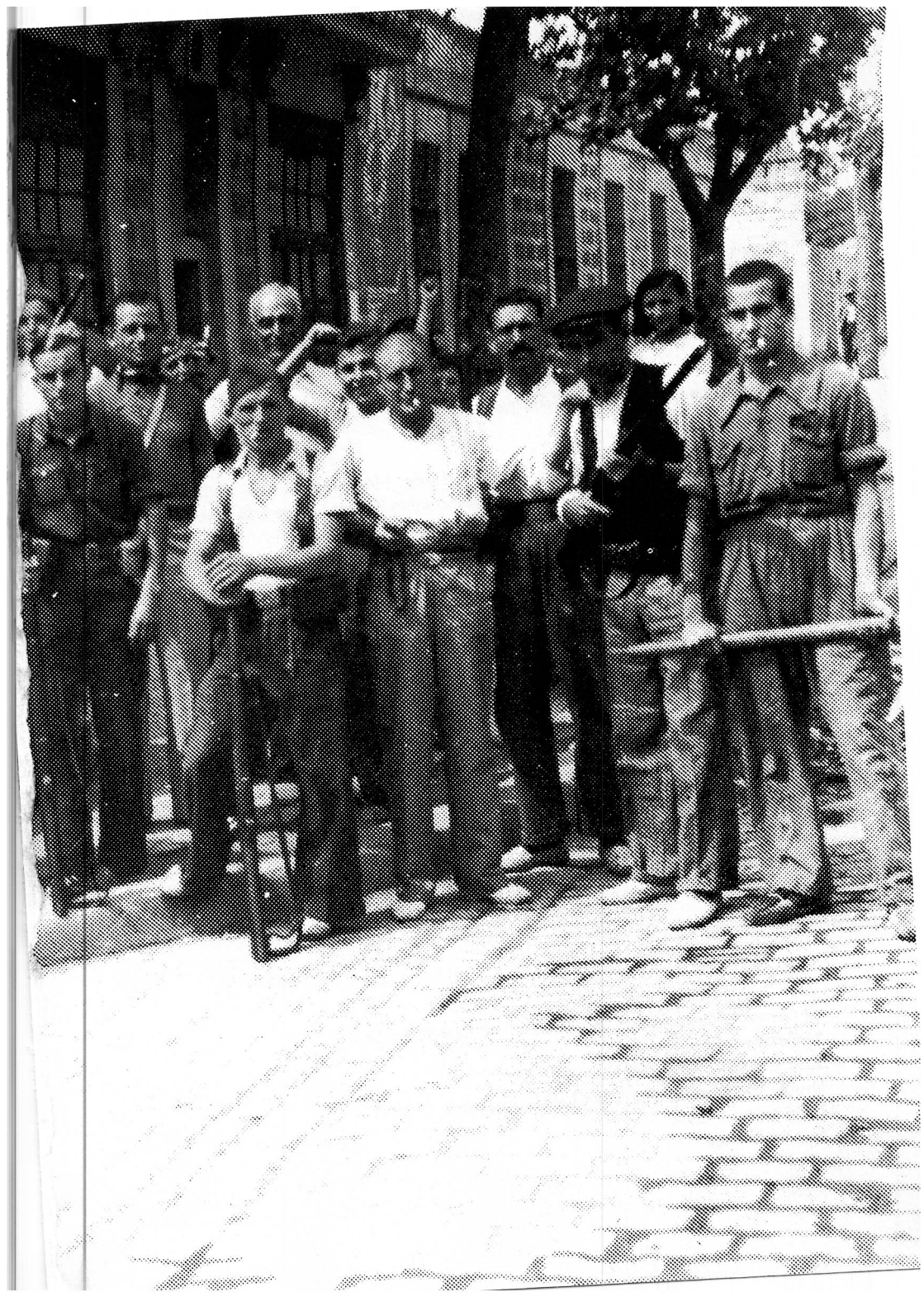
Zeitungsinterview mit Carl Einstein aus dem Jahre 1938

Das Buch der Abschaffungen. Bericht über nachgelassene Aufzeichnungen von Karl Korsch

Der Mann der nicht B. Traven war. Zur Biographie Robert Bek-grans

Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede

BARRICADA
DE LA
C.N.T. F.A.
A.I.T.



Bochumer ARCHIV für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Redaktion: Wolfgang Braunschädel, Jörg Hausmann, Johannes Materna

Anschrift der Redaktion: Wolfgang Braunschädel
Oskar-Hoffmann-Straße 121
D-4630 Bochum 1
Tel.: 0234/330756

Umschlagentwurf: Renate Schürmann

Das **ARCHIV** kann abonniert werden; da die Herausgeber sich weder hinsichtlich des Umfangs noch der Erscheinungsweise bestimmten Regeln unterwerfen, werden die Hefte mit einer Preisermäßigung von 20% einzeln berechnet.

© Germinal Verlag GmbH, Friederikastr. 38, D-4630 Bochum 1
1. Auflage 1987
Satz: Germinal Verlag
Druck: Werkstatt für Druck & Grafik, Osnabrück
ISBN 3-88663-408-6
ISSN 0177-9400

Bochumer ARCHIV für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Inhalt

Zu diesem Heft 4

Walther L. Bernecker
»Reiner« oder »syndikalistischer« Anarchismus? Zum Spannungsverhältnis libertärer Organisationen in Spanien 13

Hans Schafranek / Werner Wögerbauer
»Nosotros, Agentes Provocadores.« Anmerkungen zur Geschichte der »Amigos de Durruti« 33

Sabine Behn / Monika Mommertz
»Wir wollen eine bewußte weibliche Kraft schaffen.« Mujeres Libres – anarchistische Frauen in Revolution und Widerstand 53

Reinhold Görling
»Weil ich die Monotonie eines faschistischen Europa nicht aushalten will ...« (Vorbemerkungen zu einem Zeitungsinterview mit Carl Einstein aus dem Jahre 1938) 69
Sebastià Gasch: Einige sensationelle Erklärungen von Carl Einstein 72

Ulrich Linse / Michael Rohrwasser
Der Mann, der *nicht* B. Traven war. Zur Biographie Robert Bek-grans 75

Michael Buckmiller
Anmerkungen zu Heinz Langerhans und seinem Bericht über das »Buch der Abschaffungen« von Karl Korsch 99

Heinz Langerhans
Das Buch der Abschaffungen. Bericht über nachgelassene Aufzeichnungen von Karl Korsch 107

Andreas Müller
Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik 121

Manfred Grieger
»Der Betreuer muß der von den Ausländern anerkannte Herr sein.« Die Bochumer Bevölkerung und die ausländischen Arbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge 1939–1945 155

Willy Buschak
Kellner im Widerstand 165

Rezensionen und Hinweise 175

Zu diesem Heft

I

Das Interesse am spanischen Bürgerkrieg und an der spanischen Revolution scheint ein Jahr, nachdem auch die populären Medien in mehr oder weniger sachgerechter Form über die fünfzig Jahre zurückliegenden Ereignisse berichteten, wieder auf einen kleinen Kreis von Experten und/oder politisch Interessierten beschränkt zu sein. Die ersten vier Beiträge des vorliegenden »Archiv« versuchen auf unterschiedliche Art und Weise, verschiedene Aspekte des damaligen Geschehens festzuhalten.

Das herausragende Interesse, das die revolutionären Ereignisse besonders der Monate zwischen dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Sommer 1936 und dem Sommer 1937 verdienen, verdankt sich in erster Linie dem spezifischen Einfluß, den die anarchistische und anarchosyndikalistische Arbeiterbewegung in Spanien hatte. **Walther L. Bernecker** gibt in seinem Beitrag einen Abriß der geschichtlichen Entwicklung der libertären Organisationen Spaniens, wobei der Schwerpunkt, der Bedeutung der Ereignisse entsprechend, auf die Diskussionen und Auseinandersetzungen in den dreißiger Jahren gelegt wird. Unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zwischen dem stärker industrialisierten Norden Spaniens und dem eher ländlichen Süden kommt Bernecker zu dem Ergebnis, daß die spanische libertäre Bewegung von Beginn an keine einheitliche, in sich kohärente Orientierung besaß. Die Erkenntnis dieses Faktums bildet nicht nur die Basis für einen realistischen, entmythologisierenden Blick auf den spanischen Anarchismus bzw. Anarchosyndikalismus, sondern liefert auch einen Erklärungsansatz für die Tatsache, daß die inneren Widersprüche in der spanischen libertären Bewegung schon bald nach den ersten Erfolgen gegen die frankistische Erhebung im Sommer 1936 in aller Deutlichkeit zum Vorschein kamen. In dem Maße, in dem von dem in dieser Zeit sich rapide entwickelnden bürokratischen Apparat der CNT/FAI eine Schwerpunktverlagerung von den Zielen der sozialen Revolution auf die Erfordernisse einer rein militärischen Auseinandersetzung vorgenommen wurde, entwickelte sich eine inneranarchistische Opposition, die allerdings weithin von marginaler Bedeutung bleiben sollte.

Hans Schafranek und **Werner Wögerbauer** beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit der Organisation, die in dieser Zeit zum wohl wichtigsten Träger oppositioneller Ideen und Vorstellungen wurde: den »Amigos de Durruti«. Diese Gruppierung hatte sich im Frühjahr 1937 aus Opposition gegen die schon im Herbst 1936 begonnene und alsbald von der CNT/FAI-Führung unterstützte Militarisierung auch der anarchosyndikalistischen Milizen gebildet. Sie vertrat ein sozialrevolutionäres Programm, das an die Hoffnungen vom Juli 1936 anknüpfte, ohne dem traditionellen apolitischen Verhalten Tribut zu zollen, in das sich manche Anarchosyndikalisten angesichts der reformistischen Politik ihrer Führung zurückzogen. Den größten Einfluß in ihrer nur kurzfristigen Existenz erreichten die »Amigos de Durruti« während der Maikämpfe 1937 in Barcelona, an denen sie sich an vorderster Front beteiligten. Nach den Maiereignissen, die zum sichtbarsten Ausdruck der sich immer stärker wandelnden Machtverhältnisse im republikanischen Teil Spaniens wurden, sahen sich nicht nur die »Amigos de Durruti«, sondern die libertäre Bewegung insgesamt endgültig in die Defensive gedrängt; für die »Amigos de Durruti« hatte dies alsbald die organisatorische Auflösung zur Folge.

Mit einer anderen libertären Organisation, die bei den Autoritäten von CNT und FAI auf wenig Gegenliebe stieß, befassen sich **Sabine Behn** und **Monika Mommertz**. Die »Mujeres

Libres« entwickelten sich seit Anfang 1936 – noch vor Ausbruch des Bürgerkrieges – im Zusammenhang mit der Herausgabe der gleichnamigen Zeitschrift, von der im Laufe der nächsten Jahre insgesamt dreizehn Hefte erschienen, zu einer Bewegung, die eigenständige Positionen zur Frauenfrage entwickelte. In einer traditionell stark patriarchalisch strukturierten Gesellschaft kollidierten auch in der libertären Bewegung theoretische Erkenntnisse zur Frauenfrage mit ihrer praktischen Umsetzung im konkreten Alltagsleben. Mit Beginn des Bürgerkrieges sahen sich die »Mujeres Libres« in der eigenständigen emanzipatorischen Interessen nicht unbedingt dienlichen Situation, ihre Kritik am autoritären Gehabe ihrer patriarchalischen Umwelt mit den Erfordernissen des Kampfes gegen die Truppen Francos verbinden zu müssen. Auch wenn die von »Mujeres Libres« entwickelten theoretischen und praktischen Positionen aus der historischen Rückschau in vielerlei Hinsicht widersprüchlich erscheinen, kommt ihnen doch das Verdienst zu, auch das libertäre Lager mit der Infragestellung tradierter patriarchaler Verhaltensweisen konfrontiert zu haben.

Von **Carl Einstein**, der sich schon frühzeitig den anarchosyndikalistischen Milizen angeschlossen hatte, sind aus der Zeit, die er in Spanien verbracht hat, bisher nur zwei Texte bekannt geworden. Einstein hatte mit dem zuerst 1912 in Buchform veröffentlichten Text »Bebuquin oder die Dilettanten des Wunders« eines der wichtigsten Werke des deutschen Expressionismus vorgelegt und sich später mit seiner Arbeit über »Negerplastik« (1916) und besonders mit seiner »Kunst des 20. Jahrhunderts« (1926) einen Namen gemacht. Bereits 1928 war er nach Frankreich emigriert, wo er sich in der Folgezeit in dem erst 1973 aus dem Nachlaß veröffentlichten Manuskript »Die Fabrikation der Fiktionen« in beißender Schärfe mit der Figur des modernen Intellektuellen auseinandersetzte. Für Einstein war sein Engagement auf Seiten der Anarchosyndikalisten mit der Hoffnung verbunden, im Prozeß der sozialen Revolution einer die von der sozialen Realität abgetrennten Erfahrungen des Intellektuellen transzendierenden kollektiven Welterfahrung beizuwohnen. In dem hierzulande bisher unbekannten, von **Reinhold Görling** übersetzten, eingeleiteten und kommentierten Interview, das Sebastià Gasch mit Carl Einstein geführt und im Mai 1938 in der katalanischen Zeitschrift »Meridià« veröffentlicht hat, kommen beide Aspekte zum Ausdruck: die Kritik an der funktionalen Belanglosigkeit des Intellektuellen und die Hoffnung auf Erfahrungen, in denen eine neue Kollektivität durchschimmert. Im Juli 1940, mehr als ein Jahr, nachdem er Spanien verlassen mußte, hat sich Carl Einstein auf der Flucht vor seinen deutschen Landsleuten in Südfrankreich das Leben genommen.

Robert Bek-gran ist in seinem Leben zweimal in besonderer Weise publizistisch hervorgetreten. Zum einen mit der 1920 in Nürnberg erschienenen Broschüre »Vom Wesen der Anarchie«, die jahrelang von den unterschiedlichsten Autoren Ret Marut alias B. Traven zugeschrieben wurde und zum anderen mit der von ihm 1938/39 in New York herausgegebenen Zeitschrift »Gegen den Strom«. **Ulrich Linse** und **Michael Rohrwasser** unternehmen in ihrem Beitrag einen ersten Versuch, Leben und Wirken Robert Bek-grans nachzuzeichnen, soweit dies die nur spärlich vorliegenden Materialien zulassen. Bek-gran gehörte zu jenen Intellektuellen, die durch das Erlebnis des Weltkrieges und die revolutionären Nachkriegsereignisse politisiert wurden, ohne ihre Hoffnungen auf einen grundlegenden Umsturz der Verhältnisse in den Programmen der politischen Parteien und Organisationen aufgehoben zu sehen. Eingebunden in das organisatorische Spektrum der linksbürgerlichen Jugendbewegung und einem stark kulturkritisch orientierten Anarchismus verpflichtet, zog Bek-gran mit seiner frühen Emigration in die Vereinigten Staaten die Konsequenz aus einer ihm nach der Ernüchterung der revolutionären Hoffnungen perspektivlos erscheinenden Situation. Mit seiner an einem unorthodoxen Sozialismus ausgerichteten Zeitschrift »Gegen den Strom«, in der Auto-

ren verschiedenster Provenienz zu Wort kamen und die ihrem Selbstverständnis nach sowohl antifaschistisch als auch antistalinistisch orientiert war, griff er noch einmal, wenn auch eher am Rande, in das politische Geschehen ein.

Karl Korsch, dessen die marxistische Dogmatik selbstkritisch reflektierende Schriften in den sechziger und siebziger Jahren wichtige Denkanstöße lieferten, gehört mittlerweile, nach den vielfach beschworenen Krisen des Marxismus, so scheint es zumindest, schon wieder zu den Vergessenen. Nicht zuletzt dies dürfte mit dazu geführt haben, daß der ohne Zweifel wichtige Nachlaß Korschs bisher weitgehend unveröffentlicht geblieben ist. Ein Hauptstück dieses Nachlasses bildet das Mitte der fünfziger Jahre im amerikanischen Exil abgefaßte »Buch der Abschaffungen«. Zehn Jahre später, Mitte der sechziger Jahre, hatte der Korsch-Schüler **Heinz Langerhans** in einem bisher unveröffentlichten Manuskript die wesentlichen Gedanken aus Korschs Text, weitgehend in Zitatform, zusammengefaßt. Da mit einer Publikation von Korschs Originalmanuskript in absehbarer Zeit wohl nicht zu rechnen ist, mag die hier aus dem Nachlaß von Langerhans abgedruckte Zusammenfassung wieder auf einen der anregendsten marxistischen Denker aufmerksam machen und das Interesse an einer weiteren Beschäftigung wecken. **Michael Buckmiller**, Herausgeber der Gesamtausgabe von Korschs Schriften, skizziert in seinen vorangestellten Anmerkungen die Entstehungsgeschichte von Korschs Manuskript sowie den politischen und persönlichen Lebensweg von Heinz Langerhans.

Bei seinen Forschungen zur Geschichte anarchistischer und anarchosyndikalistischer Bewegungen in Dortmund sah sich **Andreas Müller** mit einem sicherlich nicht alltäglichen Geschehen konfrontiert. In Mengede, heute ein Stadtteil von Dortmund, damals noch eine eigenständige Gemeinde, hatte sich im Gefolge der großen Streikbewegungen seit 1919 eine starke Ortsgruppe der anarchosyndikalistischen »Freien Arbeiter Union« (FAUD) entwickelt. Nach vielfachen internen Streitigkeiten, in deren Verlauf sich eine eigenständige anarchistische Gruppierung herausbildete, kam es im Sommer 1921 zu einer Spaltung der Ortsgruppe. Dabei sollte es allerdings nicht bleiben: Einige der in der anarchosyndikalistischen FAUD sowie im anarchistischen »Freibund« Aktiven gehörten ein Jahr später zu den Mitbegründern einer der ersten Ortsgruppen der NSDAP außerhalb Bayerns. Den jeweils individuellen Motivationen dieser Wanderer zwischen zwei Welten heute noch nachzuforschen ist wohl kaum möglich; schließlich handelte es sich um Arbeiter, die über ihr Tun und Lassen nur in Ausnahmefällen schriftlich Rechenschaft gegeben haben. Man wird sich also weitgehend damit begnügen müssen, von diesem sicherlich überraschenden Faktum Kenntnis zu nehmen. Müller beschränkt sich in seinem Beitrag jedoch nicht auf die Darstellung dieser Wandlung scheinbar überzeugter Anarchosyndikalisten zu Nationalsozialisten, sondern entwirft auch ein recht plastisches Bild der vielfältigen Aktivitäten und Diskussionen an der Basis der damals einflußreichen anarchosyndikalistischen Bewegung.

Die letzten beiden Texte befassen sich mit Details aus jenem Kapitel deutscher Geschichte, das seit einiger Zeit wieder verstärkt in die Diskussion geraten ist und dabei auch Würdigungen ganz besonderer Art erfahren hat. Zu einer der lange Zeit verdrängten Erfahrungen des Alltagslebens in der Zeit des Nationalsozialismus gehörte der Einsatz der sogenannten Fremdarbeiter während der Kriegsjahre zwischen 1939 und 1945. **Manfred Grieger** rekonstruiert in seinem Beitrag den Einsatz dieser Zwangsarbeiter in Bochumer Industriebetrieben sowie Reaktion und Verhalten der Bochumer Bevölkerung, wobei er zwischen den eigentlichen Tätern und der weitgehenden Indifferenz der großen Bevölkerungsmehrheit differenziert.

Willy Buschak beschäftigt sich in seinem Text mit einem kaum bekannten Kapitel aus der Geschichte des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime. Fritz Saar, vor 1933 Vorsitzender des eher auf dem rechten Flügel des ADGB angesiedelten »Zentralverbandes der

Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten«, hatte, zusammen mit anderen Emigranten, von seinem Amsterdamer Exil aus die Widerstandstätigkeit des »Zentralverbandes« organisiert, wobei der Standpunkt vertreten wurde, daß die alten politischen Organisationen sich überlebt hätten; eine Erkenntnis, die allerdings auf wenig Gegenliebe stieß.

II

»Hitler haben wir, wenn auch vielleicht nicht endgültig, bewältigt. Nicht bewältigt aber haben wir die Bewältigung Hitlers, wie sie zur Studentenrebellion 1968 und zu den fundamentalen Umwertungen der Folgezeit geführt hat. 50 Jahre nach der Machtergreifung ist Hitler für uns ein Gegenstand der Geschichte, unser Problem aber ist die Antwort auf ihn, wie sie in den sechziger Jahren gegeben worden ist. Die Wende, die wir benötigen, besteht nicht darin, daß wir ein weiteres Mal 1933 oder 1945 verdauen, sondern daß wir den nachträglichen Ungehorsam gegen Hitler überwinden. Wir haben uns geschichtlich von uns selbst entfremdet und müssen nun versuchen, diese Entfremdung aufzuheben.«
(Ludolf Herrmann: Hitler, Bonn und die Wende, in: Die politische Meinung, 209/ 1983)

Seit gut einem Jahr macht eine sogenannte Historikerdebatte von sich reden, die einmal mehr in aller Deutlichkeit klar werden läßt, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft nur adäquat zu analysieren ist, wenn sie als postfaschistische Gesellschaft betrachtet wird. Dem eher vordergründigen Anlaß der Auseinandersetzungen, der Frage nach der Einmaligkeit bzw. Vergleichbarkeit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik liegt dabei ein tiefer reichendes und seit längerer Zeit wieder als aktuell gehandeltes Problem zugrunde: die Frage einer nationalen Identität, die auch in der Lage sein soll, historische Ereignisse wie den Nationalsozialismus in der Komplexität des Ganzen aufgehen und somit in gewisser Weise auch verschwinden zu lassen. Bereits 1982 hatte der als politischer Philosoph mit der verstaubten Begrifflichkeit vergangener Zeiten recht dilettantisch umgehende Bochumer Politikwissenschaftler Bernard Willms in der Vorbemerkung seines in national denkenden Kreisen wohl als Standardwerk geltenden Buches »Die deutsche Nation« festgehalten, *»daß für die Deutschen nichts so notwendig ist wie ein neuer Nationalismus«*. Diese durchaus programmatisch zu verstehende Aussage ist nicht mehr und nicht weniger als die bewußte Zusammenfassung einer Tendenz, die in verschiedensten Unternehmungen, in denen sich ein wo auch immer zu verortendes Bedürfnis nach nationaler Geschichte und nationaler Identität artikuliert, einen Ausdruck findet. Dazu gehören nicht nur die zahlreichen großen historischen Ausstellungen der letzten Jahre, die dazu gewissermaßen als Begleitmaßnahmen zu sehenden schriftstellerischen Projekte einer Nationalgeschichte der Deutschen, schließlich die in Berlin und Bonn geplanten historischen Museen, sondern gerade auch die Debatte um den Stellenwert der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, die auch längst den Rahmen einer rein akademischen Diskussion gesprengt hat.
In der Argumentation von konservativer und rechter Seite macht sich dabei ein eigenartiger Positionswechsel bemerkbar; wurde in der bisherigen konservativen Aufarbeitung des Natio-

nalsozialismus dieser immer wieder als Einbruch eines Außergewöhnlichen, Einmaligen in die Kontinuität deutscher Geschichte angesehen – eine Betrachtungsweise, die mit der Verdrängungsleistung nach 1945 konform geht –, so findet jetzt geradezu eine Umkehrung dieser Argumentation statt. Durch eine teilweise bis zur Rechtfertigung gehende Historisierung, die über Vergleiche mit dem Stalinismus, mit dem Regime von Pol Pot oder dem Völkermord an den Armeniern angestrebt wird, zeichnet sich eine Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen ab, die nicht zuletzt auch darauf abzielt, den *»Fortbestand deutscher Kultur und Wertetradition selbst in der düstersten Epoche deutscher Geschichte«* (Ludolf Herrmann) zu betonen und somit eine Kontinuität zu behaupten, der gegenüber Auschwitz als marginal erscheint. Diesem Denken stellt sich nicht mehr die Frage, wie Auschwitz trotz entwickelter kultureller Traditionen möglich war; man nimmt im Gegenteil positiven Bezug darauf, daß trotz Auschwitz *»aus den Trümmern der Diktatur unverletzte Werte der deutschen Geschichte als rettendes Erbe gesichert wurden. Goethe, das Christentum, der philosophische Idealismus, die Familie, das Gemeinwohl, das alles präsentierte sich einer durcheinandergewirbelten Nation als geistige Heimat«*. Und eben diese deutschen Werte, ihre Gültigkeit *»vor Hitler, trotz und gegen Hitler und nach Hitler«* sollen wieder positiv erinnert werden: *»Von einer Identität der Deutschen, von dem, was heute als Wirgefühl pathetisch gefordert wird, wird man erst dann wieder reden können, wenn diese Selbstbesinnung stattgefunden hat.«* (Ludolf Herrmann)

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß sich die konservative Politisierung der Geschichte in einem Aufwind befindet, dem gegenüber gegenteilige Positionen im sogenannten Historikerstreit eher hilflos wirken. Gleich ob Habermas ein *»nationales Selbstbewußtsein«* oder einen *»nationalen Lebenszusammenhang«* im politisch-kulturellen Kontext der westlichen Aufklärungstradition verorten will, eine Prämisse, von der er glaubt, daß sie *»bisher das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik getragen«* habe und die jetzt von der Rechten aufgekündigt werde, ob Hans Mommsen bedauert, daß neuerdings *»die konstitutive Bedeutung der Erfahrungen der nationalsozialistischen Epoche für das historisch-politische Selbstverständnis der westdeutschen Gesellschaft schlicht geleugnet wird«* oder ob Helga Grebing *»einen Bruch des allgemeinen politisch-kulturellen Konsenses über die Ursprungsprägungen der Republik«* befürchtet: Diesen Positionen liegt offensichtlich die volkspädagogische Absicht zugrunde, die Gründung und frühe Ausgestaltung des bundesrepublikanischen Staats- und Gesellschaftssystems als auf einem allumfassenden antifaschistischen Konsens beruhend erscheinen zu lassen, wobei die vielfältigen Kontinuitäten zwischen nationalsozialistischem und bundesrepublikanischem Deutschland doch wahrlich keine Geheimnisse darstellen. Man kann sich fast des Eindrucks nicht erwehren, daß diese defensive Argumentation ein neues Kapitel in der Geschichte des »hilflosen Antifaschismus« darstellt. Die Argumentationsstränge haben sich merkwürdig verschoben: Während man im konservativen und rechten Lager damit beschäftigt ist, den positiven Bezug zu den *»tausend Jahre(n) heiler Geschichte jenseits des Nationalsozialismus«* herzustellen, sehen sich ihre Kontrahenten, denen die den Nationalsozialismus mitverantwortenden und über ihn hinausreichenden Kontinuitätsströme deutscher Geschichte sicherlich kein Geheimnis sind, plötzlich vor die mißliche Aufgabe gestellt, die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zu betonen.

In seinen vor Jahresfrist im rechtsradikalen Hohenrain Verlag unter dem Titel »Identität und Widerstand« erschienenen »Reden aus dem deutschen Widerstand« hat der bereits zitierte und im akademischen Milieu durchaus anerkannte Bernard Willms, dessen Ambitionen offensichtlich darauf hinauslaufen, sich als dritter Mann zu seinen immer wieder beschworenen Vordenkern Thomas Hobbes und Carl Schmitt zu gesellen, einen *»Imperativ«* aufgestellt, der im Nachhinein wie eine einleitende Absichtserklärung der rechten Fraktion der am sogenann-

ten Historikerstreit Beteiligten erscheint: *»Die Deutschen müssen die 'Vergangenheitsbewältigung' zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren.«* Schon seit Jahren hat sich in der Bundesrepublik eine bisher kaum zur Kenntnis genommene intellektuelle Rechte etabliert, die auf unterschiedlichsten Ebenen dabei ist, ideologische Akzente zu setzen und für überholt geglaubte politische Positionen wieder diskutabel zu machen. In einem redaktionellen Beitrag in der zweiten Ausgabe des theoretischen Organs der Thule-Gesellschaft »Elemente zur Metapolitik« bedient man sich dabei ganz ungeniert der Überlegungen Antonio Gramscis zum organischen Intellektuellen, um das eigene politisch-strategische Verhalten auf den Begriff zu bringen: *»Gramsci schlägt die Bildung einer sogenannten Avantgarde des Geistes vor, als Grundlage für die künftige Avantgarde der politischen Partei. Die organischen Intellektuellen verfolgen das Ziel, eine Umwälzung der herrschenden Werte herbeizuführen, um ihre eigenen Anschauungen durchsetzen zu können. Diese Bemühung muß folglich umfassenden Einfluß gewinnen, also auf allen kulturellen Ebenen zur Wirkung kommen, in Dichtung, Theater, Volksmusik, Film, Bildender Kunst, Presse und anderen Bereichen. Was das Thule-Seminar mit den Auffassungen Gramscis verbindet, sind die theoretischen Grundlagen einer metapolitischen Strategie.«* Unabhängig davon, ob und inwieweit die inhaltlichen Positionen der Autoren des Thule-Seminars im rechten Lager auf Zustimmung stoßen, läßt sich doch behaupten, daß die hier formulierte Strategie Vorgehensweise und Selbstverständnis der sich formierenden intellektuellen Rechten recht präzise beschreibt.

Die als Wende apostrophierte Regierungsübernahme in Bonn kann in diesen Kreisen allenfalls ein müdes Lächeln auslösen. So hat bereits 1985 der der CSU nahestehende Günter Rohrmoser das Scheitern der Politik der Wende konstatiert und *»der ausgebliebenen geistigen Wende«* nachgetrauert. In Hinsicht auf den angestrebten geistigen und kulturellen Transformationsprozeß erscheint es dann schon eher angebracht – so Hans-Dietrich Sander in seinem bereits 1980 erschienenen Buch »Der nationale Imperativ« – *»propädeutische Überlegungen zum Vierten Reich«* anzustellen. Als zentrales Problem der Neuen Rechten, und hier sind die Grenzen zu etablierten Parteien längst fließend geworden und reichen teilweise bis ins grün-alternative Lager, hat sich die Frage der nationalen Identität herauskristallisiert. Nur im Kontext dieser Suche nach einer deutschen Identität läßt sich das Ereignis, das als Historikerstreit – zumindest im rechten Lager – nicht mehr als einen Mosaikstein in einem viel weiter und tiefer reichenden Diskussionsprozeß bildet, adäquat einordnen und verstehen. Helga Grebing hat mittlerweile das Stichwort von der *»konservativen Revolution«* in die Debatte geworfen und Arno Klönne, der im Hinblick auf die Entwicklungen und Tendenzen in der Neuen Rechten als wohl informiert gelten darf, hat, schon eindeutiger, darauf hingewiesen, daß *»die kulturrevolutionär gesonnene Neue Rechte in der Bundesrepublik«* bei ihrem *»Krieg um die Köpfe ... vornehmlich auf die Überlieferungen der vorfaschistischen konservativen Revolutionäre zurück(greift)«* und daran die Warnung angeschlossen: *»Wer die philosophischen Vorräume des historischen Faschismus kennt, der weiß, was sich hier anbahnt.«*

Interessanterweise hat sich im gleichen Zeitraum, in dem die Frage einer nationalen Identität der Deutschen in immer stärkerem Maße die historischen und politischen Diskussionen bestimmte, eine gewissermaßen gegenläufige Tendenz in der Geschichtsforschung entwickelt, die von der Betrachtung großer historischer Linien absieht, stattdessen ins Alltagsleben abtaucht und Geschichte von unten ins Auge faßt.

»Durch die Geschichtslandschaft der Bundesrepublik weht ein frischer Wind«: Mit dieser emphatischen Selbsteinschätzung beginnen Hannes Heer und Volker Ullrich ihre Betrachtung über *»die 'neue Geschichtsbewegung' in der Bundesrepublik«* in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband »Geschichte entdecken«, in dem diese von ihnen gemeinte Geschichtsbewegung zu

einer wohl als repräsentativ zu betrachtenden Selbstdarstellung gefunden hat. So stellen Heer / Ullrich der von ihnen allerorten aufgespürten *»Aneignung bzw. Integration von Geschichte in einen radikal-demokratischen Lebenszusammenhang«* in einem für politisch argumentierende Historiker grandiosen Miß- bzw. Unverständnis die *»Flucht in eine von neokonservativen Historikern umgedeutete Vergangenheit«* gegenüber. Welche Motive bei diesen *»neokonservativen«* Historikern auch immer eine Rolle spielen mögen, eine Blauäugigkeit, wie sie bei Heer / Ullrich zu beobachten ist, kann man ihnen jedenfalls nicht unterstellen; die angebliche *»Flucht in die Vergangenheit«* ist alles andere als dies. Schon bei dem auch von ihnen zitierten Ludolf Herrmann hätten Heer / Ullrich eine Bemerkung zur Kenntnis nehmen können, die allerdings nicht mehr als eine Plattitüde ist und manch einem kritischen Alltagshistoriker möglicherweise als wenig beachtenswert erscheint: *»Die Auseinandersetzung um die Geschichte ist in Wirklichkeit eine Auseinandersetzung um die Gegenwart und die Zukunft.«* Auch der von ihnen beispielhaft erwähnte Nationalhistoriker Michael Stürmer ist mit seiner Geschichtsschreibung durchaus nicht auf der *»Flucht in die Vergangenheit«*, sondern ist sich ganz im Gegenteil der Tatsache bewußt, daß *»die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«.*

Während von konservativer bis rechtsradikaler Seite ein im Einzelnen sicherlich differenziert zu betrachtender, dabei jedoch auf einige wenige übereinstimmende Themenbereiche konzentrierter Versuch gestartet worden ist, die intellektuelle Hegemonie wiederzugewinnen, die man in den fünfziger Jahren besessen und in den sechziger und frühen siebziger Jahren weitgehend verloren hatte, läßt eine links-alternative Geschichtsschreibung in einer als selbstkritisch titulierten Absage an die eigene Vergangenheit, in der man, statt sich in analytisch-kritischer Absicht mit der Geschichte und den Traditionen der Arbeiterbewegung zu beschäftigen, in veraltete Kostüme längst überlebter Lebensweisen geschlüpft war, jegliche hegemoniale Absichten vermissen.

Es ist im Zusammenhang mit dem sogenannten Historikerstreit von Hans Mommsen zurecht bemerkt worden, *»daß sich in dem Schlagabtausch die jüngere Historikergeneration kaum zu Wort gemeldet hat«.* Es mag sein, daß in diesem offensichtlichen Desinteresse zum Ausdruck kommt, daß der Streit sich um Angelegenheiten und Begriffe dreht, die für diese Historikergeneration nicht nur uninteressant erscheinen, sondern in gewisser Hinsicht auch als weitgehend erledigt gelten. Es mag aber durchaus auch sein, daß sich die junge Historikergeneration mittlerweile dermaßen im Alltag ganz weit unten verloren oder eingerichtet hat, daß sie einfach nicht mehr mitbekommt, wie dieser Alltag mit einem ideologischen Brei überdeckt wird, unter dessen Hülle sich vielleicht sogar ganz gut überleben läßt. Das aber wirft die notwendige Frage auf, inwieweit sich Identitätssuche und -stiftung im Alltag mit Identitätsstiftung auf nationaler Ebene verträglich machen läßt. Die Liebe zum Alltag, zu den kleinen Leuten und den kleinen Dingen und zur Heimat auf der einen Seite und die Reaktivierung einer griffig präsentierten nationalen Identität auf der anderen Seite – wieso sollten diese auf den ersten Blick vielleicht ungleichen Aspekte sich nicht zu einem runden Ganzen verbinden lassen. Auf der Ebene der Sinnstiftung jedenfalls, der sie ja doch verhaftet sind, könnten beide Aspekte schon zueinanderkommen.

Der mittlerweile weitgehend zu einer leeren Worthülse verkommene Begriff einer »Geschichte von unten« muß, soll er nicht im Beliebigen stecken bleiben, inhaltlich gefüllt werden. Es kann sich dabei jedenfalls nicht darum handeln, sich auf formaler Ebene von der Parteitags- oder Ideengeschichte zu verabschieden und sich stattdessen mit der Geschichte von irgendwelchen mehr oder weniger zufällig herausgegriffenen regionalen oder lokalen Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen zu beschäftigen. Daß Historiker(innen) beschäftigt sein wollen, daß der

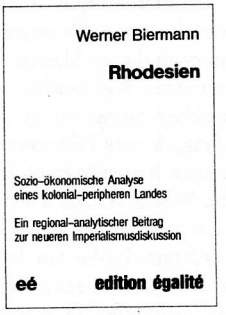
Markt gefüttert werden will, mag seine Ordnung haben: Mit »Geschichte von unten« im Sinne einer Aufarbeitung und gegebenenfalls Anknüpfung an verschüttete, verdrängte oder bewußt unterdrückte Ideen und Lebensentwürfe – gleich ob es sich dabei um solche von sogenannten großen oder kleinen Leuten handelt – muß dies allerdings nicht unbedingt etwas zu tun haben. Es ist ein fataler Irrtum zu glauben, daß historische Sinnstiftung – und mit Sinnstiftung hat es Geschichtsschreibung, ob gewollt oder nicht, immer zu tun – sich auf eine in den Traditionen des Historismus bewegende Aneinanderreihung von Details und Fakten reduzieren läßt. Und gerade die teilweise schwärmerische Aufarbeitung der doch zumeist eher traurigen und beschränkten Alltagserfahrungen der sogenannten kleinen Leute kündet eher vom Katzenjammer einer sich von eben diesen kleinen Leuten im Stich gelassen fühlenden linken Intelligenz, die mit globalisierenden Weltmodellen sich nicht mehr anfreunden kann oder will. Einer selbstreflexiven historischen Sinnsuche gerät immer mehr in den Blick als bloßer Alltag; es ist vielfach gerade der Alltag, der mit Hilfe dieser Sinnsuche transzendiert werden soll. So wie die normative Kraft religiöser Sinnstiftungen nicht durch die Erkenntnis, daß es sich dabei um Opiate handelt, aus der Welt geschafft worden ist, so wird die Suche und die Sucht nach historischer Sinnstiftung sich nicht dadurch umgehen lassen, daß eine zu kritischer Selbstreflexion eigener Traditionen unfähige Linke vor lauter kleinen Alltagsbegebenheiten den Überblick verliert und den Kopf in den Sand steckt. Das offensichtlich existente Bedürfnis nach einer über das Alltagsleben hinausreichenden Sinnstiftung aber zu ignorieren, statt es kritisch zu reflektieren, bedeutet nichts anderes, als den Platz zu räumen für Sinnstifter, die keine Skrupel haben, ihre Chance zu nutzen.

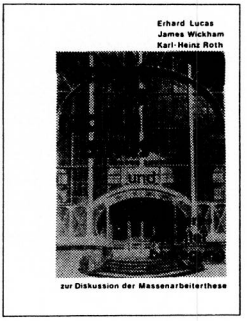
Geschichtsschreibung aber, die politisch sein will, zieht sich nicht ins stille und gesicherte Kämmerlein zurück, sondern lebt aus der Betrachtung von Geschichte unter den Zeichen von Katastrophe und Utopie – beides nicht als eindimensionale Bilder, vor denen man in unterschiedlichem Sinne erschauern kann, sondern als eine Dialektik von großen und kleinen Ereignissen, die zusammen erst ein Ganzes ergeben und zugleich ein Aufgehobensein in der Gegenwart nicht zulassen.

Bildnachweise:
Umschlag: Storm, Organ för Syndikalistiska Ungdomsförbundet, Stockholm, 11/1937;
zweite Umschlagseite/S. 1: The Ex, The spanish revolution;
S. 77 und S. 84: Archiv Ulrich Linse;
S. 106: Privat (Dr. Burkhart Scherer);
S. 122/123: Dortmund-Führer, Dortmund 1941;
S. 125: Werks-Nachrichten, Dortmunder Bergbau AG und Hansa Bergbau AG, 11/1964 (14. Jg.);
S. 144: Stadtarchiv Dortmund.

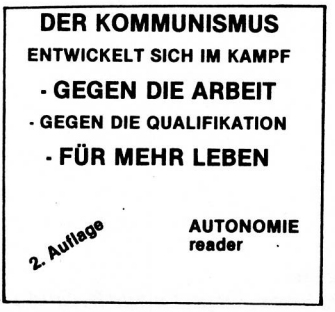
Martin Henkel
Wir sind die junge Garde des Sekretariats. Basis und Bürokratie bei der SJD – Die Falken
117 S., DM 5,–

Werner Biermann
Rhodesien. Sozial-ökonomische Analyse eines kolonial-peripheren Landes. Ein regional-analytischer Beitrag zur neueren Imperialismusdiskussion
311 S., DM 10,–





Erhard Lucas/James Wickham/ Karl-Heinz Roth
Arbeiterradikalismus und die »andere« Arbeiterbewegung
75 S., DM 4,–



Texte von Karl Marx, Raniero Panzieri, Karl-Heinz Roth, Detlef Hartmann, Carlo Jäger u.a.
347 S., DM 6,–

Die Bücher sind erhältlich über die Redaktionsanschrift durch Vorausüberweisung des entsprechenden Betrages (plus DM 1,– Porto pro Buch) auf folgendes Konto:
W. Braunschädel, Postscheckkonto Dortmund 201 955-467

Walther L. Bernecker

»Reiner« oder »syndikalistischer« Anarchismus?

Zum Spannungsverhältnis libertärer Organisationen in Spanien

Der folgende Beitrag untersucht eines der organisatorischen und ideologischen Hauptprobleme des Anarchismus in Spanien: die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Flügeln der libertären Bewegung. Der erste Abschnitt greift weit in die Geschichte des spanischen Anarchismus zurück und erklärt die divergierenden Tendenzen in der Bewegung unter Hinweis auf die soziale und regionale Heterogenität der Mitgliederstruktur; der zweite Abschnitt behandelt die Entwicklung der anarchistischen Organisationen bis zum Bürgerkrieg und weist auf die zentrifugalen Kräfte hin, die der Schlagkraft der libertären Bewegung entgegenstanden und ihre revolutionäre Effizienz neutralisierten; im dritten Abschnitt geht es um die ideologischen Revisionen, denen sich der Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg ausgesetzt sah, sowie um die Folgen dieses Prozesses im Hinblick auf die Preisgabe revolutionärer Positionen und Errungenschaften; der letzte Abschnitt behandelt in einem Ausblick die Renaissance an Orthodoxie nach 1975 und die Wiederaufnahme »historischer« Diskussionen im spanischen Anarchismus der Gegenwart.

Anarchistische Richtungsauseinandersetzungen bis zur Gründung der FAI (1927)

Die Frage nach dem Verhältnis der syndikalistischen »Confederación Nacional del Trabajo« (CNT, Nationalbund der Arbeit) zur »rein« anarchistischen »Federación Anarquista Ibérica« (FAI, Iberischer Anarchistischer Bund) ist zugleich die Frage nach unterschiedlichen Organisations- und Bewußtseinsformen innerhalb des spanischen Anarchismus. Im Gegensatz zu vielfach vereinfachenden Darstellungen ist darauf hinzuweisen, daß das libertäre Lager in Spanien zu keinem Zeitpunkt in seiner Geschichte über ideologisch-programmatische Einheit(lichkeit) verfügte, daß die Bewegung vielmehr deutlich divergierende Vorstellungen hinsichtlich der Konzeption und Realisation des von CNT/FAI *»libertärer Kommunismus«* genannten Zustandes entwickelte. Diese inner-anarchistischen Divergenzen und fehlender Konsens in Grundfragen lassen sich bis in die Anfänge der Bewegung zurückverfolgen; sie hängen nicht zuletzt damit zusammen, daß der iberische Anarchismus von Anfang an sozial und regional zwei Schwerpunkte hatte: den »feudal«-latifundistischen Süden des Landes, in dem der andalusische Agrar- und Handwerkeranarchismus Wurzeln schlug, und den relativ industrialisierten Nordosten der Halbinsel, wo sich der katalanische Anarchosyndikalismus durchsetzte. Diese soziale (Industriearbeiter – Handwerker/Landarbeiter) und regionale (Andalusien – Katalonien) Differenzierung war nicht nur in der Forschung Anlaß für die verschiedensten Erklärungshypothesen zu den Entstehungsursachen des spanischen Anarchismus, sondern stellte die Bewegung selbst im Verlauf ihrer Geschichte wiederholt vor nahezu unlösbare strukturelle Probleme, bestimmte in wesentlichem Umfang ihre Strategie und Taktik, wirkte sich entscheidend auf die Revolutionskonzeption des Anarchismus aus und gehört zu den zentralen Erklärungsfaktoren für die Gründung der FAI.[1]

Bereits auf dem ersten spanischen Arbeiterkongreß 1870 in Barcelona – also schon zwei Jahre

nach dem Eintreffen des Italieners Guiseppe Fanelli, der als Gesandter Bakunins die Nachricht von der Gründung einer »Internationalen Arbeiter-Association« (IAA) nach Spanien brachte – wurde das Programm der »Jura-Föderation« (*»in der Politik anarchistisch, in der Wirtschaft kollektivistisch, in der Religion atheistisch«*) erst nach einer Kampfabstimmung angenommen, die bereits den zukünftigen Dissens zwischen »Reformisten« und »revolutionären Aktivisten« vorwegnahm.[2] Als die anarchistische Bewegung 1881 nach siebenjähriger illegaler Untergrundtätigkeit wieder öffentlich operieren konnte, erfuhr sie zwar einen rapiden Aufschwung (die Mitgliederzahl stieg sehr schnell wieder auf über 50000 an); die deutlichen Gegensätze zwischen den Anarchokollektivisten Bakuninscher Prägung einerseits und den von Kropotkin beeinflußten Anarchokommunisten andererseits waren jedoch in ihren Auswirkungen bis zum Ende des Bürgerkrieges der Geschlossenheit und Schlagkraft der libertären Bewegung abträglich. Nach der Wiederzulassung der »Internationale« durch die liberale Regierung Sagasta im Jahre 1881 wurde die bisherige Führung von den katalanischen Befürwortern einer Rückkehr in die Legalität abgesetzt – damit fand die spanische Sektion der IAA ihr Ende, das vor allem durch vielfältige interne Auseinandersetzungen, mangelnde Einheit im Ideologischen und Organisatorischen sowie durch Differenzen in der Bundeskommission herbeigeführt worden war; der Weg wurde freigemacht für den Wiederaufbau einer Massenbewegung, die auf anarchosyndikalistischen Gewerkschaften und nicht auf einer geheimen, illegalen, die Propaganda durch die Tat beherzigenden Minderheit fußen sollte. Dieser von den syndikalistisch organisierten Arbeitern Kataloniens bewirkten Abwendung von der bisherigen, auf Gewaltaktionen beruhenden Taktik widersetzten sich die andalusischen Befürworter des Anarchokommunismus, die in den folgenden Jahren durch Aktionen von Geheimgesellschaften – allen voran »La Mano Negra«[3] – und terroristischen Gruppen die Glut des ländlichen Anarchismus schürten.

Während die Anarchokollektivisten den Syndikalismus, die Massenbewegung, den Generalstreik und einen gewissen Grad an Zentralisierung vertraten, um einen gesellschaftlichen Zustand zu erreichen, in dem nur die Produktionsmittel kollektiviert und jeder Arbeiter entsprechend seinen Leistungen entlohnt werden sollte, lehnten die Anarchokommunisten jegliche Organisation ab, priesen die Form der autonomen Gruppe, der individuellen revolutionären Tat und des Terrorismus und strebten eine Gesellschaftsform an, in der es keinen Privatbesitz an Konsumgütern mehr gäbe, jeder nach seinen Fähigkeiten zu arbeiten hätte und entsprechend seinen Bedürfnissen entlohnt werden sollte. Die Kontroverse zwischen Anarchokollektivisten und Anarchokommunisten, die in Spanien im Grunde ein Konflikt zwischen katalanischen und andalusischen Anarchisten war, wurde 1888 vorläufig zugunsten des Anarchokommunismus beigelegt.[4] Der Anarchismus trennte sich in den folgenden Jahren von der Arbeiterbewegung, verkümmerte zu Sektierertum und verlor sich im Aktivismus von Minderheiten.

Der Kampf zwischen kollektivistischem Anarchismus und aufständischem Anarchokommunismus endete erst Anfang des 20. Jahrhunderts in einem Kompromiß, der den Bakunismus als Grundlage des Klassenkampfes und der Arbeiterorganisation und den »freiheitlichen Kommunismus« als Endziel im revolutionären Syndikalismus vereinigte, dessen Prinzipien eine willkommene Lösung der Diskrepanz zwischen der Praxis des revolutionär-anarchistischen Flügels der spanischen Arbeiterbewegung und der Notwendigkeit, sich ein Organ für kollektive Aktionen zu schaffen, war.[5]

Um der Desorganisation der anarchistisch beeinflußten spanischen Arbeiterschaft ein Ende zu setzen, beschloß eine Gruppe militanter Anarchisten in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts, eine Föderation von Organisationen der Arbeiterklasse zu gründen, deren Ziel sowohl

die Verbesserung ihrer objektiven Klassenlage als auch zugleich die Heranbildung des notwendigen Klassenbewußtseins zur Durchführung systemsprengender revolutionärer Aktionen war. Nachdem dieser Vorschlag in Katalonien mit unerwarteter Begeisterung aufgenommen worden war, wurden 1907 die Regionalföderation »Solidaridad Obrera« (Arbeitersolidarität) und 1910 die »Confederación Nacional del Trabajo« gegründet.[6] Die für den Syndikalismus wesentlichen Postulate waren der Föderalismus, der nur-gewerkschaftliche Kampf und die ausschließliche Methode der im revolutionären Generalstreik kulminierenden »direkten Aktion«.[7] Der Syndikalismus war – in der Formulierung von G. D. H. Cole[8] – *»gleichzeitig eine Politik der direkten Aktion in der Gegenwart und eine Vision der Gesellschaft in der Zukunft«.* Die revolutionären Syndikalisten folgten der anarchistischen Tradition insofern, als sie der »spontanen« Bewegung der Masse vertrauten und in jeder »autoritären« Organisation ein Hindernis für die Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins sahen. Die anarchosyndikalistische CNT blieb bei der den Anarchismus charakterisierenden konsequenten Ablehnung der partei- und verbandsförmigen Einflußnahme auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Ihre antipolitische Haltung war Ausdruck konkreter Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit den politischen Parteien und dem parlamentarischen System. Der Generalstreik verfolgte – neben den ökonomischen – auch politische Ziele: Durch ihn sollte der Staat beseitigt und die Gesellschaft syndikalistisch organisiert werden. Der Generalstreik als wirksamste Form der »direkten Aktion« wurde als ein Mittel des Klassenkampfes verstanden, dessen Ergebnis die Neugestaltung der gesellschaftlichen Lebensformen sein würde. Dabei ging es nicht um die Eroberung politischer Macht, sondern um deren Zerschlagung. Die syndikalistischen Grundideen, die sich vor allem in den romanischen Ländern in der Zeitspanne vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg ausbreiteten, sind *»als alternative Revolutionsstrategien«* zum internationalen Sozialismus,[9] d. h. vor allem zur reformistischen Praxis des internationalen Sozialismus, zu verstehen. Anarchisten und Anarchosyndikalisten stimmten darin überein, daß der *»seinem Wesen nach revolutionäre Generalstreik«* der unmittelbare Auftakt zur sozialen Revolution sein müsse. Bereits auf dem Gründungskongreß der CNT 1910 verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, derzufolge der Generalstreik nicht für beschränkte Reformen, sondern nur als Waffe zur Herbeiführung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingesetzt werden dürfe. Der Kongreß bekräftigte das Prinzip der Ersten Internationale, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein müsse. Charakteristisch für diese – sowie für alle späteren – Beschlüsse der CNT ist das Fehlen jeglicher Analyse der revolutionären Situation. Die Delegierten beschäftigten sich nicht mit den für den Erfolg einer Revolution erforderlichen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen, sie diskutierten nicht die von exogenen Dispositionen abhängige Revolutionsstrategie; es ging nicht um eine Untersuchung der gesellschaftlichen Realität als Grundvoraussetzung des weiteren Vorgehens. Von aufklärerischem Optimismus getragen, betonte die CNT vielmehr die Notwendigkeit der *»moralischen Emanzipation«* als Voraussetzung für die *»wirtschaftliche Emanzipation«* und proklamierte dabei eine Mittel-Ziel-Identität, die den Einfluß des Bakuninschen Anarchismus ebenso deutlich werden ließ wie den Unterschied zur »rationalen« marxistischen Revolutionstheorie. Reflexion über Bedingungen und Erfolgschancen von Revolutionen hatte Bakunin nicht nur für überflüssig gehalten, sondern geradezu für *»verbrecherisch, da sie nur der Sache der Zerstörung als solcher hinderlich sind, den Gang des Anfanges der Revolution aufhalten, dadurch also ihr Ende in die Ferne rücken«.*[10]
In den ersten Jahren nach Gründung der CNT verhinderten erfolglose Streiks, Repressionen durch die Regierung und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CNT ein wirksames Auftreten der anarchosyndikalistischen Organisation. Ihr Kurs schwankte zwischen dem anarchi-

stischen Dogmatismus der extremistischen Fraktion und der von einer Gruppe um Salvador Seguí[11] und Angel Pestaña vertretenen Linie, die ein »realistisches« revolutionäres Programm entwickeln wollte, sich für weitschauende Taktiken und Anpassung an die Umstände aussprach und im Syndikalismus ein Mittel sah, sich dem Fernziel der Abschaffung des Staates, des kapitalistischen Systems und des Privateigentums zu nähern. Ausdruck ihrer tastenden Unsicherheit war sowohl der Pakt mit der sozialistischen Gewerkschaft »Unión General de Trabajadores« (UGT / Allgemeine Arbeiterunion) (1917) als auch der vorübergehende Eintritt in die »Rote Gewerkschaftsinternationale« (RGI)[12] bei gleichzeitigem Festhalten an den von Bakunin entworfenen Prinzipien. Ende 1922 trat die CNT auf der internationalen syndikalistischen Konferenz in Berlin, endgültig dann auf ihrem Kongreß 1923 in Zaragoza der »Internationalen Arbeiterassoziation« (IAA) bei,[13] deren explizites Ziel es war, den Klassenkampf zu verschärfen, gegen ein Übergreifen politischer Parteien auf die Gewerkschaften anzukämpfen, die *»Willkürherrschaft aller Regierungen«* zu bekämpfen, schließlich den Kapitalismus und den Staat zu zerstören.[14] Die IAA verwarf die Diktatur des Proletariats, sprach sich für die direkte revolutionäre Aktion der Unterdrückten aus und betonte – bei strikter Ablehnung jeglicher »politischer« Betätigung – die Eigenschaft der Arbeiter als Produzenten. Der Anarchosyndikalist Eusebio Carbó berichtet anschaulich über den Gesinnungswandel, der innerhalb der CNT in jenen Jahren stattfand und dazu führte, daß der eben erst beschlossene Beitritt zur RGI wieder rückgängig gemacht und durch den Beitritt zur IAA ersetzt wurde: *»Während des Jahres 1922 hatten wir Nachricht von dem Bestehen der IAA erhalten ... Aus ihrer Prinzipienerklärung und ihren Statuten entnahmen wir, daß die IAA sich bemühte, die großen Überlieferungen der internationalen Arbeiter-Association fortzusetzen und in der Arbeiterschaft wach zu halten. Die Ideen und Methoden der CNT waren völlig im Einklang mit denen der IAA, und wir erkannten, daß, obwohl wir der Dritten Internationale angeschlossen waren, unser Platz nirgends anders sein konnte als in den Reihen der IAA. So kam es, daß die Konferenz von Zaragoza einstimmig und fast ohne Debatte den Anschluß der CNT an die IAA vollzogen hat. Seitdem gehört die spanische Landesorganisation der IAA an, durch die sie mit dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt verbunden ist. 1931 ratifizierte der Kongreß von Madrid die Prinzipien, welche der Kongreß von 1919 angenommen hatte,[15] indem er erklärte: 'Die auf diesem Kongreß vereinigten Delegierten geben der Meinung Ausdruck, daß sich im Schoße der Arbeiterorganisationen aller Länder immer stärker das Bedürfnis nach einer vollständigen Befreiung der Menschheit von jeder moralischen, politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung geltend macht; der Kongreß ist der Meinung, daß ein solches Ziel nur durch den gemeinschaftlichen Besitz der Erde und der Arbeitsinstrumente und durch die völlige Ausschaltung jeder wie immer gearteten Staatsorganisation erreicht werden kann. In diesem Sinne erklärt der Kongreß in voller Übereinstimmung mit der Internationalen Arbeiter-Association, daß das Ziel der spanischen CNT nur die Verwirklichung des freiheitlichen Kommunismus sein kann.'«*[16]

Nicht alle Syndikalisten verfochten so vorbehaltlos, wie es Carbós Zusammenfassung suggerieren möchte, das Ziel des libertären Kommunismus. Während der Diktatur Primo de Riveras (1923–1930) begann sich vielmehr innerhalb der im Untergrund operierenden CNT eine »reformistische« Strömung durchzusetzen, die zum Sturz des Diktators eine Zusammenarbeit mit republikanischen Parteien und Oppositionsgruppen befürwortete. Um zu verhindern, daß sich die Arbeiter dem Reformismus und der Zusammenarbeit mit politischen Organisationen oder dem sowjetischen Kommunismus und der Lehre von der Diktatur des Proletariats zuwendeten, wurde im Jahre 1927 auf einem illegalen Kongreß in Valencia die »Federación Anarquista Ibérica« als Geheimorganisation gegründet, die sich die Reinerhaltung der Lehren Bakunins zur Aufgabe machte. Die Gründungsdokumente der FAI sind zwar verlorengegan-

gen; es liegt aber ein zusammenfassender Bericht über die konstituierende Sitzung vor, der es ermöglicht, die Diskussionen auf der Gründungssitzung in Valencia am 24. und 25. Juli 1927 zumindest in ihren großen Zügen zu rekonstruieren.[17]

Die FAI wurde als Zusammenschluß der »Uniao Anarquista Portuguesa« (UAP/Portugiesische Anarchistische Union),[18] des »Nationalbundes Anarchistischer Gruppen Spaniens« und des »Bundes Anarchistischer Gruppen spanischer Sprache in Frankreich« gegründet. Nach 1923 waren alle anarchistischen Gruppierungen sowie die CNT aufgelöst worden. Trotzdem war im Untergrund ein anarchosyndikalistisches Verbindungskomitee (»Comité de Relaciones Anarquistas«) bestehen geblieben. Seit dem Kongreß anarchistischer Gruppen in Lyon (Juni 1925) bestand außerdem der exilierte »Bund Anarchistischer Gruppen spanischer Sprache in Frankreich«. 1925 hatte auch die Reorganisation anarchosyndikalistischer Gruppen im Landesinneren begonnen, die zur baldigen Einsetzung eines provisorischen »Nationalkomitees« führte, an dessen Spitze Miguel Jiménez und José Llop traten.[19] Diese Organisationen schlossen sich mit dem klaren Ziel zusammen, dem Anarchismus in der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung zu verhelfen. Im Hinblick auf das Zusammenwirken »rein« anarchistischer Organisationen mit der »syndikalistischen« CNT beschloß die Gründungsversammlung: *»Man kommt überein, daß die Klasseneinheit nicht möglich ist; der Syndikalismus hat sie angestrebt und ist gescheitert, daher muß die anarchistische Einheit gesucht werden. Die Arbeiterorganisation ist nicht nur dazu da, die Klassenlage zu verbessern, sie muß auch auf die Emanzipation der Arbeiterklasse hinarbeiten, und da diese in der Akratie möglich ist, muß die Arbeiterorganisation ein weiteres Mittel des Anarchismus werden. Die Arbeiterorganisation muß zum Anarchismus zurückkehren, wie es vor der Auflösung der Spanischen Regionalföderation und der Bildung anarchistischer Gruppen am Rande der Arbeiterbewegung war. Beide Organisationen müssen sich vereinigen, denn die anarchistische Bewegung darf das wirtschaftliche Problem nicht außer Acht lassen und sich ausschließlich auf die übrigen Fragen konzentrieren. Es wird beschlossen, dieses Ziel zu verkünden. Die (anarchistischen) Gruppen, ihre Zusammenschlüsse und das Nationalkomitee laden die Gewerkschaftsorganisation und das Komitee der CNT zu gemeinsamen Plenarsitzungen bzw. zu Lokal-, Bezirks-, Regional- und Nationalversammlungen ein; sie schlagen die Übernahme der Gewerkschaftsorganisation in die anarchistische Bewegung und ihre Verbindung mit dem Gruppenaufbau vor, ohne daß es zu einer Vermischung oder gar zum Verlust des jeweiligen Gepräges käme. Generalföderationen werden der Ausdruck dieser breiten anarchistischen Bewegung sein und über Generalräte verfügen, die so genannt werden, weil sie sich aus Vertretern der Gewerkschafts- und der Gruppen-Organisationen zusammensetzen. Diese Generalräte bilden Kommissionen für Erziehung, Propaganda, Agitation sowie für andere Bereiche, die für beide Organisationen gleichermaßen von Bedeutung sind.«*[20]

Die FAI beschloß, an jedem Aufstand gegen die Diktatur Primo de Riveras teilzunehmen *»und zu versuchen, ihn von seiner politischen Richtung abzubringen; die Aktion des Volkes soll auf die Zerstörung aller Gewalten und die freie Gestaltung des Lebens gelenkt werden«*. Hinsichtlich der Organisation des Aufstandes trafen die anwesenden Delegierten eine wichtige Entscheidung, die auf das zukünftige Verhältnis zur CNT hindeutete: *»Soll ein Aktionskomitee gebildet werden, das aus der Gewerkschafts- und Gruppenorganisation[21] oder nur aus letzterer hervorgeht? Die erstere Lösung wird – in Anlehnung an Katalonien – beschlossen; nur, falls die Gewerkschaftsorganisation nicht kann oder will, wird die zweite Lösung praktiziert.«* Die Resolution läßt deutlich werden, daß die FAI von Anfang an eine enge Zusammenarbeit mit der CNT, aber keine Beherrschung oder Indoktrination der Gewerkschaft anstrebte, wenn auch betont wurde, daß man sich *»um die reformistische Strömung«* in der Gewerkschaftsbewegung *»kümmern«* müsse. Insgesamt ist jedoch bei der häufig aufgestellten Behauptung, der syndikalistischen Massenbe-

wegung Spaniens sei der anarchistische Wille der minoritären FAI aufgezwungen worden,[22] zu gering veranschlagt worden, daß die CNT aufgrund ihrer historischen Genese keine reformistische Gewerkschaftsorganisation darstellte, sondern seit ihrer Gründung dem revolutionären Syndikalismus, der antipolitischen Grundhaltung und dem Kampf gegen Staat und Privateigentum verpflichtet war.

Der spanische Anarchismus zwischen Reformismus und Revolutionismus

Trotz der weitgehenden programmatischen Übereinstimmung zwischen CNT und FAI blieb im Anarchosyndikalismus der Zweiten Republik (1931 – 1939) eine »reformistische« Tendenz bestehen, und das Verhältnis zwischen den beiden anarchistischen Organisationen gehört zu den Grundproblemen der Gewerkschaftsbewegung in jenen Jahren. Die nicht immer problemlosen CNT-FAI-Beziehungen wurden durch den 1928 beschlossenen »trabazón« (Verband) bestimmt, der die *»brüderliche Zusammenarbeit«* (José Peirats) zwischen den beiden Organisationen regeln sollte und nach Beginn des Bürgerkrieges in der stets gemeinsamen Verwendung der Initialen »CNT-FAI« manifest wurde;[23] die praktischen Auswirkungen des »trabazón« auf das komplexe CNT-FAI-Verhältnis eröffnete der FAI die Möglichkeit zum Eintritt in alle CNT-Komitees. Der massive Einbruch in CNT-Gremien darf jedoch nicht allein unter der Perspektive der doktrinären Majorisierung der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft gesehen werden; im Bewußtsein des gemeinsamen revolutionären Endziels[24] fühlten sich die »Faistas« eher als CNT-Mitglieder denn als Anarchisten, die in einer reformistischen Organisation über die Reinheit der Lehre zu wachen hätten. Beide Organisationen – CNT und FAI – lehnten den bestehenden Staat ab und erstrebten eine *»Reorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens auf der Basis des freien Kommunismus durch die direkte revolutionäre Aktion der Unterdrückten«*;[25] der organisierte Anarchismus bedeutete für die Zweite Republik – auch wenn er keine explizite 'Theorie' des Übergangs zum herrschaftsfreien Kommunismus entwikkelte – zusammen mit den Sozialisten der UGT die größte revolutionäre Gefahr von links. Die verschiedenen Tendenzen innerhalb der CNT verschärften sich bereits gegen Ende der Diktatur Primo de Riveras, somit unmittelbar nach der FAI-Gründung. Einer der zentralen Diskussionspunkte war die Revolutionskonzeption der Anarchisten. Die führende Rolle der angestrebten Revolution wurde – im Gegensatz zum Marxismus – nicht dem Industrieproletariat zugesprochen; in Anlehnung an Bakunin gingen die spanischen Anarchisten vielmehr von der Vorstellung aus, eine primär auf die proletarisierten Bauern gestützte spontane Erhebung könne den Kapitalismus noch vor seiner Entfaltung zerstören.
Diese sich auf die ländliche Kommune stützende Revolutionsvorstellung wurde in Spanien von dem einflußreichen Redaktionsstab der theoretischen anarchistischen Zeitschrift »La Revista Blanca« übernommen; in den ständigen publizistischen Aufrufen zur sozialen Revolution wurde der kleinen Landkommune eine ausschlaggebende Rolle zugesprochen: Da die Mehrheit der spanischen Bevölkerung in Landkommunen lebe, eigneten sich diese besonders zur gesellschaftlichen Reorganisation auf libertärer Basis. Die Revolutionsvorstellungen spanischer (besonders andalusischer) Anarchisten waren weitgehend von der agrarischen Epoche geprägt, die sich erst im allmählichen Übergang zur bürgerlich-kapitalistischen Produktionsweise befand. Der auf »freien Municipien« basierende, Autarkie anstrebende wirtschaftliche Kommunalismus blieb bis zum Bürgerkrieg die Leitvorstellung dieses »maximalistischen« Kreises des spanischen Anarchismus. Er idealisierte den ländlichen Rahmen, der für die Lokalisierung der nachrevolutionären Gesellschaft in Agrarmunicipien konstitutiv sein würde,

lehnte *»Kultur und Weisheit«* als verderbliche bürgerliche Relikte ab und strebte darauf hin, die Personen, die angeblich unersetzliche Funktionen ausübten und die sich daher gar selbst für unersetzlich hielten, ihrer Ämter zu entheben, was für die neue Gesellschaft schon deshalb kein Problem darstellen würde, weil alle *»Lebensfaktoren«* auf *»ein Minimum vereinfacht«* sein würden.[26] Wenn auch Teile der CNT diese Revolutionsvorstellung nicht übernahmen, blieb doch für die Ausprägung des anarchosyndikalistischen Revolutionsbegriffs die Agrar- und Besitzstruktur Spaniens entscheidend.

In der Illusion einer jederzeit realisierbaren, voluntaristischen Anwendungskriterien der anarchistischen Aktionsbereitschaft unterworfenen Revolution stellte sich *»das Ende der Herrschaft des Menschen über den Menschen als eine gegen das jeweils waltende Unrecht moralisch aufgebrachte revolutionäre Volksbewegung«* dar,[27] die – gewissermaßen als Voraussetzung zur sozialen Revolution – zuerst den Staat zerstören mußte. Dabei wurde die Analyse des Regelgefüges des bestehenden kapitalistischen Systems nicht ernsthaft in Angriff genommen; an die Stelle der Reflexion über die theoretischen Bedingungen der als Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Herrschaftsfreiheit imaginierten Anarchie trat der Glaube an die Realisierbarkeit dieses Endzustandes, ohne daß die Realisierungsproblematik aufgerollt worden wäre. Im rhetorischen Stereotyp der stets abrufbaren Revolution und in der Mythisierung des Generalstreiks wurde die hyperbolische Attitüde sichtbar, in der sich nicht so sehr die wirkliche revolutionäre Haltung als vielmehr der kompensatorische Glaube der Erniedrigten und Gekränkten an eine solche revolutionäre Tatkraft offenbarte.

Der »reformistische« Syndikalist Juan Peiró übernahm 1930 die Bestimmungen des CNT-Gründungskongresses, denen zufolge der revolutionäre Syndikalismus als Mittel, der Anarchismus als Endziel der Arbeiterbewegung interpretiert wurden. Peiró betonte in seinen Schriften vor allem die Erforderlichkeit solider technischer Vorbereitung zur Übernahme der Produktion, ausreichender Ausbildung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme und einer starken Organisation zur Verteidigung der Revolution. Habe sich diese erfolgreich durchgesetzt, so verliere in der *»stabilisierten Phase«* der Syndikalismus seine bisherige Bedeutung zugunsten der Kommune, die dann den *»Schnittpunkt aller individuellen, moralischen und wirtschaftlichen Werte der Gesellschaft«* darstelle.[28] Die größte Gefahr für eine erfolgreiche Durchführung der Revolution sah Peiró einerseits in der anarchistischen Ablehnung der notwendigen Organisation, andererseits in der Überbetonung der Spontaneität. Peirós Schrift bedeutete die Einleitung zu einer von 1931–1936 offen und erbittert geführten Auseinandersetzung zwischen den extremen Flügeln der CNT und FAI.[29] Der putschistischen Praxis-Besessenheit der Anarchisten um die Zeitschrift »La Revista Blanca« mit ihrem Glauben an die unmittelbare Realisierbarkeit ihres Endziels setzte der französische IAA-Funktionär Pierre Besnard für die vorrevolutionäre Phase die organisatorische Funktion der Gewerkschaft, für die nachrevolutionäre den *»freiheitlichen Kommunismus«* als Übergangsstadium und erste Etappe auf dem Weg zum *»freien Kommunismus«* entgegen. Damit erhielt der freiheitliche Kommunismus eine der »Diktatur des Proletariats« im Marxismus vergleichbare Funktion zugesprochen.

In der nicht ohne persönliche Härten geführten Diskussion wurde das Problem der Herbei- und Durchführung der sozialen Revolution nach der Proklamierung der Zweiten Republik und dem Bruch innerhalb der CNT von unmittelbar »praktischer« Relevanz. Die gemäßigteren CNT-Mitglieder hatten den steigenden FAI-Einfluß im Anarchosyndikalismus mit zunehmender Sorge beobachtet und sich im August 1931 entschlossen, in einem gemeinsamen Manifest ihre Position – die sie für die *»ursprüngliche«* revolutionär-syndikalistische hielten – von der der »Faisten« abzugrenzen. Beide Gruppen differierten primär in bezug auf Strategie

und Taktik der sozialen Revolution.
Die gemäßigteren Kräfte, die sich »Treintistas« nannten, warfen der FAI die Überbetonung voluntaristischer Elemente, maximalistische Erwartungen, Blanquismus und bolschewistische Methoden vor;[30] führende FAI-Mitglieder sahen demgegenüber mit der Republik die Gefahr gekommen, die anarchistische Bewegung könne *»in den Sozialdemokratismus fallen«*,[31] und betonten daher die nur vom Willen revolutionärer Gruppen abhängige Realisierbarkeit des sozialen Umsturzes. Dieser *»vereinfachenden, klassischen und etwas träumerischen Vorstellung der Revolution«* (Treintista-Manifest) setzten die gemäßigten CNT-Kreise wiederum ihre *»echte, einzige«* Vorstellung entgegen, die sie in der Verbindung von Ordnung und Methode einerseits, individueller Initiative andererseits für *»vorausblickend und zusammenhängend«* hielten. Sie forderten eine effektivere Organisation, betonten die notwendige Vorbereitung auf die Revolution und hielten eine Massenbasis für unumgänglich. In der Verschwörungstaktik der FAI-Anarchisten drückte sich sozialgeschichtlich der unterentwickelte Stand der kapitalistischen Industriegesellschaft in Spanien aus, während das Konzept der »Treintistas« vom gewerkschaftlichen Tageskampf mit dem Industriekapitalismus der wirtschaftlichen Ballungszentren geprägt war.
Die Revolutionsvorstellung und die revolutionäre Praxis der CNT in den Jahren der Republik mußten wesentlich davon abhängen, welche der beiden Konzeptionen sich schließlich durchsetzte. Die »Treintistas« wurden im weiteren Verlauf der sich immer mehr zuspitzenden Diskussion aus der CNT ausgeschlossen; wenn dies auch keineswegs ein Sieg des »reinen« Anarchismus über den »reformistischen« Flügel der syndikalistischen Bewegung bedeutete, scheint der FAI-Einfluß trotzdem eher zu- als abgenommen zu haben, wofür nicht zuletzt die große Anzahl der in den folgenden Jahren durchgeführten revolutionären Erhebungen spricht, die allesamt – aufgrund mangelnder Vorbereitung und fehlender Koordinierung – kläglich scheiterten und für die CNT hohe Einbußen mit sich brachten. Auf dem Zaragoza-Kongreß 1936 kehrten die ausgeschlossenen »Oppositionssyndikate« wieder in die CNT zurück und wirkten an der Ausarbeitung des *»konföderalen Konzepts über den freiheitlichen Kommunismus«* mit; die Handschrift der FAI ist jedoch auch in dieser idealistischen Zukunftsvision einer staatenlosen Gesellschaft unverkennbar. Wie sehr die Revolutionsvorstellungen der CNT tatsächlich von der FAI und damit der Bakuninschen Theorie-Praxis-Identität geprägt waren, zeigt Isaac Puentes Skizze des freiheitlichen Kommunismus, die zum Orientierungsrahmen der bedeutenden Kongreßresolution vom Mai 1936 wurde: *»Das Wissen der Erfahrung vorzuziehen«* stellte für den Landarzt und CNT-Theoretiker eines der gegen den freiheitlichen Kommunismus vorgebrachten Vorurteile dar; demgegenüber betonte er den Primat der Praxis: *»Nur, indem wir im freiheitlichen Kommunismus leben, werden wir lernen, ihn zu leben. Wenn wir ihn einführen, werden wir seine Schwächen und irrigen Aspekte erkennen«*[32]. Nach dieser Auffassung mußte die konkrete Lösung des Anarchieproblems dem praktischen Experiment auf dem Boden der Anarchie überlassen werden und konnte deshalb erst nach der anarchistischen Revolution erfolgen.
In naiv-idealistischer Art und Weise wurde auf dem Kongreß eine illusionäre Gegenwelt als Bund freier und autonomer Industrie- und Agrarassoziationen aufgebaut, ohne daß sich die Delegierten um die Realisierungschancen dieser auf der Basis des Syndikats und der autonomen Kommune ruhenden Gesellschaft ohne Staat, Privateigentum, Autoritätsprinzip und Klassen bemüht hätten. Im Vergleich zu früheren Überlegungen betonten sie allerdings besonders die subjektiven Voraussetzungen für einen erfolgreichen Massenaufstand: Die Revolutionsdefinition des Kongresses vernachlässigte weitgehend die voluntaristischen Elemente und hob stattdessen die lange evolutionistische, bewußtseinsausbildende Phase hervor, die den

Revolutionsausbruch nicht mehr vom individuellen Willen einiger Extremisten abhängig sein ließ.[33]

Die in Zaragoza verabschiedete Resolution über den freiheitlichen Kommunismus – gleichzeitig die einzige von allen Fraktionen des Anarchismus und Anarchosyndikalismus getragene Entschließung über den nachrevolutionären Gesellschaftsaufbau – stellte den vollständigen, angesichts der Entwicklung der CNT im Bürgerkrieg allerdings kurzen Sieg der FAI-Anarchisten in ihrem Ringen mit den Syndikalisten dar.[34] Ziel der anarchistischen Revolution war der freiheitliche Kommunismus, dessen *»soziale und ethische Prinzipien«* ein nur durch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft beschränktes Güterverteilungssystem sowie der allein durch die individuelle *»physische und moralische Verfassung«* beschränkte *»größtmögliche Einsatz eines jeden Individuums«* waren. Die Revolution müßte die Abschaffung des Privateigentums, des Staates, des Autoritätsprinzips und der Klassen sowie die Sozialisierung des Reichtums mit sich bringen; danach würden die freien Organisationen der Produzenten die direkte Verwaltung der Produktion und des Konsums übernehmen. Die Neuorganisation der Gesellschaft würde auf der freien Kommune und dem Syndikat basieren. Da letzteres bereits existierte und in seinen Strukturen als modellhaft für die Organisation der zukünftigen freien Gesellschaft betrachtet wurde, beschrieb das CNT-Konzept insbesondere Funktion und Aufbau der Kommune; es ging aber auch auf die Rechte und Pflichten des Individuums, auf das Bildungssystem, das Justizwesen, die Probleme sogenannter Randgruppen der Gesellschaft sowie auf die Neuorganisation des Produktionsbereichs und die Abschaffung stehender Heere ein.

Das idyllische Programm des Zaragoza-Kongresses sollte die vielfältigen Bedürfnisse einer komplex strukturierten Gesellschaft befriedigen, nahm aber in keiner Weise zu der Mannigfaltigkeit der drückenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme Stellung und konnte somit – wie sich innerhalb weniger Monate herausstellen sollte – auch kaum als Leitfaden für die praktische Bewältigung anstehender Fragen betrachtet werden. In den Realisierungen des Bürgerkrieges verschwand nicht nur das Wort »Kommune« für die sozialistischen Produktionseinheiten fast vollständig zugunsten der Bezeichnung »Kollektiv«; auch der strukturelle Aufbau der Selbstverwaltungseinheiten differierte erheblich von dem in Zaragoza entworfenen Modell. Der im Mai 1936 demonstrierte Mangel an Realitätssinn scheint vor allem mit dem Fehlen einer durchdachten Theorie und der schematischen Übertragung der im Rahmen eines einzelnen »Pueblo« eventuell anwendbaren Theoreme auf makrosoziologische und -ökonomische Einheiten zusammenzuhängen.

Wenige Wochen nach dem Zaragoza-Kongreß begann der Bürgerkrieg; es war im Mai 1936 zwar zur Wiedervereinigung der abgespaltenen Oppositionssyndikate mit der CNT gekommen; ideologische Differenzen blieben in der libertären Bewegung jedoch weiter bestehen. Der Ausbruch des Krieges überraschte den spanischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus somit in einer Entwicklungsphase, in der (rein äußerlich) die Einheit der Bewegung hergestellt war, in der faktisch aber wichtige Fragen bezüglich der angestrebten Revolution unentschieden waren. Die Folgen dieser Unstimmigkeiten sollten für den spanischen Anarchismus verheerend sein.

Der Bürgerkriegs-Anarchismus zwischen revolutionärer Rhetorik und revisionistischer Praxis

Während des Bürgerkrieges unterlag das Verhältnis CNT – FAI, soweit es aus den Quellen rekonstruierbar ist, einer weitreichenden Veränderung. War vor dem 18. Juli 1936 in weiten Kreisen der »reformistischen« CNT eine Abwehrhaltung gegenüber der »anarchoradikalen«

FAI feststellbar gewesen, so lassen viele Äußerungen aus den Jahren 1937 und 1938 deutlich werden, daß die nach Kriegsbeginn feststellbare Preisgabe genuin anarchistischer Positionen durch die FAI zu deren rapider Annäherung an CNT-Positionen führte. Die Kritik lautete nun nicht mehr, die FAI versuche die CNT zu beherrschen, vielmehr umgekehrt, die FAI befinde sich im reformistischen Schlepptau der CNT und müsse sich, wolle sie ihre Identität nicht völlig verlieren, daraus wieder befreien. Die enge Verzahnung der beiden libertären Organisationen während des Krieges und der von beiden eingeschlagene »revisionistische« Kurs (Preisgabe anarchistischer Positionen im wirtschaftlichen und politischen Bereich, Eintritt in die Regierung und Akzeptierung des Staates, Zusammenarbeit mit politischen Parteien etc.) hatten ernsthafte inneranarchistische Krisen zur Folge, in denen neugebildete Basisgruppen die ideologische Kritik vorbrachten, die früher von seiten der »orthodoxen« FAI artikuliert worden war.

An einzelnen Stationen der Entwicklung des Anarchismus im Bürgerkrieg lassen sich die Veränderungen besonders deutlich aufzeigen; im Wirtschaftsbereich etwa markiert das Valencia-Plenum der CNT vom Januar 1938 eine deutliche Zäsur. Da seit Mai 1936 kein allgemeiner CNT-Kongreß stattgefunden hatte, wurde Ende 1937 in der anarchosyndikalistischen Organisation ein Gewerkschaftsplenum für dringend erforderlich gehalten; es sollte sich vornehmlich mit den wirtschaftlichen Problemen beschäftigen, die seit Kriegsbeginn einer Lösung harrten. Zu diesen gehörten *»der korporative Partikularismus bestimmter Betriebe und Kollektive, der Mangel eines Produktionsplanes, übertriebene Unterschiede in der Entlohnung, das Weiterbestehen eigentlich überflüssiger Industrien, die prekäre Situation notwendiger Industrien ..., die Verwaltungszersplitterung, der Produktionsrückgang etc.«*.[35] Das »Erweiterte Nationale Wirtschaftsplenum« (Pleno Económico Nacional Ampliado) der CNT fand in der zweiten Januarhälfte 1938 in Valencia statt; 700–800 Delegierte vertraten 1 700 000 CNT-Mitglieder.[36] Der Kongreß beschäftigte sich fast ausschließlich mit der übergeordneten Frage, wie eine Effektivierung der Wirtschaft erzielt werden könne. Die Tendenz zur Zentralisierung und Zusammenfassung der Kräfte in der Gewerkschaftsleitung war auf diesem Plenum unverkennbar; auch der Kongreßverlauf entsprach nicht der auf CNT-Versammlungen bisher geübten Praxis: Zum einen fällt auf, daß das Nationalkomitee – entgegen früherer Praxis – zu allen Tagesordnungspunkten eine vorbereitete Resolution einbrachte; zum anderen intervenierte das Nationalkomitee selbst – obwohl ihm dies untersagt war – in allen Diskussionen. Mit der Einsetzung von Arbeitsinspektoren, gewerkschaftlichen Kontrollkomitees, Räten für Technik und Verwaltung, Beauftragten für die Arbeitsverteilung (mit dem Recht, in zahlreichen Fällen die Entlassung von Arbeitern zu beantragen), bevollmächtigten Leitern und Wirtschaftsräten wurde die CNT zu einer bürokratisch-zentralistischen Organisation, die die Prinzipien der Basisautonomie und eigenverantwortlichen Entscheidung zugunsten der hierarchischen Strukturierung und einer wirtschaftlichen Gesamtplanung aufgab. Der durch den Krieg auf allen Gebieten erzwungene Zentralisierungsprozeß machte auch vor der Gewerkschaftsorganisation selbst nicht halt.

Die Beschlüsse vom Januar 1938 hatten nur noch wenig mit den im September 1936 verkündeten Zielen der CNT gemeinsam. Entsprachen diese, unter dem Einfluß des Zaragoza-Kongresses, noch weitgehend dem »klassischen« anarchistischen Ideal einer syndikalistischen Wirtschaftsorganisation (Kollektivierung des Bodens, Sozialisierung der Grundindustrien, Nutznießung der sozialisierten Produktionsmittel durch die Gewerkschaften, Arbeiterkontrolle in privaten Industrien), so stellten jene das Ende *»der CNT als von ihren Mitgliedern kontrollierte revolutionäre Organisation«* dar.[37] Die weitgehende Aufgabe des ursprünglichen anarchistischen Wirtschaftsprogramms ist einerseits auf die konzeptionelle Schwäche und die simplifizierende Vorstellung über den in seiner Komplexität bei weitem nicht erfaßten Wirtschafts-

prozeß zurückzuführen, andererseits auf die kriegsbedingte Unausweichlichkeit der zuerst von den Kommunisten proklamierten wirtschaftlichen Zentralisierung und Gesamtplanung. Stellte auf agrarwirtschaftlichem Gebiet der Konzeptionswandel vom Zaragoza-Kongreß zur Valencia-Versammlung den Übergang von einer libertären Wirtschaftsgestaltung zu staatsdirigistischem Interventionismus dar, so bedeutete der Prozeß von der programmatischen September-Erklärung (1936) zum »Erweiterten Nationalen Wirtschaftsplenum« (1938) die Ausdehnung »autoritärer« Organisationsschemata auf die Industrie und den inneren Aufbau der CNT.

Nur wenige Gruppierungen innerhalb der CNT trieben offene Opposition gegen die Linie des Nationalkomitees. Die herausragendste der oppositionellen Gruppierungen stellte die linksrevolutionäre Organisation »Los amigos de Durruti« (Die Freunde Durrutis) dar. Die »Amigos de Durruti« setzten sich aus FAI- und CNT-Mitgliedern zusammen;[38] die Gruppierung bildete sich im März 1937, als die Milizkolonnen der ersten Monate aufgelöst, militarisiert und in das Volksheer integriert werden sollten. Einige Milizionäre der Aragonienfront, vor allem Mitglieder der ehemaligen *»glorreichen Durruti-Kolonne«*, widersetzten sich der militärischen Disziplinierung, zogen mit ihren Waffen und Gepäck nach Barcelona und riefen so die Gruppe »Amigos de Durruti« ins Leben. Sie vertrat einen intransigenten, linkssektiererischen Standpunkt. Die »Amigos de Durruti« riefen nicht nur zum Kampf gegen die Kommunisten, die bürgerlichen Parteien, den Staat, die Regierung usw. auf, sondern bekämpften auch heftig die gemäßigte Linie der CNT- und FAI-Komitees. Als der Einfluß der CNT und FAI – vor allem nach den Maikämpfen 1937 zwischen Anarchisten und Kommunisten in Barcelona, die letztere unter einem Vorwand provoziert hatten, um die anarchistische Machtposition zu brechen – deutlich im Sinken war, riefen die »Amigos de Durruti« zu einer neuen Revolution auf, die nicht nur den *»Stadt- und Landarbeitern voll zusagt«*, sondern die *»anarchistische Gesellschaft errichtet«*.[39] Sie forderten die sofortige Konstituierung einer revolutionären Junta, die nur aus Arbeitern und Soldaten bestehen und sich mit der Kriegsführung, der revolutionären Ordnung und Propaganda und den internationalen Aspekten beschäftigen sollte. Die Ämter in der revolutionären Junta sollten regelmäßig erneuert und von Arbeiterversammlungen kontrolliert werden. Die gesamte wirtschaftliche Macht sollte an die Gewerkschaften übergehen, die eventuell einen Wirtschaftsrat bilden könnten. Die Wirtschaft müsse sozialisiert werden; die Kollektivierungen wurden als Beginn der Sozialisierung akzeptiert. Als zweites Organisationsprinzip müßten neben die Gewerkschaften die freien Municipien treten, die die Wiedererrichtung des Staatsapparates verhindern würden.

Die »Amigos de Durruti« verstanden sich selbst als die einzigen echten Revolutionäre, die die *»gerade Linie der Revolution«* gegenüber den Abweichlern der CNT und FAI und besonders der *»konterrevolutionären Bewegung, an deren Spitze die Mittelschicht und die Kommunisten standen«*,[40] vertraten. Auch wenn die Gruppe keine große Gefolgschaft erringen konnte und für die CNT/FAI keine ernsthafte Gefahr darstellte, weist sie auf ein tiefes Unbehagen anarchistischer Kreise mit der offiziellen Linie der CNT/FAI hin und trägt dazu bei, den Niedergang anarchistischer Vorherrschaft während des Bürgerkrieges als Reaktion auf den »Oligarchisierungsprozeß« anarchistischer und anarchosyndikalistischer Führungsgremien und die Einführung basisunabhängiger Entscheidungen mit zu erklären.[41]

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung der FAI. Der Massenzulauf, den die FAI registrierte – vor dem Bürgerkrieg hatte sie (nach José Peirats) 30000, Ende 1937 (nach Abad de Santillán) über 150000 Mitglieder –, ihre De-facto-Partizipation an den Regierungsgeschäften und die daraus resultierenden ideologischen Unsicherheiten und Widersprüche zu ihrer antipolitischen Doktrin machten eine Überprüfung des doktrinären und organisatorischen Erbes

erforderlich. Die zwangsläufige Anpassung an die Erfordernisse des Krieges hatte für die Anarchisten nicht nur eine Änderung, sondern eine völlige Preisgabe ihrer Prinzipien und die Übernahme »revisionistischer« Positionen zur Folge, die noch Anfang der dreißiger Jahre heftig bekämpft worden waren.

Auf dem Valencia-Plenum der FAI (4.–7. Juli 1937) wurde die bisherige lockere Strukturierung nach »grupos de afinidad« (Gruppen Gleichgesinnter) zugunsten eines neuen Aufbaus verworfen. Fortan[42] sollte die FAI nach »territorialen Gruppierungen« organisiert sein. In kleineren Orten sollten Lokal-, in größeren Städten Distrikt- oder Stadtteil-Gruppierungen mit theoretisch unbegrenzter Mitgliederzahl die Basis des neuen Organisationssystems bilden.

Das Valencia-Plenum bedeutete das Ende des »klassischen« spanischen Anarchismus. Die Delegierten übten heftige Selbstkritik und waren sofort bereit, das über fünfzig Jahre alte Organisationsprinzip der »Gruppen Gleichgesinnter« zugunsten des neuen territorialen Prinzips aufzugeben. Die weitere Diskussion stellte eine umfassende Abrechnung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern dar, die für die auffällige Einflußlosigkeit des organisierten Anarchismus verantwortlich gemacht wurden: Man müsse die *»Unverantwortlichkeit der Komitees«* beenden; die FAI dürfe nicht länger nur *»im Schlepptau der CNT«* mitgezogen werden;[43] die »Gruppen Gleichgesinnter« seien in den Zeiten der Illegalität geeignete Organisationsformen gewesen, würden aber den augenblicklichen Bedürfnissen nicht gerecht. Vor allem die Delegation der Levante wies darauf hin, daß nach dem 19. Juli 1936 die FAI *»in keiner Region wirkungsvoll war«*; wegen *»mangelnden Überblicks«* habe man die Durchdringung des Heeres vernachlässigt; die Bedeutung des Kriegskommissariats und anderer Führungspositionen sei nicht rechtzeitig erkannt worden; an der Aragonienfront habe die Militarisierung der Milizen zu spät eingesetzt.

Ein Jahr nach Kriegsbeginn versuchte die FAI, nachdem sie ihre Strukturmängel erkannt hatte, sich organisatorisch auf die veränderten Bedingungen ihrer legalen Existenz als Massenorganisation einzustellen. Hatte die Autorität der anarchistischen Führer bislang vor allem auf der *»flammenden Macht der Gedanken, der Größe der Aufopferung, der Tiefe der Überzeugung«* bestanden,[44] so sollte die Organisationszentrale fortan durch einen gestrafft-zentralisierten, jederzeit überschau- und kontrollierbaren Apparat ihre Autorität durchsetzen können. Immer wieder wurde in den Plenumsdiskussionen auf die Erfahrungen vom Mai 1937 verwiesen und betont, daß der Rückgang des Einflusses des Anarchismus auf die mangelnde Flexibilität von CNT und FAI und ihre unzureichende Anpassung an veränderte Wirkungsbedingungen zurückzuführen sei. Bei ihrer Kritik erkannten die Delegierten jedoch nicht die – besonders nach dem Krieg herausgestrichene – Gefahr der Hierarchisierung und Bürokratisierung der anarchistischen Organisationen – eine Gefahr, die die Umwandlung der bisher illegalen, mit einem minimalen Organisationsapparat im Untergrund agierenden FAI in eine legale, nach gesetzlichen Vorschriften strukturierte Organisation mit sich brachte. Die Begriffe Hierarchisierung und Bürokratisierung umschreiben dabei eines der Grundprobleme, die sich aus der Umsetzung der regulativen Idee des Anarchismus in die politische Praxis einer legal konstituierten Organisation in einer Kriegssituation ergaben; sie erheben in diesem Kontext nicht den Anspruch eines analytischen Mittels, das die damit verbundenen Herrschafts- und Legitimitätsvorstellungen begrifflich integriert.

Die neue FAI-Struktur wies eine Reihe hierarchischer Merkmale auf: Jedes Mitglied mußte sich den Beschlüssen der regelmäßig tagenden Versammlungen unterwerfen; alle FAI-Mitglieder, die in der Organisation irgendeinen Posten bekleideten, waren den Komitees gegenüber, die ihnen – zumindest formal – übergeordnet waren, *»verantwortlich«*; nur diese konnten den Mitgliedern Posten zusprechen oder aberkennen. Das »Comité Peninsular« (Peninsulare

Komitee) sollte fortan nicht mehr, wie bisher, von der Lokalföderation anarchistischer Gruppen der Ortschaft, in der das Komitee seinen Sitz hatte, sondern durch Delegierung der einzelnen FAI-Regionalföderationen gebildet werden. Da jedoch eine Delegierung vorläufig aus organisatorischen und finanziellen Gründen impraktikabel war, sollten ortsansässige FAI-Mitglieder die einzelnen Regionen vertreten.

Eine sehr ähnliche Entwicklung wie die FAI durchlief gleichzeitig die CNT: Beispielhaft für die zunehmende Entdemokratisierung im radikaldemokratischen Sinn und Hierarchisierung der CNT ist die Interaktion der oberen Entscheidungsgremien mit der Mitgliederbasis.[45] Die eigentlichen Entscheidungen wurden nur noch von den politischen Aktivisten getroffen, während die Mitglieder an der Basis fast jeder Einflußmöglichkeit auf den Kurs der CNT-Politik verlustig gingen. Auf den Nationalversammlungen legte das Nationalkomitee die Tagesordnung bereits im Vorhinein fest und durchbrach damit eine demokratische CNT-Tradition, die die Bestimmung der Tagesordnungspunkte durch Initiative und auf Antrag der Basismitglieder vorsah. Ob Rundschreiben der Nationalkomitees an Lokal- und Bezirksföderationen weitergeleitet wurden, hing vom Geheimhaltungsgrad des Schreibens ab. Begründet wurde diese völlig neue Praxis damit, daß nach dem 19. Juli 1936 viele ideologisch schwankende Mitglieder der CNT beigetreten seien und eventuell feindliche Spione sein könnten.

Die im wirtschaftlichen und politischen Sektor deutlich wahrnehmbare Tendenz zur Zentralisierung der Entscheidungsinstanzen und -befugnisse machte auch vor dem organisierten Anarchismus nicht halt. Sie wurde am deutlichsten in der im April 1938 erfolgten Zusammenfassung der drei libertären Organisationen CNT, FAI und »Juventudes Libertarias« (JJLL/Freiheitliche Jugend) zu einer einzigen Organisation, dem »Movimiento Libertario Español« (MLE/Libertäre Spanische Bewegung). Die organisatorische Neustrukturierung, die den Oligarchisierungsprozeß durch eine Reihe organisatorischer Änderungen innerhalb der FAI förderte, war verspäteter Ausdruck eines Politisierungsprozesses, der bereits in den ersten Bürgerkriegswochen eingesetzt hatte und im Juli 1937 zur Aufgabe wesentlicher Grundpositionen des klassischen Anarchismus führte. Die Begründung der FAI für die Preisgabe zahlreicher bis zum Bürgerkrieg verbindlicher Positionen war rein pragmatisch-opportunistisch: Die bisherigen Gruppenzellen hätten sich zwar in den Zeiten der Illegalität bewährt, seien aber den neuen Aufgaben der legal agierenden Anarchisten nicht mehr gewachsen. Es bedürfe vor allem deshalb einer schlagkräftigen Organisation, damit *»Fraktionen und Parteien, die ihrem Wesen nach diktatorisch sind«* und vorrevolutionäre Zustände wiederherstellen wollten – gemeint waren die Kommunisten –, die Anarchisten nicht aus allen Machtpositionen verdrängen könnten; die FAI wolle aus den öffentlichen Positionen heraus die Revolution vorantreiben.

Der unmittelbare Anlaß zur Legalisierung des organisierten Anarchismus war der Versuch von Justizminister Irujo gewesen, die anarchistische Organisation als gesetzlich inexistent von den »Volksgerichtshöfen« auszuschließen, in denen das Übergewicht der Sozialisten und Kommunisten dann erdrückend geworden wäre. In der Resolution der Valencia-Versammlung lehnte die FAI nicht mehr den Staat schlechthin, sondern nurmehr die *»Diktaturen«* und *»totalitären Regierungsformen«* ab; sie forderte ihre Mitglieder sogar zur Mitarbeit in bestehenden Staatsinstitutionen auf: *»Entgegen unserer ablehnenden Haltung der Vergangenheit ist es Pflicht aller Anarchisten, in all jenen öffentlichen Institutionen mitzuwirken, die dazu beitragen können, die neuen Verhältnisse zu befestigen und voranzutreiben.«*[46] Die auf dem Plenum verabschiedete Resolution brachte zwar die bis dahin revolutionäre Doktrin der FAI in Übereinstimmung mit ihrer »reformistischen« Praxis – soweit darunter die Zusammenarbeit mit der republikanischen Regierung zu verstehen war – und ersparte ihr ständige ideologische Konflikte, führte aber andererseits zu einer ernsthaften Krise mit zahlreichen (vor allem katalani-

schen) anarchistischen Gruppen, die unter dem Motto: *»Es lebe die Anarchie«* nicht von ihrer traditionellen Linie abweichen und die Reduzierung der anarchistischen Bewegung auf eine weitgehend reformistische Gewerkschaft (CNT) und eine libertär-sozialistische Partei (FAI) nicht hinnehmen wollten.[47] Die Haltung dieser Gruppen trug auch wesentlich dazu bei, daß auf dem Nationalplenum der Regionalföderationen der libertären Bewegung (MLE) in Barcelona (Oktober 1938) der Vorschlag H. Martinez Prietos, die FAI solle sich als *»freiheitliche sozialistische Partei«* konstituieren oder auflösen, nicht angenommen wurde. Wenn auch weiterhin die CNT als die politische Vertretung der Syndikalisten auftrat, ließ die verabschiedete Resolution trotzdem der FAI die Möglichkeit offen, die politische Repräsentanz der MLE zu übernehmen; dies aber bedeutete das Ende der FAI als 'spezifischer' anarchistischer Organisation.

Hatten sich somit im Verlauf des Bürgerkrieges die CNT- und FAI-Gremien einander angenähert, so verlief die neue Trennungslinie fortan zwischen der anarchistischen »Leitung« einerseits und der »Basis« andererseits. Die CNT-Basis bewies schon sehr früh ein feines Gespür für den Verselbständigungsprozeß der oberen Komitees; im Spätherbst 1936 steigerte sich der anarchistische Unmut sogar zu einem Aufstandsversuch gegen die eigene Organisation. Die Verteidigungskomitees von Barcelona wandten sich damals an Marcos Alcón mit dem Ansinnen, den Sekretär des katalanischen CNT-Regionalkomitees zu stürzen. Schließlich verzichteten sie aber auf den Aufstand.[48] Auch in anarchistischen Presseorganen und Broschüren wurde Kritik am »Ministerialismus« von CNT und FAI laut, wenn auch – aufgrund der innergewerkschaftlichen Zensur, die oppositionelle Stimmen kaum zu Wort kommen ließ – die entstandene Vertrauenskrise weder in ihrem Umfang noch in ihrer Reichweite ganz erfaßt werden kann.

Bezeichnend für die Kritik an den anarchistischen Führungsgremien mag die wahrscheinlich Ende 1937 erschienene Broschüre der drei Anarchisten Santana Calero, Severino Campos und José Peirats sein,[49] in der den *»kleinen Chefs«* Verrat an den ideologischen Prinzipien des Anarchismus vorgeworfen wurde. Die Autoren wandten sich dagegen, daß unter dem Vorwand, die Umstände erforderten es, das *»Innerste und Wesentlichste des Anarchismus«* verletzt und *»Zungen und Intelligenz der Riesen CNT und FAI durch die stinkende Ausgeburt der Politik geschädigt«* werden. Sie verstanden sich selbst als Sprachrohr der *»überlegten Opposition des bewußten Teils der libertären Bewegung«* und sagten für die nahe Zukunft ihre Unabhängigkeit vom *»staatlichen und zentralistischen Würgegriff«* voraus. Ihre Kritik richtete sich einerseits gegen die *»ideologische Desorientiertheit«* und die *»Anarcho-Leninisten«* innerhalb der anarchistischen Bewegung, andererseits gegen den *»Autoritarismus«*, der keine abweichende Meinung innerhalb des anarchistischen Lagers zulasse: *»Noch nie hat es in der libertären Bewegung eine derartige Neigung zur Unterdrückung von Willensäußerungen, zum repressiven Verhalten gegenüber der freien Meinungskundgebung gegeben. Die Minderheit, die vom offiziösen Wortschatz und der offiziösen Linie abweicht, wird mundtot gemacht. Die syndikalistische und anarchistische Presse weist ihre Artikel zurück. Die Propagandabüros drängen sie an den Rand des öffentlichen Wirkens. Die gröbsten Bezeichnungen werden diesen Männern gegenüber angewandt, die der ideologischen Integrität gegenüber treu geblieben sind.«*

Santana Caleros Kritik thematisiert nicht nur die Vertrauenskrise zwischen den anarchistischen Führern und der Basis, sondern leistet zugleich einen Beitrag zur Beantwortung der Frage, weshalb die mächtigen syndikalistischen und anarchistischen Organisationen nicht in der Lage waren, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen oder sogar auszudehnen. Ein sicherlich beträchtlicher Teil der anarchistischen Basismitglieder fühlte sich in seiner revolutionären Zielsetzung von seinen Führern verraten und erlag allmählich den im Namen der

Staatsräson und unter Berücksichtigung der außenpolitischen Lage zusehends auch von ihren Vertretern in der Regierung und in anderen offiziellen Institutionen vorgebrachten Aufforderungen zur Mäßigung und Zurückhaltung. Ohne eine klare Führung verlief der revolutionäre Impetus, dessen Träger ideologisch stark verunsichert waren, im Sande.

Das Dilemma der Anarchisten im Bürgerkrieg ist unverkennbar: Solange sie ihre föderalistisch-dezentralistischen Prinzipien aufrecht erhielten und ihre radikaldemokratische Theorie auf die eigene Praxis anwandten, erlagen sie der Gefahr, die Rolle des modernen Staates und der politischen Macht überhaupt zu verkennen und damit zugleich praktisch-politisch zu versagen. Sobald sie jedoch eine zentralisierende Straffung des Apparates – und das mußte zwangsläufig zu einem Verlust an unmittelbar interner Demokratie führen – zu realisieren trachteten, setzten sie sich nicht nur zu ihrer Theorie und Ideologie in Widerspruch, sondern verloren gleichzeitig das Vertrauen ihrer Mitglieder. Im Hinblick sowohl auf die anarchistische Intervention in der Regierung als auch auf die darin zum Ausdruck kommende Akzeptierung des Staates trat ein ähnliches Dilemma zutage: Entweder partizipierten die Anarchisten – mit dem Ziel, ihre revolutionären Errungenschaften zu sichern – an der Regierungsverantwortung und trugen durch ihre Intervention (entgegen ihrer Absicht) dazu bei, jene »feindlichen« Institutionen, deren Auflösung und Überwindung sie intendierten (Herrschaft und Autorität, Staat und Regierung), zu restituieren, oder sie blieben ihren antipolitischen Prinzipien treu und verzichteten damit von vornherein auf die Möglichkeit, die allgemein-politische Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen; in der konkreten Situation des Spanischen Bürgerkrieges hätte diese letztere Alternative die kampflose Kapitulation vor dem innenpolitischen Gegner bedeutet und die Gefahr impliziert, machtpolitisch erdrückt zu werden. Die dritte Möglichkeit – eine ausschließlich anarchistische Machtübernahme – kam für die überwiegende Mehrheit der Anarchisten aus moralischen und machtpolitischen Erwägungen nicht in Frage, da sie einerseits die eigene Diktatur ebenso ablehnten wie die jeder anderen Organisation, andererseits nicht stark genug waren, um im gesamten republikanischen Territorium die Macht zu übernehmen.

Ausblick: Die Renaissance der Orthodoxie

Hatte somit, unter dem Druck der Bürgerkriegsereignisse, eine Entwicklung der libertären Organisationen vom »reinen« zum »syndikalistischen« Anarchismus stattgefunden, so erlebten die Jahre nach 1939, insbesondere aber die Phase nach 1975 eine Renaissance des »orthodoxen« Anarchismus. Das Scheitern der anarchistischen Revolution im Bürgerkrieg wurde in libertären Exilkreisen auch (wenn auch keineswegs ausschließlich) auf die Preisgabe traditionell-anarchistischer Positionen und die Übernahme revisionistischer Praktiken zurückgeführt. Ohne den reformistischen Sündenfall – so wurde argumentiert – hätten Einheit und Schlagkraft des Anarchismus gewahrt und die Errungenschaften der Revolution besser gesichert werden können.[50]

Als nach Francos Tod die CNT in Spanien wieder legal agieren durfte und vorerst auch einen massiven Zulauf erlebte – 1977 soll sie über 300 000 Mitglieder gehabt haben –, entwickelte sich das Verhältnis zwischen der »CNT del interior« (CNT des Landesinneren) und der Exilorganisation zum Hauptproblem der anarchistischen Bewegung. Frappierend sind dabei die Parallelen zur Zeit vor dem Bürgerkrieg: Da sowohl die im Exil weiterbestehende CNT als auch die sich wieder zu »orthodoxen« Prinzipien bekennende FAI auf die Strategie der innerspanischen CNT Einfluß zu nehmen suchten, bildete sich ein immer stärker werdender anarchosyndikali-

stischer Flügel, der jegliche ideologische Majorisierung der CNT durch die Exilorganisation und die FAI entschieden ablehnte. In jenen Jahren bildeten sich zwei Grundpositionen heraus, die nach dem fünften Kongreß der Gewerkschaft vom Dezember 1979 (Congreso de la Casa de Campo) deutlich hervortraten und zur Spaltung der CNT in zwei Organisationen führten. Dieser in Madrid abgehaltene Kongreß bekräftigte erneut die »klassische« Linie des spanischen Anarchismus, an dessen ideologischen Prinzipien nicht gerüttelt werden durfte; die Kongreßresolutionen entsprachen weitgehend den Beschlüssen der dreißiger Jahre. Die »Erneuerer« innerhalb der CNT warfen der »historisch-orthodoxen« Fraktion vor, sie habe sich in ihrem dogmatischen Bürokratismus und Immobilismus von der Arbeiterbasis entfernt, in ihr ideologisch-extremistisches Schneckenhaus zurückgezogen und hänge immer noch utopistischen Vorstellungen der dreißiger Jahre an; die maximalistische FAI und die Exilorganisation versuchten, die ideologische Linie der CNT im Landesinneren zu majorisieren.
Die internen Divergenzen der letzten Jahre gehören zweifellos zu den Hauptgründen, die zum Niedergang und zur Existenzkrise der CNT führten.[51] Hinzu kamen Faktoren, die erstaunliche Parallelen zur libertären Entwicklung im Bürgerkrieg (und in der Zeit davor) aufweisen: Das von der FAI der CNT erneut auferlegte Korsett der anarchistischen »Orthodoxie« stieß gerade jugendliche Anhänger ab, die sich gegen ideologische Uniformität wandten; die von der FAI beanspruchte Führungsfunktion und ihr Versuch, die CNT auf den reinen Arbeitssektor zu reduzieren, erinnerte in fataler Weise an die Abhängigkeit anderer Gewerkschaften von politischen Parteien und führte zur Abwanderung jener Kräfte, die im Anarchosyndikalismus gerade eine Alternative zur Dichotomie Partei – Gewerkschaft erblickt hatten; die durch den Massenzuwachs an Mitgliedern und das organisatorische Wachstum bedingte Konzentration von Informationen und »Herrschaftswissen« in den oberen Komitees bewirkten eine Außerkraftsetzung klassischer anarchistischer Organisationsprinzipien: Übergeordnete Komitees koordinierten nicht nur, sondern entschieden; der Willensbildungsprozeß von unten nach oben funktionierte nicht mehr; das Rotationsprinzip wurde aufgehoben, allmählich entstanden eine Arbeiteraristokratie und ein Funktionärskörper, die sich als »Freigestellte« der realen Arbeitswelt entfremdeten – ein Bürokratisierungsprozeß, den gerade der Anarchosyndikalismus immer wieder in seiner Geschichte angeprangert hatte; das Gefangensein der CNT in ihrer Anti-Wahlhaltung der dreißiger Jahre, in denen unter historisch anderen Bedingungen diese Anti-Strategie durchaus Erfolge erzielen konnte, ohne effiziente Alternativen für den Übergang von einer Diktatur zur repräsentativen Demokratie zu bieten, wirkte auf die Masse der Bevölkerung nicht als überzeugendes Programm. Keine Radikallösungen waren gefragt, sondern Reformen, an denen der Spanier durch Stimmabgabe partizipieren wollte.
Das »eherne Gesetz« der Bürokratisierung hat auch vor der CNT nicht halt gemacht und zu ihrem Niedergang beigetragen. Schon während des Bürgerkrieges hatte die MLE gegen ähnliche Probleme anzukämpfen gehabt. In beiden Fällen hat die anarchosyndikalistische Gewerkschaft wichtige Grundsätze aufgegeben, die sie theoretisch stets verfocht: Ziel und Mittel müssen übereinstimmen, es dürfen sich keine Führungskader herausbilden, Hierarchien sind abzulehnen. Das Problem besteht allerdings darin, ob der rapide Niedergang der CNT lediglich auf (Fehl-)Entscheidungen einzelner Personen zurückzuführen ist oder ob es sich nicht allgemeiner als Strukturproblem jeglicher Massenorganisation stellt. Für die weitere Entwicklung des Anarchismus werden die angesprochenen Organisationsfragen von entscheidender Bedeutung, für die libertäre Bewegung allgemein ein wichtiger Testfall für die Anwendbarkeit anarchistischer Organisationsprinzipien sein.

Anmerkungen

1 Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der anarchistischen Bewegung vgl. (exemplarisch) Antonio Elorza: La utopía anarquista bajo la segunda república, Madrid 1973; Stephan J. Brademas: Anarco-sindicalismo y revolución en España (1930–1937), Barcelona 1974; César M. Lorenzo: Los anarquistas españoles y el poder, Paris 1972; Walther L. Bernecker: Strategien der »direkten Aktion« und der Gewaltanwendung im spanischen Anarchismus, in: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 108–134.

2 Vgl. hierzu die Memoiren des Kongreßteilnehmers und »Vaters« der anarchistischen Bewegung in Spanien, Anselmo Lorenzo: El proletariado militante, 2 Bde., Toulouse 1946; s. außerdem Josep Termes: Anarquismo y sindicalismo en España. La Primera Internacional 1864–1881, Barcelona 1972.

3 Die Statuten der Geheimgesellschaft sind wiedergefunden und publiziert worden: Clara E. Lida: La Mano Negra. Anarquismo agrario en Andalucía, Madrid 1972.

4 1881 war an die Stelle der »Federación Regional Española« (FRE/Spanischer Regionaler Bund) die »Federación de Trabajadores de la Región Española« (FTRE/Arbeiterbund der Spanischen Region) getreten, deren interne Auseinandersetzungen in den folgenden Jahren zur Krise der Organisation und in deren Gefolge 1888 zu ihrer formellen Auflösung führten. Die »gemäßigtere« Richtung hatte ihren Kurs nicht durchsetzen können. Als Ersatzorganisation wurde 1888 die »Organización Anarquista de la Región Española« (OARS/Anarchistische Organisation der Spanischen Region) gegründet, die mangels innerer Kohäsion 1889 bereits zerfiel.

5 Die Generallinie dieser neuen Lehre war von Georges Sorel 1908 in seinem Buch »Réflexions sur la Violence« (dt.: Über die Gewalt, Frankfurt/M. 1969) gezeichnet worden. Die Welt sollte für den Arbeiter durch den Arbeiter, und zwar mit unpolitischen Mitteln, organisiert werden.

6 Der Gründungskongreß der CNT fand 1910 in Barcelona statt. 1928 hatte Manuel Buenacasa die Gründung der CNT irrtümlicherweise auf den September 1911 datiert; diese falsche Datierung wurde später von vielen Historikern übernommen.

7 Vgl. die klassische Darstellung der Methoden der direkten Aktion bei Emile Pouget: Le sabotage, Paris 1910.

8 G.D.H. Cole: Selbstverwaltung in der Industrie, Berlin 1921, S. 261.

9 Wilfried Röhrich: Revolutionärer Syndikalismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung, Darmstadt 1977.

10 Michail Bakunin: Die Prinzipien der Revolution, in: Theodor Schiemann (Hrsg.): Michail Bakunins Sozialpolitischer Briefwechsel mit Alexander Herzen und Ogarjow, Stuttgart 1895, S. 361 (Neuausgabe mit einer Einleitung von Arthur Lehning: Michael Bakunin und die Geschichtsschreibung, Berlin-West 1977). Die Forderung nach der Präsenz des Ziels in den Mitteln, die bei den Syndikalisten zu scharfer Ablehnung der Diktatur des Proletariats geführt hat, brachte dem Anarchosyndikalismus von marxistischer Seite den Vorwurf der Unlogik und Inkonsequenz ein. Vgl. Wolfgang Harich: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus, Basel 1971.

11 Zu Salvador Seguí vgl. Manuel Cruells: Salvador Seguí. El Noi del Sucre, Barcelona 1974; vgl. auch Walther L. Bernecker: Die Soziale Revolution im Spanischen Bürgerkrieg. Historisch-politische Positionen und Kontroversen. Mit einer Bio-Bibliographie, München 1977, bes. S. 188.

12 Zu der überwältigenden Wirkung, die die Russische Revolution für kurze Zeit auf die spanischen Anarchisten ausübte, vgl. Gerald H. Meaker: The Revolutionary Left in Spain, 1914–1923, Stanford 1974.

13 Zur Gründung der syndikalistischen IAA s. Rudolf Rocker: Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, hrsg. von M. Melnikow und H.P. Duerr, Frankfurt/M. 1974, S. 304–321.

14 Nach: Prinzipienerklärung der IAA, in: Was sind die CNT und die FAI?, hrsg. von der Gruppe DAS (Deutsche Anarcho-Syndikalisten), Barcelona 1936, S. 44 (Neuausgabe Berlin 1982).

15 Der Madrider CNT-Kongreß von 1919 gehört zu den wichtigsten anarchosyndikalistischen Kongressen Spaniens. Die Delegierten bekannten sich zu den von Bakunin in der Ersten Internationale vertretenen Prinzipien, wenn sie sich auch für den *»vorläufigen«* Beitritt zur Dritten Internationale aussprachen. Vgl. Congresos anarcosindicalistas en España 1870–1936, Toulouse 1977; vgl. auch Walther L. Bernecker (Hrsg.): Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Sozialen Revolution im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, München 1980, S. 45.

16 Eusebio C. Carbó: Die IAA in Spanien, in: Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1921–1931, Berichte von Augustin Souchy u.a., Berlin 1931 (Neuausgaben Hamburg 1972 und Bremen o.J.).

17 Vgl. den zusammenfassenden Bericht in Suplemento de Cuadernos de Ruedo Ibérico: El Movimiento Libertario Español, Paris 1974, S. 293–295; dt. in Bernecker (Hrsg.): Kollektivismus und Freiheit (Anm. 15), S. 98–104.

18 Die »Uniao Anarquista Portuguesa« (Portugiesische Anarchistische Union) war Anfang 1923 auf der Konferenz von Alenquer als Zusammenschluß von zwölf anarchistischen Gruppen entstanden. Auf ihrer ersten Konferenz im Juli 1926 diskutierte die Union bereits ein mögliches Zusammengehen mit den spanischen anarchistischen Gruppen und deutete damit schon auf die Gründung der FAI voraus. Vgl. Peter Merten: Anarchismus und Arbeiterkampf in Portugal, Hamburg 1981.

19 Juan Gómez Casas: Historia de la FAI, Madrid 1977.

20 Zit. nach: Bernecker (Hrsg.): Kollektivismus und Freiheit (Anm. 15), S. 100f.

21 Unter »Gruppenorganisation« war der Zusammenschluß der locker strukturierten »grupos de afinidad« zu verstehen, die mit der Gewerkschaft nichts gemein hatten, sondern eher den Charakter revolutionärer Zellen aufwiesen.

22 Den FAI-Einfluß betont etwa Antonio Bar Cendón: La »Confederación Nacional del Trabajo« frente a la II República, in: Manuel Ramírez (Hrsg.): Estudios sobre la II República Española, Madrid 1975, S. 219–249. Die »offizielle« Verbindung zwischen CNT und FAI wurde durch die Verteidigungs- und Pro-Gefangenen-Komitees hergestellt. Während erstere Streiks und Aufstände organisierten, kümmerten sich letztere um das Schicksal gefangener Genossen und deren Familien. Die treibende Kraft bei der Koordination von CNT- und FAI-Aktivitäten war zweifellos die »spezifische« Organisation FAI.

23 In den 1970er Jahren vertraten führende CNT- und FAI-Mitglieder (mit Unterschieden in den Nuancen) die fast übereinstimmende Meinung, die FAI habe weder die CNT beherrscht noch versucht, der Gewerkschaftsorganisation ihren Willen aufzuzwingen. Vgl. hierzu Suplemento (Anm. 17), S. 147–246. José Peirats: Los anarquistas en la crisis política española, Buenos Aires 1964, S. 277 behauptet sogar, die FAI sei von der CNT beherrscht gewesen. Ihre angebliche Wächterrolle über die Prinzipien des »reinen« Anarchismus habe sich auf die antipolitische Einstellung und auf revolutionären Aktivismus beschränkt.

24 Hierzu: Estatutos generales de la FAI, Valencia 1927.

25 Prinzipienerklärung der IAA (Anm. 14), S. 44.

26 Vgl. Qué es el comunismo libertario, in: La Revista Blanca Nr. 262 v. 25. 1. 1934.

27 Paul Mattick: Marxismus und die Unzulänglichkeiten der Arbeiterbewegung. Über den Zusammenhang von kapitalistischer Entwicklung und sozialer Revolution, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung, Band 1: Über Karl Korsch, Frankfurt/M. 1973, S. 189–216, hier S. 202.

28 Juan Peiró: Problemas del sindicalismo y del anarquismo, Toulouse 1945, Kap. IX (Erstausgabe u. d. T.: Ideas sobre sindicalismo y anarquismo, Barcelona 1930). Über die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bestand bei allen anarchistischen Theoretikern seit der Ersten Internationale bis über den Bürgerkrieg hinaus Einigkeit; die schwierigere Frage der Distribution und Konsumtion der Güter konnte jedoch nicht übereinstimmend geklärt werden. Dieser Aspekt der sozialisierten Wirtschaft führte im Bürgerkrieg zu unterschiedlichen Realisierungen.

29 Die Auseinandersetzung zwischen »wirtschaftlichen Kommunalisten« und »Programmatikern« hatte bereits in den zwanziger Jahren begonnen. Vgl. den Überblick über die Diskussion und Lite-

ratur bei Walther L. Bernecker: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Hamburg 1978, S. 274f.

30 Der Text des »Manifiesto Treintista« wurde am 1. 9. 1931 in Barcelona veröffentlicht; er ist wiederabgedruckt bei José Peirats: La CNT en la Revolución Española, 3 Bde., Paris 1971, Bd. 3, S. 59–63; dt. in: Ökonomie und Revolution. Texte von Diego Abad de Santillán und Juan Peiró, hrsg. von Thomas Kleinspehn, Berlin 1975, S. 65–71.

31 La Tierra (Madrid) vom 2. 9. 1931.

32 Isaac Puente: El Comunismo Libertario. Sus posibilidades de realización en España, Valencia 1933 (Neuausgabe Paris 1969), S. 8.

33 Vgl. hierzu Michail Bakunins »Programm und Zweck der Revolutionären Organisation der Internationalen Brüder«, in: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 18, S. 462–467, wo ebenfalls die *»Machbarkeit«* von Revolutionen bestritten und auf ihre Vorbereitung in der *»Tiefe des instinktiven Bewußtseins der Volksmassen«* hingewiesen wird.

34 Die Sitzungsprotokolle des Zaragoza-Kongresses (Mai 1936) sind wahrscheinlich verlorengegangen. Die heute zugänglichen Texte über den Kongreß sind dem CNT-Organ Solidaridad Obrera entnommen. Vgl. die dt. Übersetzung bei Erwin Oberländer (Hrsg.): Der Anarchismus, Olten 1972, S. 377–395.

35 Solidaridad Obrera vom 12. 1. 1938, zit. nach Peirats: La CNT en la Revolución Española (Anm. 30), S. 3.

36 Die ausführlichste Quelle über diesen Kongreß stellt die Veröffentlichung der Kongreßbeschlüsse dar: Acuerdos del Pleno Económico Nacional Ampliado, Valencia 1938.

37 Vernon Richards: Enseñanzas de la revolución española, Paris 1971, S. 72.

38 Zu den »Amigos de Durruti« vgl. Frank Mintz / Miguel Pecina: Los amigos de Durruti, los trotsquistas y los sucesos de mayo, Madrid 1978.

39 Hacia una nueva revolución. Ed. por la agrupación »Amigos de Durruti«, o. O. o. J. (1937?).

40 Zit. nach einem Brief von E. Cerrveró an Walther L. Bernecker vom 25. 3. 1975.

41 Nach kommunistischen Angaben wurden die »Amigos de Durruti« noch im Juni 1937 aufgelöst. Vgl. Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung vom 24. 6. 1937, S. 964. Die Führer der Gruppe waren bereits im Mai 1937 aus der CNT ausgeschlossen worden. Hierzu Boletín de Información vom 1. 6. 1937, S. 3.

42 Vgl. Memoria del Pleno Peninsular de Regionales, FAI, Valencia, julio 1937 und Boletín de Información vom 10. 7. 1937, S. 2–6. Noch auf ihrem Nationalplenum im Februar 1937 hatten die Regionalorganisationen der FAI sich für die Beibehaltung der traditionellen Organisation in »Gruppen Gleichgesinnter« ausgesprochen; die vielen Tausend neuen Mitglieder sollten vorerst in *»anarchistischen Kulturzentren«* aufgefangen werden und eine Art Reserve darstellen. Vgl. Memoria del Pleno Peninsular de Regionales, celebrado los días 21, 22 y 23 de febrero de 1937, Barcelona 1937, S. 5. Auf der Vollversammlung lokaler und Bezirksföderationen der Levante Ende Juni 1937 wurde dann bereits (im Rahmen einer umfangreichen Selbstkritik) die Forderung nach Neustrukturierung der FAI artikuliert: Pleno de Federaciones Locales y Comarcales de Grupos Anarquistas de la Región de Levante. Celebrado los días 27 y 28 de junio de 1937, Valencia o. J. (1937).

43 Die Abhängigkeit der FAI von der CNT kehrt als Selbstkritik in allen FAI-Dokumenten des Bürgerkrieges wieder. Besonders ausgeprägt ist sie in: FAI. Actas del Pleno Regional de Grupos 1/2/3–7–1937 (*»Wir haben immer behauptet, die FAI sei die Avantgarde der CNT; aber seit dem 19. Juli hinkt sie hinter dieser her«; »die FAI befindet sich im Schlepptau der CNT«; »die FAI muß die CNT wieder beleben«* etc.) und in: Memoria que presenta el Comité Regional Anarquista del Centro (FAI) a las agrupaciones de la región de su labor realizada durante el tiempo de su permanencia al frente de la organización, Madrid, Februar 1938 (Hektogramm; Salamanca, Bürgerkriegsarchiv: Carpeta PS 1040 Barcelona). Dort heißt es u. a.: *»Die FAI-Genossen haben sich durch die Gewerkschaftsorganisation absorbieren lassen und vergessen, daß sie Anarchisten sind ... In der Gewerkschaft wird der FAI-Einfluß nicht im geringsten beachtet ... Es ist erforderlich, daß die FAI sich aktiver gibt und in der Gewerkschaft das Gewicht ihrer kräftigen Persönlichkeit zum Tragen kommt ... Es bedeutet Mangel an*

Verantwortungsbewußtsein, wenn sich Genossen ganz aufgeben, den Erfordernissen des Augenblicks keine Bedeutung beimessen und die Gefahr nicht bemerken, die damit verbunden ist, sich ganz in die Arme der Gewerkschaftsorganisation zu werfen ... Die Persönlichkeit der FAI ist auf den zweiten Platz verwiesen worden; ihre starke Persönlichkeit ist von der Rolle der CNT verdrängt worden.« Die Rolle, die die FAI gegenüber der CNT wieder einnehmen müsse, wird folgendermaßen umschrieben: *»Wir verteidigen die CNT mit dem Fanatismus eines Vaters, der sich zum sklavischen Hüter der Jungfräulichkeit seiner Tochter entwickelt, da er befürchtet, daß selbst der Wind sie beflecken könne; es ist daher möglich, daß wir zu anspruchsvoll sind.«*

44 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1970, S. 338.

45 Vgl. Informe de la Delegación de la CNT al Congreso Extraordinario de la AIT y resoluciones del mismo, Barcelona 1937.

46 Memoria del Pleno Peninsular de Regionales, FAI, Valencia 1937, S. 38.

47 Obwohl die FAI nach dem Juli-Plenum 1937 in zahlreichen Aufrufen versuchte, die »libertären« Kräfte der FAI zuzuführen, scheint der Zulauf die in die Neustrukturierung gesetzte Hoffnung bei weitem nicht erfüllt zu haben. Zu der unterschiedlichen Aufnahme und teilweisen Ablehnung der Plenumsbeschlüsse vom Juli 1937 vgl. Agrupación Anarquista de Barcelona: Adónde va la FAI?, o.O. (Barcelona) o.J. (1938).

48 Hierzu Marcos Alcón: Recordando el 19 de julio de 1936, in: Espoir vom 20. 7. 1975, S. 3.

49 J. Santana Calero: Afirmación en la marcha, Barcelona o.J.

50 Zum spanischen Anarchismus nach 1939 vgl. Cipriano Damiano: La resistencia libertaria (1939–1970), Barcelona 1978; Juan Garcia Oliver: El eco de los pasos, Barcelona 1978; Movimiento Libertario Español, CNT en Francia: Memoria del Congreso de Federaciones locales celebrado en París del primero al 12 de mayo de 1945. Dictámenes, o.O. 1945; Movimiento Libertario Español: Conferencia Intercontinental, Toulouse 1947; Walther L. Bernecker: Die Arbeiterbewegung unter dem Franquismus, in: Peter Waldmann u.a.: Die geheime Dynamik autoritärer Diktaturen. Vier Studien über sozialen Wandel in der Franco-Ära, München 1982, S. 61–198; Juan M. Molina: El movimiento clandestino en España 1939–1949, México 1976; José Berruezo: Contribución a la Historia de la CNT de España en el Exilio, México 1967.

51 Hierzu Walther L. Bernecker: Zwischen Aufschwung und Niedergang: Der spanische Anarchosyndikalismus nach Franco, in: Graswurzelrevolution 106, 1986, S. 33f.; ders./Jörg Hallerbach: Anarchismus als Alternative? Die Rolle der Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg, Berlin 1986, bes. S. 115–126.

Hans Schafranek / Werner Wögerbauer

»Nosotros, agentes provocadores«

Anmerkungen zur Geschichte der »Amigos de Durruti«

Während der Maikämpfe 1937 in Barcelona trat als militantester Flügel des proletarischen Widerstandes die Gruppe »Los Amigos de Durruti« (Die Freunde Durrutis) auf. Die kurzlebige Geschichte dieser linksradikalen Strömung im katalanischen Anarchismus sowie eine ansatzweise Rekonstruktion ihres politischen Stellenwerts und ihrer ideologischen Entwicklung stehen im Zentrum der vorliegenden Studie.

Ursprünglich rekrutierten sich die »Amigos de Durruti« aus Angehörigen der anarchistischen Milizkolonnen, vor allem der »Columna Durruti« (Kolonne Durruti). Sofort nach der Niederschlagung des faschistischen Aufstandes in Katalonien waren diese Milizen an die Aragonfront gezogen, wo sie entscheidend zur Ausdehnung der Kollektivierungsmaßnahmen beitrugen. Binnen weniger Wochen hatten sich im Juli und August 1936 nicht weniger als 150 000 Anarchisten zu den Arbeitermilizen gemeldet, wovon jedoch nur ein kleiner Bruchteil tatsächlich aufgenommen wurde. Nachdem das überwältigende Gros der spanischen Armee zu den Franco-Putschisten übergelaufen war, bildeten die schlecht ausgerüsteten, mit sozialrevolutionärem Elan erfüllten Partei- und Gewerkschaftsmilizen die einzige Streitmacht, die sich dem Faschismus entgegenwarf.

Zwar hatte die kurzlebige Regierung Giral (19. Juli – 4. September 1936) bereits Ende Juli 1936 mit dem Mobilisierungsdekret und der Einberufung mehrerer Reservistenjahrgänge versucht, den Aufbau einer »regulären« Armee zu forcieren. Doch dieser Ansatz, den zwischen dem faschistischen Staatsstreich und der sozialen Revolution zerbröckelnden Staatsapparat auf militärischer Ebene wiederherzustellen, war fürs erste gescheitert. Selbst die stalinistische PCE (Partido Comunista de España / Kommunistische Partei Spaniens), wie die PSUC (Partit Socialista Unificat de Catalunya / Sozialistische Einheitspartei Kataloniens) entschiedenste Verfechterin des Aufbaus einer konventionellen Armee mit zentralem Kommando, »eiserner« Disziplin und straffer Hierarchisierung, mußte sich kurze Zeit zumindest äußerlich der revolutionären Entwicklung anpassen und gründete die »Milicias Antifascistas Obreras y Campesinas« (MAOC / Antifaschistische Arbeiter- und Bauernmilizen). Freilich stellten diese Verbände, ungeachtet ihres Namens, von Anfang an nichts anderes dar als den Kern des sogenannten »5. Regiments«, das wiederum die Grundlage für die Errichtung der republikanischen »Volksarmee« bildete.

Den »kurzen Sommer der Anarchie« (H. M. Enzensberger) zu schildern und die einzelnen Etappen der Wiederherstellung der bürgerlichen Staatsmacht zu analysieren, würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen. Halten wir lediglich fest, daß mit der Auflösung des »Zentralkomitees der antifaschistischen Milizen« (Ende September 1936) in Katalonien wesentliche Elemente der Doppelherrschaft beseitigt wurden. Gleichzeitig mit der Zurückdrängung der revolutionären Komitees erfolgte auch die faktische Preisgabe jener Konzeption, die Krieg und sozialrevolutionäre Umwälzungsprozesse als unauflösliche Einheit ansah. Dies wirkte sich unmittelbar auf die Milizkolonnen an der Front aus, deren ökonomische Autarkie untergraben wurde und die einer systematisierten politischen Erpressung von seiten der Sowjetunion ausgeliefert waren, dem einzigen Land, das in größerem Umfang Waffen lieferte. Am 21.

Oktober 1936 wurde ein Dekret erlassen, das die Eingliederung der Milizen in die regulären Streitkräfte vorsah. Damit begann die »Militarisierung« der Milizverbände, als Vorstufe ihrer Integration in die »Volksarmee«; ein militärischer **und** politischer Transformationsprozeß, der theoretisch im Januar 1937 abgeschlossen war, sich aber in Wirklichkeit bis zum Juni 1937 hinzog. Daß diese De-facto-Liquidierung der Milizen überhaupt vollzogen werden konnte, lag gewiß zum Teil in den allgemeinen Bedingungen des Niedergangs der revolutionären Entwicklung begründet. Daß aber der **politische** Charakter jener militärischen Zäsuren zu einem erheblichen Teil verschleiert werden konnte, war nur möglich durch die Einbindung der anarchistischen Führungsgruppen in das mystifizierte Konzept einer »antifaschistischen Einheit«. Die programmatische Auseinandersetzung um die grundlegend verschiedenartigen Zielsetzungen von Anarcho-Syndikalisten und Stalinisten wurden so zu einem Streit um die militärisch effizienteste Taktik umgebogen.[1] Daraus ergab sich eine paradoxe Annäherung, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen nährte; Kategorien wie »militärische Effizienz«, »Disziplin« usw. wurden in der Kriegspropaganda der PCE und der PSUC bewußt klassenneutral gefaßt. Ihre Durchsetzung unter der Ägide der PCE war jedoch, in Verbindung mit anderen Entwicklungssträngen, ein Meilenstein auf dem Weg zur Errichtung eines zentralisierten »starken« Staates, der parallel mit dem Anspruch auf Wiederherstellung des Gewaltmonopols daranging, alle Ansätze proletarischer Klassenautonomie zu zerschlagen. Auf der Gegenseite konnte die Führung der CNT (Confederación Nacional del Trabajo / Nationalbund der Arbeit) der zum ideologischen Reflex gewordenen Kampfansage an die »Disziplinlosigkeit« der anarchistischen Milizen nichts entgegensetzen und machte sich selbst zum aktiven Träger einer »Disziplinierung« (in doppeltem Sinne) ihrer bewaffneten Formationen. Es war dies das logische Resultat einer tiefgreifenden Verstrickung in die »Burgfriedenspolitik«, die mit der Tolerierung der katalanischen Generalität begonnen und mit dem Eintritt von vier CNT-Ministern in die Zentralregierung (4. November 1936) ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte. Die politische Hilflosigkeit, mit der sich die libertäre Führung die Diskussion um das ideologisch verzerrte Begriffspaar »Disziplin« versus »Disziplinlosigkeit« aufzwingen ließ, wurzelte sicherlich auch darin, daß ein Mangel an militärischer Disziplin in den Reihen des Anarchismus seit jeher als Zeichen einer traditionell **antimilitaristischen** Mentalität galt. Als Ablehnung hierarchisierter Strukturen und utopischer Entwurf einer herrschaftsfreien Gesellschaft verkörperte diese immer schon ein antikapitalistisches Element. Aber das Desinteresse an der Ausübung der Macht – selbst wenn diese, wie etwa im Juli 1936, »auf der Straße lag« – ließ diese Macht als »symbolische« weiterbestehen und mußte späterhin in zuweilen grotesk anmutender Ohnmacht den Wiederaufbau und das Erstarken der staatlichen Institutionen hinnehmen.

So machte seit März 1937 die Zentralisierung der Polizeikräfte in einer einzigen staatlich kontrollierten Truppe wesentliche Fortschritte. Hand in Hand damit ging die Zurückdrängung der von den Anarchisten dominierten »Kontrollpatrouillen«. Die PSUC und die »Esquerra« zogen ihre Anhänger aus diesen bewaffneten Formationen zurück und diffamierten sie als »unkontrollierbare Elemente«.[2]

Die Entwaffnung der Arbeiterklasse ging nicht widerstandslos vor sich. In ganz Katalonien häuften sich die Zwischenfälle. Obwohl sie durch die erfolgreiche Infiltration der Polizei an den Schalthebeln des Unterdrückungsapparates saßen, genügte dies den Stalinisten nicht für die bevorstehende Konfrontation. Im März 1937 bemächtigte sich ein Offizier der Voroshilov-Kaserne im Auftrag der PSUC mittels eines gefälschten Befehls einer größeren Zahl von Panzern aus einem staatlichen Waffendepot. Die Untersuchung verlief im Sand.[3] Beispiele ähnlicher Provokationen sind in großer Zahl überliefert.[4] Victor Serge warnte die Führung der

POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista / Arbeiterpartei der marxistischen Einigung) von Brüssel aus: *»Ein verantwortlicher PSUC-Funktionär war hier. Den belgischen Kommunisten hat er kaltblütig angekündigt, daß der NKWD sich anschickt, bei der erstbesten Gelegenheit fünftausend POUM-Aktivisten umzubringen. Zweifellos ist das eine Prahlerei, aber haltet sie dennoch nicht für bedeutungslos«.*[5] Im April 1937 besetzten Einheiten der »Carabineros«, einer paramilitärischen, dem Finanzminister der Zentralregierung, Negrin, unterstehenden Grenzpolizei, einen Großteil der Pyrenäengrenze. Eine größere militärische Konfrontation mit den Anarchisten, die bis dahin eine weitgehende Kontrolle über den Grenzverkehr ausgeübt hatten, wurde nur mit knapper Mühe verhindert.[6]

Indes wäre der Eindruck falsch, die Eindämmung der revolutionären Potenzen sei ein gradliniger und unaufhaltsamer Prozeß gewesen. Speziell in den anarchistischen Jugendorganisationen regte sich seit Anfang 1937 ein diffuser, aber erbitterter Widerstand gegen die Beteiligung der CNT an der Regierungskoalition. Gewiß, ein erheblicher Teil dieser Sektoren der anarchistischen Bewegung quittierte diese Anpassung ihrer Führung an die Volksfrontprogrammatik mit einem »Rückfall« in den traditionellen anarchistischen »Apolitizismus«. Doch die Verteidigung der anarchistischen »Orthodoxie« widerspiegelte in dieser Phase einer Kräfteumgruppierung zugleich die tiefe Kluft, die sich zwischen Teilen der militanten Basis und den zu Staatsfunktionären gewordenen »Führern« des Anarchismus aufgetan hatte.

In dieses Vakuum versuchte die POUM hineinzustoßen. Sie griff diese Strömungen auf und versuchte ihnen mit dem einheitsfronttaktischen Konzept einer »Frente Obrero Revolucionario« (Revolutionäre Arbeiterfront) eine politische Richtung zu weisen.[7] Diese Bemühungen um eine Annäherung blieben nicht erfolglos. Mitte Februar 1937 wurde auf einer Großkundgebung vor 50 000 Teilnehmern in Barcelona die Bildung einer »revolutionären Jugendfront« zwischen der katalanischen »Juventud Libertaria« (Libertäre Jugend) und der POUM-Jugend »Juventud Comunista Ibérica« (Iberische kommunistische Jugend) proklamiert.[8] Eine Reihe von anderen Organisationen schloß sich an. Zwar blieb dieses Bündnis, ein deutliches Gegengewicht zur stalinistischen »Allianz der antifaschistischen Jugend« (unter Einschluß konservativer bürgerlicher Organisationen),[9] das einzige Ergebnis einer formalisierten Zusammenarbeit zwischen den antistalinistischen Kräften, die mehr durch die gemeinsame Bedrohung zusammengeschweißt wurden als durch eine ideologische Annäherung. Doch daneben entstanden innerhalb der anarchistischen Bewegung starke linksoppositionelle Strömungen, die in ihrer vehementen Kritik des CNT-Kurses nicht beim Rekurs auf die Postulate der »reinen anarchistischen Lehre« stehenblieben. Als wichtigste Gruppierung sind hier die »Amigos de Durruti« zu nennen, deren Aktion und Programm die radikalste Kritik des »Ministerialismus« darstellten.

Der Widerstand gegen die Militarisierung in den anarchistischen Milizen war breit und vielfältig, obwohl er von den übergeordneten CNT-Instanzen keinerlei Deckung erhielt. Am hartnäckigsten zur Wehr setzte sich die 3 000 Mann zählende »Eiserne Kolonne«, die einen Abschnitt an der Teruel-Front hielt. Die Konflikte eskalierten bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen anarchistischen Milicianos und »Guardias de Asalto«, Angehörigen der paramilitärischen republikanischen Polizei. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurden im März 1937 über 200 Anarchisten verhaftet. Um einer drohenden Auflösung und weiteren Repressalien zu entgehen, plädierte das Kriegskomitee der »Eisernen Kolonne« schließlich für die Militarisierung. Aus der »Eisernen Kolonne« wurde die 83. Brigade der regulären Armee.[10] Andere Einheiten gaben ihre Opposition nach weniger spektakulärem Widerstand auf, wobei häufig die Hoffnung mitschwang, die Integration in die »Volksarmee« werde wohl formelle Änderungen nach sich ziehen, die politische Substanz und die Kommandostruktur der einzel-

nen Verbände jedoch nahezu unangetastet lassen.
Besonders drastisch entwickelte sich die Situation an der Aragon-Front, wo neben den CNT-Kolonnen auch die Milizverbände der POUM konzentriert waren. Die Aragon-Front bzw. die an ihr stationierten Verbände, seit jeher der PCE ein Dorn im Auge, wurde systematisch von Waffen und Nachschub entblößt, während die Stalinisten zugleich eine haßerfüllte, monatelange Kampagne gegen die »Untätigkeit« und »Sabotage« der Anarchisten entfesselten. Das verlieh dem Kampf gegen die Militarisierungsdekrete der Regierung Caballero zusätzliche Brisanz.
Zum einen wollten sich die Milizionäre nicht mit einer Maßnahme abfinden, die in völligem Widerspruch zu ihrer libertären Schulung stand. Im Bericht eines Mitglieds des Kriegskomitees der »Columna Durruti« ist die Rede von langwierigen Diskussionen, in denen die Politik des Nationalkomitees und aller Komitees im Hinterland heftig kritisiert wurde. Die Militarisierung machte für ein Gutteil der Milizionäre alle revolutionären Hoffnungen zunichte. Das Ausmaß der Desillusionierung kann daran ermessen werden, daß es darob in der Folge zu vereinzelten Selbstmorden in den Kolonnen kam.[11]
Zum anderen war eine beträchtliche Anzahl von Milizionären nicht gewillt, sich als Kanonenfutter für eine Republik von Stalins Gnaden mißbrauchen zu lassen und weigerte sich kategorisch, das Prinzip einer Militarisierung zu akzeptieren, dies trotz der wiederholten Aufforderung der Regionalkomitees von CNT und FAI (Federatión Anarquista Iberica / Iberischer Anarchistischer Bund).[12] Am 16. Januar 1937 hatten Mitglieder der »Columna Durruti« eine Reihe von Gegenvorschlägen präsentiert, die zugleich die militärische Effizienz der Kolonne und ihre politische Autonomie garantieren sollten.[13]
Ein anderer Teil der Kolonne, vor allem das Kontingent, das an der Expedition nach Madrid teilgenommen hatte, mit Ricardo Sanz, dem Nachfolger Durrutis als Kommandant der Kolonne (und der späteren 26. Division) an der Spitze, trat für die Militarisierung ein.[14] Nach harten Auseinandersetzungen kam es schließlich bei einer Aussprache zwischen den Regionalkomitees und einer eigens nach Barcelona gesandten Kommission zu einer einvernehmlichen Lösung des Konflikts, derzufolge die Gegner der Militarisierung nach Ablauf einer Frist von vierzehn Tagen die Front verlassen und durch neue Kräfte ersetzt werden sollten.[15]

Anfang März 1937 verließen also rund 1 000 bei Gelsa stationierte Milizionäre die Front und zogen nach Barcelona. Ein Teil dieser Gruppe bildete den Kern der »Amigos de Durruti«, die sich wenig später als »Agrupación« konstituierten.[16] Zum ersten Mal an die Öffentlichkeit trat die Gruppe mit einem Communiqué in der Zeitung der »Columna Durruti«, »Frente«, vom 8. März 1937.[17] Vorbedingung für eine Mitgliedschaft war, entweder der CNT oder der FAI anzugehören. De facto kam die Mehrheit der Mitglieder von der FAI. In einer Notiz über Gründung und Aktion der »Amigos de Durruti« berichtet der Politkommissar der POUM-Milizen, Jordi Arquer, daß die genannten Bedingungen zuweilen dazu führten, daß einzelne UGT-Mitglieder zur CNT überwechselten, um den »Amigos de Durruti« beitreten zu können.[18] Letztere erhielten in Barcelona rasch Zulauf, vor allem aus den Reihen der Kontrollpatrouillen, die damals gerade in die entscheidende Phase ihres Selbstbehauptungskampfs gegen den regulären Polizeiapparat eingetreten waren.[19]
Die Beziehungen zu den an der Front verbliebenen Milizionären wurden aufrecht erhalten. Eine der hervorstechendsten Persönlichkeiten der Gruppe, Francisco Carreño, verließ die Front erst nach den Maikämpfen, andere kehrten nach eben diesen Ereignissen an die Front zurück, um in den ehemaligen CNT-Kolonnen Schutz vor der Repression zu suchen.[20] Noch im Juli 1937 verwiesen die »Amigos de Durruti« auf ihre Verbindungen zu den Frontkämp-

fern: »... *die Gruppierung 'Los Amigos de Durruti' besteht nahezu zur Gänze aus Genossen, die seit Juli* (1936 – H.S./W.W.) *an den Fronten gekämpft haben und kämpfen.*«[21] Innerhalb weniger Wochen gelang es den »Amigos de Durruti«, in Teilen der gewerkschaftlichen Basis Fuß zu fassen. So erzielten sie einen erheblichen Einfluß auf die Gewerkschaft der Lebensmittelindustrie. Auch in einigen lokalen Föderationen außerhalb Barcelonas waren sie sehr aktiv, so etwa in den katalanischen Bergbauzentren von Suria, Sallent, Figols und Cardona, wo sie zuweilen über Mehrheiten verfügten.[22] Einen im einzelnen schwer bestimmbaren, allem Anschein nach aber nicht zu gering zu veranschlagenden Einfluß übten die »Amigos de Durruti« auf die katalanische »Juventud Libertaria« aus, mit 34 000 Mitgliedern die stärkste regionale Jugendorganisation der Anarchisten.[23] Dieser Einfluß läßt sich keineswegs im Sinne einer ideologischen Infiltration fassen, sondern umschloß und beförderte die politisch teils diffusen, jedoch äußerst militanten Radikalisierungsprozesse, die bereits einleitend erwähnt wurden. Trotz allem darf die zahlenmäßige Bedeutung der »Amigos de Durruti« nicht überschätzt werden. Die Angaben hierfür schwanken zwischen 400 und 5 000 Mitgliedern für Anfang Mai 1937.[24] Es ist allerdings wahrscheinlich, daß sie während und nach den Maikämpfen ihre Mitgliederzahl erhöhen konnten, freilich ohne daß dies in entscheidendes politisches Kapital umgemünzt werden konnte. Fast sämtliche Milizionäre, die von der »Columna Durruti« zur Unterstützung der Aufständischen nach Barcelona abgestellt worden waren (etwa 100), traten den »Amigos de Durruti« bei.[25] Nach dem Mai 1937 erwähnen diese in ihren Publikationen zahlreiche Beitritte und die Gründung neuer Zellen, sowohl in den CNT-Verbänden als auch in verschiedenen katalanischen Ortschaften, z.B. in Sans, Tarrasa und Sabadell.

Das Regionalkomitee der CNT schenkte ihnen zunächst keine oder nur geringe Beachtung, da man sie für einen der zahllosen Zirkel hielt, die ebenso schnell verschwanden wie sie aufgetaucht waren.[26] Erst Mitte April begannen die Leitungsinstanzen, die politische Tätigkeit der lästigen Opponenten in den eigenen Reihen durch bürokratisch-administrative Mittel zu sabotieren.[27]

Als Sekretär der »Amigos de Durruti« fungierte Felix Martinez. Politisch, intellektuell und als Organisator überragte ihn jedoch bei weitem Jaime Balius. Der als Folge einer Kinderlähmung körperbehinderte Balius, ein ehemaliger Medizinstudent bürgerlicher Herkunft, war in den zwanziger Jahren aus den Reihen der katalanischen Separatisten vom »Estat Catala« zum Anarchismus gestoßen.[28] Er bewies große geistige Beweglichkeit und »*eine außerordentliche Begabung in der Behandlung von Menschen*«, wie von Paul und Clara Thalmann hervorgehoben wird.[29] In den dreißiger Jahren verfaßte Balius eine Reihe von Schriften über die Klassenkämpfe in Spanien.[30] 1936 wurde er Direktor der CNT-Abendzeitung »La Noche«, die unter seiner Redaktion zu einem Forum oppositionell-anarchistischer Auffassungen wurde. Balius' Artikel fanden breite Beachtung; manche von ihnen wurden z.B. in der deutschsprachigen anarchistischen Zeitschrift »Die soziale Revolution«, vor allem aber in »La Batalla«, dem Zentralorgan der POUM nachgedruckt.[31]

Die anderen Repräsentanten der »Amigos de Durruti« gingen zum Großteil aus der ehemaligen Führung der »Columna Durruti« hervor. Dies gilt insbesondere für den Delegierten der 4. Agrupación in Gelsa, Pablo Ruiz, und für den argentinischen Anarchisten Francisco Carreño, Mitglied des Kriegskomitees der Kolonne.[32]

Die engen Beziehungen zur »Columna Durruti« und das Charisma des in Madrid gefallenen Anarchisten bieten zweifellos eine hinreichende Erklärung für die Namensgebung der »Amigos de Durruti«. Darüber hinaus hatte Durruti wiederholt seinen Unmut und sein Mißtrauen gegenüber den Leitungsinstanzen der CNT bekundet und die Notwendigkeit betont, parallel zum Bürgerkrieg den revolutionären Druck im Hinterland aufrechterhalten: »*Von ihnen* (den

Faschisten – H. S. / W. W.) *sagen wir, sie werden nicht durchkommen, und zu euch* (den Konterrevolutionären und Reformisten im republikanischen Lager – H. S. / W. W.) *sagen wir, ihr werdet nicht durchkommen.«*[33] Die ersten öffentlichen Stellungnahmen der »Amigos de Durruti« gehen in diese Richtung: Stigmatisierung der konterrevolutionären Entwicklung im Hinterland und der von der CNT/FAI-Leitung geführten Politik der Zugeständnisse und Kompromisse.

In den Spalten von »La Noche« finden sich immer häufiger die Warnungen Jaime Balius': *»Anhand einer oberflächlichen Analyse der Ereignisse seit dem 19. Juli läßt sich feststellen, daß die Revolution unaufhörlich zurückgewichen ist. Vom Geist und von den Bestrebungen der ersten Tage ist nichts geblieben. Hingegen wohnen wir einer verhüllten Machteinsetzung der Konterrevolution bei, und zwar im wortwörtlichen Sinne.«*[34] In einem Interview wendet sich Pablo Ruiz gegen den wachsenden Einfluß der politischen Parteien und der UGT (Unión General de Trabajadores), die die Interessen des Kleinbürgertums verteidigen. Durch das Paktieren mit ihnen habe die CNT die *»Hegemonie über die Revolution«* verloren.[35] Angesichts dieser Entwicklung sehen die »Amigos de Durruti« ihre Aufgabe in einer aktiven Propaganda innerhalb der CNT, mit dem Ziel, deren revolutionäre Postulate neu zu beleben.

Am 14. April 1937 zeichnete Francisco Pellicer ein recht düsteres Bild der Lage in *»diesem verrotteten Barcelona«*; er brandmarkt die Renaissance einer privilegierten Kaste von Bürokraten, Spekulanten und Müßiggängern, die Verbürgerlichung der Kontrollkomitees, das Weiterbestehen von Prostitution und Bettelei, die schwierige finanzielle Lage der Familien und schlägt eine regelrechte revolutionäre Re-Moralisierung des Hinterlandes vor.[36]

Am 18. April 1937 organisierten die »Amigos de Durruti« ein Meeting im Teatro Poliorama, an dem zirka 1 000 Personen teilnahmen und bei dem Francisco Pellicer, Pablo Ruiz, Jaime Balius und Francisco Carreño als Redner auftraten.[37] Sie erhielten enthusiastischen Applaus, als sie forderten, daß Krieg und Revolution nicht getrennt zu führen seien. Einhellig wandten sie sich gegen die Regierungskollaboration der CNT, die in ihrer Kapitulation vor dem Stalinismus schon viel zu weit gegangen sei. Die PCE-Politiker seien Agenten der Bourgeoisie. Überraschung löste – aus anarchistischem Mund – die Bemerkung aus, Lenins Revolutionsmethode in Rußland sei »korrekt« gewesen. Und unübersehbar war die Warnung an die erstarkende Konterrevolution im republikanischen Lager, wie der am selben Tag verfaßte Bericht eines »dissidenten« amerikanischen Trotzkisten zeigt: *»They* (die »Amigos de Durruti« – H. S. / W. W.) *demand the cleaning of the CNT-union. They want complete socialisation of industry. They are alarmed at reaction showing its head more every day. If the rear does not improve, we will bring up the armed forces from the front and will again clean up. If necessary, we can be master of the situation again in twenty-four hours. This brought the house in uproar. Although it is an exagerated statement with excellent intention, it shows the sentiment of the workers' attending. One speaker wanted to know why the National Guard* (gemeint ist die Guardia Nacional Republicana, d. i. die unter neuem Namen wiederauferstandene Guardia Civil – H. S. / W. W.) *was not sent to the front. Who was it going to be used in the rear?«*[38] Aus solchen Tönen sprach unbeugsame Kampfbereitschaft, aber auch eine gewisse Überschätzung der im April 1937 noch vorhandenen Möglichkeiten, das Rad der konterrevolutionären Entwicklung von Katalonien aus zurückzudrehen und mit einem Schlag die revolutionäre Situation des 19. Juli wiederherzustellen.

Als politische Perspektive propagierten die »Amigos de Durruti« in der zweiten Aprilhälfte die Übernahme der Macht durch die Gewerkschaften,[39] eine Losung, die sie jedoch wenig später relativierten. Um diese Zeit dürften auch die ersten Kontakte mit POUM-Aktivisten und einzelnen Vertretern der winzigen trotzkistischen Gruppe zustandegekommen sein, insbesondere mit Moulin (Pseudonym des deutschen Trotzkisten Hans David Freund), der binnen

weniger Tage einen intensiven Diskussionsprozeß mit den »Amigos de Durruti« initiierte. Es kam dabei zu einer gewissen ideologischen Annäherung, die am Vorabend der Maikämpfe einen etwas größeren Stellenwert erhielt, andererseits aber späterhin bei Freund und Feind zur Legendenbildung beitragen mußte. Das ausführlichste Zeugnis über die kurzfristige Kooperation stammt von Paul Thalmann, dessen Bericht in dieser Hinsicht unverdächtig sein dürfte: Als überzeugter Trotzkist nach Spanien gekommen, erlebte er gerade um diese Zeit eine innere Wandlung, die ihn zu anarchistischen Positionen führte. Thalmann resümierte Balius' Lageeinschätzung während dieser Tage folgendermaßen: *»Die anarchistische Leitung hat versagt, durch ihre Beteiligung an der Volksfrontregierung den tragfähigen Boden revolutionär-anarchistischer Politik verlassen und ist zu einem Anhängsel der kommunistischen Strategie geworden. Einziger Ausweg: Wiederherstellung der Macht und Souveränität der Komitees, Verjagen der katalanischen Generalidad mit Companys an der Spitze, Austritt der Anarchisten aus der Regierung, Neubelebung und bessere Organisation der Milizarmee. Auf dieser Linie sollte in Katalonien und in Aragonien, im Gebiet von Valencia, wo starker anarchistischer Einfluß bestand, die Macht ergriffen, mit der Zentralregierung verhandelt und Kontakt mit allen revolutionären Richtungen aufgenommen werden, die sich in Spanien den Einmischungen der Kommunisten entgegenstellten. Nach Balius' fester Überzeugung ließen sich auf dieser Grundlage, von der katalanischen Bastion aus, dem ganzen Land neue, revolutionäre Impulse geben. In diesen Ideen war schon eindeutig das Denken von Moulin spürbar.«*[40] Wohl hatte sich Pablo Ruiz in dem bereits erwähnten Interview vom 24. März 1937 im Namen der »Amigos de Durruti« klar von allen politischen Gruppen abgegrenzt, die *»nicht nur nichts für die Revolution übrig haben, sondern überdies minoritär sind«*.[41] Dies konnte entweder als Anspielung auf die POUM oder auf antistalinistische Strömungen im Umkreis von Largo Caballero verstanden werden, bedeutete aber zugleich, daß die »Amigos de Durruti«, zumindest anfänglich, ihr Betätigungsfeld auf die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsorganisation beschränken wollten.

Die offensichtliche Öffnung auf Splittergruppen wie die der »Voz Leninista«, sei es auch nur auf der Ebene persönlicher Kontakte, dürfte Hand in Hand gegangen sein mit der Aufgabe einer orthodox-anarchistischen Sichtweise und einem beginnenden Interesse für das Problem der **politischen Macht**. So wie die von Pablo Ruiz gezogene Demarkationslinie gegenüber minoritären Gruppierungen (und auf wen traf dieses Verdikt besser zu als auf die trotzkistische Gruppe), hatten sich auch andere Demarkationslinien in den Wochen vor den Maikämpfen verflüchtigt, aufgrund einer Dynamik, an deren Entstehung die »Amigos de Durruti« ihren Anteil hatten. Ihre Beziehungen zur POUM sind in dieser Hinsicht beispielhaft. Von der physischen Auslöschung bedroht, schenkte diese Partei den manchmal ikonoklastischen Stellungnahmen Jaime Balius' und der »Amigos de Durruti« besondere Aufmerksamkeit. Balius war einer der wenigen im anarchistischen Lager, die entschieden gegen die Moskauer Schauprozesse Stellung nahmen, woraufhin sein heftiger Kommentar vom katalanischen Regionalkomitee der CNT desavouiert wurde.[42] Es ist dies vielleicht als erstes Indiz dafür zu werten, daß sich stellenweise das tiefe Mißtrauen der Anarchisten gegen den Marxismus schlechthin lockerte. Juan Andrade erklärte am 1. Mai 1937, daß die POUM völlig einverstanden sei mit dem Forderungskatalog, den ein Plakat der »Amigos de Durruti« in den Straßen Barcelonas verkündete. In diesem Acht-Punkte-Katalog wurde an erster Stelle die sofortige Bildung einer »Revolutionären Junta« aus Vertretern des Industrie- und Landproletariats sowie der Soldaten gefordert. Aber darüber hinaus hebt Andrade hervor, daß es in jenen Tagen zu einem *»stillschweigenden Einverständnis«* zwischen Basismitgliedern der POUM und der CNT gekommen sei.[43] Diese Haltung der anarchistischen Basis und der »Amigos de Durruti« hob sich scharf von der der offiziellen CNT ab, die in den Attacken von PCE und PSUC gegen

die POUM nichts weiter als einen *»Bruderzwist unter Marxisten«* sah, in den sie nicht einzugreifen hatte.
Angesichts der extrem zugespitzten Situation – nach der Erschießung des UGT-Mitglieds Roldan Cortada durch Unbekannte hatten PSUC und UGT die Beerdigung zu einer gigantischen konterrevolutionären Massenmobilisation benutzt – waren alle Mai-Aufmärsche von der Generalidad untersagt worden.[44] Am 1. Mai verteilten die »Amigos de Durruti« ein gemeinsam mit Thalmann und Moulin verfaßtes Flugblatt im Industrievorort Sabadell. Im Laufe dieser Aktion wurden Moulin und ein amerikanischer Trotzkist kurzfristig festgenommen.[45] Der Inhalt dieser Flugschrift dürfte mit dem bereits genannten Forderungskatalog identisch gewesen sein.
Am Vormittag des 2. Mai, einem Sonntag, fand im Teatro Goya ein zweites Meeting der »Amigos de Durruti« statt, wobei Jaime Balius, Liberto Callejas und Francisco Carreño den 19. Juli und die Persönlichkeit Durrutis evozierten und auf eine Rückkehr der CNT zu einer revolutionären Linie drängten.[46] Auch diese Versammlung war außerordentlich gut besucht und wurde von den Teilnehmern mit *»überschwenglichem Enthusiasmus«* quittiert. Mit Bezug auf die durch zahlreiche Provokationen angespannte Lage sagten die »Amigos de Durruti« eine baldige Aggression gegen die Arbeiterklasse voraus, eine Aggression, die ihnen zufolge in den *»offiziellen Gremien, wo die Vertreter der sogenannten antifaschistischen Kräfte sitzen«*,[47] vorbereitet wurde.

Die lange Zeit durch eine Serie von Provokationen vorbereitete Generalabrechnung mit der POUM und dem revolutionären Flügel des Anarchismus wurde bekanntlich am 3. Mai 1937 mit dem unter stalinistischem Kommando durchgeführten Polizeiüberfall auf die »Telefonica« eingeleitet, womit den Anarchisten die Kontrolle über das Kommunikationsnetz gewaltsam entrissen wurde. Der spontane Massenaufstand, der durch diese Aktion ausgelöst wurde und zu viertägigen erbitterten Kämpfen zwischen CNT/FAI-Aktivisten, der anarchistischen Jugendorganisation, POUM-Arbeitern und den »Amigos de Durruti« auf der einen, den PSUC-kontrollierten Polizeieinheiten der Generalidad auf der anderen Seite führte, ist in Erlebnisberichten und historischen Analysen oftmals beschrieben worden[48] und braucht hier nicht nochmals geschildert zu werden.
Am Abend des 3. Mai ließ eine vom Exekutivkomitee der POUM initiierte Zusammenkunft mit den Regionalleitungen der CNT, FAI und der »Juventud Libertaria« jede Aussicht auf gemeinsame politische Zielsetzungen und Kampfperspektiven schwinden, da sich die anarchistischen Führer mit Ausnahme des JL-Sekretärs Alfredo Martinez darauf beschränkten, die Absetzung des Innenministers Aiguadé und des PSUC-Mitglieds Rodriguez Salas zu fordern, der den Angriff auf die »Telefonica« geleitet hatte.[49] Die POUM stellte sich zwar unzweideutig an die Seite der kämpfenden Arbeiter, befand sich aber zugleich im Schlepptau der CNT-Führung und machte jede politische Perspektive, jedes in Erwägung gezogene offensive Vorgehen von deren Zustimmung abhängig.[50]
Während die überraschten Führungsinstanzen der CNT, FAI und letzten Endes auch der POUM im Verkehr mit den bürokratischen Apparaten den Widerstand der Barrikadenkämpfer in politisches Kleingeld umzuwechseln suchten, hielten die Arbeiter wenig von Verhandlungen und besetzten statt dessen bis zum Morgen des 4. Mai den größten Teil Barcelonas. Am Morgen des 4. Mai erfuhren die Milizionäre an der Aragonfront von den Ereignissen in Barcelona. Eine Delegation von ca. 100 Mann mit Francisco Carreño und Angel Marin an der Spitze, respektive als Vertreter des Kriegskomitees der »Columna Durruti« und der Frontgruppen der »Juventad Libertaria«, beteiligte sich an den Kämpfen im Zentrum.[51] Eine Ausweitung der

Truppenbewegungen wurde durch Delegierte der Leitungsgremien von CNT und FAI verhindert.[52]
Am Abend des 4. Mai fand eine Zusammenkunft zwischen der POUM-Exekutive und einer Delegation der »Amigos de Durruti« statt, bei der man sich aber offensichtlich nicht auf konkrete Maßnahmen einigen konnte.[53] Das oppositionelle Lokalkomitee der POUM von Barcelona schlug die Schaffung eines provisorischen zentralen Verteidigungskomitees vor, welches aus einem Gremium von Delegierten der Barrikaden bestehen sollte; es blieb jedoch bei Ansätzen.[54]
Betrieb die POUM-Führung aufgrund des Drucks, dem sie von links und rechts ausgesetzt war, eine inkonsequente, schwankende Politik, so fiel die CNT-Führung ihrer eigenen Basis glatt in den Rücken, als die Kämpfe ihre stärkste Ausdehnung erfuhren. Seit dem 4. Mai blies das Regionalkomitee unaufhörlich zum Rückzug und forderte die Arbeiter auf, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Tags darauf wurden diese Appelle durch die Rundfunkansprachen von Federica Montseny (CNT-Gesundheitsministerin der Zentralregierung) und Garcia Oliver (CNT-Justizminister der Zentralregierung) verstärkt. Ihre Wirkung auf die Kombattanten war niederschmetternd: *»Mit weinerlichen, bewegten Beschwörungen baten sie die Arbeiter, den verheerenden Bruderkrieg einzustellen, die Arbeit wieder aufzunehmen, es gelte, zuvörderst den Krieg gegen Franco zu gewinnen. Erst wollte ein Teil der anarchistischen Arbeiter nicht glauben, daß da ihre Führer sprachen, dann aber war ihre Erbitterung und Enttäuschung grenzenlos. Aus Wut, Scham und Empörung zerrissen zahlreiche Angehörige der FAI und der CNT ihre Mitgliedsbücher, warfen sie in die Feuer hinter den Barrikaden, über denen noch die Töpfe ihrer Suppe brodelten. Haufenweise verließen sie ihre Stellungen und nahmen ihre Waffen mit, um sie in Sicherheit zu bringen.«*[55] Der Gegensatz zwischen der »historischen Führungsgarnitur« des spanischen Anarchismus und den radikalisierten, durch das ständige Zurückweichen erbitterten Sektoren des anarchistischen »Fußvolks« konnte größer nicht sein. Machte sich z. B. auch Diego Abad de Santillán die These vom tragischen Bruderkampf zu eigen,[56] so verteilten die »Amigos de Durruti« am 5. Mai auf den Barrikaden ein Flugblatt, aus dem zumindest indirekt hervorging, daß sie die reaktionäre Dynamik, die aus der Akzeptanz des antifaschistischen Einheitsmythos erwuchs, begriffen hatten. Ihre Forderungen kreisten nicht um die demokratische Schlinge des Antifaschismus, sie wiesen eine proletarisch-revolutionäre Stoßrichtung auf:
»CNT-FAI. Gruppierung 'Los Amigos de Durruti'
Arbeiter, fordert mit uns:
Revolutionäre Junta.
Erschießung der Schuldigen.
Entwaffnung aller bewaffneten Einheiten, die an der Aggression teilgenommen haben.
Sozialisierung der Wirtschaft.
Auflösung der politischen Parteien, die die Arbeiterklasse angegriffen haben.
Wir weichen nicht von der Straße. Die Revolution über alles.
Wir grüßen die Kameraden von der POUM, die sich mit uns auf der Straße verbrüdert haben.
ES LEBE DIE SOZIALE REVOLUTION!
NIEDER MIT DER KONTERREVOLUTION!«[57]
Vier- bis fünftausend Exemplare dieses in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai in einer kleinen Druckerei des Barrio Chino hergestellten Flugblattes wurden ab Mitternacht auf den Barrikaden verteilt, wo es von den anarchistischen Kombattanten zuweilen mit Mißtrauen, wenn nicht mit schroffer Ablehnung aufgenommen wurde, die einem politikfeindlichen Reflex entsprang.[58] Trotzdem entsprach die Intervention der »Amigos de Durruti« der Massenstim-

mung[59] und war kein von außen eingepflanzter Impuls.
Die Regionalleitungen von CNT und FAI reagierten auf die intransigente Haltung der »Amigos de Durruti« noch am selben Tag in einem Communiqué, das einer regelrechten Denunziation gleichkam und beängstigende Parallelen mit der sprachlich gleichgeschalteten Kominternpresse aufwies: *»Wir geben unserem Befremden über einige in der Stadt zirkulierende Flugblätter Ausdruck, die von den sogenannten 'Amigos de Durruti' unterzeichnet sind und deren absolut untragbarer und völlig im Widerspruch zu den Entschlüssen der libertären Bewegung stehender Inhalt uns dazu zwingt, sie in aller Schärfe zu desavouieren. Als Regionalkomitees der CNT und FAI können wir nicht dulden, daß irgend jemand zweifelhafte Positionen oder gar die Manöver authentischer Provokateure unterstützt. Da wir alle in der bereits gebildeten Regierung der Generalidad vertreten sind, muß ein jeder deren Entscheidungen akzeptieren.«*[60] Diese Verurteilung war nicht einstimmig erfolgt. »La Noche« vom 7. Mai veröffentlichte ein wenig plausibles Dementi eines am Vortag erschienenen Artikels; demnach hätten sich in der Casa CNT heftige Auseinandersetzungen mit mehreren Verletzten zugetragen, weil einige Mitglieder ihre Mißbilligung der von den Leitungsinstanzen gegebenen Weisungen öffentlich zum Ausdruck bringen wollten.[61] Wie weit in manchen Teilen der libertären Bewegung die Ablehnung der Leitung ging, zeigt auch ein Manifest aus den Maitagen, in dem die »Juventad Libertaria« von Gracia (Barcelona) zur Absetzung der Komitees und zur Weiterführung des Kampfes aufruft.[62] Bezeichnend ist auch, daß sich die CNT-Minister nur mit entsprechender Eskorte zu den Versammlungen ihrer eigenen Organisation wagten.[63]
Am Abend des 5. Mai hatten erstmals starke Demoralisierungserscheinungen unter den Aufständischen Platz gegriffen, die Barrikaden wurden zu einem großen Teil verlassen. Die am selben Tag gebildete provisorische Regierung, deren politische Autorität gleich Null war, wagte jedoch nicht, sie mit einem militärischen Großaufgebot zu besetzen. Und trotz der Schläge, die ihnen zugefügt worden waren, hatten viele anarchistische Arbeiter nichts von ihrem kämpferischen Elan und ihrer Widerstandsbereitschaft eingebüßt. Am 6. Mai wurden die Barrikaden teilweise erneut besetzt und die Kämpfe flammten wiederum in großer Heftigkeit auf. Selbst die CNT-Führung, die in einer wenig später erschienenen Broschüre den Kämpfen eine ausschließlich defensive Bedeutung beimaß und die Kampfbereitschaft ihrer Basis herunterzuspielen versuchte, mußte eingestehen, daß trotz der zahllosen Appelle zum Waffenstillstand und zur Wiederaufnahme der Arbeit die Aufständischen am 6. Mai immer noch auf den Barrikaden blieben und den Kampf weiterführten.[64] Gleichzeitig wurde versucht, das Eingreifen der »Amigos de Durruti« zu minimieren, wohl um die Vorwürfe der Gegenseite zu entkräften, der ganze Konflikt sei durch die Tätigkeit »unkontrollierter Elemente« innerhalb der CNT entstanden.[65] Als zahlenmäßig kleine Gruppe konnten die »Amigos de Durruti« natürlich selbständig keine entscheidende politische Wendung herbeiführen. Aber trotzkistische, syndikalistische und radikalanarchistische Darstellungen stimmen darin überein, daß die neuerliche Massenmobilisierung zu einem Gutteil auf ihr Konto ging.[66]
Nachdem die POUM etwas voreilig, aber durchaus »konsequent« (nämlich als reagierender Faktor im Schlepptau der CNT-Leitung) sich die Demobilisierungsaufforderung zu eigen gemacht hatte, versuchte sie nun das Steuer herumzureißen und gab telefonische Gegenanweisungen;[67] wohl eher, um gegenüber ihrer selbständig kämpfenden Basis das Gesicht zu wahren, als um klar artikulierter politischer Zielsetzungen wegen. Julian Gorkin, der internationale Sekretär der POUM, beschrieb das Dilemma, in dem sich seine Organisation befand: *»Die Amigos de Durruti kamen an diesem Tag (6. Mai – H.S./W.W.) zur Sitzung unseres ZK, um gemeinsam mit uns zu handeln. Die Juventudes Libertarias riefen eine Versammlung zusammen, auf der unsere Jugend, die Lokalleitungen der CNT und der FAI, die Amigos de Durruti vertreten*

waren und zu der man uns einlud. Wir sagten dort: Wenn man aus diesen Kräften ein revolutionäres Zentralkomitee schafft, kann man die Machtfrage stellen. Aber wir kamen nicht durch. Man folgte dem Vertreter des Regionalkomitees, Vazquez. Die CNT hat den Kampf verraten. Die Freunde Durrutis forderten eine Regierung aus CNT, FAI und POUM. Wir haben die CNT-Leitung aus taktischen Gründen nicht angegriffen. Ihre Massen erkennen den Verrat, aber sie halten zu ihrer Organisation.«[68] Am selben Tag, an dem in der optimistischen Weltsicht der »Batalla« die Provokation zurückgeschlagen wurde und das Proletariat einen »Teilsieg« errungen hatte, begannen die antifaschistischen Genickschußkommandos der PSUC-Stalinisten mit der praktischen Widerlegung der These vom »tragischen Bruderkampf«. Sie wählten ihre Opfer sorgfältig aus: Camillo Berneri, Francisco Barbieri, Alfredo Martinez und eine Reihe weiterer militanter Anarchisten wurden teils noch während der Kämpfe entführt und ermordet,[69] hunderte Aktivisten von CNT, FAI und POUM folgten in den nächsten Wochen. Die Barrikadenkämpfer, die den Appellen ihrer Organisationen folgten, riskierten das Schlimmste. So wurde etwa das Kontingent der »Columna Durruti« bei dem Versuch, wieder an die Front zurückzukehren, von Polizei einheiten der Generalidad festgenommen und entwaffnet und verdankte schließlich ihr Überleben nur dem Zufall.[70]

Schon am 8. oder 9. Mai veröffentlichten die »Amigos de Durruti« ein Manifest, in dem sie die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zurückwiesen und der Führung der libertären Bewegung vorwarfen, den bereits errungenen Sieg verschenkt zu haben. Die Haltung der CNT-Komitees während der Maitage wird als »Verrat« bezeichnet: *»Wir kennen die TREINTISTEN des Regionalkomitees nur zu gut. Wir sind die 'Freunde Durrutis' und besitzen genügend moralische Autorität um diese Individuen zu desavouieren, die aus Unfähigkeit und Feigheit die Revolution und die Arbeiterklasse verraten haben. Wenn wir keinen Feind mehr vor uns haben, übergeben sie von neuem die Macht an Companys und das Kleinbürgertum, und zusätzlich noch, die Öffentliche Ordnung an die reaktionäre Regierung in Valencia und den Verteidigungsrat an den General Pozas. Der Verrat hat enormes Ausmaß. Die wesentlichen Garantien der Arbeiterklasse, Sicherheit und Verteidigung, werden unseren Feinden auf einem Tablett serviert.«*[71] Im Widerspruch zur offiziellen These der CNT behaupten die »Amigos de Durruti«, daß der Arbeiteraufstand der vorangegangenen Tage nicht nur das Ziel gehabt habe, eine Provokation der Polizeikräfte zurückzuschlagen, ebensowenig, wie sich jener des 19. Juli 1936 darauf beschränkt habe, die Republik gegen den faschistischen Putsch zu verteidigen. Die Opfer der Arbeiterklasse wären nur dann sinnvoll gewesen, wenn diese zum Gegenangriff übergegangen wäre, mit dem Ziel, *»die kleinbürgerliche Etappe der Revolution zu überwinden«* und *»eine hundertprozentige Arbeitervorherrschaft«* einzurichten. Angesichts des Versagens der Führungsgremien sei die Bewegung am Mangel an Koordination und revolutionären Zielsetzungen gescheitert. Hinsichtlich der Zukunftsperspektiven legen die »Amigos de Durruti« jedoch einen vorsichtigen Optimismus an den Tag: Während der Maitage hätten die Arbeiter ihre Bewaffnung verstärkt; nun gelte es, dem Vormarsch der Konterrevolution gegenüber wachsam zu bleiben.[72]
Die Interventionen der »Amigos de Durruti« während der Maitage und das Manifest standen am Beginn eines langwierigen Konflikts mit den CNT-Instanzen. Als sie von der Lokalen Föderation der Syndikate aufgefordert wurden, ihre im Manifest vorgebrachten Anschuldigungen zu rechtfertigen, verlangten die »Amigos de Durruti«, daß die Streitfrage vor den Asambleas, d. h. an der gewerkschaftlichen Basis ausgetragen werde. Dementgegen beschloß wenig später ein Plenum von Orts- und Bezirkskomitees den Ausschluß der »Amigos de Durruti« aus der CNT und der FAI. Trotz der Proteste von seiten der »Amigos de Durruti« veröffentlichten die Regionalkomitees eine entsprechende Notiz in der Presse; allerdings weiger-

ten sich der Sekretär der Lokalen Föderation der Gruppen (FAI) und vor allem das Komitee und die Lokale Föderation der »Juventad Libertaria«, dieses Communiqué zu unterzeichnen.[73]

Trotz eines Kompromißversuchs – die »Amigos de Durruti« präzisierten, daß sie mit »Verrat« kein **bewußt** konterrevolutionäres Verhalten gemeint hatten, von der CNT erwarteten sie, daß sie ihre Kennzeichnung als Provokateure revidiere – bestätigte ein Nationales Plenum in Valencia erneut den Ausschluß. Doch konnte auch hier kein einstimmiger Beschluß gefaßt werden: Der Delegierte Andalusiens stimmte dagegen. Auch auf der Titelseite von »L'Espagne nouvelle« vom 12. Juni 1937 erschien folgender Aufruf: *»Im Einvernehmen mit den anarchistischen Gruppen von Barcelona, der Katalanischen Föderation der Juventud Libertaria und den Druck- und Transportarbeitergewerkschaften von Barcelona fordern wir, daß die Amigos de Durruti in der FAI und CNT verbleiben, deren kämpferische und militante Elite sie darstellen.«* Dank solcher Widerstände und dank einer Welle der Sympathie und der Solidarität in der libertären Basis fand der Ausschluß nur auf dem Papier statt.[74] In jedem Fall aber war die Lage der »Amigos de Durruti« innerhalb der Organisation prekär. Ihre bekanntesten Vertreter waren außerdem einer Kampagne von Verleumdungen und persönlichen Angriffen ausgesetzt.[75] Umgekehrt nahmen die »Amigos de Durruti« ihren Organisationen gegenüber eine eher versöhnliche Haltung an, ohne allerdings programmatische Zugeständnisse zu machen.[76]

Der Ablauf des Konflikts mit den CNT-Instanzen läßt sich zum Großteil anhand der ersten Nummern von »El Amigo del Pueblo« verfolgen, jener Zeitung, die von den »Amigos de Durruti« kurz nach den Maikämpfen gegründet wurde und die um den 15. Mai erstmals erschien.[77] Nachdem die CNT-Presse (insbesondere »Solidaridad Obrera« und »La Noche«) die Vokabel »Provokateure« aufgegriffen hatte, fehlte es den »Amigos de Durruti« an einer Tribüne, die es ihnen erlaubt hätte, ihre Analyse der Ereignisse zu vertreten und zu vertiefen, beziehungsweise sich gegen die verschiedenen Angriffe zu wehren.[78]

Der angekündigte Erscheinungsrhythmus war wöchentlich, aber sehr rasch kam es ob der zahlreichen Probleme zu Unregelmäßigkeiten.[79] Den »Amigos de Durruti« mangelte es an der notwendigsten Logistik. Wegen seines klandestinen Status' und aus Angst vor Repression übernahmen die Druckereien nur widerstrebend die Herstellung und den Druck des »Amigo del Pueblo«.[80] Aus »revolutionärer Solidarität« stellten POUM-Mitglieder zuweilen die Druckerei von »La Batalla« zur Verfügung.[81] Die »Amigos de Durruti« versuchten auch, auf dem Umweg über Spendenaufrufe die notwendigen Mittel für den Ankauf von Druckgeräten zu sammeln.[82]

Offiziell ausgeschlossen und innerhalb der libertären Bewegung jedenfalls an den Rand gedrängt, waren die »Amigos de Durruti« um so mehr der Repression und der Zensur ausgesetzt. Die Nummer 4 vom 22. Juni verkündete die Nachricht von der Verhaftung Jaime Balius' und von der Schließung ihres Lokals auf der Rambla de las Flores durch die Polizei. Trotz zahlreicher Proteste, etwa in der CNT-Zeitung »Superacion« (Sabadell),[83] blieb Balius neun Monate in Haft.[84] Zwei Nummern des »Amigo de Pueblo« wurden denn auch im Gefängnis verfaßt und heimlich von CNT-Mitgliedern mit den Maschinen und auf dem Papier dieser Organisation gedruckt. Die Nummern 5 und 8 wurden in Perpignan hergestellt.

Hauptziel des »Amigo del Pueblo« war es, die anarchosyndikalistische Basis besser als dies im Mai der Fall war, auf kommende Auseinandersetzungen vorzubereiten, eine revolutionäre Theorie auszuarbeiten und dem Taktieren der Führungsgremien ein klares Programm entgegenzusetzen, wie es in dem folgenden Maßnahmenkatalog skizziert wird:

»Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens durch die Gewerkschaften.
Freie Kommunen.

Kontrolle von Armee und Ordnungskräften durch die Arbeiterklasse ...
Alle Waffen haben in den Händen des Proletariats zu sein ...
Allgemeine Arbeitspflicht ...
Sozialisierung aller Produktions- und Tauschmittel ...
Säuberung des Hinterlandes ...
Sofortige Einführung des Familienlohns ...
Abschaffung des bürgerlichen Parlaments ...
Mobilisierung gegen die Konterrevolution.
Mißachtung aller staatlichen Zwangsmaßnahmen ...
Rückkehr zur umfassend revolutionären Ausrichtung unserer Organisationen.
Totale Opposition gegen den Ministerialismus ...
Gegen jede Form von Waffenstillstand ...«[85]

In der Überschrift zu diesem Forderungskatalog bezeichneten sich die »Amigos de Durruti« – provokatorisch – selbst als *»Provokateure und unkontrollierbare Elemente«*; die orthodox anarchistische Ausrichtung des Inhalts, so meinten sie, würde von selbst die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe klar herausstellen. Doch die zentrale Forderung der »Amigos de Durruti«, gleichzeitig auch diejenige, welche innerhalb der anarchistischen Bewegung am umstrittensten war,[86] ist in dieser Liste nicht enthalten: die Forderung nach der Schaffung einer »Revolutionären Junta«. *»Die Revolution benötigt unserer Ansicht nach Organismen, die über sie wachen und die ... gegnerischen Kräfte unterdrücken. Wie uns die aktuelle Lage gezeigt hat, lassen sie sich nicht zum Verschwinden bewegen, wenn man sie nicht zermalmt.«*[87] Ähnliche Vorschläge hatte es in den ersten Wochen des Bürgerkriegs gegeben. Die Mitglieder dieser Junta sollten von den Gewerkschaftsorganen gewählt werden, unter Berücksichtigung der Frontkämpfer. Die Asambleas sollten ihre Handlungsweise kontrollieren, und die Zusammensetzung der Junta sollte ständig erneuert werden. Die Kompetenz der Junta sollte genau begrenzt sein und vier Bereiche umfassen: die Führung des Bürgerkriegs, die Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung, die internationalen Beziehungen und die revolutionäre Propaganda.[88]

Nach ihrer eigenen Aussage führten die »Amigos de Durruti« mit der »Revolutionären Junta« eine »kleine Variante« in den Anarchismus ein.[89] Zuweilen wurden sie deswegen auch als *»bolschewisierte Anarchisten«* betrachtet, die sich *»zutiefst mit der POUM kompromittiert«* hätten.[90] In der Tat stellt die Revolutionäre Junta die Frage nach der politischen Macht, jedoch in einer Weise, die die Prärogativen der Gewerkschaften und freien Kommunen unangetastet ließ.

In der libertären Bewegung Spaniens war immer noch die Vorstellung verbreitet, die kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung dürften keinem Zwang ausgesetzt und sollten allein durch das »Beispiel« der Anarchisten zur »Einsicht« gebracht werden. Die »Amigos de Durruti« hingegen hatten aus den Erfahrungen seit der Juli-Revolution ihre Lehren gezogen und jenen Träumereien eine klare Absage erteilt. Die Einsetzung einer Junta sollte eine Art revolutionärer »Vormundschaft« der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse konkretisieren, solange, bis sich die neue Ordnung konsolidiert habe: *»Die Barrikadenkämpfer sind es, die die Revolution verteidigen und sie sind die einzigen, die die Resultate des Triumphs weder verkaufen noch verraten werden.«*[91]

Die aktuellen Ereignisse, von denen in den verschiedenen Nummern des »Amigo del Pueblo« die Rede ist, machen deutlich, wie gerechtfertigt die Forderung nach einer »Revolutionären Junta« war: Ob es sich nun um die Auflösung der Kontrollpatrouillen (Nr. 1 und 3), die Abschaffung der Volksgerichte (Nr. 1), die Haftbedingungen der Revolutionäre (Nr. 6), den Prozeß gegen die POUM und die Ermordung Andrés Nins (Nr. 6), das Verbot jeglicher politischer Betätigung in der Armee (Nr. 5) oder die Angriffe der stalinistischen »Division Lister«

gegen die aragonesischen Kollektive (Nr. 7) handelt, all dies bezeugt den schrittweisen Triumph der Konterrevolution, dem schließlich – mittelbar – auch die »Amigos de Durruti« zum Opfer fielen.

Die letzte Nummer des »Amigo del Pueblo« ist mit 21. 9. 1937 datiert. Um die Jahreswende 1937/38 erschien dann eine Broschüre, in der die »Amigos de Durruti« nochmals ihre Analyse der spanischen Revolution und ihr Programm zusammenfaßten.[92] Zu diesem Zeitpunkt sind sich die »Amigos de Durruti« dessen bewußt, daß **diese** spanische Revolution vorerst gescheitert ist, daß die Zeit der revolutionären Konjunktur vorbei ist. Der Titel der Broschüre weist denn auch in die Zukunft, auf eine **neue** Revolution: *»Hacia una nueva revolución«.*

Bereits während der wenigen Monate ihres Bestehens waren die »Amigos de Durruti« nicht nur die Zielscheibe von Angriffen und Verleumdungen, sondern auch einer Anzahl von Vereinnahmungsversuchen. In der Folge bildete sich um sie ein Gespinst von Halbwahrheiten und Legenden, vor allem um die angebliche trotzkistische Infiltration der Gruppe. Von trotzkistischer Seite vorgebracht, nimmt diese Behauptung zum Teil – unter positiven Vorzeichen – Anschuldigungen aus den Reihen von CNT und FAI auf.[93]

Die »Amigos de Durruti« und vor allem Jaime Balius hatten bereits mit einer Tradition des spanischen Anarchismus gebrochen, indem sie zwischen den Marxisten der POUM und den »Marxisten« von PSUC und PCE unterschieden.[94] Im »Amigo del Pueblo« finden sich außerdem zahlreiche Anspielungen auf die Oktoberrevolution, z. B. jene, welche den Maiaufstand 1937 als einen ersten Versuch bezeichnet, die »Etappe Kerenski« zu überwinden.[95] Während der Maitage hatten Anarchisten und POUM-Arbeiter sich in den Straßenkämpfen verbündet,[96] ein Umstand, dem die »Amigos de Durruti«, etwa in ihrem Flugblatt vom 5. Mai, Rechnung getragen hatten. Umgekehrt bezeigte auch die POUM den »Amigos de Durruti« eine gewisse Dankbarkeit dafür, daß sie sich der von der Partei im Frühjahr 1937 so verzweifelt erstrebten Öffnung auf die anarchistischen Massen hin nicht verschlossen.[97]

Auch hatten die »Amigos de Durruti« schon bald nach ihrer Gründung die Aufmerksamkeit der Trotzkisten auf sich gezogen, die das Entstehen eines revolutionären Pols innerhalb der CNT begrüßten. Einigen dieser hauptsächlich ausländischen Militanten gelang es erwiesenermaßen, persönliche Kontakte herzustellen und in eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu verwandeln. Es ist nicht auszuschließen, daß sich daran die Positionen und das Programm der »Amigos de Durruti« weiterentwickelt haben. Nichts weist aber darauf hin, daß diese Zusammenarbeit – die eigentlich nichts anderes besagt, als daß die »Amigos de Durruti« frei von antimarxistischen Vorurteilen waren – darüber hinaus zu einer regelrechten ideologischen Beeinflussung geführt hätte, geschweige denn zu einer organisatorischen Bindung. In einem Artikel des »Amigo del Pueblo« verteidigt sich Jaime Balius geschickt gegen den Vorwurf des »Marxismus« – ohne näher auf den Begriff einzugehen und ohne dabei die ihm sonst durchaus geläufigen Unterscheidungen zu treffen.[98] Gewiß ist dies ein taktisches Verhalten, da sich der Artikel hauptsächlich an anarchistische Leser richtet; doch wäre ein solches Schweigen nur schwer vorstellbar, wenn z. B. zur selben Zeit die »Amigos de Durruti« eine programmatisch relevante Zusammenarbeit mit marxistischen Fraktionen praktiziert hätten.

Auf den Eintritt von CNT-Mitgliedern in die Regierung reagierten viele Anarchisten mit einem Rekurs auf die herkömmlichen Postulate ihrer Bewegung. Aber während die einen sich auf die **Buchstaben** der Orthodoxie zurückbesannen, also auf einen durch die Regierungsbeteiligung grob verletzten Apolitismus, beriefen sich andere, zum Beispiel die »Amigos de Durruti«, auf den **»Geist«** der Juli-Revolution. Daß ihre Schlußfolgerungen aus dem Niedergang der revolutionären Bewegung von einzelnen als »Bolschewisierung«, als ein Durchgangsstadium in der Annäherung an marxistische Positionen interpretiert wurde, geschah sicherlich teils aus pole-

mischer Absicht, teils läßt es sich als Wunschdenken erklären. Doch liegt dem auch eine Überschätzung der »differentia specifica« der Gruppierung zugrunde, eine Sektorisierung der libertären Bewegung, wie sie in dieser Deutlichkeit nicht existierte. Als Spitze eines Eisbergs ist die Aktion der »Amigos de Durruti« in weit allgemeinere Entwicklungslinien eingebettet, wie auch ihre Intervention während der Maitage in Barcelona zeigt. Die spontane Kampfbereitschaft der anarchistischen Barrikadenkämpfer, die in allen Berichten und historischen Analysen hervorgehoben wird, verband sich dort mit der partiellen Herausbildung einer »natürlichen Avantgarde« der kämpfenden Arbeiter. Ganz sicher haben die »Amigos de Durruti« die Bewegung weder initiiert noch im leninistischen Sinne »angeleitet«. Noch ihr weiteres Schicksal zeigt, daß sie ohne die genaue und momentane Koinzidenz mit der Massenstimmung nicht imstande gewesen wären, die Konterrevolution und die CNT-Führung herauszufordern. Daß die Massen dann zwar den Verrat erkannten, jedoch weiter zu ihrer Organisation hielten, wie dies Gorkin beschreibt, in diesem scheinbaren Paradoxon ist das Dilemma beschrieben, dessen Lösung den »Amigos de Durruti« nicht gelungen ist und dem sie auch selber unterworfen waren: das Ineinander von revolutionärer Dynamik und organisatorischer Untätigkeit, von zentrifugaler Bewußtseinsbildung und zentripetaler Organisationstreue.

Anmerkungen

1 vgl. Rainer Huhle: Die Geschichtsvollzieher. Theorie und Politik der Kommunistischen Partei Spaniens 1936–1938, Gießen 1980, S. 89.

2 Felix Morrow: Revolution und Konterrevolution in Spanien, Essen 1976, S. 128 (Neuauflage Essen 1986).

3 Rudolf Rocker: Die spanische Tragödie, Berlin 1976, S. 83 f.; Reiner Tosstorff: Die POUM während des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939), unveröff. Diss., Ruhr-Universität Bochum 1985, S. 199 f. (erscheint demnächst im ISP-Verlag, Frankfurt).

4 Ebd., S. 187 f.

5 Julián Gorkin: Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg, Köln 1980, S. 62.

6 Burnett Bolloten: La révolution espagnole. La gauche et la lutte pour le pouvoir, Paris 1977, S. 443.

7 Tosstorff, a.a.O., S. 194 f.

8 La Batalla, Nr. 170 (16. 2. 1937).

9 Aufgrund dieser eindeutigen Orientierung auf bürgerlich-republikanische, katholische usw. Jugendorganisationen zerfiel um die Jahreswende 1936/37 die Verbindung zwischen anarchistischer und KP-Jugend.

10 Zu den erbitterten Auseinandersetzungen um die Eiserne Kolonne vgl. Bolloten, a.a.O., S. 355–364; Carlos Semprun-Maura: Revolution und Konterrevolution in Katalonien, Hamburg 1983, S. 167–177.

11 Angel Marín: Hombres y hechos de la guerra civil española, in: Amadeo Sinca Vedrell: Lo que Dante no pudó imaginar. Mauthausen-Gusen 1940–1945, Barcelona 1980, S. 52.

12 FAI. Informe que este comité de relaciones de grupos anarquistas de Cataluña presenta a los compañeros de la región, Barcelona, März 1937, zit. in: Frank Mintz/Miguel Peciña: Los Amigos de Durruti, los trotsquistas y los sucesos de Mayo, Madrid 1978, S. 10 f.

13 Vgl. Abdruck dieser Vorschläge in: El Amigo del Pueblo, Nr. 5 (20. 7. 1937).

14 José Borras: De la Columna Durruti a la 26 División, in: Boletín de Información de la Amicale de la 26 División (Ex-Columna Durruti), Toulouse, Nr. 2 (1981), S. 7.

15 FAI. Informe ..., a.a.O.

16 Die Entstehung der »Amigos de Durruti« ist in ziemliches Dunkel gehüllt. Tosstorff, a.a.O., S. 192 zufolge konstituierten sie sich Anfang März 1937 in Barcelona. Hingegen wird der Ursprung in der Broschüre Le message révolutionnaire des »Amis de Durruti«, textes et traductions de G. Fontenis, Paris 1983, S. 23 mit Berufung auf Jaime Balius bereits auf Februar 1937 datiert.

17 Zit. in: Mintz/Peciña, a.a.O., S. 10.

18 Jordi Arquer: Història de la fundació i actuació de la »Agrupación Amigos de Durruti«, MS, Bolloten-Archiv, Hoover-Institution, Stanford. Dieser Text wurde uns freundlicherweise von Reiner Tosstorff zur Verfügung gestellt.

19 Le message révolutionnaire ..., a.a.O., S. 24.

20 Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, Toulouse, 28. 12. 1985. Die Übersetzung dieses und der folgenden Interviews wurde von Eliane M. Wögerbauer besorgt, wofür ihr an dieser Stelle gedankt sei.

21 El Amigo del Pueblo, Nr. 5 (20. 7. 1937).

22 Arquer, a.a.O.

23 Paul und Clara Thalmann: Revolution für die Freiheit. Stationen eines politischen Kampfes. Moskau/Madrid/Paris, Hamburg 1977, S. 190; Walther L. Bernecker: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Hamburg 1978, S. 329.

24 Vgl. Material zu den »Maitagen« in Katalonien und zum Regierungswechsel in Valencia, hrsg. von der I.V.K.O., Juni 1937, S. 7; Tosstorff, a.a.O., S. 193; Bolloten, a.a.O., S. 437.

25 Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, a.a.O.

26 Arquer, a.a.O.

27 Rosalio Negrete (= Russell Blackwell), Report No 70, Barcelona, 18. 4. (1937), Brandeis-University, Goldfarb Library, Oehler-Collection, Box II, Folder 5.

28 Tosstorff, a.a.O., Teil II (Anmerkungen), S. 74; vgl. Balius' autobiographische Angaben in: En defensa propia. Necesita una aclaración (El Amigo del Pueblo, Nr. 4, 22. 6. 1937).

29 Thalmann, a.a.O., S. 189.

30 S. z.B. Jaime Balius: De Jaca a Octubre, Barcelona o.J.; ders., Octubre catalán, o.O., o.J.

31 Vgl. Die soziale Revolution, Nr. 10 (1937); La Batalla, 27. 1. 1937 und 31. 1. 1937; zum Interesse der POUM für die Stellungnahmen Balius' siehe auch: Andres Nin: Ante el peligro contrarrevolucionario ha llegado la hora de reaccionar, in: La Batalla, 4. 3. 1937.

32 Vgl. Juan García Oliver: El eco de los pasos, Barcelona 1978, S. 420.

33 Angel Marín: Hombres y hechos ..., a.a.O., S. 54.

34 La Noche, 12. 3. 1937.

35 La Noche, 29. 3. 1937.

36 La Noche, 14. 4. 1937.

37 Arquer, a.a.O.; Mintz/Peciña, a.a.O., S. 12f.; Negrete, a.a.O.; Francisco Manuel Aranda, Les amis de Durruti, in: Cahiers Léon Trotsky, Nr. 10 (Juni 1982), S. 110. Siehe auch »La Batalla« und »La Vanguardia« vom 20. 4. 1937. Mintz/Peciña und Aranda geben als Datum der Veranstaltung den 19. April 1937 an.

38 Negrete, a.a.O.

39 Ebd.

40 Thalmann, a.a.O., S. 189f.

41 Mintz/Peciña, a.a.O., S. 12.

42 Vgl. Victor Alba: Histoire du POUM, Paris 1975, S. 248; Grandizo Munis: Jalones de Derrota: promesa de victoria, Madrid 1977, S. 346.

43 Juan Andrade: CNT-POUM, in: »La Batalla«, 1. 5. 1937. Eine englische Übersetzung des Mani-

fests der »Amigos de Durruti« ist enthalten in: Rosalio Negrete: Report No 84, Barcelona, 30. 4. 1937, Oehler-Collection, Box I, Folder 7:
»*The Friends of Durruti to the Working Class:*
1.– *For the immediate constitution of a revolutionary junta composed of workers of the city and countryside and of combattants.*
2.– *For wages by family. Ration card. Control of economy and distribution to be in the hands of the unions.*
3.– *For the liquidation of the counterrevolution.*
4.– *For the creation of a revolutionary army.*
5.– *For the absolute working class control of public order.*
6.– *Firm opposition to any armistice.*
7.– *For a proletarian justice.*
8.– *For the abolition of exchanges of personalities.*«

44 Morrow, a.a.O., S. 143; Semprún-Maura, a.a.O., S. 206.

45 Thalmann, a.a.O., S. 190f.

46 Mintz/Peciña, a.a.O., S. 26f.; Arquer, a.a.O.

47 Mintz/Peciña, a.a.O., S. 51f.

48 Vgl. Manuel Cruells: Els fets de maig, Barcelona 1970; Mintz/Peciña, a.a.O.; George Orwell: Mein Katalonien, Zürich 1975, S. 152–223; Semprún-Maura, a.a.O., S. 206–239; Augustin Souchy: Anarcho-Syndikalisten über Bürgerkrieg und Revolution in Spanien. Ein Bericht. Darmstadt 1969, S. 195–214 (Neuauflage unter dem Titel »Nacht über Spanien«, Reutlingen 1983); Rocker, a.a.O., S. 86–92; Felix Morrow, a.a.O., S. 142–163; Gianfranco Dellacasa: Rivoluzione e fronte popolare in Spangna '36/'39, Mailand 1973, S. 127–133; Bolloten, a.a.O., S. 447–477; Vernon Richards: Enseignement de la révolution espagnole (1936–1939), Paris 1975, S. 231–253. Aus der Fülle zeitgenössischer Darstellungen und Analysen sei hingewiesen auf: Los Sucesos de Barcelona. Relación documental de las trágicas jornadas de la 1ª semana de Mayo de 1937, Valencia 1937 (»offizielle« anarchistische Dokumentation); Marcel Ollivier: Les journées sanglantes de Barcelone, in: Cahiers Spartacus, Nr. 7, Paris 1937; Fenner Brockway: The truth about Barcelona, London 1937; Lambda: The truth about the Barcelona events, New York 1937 (Publikation der »Independant Communist League«); Material zu den Maitagen in Katalonien und zum Regierungswechsel in Valencia, hrsg. von der I.V.K.O., o.O., Juni 1937; Spanien-Information, hrsg. von der Gruppe »Neuer Weg«, o.O. (Paris), Nr. 3, 25. 5. 1937.

49 Interview Hans Schafranek mit Julián Gorkin, Paris, 22. 8. 1983.

50 Vgl. Morrow, a.a.O., S. 156.

51 Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, a.a.O.

52 Vgl. Mintz/Peciña, a.a.O., S. 37f.; Los sucesos de Mayo ..., a.a.O., S. 61.

53 Arquer, a.a.O., versichert wenig glaubhaft, bei der Zusammenkunft habe Übereinstimmung darüber geherrscht, daß angesichts der Opposition der CNT-Führung die Bewegung zum Scheitern verurteilt sei und man den »geordneten Rückzug« von den Barrikaden organisieren müsse. An anderer Stelle führt er aus, daß die »Amigos de Durruti« nichts unternommen hätten, um die anarchistische Führung links zu überholen. Auch sonst sind seine Angaben oft fehlerhaft.

54 Tosstorff, a.a.O., S. 210.

55 Thalmann, a.a.O., S. 196; ähnlich bei Morrow, a.a.O., S. 155.

56 Vgl. Boletín de Información. Informes y noticias facilitadas por la C.N.T. y la F.A.I., Barcelona, Nr. 45, 10. 5. 1937.

57 Dieses Flugblatt wurde erstmals in »La Batalla«, Nr. 235 (6. 5. 1937) abgedruckt, zuletzt bei Semprún-Maura, a.a.O., S. 217. Bei mehreren Autoren findet sich auch ein zweites Flugblatt mit folgendem Wortlaut: »*In Barcelona hat sich eine revolutionäre Junta gebildet. Alle für den umstürzlerischen Versuch verantwortlichen Elemente, die der Regierung in die Hände arbeiten, müssen entwaffnet werden. In die revolutionäre Junta muß die POUM zugelassen werden, weil sie sich auf der Seite der*

Arbeiter befindet«. Vgl. Los Sucesos de Mayo ..., a. a. O., S. 22; Bolloten, a. a. O., S. 470; César M. Lorenzo: Los anarquistas españoles y el poder. 1868–1969, Paris 1969, S. 218. Auch Munis, a. a. O., S. 370, spricht von einem zweiten Flugblatt, während Mintz / Peciña, a. a. O., S. 49, die Authentizität dieses Textes bestreiten. Bolloten bemerkt, daß laut Jaime Balius nie eine solche Junta gebildet worden sei. Lorenzo behauptet, es handle sich um ein Zitat aus »El Amigo del Pueblo« (!).

58 Thalmann, a. a. O., S. 195 f.

59 Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, a. a. O. und mit José Borrás, Toulouse, 29. 12. 1985.

60 Zit. in: Mintz / Peciña, a. a. O., S. 50.

61 Vgl. Los Sucesos de Mayo ..., a. a. O., S. 39 f.

62 Abgedruckt in: L'Espagne nouvelle, Nr. 8, 12. 6. 1937.

63 L'Espagne nouvelle, Nr. 38-39, 18. 2. 1938

64 Los Sucesos de Mayo ..., a. a. O., S. 26.

65 Ebd., S. 21 f.

66 Ollivier, a. a. O., S. 18; Semprún-Maura, a. a. O., S. 222; Morrow, a. a. O., S. 161.

67 Semprún-Maura, a. a. O., S. 222.

68 Zur Spanien-Frage (aus Briefen des Genossen Willi). Internes Informationsmaterial (der SAP), Nr. II, Gen. Gorkín zur Maiwoche und Caballerokrise (14. 5. 1937), Archiv Willy Brandt.

69 Zur Ermordung Berneris vgl. Solidaridad Obrera, 11. 5. 1937; La Révolution prolétarienne, Nr. 248, 10. 6. 1937; José Peirats: La CNT en la revolución española, Bd. 2, Paris 1971, S. 148 f.; Augustin Souchy: »Vorsicht Anarchist!« Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt / Neuwied 1977, S. 115 f.; Camillo Berneri: Klassenkrieg in Spanien 1936 / 37. Gegen Faschismus und gegen bürgerliche Republik, Hamburg 1974, S. 6; L'Espagne nouvelle, Nr. 6 (29. 5. 1937).

70 Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, a. a. O.

71 Abdruck in El Amigo del Pueblo, Nr. 1.

72 Ebd.

73 El Amigo del Pueblo, Nr. 5 (20. 7. 1937).

74 Arquer, a. a. O.; Munis, a. a. O., S. 352; El Amigo del Pueblo, Nr. 5 (20. 7. 1937); Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, a. a. O.

75 Vgl. die gehässige Schilderung Juan García Olivers, a. a. O., S. 420.

76 In El Amigo del Pueblo, Nr. 1 beteuern die »Amigos de Durruti« ihre *»lautere Liebe«* zur CNT. Schlecht dazu und zu den übrigen Manifesten und Schriften der Gruppe paßt das »Manifiesto de Unión Comunista«, das Lorenzo, a. a. O., S. 219, zitiert und das angeblich im Juni 1937 von den »Amigos de Durruti«, dem POUM und einzelnen Mitgliedern der Juventad Libertaria verfaßt wurde: *»Es ist der Verrat von García Oliver, Federica Montseny und der CNT-Führung, der es den Stalinisten und den Sturmgarden erlaubt hat, eine Vielzahl von militanten Revolutionären feig zu ermorden ... Um Franco zu schlagen, müssen Companys und Caballero geschlagen werden. Um den Faschismus zu besiegen, muß man die Bourgeoisie und ihre stalinistischen und sozialistischen Verbündeten erledigen. Der kapitalistische Staat muß vollständig zerstört werden und eine Arbeitermacht errichtet werden, verankert in den Basiskomitees der Arbeiter. Der anarchistische Apolitizismus ist gescheitert ... Um den Block zwischen der Bourgeoisie und ihren stalinistischen Verbündeten, den sozialistischen Führern und denen der CNT zu besiegen, müssen die Arbeiter offen mit den Verrätern aller Tendenzen brechen. Ihre Vorhut, d. h. die kämpferischen Revolutionäre der 'Amigos de Durruti', die POUM und die Jugendorganisationen müssen sich neu gruppieren, um das Programm der proletarischen Revolution auszuarbeiten«.* Nirgends sonst finden sich bei den »Amigos de Durruti« so radikale Passagen über die Arbeitermacht, den anarchistischen Apolitizismus, die revolutionäre Avantgarde und den Verrat der CNT-Führung, so daß die Authentizität des Manifests bezweifelt werden kann.

77 Reprint bei: Etcétera y Colectivo de Documentación Historico-Social, Barcelona 1977.

78 *»Man hat uns den Zugang zur Presse der CNT verwehrt, obwohl wir Militante der CNT und der FAI sind.«* (El Amigo del Pueblo, Nr. 1).

79 Die 8 Nummern erschienen wie folgt: Nr. 1: ca. 15. 5. 1937; Nr. 2: 26. 5. 1937; Nr. 3: 10. 6. 1937; Nr. 4: 22. 6. 1937; Nr. 5: 20. 7. 1937; Nr. 6: 12. 8. 1937; Nr. 7: 31. 8. 1937; Nr. 8: 21. 9. 1937. Arquer gibt für die beiden ersten Nummern Auflagenzahlen von 10000 bzw. 15000 an.

80 Mintz / Peciña, a. a. O., S. 60 f.

81 Arquer, a. a. O.

82 S. Anm. 80.

83 L'Espagne nouvelle, Nr. 38-39 (18. 2. 1938).

84 Arquer, a. a. O.

85 El Amigo del Pueblo, Nr. 4 (22. 6. 1937).

86 Vgl. die Auseinandersetzung zwischen P. Lapeyre und A. Prudhommeaux in: L'Espagne nouvelle, Nr. 38-39 (18. 2. 1938) und Nr. 42-43 (18. 3. 1938).

87 Hacia una nueva revolución, o. O., o. J., hrsg. von der Gruppierung »Los Amigos de Durruti«, S. 28 f.

88 Ebd.

89 Ebd.

90 Lorenzo, a. a. O., S. 217 f.

91 El Amigo del Pueblo, Nr. 6 (12. 8. 1937).

92 Zwei Textstellen lassen auf das ungefähre Erscheinungsdatum der Broschüre (vgl. Anm. 87) schließen: seit Juli 1936 seien sechzehn Monate vergangen (S. 16), und seit der Ermordung Nins mehr als ein halbes Jahr (S. 19). Arquer, a. a. O., spricht von einer Auflage von 50000.

93 Vgl. Le message ..., a. a. O., S. 25; Aranda, a. a. O., S. 113 f.; Mintz / Peciña, a. a. O., S. 39 f.

94 Mehrmals ist die Rede von den Stalinisten als den *»offiziellen Marxisten«* (Nr. 1), die *»nur dem Namen nach Marxisten«* seien (Nr. 2), von den marxistischen Führern, die *»nichts marxistisches an sich«* hätten.

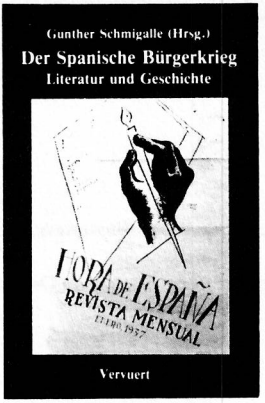
95 El Amigo del Pueblo, Nr. 1; in derselben Nummer heißt es auch: *»Unser Krieg besitzt dieselbe soziale Bedeutung wie der Kampf, den die russischen Arbeiter gegen die gesamte Welt bestanden haben«.*

96 Vgl. Interview Werner Wögerbauer mit Angel Marín, a. a. O.: *»Alle waren so in Bewegung, als wenn wir alle in der gleichen Organisation gewesen wären«.*

97 Munis, a. a. O., S. 352, kritisiert allerdings, daß zumindest zu Beginn die POUM es nicht wagte, sich öffentlich mit den »Amigos de Durruti« zu solidarisieren.

98 El Amigo del Pueblo, Nr. 4 (22. 6. 1937).

Der Spanische Bürgerkrieg



Günther Schmigalle (Hrsg.)

Der Spanische Bürgerkrieg

Literatur und Geschichte

246 Seiten, broschiert, DM 36,—
ISBN 3-921600-49-9

Der Band vereint zum erstenmal historische und literaturwissenschaftliche Einzeluntersuchungen zum Thema Spanischer Bürgerkrieg. Die Forschungsansätze sind unterschiedlich, es wurde bewußt darauf verzichtet, die komplexen Zusammenhänge zwischen Literatur und Geschichte in ein System zu pressen. Der Leser wird zahlreiche, oft verblüffende Querverbindungen zwischen den einzelnen Beiträgen feststellen und wird bemerken, wo sie einander ergänzen, vertiefen oder relativieren. Ein Aspekt des Bürgerkriegs wurde besonders berücksichtigt: die Problematik von Faschismus und Antifaschismus und speziell der deutsche Beitrag zum Sieg Francos, d.h. die Hitler-Intervention. Die historischen Essays stammen von Wolfgang Altgeld, Walther L. Bernecker, Burnett Bolloten, Herbert R. Southworth und Angel Viñas, die literaturwissenschaftlichen von Erich Hackl, Barbara Pérez-Ramos, Günther Schmigalle, Gerd Schrammen und Robert S. Thornberry.

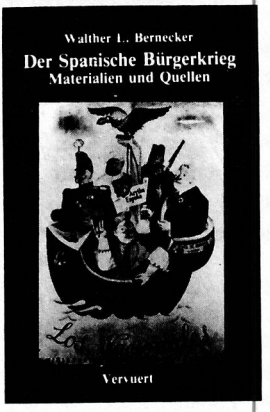
Reinhold Görling

„Dinamita cerebral"

Politischer Prozeß und ästhetische Praxis im Spanischen Bürgerkrieg (1936—1939)

574 Seiten, broschiert, DM 48,—
ISBN 3-921600-48-0

In Görlings Untersuchung wird ästhetische Praxis als Teil der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung um das kulturelle System sozialer Klassifikationen und Wertungen verstanden. Soziales und politisches Handeln wird unter Konzentration auf seine expressive und symbolische Dimension beschrieben. Die Arbeit befaßt sich u.a. mit der Entstehung des Genres der Kriegsfotografie am Beispiel Robert Capas, mit der Geschichte und Literatur des spanischen Anarchosyndikalismus, mit der Figur Michail Kol'covs als herausragende Persönlichkeit unter den in Spanien tätigen Kommunisten und mit den literarischen Werken Orwells, Bareas und Malraux'. Durch die Analyse der sozialen, kulturellen und politischen Prozesse, die im Spanischen Bürgerkrieg wirksam wurden, wird eine Theorie seines epochalen Charakters entfaltet.



Walther L. Bernecker (Hrsg.)

Der Spanische Bürgerkrieg

Materialien und Quellen

232 Seiten, broschiert, DM 16.80
ISBN 3-921600-47-2

Das Buch enthält nach einer kritischen Einführung in den Themenkreis Quellen und Materialien zu wichtigen Teilbereichen des Bürgerkrieges. Es geht dabei nicht um die Darstellung eines bestimmten Standpunktes, sondern um die Präsentation der „zwei Spanien" und der unterschiedlichen, oft einander widersprechenden Interpretationen. Neben zeitgenössische Quellen treten daher deutlich voneinander abweichende Stellungnahmen aus historischen Werken, so daß der Band sowohl eine kommentierte Quellensammlung als auch ein „Reader" zum Spanischen Bürgerkrieg ist.

Aus dem Inhalt: Kritische Einführung in den Themenkreis — Vorgeschichte und Hintergründe — Stellungnahmen und Programme — Die Internationalisierung des Krieges — Zur Rolle des „Dritten Reiches" — Innenpolitische Aspekte beider Bürgerkriegslager — Krieg und Kunst — Der Spanische Bürgerkrieg in deutschen Geschichtsbüchern — Der Bürgerkrieg und seine Folgen: die franquistische Diktatur.

Verlag Klaus Dieter Vervuert
Wielandstr. 40
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/59 96 15

Sabine Behn/Monika Mommertz

»Wir wollen eine bewußte weibliche Kraft schaffen.«

»Mujeres Libres« – anarchistische Frauen in Revolution und Widerstand

Vorbemerkung

Im folgenden Artikel wollen wir ein lebendiges Bild der anarchistischen Frauenorganisation »Mujeres Libres« entwerfen mit dem Ziel, die Strukturen ihrer Alltagskultur sichtbar zu machen. Im Vordergrund stehen die Darstellung ihrer Lebens- und Arbeitszusammenhänge und deren Verortung im Kriegs- und Revolutionsgeschehen Spaniens. Wir beschränken uns auf die Charakterisierung von »Mujeres Libres« zur Zeit des Bürgerkriegs 1936–1939, da uns die Bedingungen, unter denen ab 1964 »Mujeres Libres« im Exil in Großbritannien und später in Frankreich und nach Francos Tod (1975) die 'neuen' »Mujeres Libres« in Spanien arbeiteten, zu unterschiedlich erscheinen, um diese Gruppen im Rahmen eines Aufsatzes zu behandeln. Beide Organisationen gaben Zeitschriften heraus: »Mujeres Libres en exilio« erschien ab 1964 zuerst in England, später in Frankreich und stellte 1977 ihr Erscheinen ein, als sich die »Mujeres Libres« in Spanien neu formierten. Deren Zeitschrift erschien erstmals im Mai 1977. Wir stützen uns neben der spärlichen Sekundärliteratur[1] auf die von 1936 bis 1939 publizierte Zeitschrift »Mujeres Libres« – insgesamt erschienen in diesem Zeitraum 13 Ausgaben; teils beziehen wir uns auf den zuerst 1975 von Mary Nash herausgegebenen Reader,[2] teils auf die Bestände der Hemeroteca in Barcelona.[3] Uns ist klar, daß die Selbstdarstellungen von »Mujeres Libres« nicht unkritisch herangezogen werden dürfen – gewisse Probleme oder Mißerfolge wurden ignoriert, da eine der Aufgaben der Zeitschrift darin bestand, neue Mitgliederinnen zu werben. Als Basis zur Analyse ihrer theoretischen Ansätze erwiesen sie sich jedoch als sehr aufschlußreich. Bei der Darstellung der Aktivitäten von »Mujeres Libres«, der praktischen Umsetzung ihrer theoretischen Erkenntnisse, beziehen wir uns neben ihren Artikeln auch auf Interviews, die eine zweite Ebene liefern, auf der vieles bestätigt, anderes relativiert wurde. Wir sehen diese Gespräche bzw. Briefwechsel nicht als wichtigste Grundlage unserer Arbeit, sondern betrachten sie als Unterstützung von in jener Zeit aktiven Frauen, die uns mit ihren persönlichen Einschätzungen und mit Informationen zu Themen, die in der damaligen zeitgenössischen Presse und der anderen Primärliteratur nicht behandelt wurden, sehr geholfen haben. Im voraus möchten wir anmerken, daß die Organisation »Mujeres Libres« keinesfalls als homogene Gruppe anzusehen ist, wie die öfters inhaltlich unterschiedlichen Stellungnahmen in ihrer Zeitschrift verdeutlichen. Generalisierende Aussagen müssen stets unter diesem Aspekt betrachtet werden.

Eine Biographie

Sara Guillén, geboren 1919 in Barcelona:[4] *»Bei uns zu Hause war es wie bei vielen Arbeitern. Mein Vater Maurer, meine Mutter Schneiderin, fing ich als Älteste von fünf Geschwistern im Alter von dreizehn Jahren an, in einer Metzgerei zu arbeiten. Mein Vater war gewerkschaftlich organi-*

siert, hielt seine Familie jedoch aus diesem Teil seines Lebens heraus, um Probleme im Familienleben zu vermeiden.
In der Woche vom 19. Juli, als der Krieg ausbrach, wollte ich zuerst mit meinem Vater an die Front gehen. Der meinte jedoch, ich sei mit siebzehn noch zu jung für den bewaffneten Kampf, und begleitete mich zu dem Revolutionskomitee unseres Stadtviertels. So wurde ich, zusammen mit den anarchistischen Genossen, in verschiedenen Bereichen aktiv, um die soziale Revolution zu unterstützen. Zuerst arbeitete ich als Krankenschwester, nähte dann Fahnen und Armbinden für die Milizen, war als Stenotypistin und später als Sekretärin für das Komitee tätig.
Von Anfang an machte ich bei den 'Juventudes Libertarias' (der anarchistischen Jugendorganisation) in meinem Viertel mit. Wir organisierten Treffen und Vorträge und entdeckten die Wandzeitungen – eine Möglichkeit für jeden, frei seine Meinung zu äußern. Später bauten wir ein 'Ateneo Libertario' (libertäres Stadtteilzentrum) in unserem Viertel auf, in dem ich allgemeinbildende Kurse für die Jugend des Stadtteils abhielt.
Anfang 1937 begann ich, mit 'Mujeres Libres' zusammenzuarbeiten. Ich hatte nicht früher den Kontakt zu ihnen gesucht, da meiner Ansicht nach die Freiheit für beide, Männer und Frauen, erreicht werden muß und deshalb beide zusammen um sie kämpfen sollten. Aber eines Tages, als ich zu einem Vortrag von 'Mujeres Libres' gehen wollte, machten sich die Jungen der Gruppe lustig über die Plakate von 'Mujeres Libres', die die Arbeit der Gruppe darstellten. Das ärgerte mich. In der dem Vortrag folgenden Diskussion verteidigte ich ihre Standpunkte mit großem Eifer, nicht weil es 'Mujeres Libres' waren, sondern weil es Frauen waren und weil ich ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen wollte, nach dieser vorherigen moralischen Ungerechtigkeit. Danach baten sie mich, ihre Ideen auf einer größeren Versammlung zu vertreten – die Frauen führten an, daß ich ihre Sache besser als sie selber vertreten würde. Zuerst wollte ich nicht, denn ich war ja kein Mitglied, aber schließlich sagte ich zu. Seitdem nahm ich öfter an ihren Treffen teil, bis ich letztendlich in die Frauenorganisation eintrat. Im Rahmen von 'Mujeres Libres' arbeitete ich anfangs zur Unterstützung der Kämpfenden, machte Besuche in den Lazaretten und an der Front.
Im Mai 1937 nahm ich an den blutigen Kämpfen in Barcelona teil,[5] *bei denen wieder das Blut unseres Volkes und besonders der Anarchisten vergossen wurde. Als im Juni 1937 die revolutionären Stadtteilkomitees abgeschafft wurden, übernahm ich einen Posten im regionalen 'Comité de la Industria, Edificación, Madera y Decoración' (Komitee für Industrie, Bauwesen, Holz und Dekoration) und half bei der Neuorganisierung der Produktion. Mitte 1938 wechselte ich über in den 'Consejo Nacional de la Solidaridad Internacional Antifascista' (Nationaler Rat der Internationalen Antifaschistischen Solidarität) und war dort in der Abteilung zur Unterstützung der Kämpfer tätig. Wir hielten permanenten Kontakt zur Front. Ich arbeitete für die Fronten, die Lazarette und die verschiedenen Einrichtungen in der Nachhut, z. B. die neugegründeten Kindergärten. Im Oktober 1938 übernahm ich im Regionalplenum von 'Mujeres Libres' den Posten der Sekretärin der Sektion Propaganda, Region Katalonien, den ich bis zu unserem Exodus innehatte* (Sara Guillén flüchtete nach Frankreich, wo sie bis heute lebt).
'Mujeres Libres' schien lange Zeit untergegangen zu sein. 1964 jedoch begann Suceso Portales, die in London lebte, zusammen mit den Genossinnen aus Paris 'Mujeres Libres en exilio' zu publizieren. Ich machte wieder mit, immer bereit, mich einzusetzen, um die Frau von überholten Traditionen zu befreien und es ihr zu ermöglichen, ein bewußtes Leben zu führen.«

Die theoretische Grundlage von »Mujeres Libres«

»Mujeres Libres« waren sich des Widerspruchs zwischen der anarchistischen Theorie zur Frauenfrage[6] und deren praktischer Umsetzung bewußt. Ausgehend von der Existenz eines speziellen Frauenproblems versuchten sie, auf der ideologischen Grundlage des Anarchismus eine Strategie zur Emanzipation der Frau zu erarbeiten und diese in die Praxis umzusetzen.[7]
Die Idee zu der Organisation »Mujeres Libres« entstand in dem kleinen Kreis der Herausgeberinnen der gleichnamigen Zeitschrift, die im April 1936 erstmalig erschien. Von den drei Frauen, die »Mujeres Libres« publizierten – Lucía Sánchez Saornil, Mercedes Comaposada und Amparo Poch y Gascón – hatte erstere sich am intensivsten mit der Situation der Frau und den Möglichkeiten zu ihrer Emanzipation auseinandergesetzt, z.B. in einer Artikelserie in »Solidaridad Obrera« (1935) mit dem Titel »Die Frauenfrage in unseren Kreisen«.[8] Lucía Sánchez Saornil ging von der permanenten Unterdrückung der Frau durch den Mann aus: *»... und so wurden die Jahrhunderte hindurch die Frauen in den von Männern gegründeten und von Männern geformten Gesellschaften auf die unterste Stufe der zoologischen Rangordnung verbannt.«*[9]
Sie erkannte, daß die androzentrisch organisierte Gesellschaft ununterbrochen versucht, die Frauen vom öffentlichen Leben auszuschließen und auf ihre Aufgabe als Mutter zu reduzieren. Nur die Begründung habe sich gegenwärtig geändert: Nicht mehr die *»weibliche Minderwertigkeit«*, sondern die *»Verschiedenheit der Geschlechter«* diene als Argument.[10] Gegen diese Einschränkung setzte Lucía Sánchez Saornil sich vehement zur Wehr. Sie kritisierte *»das Konzept der Mutter, das das der Frau absorbiert; die Funktion, die das Individuum annulliert«*[11], und griff damit die Anarchisten an: *»Ihr verschmäht sie als bestimmenden Wert für die Gesellschaft, indem ihr der Frau nur passiven Wert zubilligt. Ihr verzichtet auf die direkte Beteiligung einer intelligenten Frau und zieht dafür einen vielleicht unfähigen Sohn vor.«*[12]
Ausgehend von der spezifischen Situation der Frauen erkannte Lucía Sánchez Saornil die Notwendigkeit einer eigenständigen Frauenorganisation – die späteren »Mujeres Libres« –, sowohl um einen Bewußtwerdungsprozeß der Frauen anzuregen als auch um sie libertären Ideen nahezubringen.[13] Sie trat für einen kollektiven Kampf der Frauen um ihre Befreiung im Rahmen der umfassenderen sozialen Revolution ein. »Mujeres Libres« hatten nur wenig Zeit, sich ausschließlich auf diese Aufgaben zu konzentrieren, denn der Beginn des Krieges bewirkte eine Umorientierung: Auch wenn »Mujeres Libres« ihre langfristigen Ziele nicht aufgaben, stand von nun an die Befähigung der Frauen für die soziale Revolution im Mittelpunkt.

Organisation und Zielsetzungen

Die erste »Mujeres Libres«-Gruppe bildete sich 1936 in Madrid aus Teilnehmerinnen an den Kursen, die von der lokalen Gewerkschaftsföderation angeboten wurden. Offensichtlich traten Schwierigkeiten und Feindseligkeiten im Umgang der Männer und Frauen miteinander auf, so daß einige der Frauen die Initiative ergriffen und getrennten Unterricht organisierten. Darüber hinaus knüpften sie Kontakte zu anderen interessierten Frauen, die nicht an den Kursen teilnahmen.[14]
In Barcelona hatte eine Frauengruppe namens »Grupo Cultural Femenino« schon seit 1935 Bildungsarbeit geleistet, allerdings eng an die anarchosyndikalistische Gewerkschaft »Confederación Nacional del Trabajo« (CNT) angeschlossen. Im September 1936 schloß diese Vereinigung sich »Mujeres Libres« an.[15]
Von den beiden Zentren Madrid und Barcelona aus breitete sich die Organisation schnell über

den größten Teil des freien Spanien aus. Die lokalen Gruppen entstanden zumeist aus den Dorf- bzw. Stadtteilgemeinschaften und wurden nicht von oben aus gegründet. Besonders die Euphorie der ersten Monate des Krieges, in denen die soziale Umwälzung in greifbarer Nähe schien, aber auch die neuen Anforderungen, die nun an die Frauen gestellt wurden, bereiteten den Boden für diesen Erfolg.

Eindrucksvoll beschreibt ein Artikel der Madrider Gruppe über ihre Strukturierung und ihren Beitrag zur Verteidigung der Hauptstadt den Einfluß des Freiheitskampfes auf die Aktivitäten der Frauen: *»So groß war unsere Ungeduld, endlich anzufangen, daß wir nicht ... die Ankunft des Mobiliars abwarteten, um mit unserer Aufgabe zu beginnen. Wir zogen unsere khakifarbenen Overalls an, setzten uns mit einer kleinen Schreibmaschine auf den Boden und notierten Namen über Namen von Frauen, die ihre Kraft und ihren Willen anboten. In acht Tagen hatten wir neunzig Einschreibungen vorgenommen. Fünfzehn Tage später waren unsere Arbeitssektionen organisiert.«* Bei der Belagerung von Madrid durch die frankistischen Truppen sahen die Frauen nicht tatenlos zu: *»'Zwanzig entschlossene Frauen an die Front, um die Kämpfer anzufeuern!' Hundert Stimmen antworteten. Wir wählten aus: gute Nerven, Selbstverantwortung und die Fähigkeit der Handhabung einer Pistole zur Selbstverteidigung waren entscheidend ... An diesem Tag erhielt unsere Gruppe die 'Bluttaufe'. Eine Genossin schoß einer anderen aus Versehen ins Bein, als sie ihre Pistole ausprobierte, und durchtrennte ihr den Ischiasnerv. Die verletzte Frau lächelte: 'Macht nichts, laßt uns gehen.'«*[16]

Auf ihrem ersten nationalen Kongreß im August 1937 beschlossen »Mujeres Libres«, sich die Struktur einer nationalen Föderation zu geben. Jede Gruppe agierte autonom, verpflichtete sich jedoch zur Einhaltung der einen Monat später im September 1937 verabschiedeten Statuten und der Beschlüsse der nationalen Kongresse.[17] Eine Kontrolle wurde faktisch nicht ausgeübt.

Auf dem Kongreß wurde die Struktur der Organisation festgelegt, die sich in lokale, provinzielle und regionale Gruppen mit den entsprechenden Komitees gliederte. Außerdem existierte ein nationales Komitee mit der Aufgabe, die Aktivitäten der einzelnen Gruppen zu koordinieren.

Die Struktur einer lokalen »Mujeres Libres«-Gruppe geht aus einer vom Nationalkomitee herausgegebenen Broschüre mit dem Titel »Cómo organizar una agrupación Mujeres Libres« (Wie kann man eine Mujeres Libres-Gruppe organisieren?) hervor.[18] Vorgeschlagen wurde die Bildung eines Koordinationskomitees, das folgende Referate umfaßte: Verwaltung, Soziales (beschäftigte sich z. B. mit der Unterbringung von Flüchtlingen und der Kontrolle der ärztlichen Versorgung), Frontunterstützung (z. B. in Form von Festen und Geschenken für die aus dem Dorf stammenden Soldaten), Arbeit (umfaßte auch den Kontakt mit den Syndikaten und die berufliche Qualifikation der Frauen), Kultur (beispielsweise Alphabetisierungskampagnen), Propaganda (durch Flugblätter, Wandzeitungen, Feste, Veranstaltungen zu diversen Themen) und Sport, wenn es sich um eine größere »Mujeres Libres«-Gruppierung handelte. Einschränkend muß allerdings festgehalten werden, daß nicht jede lokale Gruppe in diese Sektionen unterteilt war. Die kleineren konzentrierten ihre Aktivitäten auf die Bereiche Arbeit, Kultur und Unterstützung der Soldaten, wenn die Front in der Nähe verlief. In größeren Städten jedoch entsprach unseres Wissens die Struktur der Gruppe(n) in etwa dieser Vorgabe.[19]

Die Ziele, die sich »Mujeres Libres« gesetzt hatten, formulierten sie in einer Broschüre über ihre Organisation wie folgt: *»1. Die Frau von ihrer dreifachen Versklavung zu befreien, der sie im allgemeinen unterworfen war und noch ist: der Sklaverei durch Unwissenheit, der Sklaverei als Frau und der Sklaverei als Produzentin. 2. Aus unserer Organisation eine bewußte und verantwortliche weibliche Kraft zu machen, so daß wir eine Avantgarde innerhalb der revolutionären Bewe-*

gung bilden. 3. Die Unwissenheit zu bekämpfen, indem wir die Genossinnen kulturell und sozial schulen ... 4. Einen gegenseitigen Austausch mit den Gewerkschaften, Ateneos und der Libertären Jugend einzurichten, um zu einer unsere revolutionäre Bewegung stärkenden Zusammenarbeit zu gelangen ... 5. Zu einem echten Zusammentreffen zwischen Genossen und Genossinnen zu gelangen: zusammen leben, zusammen arbeiten und sich nicht ausschließen ... 6. Einen starken Beitrag der Frauen für die konstruktive revolutionäre Aufgabe zu schaffen, indem dieser Bewegung Krankenschwestern, Lehrerinnen, Ärztinnen, Künstlerinnen, Kindergärtnerinnen, Chemikerinnen, intelligente Arbeiterinnen zugeführt werden ...«[20] Obwohl die Emanzipation der Frau als erstes Ziel genannt wird, verdeutlicht diese Darstellung auch den Grad der Identifikation mit den Zielen der anarchistischen Bewegung. »Mujeres Libres« wollten in den Frauen das Bewußtsein für ihre doppelte Unterdrückung wecken und sie befähigen, dagegen zu kämpfen. Diese Befähigung oder Schulung (capacitación) betrachteten sie als die entscheidende Voraussetzung für die vollwertige Teilnahme der Frauen an der sozialen Revolution und maßen daher der soziokulturellen Bildung der Frauen großen Wert bei – die Arbeit von gut vorbereiteten Frauen sei *»wirkungsvoller als nur guter Wille, gepaart mit Unwissenheit«*.[21]

Ausgehend von diesen Prämissen entwickelten und vertraten »Mujeres Libres« das Konzept der *»doble lucha«*, des doppelten Kampfes. Die Frau mußte dieser Idee zufolge einerseits für eine libertäre Gesellschaft kämpfen, d. h. die Abschaffung des kapitalistischen Systems und des autoritären Staates durchsetzen. Diese Revolution sollte gemeinsam mit dem Mann durchgeführt werden. Andererseits war die Frau zusätzlich gezwungen, ihre »innere Freiheit« zu erringen, die Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung zu erlangen. Dieser Kampf, den die Frau alleine führen mußte, war besonders schwer, da der Gegner *»im eigenen Feld saß: ein Feind, den sie bewußt nie als solchen angesehen, mit dem sie sich seit ihrer frühen Kindheit eng und instinktiv verbunden fühlt«*.[22] Die Frau mußte sich ihrem Vater, ihrem Ehemann, ihrem Sohn gegenüberstellen und sich von ihrer traditionellen Erziehung lösen, um ihre eigene Persönlichkeit und Unabhängigkeit zu entwickeln.

Der anarchistische Genosse stellte bei dieser Emanzipation eher ein Hindernis als eine Hilfe dar: *»... auch er ist so von versteckter männlicher Eitelkeit erfüllt, daß er, ohne sich darüber klarzuwerden, unter dem Schein von falsch verstandener Liebe und Freundschaft oft gegen die Befreiung der Frau arbeitet.«*[23]

Eine Reihenfolge, welchen Kampf die Frau zuerst führen solle, läßt sich aus diesem Artikel von Ilse in »Mujeres Libres, 8. Monat der Revolution« nicht herauslesen: In der Theorie ließen sich die Durchsetzung der sozialen Revolution und die Emanzipation als Frau nicht voneinander trennen – sie mußten parallel ablaufen, denn die Frau könnte erst nach der Erlangung ihrer inneren Freiheit und Unabhängigkeit als vollwertige Revolutionärin gegen Staat und Kapitalismus ankämpfen. Es wäre also sinnlos, die Lösung der Frauenfrage auf die Zeit nach Konstituierung der neuen Gesellschaft zu verschieben.

»Mujeres Libres« formierten sich trotz der Verbindung zur anarchistischen Bewegung als separate Frauenorganisation. Das Prinzip der *»doble lucha«* verdeutlicht, weshalb sie diese Trennung vornahmen: Die Lösung von den traditionellen, verinnerlichten Vorstellungen über Wesen und Rolle der Frau, um zu einer neuen Konzeption weiblichen Selbstverständnisses zu gelangen, war in gemischten Gruppen nicht möglich.

Anzumerken bleibt, daß die Idee der *»doble lucha«* nicht in dem Maße verwirklicht wurde, in dem die Anarchisten – zumindest bis zu den Maikämpfen 1937 – ihr Dogma, die soziale Revolution nicht gegenüber dem antifaschistischen Kampf zurückzustellen, in die Realität umsetzten.[24] Die Emanzipation der Frau blieb den Erfordernissen des Krieges gegen Franco untergeordnet.

Dem Konzept der *»doble lucha«* entsprach die Idee der *»doble militancia«*, der doppelten Militanz. Die Arbeiterinnen sollten in zwei Vereinigungen organisiert sein: einerseits in einer ausschließlich weiblichen Gruppe, andererseits in einem der CNT zugehörigen Syndikat. Präsenz von Frauen in den gewerkschaftlichen Organisationen war »Mujeres Libres« wichtig, denn diese galten als Grundlage der libertären Bewegung, als Träger der Revolution.[25]
Überhaupt legten »Mujeres Libres« auf gewerkschaftliche Schulung und Organisation von Frauen großen Wert und versuchten, unorganisierte Arbeiterinnen verstärkt in die Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen. In vielen Syndikaten und Fabriken gründeten sie »Mujeres Libres«-Gruppen, sowohl um die frauenspezifische Benachteiligung u. a. durch Kurse auszugleichen als auch um Arbeiterinnen für die anarchistische Bewegung zu gewinnen. So berichteten »Mujeres Libres« aus Barcelona stolz über die regelmäßige Bildung neuer Gruppierungen: *»... die im Syndikat für Metallverarbeitung hat schon mit dem Unterricht begonnen; die im Syndikat für Versorgungswesen bereitet Kurse in Stenographie, Maschineschreiben und Fremdsprachen vor.«*[26] 1937 gründeten »Mujeres Libres« eine Gewerkschaft für Frauen, die in den Bereichen Lebensmittelversorgung und öffentliches Verkehrswesen beschäftigt waren.[27]
Von der CNT allerdings erhielten »Mujeres Libres« bei ihren Plänen, insbesondere bei der Durchführung ihrer Kurse, keine ausreichende Unterstützung.[28]

Zwei Beispiele: Die Aktivitäten von »Mujeres Libres« in den Bereichen Kultur und Mutterschaft

Wie schon erwähnt, war die kulturell-professionelle Befähigung der Frauen ein zentrales Anliegen von »Mujeres Libres«, die ausdrücklich *»das Ziel der Emanzipation durch die Kultur«*[29] verfolgten. Zu diesem Zweck erstellten die lokalen Gruppen ein umfangreiches Angebot an allgemein- und berufsbildendem Unterricht. Grundlegender Bestandteil der Kampagne waren die Alphabetisierungskurse, denn insbesondere unter Frauen war die Analphabetenquote sehr hoch. Beispielhaft sei das Programm des »Casal de la Dona Treballadora« (Haus der Arbeiterin) vorgestellt:
»Grundkurse: (Analphabeten und drei erste Stufen). Lesen, Schreiben, Kenntnisse in Rechnen, Geographie, Grammatik, Naturkunde.
Zusätzliche Kurse zum Grundkurs: Weltgeschichte, Französisch, Englisch, Russisch, Maschineschreiben, Stenographie.
Zusätzliche berufsbildende Kurse: Krankenschwester, Kindergärtnerin (mit den entsprechenden Praktika in Krankenhäusern und anderen geeigneten Orten), Handel, Schneiderei und Konfektion, Grundkenntnisse in Rechnen und in der Geflügelzucht mit den entsprechenden Praktika.
Allgemeinbildung: Kurse in gewerkschaftlicher Organisation, Soziologie, Grundkenntnisse in Wirtschaft, wöchentliche Sitzungen zur allgemeinen Erweiterung der Kenntnisse.«[30]
Das »Casal de la Dona Treballadora« in Barcelona nutzten überwiegend Arbeiterinnen, die tagsüber ihrer Arbeit nachgingen und nachmittags bzw. abends am Unterricht teilnahmen, um sich fortzubilden oder einen Beruf zu erlernen. Ähnlich organisiert waren die »Institutos Mujeres Libres« in Madrid, Valencia und Barcelona. Aber auch in den kleineren Städten wurden Alphabetisierungshilfen, allgemeine und berufsbildende Kurse angeboten, wobei Kranken- und Kinderpflege am häufigsten in den Artikeln genannt sind. Kenntnisse in Kinder- und Gesundheitsfürsorge sahen »Mujeres Libres« als einen wichtigen Faktor im Umgang der Frauen mit ihrer Umwelt an, so daß sie großen Wert auf die Vermittlung der entsprechenden Fähigkeiten legten.

Auch technische Fertigkeiten wurden gelehrt; als Beispiel sei die »Escuela de Mecánica« (Schule für Mechanik) in Madrid erwähnt, die sehr erfolgreich arbeitete, wie die Zeitschrift »Mujeres Libres« vom 1. Mai 1937 meldete. In ländlichen Regionen erfuhren Kurse in Landwirtschaft, Vieh- und Geflügelzucht eine rasche Ausbreitung.
Die regelmäßig erscheinende Rubrik »Actividades« belegt das in Anbetracht der Kriegszustände doch recht breit gefächerte Angebot. Die Kulturarbeit von »Mujeres Libres« zeigt, auf welche Weise diese Frauenorganisation versuchte, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Neben dem Unterricht hielten »Mujeres Libres« in ihren Instituten bzw. Lokalen regelmäßig Vorträge mit Diskussionen, allgemeine Treffen und Gesprächsrunden ab. Hier waren die Frauen unter sich, konnten im Gepräch mit anderen die sie als Frauen speziell betreffenden Probleme erörtern. Diese Situation ermutigte die Frauen, sich von ihrer passiven Rolle zu lösen und die von »Mujeres Libres« angebotenen Chancen zu nutzen. Sie begannen, sich weiterzubilden, um einen anderen Platz als den einer Hausfrau oder einer ungelernten Arbeiterin in der Gesellschaft und im Kampf um die soziale Revolution einnehmen zu können. »Mujeres Libres« gingen davon aus, daß die Frauen aufgrund ihrer spezifischen Benachteiligung eine besondere Vorbereitung benötigten. Dementsprechend handelten sie, z. B. bereiteten sie in ihren Kursen auch darauf vor, in die »Institutos Obreros« (Weiterbildungsinstitute für die Arbeiterschaft) einzutreten. Diese Möglichkeit zur Weiterbildung konnte bis zu diesem Zeitpunkt nur der männliche Teil der Arbeiterschaft nutzen, da den meisten Frauen die notwendigen Vorkenntnisse fehlten.
Im Gegensatz zu diesen Aktivitäten, die wir heute im allgemeinen als emanzipatorisch bezeichnen würden, thematisierte ein anderer Schwerpunkt des Programms von »Mujeres Libres« Tätigkeiten, die die traditionelle Aufgabe der Frau, die Mutterschaft, zum Inhalt hatten. Als Beispiel steht die »Casa de Maternidad« (Haus der Mutterschaft) in Barcelona, in der (werdende) Mütter auf »bewußte Mutterschaft« vorbereitet werden sollten. Hierzu dienten Anleitungen zur Pflege und Erziehung ebenso wie die Vermittlung von Kenntnissen über Organismus und Psyche des Kindes. Laut Dr. Aurea Cuadrado, der dort arbeitenden Ärztin, sollte diese Einrichtung *»die Fähigkeiten zur Mutterliebe entwickeln, ihre (der Frauen) Moral erhöhen und in ihnen ein Gefühl der Solidarität herausbilden«*.[31]
In der Zeitschrift »Mujeres Libres« nahmen Artikel über Mutterschaft und Kindererziehung einen breiten Raum ein, u. a. gaben »Mujeres Libres« auch eine Broschüre mit dem Titel »Niño« (Das Kind) heraus, in der die körperliche und psychische Entwicklung des Kindes beschrieben wird. Die Ratschläge der Autorin Amparo Poch y Gascón appellieren stark an mütterliche Emotionen: *»Vor allem, liebe dein Kind ... liebe es noch vor dem Mann, der es in dir entstehen ließ ... Wünsche es dir, und du wirst es mit Freuden empfangen ... Sehne dich nach deinem Kind, und dieser brennende Wunsch wird dich arbeiten lassen, damit es ihm an nichts fehlt, wenn es auf die Welt kommt.«*[32]
Welche Bedeutung nahm das Thema »Mutterschaft« innerhalb der konkreten Politik der »Mujeres Libres«-Gruppen ein? Sara Guillén erklärte dazu: *»... es kam erst einmal darauf an, den klösterlichen und autoritären Aspekt zu verändern, um eine bewußte, beschützende Mutterschaft zu entwickeln.«*[33] Wie wir aus einem Gespräch mit Lola Iturbe[34] erfuhren, besetzten »Mujeres Libres« sogar die »Casa de Caridad«, ein von Nonnen geleitetes Kinderheim, und führten es in eigener Regie weiter. Es ist sicher richtig, daß die Säkularisierung der Waisenhäuser, Kinderheime und -gärten progressiven Charakter aufwies, ebenso wie die Gründung von Kindertagesstätten, die unter Kontrolle der Eltern standen.
Die häufig publizierten Artikel über Mutterschaft, die Zuweisung der Verantwortung für die Kindererziehung allein an die Frauen – die Väter wurden ignoriert – zeigen jedoch, in welchem

Maße »Mujeres Libres« bzw. Teile der Organisation alten Weiblichkeitsvorstellungen verhaftet blieben. Fürsorge und Erziehung der Kinder galten als naturgemäße Sache der Frauen, als Konsequenzen der biologischen Mutterschaft statt als sozialisationsbedingte Rollenstrukturen. Die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung wurde nicht hinterfragt. Das traditionelle Bild der Frau findet auch in anderen Artikeln seinen Ausdruck. Nicht selten wird an spezifisch weibliche Eigenschaften appelliert, um Politik durchzusetzen: *»Sie zog es vor, das Gewehr gegen die Maschine in der Industrie und die kämpferische Energie durch die milde Energie als FRAU zu tauschen. Sie hat die Front nicht entehrt, die wahre Frau. Im Gegenteil: Sie hat es verstanden, dem groben Kriegsmilieu die vorsichtige Sanftmut ihrer weiblichen Psyche hinzuzufügen. Sie kümmert sich mütterlich um die von den Kämpfen erschöpft in ihre Quartiere heimkehrenden Kämpfer und bemüht sich darum, den Optimismus auch in den schwierigen Situationen weiterhin zu erhalten, in denen der übermäßig beanspruchte Mut anfängt nachzulassen.«*[35]
Die mütterlichen Qualitäten der Frauen wurden nicht in Frage gestellt, im Gegenteil: ihretwegen wurden Frauen geachtet und bewundert. Die Haltung von »Mujeres Libres« zu privater oder kollektiver Kindererziehung war seit Juli 1936 von pragmatischen Überlegungen bestimmt. Sie legten den Müttern nahe, ihre Kinder in Kindergärten, Horten oder ländlichen Kinderkolonien unterzubringen, um sich mit vollem Einsatz dem antifaschistischen Kampf widmen zu können. Es sollte sich jedoch nur um eine Trennung auf Zeit handeln, denn das Primat des Kindererziehung in der Familie wurde allgemein akzeptiert.

Die Öffentlichkeitsarbeit von »Mujeres Libres«

Ein wichtiges Ziel von »Mujeres Libres« war, möglichst viele Frauen für die anarchistische Bewegung zu gewinnen und damit dem Zugriff der sozialistischen Parteien fernzuhalten. Sie wollten eine Gegenbewegung der libertären Frauen gegenüber den republikanischen Frauenorganisationen, insbesondere der kommunistischen, schaffen.
Eine interessante Quelle, um die Propagandaaktivitäten von »Mujeres Libres« zu veranschaulichen, stellt die bereits erwähnte Broschüre »Cómo organizar una agrupación Mujeres Libres« dar. Sie liefert Anregungen und Hilfestellungen zur Gründung einer »Mujeres Libres«-Gruppe, die sich am realen Leben der Frauen orientieren. Die Verfasserin spricht die traditionelle Stellung der Frauen an, die ihr jegliches Auftreten in der Öffentlichkeit untersagt und die daraus resultierende Unzufriedenheit. *»Lebst du in einem Dorf, in dem die Frauen zu einem unbedeutenden Leben im Dunkel verurteilt sind, als etwas mehr als bloße Sachen angesehen werden, sich nur um Hausarbeit und Familie zu kümmern haben? Zweifellos hast du oft mit Ärger an all das gedacht, und wenn du die Freiheit deiner Brüder, der Männer überhaupt, gesehen hast, hat es dir leid getan, eine Frau zu sein. Wir erraten, daß du oft gelitten hast, z. B. wenn du dich zu einem Problem äußern wolltest, das du klar vor Augen hattest, während die anderen sich nur im Kreise drehten, und man dann verärgert zu dir sagte: 'Los, ab, die Frauen in die Küche!'«*[36]
Im folgenden Teil beschreibt die Autorin die möglichen Strukturen und Aufgaben der »Mujeres Libres«-Gruppen. Dabei wird besonders die Bedeutung der Frauen für den kontinuierlichen und geordneten Ablauf des Dorflebens hervorgehoben: Fürsorge für die Flüchtlinge, Kontakt mit der Front, Aufrechterhaltung der Produktion. Gerade was den letzten Punkt betrifft wird weibliche Opferbereitschaft gefordert: »Mujeres Libres« schlagen vor, daß die Frauen ohne Lohn mehrere Stunden täglich in der Fabrik zubringen sollten – quasi als Lehrzeit –, um, wenn nötig, die freigewordenen Arbeitsplätze kompetent ausfüllen zu können. Von der Tradition der weiblichen Reservearmee in Krisenzeiten unterscheidet sich dieses Vorgehen

immerhin dadurch, daß die Frauen in der neu entwickelten Gesellschaft weiterhin berufstätig sein sollten. Während der erste Teil des Aufrufs die Befreiung der Frau in den Vordergrund stellt, wird zum Schluß das über allen anderen stehende Ziel des Sieges im Kampf gegen die Faschisten betont: *»... wenn alle Welt bemerkt, daß Ihr aus Überzeugung arbeitet und euch für den Krieg und das Wohl der Allgemeinheit opfert, werden die Sympathien des Dorfes Euch zu großem Wachstum verhelfen.«*[37] Der Widerspruch zwischen dem Anspruch von »Mujeres Libres«, Frauen aufzurütteln und zu ihrer Emanzipation aufzufordern und dem Erfordernis des Krieges, möglichst viele Frauen schnell zu mobilisieren, ist offensichtlich.
Wir wissen nichts über den direkten Erfolg dieser Broschüre. Aber aus allem, was wir von unseren Gesprächspartnerinnen und aus Zeitungen erfahren haben, läßt sich schließen, daß »Mujeres Libres« großen Widerhall fanden. In der Rubrik »Actividades« wurden in fast jeder Nummer von »Mujeres Libres« Neugründungen, sowohl in Städten als auch auf dem Lande, aufgeführt und Propagandaaktionen in verschiedenen Regionen erwähnt. Beispielsweise wird in Heft 10 von »Mujeres Libres« eine Werbekampagne angeführt, *»die mit großem Erfolg auf Treffen in Elda und Floreal del Raspeig (Levante) begonnen wurde«*[38] und ausgeweitet werden sollte. Eine spätere Ausgabe bestätigt, daß in der levantinischen Region die Zahl der »Mujeres Libres«-Gruppen ständig anstieg. Exemplarischen Charakter weist auch die Radiokampagne in Barcelona auf, an der bekannte Mitgliederinnen wie Nita Nahuel, Concepción Liaño und Pilar Grangel teilnahmen.[39]
»Mujeres Libres« selber schätzten ihre Erfolge positiv ein, wie folgendes Fazit erkennen läßt: *»Über unsere Zeitschrift bildeten und bilden sich noch viele Gruppen. Sie zeigt klare Wege zur Emanzipation auf, die in allen Ausprägungen mit der revolutionären Aktion des Proletariats übereinstimmen ... Jetzt können wir die Früchte unserer Arbeit ernten. Wir können 'Mujeres Libres'-Gruppen in ganz Katalonien, Valencia, Alicante, Madrid und Guadalajara, in den Dörfern des Südens, also im gesamten freien Spanien aufweisen, die autonom und den örtlichen Gegebenheiten angepaßt (wie es der libertären Gesinnung entspricht) auf sinnvolle und effiziente Weise für den Krieg arbeiten, ohne darüber das Ziel der Befähigung der Frau zu vergessen ...«*[40]
Schwerpunkte der Organisation waren von Beginn an Katalonien und Neukastilien mit dem Zentrum Madrid. Mary Nash hat für die Zeit bis 1938 ein Minimum von 153 Vereinigungen ausgemacht, schätzt die tatsächliche Anzahl jedoch höher ein. Eine Mitgliederzahl von 20 000 für das Jahr 1938 erscheint ihr von allen zeitgenössischen Angaben als die wahrscheinlichste,[41] eine Annahme, der die anderen zitierten Forscherinnen zustimmen.

Mujeres Libres zur Frauenarbeit

In theoretischen Artikeln vertraten »Mujeres Libres« das Recht der Frau auf Arbeit, die die Grundlage ihres Kampfes gegen Unterdrückung sein müsse. Sie widersprachen energisch der auch von Anarchisten vertretenen These, daß die arbeitende Frau in Konkurrenz zu den Männern stehe und deren Löhne drücke. Pilar Grangel formulierte diese Position und die aus ihr folgenden Forderungen am schärfsten: *»Die erste Pflicht der Frau als Lebewesen ist die Arbeit. Von diesem Prinzip gehen wir aus, ohne Ausnahmen zu akzeptieren ... Arbeit ist das Gesetz des menschlichen Fortschritts.«*[42] Unter Arbeit verstand Grangel allerdings nur Erwerbsarbeit, Hausarbeit zählte nicht dazu.[43]
»Mujeres Libres« forderten die Berufstätigkeit der Frau, da sie in der ökonomischen Abhängigkeit die Ursache der niedrigen sozialen Stellung und Machtlosigkeit der Frauen sahen. Eine treffende Analyse erarbeiteten sie im Kontext des Problems der Prostitution: Aufgrund ihrer

wirtschaftlichen Unselbständigkeit werde die nicht arbeitende Frau immer bezahlt, sei es als Prostituierte, sei es von ihrem Ehemann, dem sie sich dann natürlich fügen müsse. Die Befreiung aus dieser Abhängigkeit galt »Mujeres Libres« als Voraussetzung für rechtliche und soziale Gleichstellung. *»Alle Propaganda, alle Aktionen für die Familie, für dieses fiktive warme Heim halten die Frauen in ihrer schon immer eingenommenen Position fest: von der Produktion getrennt und ohne jedes Recht.«*[44]

Ausgehend von den eben skizzierten Prämissen, ist die Haltung von »Mujeres Libres« zu der heiklen Frage, was mit den arbeitenden Frauen nach dem Krieg geschehen solle, wenn die heimkehrenden Männer auf ihren Arbeitsplätzen bestehen würden, eindeutig: Sie traten für das Recht der Frau auf Arbeit unter allen Umständen ein, betonten, daß die berufstätigen Frauen nicht als Ersatz funktionierten, sondern ein fundamentales Recht in Anspruch nahmen.

Die praktische Umsetzung dieser Grundsätze wurde weitgehend von den Erfordernissen des Krieges bestimmt. Die im Lauf der Zeit sich verstärkende Dominanz des Krieges ließ »Mujeres Libres« zeitweise sogar von ihren theoretischen Erkenntnissen abweichen. In einem Artikel betonen sie, daß die Arbeit der Frauen in erster Linie für die Revolution bzw. den Kampf gegen Franco geleistet werden solle; die persönliche Emanzipation stehe erst an zweiter Stelle.[45]

Die Organisierung der weiblichen Arbeitskraft war eine der Hauptaufgaben, die sich »Mujeres Libres« gestellt hatten. Besonders gut gelang dies z. B. in der Madrider Gruppe, die Listen der arbeitsbereiten Frauen sowie ihrer Fähigkeiten aufstellte und innerhalb kurzer Zeit »Arbeitssektionen« für Transport, Gesundheit, Bekleidung, Metall und öffentliche Dienste errichtete. Dazu kam eine mobile Brigade, die Frauen ohne berufsspezifische Kenntnisse umfaßte und überall, wo es gerade notwendig war, eingesetzt wurde.[46] Auch in den anderen Regionen teilten sich »Mujeres Libres« in verschiedenen Bereichen zugeordnete Gruppen auf, um ihre Mitgliederinnen so effizient wie möglich einzusetzen.

Das Spektrum der Arbeiten, die »Mujeres Libres« im bzw. für den Krieg leisteten, läßt sich aus der schon erwähnten regelmäßigen Rubrik »Actividades« erschließen. Sie intensivierten ihren Einsatz in den herkömmlichen Arbeitsgebieten der Frauen, z. B. in Schneiderwerkstätten, Meiereien, Obst- und Gemüsegärten, ebenso wie sie traditionell männliche Aufgaben übernahmen. Als Beispiele lassen sich die Schulen für Mechanik, Metallverarbeitung und Kraftfahrzeugführung in Madrid, die Ausbildung von LKW-Fahrerinnen, Zugführerinnen und -schaffnerinnen und die Übernahme der Fischerei in Barcelona anführen. In fast allen Städten, in denen sie aktiv waren, gründeten »Mujeres Libres« Werkstätten, zum Teil relativ große, wie die für Metallverarbeitung in Madrid, in der zwanzig Genossinnen arbeiteten.

»Mujeres Libres« bereiteten sich ausdrücklich darauf vor, die eingezogenen Männer zu ersetzen. Sie feierten die erfolgreiche Ausführung von 'Männerarbeiten' als Erfolg, als Beweis für die weiblichen Fähigkeiten. Der Stolz über ihren Männerberuf klingt aus dem Artikel von Delia Fernandez und Carmen Segovia über ihre Fahrt zu dem »Mujeres Libres«-Kongreß in Valencia (1937): *»Auf der Straße trafen wir oft auf Bäuerinnen, die der harten Arbeit der Ährenlese nachgingen. Wir sprachen mit ihnen... (Sie fragten uns:) 'Gehört ihr zu den Milizen?' 'Nein, wir sind Fahrerinnen, haben gerade fünfzehn Tage Urlaub', und wir zeigten voller Stolz unsere Ausweiskarten. 'Ist es möglich?!', wunderten sie sich. 'Das ist doch Männersache!' 'Es ist auch nicht anstrengender als eure Arbeit!'«*[47]

Die Auswirkungen des Krieges auf die von »Mujeres Libres« ausgeführten Arbeiten zeigten sich in den zahlreichen Aktivitäten zur Unterstützung der Soldaten. In Barcelona bildete sich eine »Kolonne Mujeres Libres«, die mit Wasch-, Bügel- und Nähmaschinen an der Front tätig wurde. Weiterhin gründeten sie ein Hospital in Olesa de Montserrat (Katalonien) und führten Besuche in den Lazaretten durch. Hierbei arbeiteten sie zeitweise sogar mit »Mujeres Antifas-

cistas«, der kommunistischen Frauenorganisation zusammen, obwohl sie sonst jede Kooperation mit den republikanischen Frauenvereinigungen ablehnten.[48] In ihrer Einstellung zu den weiblichen Aufgaben im Krieg erwiesen sich auch »Mujeres Libres« als Vertreterinnen der tradierten Geschlechterrollen.

Ihre Aufrufe an alle Frauen, unermüdlich die soziale Revolution zu verteidigen, bezogen sich nicht auf den Einsatz an der Front, sondern nur auf die Nachhut. »Mujeres Libres« widersprachen nicht dem Ausschluß der Frauen aus den Milizen. In der Anfangszeit der Kämpfe waren Milizionärinnen kein ungewöhnliches Phänomen, erzählte uns Sara Guillén: *»In den ersten Tagen der Revolution ging die Mehrheit der Genossinnen und der Frauen aus dem Dorf zu den Milizen. Später, als die Armee militarisiert werden sollte, wechselten sie zur Nachhut über.«*[49]

»Mujeres Libres« schlossen sich der allgemeinen Parole »die Frauen in die Nachhut« an und betonten ihre Aufgabe, die Errungenschaften der Revolution im Hinterland zu festigen: *»... die Männer kämpfen für die Freiheit eines Dorfes, und die Frauen ergreifen die Arbeitsgeräte, um sie zu verteidigen.«*[50]

Themen wie die Problematik geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, die Doppelbelastung berufstätiger Frauen, die Definition von Hausarbeit als Arbeit behandelten »Mujeres Libres« nur selten oder gar nicht.[51] Offensichtlich wurde die traditionelle Rollenzuweisung von vielen nicht in Frage gestellt. Die Aufgaben der Väter wurden nicht thematisiert, Kindererziehung lag einzig in den Händen der Frauen. Entsprechend wurden keine Männer als Kinderpfleger oder -erzieher ausgebildet. Eine Diskussion um die Aufteilung der Hausarbeit, damit die Frauen ohne zusätzliche Belastung erwerbstätig sein konnten, fand nicht statt. Zur Illustration dieser einseitigen Sichtweise mag der Text zu einem in »Mujeres Libres« abgebildeten Foto, das Wäsche waschende Frauen am Fluß zeigt, dienen: *»Eine Szene, typisch für alle Dörfer Spaniens, die die Sklaverei, der die Frauen unterworfen sind, aufzeigt. Auf den Knien, ständig im Nassen, mit schmerzendem Rücken, obwohl die wunderbaren Waschmaschinen schon erfunden sind!«*[52]

In dem Artikel von Pilar Grangel »En vez de crítica, soluciones« lassen sich allerdings Ansätze zur Überwindung dieses Blickwinkels – entwickelte Haushaltstechnik als Lösung statt Veränderung traditioneller Arbeitsstrukturen – entdecken.

Bezüglich Fortpflanzung und Erziehung betont sie, daß *»von dieser Pflicht der Mann nicht ausgenommen werden kann«*. Sie sieht die traditionelle Rolle der Frau nicht lösgelöst von den Aufgaben des Mannes, der die andere Hälfte der Familie bildet: *»Kann sie denn eine gute Ehefrau und Mutter sein, ohne daß es gute Ehemänner und Väter gibt?«*[53]

Über die Beziehungen zwischen Frauen und Männern

Die Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis der Geschlechter zueinander, mit überliefertem Rollenverhalten und Möglichkeiten zur Veränderung fand innerhalb von »Mujeres Libres« nur in begrenztem Rahmen statt. Trotzdem sind die Klagen über den Machismo auch der anarchistischen Männer und über deren mangelndes Engagement für die Frauenfrage nicht zu übersehen. Gerade die fehlende Unterstützung der CNT für die von »Mujeres Libres« ausgehenden Aktivitäten bot regelmäßig Anlaß zu Beschwerden. Die Hilfe des Syndikats für Transportwesen bei der Ausbildung von Fahrerinnen in Madrid ist offensichtlich als Ausnahme anzusehen. Es gelang »Mujeres Libres« auch nie, die Anerkennung als vierte eigenständige Kraft neben CNT, FAI und der Libertären Jugend zu erreichen; ihre diesbezüglichen Forderungen wurden mit der Begründung, sie stellten ein Element der Zwietracht und Ungleichheit innerhalb der anarchistischen Bewegung dar, abgelehnt.

Auch oder gerade auf der persönlichen Ebene griffen »Mujeres Libres« ihre Genossen an und warfen ihnen vor, trotz aller revolutionären Intentionen an der »eingeschlechtlichen Gesellschaft« und den Privilegien der Männer festhalten zu wollen. *»Wir hören täglich von der edlen Einführung der sozialen Gerechtigkeit. Aber wir hören bis auf wenige Ausnahmen niemals etwas davon, daß sich diese Befreier auf die Notwendigkeit einer vollständigen Befreiung der Frau bezögen.«*[54]
Einen schärferen Angriff führt Nita Nahuel, die die Anpöbeleien eines *»Individuums, das ein schwarz-rotes Tuch um den Hals trug«*, gegenüber demonstrierenden anarchistischen Frauen anprangert.[55] Ähnliche Beispiele finden sich, zwar nicht oft, doch mit Regelmäßigkeit. »Mujeres Libres« haben offensichtlich für ihre Diskriminierung auch innerhalb der libertären Bewegung ein Gespür entwickelt und nicht um der Eintracht willen die Differenzen ignoriert. Ebenso waren sie sich dessen bewußt, daß die in anarchistischen Kreisen üblichen Diskussionen um neue Lebensmodelle oft an den Interessen und Bedürfnissen der Frauen vorbeigingen, da sie von einem männerzentrierten Standpunkt aus geführt wurden. So war z. B. die von den Libertären vertretene »freie Liebe« eine Illusion, solange die Mehrzahl der Frauen von einem »Ernährer« abhängig war. Die Realisierung der auf theoretischer Ebene entwickelten Postulate führte nicht selten erneut zu sexistischen Strukturen. So bewirkte die Praxis der »freien Liebe« eine negative Haltung vieler Frauen dem Anarchismus gegenüber, denn die Kampagnen für sexuelle Freiheit hatten laut Lucía Sánchez Saornil viele junge Männer angezogen, *»die sich kaum für die sozialen Fragen interessieren, sondern lediglich ein günstiges Feld für ihre amourösen Abenteuer suchen. Es gibt sogar einige, die die Freiheit als eine Einladung zur Ausschweifung interpretieren und in jeder Frau, die an ihnen vorbeigeht, nur ein Objekt für ihr Verlangen sehen«*.[56]
Obwohl eine Auseinandersetzung mit männlichem Chauvinismus in Grundzügen geführt wurde, beschäftigten sich »Mujeres Libres« nicht mit den traditionellen Vorstellungen über Weiblichkeit, Wesen und Rolle der Frau. Anstatt diese Stereotypen zu überdenken oder zu durchbrechen, setzten sie sie unkritisch ein und proklamierten sie, wenn es ihnen opportun erschien: *»... die liebevollen Hände der selbstlosen Frauen«*,[57] die *»den Weg der Opfer und der Entsagungen wählen«*[58] – solche Bilder trugen mit Sicherheit nicht dazu bei, den Opferstatus der Frauen in der Gesellschaft zu überwinden.
Trotz aller Probleme in den Beziehungen mit den Männern überwogen im Verständnis der Frauen doch die Gemeinsamkeiten, nicht die Differenzen. In ihrer Vorstellung bestand (nur) die Notwendigkeit eines Umerziehungsprozesses der Männer, um traditionelle Verhaltensweisen zu überwinden. Generell wurde den Männern Unverständnis bzw. Ignoranz gegenüber frauenspezifischer Problematik attestiert. Grundlegende Interessengegensätze sahen die Frauen jedoch nicht, wie u. a. der gemeinsame Kampf für eine neue Gesellschaft bewies. Lola Iturbe bestätigte uns diese Sichtweise. Ihrer Meinung nach existierte damals nicht diese Gegnerschaft zwischen den Geschlechtern wie heute. Da die anarchistischen Männer sich größtenteils puritanisch verhielten, nicht Kneipen, sondern Gewerkschaftsveranstaltungen besuchten, waren auch auf der persönlichen Ebene die Beziehungen nicht von Rivalitäten, sondern von verbindenden Faktoren, z. B. politischer Arbeit, bestimmt.[59]

Erklärungsansätze und Einschätzungen

Die Bedeutung von »Mujeres Libres« innerhalb der libertären Bewegung läßt sich nur ermessen, wenn man berücksichtigt, in welch geringem Maße die Anarchisten die spezifische Lebenssituation der Frauen verstanden und in ihren Programmen, Forderungen und Aktionen

beachteten. Die spanischen Anarchisten verkannten die soziale Bedeutung von Kirche und Familie für die Frauen. Diese Institutionen gaben, trotz aller Repressionen, den Frauen ein *»Gefühl von Stabilität, Status und Würde«*.[60] Besonders die Kirche besaß die nicht zu unterschätzende Funktion eines Treffpunktes, eines öffentlichen Versammlungsortes – die tägliche Messe bedeutete im Leben der Frauen genausoviel wie das Café oder die Eckkneipe im Leben der Männer. Daher war natürlich der Einfluß der Religion auf die Frauen nicht zu unterschätzen. Viele hatten Schwierigkeiten, sich von der Kirche zu lösen. Mati Carrasquer beschrieb uns ihre Auseinandersetzung mit der Religion: *»Die Theorie Darwins übte große Wirkung auf mich aus. Ich stützte mich auf sie, um mit allem zu brechen, mit den eingehämmerten Ängsten vor der Hölle und mit den Versprechungen des Himmels. Ich brach endgültig mit all dem, aber es war ein schweres Jahr, ein Jahr der Zurückgezogenheit. Ich ging nicht aus mit den anderen Jugendlichen, ich war zu sehr mit diesem Problem beschäftigt.«*[61] Nicht alle Frauen wählten einen so radikalen Weg wie Mati Carrasquer. Viele lehnten die harten Attacken der Anarchisten gegen Kirche und Familie ab und standen deshalb der libertären Bewegung mit Skepsis gegenüber.

Die männlichen Anarchisten, gefangen in einer Kombination aus *»Naivität und Traditionalismus«*[62] – Traditionalismus in dem Sinne, daß sie an ihren herkömmlichen Verhaltensweisen festhielten –, waren unfähig, neue Strukturen des Gemeinschaftslebens mit den Frauen zu entwickeln. »Mujeres Libres« jedoch machten der Kirche ihre Funktion als bedeutendster Kommunikationsort streitig und stellten ihr von Frauen selbstbestimmte Gruppen entgegen – ein wichtiger Grund für die Anziehungskraft von »Mujeres Libres«.

»Mujeres Libres« waren keineswegs die einzige Frauenorganisation des antifaschistischen Spanien. Auch ist die Übernahme von sonst Männern zugedachten Aufgaben durch Frauen in Kriegszeiten eine weitverbreitete Erscheinung der neuen Geschichte. Das von uns zusammengetragene Material verdeutlicht jedoch, daß »Mujeres Libres« etwa mit der frankistischen »Sección Femenina« oder diversen anderen Versuchen, Frauen für Kriegs- und/oder Machtpolitik zu instrumentalisieren, nicht vergleichbar waren. Vielmehr zeigt sich, daß sie trotz der schwerwiegenden Hypothek patriarchalischer Werte und Strukturen fähig waren, eine unabhängige Organisation zu entwickeln, um ihre Interessen als Frauen wahrzunehmen, zu formulieren und oft in eigener Regie durchzusetzen. Obwohl die Politik von »Mujeres Libres« weitgehend von den äußeren Erfordernissen des Krieges und der Revolution bestimmt wurde, ließen sie sich nicht durch die Anarchisten funktionalisieren, sondern hatten eigene Perspektiven entwickelt, die allerdings eng mit der erfolgreichen Durchführung der sozialen Revolution verbunden waren. In ihrem Befreiungskampf fanden sie im spanischen Anarchismus nützliche Ideen, insbesondere den Autonomiebegriff und die auf ihm gründende föderative Organisationsstruktur. Innerhalb von »Mujeres Libres« bewirkte die faktische Unabhängigkeit der einzelnen Gruppen, daß konkrete und unterschiedlichste Erfahrungen und Probleme von Frauen in der Zeitschrift »Mujeres Libres« thematisiert und diskutiert wurden.

In den zentralistischer strukturierten sozialistischen Bewegungen der Zeit glaubte man, daß die Befreiung der Frau automatisch auf die Abschaffung der ökonomischen Abhängigkeit folge. Martha Ackelsberg bemerkt dazu, daß die anarchistische Auffassung, insofern als sie Herrschaft unter dem Aspekt der Hierarchie betrachtet, mehr Raum biete, die ökonomische, politische und sexuelle Unterordnung in ihren gegenseitigen Verflechtungen zu sehen und damit in der Frauenpolitik eher zum Tragen kommen könne.[63] Zur Herleitung einer feministischen Politik reichten bis zu diesem Zeitpunkt jedoch weder die klassischen Konzepte noch die Praxis der Anarchisten in Spanien aus. »Mujeres Libres« selber bezeichneten sich nie als feministisch. Für sie war dieser Begriff untrennbar mit der bürgerlichen Frauenbewegung verbunden, von der sie sich ausdrücklich distanzierten. Mary Nash, von heutigen Vorstellungen aus-

gehend, sieht »Mujeres Libres« insofern als feministisch, als sie eine ausschließlich weibliche Organisation konstituierten, die sich als erste Aufgabe die Emanzipation der Frau gesetzt hatte.[64]

Der Ausbruch des Krieges brachte viele Frauen dazu, sich von ihrer traditionellen Rolle zu lösen. Sie entwickelten Selbstvertrauen aufgrund der Erfahrung eigener Stärke und nutzten die neu entstandenen Freiräume aus. Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß sie durch die Erfordernisse des Krieges zu viele Kompromisse schlossen und eigene Interessen zurückstellten. Auch die Anarchisten insgesamt vernachlässigten im Laufe der Zeit die Verwirklichung ihrer Ideale zugunsten der Mobilisierung aller Kräfte für den antifaschistischen Kampf. Annik Mahaim/Alix Holt/Jacquline Heinen behaupten in diesem Zusammenhang, es habe bei »Mujeres Libres« eine Entwicklung von einer eher frauenorientierten Linie zu einer an den tradierten Rollenzuweisungen ausgerichteten Politik stattgefunden.[65] Aus unserem Material läßt sich diese These allerdings nicht nachvollziehen.

Es ist sicher problematisch, mit heutigen, von der Frauenbewegung geprägten Maßstäben eine Zeit zu beurteilen, in der Frauen in völlig anderen Verhältnissen lebten. Trotzdem meinen wir, daß »Mujeres Libres« es einfacher gehabt hätten, sich gegen zwiespältige Weiblichkeitsbilder zur Wehr zu setzen, wenn sie eine Konzeption der sozialen Determination von Frau-sein entwickelt hätten. Durch das Fehlen einer solchen Konzeption erklärt sich zu einem Teil die widersprüchliche Haltung von »Mujeres Libres«.

Anmerkungen

1 Generell zur Rolle der Frauen im Spanischen Bürgerkrieg s. Mary Nash: Mujer y Movimiento Obrero en España, 1931–1939, Barcelona 1981; Annik Mahaim/Alix Holt/Jacqueline Heinen: Femmes et mouvement ouvrier, Paris 1979; Karin Buselmeier: Frauen in der spanischen Revolution, in: mamas pfirsiche, frauen und literatur 9/10, Münster 1978; Carmen Alcalde: La Mujer en la Guerra Civil Española, Madrid 1976; Geraldine Scanlon: La Polémica Feminista en la España Contemporánea, 1868–1974, Madrid 1976; Lola Iturbe: La Mujer en la Lucha Social y en la Guerra Civil de España, Mexico 1974. Die meisten Autorinnen beschränken sich auf die Darstellung einzelner Persönlichkeiten und der Rolle der Frauen in den Parteien. Die sozioökonomische Situation von Frauen und geschlechtsspezifische Fragestellungen werden im allgemeinen vernachlässigt. Hierzu s. als Überblick Sabine Behn/Monika Mommertz: Wir kämpfen für Spanien. Frauen im antifaschistischen Widerstand und in der sozialen Revolution während des Bürgerkrieges 1936–1939, in: Die ungeschriebene Geschichte. Historische Frauenforschung. Dokumentation des 5. Historikerinnentreffens in Wien, 16. bis 19. April 1984, o. O. (Wien) 1985 und Liz Willis: Frauen in der Spanischen Revolution 1936–1939, in: Cornelia Krasser/Jochen Schmück (Hg.): Frauen in der Spanischen Revolution 1936–1939, Berlin 1984. Speziell mit Frauen im Anarchismus und mit »Mujeres Libres« befassen sich Temma Kaplan: Frauen und der Spanische Anarchismus in: Krasser/Schmück, a. a. O., dies.: Der Anarchismus in Spanien und die Frauenemanzipation, in: ebd. und Martha Ackelsberg: Mujeres Libres: Individualität und Gemeinschaft – Organisierung von Frauen während des Spanischen Bürgerkrieges, in: Schwarzer Faden Nr. 21, Grafenau 1986.

2 Mary Nash (Hg.): »Mujeres Libres«: España 1936–1939, Barcelona 1975. Deutsche Ausgabe: Mujeres Libres 1936–1939, Berlin 1978. Bei allen Zitaten aus diesem Reader bezieht sich die erste Seitenangabe auf die spanische Ausgabe von 1977 (3. Aufl.), die zweite, in Klammern gesetzte, auf die deutsche (gekürzte) Ausgabe, falls sie den betreffenden Artikel enthält. Die Übersetzungen haben wir z. T. der deutschen Ausgabe entnommen, z. T. stammen sie von uns.

3 In der Hemeroteca, dem Archiv von Barcelona, sind die Ausgaben von »Mujeres Libres« leider ohne Angabe der Nr. oder des Jahrgangs auf Microfiche gespeichert, daher sind unsere Nachweise zu Artikeln aus »Mujeres Libres« oft unvollständig. Alle von uns verwendeten Ausgaben sind auf

Microfiche Nr. 39 in der Hemeroteca de Barcelona zu finden.

4 Ihren Lebenslauf erzählte uns Sara Guillén in einem Brief vom 14.8.1986.

5 Im Zuge der Spannungen zwischen Kommunisten und Anarchisten besetzten Regierungstruppen die unter anarchistischer Kontrolle stehende Telegraphen- und Telefonzentrale Barcelonas. Daraufhin kam es zu Straßenkämpfen zwischen Polizei und Arbeitern.

6 Im spanischen Anarchismus herrschte die auf Bakunins Vorstellungen beruhende Auffassung vor, nach der Frau und Mann als gleichwertig angesehen wurden.

7 Mary Nash: Dos intelectuales anarquistas frente al problema de la mujer: Federica Montseny y Lucía Sánchez Saornil, in: Convivium. Filosofia, psicologia, humanidades, Núms. 44–45, Barcelona 1975, S. 93.

8 Abgedruckt in: Nash, 1977, S. 49ff. (in der dt. Ausgabe nur auszugsweise, S. 45ff.).

9 Lucía Sánchez Saornil: La cuestión femenina en nuestros medios, in: Nash, 1977, S. 49 (S. 49f.).

10 Ebd., S. 54.

11 Ebd., S. 55f. (S. 53).

12 Ebd., S. 56 (S. 54).

13 Vgl. Nash, 1981, S. 85.

14 Mercedes Comaposada: Origen y actividades de la agrupación Mujeres Libres, in: Nash, 1977, S. 69f. (S. 61f.).

15 Soledad Estorach, in: Ackelsberg, 1986, S. 33.

16 La agrupación de Madrid. Recuerdos y actualidades, in: Mujeres Libres, s. Anm. 3.

17 S. die in Nash, 1981, S. 89ff. abgedruckten Statuten.

18 Abgedruckt in Nash, 1977, S. 75ff.

19 La agrupación de Madrid. Recuerdos y actualidades, in: »Mujeres Libres«, s. Anm. 3.

20 Finalidades, in: Nash, 1977, S. 73f. (64f.).

21 Ebd., S. 74 (S. 65).

22 La doble lucha de la mujer, in: Nash, 1977, S. 131.

23 Ebd., S. 133.

24 Kaplan, Der Anarchismus in Spanien ..., 1984, S. 40.

25 Nash, 1981, S. 99.

26 Actividades de Mujeres Libres, in: »Mujeres Libres« Nr. 10.

27 Kaplan, Der Anarchismus in Spanien ..., 1984, S. 37.

28 Nash, 1981, S. 99f.

29 Mercedes Comaposada: Origen y actividades de la agrupación Mujeres Libres, in: Nash, 1977, S. 71 (S. 63).

30 Nash, 1977, S. 121 (S. 83).

31 Aurea Cuadrado: Nuestra labor en la casa de Maternidad de Barcelona, in: Nash, 1977, S. 227 (S. 123).

32 Amparo Poch y Gascón: Niño, in: Nash, 1977, S. 206f.

33 Brief von Sara Guillén vom 14.8.1986.

34 Gespräch mit Lola Iturbe am 19.3.1984 in Barcelona. Lola Iturbe war bei den anarchistischen Zeitungen »Tierra y Libertad« und »Solidaridad Obrera« tätig und beteiligte sich sporadisch auch an der Kulturarbeit von Mujeres Libres.

35 La mujer en los primeros días de lucha, in: Nash, 1977, S. 92 (S. 69).

36 Cómo organizar una agrupación Mujeres Libres, in: Nash, 1977, S. 76.

37 Ebd., S. 85.

38 Actividades de Mujeres Libres, in »Mujeres Libres« Nr. 10.

39 Actividades de la agrupación Mujeres Libres, in: »Mujeres Libres« Nr. 9 und in »Mujeres Libres« vom 1.5.1937.

40 Mujeres Libres tiene una personalidad, in: »Mujeres Libres« vom 1.5.1937.

41 Nash, 1981, S. 87f.

42 Pilar Grangel: En vez de crítica, soluciones, in: Nash, 1977, S. 138.

43 Wir verwenden den Begriff »Arbeit« in diesem Artikel ebenso, um die Haltung von »Mujeres Libres« klar darzustellen, stimmen aber dieser Definition von Arbeit, eingeschränkt auf Erwerbsarbeit, nicht zu.

44 Acciones contra la prostitución, in: Nash, 1977, S. 182 (S. 111).

45 Incorporación de las mujeres al trabajo, in: »Mujeres Libres«, s. Anm. 3.

46 Mujeres Libres en Madrid, in: »Mujeres Libres«, s. Anm. 3.

47 Viajeras revolucionarias, in: »Mujeres Libres«, s. Anm. 3.

48 S. Behn/Mommertz, 1984, S. 107. Sara Guillén erklärte in ihrem Brief, von keiner Zusammenarbeit zu wissen.

49 Brief von Sara Guillén vom 14.8.1986.

50 Adaptación profesional de la mujer, in: »Mujeres Libres« Nr. 11.

51 Nash, 1981, S. 114; Ackelsberg, 1986, S. 34.

52 In »Mujeres Libres« Nr. 10.

53 Pilar Grangel: En vez de crítica, soluciones, in: Nash, 1977, S. 140.

54 Suceso Portales: Necesitamos una moral para los dos sexos, in: Nash, 1977, S. 135 (S. 90).

55 Nita Nahuel: Los que deshonran el anarquismo, in: Nash, 1977, S. 100ff. (S. 73f.).

56 Lucía Sánchez Saornil: La cuestión femenina en nuestros medios, in: Nash, 1977, S. 59 (S. 55).

57 Pilar Grangel: El trabajo intelectual y manual de la mujer, in: Nash, 1977, S. 146 (S. 94).

58 Carmen Gómez: Temple de Mujer, in: Nash, 1977, S. 161 (S. 101).

59 Gespräch mit Lola Iturbe am 19.3.1984 in Barcelona.

60 Kaplan, Frauen und der spanische Anarchismus, 1984, S. 8.

61 Gespräch mit Mati Carrasquer am 18.2.1985 in Barcelona. Mati Carrasquer wuchs in einem kleinen Dorf in Castellón (Region Valencia) auf. Später ging sie nach Barcelona und war in der anarchistischen Bewegung aktiv, arbeitete jedoch nicht bei »Mujeres Libres« mit.

62 Kaplan, Frauen und der spanische Anarchismus, 1984, S. 14.

63 Ackelsberg, 1986, S. 28.

64 Nash, 1981, S. 114

65 Mahaim/Holt/Heinen, 1979, S. 202f.

Reinhold Görling

»Weil ich die Monotonie eines faschistischen Europa nicht aushalten will ...«

Vorbemerkungen zu einem Zeitungsinterview mit Carl Einstein aus dem Jahre 1938

Über Carl Einsteins Zeit im Exil sind nur wenige lebensgeschichtliche Daten überliefert, über seine Teilnahme an Revolution und Krieg im Spanien der Jahre 1936 – 1939 fehlen sie fast ganz. Nur zwei während des Bürgerkrieges verfaßte Schriften sind bisher nachgewiesen worden,[1] und die wenigen Erinnerungen von Kampfgefährten aus dem Kreis der Anarchosyndikalisten, deren Miliz sich der damals 51jährige angeschlossen hatte, geben nur ein sehr bruchstückhaftes und vielleicht auch wenig zuverlässiges Bild. Allerdings läßt sich die Entstehungszeit von Einsteins großem und als Intellektuellenschelte oft eher abgetanem Fragment »Die Fabrikation der Fiktion« nur ungenau bestimmen,[2] und es ist durchaus möglich, daß er noch in Spanien an dieser »Soziologie der Kunst« schrieb, wie er dieses Projekt in dem nachfolgend wiedergegebenen Interview mit dem katalanischen Kunstkritiker Sebastià Gasch selbst nannte.

»Einige sensationelle Erklärungen von Carl Einstein« wurde erstmals am 6. Mai 1938 in »Meridià« veröffentlicht. Diese katalanische Zeitschrift mit dem Untertitel »Setmanari de literatura, art i política. Tribuna del Front intellectual Antifeixista« erschien vom 14. 1. 1938 bis zum 14. 1. 1939 in Barcelona. Wie schon ihr Vorgänger, die Zeitschrift »Mirador«, war auch diese Wochenschrift politisch von der Kommunistischen Partei beeinflußt, jedoch in deutlich geringerem Maße als die von der zentralspanischen »Alianza de Intelectuales Antifascistas« herausgegebene »Hora de España«. In »Meridià« schrieben und publizierten fast alle namhaften katalanischen Schriftsteller und Karikaturisten jener Zeit, zu ihren Gründern und Redakteuren gehörten Manuel Valldeperes, Sebastià Gasch, Domènec Guansé, Lluís Montanyà, Joan Oliver, J. Roura-Torret, Manuel Serra i Moret sowie der anfangs als Chefredakteur zeichnende Antoni Fuster i Valldeperes.

Sebastià Gasch (1897 – 1980), Carl Einsteins Interviewpartner, war ein bekannter katalanischer Kunstkritiker. Er schrieb Artikel über die ästhetische Avantgarde Frankreichs, aber auch über eher populäre Kunstrichtungen wie Kino, Music-Hall und Zirkus. Zusammen mit Salvador Dalí und Lluís Montanyà hatte er 1928 das katalanische surrealistische »Manifest groc« unterschrieben. Er war mit Joan Miró befreundet und in den dreißiger Jahren auch mit García Lorca. Man kann also davon ausgehen, daß Gasch Einsteins Schriften teilweise kannte und hoch schätzte, als er den deutschen Emigranten zu diesem Interview bat.

Bei der Bewertung dieses Dokuments für Einsteins Biographie stellt sich natürlich zuerst die Frage, wann das Interview tatsächlich durchgeführt wurde. Es gibt allerdings keine Anhaltspunkte dafür, daß zwischen dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung (6. 5. 1938) und dem seiner Entstehung eine größere Zeitspanne lag. Im Gegenteil: Der Arbeitsrhythmus der spanischen Schriftsteller und Journalisten war im Bürgerkrieg den Umständen entsprechend kurz, und die Publikationsmöglichkeiten waren vergleichsweise gut. Die Beschreibung von Einsteins Kleidung, die Gasch gibt, läßt ebenfalls an die kältere Jahreszeit zwischen Januar und April denken. Gasch hätte wohl auch kaum seine Bemerkung, daß Einstein *»gegenwärtig der einzige Intellektuelle von internationalem Ruf (ist), der an unserer Front kämpft«*, stehen lassen, wenn er

sich im Mai 1938 des faktischen Gehalts dieser Behauptung nicht mehr sicher gewesen wäre. Darüberhinaus weist diese Bemerkung auch darauf hin, daß die großen internationalen und publikumswirksamen Veranstaltungen wie der »Zweite Internationale Kongreß der Schriftstellervereinigung zur Verteidigung der Kultur« vom Juli 1937 schon Geschichte waren. Schließlich wäre wohl auch die Wortwahl beider Gesprächspartner vor dem Sommer 1937 anders ausgefallen. Wie Einsteins Nachruf auf den am 21. November 1936 in Madrid umgekommenen Buenaventura Durruti und sein am 1. Mai 1937 erschienener Artikel über »Die Front von Aragon« zeigen, teilte Einstein die Überzeugung der Anarchosyndikalisten, daß der Krieg nur durch die soziale Revolution gerechtfertigt wird und auch *»als Revolution begriffen«* werden muß. Das Wort »Revolution« aber fällt in diesem Interview nicht mehr, es wurde auch von spanischen Intellektuellen nach der politischen Unterdrückung der Revolution – für die der blutige Mai '37 in Barcelona zu einem symbolischen Datum geworden ist – kaum noch gebraucht. Wollten sie den keineswegs ganz ausgelöschten sozialrevolutionären Gehalt des Bürgerkrieges betonen, dann sprachen die spanischen Intellektuellen eher von Kollektivität und Kollektivierung des Lebens.

Inwieweit Einstein sich dieser Sprachregelung angeschlossen hatte, läßt sich allerdings nicht sagen, denn der von ihm im Interview verwendete Begriff des Kollektivs hat ja in der Argumentation der »Fabrikation der Fiktionen« und in anderen Schriften Einsteins schon einen hohen theoretischen Stellenwert. Aber Einsteins Aussage, daß dieser Krieg einen neuen Typus von Spaniern forme, zeigt doch, daß er auch 1938 noch einen Zusammenhang von Krieg und Revolution sah.[3]

In ihrem Aufsatz »Carl Einstein: Leben und Werk im Exil« aus dem Jahre 1982 schrieb Heidemarie Oehm: *»Aufgrund seiner abweichenden Auffassung in den Fragen von Krieg und Revolution und der Militarisierung der Milizen fand Einstein keinen Platz mehr in den militärisch reorganisierten und disziplinierten Milizen der CNT. Es läßt sich bisher nicht rekonstruieren, wie er die Zeit vom Sommer 1937 bis zum Einmarsch Francos in Barcelona Ende 1939 verbracht hat.«*[4] Der Fund dieses Interviews kann zumindest ein wenig Aufklärung über Einsteins Aktivitäten seit dem Sommer '37 geben – und zugleich die von Heidemarie Oehm geäußerte Vermutung widerlegen. Offensichtlich blieb Einstein nach der politischen Niederlage der Anarchosyndikalisten weiter an der Front und akzeptierte (notgedrungen oder nicht) die militärische Reorganisation der Milizen. Ein mit dem Artikel in »Meridià« wiedergegebenes Foto zeigt Carl Einstein in regulärer Uniform der spanischen Volksarmee, was beweist, daß Einstein über den Zeitpunkt der Militarisierung der Milizen hinaus bei der Armee blieb.

Aber auch ohne diesen Beleg erscheint Oehms Vermutung wenig schlüssig. Die Wirklichkeit, die Einstein in seinen theoretischen Schriften verteidigte und die er in seinem Durruti-Nachruf mit so viel Emphase beschrieben hatte, verlor ihre Geltung nicht in ein paar Monaten durch den weitgehenden Verlust der politischen Macht der Anarchosyndikalisten oder durch die Militarisierung der Organisationsstrukturen. Die aktive Teilnahme am Bürgerkrieg aufzugeben, das wäre für Einstein sicherlich wieder ein Schritt zurück in die soziale Differenz der Intellektuellen gewesen, ein Sprung zurück in Kontemplation und Fiktion, mittels der der Intellektuelle seine Sonderstellung gewonnen hatte. Und nicht zuletzt hätte Einstein darin einen Akt gesehen, der von der panischen Angst vor dem Tod motiviert gewesen wäre: Eine Angst, die er in dem Interview an vielen Intellektuellen kritisch diagnostiziert.

Einstein hat seine Soziologie der Kunst eng verbunden mit lebensphilosophischen Überlegungen. Aus ihnen speist sich der polemische Charakter seiner Analysen, aus dem, was sie zu beschreiben versuchen, entwächst aber auch die Kraft zum Widerstand. Vor der Versagung durch die Realität weicht die Phantasie aus in die Fiktion, in die Hypostase des Partikularen

und verliert an Kraft. Sie ist Widerstand nur der Form nach. Auf dieses Verhältnis will Einstein mit seinem Begriff der Wirklichkeit hinaus, deshalb beschwört er auch immer wieder den sozialen Tod des Intellektuellen. Auf Gaschs Frage, warum er denn nach Spanien gekommen sei, antwortet Einstein: *»Weil ich die Monotonie eines faschistischen Europa nicht aushalten will.«* In diesem »Nein«, das das Ich spricht, hat die *»kollektive Wirklichkeit«* schon gesprochen.

Anmerkungen

1 Beide Texte, »Die Kolonne Durruti« und »Die Front von Aragon«, sind wieder abgedruckt in A. und D. Prudhommeaux: Bewaffnung des Volkes. Aufbau, Organisierung und Kämpfe der Volksmiliz im spanischen Bürgerkrieg, West-Berlin 1974 (S. 10–19) sowie in Carl Einstein: Werke, Band 3, 1929–1940, Wien/Berlin 1985 (S. 459–467).

2 Vgl. Sibylle Penkert: Explikation – Edition – Interpretation, in: Carl Einstein: Die Fabrikation der Fiktionen, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 331.

3 In »Die Fabrikation der Fiktionen« heißt es zum Beispiel: *»Ein neuer geistiger Stil ist nur nach einer Revolution möglich, die abgeänderte sociale Tatsachen schafft und andere menschliche Typen hervorbrachte. Die Intellektuellen müssen wieder den Sinn für nützliche Mitarbeit gewinnen und die Utopie der ästhetisch vollkommenen, doch zwecklosen Handlung aufgeben.«* (S. 326f.).

4 Heidemarie Oehm: Carl Einstein: Leben und Werk im Exil, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, 2. Jg., 1982, Heft 3, S. 50. Francos Truppen marschierten nicht Ende 1939, sondern am 25./26. Januar dieses Jahres in Barcelona ein.

Sebastià Gasch

Einige sensationelle Erklärungen von Carl Einstein

Miró und Dalí – Revolutionäre Kunst – Die Rolle der Intellektuellen

»Wer war denn dieser Fremde, den Du die Tage mitgenommen hast?«, fragten wir kürzlich Joan Prats*, der zu denen gehört, die mit größter Hingabe und Sensibilität daran gearbeitet haben, die neue Kunst bei uns bekannt zu machen und einzuführen.
»Carl Einstein.«
»Ach was! Der Einstein war das? Und was macht der hier?«
»Er kämpft in den Reihen unserer Armee.«
»Wie ist denn das gekommen? Nun bin ich aber wirklich erstaunt!«
Unsere Überraschung war berechtigt. Wir hatten schon lange nichts mehr von Carl Einstein gehört, aber daß er unter uns weilt und für unsere Sache kämpft, das hatte uns niemand gesagt. Carl Einstein ... Allen Liebhabern der Kunst überall in der Welt ist er ein Begriff. Er ist einer der international bekanntesten Kunsttheoretiker. Seine Bücher, seine Essays und seine Aufsätze zeugen von einer Klarheit des Denkens, einer Entschlossenheit im Urteil, einer Selbstbeherrschung, und sie vermitteln Einstellungen, die kein bißchen geläufig oder angepaßt sind. Sie spiegeln nicht das wider, was gerade in Mode ist, sondern stoßen immer zum Grundsätzlichen und Wesentlichen vor.
Einstein gilt als Entdecker der Kunst der primitiven Völker, seine Studie, die er nach einem langen Afrikaaufenthalt schrieb, war eine der ersten, die sich mit dieser Kunst beschäftigten. Zwei Jahre lang war er Direktor von »Documents«, jener anregenden Zeitschrift, an der nur die besten der künstlerisch und sozial fortgeschrittenen Intellektuellen mitgearbeitet haben. Einstein hat eine unschätzbare Zahl an Büchern geschrieben, die in alle möglichen Sprachen übersetzt wurden. Zur Zeit bereitet er eine »Soziologie der Kunst oder Fiktion und Realität« und eine »Geschichte der Leerstellen in der Kunstgeschichte« – einen Essay, der zu einer Biologie der Kunst führen soll – zur Publikation für die »Nouvelle Revue Française« vor.
Großwildjäger in Afrika, Sportler durch und durch – als Boxer und Fußballer hat er internationale Wettkämpfe bestritten – und gegenwärtig der einzige Intellektuelle von internationalem Ruf, der an unserer Front kämpft: Dieser Einstein erscheint mit seinen breiten Schultern, die kaum in seinen Pullover passen, und mit seiner ganz nach hinten geschobenen Mütze wie ein Boxer-Coach. Um eine Verwundung auszuheilen verbringt er zur Zeit einige Tage in Barcelona.**

* Joan Prats war ein bedeutender Galerist in Barcelona, der sich besonders der Präsentation der Werke der künstlerischen Avantgarde gewidmet hat.

** In diesen einleitenden Bemerkungen unterlaufen Sebastià Gasch einige Behauptungen, die mehr als fragwürdig erscheinen. Weder hat Einstein *»eine unschätzbare Zahl an Büchern geschrieben«*, die dazu noch *»in alle möglichen Sprachen übersetzt«* worden sein sollen, noch läßt sich ein langer Afrikaaufenthalt nachweisen, der zu seiner hier wohl gemeinten Arbeit über »Negerplastik« (1915) geführt habe. Sibylle Penkert schreibt zwar (Carl Einstein. Beiträge zu einer Monographie, Göttingen 1969, S. 53), daß er *»vielleicht vor 1910 eine Reise nach Ägypten«* machte, merkt aber dazu an, daß diese *»Vermutung gelegentlich von seinen Angehörigen geäußert (wird) ... Sie ist aber völlig unbewiesen und muß in Zweifel gezogen werden.«* Mit nicht geringem Erstaunen nimmt man auch zur

»Wollen Sie uns zu Beginn einige Worte über Miró und Dalí sagen, die beiden katalanischen Maler mit dem größten internationalen Ruf?«, fragten wir Einstein.
»Miró ist ein sehr katalanischer Maler, vor allem wegen der Farben seiner Bilder. Er ist ein ganz ursprünglicher Katalane. Aber hin und wieder fehlt ihm die Kraft, um Werke zu schaffen, die eher Malprojekte als Gemälde sind. Das liegt daran, daß sein Traum zu begrenzt ist, vor allem angesichts der Gewalt der gegenwärtigen Fakten. In der ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Fakten verlieren Maler wie Miró oft das Spiel. Alles in allem aber ist Miró der Kerl, der das größte Talent seiner Generation besitzt.«
»Und Dalí?«
»Eine Ansichtspostkarte von 1860«, antwortet Einstein sofort. *»Dalí und seine Freunde beuten einige veraltete Ideologien aus, wie zum Beispiel Freud, diesen alten Romantiker. Sie machen eine kleinliche Malerei, einen verfälschten Akademismus, der eine Konstellation ausbeutet. Eine rein ästhetische Revolte ist offensichtlich unzureichend. Sie suchen das Neue oder das Archaische und enden damit, daß sie sich selbst unaufhörlich imitieren. Dalí macht immer Dalís ...«*
»Es wird überall in der Welt von revolutionärer Kunst gesprochen. Jetzt hat sogar eine wichtige französische Zeitschrift eine Umfrage zu diesem Thema begonnen. Wie denken Sie darüber?«
»Heute Kunst zu machen, das ist grundsätzlich ein Vorwand, um der Gefahr auszuweichen. Jede Kontemplation ist den Tatsachen nachgeordnet. Heute ist das ganz direkt sichtbar ... Die Maschinengewehre machen sich über die Gedichte und die Gemälde lustig. Mit allen Umschreibungen ist es vorbei.«
»Aber was ist mit der revolutionären Kunst, über die man spricht?«
»Die Mehrheit der Künstler, die Bilder über revolutionäre Anekdoten malen, haben die Dinge gar nicht wirklich gesehen und finden in unzulänglicher Weise nur Zeichen für die Geschehnisse. Expressionismus von 1905. Diese Maler ersetzen die Spiegel des Herrn Manet durch die Visionen verschreckter Pazifisten, weil sie vom Krieg nie etwas gesehen haben. Die Entstellungen, die sie gebrauchen, entstehen durch eine Panik, die aus der Angst vor Tatsachen herrührt, und ein Gemälde, das mit den Tatsachen übereinstimmt, muß etwas anderes als eine Reportage sein ...«
Einstein stopft sich eine Pfeife, zündet sie an, überlegt eine Weile und fährt fort:
»In der pseudorevolutionären Malerei gibt es zwei Faktoren. Einerseits einen Akademismus, durch den man glaubt, den Massen und den Führern der Parteien und Organisationen schmeicheln zu können, und andererseits einen Dilettantismus gegenüber den Tatsachen; d. h., wenn man aus Angst in akademischer Weise eine Barrikade malt, dann wird das Bild reaktionär sein, weil das malerische Konzept nicht mit der Epoche übereinstimmt. Darüberhinaus gibt es noch einen weiteren Aspekt: die Ausbeutung von Leid und Tod der Unbekannten. Man findet nur die Fiktion der Kollektivität, aber die intellektuelle Arbeit hat zu oft dazu gedient, das Opfer und das Kollektive selbst zu vermeiden.«
»Welches hat die Rolle des Intellektuellen in einem Land zu sein, daß sich im Krieg befindet? Wir meinen das nicht ausschließlich auf unser Land bezogen, sondern ganz allgemein, die Rolle des Intellektuellen in allen Ländern, die sich im Krieg befinden.«
»Was er tun soll? Er soll Schluß machen mit der reichlich kompromittierten Rolle des Intellektuellen und das Privileg einer ehrwürdigen und schlecht bezahlten Feigheit aufgeben und in die Schützen-

Kenntnis, daß sich Einstein als Großwildjäger in Afrika betätigt haben soll und sich zudem als Boxer und Fußballer an internationalen Wettbewerben beteiligt habe. Es scheint, als habe Gasch Einstein – möglicherweise in popularisierender Absicht – mit einem Kostüm bedacht, das wohl eher zu einem Hemingway paßte; Einstein dürfte ein solcher Lebenswandel jedenfalls fremd gewesen sein.

gräben gehen. Unsere Existenz ist so sehr bedroht, daß es selbst für die Kunst keinen Platz gibt. Es ist nicht mehr möglich, das Leben von Rentnern, Träumern oder Zuhältern einer falschen Wirklichkeit zu führen. Tatsächlich wird die Kunst dazu noch ausgebeutet und als Vorwand gebraucht, um eine unnütze Kontemplation zu schützen, der die Angst vor dem Sterben zu Grunde liegt. Ich glaube, daß einige Intellektuelle fortfahren mit etwas, das »señoritismo« genannt wird. Das Lächerlichste an der Sache ist, daß man nicht viele Intellektuelle an der Front findet. Und die Soldaten wissen das sehr genau. In Wirklichkeit fahren die Intellektuellen fort, ihr monotones Leben von früher zu führen, weit entfernt von den Tatsachen. Früher versuchten sie, den Bourgeois mit einem Privatleben zu beliefern. Heute fallen sie in einen gedanklichen Konformismus ohne ihre Haut zu riskieren, in eine andere Art von Konformismus. Heute sehen sie den Künstler als einen bloßen Funktionär, was ihnen eine Sicherheit verschafft, während alle in Gefahr sind. Zusammengenommen besteht die lächerliche Rolle der Intellektuellen darin, daß sie die Tatsachen nur stützen aber nicht schaffen können. Sie setzen den Bankrott einer Generation fort. Die Intellektuellen haben immer vom Abenteuer gesprochen und jetzt vermeiden sie es um jeden Preis.«

»Warum haben Sie das Buch mit dem Gewehr getauscht? Warum sind Sie nach Spanien gekommen, um unsere Sache zu verteidigen?«

»Das ist die einzige nützliche Sache, die es zur Zeit gibt. Und weil ich die Monotonie eines faschistischen Europa nicht aushalten will. Seit dem 19. Juli kämpfe ich in euren Reihen. Ich bin gekommen, weil die Spanier das einzige Volk sind, das nicht erlaubt, daß es verkauft wird, obwohl alle Welt sich anstrengt, es zu verkaufen. Dieser Krieg formt einen neuen Typus von Spaniern ...«

Das ist es, was uns Carl Einstein gesagt hat. Wie Sie selbst lesen konnten, sind es sehr persönliche Gesichtspunkte, sehr persönliche und sehr engagierte. Unnötig zu sagen, daß wir viele seiner kategorischen Aussagen nicht teilen. Aber wir veröffentlichen sie, weil sie von einem der wichtigsten europäischen Kunsttheoretiker und vor allem von einem unbestechlichen Antifaschisten stammen – schon in den denkwürdigen Tagen des deutschen Winter von 1918 befand sich Einstein auf der Seite Liebknechts. Er hat Wohlstand, Ruhm und Glück aufgegeben, um sich mit der Waffe in den Dienst des Krieges zu stellen, den wir gegen den Invasoren führen.

Meridià. Setmanari de literatura, art i política. Tribuna del Front intellectual Antifeixista, Barcelona, 6. 5. 1938

Aus dem Katalanischen von Reinhold Görling

Ulrich Linse/Michael Rohrwasser

Der Mann, der nicht B. Traven war

Zur Biographie Robert Bek-grans

Vorbemerkung

Der Name Robert Bek-gran wurde einer größeren Leserschaft erstmals dadurch bekannt, daß Rolf Recknagel – auf der Spurensuche nach dem geheimnisvollen Autor B. Traven – unter dessen pseudonymen Werken auch die von Robert Bek-gran im Mai 1919 verfaßte und 1920 in Nürnberg veröffentlichte Broschüre »Vom Wesen der Anarchie« aufführte.[1] Zu seiner Pseudonym-Auflösung mögen ihn die Tatsachen geführt haben, daß sich Bek-gran in diesem Schriftchen wie B. Traven und dessen Alias Ret Marut zu einem stirnerianisch geprägten Individualanarchismus bekannte und durch Erscheinungsort und Abfassungsdatum sowie den inhaltlichen Bezug auf Gustav Landauer der Zusammenhang mit der sogenannten anarchistischen Münchener Räterepublik (7. April bis 13. April 1919) deutlich wurde, der Marut als Leiter der Presseabteilung des Zentralrates diente; wäre Recknagel die ungefähr gleichzeitige Emigration von Bek-gran und Marut nach Amerika bekannt gewesen, so hätte dies sicher noch die Gleichsetzung zusätzlich begründet. Jedenfalls übernahm von Recknagel dann die weitere Literatur die Deutung Bek-grans als eines Pseudonyms von Marut/Traven – so etwa Walter Fähnders und Martin Rector,[2] Hansjörg Viesel,[3] und zuletzt Will Wyatt in seiner Traven-Biographie.[4] Eine Variante boten Uli Bohnen und Dirk Backes an, indem sie Bek-grans »Vom Wesen der Anarchie« als Gemeinschaftsarbeit Maruts und seines Freundes, des Kölner Malers Franz Wilhelm Seiwert, ansahen.[5] Demgegenüber beweist der folgende biographische Versuch, daß es sich bei Bek-gran um kein Pseudonym handelt, sondern um den Namen eines zunächst in Deutschland, dann in den Vereinigten Staaten lebenden Schriftstellers. Wenn auch die Zahl der bisher zur Rekonstruktion seines Lebens erschlossenen Quellen gering ist und deshalb die ihn beheimatenden Organisationen ausführlich zur ergänzenden Analyse herangezogen werden müssen, so erlauben das Bekannte und Erhaltene dennoch, die innere und äußere Entwicklung Bek-grans in den Grundzügen zu verstehen. Mit Marut/Traven jedenfalls hat Bek-gran nichts zu tun; zumindest hier bewahrheitet sich also die Vermutung, der bisherige B. Traven verkörpere nicht nur eine, sondern mehrere Personen.[6] Bek-grans Leben aber ist in sich selbst aufschlußreich genug und verdient deshalb eine eigene Betrachtung als exemplarische Studie über die 'heimatlose' Linke der Weimarer Republik.

I. Vom Künstlersohn zum Soldatenrat

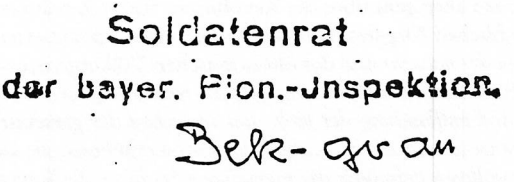
Robert Bek-gran wurde am 7. 12. 1894 in München geboren. Seine Mutter Marie, geb. Maison, war mosaischen Glaubens, der Sohn Robert also Halbjude. Der Vater war der Maler und Graphiker Hermann Bek-gran (geb. am 20. 9. 1869 in Mainz).[7] Er war Schüler der Kunstgewerbeschule in Nürnberg und der Münchener Akademie und wurde später zum Professor für Ornamentik an der Kunstgewerbeschule in Nürnberg berufen. Als Maler war er wenig erfolgreich, dagegen einer der fruchtbarsten Zeichner für gewerbliche Zwecke, der in unzähligen Vignetten, Zierleisten, Briefköpfen, Exlibris, Tanzkarten, Speisekartenbildern, Satzumrah-

mungen, Monatsbildern, Buchillustrationen, Plakaten usw. die künstlerische Ausstattung dieser Druckgattungen zu verbessern suchte. Er starb aber bereits mit 40 Jahren (am 9. 7. 1909 in Nürnberg), als der Sohn Robert noch keine fünfzehn Jahre alt war.

Aus der Münchener Zeit Bek-grans erfahren wir von ihm lediglich (GDS, Heft 2, S. 2), daß er Carola Neher, die später berühmte Schauspielerin, Mitarbeiterin Brechts und zweite Ehefrau des Dichters Klabund, schon als Kind gekannt habe (sie wurde am 2. 11. 1900 in München geboren); aus den Nürnberger Jugendjahren Bek-grans ist uns die Wohnadresse beim Tod des Vaters – die Obere Pirckheimerstraße 59 – bekannt.[8] Man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, daß Bek-gran Mitglied des Wandervogel war;[9] dies würde auch verständlich machen, wieso er nach dem Ersten Weltkrieg seine 'politische' Heimat bei dem Teil der bürgerlich-jugendbewegten »Entschiedenen Jugend« fand, der aus dem Erlanger und Würzburger Wandervogel stammte (dazu gehörten etwa Willi Kelber und Eduard Lenz). Bek-gran wurde dann vermutlich nach Schulabgang Mitglied des Älterenbundes des Wandervogel, des »Bundes der Landsgemeinden«, der im Sommer 1914 gegründet und im April 1919 aufgelöst wurde. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, war Bek-gran noch keine zwanzig Jahre alt und stud. tech. für Tiefbau.[10] Aus seiner Kriegsstammrolle[11] ersehen wir, daß er am 3. Oktober 1914 zu den Pionieren eingezogen wurde und von 1915 bis 1918 als Unteroffizier an den großen Schlachten und Stellungskämpfen in Frankreich beteiligt war, unterbrochen von Lazarettaufenthalten, als deren Grund »Herzleiden« bzw. »Herzneurose« angegeben werden. Damit könnte ein durch Kriegsmüdigkeit oder gar -gegnerschaft ausgelöstes psychosomatisches Leiden gemeint sein; auch seine Heirat während der Kriegsjahre mit Maria Schülein aus Nürnberg (Theresienstraße 12) könnte dazu geführt haben, daß er alles unternahm, um lebend aus dem Krieg zu entkommen. Eine Erkrankung Ende Juni / Anfang Juli 1918 jedenfalls führte ihn über ein Lazarett endgültig in die Heimat; in der zweiten Julihälfte 1918 wurde er nämlich dem 1. Pionier-Ersatz-Bataillon in München zugeteilt. Dies bedeutete, daß er in der bayerischen Hauptstadt selbst nicht nur Zeuge der wachsenden Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, sondern wohl auch der radikalen politischen Agitation eines Kurt Eisner oder Erich Mühsam wurde (beide wurden Mitte bzw. Ende Oktober 1918 von einer Regierung aus der Haft entlassen, die glaubte, das Heft noch fest in der Hand zu haben). Er erlebte dann den politischen Umsturz in der Nacht vom 7. zum 8. November und den fast friedlichen Übergang der Münchener Garnison zu den Revolutionären.

Wir wissen nicht, wann Bek-gran selbst 'revolutionär' wurde; wir können nur vermuten, daß der Krieg es war, der einen vorher unpolitischen Menschen politisierte und ihn schließlich zum Sympathisanten der Revolution machte. Am 9. November 1918 wurde für den ganzen Inspektionsbereich des Ingenieur-Korps, dem auch das 1. Pionier-Ersatz-Bataillon unterstellt war, ein zehnköpfiger (am 30. November dann gemäß der inzwischen ergangenen »Vorläufigen Verordnung für die Soldatenräte« ein auf siebzehn Mitglieder erhöhter) Soldatenrat gewählt; Bek-gran war als Vertreter der Pionier-Inspektion eines seiner Mitglieder.[12] Er ist Mitunterzeichner, nicht unbedingt Mitverfasser, eines vom »Soldatenrat der Inspektion des Ingenieur-Korps« am 10. November an die Soldaten der Inspektion des Ingenieur-Korps und der ihm unterstellten vier Truppeninspektionen ergangenen Aufrufes »Soldaten! Staatsbürger!«, der mit den Sätzen beginnt: *»Die Ketten, mit denen ein uns unlieber Zwang unsere Ehrenpflicht, das Vaterland zu verteidigen, zu verleiden dachte, sind gefallen, leider erst in einem Augenblick, wo schon Unersetzbares für immer verloren war. Es gilt jetzt, für das Vaterland zu retten, was noch zu retten ist. Die Soldaten der Inspektion des Ingenieurkorps und der unterstellten Inspektionen haben einen Soldatenrat gebildet, der die unumgänglich nötige Eintracht zwischen all denen aufrecht erhalten will, deren vaterländisches Gewissen ihnen die Mitarbeit an dem*

(Robert Bek-gran 1925)



(Stempel und Unterschrift vom Januar 1919)

großen Werke dieser Rettung einen schweren, aber ehrenvollen Platz anweist.« Revolutionäres Pathos fehlt hier, stattdessen wird an das Pflichtgefühl der Soldaten appelliert und als *»rettende«* patriotische Aufgabe vor allem die Aufrechterhaltung des Verkehrs zur Sicherstellung der Ernährung Bayerns und *»der uns doch allen lieben Stadt München«* sowie eine reibungslose Demobilmachung der Soldaten genannt. *»Hand in Hand mit allen, die eines guten Willens sind«*, so endet der Aufruf, *»beginnen und vollenden wir das große Werk, unseren Anteil an der Rettung des Vaterlandes, damit wir einmal in späteren Jahren in Frieden unserer Heimat und in gesicherten Verhältnissen uns mit Stolz sagen können: Ich bin auch in der großen Zeit dabei gewesen und ich habe meine Pflicht als deutscher Mann erfüllt«.*
Bek-gran jedenfalls hatte später offenbar das Gefühl, Akteur in einer *»großen Zeit«* gewesen zu sein, denn noch 1925 heißt es, leider allzu lakonisch: *»Bek-gran erzählt einiges aus den Tagen seiner Laufbahn als Soldatenrat und Revolutionär.«* (FSJ, 1. Jg., Heft 1, S. 20). Gefunden haben sich bisher lediglich die im Gefolge der vom Soldatenrat vorzunehmenden Gegenzeichnung von militärischen Schriftstücken angebrachten Stempel »Soldatenrat der bayer(ischen) Pionier-Inspektion« mit der Unterschrift Bek-grans. Beweise, daß er bei dieser bis ca. Mitte Januar 1919 nachzuweisenden Tätigkeit als »Kasernenrat« der Pionier-Inspektion öffentlich hervorgetreten ist, fanden sich nicht. Anfang Februar wurde er dann aus dem Militärdienst nach Nürnberg entlassen.

II. Der »Anarchist«

Es kann vermutet werden, daß Bek-gran nach seiner Entlassung und der Rückkehr in die Heimatstadt Nürnberg weiter politisch als 'Revolutionär' tätig war; beweisen läßt es sich bisher nicht.[13] Was wir aber sehen, ist die Tatsache, daß der blutige Zusammenbruch der bayerischen Revolution Anfang Mai 1919 in Bek-gran eine tiefe Erschütterung auslöste und zur Abfassung (noch nicht Veröffentlichung) seiner in Reformschrift (Kleinschreibung!) und prophetischem Gestus gehaltenen Bekenntnisschrift »Vom Wesen der Anarchie« im Mai 1919 führte.
»Vom Wesen der Anarchie«[14] bewegt sich im geistigen Horizont von Gustav Landauer und Gustav Wyneken, im zeitlichen der soeben gewaltsam niedergeschlagenen bayerischen Revolution; die reale Not dieser Zeit wird überhöht zu einem sich zwischen *»leid«* und *»erlösung«* vollziehenden Weltdrama. Die Schrift ist dem Gedenken an Landauer gewidmet, *»den sie erschlugen«*, die zentrale Definition des Sozialismus aus dessen »Aufruf zum Sozialismus« entnommen. Der Kernsatz, der das ganze Programm von Landauers »Sozialistischem Bund« enthält, wird zum Leitspruch von Bek-grans Ausführungen: *»Sozialismus ist die Willenstendenz geeinter Menschen, um eines Ideals willen, Neues zu schaffen.«* Und wie Landauer stellt Bek-gran dem Neuen, das erst kommen muß, die alte Welt gegenüber und charakterisiert sie als *»zivilisation«, »dekadenz«, »kapitalismus«, »imperialismus«, »krieg«, »staat«, »bürgerlichkeit«.*
Der Weg zum Neuen aber geht über die Revolution. Sie ist ihm äußere Revolution mit dem Ziel der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, einem garantierten Mindesteinkommen, dem *»niederbrechen der staaten«* und der ökonomischen Völkergemeinschaft. Noch mehr aber ist sie ihm innere Revolution: *»revolutionierung des einzelnen, das erwachen der liebe, überwindung der gewalt, und entfesselung der seele, das erwachen der gemeinschaften, das werden der kirche, das endliche wissen um die individualität. daraus erstehend: die kultur des sozialismus, die stufe werdend zur völligen befreiung des menschen.«* So führt die Revolution zum Neuen, zu *»kultur«* und *»religion«*, zum *»sozialismus«*.
Bek-grans Vorstellung des Sozialismus speist sich nicht nur aus Landauers Büchern, sondern

auch aus bildungsbürgerlich-elitären und jugendbewegt-geistrevolutionären Quellen, etwa aus Stefan George und Gustav Wyneken: *»der staat des geistes aber, die kirche, wird aus dem bunde. sie wird ohne gewollt zu sein. sie ist letzte uns mögliche form. wie aber, wenn staat und kirche eins würden? der sozialismus. die staatsform des sozialismus wird nicht die der modernen verlogenen demokratie, sie wird die einer aristokratischen republik sein, nur wird der adel geistiger art sein und nicht nach blut und rasse fragen.«* Aber auch der Sozialismus ist nicht die letztmögliche Entwicklungsstufe, denn ihm folgt, wenn auch erst *»in tausende(n) von jahren«*, die *»anarchie«*, in welcher nur noch ein Gesetz herrscht, *»das des guten«*. Offenbar ist von ihm an eine individualistische Anarchie im Sinne Max Stirners gedacht, denn *»dies Ich ist uns letzte form der idee, ist die einzige größe, das einzige maß, der einzige wert«*. *»Ich«* ist auch das einzige Wort, das Bek-gran groß schreibt! Deshalb auch seine spezifische Auffassung des Kommunismus; er werde zwar die Wirtschaftsform der kommenden sozialistischen Gesellschaft sein, aber nie dürfe er die Glieder des Volkes zu *»heloten«* herabwürdigen: *»denn freiwillige gemeinsamkeit und die achtung vor der unverletzbarkeit des menschen werden den alles verwaltenden staat zum lebenden körper des volkes werden lassen.«* Oder wie er an anderer Stelle dieses anarchistisch-liberale Kredo formuliert: *»auch der kommunismus endet im staat und würde den menschen versklaven, wenn ihn nicht eines rette: die individualität.«*

Der Kommunismus ist für ihn ganz mit dem Staatsgedanken verhaftet, eine Trennung von Staat (als überflüssiger Einrichtung) und Wirtschaft (als menschlicher Notwendigkeit) werde ihm nie gelingen. Deshalb bleibe auch noch der Marxismus der Stufe der *»zivilisation«* verhaftet, den Mächten des Untergangs; er dürfe deshalb mit seiner bloß äußerlichen Vorstellung von Revolution und Befreiung nicht Sieger im Kampf um den Sozialismus werden. Vielmehr müsse der Sozialismus ein wesentlich geistiger sein, da nur dies den Weg zur Anarchie als der *»völligen befreiung des menschen«* öffne. Denn: *»nicht die ökonomie bildet den menschen. der mensch ist herr der wirtschaft und nicht ihr produkt. trotzdem übte sie den ungeheuerlichsten einfluß auf seine entwicklung aus. den ausschlag gab und gibt immer der geist. mögen gesellschaftsformen, staaten und menschenmassen ihr werk sein, am einzelnen, am bund, an der kultur scheitert sie und sie zerbricht ohnmächtig. ihre zivilisation ist tot ohne die tat der religion.«*

So steht im Mittelpunkt von Bek-grans anarchistischer Utopie der geistaristokratische *»bund«* der Einzelnen, der *»kult«*, die *»kirche«*. Kultur und Religion werden für ihn synonym, und die Vision mündet deshalb in die Vorstellung: *»es wird sein anarchie und kirche.«* Ich und Sozietät kommen dann zur Deckung, denn dann gibt es nur noch den *»menschen der gemeinschaft«*, und das Volk selbst ist ein *»bund von gemeinschaften«*. Von diesem Volk aber heißt es, es werde Dome bauen, werde Religion haben, werde Rechtlichkeit haben, aber kein Gesetz. Denn die Zwangsinstitutionen des Staates sind dann überflüssig. Den Weg aber zu diesem neuen antiautoritären und deshalb unbürgerlichen Menschen (er kennt auch die Ehe als Zwangsinstitution nicht mehr) weist Bek-gran mit Hilfe der Erziehung in Wynekens »Freier Schulgemeinde«. Denn, so sagt er: *»man kann verlangen: daß jeder seinem kinde jugend mitgebe, was wiederum bedeuten soll: daß jugend das revolutionäre ist.«* Bek-gran bekennt sich damit zum »Klassenkampf der Jugend«!

III. Im Kreis der radikalbürgerlichen »Entschiedenen Jugend«

Bek-grans Schrift »Vom Wesen der Anarchie« zeigt seine große innere Distanz zu parteipolitischen Vorstellungen. Nicht die Revolution der Macht faszinierte ihn letztlich (denn sie war ja im Mai 1919 in München im Blut erstickt worden), sondern die des Geistes. Deshalb kann es

nicht verwundern, daß Bek-gran 1919 nicht den Weg zur KPD oder USPD fand, sondern zur linksbürgerlichen »Entschiedenen Jugend« (EJ) mit ihrer Mischung aus sozialistischen Vorstellungen und geistrevolutionären Idealen.[15] Nicht die Massenpartei kam für ihn in Frage, sondern der geist-elitäre »Bund« der Jugend – »bündische Jugend« also, wie sie nach dem Weltkrieg entstand –, die nicht mehr im Tollen und Wandern, sondern im außerparlamentarischen politischen Parteiergreifen ihre Aufgabe sah. Die EJ war es damals, die bei der sich nun innerhalb der bürgerlichen Jugendbewegung herausbildenden Frontstellung zwischen 'links' und 'rechts' die 'entschiedenste' linke Position einnahm, ohne damit aber (zunächst) ein Bekenntnis zu sozialistischen oder kommunistischen Parteien zu verbinden.

Die Geburtsstunde der EJ schlug auf dem ersten Nachkriegstreffen der »Freideutschen Jugend« im April 1919 in Jena, als sich die alte Vorkriegs-Einigkeit der bürgerlichen Jugendbewegung unter dem Druck von Krieg, Revolution und Gegenrevolution nicht mehr aufrechterhalten ließ und die Bewegung entlang der politischen Frontlinien zerbrach. In den folgenden Sommerferien tagte daraufhin der völkische Flügel separat in Lauenstein, der linke 'revolutionäre', der schon auf der genannten Ostertagung der Freideutschen sich einem »Revolutionären Führerrat« unterstellt hatte, berief Ende August 1919 die »Jenaer Tagung der entschiedenen Jugendbewegung« ein, wählte dort einen »Zentralrat der Entschiedenen Jugend«, bekannte sich zum *»Klassenkampf der Jugend«* gegen die *»Alten«* in Politik und Gesellschaft und stellte sich hinter Wynekens demokratische Schulrevolution, als dessen preußische Schulerlasse unter dem Druck des Zentrums demontiert wurden.[16] In einer heftigen inneren Auseinandersetzung, die auf diesem Jenaer Kongreß begonnen und anschließend fortgeführt wurde, trennten sich die »Entschiedenen« von den Kräften, welche ein Bekenntnis zum Parteikommunismus erwarteten und verständigten sich weiterhin auf ein geistrevolutionäres Programm der gegen die restaurative Erwachsenenwelt gerichteten 'Jugendkultur' und der Vision eines 'Jugendreiches' (im Sinne Wynekens).

Eine ähnliche Spaltung fand gleichzeitig beim »Wandervogel E.V.« auf dessen Coburger Bundestag Anfang August 1919 statt. Hier war der Führer der 'Revolutionäre', der gegen die verknöcherten 'Alten' und die rechtsrevolutionären Völkischen im Bunde sprach, Willi Kelber, der achtzehnjährige Leiter der Ortsgruppe Erlangen des »Wandervogel E.V.«. Seit er 1918 die Erlanger Ortsgruppe übernommen hatte, gab er dieser – bald zusammen mit anderen bayerischen Ortsgruppen – eine neue Richtung: Es sollte nicht mehr nur ums Wandern gehen, sondern gleichzeitig auch eine Weltanschauung gesucht werden, um den unbewußten Seelenregungen der Jugendbewegung einen gedanklichen Halt zu geben. *»Wir suchten«*, so erinnerte er sich später, *»in der östlichen Weisheit, in der christlichen Mystik, bei Tolstoi, aber auch in den damals modernen geistigen Strömungen der Philosophie* (u. a. Paul Natorp und Leonhard Nelson, d. Verf.) *und Psychologie (Psychoanalyse!).«*[17] Nachdem Kelber in Coburg als Repräsentant der 'Revolutionäre' in die Bundesleitung des »Wandervogel E.V.« aufgenommen worden war, fuhr er erstmals nach Wickersdorf, lernte dort Wyneken, Martin Luserke und August Halm kennen und wurde zum Anhänger von Wynekens Schulreformideen. Der Jenaer Gründungskongreß der EJ wählte ihn zum Vorsitzenden seines Zentralrats; in dessen Auftrag gab er zunächst ein »Rundschreiben an einen Kreis Menschen« als nicht-öffentliches Verbindungsorgan der Vertrauensleute der EJ heraus.[18] Darin bekannte er u. a.: *»... ich streite für und um die Jugend, die Träger einer neuen Welt, neuer Gesetze, einer alles durchdringenden neuen Idee ist, für die noch kein anderer Name besteht als 'Idee des Communismus'; es geht nur um Jugend, die erfüllt von dieser verpflichtenden, gemeinsamen Idee und der Notwendigkeit, daß sie Gestalt gewinne, im Kampf liegt mit der alten verderbten Welt.«* Man versteht, warum Kelber und seine Freunde manchmal die *»Revolutionäre«*, dann wieder die *»Geistigen«* genannt wurden; sie waren

typische Vertreter der damaligen geist-revolutionären linksbürgerlichen Jugend.
Zu diesem Kreis um Kelber stieß der nach Nürnberg demobilisierte Bek-gran (seine dortige Wohnadresse ist damals Lindenaststraße 20). Obwohl sieben Jahre älter als Kelber und nicht wie dieser ein charismatischer Jugendführer, haben sie die gleichen geist-revolutionären Bestrebungen. Bek-gran wird der verantwortliche Redakteur der von Kelber dann erstmals im November 1919 als Fortsetzung des genannten hektographierten »Rundschreibens« herausgegebenen »Rundbriefe eines Kreises von Wandervögeln«.[19] Mit diesem im Verlag »Der Bund« in Nürnberg gedruckten Blättchen will Kelber die linken Kräfte des »Wandervogel E.V.«, zu deren Sprecher er in Coburg geworden war, zusammenhalten und eventuell die Minderheit seiner Freunde zu einer neuen Bundes-Organisation oder einer nur durch seine »Rundbriefe« vereinigten Lese-»Gemeinde« zusammenfügen. Die Spaltung der bürgerlichen Jugendbewegung entlang der politischen Scheidelinie in »Jungdeutschen Bund« und »Entschiedene Jugend« lehnt er dabei ab (die parteipolitischen Fronten gehörten ja zur Welt der 'Alten'!); er hofft vielmehr, mit seinen »Rundbriefen« *»Pate zu stehen bei der Taufe des neuen heimlichen Bundes und den Gegensatz Völkisch-Sozialistisch für die jungen Kräfte aus dem Wege zu schaffen«* (RKW 1, S. 11). Die *»Synthese«*, welche er anbietet (RKW 2, S. 8f.), lautet, *»private Weltanschauung und Politik«* zu verschmelzen und damit mit der bürgerlichen Ansicht zu brechen, Politik und Moral seien zweierlei. Wie Bek-gran in seiner Schrift über Anarchie lehnt er deshalb die bloße Beschränkung der Revolution auf *»äußere Dinge«*, sprich Räterepublik und Wirtschafts-Kommunismus, ab und will sie ergänzen durch *»die Arbeit an den Menschen«*. Als seine *»Heiligen«* nennt er in diesem Zusammenhang Christus, Franziskus und Gustav Landauer; entgegen seinen linksbürgerlichen kommunistischen Kritikern, welche in seinem »Rundbrief« *»landauerschen konterrevolutionären Geist«* und *»bürgerlichen Überbau«* (zit. nach RKW 2, S. 9) wittern, bekennt er sich zur Gewaltlosigkeit, zur *»Ehrfurcht vor aller Kreatur,* (zur) *Liebe zur Masse und* (zum) *Glauben an Gott = den Menschen«*.
Die Rolle, die Bek-gran in diesem geistigen Klärungsprozeß spielte, erhellt sich aus der Tatsache, daß er 1920 im Verlag »Der Bund« seine Schrift »Vom Wesen der Anarchie« veröffentlichte und gleichzeitig den Freunden einen kurzen Text »Buddha« zur Diskussion stellte (RKW 2, S. 8), in welchem er seine Vorstellungen über *»Leid«* und *»Erlösung«*, *»Ich«* und – neu – *»Nicht-ich«* entwickelte.
Bei all solcher Esoterik darf aber nie vergessen werden, daß der Freundeskreis um Kelber weiterhin auch ganz im Sinne der EJ seine schulpolitischen, besser schulrevolutionären Aktivitäten entfaltete. Als sich in Westdeutschland der Konflikt zwischen dem preußischen Kultusminister Hänisch und dem Zentrum um die Rücknahme der revolutionären Wynekenschen Schulerlasse zuspitzte, war es gerade Kelber, der auf einer Wandervogeltagung in Düsseldorf Anfang Januar 1920 und dann erneut auf einer »Zweiten Schultagung« der Wandervögel und proletarischen Jugend Westdeutschlands Ende März 1920 in Düsseldorf über seine *»Entschiedene Absage an das bestehende Bildungswesen«* referierte und sich für Wynekens Schulrevolution stark machte.[20] Als es nach dem Kapp-Putsch während des März und April 1920 zum Ruhraufstand und zur Bildung einer Roten Armee kam, nahm er zusammen mit anderen »Entschiedenen« – Artur Jacobs aus Essen und Heinz Klute aus Düsseldorf – Fühlung mit dem revolutionären Zentralrat in Essen auf; sie ließen sich von ihm mit der Neuorganisation des Schulwesens beauftragen, *»ohne die geringste Bindung oder Verpflichtung gegenüber der kommunistischen Partei einzugehen«*.[21]
Die militärische Niederlage der Roten Armee, der Sieg der Reichswehr, welche Gewalttätigkeiten der aufständischen Arbeiter mit noch größerem Terror vergalt, muß dann bei Kelber zur inneren Krise geführt haben: Am 20. April 1920 formulierte er seine *»Absage an die Entschie-*

dene Jugend« (RKW 3, S. 9f.) und damit an den revolutionären Aktivismus. Er hoffte, auch andere *»entwicklungsfähige Menschen«* hätten wie er *»den Schritt vom Vorträge haltenden, hastigen Organisator und Politiker zum stillen schlichten Beter und Arbeiter aus innerer Not«*, hätten *»die 'Wandlung' Ernst Tollers mit durchgemacht«*. Nachdem er im Juni des gleichen Jahres zur Reichsschulkonferenz in Berlin eingeladen worden war und dort – neben Hans Alfken – *»als Sprecher einer Fraktion, die sich aus eben den Vertretern der Jugend, aus 'Entschiedenen Schulreformern' und den Repräsentanten der Landschulheime (Wyneken, Geheeb) zusammensetzte«*, im Reichstagsgebäude eine ebenso flammende wie wirkungslose Rede gehalten hatte,[22] zog er sich frustriert endgültig aus Jugendbewegung und Schulreform zurück, um sich nach dem Scheitern der äußeren Revolution um so mehr der inneren Suche zu widmen. Im Oktober 1920 schrieb er seinen vierten und letzten »Rundbrief« als 'Epilog' und ging dann im Herbst zum Philosophiestudium nach München.

Bek-gran, der sicher durch seine Tätigkeit als verantwortlicher Herausgeber der »Rundbriefe« und durch seine Schrift über die »Anarchie« nicht reich geworden war (einem Freund von Alfken, der beim »Bund« verlegen wollte, riet Kelber, seine Sachen an Bek-gran zu schicken, der sie durchsehen werde: *»doch verdienen tut man beim 'Bund' sehr wenig. Er zahlt nur 5 %«*) hatte dadurch ein Wirkungsfeld verloren. Vollends aus dem bisherigen Kreis wird ihn die Tatsache geworfen haben, daß Kelber, bald enttäuscht vom Philosophiestudium und aufs Selbststudium zurückgeworfen, mit anderen Wandervogel-Freunden zusammen im Jahr 1922 den Weg zu Rudolf Steiner und zur Anthroposophie ging und zum Mitbegründer der »Christengemeinschaft« wurde, deren Gemeinde in Nürnberg begründete und bis 1952 leitete. Aber gegenüber dieser Entpolitisierung hat Bek-gran offenbar auch die gegensätzliche Alternative von Kelbers ehemaligem Mitstreiter Heinz Klute, der Weg der EJ zum Parteikommunismus (von den Anhängern des Eintritts in die KPD *»die politische Entscheidung der Entschiedenen Jugend«* genannt) im Dezember 1921, nicht verlockt. Anders als Kelber oder Klute scheint er die Hoffnung auf die Synthese von Moral und Politik nicht aufgegeben zu haben.

IV. Im Älterenbund der »Freien proletarischen Jugend«

In einer editorischen Notiz aus dem Jahre 1925 wird der damals bereits nach den USA ausgewanderte Bek-gran als Mitglied des »Älterenbundes« Nürnberg der »Freien proletarischen Jugend« (FPJ) vorgestellt (FPJ, Januar 1925, S. 16). Dieser Jugendbund hat eine längere Vorgeschichte.[24] Entstanden war er aus dem Konflikt, der 1916 zwischen sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsleitung auf der einen Seite, ihrer Arbeiterjugend auf der anderen Seite in Hamburg aufgebrochen war; während die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie 'ihre' Jugend ins nationalistische Fahrwasser drängen wollte, erwies sich die Hamburger Arbeiterjugend als Stütze des Antimilitarismus und verlangte mehr organisatorische Selbständigkeit gegenüber den proletarischen Erwachsenenorganisationen und demokratische Selbstverwaltung. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war die Einstellung der Arbeit der Hamburger Jugendorganisation durch Beschluß der Landesorganisation der SPD und des Gewerkschaftskartells im März 1916; die Jugend freilich ließ sich nichts verbieten, sondern schuf ihren eigenen oppositionellen Jugendbund, die »Freie Jugendorganisation von Hamburg-Altona und Umgebung« mit dem Blatt »Proletarier-Jugend«.[25] Staatliche Repression und sozialdemokratischer Druck zwangen ihn bald in die Illegalität, machten ihn aber auch offen für linksradikale Parolen. Die Verfolgung war so erfolgreich, daß im Sommer 1918 die letzten Gruppen des Hamburger Bundes verschwanden; was noch an oppositioneller Jugend existierte, geriet unter

Führung von USPD-Vertretern. Erst die Novemberrevolution und ihr Scheitern führte zur Wiederbelebung: *»Wir fanden uns wieder zusammen. Es entstand die 'Freie proletarische Jugend', frei und unabhängig von den inzwischen gewachsenen Arbeiterparteien.«* (FPJ, 2. Jg., Heft 10, S. 51f.).

Aber mit den parteipolitischen Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung setzte in den folgenden Jahren auch eine Abwanderung zu den Parteinachwuchsorganisationen ein; nur eine kleine Gruppe blieb in Hamburg dem vom Primat sozialistischer Erziehungsarbeit abgeleiteten Gedanken treu, in der proletarischen Jugendbewegung gelte es organisatorisch frei von den Arbeiterparteien, selbständig und selbstbestimmend, erst einmal die ganze Breite sozialistischer Positionen sich zu erarbeiten und sich nicht schon als junger Mensch in eine Parteischablone pressen zu lasen. *»Entweder Partei-Jugend oder freie proletarische Jugend«*, lautete ihre Alternative (FPJ, 2. Jg., Heft 11/12, S. 68). Ab Herbst 1919 gab diese zunächst auf Hamburg beschränkte FPJ auch ein gleichnamiges Blättchen heraus.[26] Erst 1921 gelang es dann, die Organisation aufs Reich auszuweiten, nachdem sich Ende 1920 die »Sozialistische Proletarierjugend«, eine im Dezember 1919 von der zur KPD tendierenden »Freien sozialistischen Jugend« abgespaltene, formell parteipolitisch neutrale, faktisch USPD-nahe Jugendorganisation auf ihrer Leipziger Reichskonferenz gespalten hatte. Damals hatte ihr linker Flügel den Anschluß an die kommunistische Jugendinternationale beschlossen und damit auch das Aufgehen in der kommunistischen Jugendorganisation (entstanden aus der »Freien sozialistischen Jugend«, die im September 1920 ihren Namen in »Kommunistische Jugend Deutschlands« geändert hatte). Ein halbes Jahr später sanktionierten dann die noch verbliebenen Anhänger der »Sozialistischen Proletarierjugend« auf ihrem Geraer Reichsjugendtag den im Januar 1921 von ihrem Reichsausschuß de facto schon vollzogenen Anschluß an die USPD. Für jene Minderheiten, die sich nicht in die jeweilige Partei-Zwangsjacke stecken lassen wollten, bot die FPJ eine Alternative. Die Bewegung verlor nun ihr bisheriges lokales Hamburger Gepräge und es wurden drei Gaue gebildet (Nord-, Mittel- und Süddeutschland). Die Hamburger gaben aber den neu zu ihnen gestoßenen Genoss(inn)en die Botschaft mit, ihr Ziel läge nicht in der Bildung einer 'Jugendgemeinschaft', sondern es gehe um die Erweckung des Jugendlichen zur Teilnahme am politischen Geschehen und seine Erziehung zum Sozialismus: *»Wir sind kein proletarischer Wandervogel, sondern eine proletarische Ideengemeinschaft.«* (FPJ, 3. Jg., Heft 5/6). Mit diesem Programm grenzte sich die FPJ sowohl von dem damals auf das Ziel des Wanderns und der Jugendgemeinschaft fixierten rechtssozialistischen »Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands« wie von dem parteipolitischen Aktivismus der KPD- und USPD-Jugendorganisationen ab.

Diesem losen Reichsverband der FPJ schloß sich auch eine Nürnberger Gruppe an: *»Als im Herbst 1920 die Sozialistische Proletarierjugend sich offen zur USPD bekannte, gründeten ungefähr 20 Buben und Mädel, die diesen Schritt nicht billigten, die Freie Proletarische Jugend Nürnberg. Den inneren Grund dafür bildete der Wille zur selbständigen Entscheidung und die Ablehnung gewisser Formen, Gebräuche und Menschen, die jede Partei aufweist ... Wir suchten Fühlung mit Gleichgesinnten und fanden sie 1921 in der Freien proletarischen Jugend Hamburg.«* (FPJ, Dezember 1924, S. 8). Der Gau Süddeutschland bestand vor allem aus dieser Nürnberger und einer Münchener Gruppe; mit der Abhaltung eines eigenen süddeutschen Jugendtages Mitte August 1921 auf der Wülsburg bei Weißenburg in Bayern kam es zu einem intensiveren Gedankenaustausch in diesem Raum.

Die Nürnberger Gruppe stand unter der Leitung von August (Gustel) Henning.[27] Er wurde 1897 in Nürnberg geboren, war also nur drei Jahre jünger als Bek-gran, hatte lediglich Volksschulabschluß und einen Handelskursus absolviert, galt aber als ein begnadeter Jugenderzie-

her. Sein Geld verdiente er in der vom Vater übernommenen Buchhandlung in der Tucherstraße in Nürnberg; unzählige Gespräche und Diskussionen wurden im Hinterraum des kleinen Ladens geführt und wenn Bek-gran später selbst Buchverkäufer wurde, dann wirkten hier sicher die Erinnerungen an Hennings Buchladen nach. Henning hatte 1921 bereits einen langen Weg hinter sich, der ihn von einer deutschnationalen Jugendorganisation (er hatte sich dieser aus Protest gegen seinen autoritären SPD-Vater angeschlossen!) und den »Fahrenden Gesellen«, dem Jugendbund des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, über Kriegserlebnis und Verwundung zum Sozialismus und zur Beteiligung an der Novemberrevolution in Nürnberg geführt hatte. Er wurde Magnet und Mittelpunkt der Nürnberger Gruppe der FPJ. Er war es auch, der die völlige Auflösung der Gesamtorganisation verhinderte, denn Höhepunkt und tiefer Fall der FPJ lagen nahe beieinander. Im August 1922 fand, von großen Hoffnungen begleitet, in Marburg die erste Reichstagung der FPJ statt; sie sollte zu einer engeren Verbindung der lokalen Gruppen führen, brachte aber in Wirklichkeit das Ende der Reichsorganisation. Denn ein Teil der damaligen älteren Führer sah als einziges Ziel der Konferenz die Aufhebung der FPJ, da sie der Meinung waren, mit ihrem eigenen Heranwachsen vom Jüngling zum Manne habe die Bewegung ihren Zweck erfüllt: *»Was dem Jüngling geziemt, darf dem Manne nicht taugen. Wo jugendliches Bilden und Wachsen nicht mehr möglich ist, wird Hohlheit, Geschwätz, Unnatürlichkeit sein.«*[28] Oder wie Henning 1924 kritisierte: *»Sie betrachteten die Freie proletarische Jugend als eine Erziehungsgemeinschaft, die für sie ihre Aufgabe erfüllt habe. In dieser Auffassung lag eine Verkennung der Bedeutung, die der Bund als einzige überparteiliche und wirklich sozialistische Jugendbewegung (im Gegensatz zu den aus bekannten Büros bewegten*

Nürnberger Gruppe der FPJ/FSJ, ca. 1926

Parteijugenden) für den Sozialismus hatte. Eine Bedeutung, die damals, wie auch heute noch, nicht in seiner zahlenmäßigen Stärke sondern in der Art seines Seins und Wirkens, in seinen noch nicht verwirklichten Absichten und Möglichkeiten lag und liegt. Das Ausscheiden der Führer in dem für den Ausbau der Bewegung entscheidenden geschichtlichen Moment bedeutete gleichsam die Köpfung dieser Bewegung. Die organische Entwicklung des in der Freien proletarischen Jugend sichtbaren geistigen und menschlichen Gepräges und seine Ausbreitung erlitt eine unnötige Unterbrechung.« (FPJ, Dezember 1924, S. 2). Henning, das sieht man hier, hatte die Vorstellung einer proletarischen Elite, welche zu Sittlichkeit und Sozialismus erziehen sollte.

Er war es auch, der auf die Selbstaufhebungstendenzen in Marburg mit einer konstruktiven Antwort reagierte, mit der Gründung eines »Älteren-Bundes der Freien proletarischen Jugend« unter seiner Leitung, durch den die erwachsen Gewordenen dem Bund erhalten bleiben sollten. *»Der neue Bund«*, so hieß es 1922, *»bleibt mit der Freien proletarischen Jugend in Fühlung aus inneren und äußeren Notwendigkeiten und bildet mit ihr ein – als Bund – wie bisher von allen Parteibindungen freies Ganzes.«*[29] Aber die Hoffnung, die FPJ damit retten zu können, war verfehlt. Marburg bedeutete den Zusammenbruch der Reichsorganisation. Ein Teil der Gruppen zerfiel, einige gingen in anderen Bünden und Organisationen auf.

Die FPJ Nürnberg aber ließ sich nicht beirren. Dort wurde die Organisation durch die Bildung von vier Untergruppen weiter ausgebaut: einer Jüngerengruppe von Elf- bis Fünfzehnjährigen, einer Älterengruppe der Sechzehn- bis Zwanzigjährigen, einem 'Älterenbund' der Einundzwanzig- bis etwa Vierundzwanzigjährigen und einer davon getrennten Mädchengruppe.[30] Vom 'Älterenbund', dem Bek-gran wohl noch vor seiner Auswanderung angehörte, hieß es: *»Mitglied des Älterenbundes kann nur werden, wer in irgend einer Art praktisch für den Sozialismus tätig ist. Die meisten Angehörigen des Älterenbundes sind politisch organisiert in den verschiedenen sozialistischen Parteien.«* (FPJ, Dezember 1924, S. 9).

Henning und seine FPJ Nürnberg standen auch im Mittelpunkt der Versuche einer erneuten Sammlung der noch existierenden freiproletarisch gesinnten Jugendlichen. Wegen 'anarchistischer' und 'liberalistischer' Tendenzen gelang es zunächst nur, ein loses Band um wenige Gruppen – solchen in Hamburg, Gera, Rathenow und eben Nürnberg – und Einzelpersonen zu schlingen. Auch die Zeitschrift »Freie proletarische Jugend« wurde kurzzeitig wiederbelebt.[31] Hennings Ziel aber war dabei, den alten Bund wieder aufzubauen. Daneben verfolgte er das Ziel einer Kartellierung mit anderen sozialistisch eingestellten und parteipolitisch ungebundenen Jugendbünden; im August 1923 gelang dies mit den »Wanderscharen« und den »Freien Arbeitsgemeinschaften«, dann mit den »Landfahrern«. Bek-gran freilich konnte nur noch aus der Ferne erleben, wie dieser Keim immer weiter wuchs, bis dann aus der Sammlung vieler freier proletarischer und sozialistischer Bünde und Gruppen – den »Wanderscharen«, dem »Orden junger Menschen«, den »Landfahrern« (die sich dabei als eigenständige Gruppe auflösten), der »Freien proletarischen Jugend« (unter Henning), der »Freien aktivistischen Jugend« und sonstigen unabhängigen Gruppen – auf dem Bundestag zu Pfingsten 1925 in Saalfeld und auf der 'verfassungsgebenden Tagung' der Kartellführer im Oktober 1925 im Volkshaus zu Leipzig ein neuer »Bund freier sozialistischer Jugend« entstand, mit 600 bis 700 Mitgliedern, einer eigenen Zeitung, der »Freien sozialistischen Jugend«,[32] deren Schriftleiter Henning viele Jahre lang war und dem Jüngerenblatt »Die Jungschar«,[33] später »Die Rote Spur«.[34]

Die »Freie sozialistische Jugend« (FSJ) wurde während der Weimarer Republik **die** Sammlungsbewegung der Jugend für einen freiheitlichen, undoktrinären Sozialismus. Henning schrieb über sie: *»Neben und an Stelle der Partei tritt die Gemeinschaft. An die Stelle der Parteidisziplin die freiwillige – an Stelle des Parteihorizontes die Sicht auf den ganzen Sozialismus.«*[35] Was den sozialistischen Partei-Jugendorganisationen nur als Sektiererei erscheinen konnte, erwies

sich als Erziehung zur Unabhängigkeit, die auch gegenüber dem Nationalsozialismus aufrecht blieb. Neben vielen Unbekannten kam etwa auch Wolfgang Abendroth aus der FSJ. Und Bek-gran hatte dort noch eine geistige Heimat und ein Publikum gefunden, als er schon in die USA ausgewandert war.

V. Der »Amerikaner«

Es klang wie ein Hilferuf, als Ende 1924 die »Freie proletarische Jugend« die Notiz brachte: *»Von Nürnberg ist wieder einer nach New York gezogen. Wir haben jetzt aber genug drüben. Sie sind auch schon daran, eine Gruppe aufzumachen. Hoffentlich kommt sie bald in Schwung!«* (FPJ, Dezember 1924, S. 16). Einer der Ausgewanderten war Robert Bek-gran, der 1922 nach den Vereinigten Staaten aufgebrochen war (auch zwei seiner Brüder wanderten dorthin aus). Später wurde kolportiert (in der New Yorker Tageszeitung »PM« vom 3. März 1941, S. 13), er sei nach den USA entkommen, nachdem er als deutscher Staatsfeind zwei Jahre im Gefängnis gesessen habe. Die Wahrheit scheint prosaischer: Um 1920 reiste er als Führer einer amerikanischen Studentengruppe durch Deutschland, welche die Auswirkungen des Weltkrieges an Ort und Stelle sehen wollte; finanziert wurde diese Reise von einem amerikanischen Millionärssohn. Unter den Teilnehmern befand sich auch der schwarze Student Corbie, der Bek-gran später durch die Negerviertel New Yorks führen und ihm dabei die Rassentrennung drastisch klarmachen sollte (FPJ, Januar 1925, S. 7f.). Der genannte Millionärssohn war es dann auch, der Bek-gran und seiner Frau die Überfahrt in die Staaten bezahlte.[36] Der Grund für die Auswanderung dürfte vor allem wirtschaftlicher Natur gewesen sein, denn schriftstellerische Pläne, so die Veröffentlichung einer Dichtung »Lil(l)iom« beim S. Fischer Verlag (mit dessen Teilhaber Fritz Landshoff – dem späteren Leiter des deutschsprachigen Querido-Verlages im Amsterdamer Exil – Bek-gran eng befreundet war) scheiterten;[37] ob er damals wirklich als 'Junglehrer' in Nürnberg gearbeitet hat, ist unklar.[38] Jedenfalls wird man ihn wohl als Flüchtling vor der deutschen Nachkriegsinflation und ihren Folgen betrachten dürfen; Enttäuschung über die politischen Zustände im gegenrevolutionären Nachkriegsdeutschland wird hinzugekommen sein.

Aus der amerikanischen Gruppe der FPJ scheint freilich nichts geworden zu sein, denn aus einem Bericht im deutschen Bundesblatt der FSJ über ein Treffen eines Karl Schwab in Bridgeport mit »Unsere(n) Amerikaner(n)« aus Nürnberg – gemeint war neben Carl Wölfel und Hans Bauer (»Tolstoi-Bauer«) auch Robert Bek-gran – wird die zunehmende Entfremdung der Genossen durch das amerikanische Erlebnis sichtbar (FSJ, 1. Jg., Heft 1, S. 19). Schwab schreibt: *»(Es ist eine) Tatsache, daß Amerika auf uns alle so verschieden eingewirkt hat, uns so ganz unterschiedlich beeinflußt hat und noch beeinflußt, daß wenigstens ich vieles, was gesprochen wurde, nicht mehr verstehen und begreifen kann. Ich glaube, auch den übrigen ging's so.«* Einig war man sich lediglich in der Abneigung gegen die deutsche Sozialdemokratie. Bek-gran, so erzählt der Besucher weiter, *»hat 'an Schleim' auf alle 'großen Führer' der Sozialdemokratie. Operierte ziemlich viel mit dem Begriff 'Schwein', Schweinekerl und sonstigen Ableitungen von diesem Wort.«* Man vertiefte sich zusammen in die Berichte der in Nürnberg erscheinenden sozialdemokratischen »Fränkischen Tagespost« über die dortige Trauerfeier anläßlich des Todes von Friedrich Ebert, *»die von harten Arbeitergesichtern und -fäusten, langjähriger Schulung und glorreicher Dienstzeit handelten und mit dem berühmten Hinweis auf Herrn Gareis (der reaktionäre Polizeidirektor von Nürnberg, Onkel des ermordeten Karl Gareis) usw. endeten«*, und *»wenn wir nicht gemeinsam spien, lags nur daran, daß keiner von uns gewillt war, die guten Klöße, die wir*

kurz zuvor verzehrt hatten, unverdaut mit der Fränkischen Tagespost in Berührung zu bringen.« Doch die Klöße wie der Kampf gegen sozialdemokratisches Bonzentum waren Reminiszenzen an die 'Alte Welt'. Bek-gran war inzwischen äußerlich und innerlich in den Sog des amerikanischen Lebens geraten. Seine äußeren Lebensumstände dürften dabei alles andere als glänzend gewesen sein. Im Winter 1923 ist er in New York und trifft dort auch mit Kurt Kläber (das ist Kurt Held), dem jugendbewegten Dichter, zum Streitgespräch zusammen, als sich dieser auf Einladung der Quäker ein Jahr in Amerika aufhält (FSJ, 1. Jg., Heft 6, S. 119).[39] 1925 firmiert er als *»zur Zeit (in) Edgewater, New Jersey«* und *»Mitarbeiter pazifistisch-sozialistischer Blätter in Deutschland und U.S.A.«* (FPJ, Januar 1925, S.16) – bekannt geworden ist uns bisher keine dieser Veröffentlichungen. 1926 heißt es: *»Zur Zeit in New York«* (FSJ, 2. Jg., Heft 5, S. 70). Dort arbeitete er einige Jahre lang in der deutsch-amerikanischen Buchhandlung von W. Beyer.[40] Letzterer gehörte wie Herman Kormis zur »Gewerkschaft der Deutschen Buchhändler in New York«,[41] so daß anzunehmen ist, daß Bek-gran Kormis (auf dessen Rolle weiter unten eingegangen wird) bereits damals kennenlernte. Kormis selbst schreibt, daß Bek-gran später *»in einer jener fortschrittlichen Schulen in Peekskill, New York«* als Lehrer gearbeitet habe.[42] In der Nähe von Peekskill, einem kleinen Städtchen am Hudson River, liegt nicht nur das berühmte Vassar College in Poughkeepsie, sondern befand sich damals auch die anarchistische Siedlung »Mohigen Colony« in Crompond, in der sich 1937 auch der Anarchist Rudolf Rocker – ebenfalls mit Bek-gran bekannt – niederließ.[43] Die Lehrtätigkeit war offenbar aber eher die Ausnahme, denn Bek-grans erste Frau Marie meint, ihr Mann habe sich seinen Unterhalt als Verkäufer in Buchläden verdient. Nach seiner Scheidung 1933 verheiratete er sich mit der Besitzerin einer Stellenvermittlung (und man könnte sich denken, daß er diese auf Stellensuche kennenlernte).[44]

Der erweiterte Horizont seines amerikanischen Lebens schlägt sich in den wenigen uns bekannten Artikeln Bek-grans aus den zwanziger Jahren nieder, die sich direkt mit seinen neuen Erfahrungen auseinandersetzen. »Amerika« (FPJ, Januar 1925, S. 7–9) oder »Über Amerika« (FSJ, 2. Jg., Heft 1, S. 7f.) sind sie typischerweise überschrieben. Das Ungeheuerliche, so schreibt er, ist die Größe: *»Dieses Amerika hat alles, was es birgt, in Riesenmassen.«* Das New Yorker Judenviertel sei so groß wie ganz Nürnberg: *»Ich bin zwei Stunden in derselben Richtung durch das Judenviertel und dann noch eine Stunde durch das Viertel der Italiener und der Balkanvölker gegangen.«* Er zeigt die Bedeutung der *»Andersrassigen«*: nur bei ihnen finde sich antikapitalistische Gesinnung. Ansonsten würden die Amerikaner der bürgerlichen, also kapitalistischen Demokratie huldigen, und es fehle ihnen auch nur das geringste Verständnis für eine sozialistische Gesinnung. Auch an einem soziologischen Substrat dafür mangele es, da es in Amerika kein Proletariat im europäischen Sinne gebe. Deshalb sei auch der Glaube der amerikanischen Kommunisten, eine Notlage würde ihnen die Farmer in die Arme treiben, töricht.

Eins aber scheinen ihm Amerikanismus, Fordismus oder kapitalistischer Industrialismus und Sozialismus gemein zu haben: sie bedrohen beide den Individualismus. *»Ich lebe«*, so schreibt er, *»in einem Land, das das Individuum vernichtet, zum wesenlosen Werkzeug der gewaltigsten wirtschaftlichen Maschine macht. Diese Maschine, vor der ich immer wieder bewundernd stehe, die ich verabscheue, verhöhne, die mich frißt, nein, sie wird mich anspeien, denn ich hab den Europabazillus.«* Wie Amerika brauche auch die sozialistische Wirtschaft den Techniker, und nicht (oder zunächst nicht) *»den Menschen«*. Hier fühle er seinen Zwiespalt als Europäer, der das Individuum retten wolle, und doch die Notwendigkeit der Technik erkenne. Und entgegen der kommunistischen Partei in Amerika, die nur schreie, politische Schreihälse erziehe und im übrigen nichts tue, sage er: Amerika sei die Schule, in welcher man praktische wirtschaftliche

Arbeit lernen könne. *»Oder habt ihr Wirtschaftsinstitute, die euch von Buchhaltung bis zum Taylorsystem unterrichten? Ich habe in der Fabrik unter diesem System gelitten und es doch bewundert ...«* Es gelte, nicht über verschiedene sozialistische Theorien zu streiten, sondern die sozialistische Übernahme der Wirtschaft dadurch vorzubereiten, daß man diese Maschine beherrschen könne. Die FSJ habe zwar kein Geld, um eine Wirtschaftsschule zu eröffnen, aber sie könne ihre Arbeitsstätten selbst als Schulen betrachten. Provokativ fragt er die Diskutierer zuhause: *»Wer von euch kann einen ganz kleinen Wirtschaftsbetrieb (z. B. acht Mann) rentabel organisieren? Also alle die großen Fragenkomplexe (die im größten wie im kleinsten dieselben sind) wie Rohstoffquellen, Arbeitsprozesse, Kalkulation, Rentabilitätsberechnungen usw. erschöpfend lösen? Wer von euch vermag morgen die Leitung des Betriebs, in dem er steht, auch nur annähernd zu prüfen und zu kontrollieren?«* Er habe dieses Handwerkszeug hier in Amerika mühsam gelernt; sie müßten es sich als die Führer von morgen ebenfalls aneignen. Und er schließt sein Amerika-Porträt mit den Worten: *»Ihr habt oft Recht, über die lustigen optimistischen Barbaren zu lachen. Aber sie können etwas, das ihr deutschen Träumer lernen müßt: Technik. Trotzdem Europäer zu sein, das ist das Höchste.«*

Aber es war nicht nur die Faszination des kapitalistischen business, mit der sich Bek-gran in den Staaten auseinandersetzte, sondern auch immer wieder die Bedrohung der individuellen Freiheit durch den sozialistischen Rigorismus. Zwei Artikel – »100 %« (FSJ, 2. Jg., Heft 5, S. 69 f.) und »Über den proletarischen Puritanismus« (FSJ, 1. Jg., Heft 6, S. 119 f.) – handeln von diesem Thema und erwähnen erbitterte Diskussionen, die er darüber in Amerika geführt habe. Er spricht gegen die proletarischen *»Hundertprozenter«*, *»die moralisch und unabänderlich unbeugsam das Ziel verfolgen«*, die *»überzeugt«* seien, auch wenn diese Überzeugung nur durch Beschränkung, also Einseitigkeit, möglich sei. Der Einheit des Wollens opferten sie *»das Schönste und Größte, das wir Menschen erringen: das Individuum«*. Er fürchte ihren Zorn, und selbst wenn er mit dem *»proletarischen Puritaner«* zusammengehe, so wisse er doch, *»daß er mich verbrennt«*, daß er vor dem Forum seiner starren Gerechtigkeit verurteilt werde. Und dann sagt er es nochmals im Klartext, was er von der kommunistischen Partei und Revolution befürchtet: *»Sorgen wir ... dafür, daß der Aufstand nicht neue Herren gebiert. Es dreht sich mir immer um dasselbe: ich fürchte die Ketzerverbrennungen der kommunistischen Kirche.«* Nicht das Programm zähle für ihn, sondern nur das *»eigene Gesetz«* – und dann fällt wie selbstverständlich der Hinweis: *»lest Stirner«*! Bek-gran, der in Deutschland elitären 'Bünden' aristokratischer Geist-Menschen, nicht Parteien anhing, hatte sich auch in Amerika seine 'europäisch'-anarchistischen Zweifel bewahrt, gerade auch gegenüber dem Totalitätsanspruch der kommunistischen Partei.

VI. Im Dienst der »Kommunistischen Partei der USA«

Was konnte den Anarchisten Bek-gran 1930 dennoch dazu bewegen, Mitglied der »Communist Party of USA« (CPUSA) zu werden? Noch fünf Jahre zuvor hatte er über den *»proletarischen Puritanismus«* der Kommunisten gespottet; die Fronten zwischen Anarchismus und Kommunismus schienen in Theorie und Geschichte eindeutig und geschieden zu sein. Allenfalls ließe sich an Erich Mühsam denken, der 1919 zur Zeit der Münchener Räterepublik zur Mitgliedschaft und Kooperation mit der KPD bereit gewesen war. Mühsam schrieb 1929 in einem Brief: *»Ich hatte 1920 nicht die Pflicht, zu wissen, was 1929 aus Rußland geworden sein würde.«*[45]

Bek-gran war jedoch 1931 in die Sowjetunion gereist, und sein späterer Kommentar, anläßlich des Rußlandberichts von Victor Serge, lautete: *»Mein Verhältnis zu Rußland war immer ein*

wohlwollend kritisches, selbst nach den Erfahrungen eines Besuchs im Jahre 1931. Ich versuchte wie viele andere immer zu verzeihen, zu verstehen. Der Wunscherfüllungsdrang war so groß, daß eine gewisse Unehrlichkeit gegen mich selbst in mir Platz ergriff.«[46] Dieses Geständnis spricht recht präzis von seinen früheren Widerständen gegen einen 'rücksichtslosen Blick', wie er ihn bei Victor Serge wahrnimmt. Bek-gran macht einen *»Wunscherfüllungsdrang«* dafür verantwortlich, also sein utopisches Denken: die Hoffnung, daß die revolutionären und freiheitlichen Kräfte in der Sowjetunion stark genug wären, dem aufsteigenden Faschismus erfolgreich Widerstand zu leisten.

Im Juni 1939 versuchte Bek-gran die Anziehungskraft der CPUSA auf andere Emigranten als Kompensation eines mehr oder weniger unglücklichen Lebens zu entschlüsseln. *»Das ist umsomehr der Fall, wenn es sich um Leute handelt, die in das neue Milieu Amerika gegen ihren Willen vom blinden Schicksal geworfen wurden.«* (GDS, Heft 10, S. 4). Auch wenn Bek-gran mit Bedacht ausgewandert war, mag angesichts des Mangels an syndikalistischen Organisationen die linksradikale CPUSA ihm eine Spur Sicherheit, Orientierung und Hoffnung versprochen haben.

Doch nicht allein der Blick auf die Sowjetunion und den Faschismus werden bei Bek-grans Entscheidung eine Rolle gespielt haben. Hinzu kommt, daß sich die CPUSA 1930 von anderen kommunistischen Parteien wesentlich unterschied. Gegenüber den Gewerkschaften und den Selbsthilfeorganisationen in den USA war die kommunistische Partei ein Winzling, der nie einen einzigen Abgeordneten in den Kongreß entsandte, allerdings auch nicht domestiziert war wie die europäischen Parteien. Die CPUSA hatte erst 1930 ihren Namen erhalten, nachdem die amerikanischen Kommunisten im April 1923 ins Licht der Legalität getreten waren. In der CPUSA waren auch 1930 mehr Gruppierungen und Strömungen vertreten als in einer zentralistisch strukturierten Partei wie der KPD; so sammelten sich dort beispielsweise auch Reste der zerschlagenen »Industrial Workers of the World« (IWW), einer revolutionär-syndikalistischen Kampforganisation.[47] Wenn der Chef der CPUSA, Foster, 1924 im »Daily Worker« schrieb, daß die kommunistische Partei auch von ihren Gegnern *»als zentrale Kraft des amerikanischen Radikalismus«* anerkannt werde,[48] so weist das hin auf den Charakter der Partei als Sammelbecken radikaler, auch anarchosyndikalistischer Kräfte.

Als Beispiel für die fehlende Domestizierung der CPUSA nennt Margret Boveri die Beliebtheit Trotzkis, der Anfang der zwanziger Jahre bei den amerikanischen Kommunisten bekannter als Lenin war, und allen Parteiausschlüssen zum Trotz in den USA angesehen blieb. Boveri schreibt weiter, daß die frühen amerikanischen Kommunisten sich nicht der Kominternkontrolle unterwarfen, daß aber die Partei, die sie gründeten, sich schließlich zum Instrument der »Kommunistischen Internationale« (KI) entwickelte.[49]

Als Bek-gran in die CPUSA eintrat (1930), umfaßte sie landesweit gerade 7000 Mitglieder (1933 waren es 19000) und die Auflage ihres Zentralorgans, des »Daily Worker«, betrug 18000 (1934 45000).[50] Trotz dieser niedrigen Zahlen und obwohl 60% der Parteimitglieder 1930 arbeitslos waren, hatte die CPUSA in diesen Jahren einen starken Einfluß auf die Arbeiterbewegung, nicht zuletzt weil die Kommunisten die korrupten Gewerkschaftsleitungen angriffen und den Austritt der Arbeiter aus den reaktionären Gewerkschaften predigten. Aber gerade als die Desillusionierung gegenüber den Gewerkschaften zunahm, begann die CPUSA sie zu unterstützen, vor allem den 1935 gegründeten Dachverband der Industriegewerkschaften »Committee (seit 1938 Congress) for Industrial Organization« (CIO). Die Direktiven des 7. Weltkongresses der Komintern (1935) verlangten (auch) von der CPUSA eine nationale Orientierung. Statt Kampf gegen den Imperialismus war nun Schutz der bürgerlichen Demokratie und der Sowjetunion angesagt. Der Aufbau einer kommunistischen Gewerkschaftsor-

ganisation wurde ebenso eingestellt wie die gewerkschaftsfeindlichen Betriebszeitungen, und unter der Parole *»Communism is 20th Century Americanism«* wurde bei den Versammlungen im Madison Square Garden nicht mehr die »Internationale«, sondern der »Star Spangled Banner« gesungen. Erst während des Hitler-Stalin-Paktes schwenkte die CPUSA von der Volksfrontstrategie der Kooperation mit dem CIO wieder um und bekämpfte ihn nun wegen Kollaboration. Ein erneuter Schwenk fand nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion statt, nun unterstützte die CPUSA bedingungslos den Krieg und bekämpfte jeden Streik als Landesverrat.[51]

Bek-gran arbeitete nach 1930[52] im »German Bureau« der Partei – die CPUSA faßte fremdsprachige Mitglieder in eigenen Sektionen zusammen. Die Deutschen hatten ein »National Bureau« und mehrere »District Bureaus«; in New York umfaßte die deutsche Sektion nach eigenen Angaben 1938 etwa 600 Mitglieder.[53] Im Auftrag seines »Bureaus« unternahm Bek-gran mehrfach Reisen durch die USA mit dem Ziel, die sogenannten »Arbeiter-Klubs« zu organisieren, die Anfang der dreißiger Jahre offiziell als parteiunabhängige antifaschistische Organisationen entstanden, in Wirklichkeit aber fest in Händen der Partei waren, die gegenüber den Klubs ihr *»Eigentumsrecht«* reklamierte (GDS, Heft 3, S. 13).

Bek-grans damaliger Parteigenosse (und späterer Mitarbeiter in »Gegen den Strom«) Ernst W. Mareg schreibt: *»R. Bek-gran wurde im Herbst 1933 vom 'Deutschen Nationalbüro' auf eine 'Arbeiter'-Kampagne-Tour durch die Industriezentren des Ostens und des Mittelwestens gesandt, um einerseits Leser und Abonnenten für den 'Arbeiter'* (offizielles Organ der deutschen Sektion der CPUSA[54]) *zu gewinnen und andererseits entweder die Gründung von Deutschen Arbeiter-Klubs zu bewerkstelligen oder zum Mindesten für eine solche Gründung ein Teil der Vorarbeiten zu leisten.«* (GDS, Heft 4, S. 14).

1934 fand die erste »National-Konferenz der Deutschen Arbeiterklubs« statt (24./25. März in New York City), auf der Ernst W. Mareg als Generalsekretär und Bek-gran als Organisationssekretär ins Exekutiv-Komitee gewählt wurden (GDS, Heft 6, S. 13). Mareg berichtet in »Gegen den Strom« weiter, wie jeder Versuch Bek-grans, in diesen »Arbeiter-Klubs« ein Stück Unabhängigkeit von der CPUSA zu wahren, vom ZK der Partei im Keim erstickt wurde. 1936 hatten die »Arbeiter-Klubs« ihre Unabhängigkeit gegenüber der Partei gänzlich eingebüßt (GDS, Heft 6, S. 14).

Um das Jahr 1937, so Herman Kormis, habe Bek-gran sich dann von der Partei getrennt – von *»den Zitzen der Muttersau«*, schreibt drastischer Peter Michael Gross.[55] In Bek-grans Zeitschrift »Gegen den Strom« finden sich nicht nur Hinweise auf seine Tätigkeit in der CPUSA, sondern indirekt liefert die Zeitschrift die Beweggründe für seine Trennung von der Partei. Neben dem Verhalten der CPUSA gegenüber anderen Organisationen, die im Rahmen der Volksfront gegründet, tatsächlich aber rigide den Interessen der Partei unterworfen wurden, wird auch eine weltpolitische Desillusionierung mitgewirkt haben – nicht zuletzt die Nachrichten vom stalinistischen Terror in Spanien, von dem in »Gegen den Strom« öfter die Rede ist.

VII. »Gegen den Strom«

1938 waren in New York, dem Zentrum der deutschsprachigen Exilanten,[56] nicht nur politische Konflikte innerhalb der Emigrantenszenen zu beobachten, insbesondere zwischen Parteikommunisten und den übrigen Sozialisten, Anarchisten, Trotzkisten, 'Abtrünnigen', 'Unpolitischen' etc., sondern auch Gegensätze zwischen Emigranten und Deutschamerikanern. Beides spiegelt sich wider in der 1938 von Bek-gran gegründeten Zeitschrift »Gegen den

Strom«, in der sowohl Exilanten wie Deutschamerikaner mitarbeiteten, wobei letzteren der größere Einfluß zukam.[57] Bek-gran identifizierte sich in seiner Zeitschrift mit der *»Sicht der Amerikaner«* (GDS, Heft 10, S. 2) und kritisierte den Eurozentrismus der Emigranten: *»Sie höhnen im geheimen über die 'kindische Art der Amerikaner ohne Weltanschauung die Welt zu verbessern'. Sie nehmen sich aber beileibe nie die Mühe, ihre neue Umgebung zu studieren und ihre Methoden anzupassen. Daher kommen ihre Konflikte und ihre vollkommene Wirkungslosigkeit. Daher dies Speckmäusetum, das uns alle abschreckt und anwidert.«* (GDS, Heft 11/12, S. 32). Bek-gran wohnte jedoch weder im deutsch-amerikanischen Viertel noch in einem der Exilzentren New Yorks, sondern in Greenwich Village, in der Nähe des Washington Square (seine Adresse war in jedem Heft der Zeitschrift angegeben: 120 East 10th Street).

Mit dem Namen seiner Zeitschrift, der vom Weg zurück zu den unverdorbenen Quellen, den unverfälschten Ursprüngen kündet, knüpft Bek-gran an den des Organs der KPD-Opposition an, die gegen die Sozialfaschismustheorie, die Bolschewisierung der KPD wie die Mißachtung der faschistischen Gefahr opponierte, und an den Titel, den Lenin und Sinowjew der Sammlung ihrer Aufsätze gaben, in denen sie 1914–1916 die sozialdemokratische Kriegspolitik bekämpft hatten.[58] Die Metapher spricht davon, daß Bek-gran sich mit der Zeitschrift in die Tradition der Arbeiterbewegung stellt. Er bleibt im Hauptstrom, geht nicht in den Untergrund, zu einem Seitenarm des Stromes oder in die Ufersümpfe. Und nur das Lebendige schwimmt gegen den Strom, mit ihm dagegen Totes und Treibgut.

Neben einem längeren Artikel, einer Buchbesprechung und Übersetzungen verfaßte Bek-gran für seine Zeitschrift in der Regel die »Bemerkungen«,[59] mit denen die meisten Nummern von GDS eingeleitet wurden. Dort heißt es in der ersten Nummer zum Selbstverständnis der Zeitschrift: *»Die Notwendigkeit, all den Sozialisten, die sich nicht durch politische Apparate und Linien in ihrer persönlichen Überzeugung erschüttern lassen und die den Willen besitzen, das öffentlich zu sagen, ein Sprachrohr zu verschaffen, ist der Anlaß für das Erscheinen der Monatsschrift GEGEN DEN STROM. Der Sozialismus der Zukunft kann nur werden und gedeihen, wenn der Einzelne, das Individuum, gegen den Katholizismus der Internationalen rebelliert, und immer wieder von neuem das übernommene und überlieferte Gedankengut überprüft. Es ist die Überzeugung des Herausgebers, daß das Diktat einzelner Individuen die gedankliche Unabhängigkeit der Menschen im Namen der großen Revolutionäre zu ersticken versucht. Zwei tausend Jahre lang wurde im Namen Christi geplündert, gemordet und jede Form der Unterdrückung gerechtfertigt ... Die Renaissance, die französische Revolution und die russische Revolution waren leere Gesten einer hoffenden Menschheit, wenn es Menschen nicht möglich sein wird, durch das Zeitalter der Diktaturen die Freiheit des Denkens zu erhalten. Wir wollen in unserem kleinen Rahmen in unserer kleinen Welt dazu beitragen, daß diese Befürchtungen unserer trübsten Stunden nicht wahr werden. Der Herausgeber ... sieht seine Rolle als die eines unparteiischen Vorsitzenden in einer Debatte an. Er ersucht die Leser zu Mitarbeitern zu werden.«* (GDS, Heft 1, S. 2). In der zweiten Nummer schreibt Bek-gran: *»GEGEN DEN STROM dient keiner Partei, es huldigt nicht einer Überzeugung. Die Zeitschrift will alle zu Wort kommen lassen. Sie will die Zeitschrift der Leser werden. Daß Viele in den nächsten Nummern ihrem seit Jahren unterdrückten Zorn Ausdruck geben werden, ist nur zu menschlich. Viele werden mit Patentlösungen und kuriosen Ideen die Welt beglücken. Sie sollen es tun. Zu lange hat die sozialistische Welt den Autoritäten zugehört, die wie Katecheten und Kaplane den heiligen Marx interpretierten. Andere sagten: Kropotkin und nicht weiter. Wir müssen anfangen selbst zu denken, denn die Internationalen sind im Sterben.«* (GDS, Heft 2, S. 2). Kein theoretisches (Zentral-)Organ wird angekündigt, sondern Stimmen von Einzelnen. Bek-gran hat seine Zeitschrift tatsächlich zum Sprachrohr unterschiedlicher oppositioneller Stimmen gemacht, auch wenn die Losung 'die Leser als potentielle Mitarbeiter' kaum Resonanz

zeigte. In ihren Grundzügen werden hier die politischen Überzeugungen Bek-grans deutlich, die sich nicht mit der Summe der Artikel seiner Zeitschrift gleichsetzen lassen, wohl aber mit seinem Anspruch, andere Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Zum Teil tritt er den dort verbreiteten Meinungen und Analysen entgegen,[60] an manchen Punkten erteilt er Trotzkisten[61] oder Sozialdemokraten gute Noten, am stärksten scheint trotz der oben zitierten Distanz aber die Verbundenheit mit anarchistischen Stimmen; dafür sprechen nicht nur die Herausgebertätigkeit von Rudolf Rocker, der Bek-gran vertrat, als dieser im Juli / August 1938 eine Reise unternahm,[62] sondern auch Bek-grans Berufung auf Gustav Landauer (GDS, Heft 3, S. 14 f.), seine antiautoritäre Grundhaltung, alle Stimmen jenseits der Parteiapparate zu Wort kommen zu lassen sowie sein Plädoyer für das Individuum und gegen die Parteipolitik der Internationalen. Bek-gran veröffentlichte in seiner Zeitschrift neben diesen Stimmen Beiträge aus Büchern von Wilhelm Reich, Jef Last, Alexander Barmine und Louis-Ferdinand Céline; schließlich übernahm er Artikel aus »Freies Deutschland« (Antwerpen / Creil), dem »Neuen Tage-Buch« und den »Europäischen Heften«, unter anderem von André Gide, Willi Schlamm und Kurt Tucholsky (GDS veröffentlichte zum erstenmal den vollständigen letzten Brief Tucholskys[63]).

Im Großen laufen Bek-grans Attacken gegen die stalinistische Diktatur, die er der Hitlerschen gleichsetzt, im Kleinen gegen die Strategie der CPUSA, den »Deutschamerikanischen Kulturverband« (DAKV) unter dem Vorwand der Volksfront für ihre Zwecke zu funktionalisieren und vor ihren Karren zu spannen. Am 23. 9. 1935 war der DAKV als Dachverband deutschsprachiger antifaschistischer Organisationen in New York gegründet worden, Herman Kormis gehörte dem ersten Vorstand an, Thomas Mann war einer der Ehrenpräsidenten. Man war bestrebt, daß keine politischen Parteien den Verband dirigieren sollten. Der Sozialdemokrat Gerhart Seger, 1936 gewählter Präsident des Verbandes, trat aus Protest zurück, als ihm ein internes Papier der CPUSA zugespielt wurde, in dem ihre Dominierungsstrategie für den DAKV entworfen wurde. »Gegen den Strom« wurde dann zum Sprachrohr derjenigen, die dieser Entwicklung Widerstand leisteten; nachträglich gesehen scheint dies ein Hauptanliegen der Zeitschrift gewesen zu sein. Bek-gran schreibt im Juni 1938: *»Was die Zeitschrift will ist ein DAKV in dem man ohne Visier, ohne Mäzchen, ohne Schiebungen politischer Art das gemeinsame Ziel zu erreichen sucht.«* (GDS, Heft 4, S. 2).

Bek-gran nennt seine Artikel über den Kampf um die Unabhängigkeit des DAKV »Sturm im Wasserglas« und »Viel Lärm ...« (GDS, Heft 10 und 11 / 12), doch die Titel täuschen; es war für ihn kein Schattengefecht »um Nichts«. Er hält die Auseinandersetzung für exemplarisch und bedeutungsvoll, weil in ihr der ganze antidemokratische Charakter der CPUSA sich erweise. Hinter dieser Aufgabe, die Hegemonie der CPUSA im DAKV zu verhindern, stand *»das gemeinsame Ziel«* einer 'echten' Volksfront, in der die Unterdrückung des Einzelnen durch den *»Katholizismus der Internationalen«* nicht fortgesetzt würde. *»Eine antifaschistische Massenbewegung kann nur leben und stärker werden wenn sie sich nicht den politischen Axiomen einer Partei verschreibt.«* (GDS, Heft 4, S. 2). Bek-grans Analyse der Volksfrontstrategie der CPUSA und seine Kritik[64] an diesem Antifaschismus wird in den späteren Jahren bestätigt werden; in der Zeit der Anbahnung des Zweiten Weltkrieges hatte seine Abgrenzung gegen rechts und links jedoch wenig Chancen, auf größere Resonanz zu stoßen. Denn so groß die Zahl der Deutschamerikaner und Emigranten war, so gering war letztlich deren politisches Interesse. Gerhart Seger schätzt 1940 90 % der Deutschamerikaner als *»politisch indifferent«* ein, und nur ein kleiner Prozentsatz der Emigranten wurde im Exil politisch aktiv.[65]

Organisatorisch stand »Gegen den Strom« dem »Club Deutscher Antifaschisten« nahe, der sich 1938 aus ehemaligen (d. h. ausgetretenen und ausgeschlossenen) CPUSA-Mitgliedern

gebildet hatte; Vorsitzender war Ernst W. Mareg. Der Club gab die Zeitschrift »Der Antifaschist« heraus (die – ähnlich wie GDS – von Januar 1938 bis November 1939 monatlich in New York erschien[66]), eher eine Ergänzung denn Konkurrenz für »Gegen den Strom«: »Der Antifaschist« war in seinen Schwerpunkten antifaschistisch, »Gegen den Strom« antistalinistisch. Personell und in seiner Zielrichtung war der Club mit Bek-grans Zeitschrift eng verknüpft. Beide bekämpften die Okkupationsversuche der CPUSA gegenüber dem DAKV, der Club inserierte in »Gegen den Strom« und unterstützte die Zeitschrift finanziell, und »Gegen den Strom« veröffentlichte im Februar 1939 ein Flugblatt, das die Austrittserklärung des »Clubs Deutscher Antifaschisten« aus dem DAKV enthielt, unterzeichnet von Paul Gaedke, dem Sekretär des Clubs und Mitarbeiter von »Gegen den Strom«.
Nachdem der Kampf im DAKV um dessen Unabhängigkeit verloren war (kurz darauf stellte er seine Aktivitäten ein), wurde auch »Gegen den Strom« ohne Nennung von Todesursachen beerdigt.

VIII. Freund deutscher Flüchtlinge

Die wichtigsten Mitarbeiter seiner Zeitschrift, Fritz Gross, Ernst W. Mareg und Rudolf Rocker waren mit Bek-gran befreundet und unterstützten ihn. Es ist wohl kein Zufall, daß einige ehemalige Münchener Räterevolutionäre zu seinem Freundeskreis gehörten: Otto Sattler, der wie Bek-gran nach der Münchener Niederlage in die USA gekommen war (er hatte 1935, vor Gerhart Seger, den Vorsitz im DAKV inne) und Erich Wollenberg, 1919 Kommandeur der Infanterie der Münchener Roten Armee. Erich Wollenberg und Rudolf Rocker wiederum waren Freunde von Ret Marut-Traven, was die Schlußfolgerung wahrscheinlich macht, daß auch die Räterevolutionäre Marut-Traven und Bek-gran sich in New York kannten.
Bek-gran publizierte in »Gegen den Strom« einen Auszug aus der (unveröffentlichten) Autobiographie des unbekannten Flüchtlings Wolf Weiss (»Ich gestehe«, GDS, Heft 4, S. 6–8), und warb für die Publikation des Buches. *»Das Werk sowohl wie sein mittelloser Schöpfer verdienen Unterstuetzung.«* (GDS, Heft 4, S. 16).[67] Immer wieder weist die Zeitschrift Spuren dieser Hilfsbereitschaft seines Herausgebers auf.
Eine dieser Hilfsaktionen fällt in die Zeit vor dem Ende der Zeitschrift »Gegen den Strom«. Sie zog 1941 das Interesse der amerikanischen Presse auf die Person Bek-grans. Im April 1938 trifft der ehemalige Kominternagent Richard Krebs auf der Flucht vor Gestapo und GPU (der Stalinschen Geheimpolizei) illegal in den Vereinigten Staaten ein und sucht in New York Bek-gran auf, der dem Flüchtling mit Nahrungsmitteln und Geld hilft. Er nimmt Krebs im Spätjahr 1939 mit auf seinen Landsitz nach Longridge (Connecticut), wo der Geflohene seine Krankheit auskuriert und an seiner Autobiographie zu schreiben beginnt. Möglicherweise hat auch Bek-gran den Kontakt zu dem deutschen Verleger Günther Koppell hergestellt, dessen »Alliance Book Corporation« die Autobiographie dann verlegte.[68]
Sie erscheint im Winter 1940/41 unter dem Titel »Out of the Night« und dem Pseudonym »Jan Valtin« und wird aus verschiedenen Gründen zum *»literary hotcake of the season«*.[69] Teils erregen seine drastischen Berichte von deutschen Konzentrationslagern Aufmerksamkeit, teils seine Schilderungen einer unbekannten Welt: die der Geheimapparate von KPD und Komintern, deren terroristische Praktiken er mit denen der Gestapo gleichsetzt. Zudem zieht der Autor, der sich hinter dem Pseudonym versteckt und sich zum Geheimnis macht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. *»You can't call yourself a journalist these days until you have interviewed Jan Valtin«*, schreibt der »New Yorker« im März 1941.

Bek-gran wird als »Beschützer« und »Freund« von Krebs-Valtin vorgestellt und interviewt. Die prokommunistische New Yorker Tageszeitung »PM« referiert auch Bek-grans Kritik an Krebs-Valtin und seinem Bestseller, insofern dieser nicht an seinen ursprünglichen Absichten festgehalten habe, nur über seine Abenteuer zur See zu schreiben. Bek-gran bedauert (laut »PM«), daß Krebs-Valtin unter den Einfluß der Hearst-Presse geraten sei. Bei dieser Gelegenheit wird Bek-gran, den der »PM«-Reporter Kenneth Stewart in einem abgelegenen Druckerladen in der East 72d Street besucht, als *»ein desillusionierter alter Bolschewik«* vorgestellt und ein paar Zeilen zuvor als *»ehemaliger Sozialdemokrat«*. Kenneth Stewart weist außerdem darauf hin, daß Krebs-Valtin nicht der erste deutsche Flüchtling war, dem Bek-gran geholfen hatte.[70]

IX. Bek-grans weiteres Leben

Erstaunlich bleibt, daß alle befragten ehemaligen Exilanten (und selbst Literaturwissenschaftler, die über die Exilsituation in New York publizierten), wenig von Robert Bek-gran wußten. Es scheint nicht zuletzt der Reflex darauf, daß er sich weder den New Yorker Exilzentren und deren Vereinsleben anschloß, noch auf dem literarischen Markt sich selbst inszenierte. Wenig genug ist von Bek-grans Leben nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt.[71] 1964 jedenfalls lebt der inzwischen Siebzigjährige noch in New York, Greenwich Village, mit seiner zweiten Frau und zwei Töchtern, die aus dieser Ehe stammen. Irgendwann später ist er dann in Oberbayern gestorben, als er der alten Heimat einen letzten Besuch abstattete.[72]

Abkürzungsverzeichnis

FPJ: Freie Proletarische Jugend
FSJ: Freie Sozialistische Jugend
GDS: Gegen den Strom
RKW: Rundbriefe eines Kreises von Wandervögeln

Anmerkungen

1 Rolf Recknagel: Beiträge zur Biographie des B. Traven, (West-)Berlin 1977 (nach der 2. Aufl., Leipzig 1971), S. 452 (2. Aufl., Leipzig 1971, S. 432); ferner: Der Ziegelbrenner, Schriftleitung: Ret Marut, 1917–1921, Faksimiledruck, hrsg. von Max Schmid, Zürich, Nachwort von Rolf Recknagel, Leipzig, (West-)Berlin 1976, S. XXV (Nachwort/Bibliographie). In der korrigierten und ergänzten Neuauflage des Buches, Rolf Recknagel: B. Traven. Beiträge zur Biographie, Leipzig 1982, wird dagegen aus der alten Ausgabe lediglich ein Zitat Bek-grans übernommen (S. 263 und 371; vgl. Aufl. von 1971, S. 289 und 406 bzw. Nachdruck von 1977, S. 304 und 421), dagegen Robert Bek-grans »Vom Wesen der Anarchie« nicht mehr unter den Werken Marut-Travens aufgeführt.
2 Walter Fähnders/Martin Rector: Linksradikalismus und Literatur. Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik, Band 1, Reinbek b. Hamburg 1974, S. 316f.
3 Hansjörg Viesel: Literaten an der Wand. Die Münchner Räterepublik und die Schriftsteller, Frankfurt/Main 1980, S. 539ff.
4 Will Wyatt: The Man Who Was B. Traven, London 1980, S. 321.

5 Uli Bohnen/Dirk Backes: Der Schritt, der einmal getan wurde, wird nicht zurückgenommen. Franz W. Seiwert: Schriften, Berlin 1978, S. 15.

6 Z.B. Wyatt: The Man Who Was B. Traven, a.a.O., S. 85–88 und 212–218.

7 Stichwort Hermann Bek-Gran (sic!) bei Ulrich Thieme/Felix Becker: Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart, Band 3, Leipzig 1909, S. 212; Plakate in München 1840–1940, Ausstellungskatalog Münchner Stadtmuseum 1975, S. 237. Die Personalakte von Hermann Bek-gran im Staatsarchiv Nürnberg ist noch für die Benutzung gesperrt.

8 Mitteilung des Stadtarchivs Nürnberg aus den Nürnberger Adreßbüchern.

9 Sie stützt sich auf Hinweise im Brief Marie Bek-grans an U. Linse vom 13.10.1986.

10 Im Archiv der Technischen Universität München konnte kein Immatrikulationsverzeichnis gefunden werden.

11 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV (Kriegsarchiv), Kriegsstammrollen 16 374/96.

12 Zum folgenden Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV (Kriegsarchiv), Pionier-Ersatz-Btl.1, Bd. 136, 25d und Insp. des Ingenieur-Korps 1767 (dort auch der Aufruf).

13 Es gibt noch keine eigene Untersuchung zur November-Revolution 1918/19 in Nürnberg; bei Klaus-Dieter Schwarz: Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971 (Kieler Historische Studien, Bd. 13) wird Bek-gran nicht erwähnt.

14 Robert Bek-gran: Vom Wesen der Anarchie, Nürnberg 1920 (Verlag »Der Bund«); Neuauflage mit der Autorenangabe B. Traven/Robert Bek-gran, (West-)Berlin o.J. (ca. 1977) (Verlag Klaus Guhl).

15 Zur Geschichte der EJ s. Ulrich Linse: Die Entschiedene Jugend 1919–1921. Deutschlands erste revolutionäre Schüler- und Studentenbewegung, Frankfurt/Main 1981.

16 Wyneken war es zum einen um die Beseitigung des bisherigen 'Religionszwangs' gegangen, d.h., der Besuch des Religionsunterrichts sollte für Schüler fortan freiwillig sein; zum anderen sollte die Selbstverantwortung der Schüler durch die Einführung von sogenannten »Schulgemeinden« – vierzehntägigen völlig freien Aussprachen von Lehrern und Schülern über alle Angelegenheiten ihrer Schule – und »Schülerräten« als Interessenvertretungsorganen der Schüler (die beiden letztgenannten Einrichtungen allerdings nur an höheren preußischen Schulen) gefördert werden. Wynekens Erlasse finden sich im Anhang von Gustav Wyneken: Revolution, in: Die freie Schulgemeinde, 9. Jg., Heft 2/3 v. Januar/April 1919, S. 70ff.

17 Archiv der deutschen Jugendbewegung, Ludwigstein: Mschr. Lebenslauf von Wilhelm Kelber (Mappe Kelber); nur sehr verstümmelt wiedergegeben bei Werner Kindt (Hrsg.): Die Wandervogelzeit (Dokumentation der Jugendbewegung, Bd. 2), Düsseldorf/Köln 1968, S. 1058.

18 Das einzige bisher aufgetauchte Exemplar dieses hektographierten Rundschreibens im Archiv U. Linse.

19 Erschienen sind 4 Nummern (Heft 1, November 1919; Heft 2, März 1920; Heft 3, Mai 1920; Heft 4, Oktober 1920). Ein komplettes Exemplar in der Staatsbibliothek München.

20 Linse: Die Entschiedene Jugend, a.a.O., S. 67 und 154f.; Heidi Behrens-Cobet/Ernst Schmidt/Frank Bajohr: Freie Schulen. Eine vergessene Bildungsalternative, Essen 1986, S. 53f.

21 Wie Anm. 17.

22 Wie Anm. 17.

23 Brief Wilhelm Kelbers an Hans Alfken vom 3. 5. 1920 (Original im Archiv U. Linse).

24 Zur Vorgeschichte der FPJ s. Volker Ullrich: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Diss. Hamburg 1976, S. 315ff., 463ff. und 566ff.

25 Proletarier-Jugend. Mitteilungsblatt der 'Freien Jugendorganisationen von Hamburg-Altona und Umg.', 1. Jg., Heft 1 vom 15. 4. 1916, monatlich bis August 1916 (verantwortlich Arthur Rehberg); Fortsetzung mit neuem Untertitel 'Korrespondenz für die Hamburg-Altonaer Arbeiterjugend' (zunächst von Rehberg zusammen mit Karl Plättner, ab Februar 1917 von Plättner allein redigiert). Seit April 1917 nicht mehr in Hamburg, sondern in Bremen erscheinend, im August 1917 weiteres Erscheinen verboten (Exemplare in den entsprechenden Akten des Staatsarchivs Hamburg).

26 Freie proletarische Jugend (bis zum 2. Jg., Heft 7/9 noch mit dem Zusatz: von Groß-Hamburg). Erschienen vom 1. Jg., Heft 1 (Oktober 1919) bis zum 4. Jg., Heft 3 (Juni/Juli 1922). Erscheinungsweise monatlich, aber häufig Doppelhefte. Gedruckt wurde der 1. bis 3. Jg. in Hamburg, dann in Lauenburg/Elbe (Verlag Bücherstube am Philosophenberg, Druckereigesellschaft Westendorf & Schmidt). Verantwortlich zeichneten nacheinander Emmy Kühn (Hamburg), Willy Bredel (Hamburg), Hans Schlichting (Hamburg), Franz Jebens (Lauenburg) und Hans Meins (Hamburg) (Exemplare im Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick). Zur Fortsetzung s. Anm. 31.

27 Gertrud Henning: August Henning, Helsingør 1976, 2 S. Mschr. (Archiv U. Linse).

28 Die Freie Proletarische Jugend. Ihre Entwicklung und ihre Aufgaben, Lauenburg 1922 (Verlag der Bücherstube am Philosophenberg), S. 3.

29 Wie Anm. 28, Anhang: Das Ergebnis der Marburger Tagung.

30 FPJ, Dezember 1924, S. 8f. und Interview U. Linse mit Ernst Gebhard (†) am 13. 7. 1976.

31 Freie proletarische Jugend. Schriftleitung: Max Barth, Waldkirch im Breisgau, Auslieferung: Gottfried Ficker, Nürnberg, Druck: Die Landsassen, Werkgemeinschaft, Leipzig. Offenbar sind nur zwei Hefte erschienen: Dezember 1924 und Januar 1925 (Exemplare im Archiv der deutschen Jugendbewegung, Ludwigstein).

32 Freie sozialistische Jugend. Hrsg. im Auftrag des Bundes, 1. Jg., Heft 1 v. Juli 1925 bis mindestens 8. Jg., November 1932, Erscheinungsweise monatlich. Druck: erst Leipzig, dann Berlin. Als Schriftleiter zeichneten nacheinander: Max Barth (Waldkirch im Breisgau), Hans Saugel (Hamburg), Walther G. E. Maas (Berlin-Wilmersdorf), August Henning (Nürnberg; vom 3. Jg., Heft 6/Juni 1927 bis zum 7. Jg., Heft 6/1931) und Kurt Roensch (Berlin-Ruhleben) (Exemplare im Archiv der deutschen Jugendbewegung, Ludwigstein).

33 Die Jungschar. Schriftleiter Franz Hammel, Stadtroda/Thüringen, Staatliche Erziehungsheime, Auslieferung: Adolf Winkler, Nürnberg (Heft 2 vom Juni 1927 und Heft 3 vom September 1927 im Archiv der deutschen Jugendbewegung, Ludwigstein).

34 Die rote Spur. Hrsg. vom Bund freier sozialistischer Jugend, 1. Jg., Heft 1 vom Juni 1929 bis mindestens 4. Jg., Dezember 1932. Druck in Berlin. Schriftleiter nacheinander: Paul Sedlag (Berlin-Pankow), Willi Tiedemann (Hamburg), Paul Brenner (Zürich), Paul Sedlag (Berlin-Pankow), Rudolf Schubert (Hamburg), Paul Brenner (Zürich), Hans Kapp (Nürnberg), Paul Sedlag (Kiel), Hellmuth Drechsler (Berlin-Zehlendorf) und Karl Ortel (Berlin-Pankow) (Exemplare im Archiv der deutschen Jugendbewegung, Ludwigstein).

35 Gruppen und Strömungen der Jugendbewegung. In Selbstdarstellungen aktiver Führer und Mitarbeiter. V. A. Henning: Freie Sozialistische Jugend, in: Die Literarische Welt, 3. Jg., 1927, Heft 32 (Sondernummer: Deutsche Jugendbewegung)/12. 8. 1927.

36 Wie Anm. 9.

37 Wie Anm. 9.

38 Herman Kormis schreibt in einem Brief an Robert E. Cazden vom 10. 6. 1964 (im Faksimile bei Jürgen Hein: »Gegen den Strom« (New York 1938/39) – Eine Zeitschrift am Rande der Emigration, Magister-Arbeit Münster 1985, Mschr., Kopie im Stadtarchiv Nürnberg, Anhang): *»In Germany he* (Robert Bek-gran) *was a teacher and one of the first 'Junglehrer'.«* Unter *»Junglehrer«* verstand man möglicherweise Lehrer nach dem ersten Staatsexamen, die wegen Arbeitslosigkeit nicht das zweite Examen ablegen konnten und aushilfsweise und auf Zeit im sozialen Bereich unterkamen (Brief von Klara und Theo Richter an U. Linse vom 7. 8. 1986).

39 Lisa Tetzner-Kläber: Das war Kurt Held, Aarau u. Frankfurt/Main 1961, S. 35 und 37.

40 Wie Anm. 38.

41 Robert E. Cazden: German Exile Literature in America 1933 – 1950. A History of the Free German Press and Book Trade, Chicago 1970, S. 72.

42 Wie Anm. 38.

43 Peter Wienand: Der 'geborene' Rebell. Rudolf Rocker – Leben und Werk, Berlin 1981, S. 413; Hein: »Gegen den Strom«, a.a.O., S. 80.

44 Wie Anm. 9.

45 Erich Mühsam: Vorwort vom Februar 1929 zu seiner Schrift »Von Eisner bis Leviné«, Berlin-Britz 1929 (Nachdruck Hamburg 1976); Mühsam zitiert dort einen Brief, den er an Lenin adressierte.

46 Bek-gran in seiner Besprechung von Victor Serge: Russia, Twenty Years Later, in GDS, Heft 3 (Mai 1938), S. 14.

47 Zur Frühgeschichte des amerikanischen Kommunismus s. Theodore Draper: The Roots of American Communism, New York 1957; ein kurzer Überblick bei: Margret Boveri: Der Verrat im 20. Jahrhundert, Reinbek 1976, S. 484–488.

48 Zit. Nach: William Weinstone: The Formative Period of the CPUSA, in: Political Affairs, New York, Sept./Okt. 1969, S. 18f.

49 Margret Boveri: Der Verrat im 20. Jahrhundert, a.a.O., S. 489 und 491.

50 Zahlen nach Grace Arnold: Zur Geschichte der kommunistischen Partei der USA, Frankfurt/Main 1976, S. 57f. und Joseph R. Starobin: The American Communist Party, in: History of U. S. Political Parties, Vol. IV: 1945–1972. The Politics of Change, hrsg. von Arthur M. Schlesinger, New York 1973, S. 3169–3202, hier S. 3178.

51 Zur amerikanischen Arbeiterbewegung und der Rolle der CPUSA vgl. Starobin: The American Communist Party,a.a.O.; Foster Rhea Dulles: Die Arbeiterbewegung in den USA, Paderborn 1956; Daniel Guérin: Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867–1967, Frankfurt/Main 1970 und insbesondere Jeremy Brecher: Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877–1970, Frankfurt/Main 1975 (gekürzte dt. Ausgabe). Zur Geschichte des CIO s. Elizabeth Jones: Der CIO-Reform zur Reaktion, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung, Band 6, Grenzen gewerkschaftlicher Politik, hrsg. von Claudio Pozzoli, Frankfurt/Main 1979, S. 78–114.

52 Herman Kormis in einem Brief an Robert E. Cazden vom 10. 6. 1964 (s. Anm. 38); die hier benutzten Passagen lassen sich auch nachlesen bei Cazden: German Exile Literature in America 1933–1950, a.a.O., S. 30 und 41. Herman Kormis war Inhaber der »Modernen Deutschen Buchhandlung« in New York, die in »Gegen den Strom« häufig inserierte. Sie war die führende sozialistische deutsche Buchhandlung in New York (die erst 1969 geschlossen wurde).

53 Nach Jürgen Hein: »Gegen den Strom«, a.a.O., S. 24.

54 Der »Arbeiter« erschien von 1930 bis 1937 und wurde nach Gründung des »Deutschen Volksechos«, das ab Februar 1937 in New York erschien (Chefredaktion Stefan Heym), eingestellt. Vgl. Cazden: German Exile Literature in America 1933–1950, S. 187 und Stefan Heym: Wege und Umwege, München 1980, S. 20ff.

55 Brief von Peter Michael Gross (Sohn des GDS-Mitarbeiters und Anarchosyndikalisten Fritz Gross) vom 11. 4. 1985 an Jürgen Hein; s. Jürgen Hein: »Gegen den Strom«, Anhang, a.a.O.

56 In New York lebten 1933 etwa eine halbe Million Deutschamerikaner und 70000 'refugees'. Vgl. dazu Helmut F. Pfanner: Exile in New York. German and Austrian Writers after 1933, Detroit 1983; Hans-Albert Walter: Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 2: Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis, Stuttgart 1984, S. 380ff.; Robert E. Cazden: German Exile Literature in America 1933–1950, a.a.O. (im Anhang mit einer Aufzählung der deutschsprachigen und antifaschistischen Publikationen der Zeit) und Joachim Radkau: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971.

57 Die wichtigsten politischen deutschamerikanischen Publikationen waren der jüdische »Aufbau«, die sozialdemokratische »Neue Volkszeitung« (Chefredaktion Gerhart Seger) und das kommunistische Volksfrontorgan »Deutsches Volksecho«. Vgl. dazu Cazden: German Exile Literature in America 1933–1950, a.a.O. und H. Hardt u. a.: Presse im Exil, München 1979, S. 326–406. »Gegen den Strom« erschien vom März 1938 (Heft 1) bis zum Oktober/November 1939 (Heft 11/12), anfangs monatlich, später in unregelmäßigen Abständen.

58 Die Zeitschrift der KPO erschien vom November 1928 bis Ende 1935 unter der Redaktion von August Thalheimer (Reprint in 3 Bänden, Hamburg 1986). Die Aufsätze Lenins und Sinowjews aus den Jahren 1914–1916 erschienen unter dem Titel »Gegen den Strom« 1921 in Hamburg (C. Hoym) in der Übersetzung von Frida Rubiner (Reprint o.O., o.J., ca. 1975). Vgl. dazu die Rezen-

sion Kurt Tucholskys, in: Gesammelte Werke, Band 4, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 405 – 411. *»Ich sympathisiere mit allen, die gegen den Strom schwimmen«*, schreibt Victor Serge in seiner Autobiographie (Beruf: Revolutionär, Frankfurt/Main 1967, S. 455).

59 Bek-grans »Bemerkungen« finden sich in Heft 1 (März 1938), S. 2, in Heft 2 (April 1938), S. 2 und 15, in Heft 3 (Mai 1938), S. 2, in Heft 4 (Juni 1938), S. 2 und 16, in Heft 7 (Oktober 1938), S. 15 und in Heft 11/12 (Oktober/November 1939), S. 31 f. (dort unter dem Titel »Viel Lärm ...«). Außerdem finden sich zwei Übersetzungen von Bek-gran in Heft 4 (Juni 1938), S. 4 f. (Ernst L. Meyer: Hymne an den Krieg) und Heft 5 (Juli 1938), S. 16 (M. L. M.: Das Ergebnis). In Heft 3 (Mai 1938), S. 14 f. erscheint eine Buchbesprechung Bek-grans (zu Victor Serge: Russia, Twenty Years Later), in Heft 5 (Juli 1938), S. 13 eine Vorbemerkung zu Susan Bermans »Analyse einer radikalen Schule« und in Heft 10 (Juni 1939), S. 2 – 9 sein einziger längerer Artikel: »Sturm im Wasserglas«. Darüber hinaus werden wohl auch Einleitungen zu anderen Artikeln von ihm verfaßt sein. Neben ihm treten Ernst W. Mareg und Fritz Gross mit je vier Beiträgen am häufigsten in Erscheinung. Der Anarchist Fritz Gross lebte 1938/39 in England und schrieb in GDS anfangs unter seinen Initialen, später unter dem Vornamen seines Sohnes Peter Michael.

60 So widerspricht er beispielsweise dem Trotzkisten J. Poytlak (Socialist Workers Party), der das leninistische Parteimodell verteidigte (Heft 2, S. 12 ff.), im folgenden Heft. Bek-gran: *»Lenin und Trotzky sind die Väter der Maschine, die Stalin wie einen Golem zeugte.«* Heft 3, S. 14).

61 Die trotzkistische Gruppe »Internationale Kommunisten Deutschlands« inserierte in GDS.

62 Rocker lebte seit September 1933 in den USA; 1937 siedelte er von New York nach Mohigen Colony, Crompond, 50 Meilen von New York entfernt und Anfang der zwanziger Jahre von Rokkers Bekannten, Harry Kelly und dessen Freunden als anarchistische Siedlung gegründet. Rocker starb dort 1958. Vgl. Peter Wienand: Der 'geborene' Rebell, a. a. O., S. 413 ff.

63 Kurt Tucholsky: Qui Potest Mori, Brief an Arnold Zweig, in: GDS, Heft 8/9 (Januar 1939), S. 2 – 5. In gekürzter Form erschien der Brief im Januar 1936 in der »Neuen Weltbühne«.

64 *»Wenn man den Aufwand an tatsächlich geleisteter Arbeit mit den Erfolgen misst, dann können einem die Haare zu Berge stehen. Der DAKV hat in Wirklichkeit seit dem ersten Deutschen Tage OHNE ZU WACHSEN sich gerade am Leben erhalten.«* (Heft 10, S. 4).

65 Jürgen Hein: »Gegen den Strom«, a. a. O., kommt in seiner Rechnung auf 400 bis 500 politisch aktive Exilanten in den USA (S. 28); Gerhart Segers Schätzung nach »Aufbau«, 1. 11. 1940, S. 10.

66 Herausgeber war Karl Maison; vgl. Cazden: German Exile Literature in America 1933 – 1950, a. a. O., S. 184 f.

67 Wolf Weiss schildert in dem Abschnitt ein Verhör durch die GPU in der Sowjetunion. Bek-gran nennt ihn *»Emigrant zweier Länder«*, derzeit in Prag lebend. Über den Autor konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

68 Günther Koppell, Leiter der »Alliance Book Corporation«, verlegte europäische und amerikanische Autoren. Außerdem erschien bei ihm eine Reihe mit deutschsprachiger Exilliteratur, unter anderem Ödon von Horvath, Heinrich und Thomas Mann, Hermann Kesten und Arnold Zweig.

69 Eine deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel Jan Valtin: Tagebuch der Hölle, Köln/Berlin 1957 (Nachdruck: Nördlingen 1986). Zur Rezeption von »Out of the Night« und der Biographie von Richard Krebs (Jan Valtin) vgl. Michael Rohrwasser: Richard Krebs – Jan Valtin, in Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse, 6. Jg. 1986, Heft 1, S. 38 – 57 und in L' 80 (voraussichtlich Mai 1987).

70 Kenneth Stewart in »PM«, 1. Jg., Nr. 184, 3. 3. 1941, S. 12 ff.

71 *»All his life he lived in the Village. Married, two children. Today, about 70 years old«*, schreibt Herman Kormis 1964 (vgl. Anm. 38).

72 Hinweise im Brief von Marie Bek-gran (vgl. Anm. 9).

Michael Buckmiller

Anmerkungen zu Heinz Langerhans und seinem Bericht über das »Buch der Abschaffungen« von Karl Korsch

Im Frühjahr 1971 gab mir Heinz Langerhans eine Durchschrift seines hier zum erstenmal veröffentlichten Berichts über Korschs Manuskriptfragment »Buch der Abschaffungen« mit der Bemerkung, er habe ihn als Beitrag für die erste Abendroth-Festschrift abgefaßt, aber aus nicht näher zu bestimmenden Gründen sei er dann in die gedruckte Fassung »Gesellschaft, Recht und Politik. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag« (Hrsg. von Heinz Maus, Neuwied/Berlin 1968) nicht mit aufgenommen worden. Der Bericht ist nicht datiert, ist aber mit relativer Sicherheit Mitte der sechziger Jahre geschrieben worden, zu einer Zeit also, als der Name Karl Korsch nur noch wenigen Spezialisten und undogmatischen marxistischen Theoretikern im oder im Umfeld des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS) vertraut war. Die ersten Neuausgaben seiner wichtigsten Schriften erschienen erst ab 1966 in der »Europäischen Verlagsanstalt«, denen in der Hochphase der Studentenrevolte zahlreiche Raubdrucke von entlegenen Aufsätzen und v. a. der vorbildlichen Schulungshefte »Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung« (1922), »Quintessenz des Marxismus« (1922) und der Edition der Marxschen Kritik des Gothaer Programms (1922) folgten. Schon 1963 gab Erich Gerlach (1910–1972) in der SDS-Zeitschrift »Neue Kritik« einen Überblick über Leben und Werk von Korsch,[1] der großes Interesse weckte, wie aus Rudi Dutschkes kommentierter Bibliographie »Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart« zu ersehen ist.[2] Dort wird zwar nicht explizit auf das »Buch der Abschaffungen« hingewiesen, aber wie ich aus Gesprächen weiß, hat sich Rudi Dutschke sehr für die nachgelassenen Papiere von Korsch im »Internationalen Institut für Sozialgeschichte« (IISG) in Amsterdam interessiert. Freilich, eine systematische Auswertung des Fragments, das in einer ersten Transkriptionsfassung aus der Stolze-Schrey-Kurzschrift von Hedda Korsch vorlag und unter den übrigen Autographen der Manuskriptgruppen des Spätwerks als gesonderte, ja eigenständige Schrift herausgehoben wurde, erfolgte nicht. Eine große Zahl der kleineren Manuskriptstücke war seinerzeit noch nicht entziffert und somit ihr Kontext ungeklärt. Das IISG ist in der Gliederung des Nachlasses weitgehend und zu Recht der Vorstrukturierung von Hedda Korsch gefolgt und hat zusätzlich die beiden Manuskripte »Notizen über Marxismus« (2 Bl.) und »Einige interessante Punkte« (3 Bl.) dem thematischen Komplex hinzugefügt.[3] Die Frage jedoch, ob und gegebenenfalls welche Fragmente zusätzlich zum Themenkomplex der »Abschaffung« hinzugehören, kann heute noch nicht abschließend beantwortet werden. Nur soviel kann nach einer kritischen Durchsicht des Nachlasses gesagt werden: Der Themenkomplex der »Abschaffung« ist eingeflochten in einen intensiven, Marx und den Marxismus in der philologischen ebenso wie historisch-theoretischen Substanz kritisch reflektierenden Arbeitsprozeß ab Beginn der fünfziger Jahre, dessen gedankliche Leitlinien bereits in den späten zwanziger Jahren entwickelt wurden. Eine eindeutige inhaltliche Differenzierung zwischen den einzelnen Arbeitsprojekten von Korschs letzten Jahren ist kaum möglich: zwischen dem Buchprojekt »Some unsettled Problems of Marxism and the Workers' movement 19th to 20th centuries«, seinen 1951 beginnenden Studien »Work in Progress« über die Marxschen »Grundrisse«, den parallel laufenden, wieder aufgenommenen Überlegungen zum Verhältnis zwischen Marx und Bakunin, die in Zusammenarbeit mit dem Russischkundigen Roman Rosdolsky gar histo-

risch-philologische Schärfe gewinnen, bis hin zur Vorarbeit zu einer Neuauflage seines Marx-Buches, ja selbst längeren Korrespondenzpassagen, die sich mit gewissem Recht in die »Abschaffungen« montieren ließen.[4] Mindestens seit 1950 transformiert Korsch des öfteren den Marxschen Terminus des »Absterbens« des Staates in »Abschaffung« desselben, erweitert ihn zu allgemein historisch emanzipativen Theoremen. Manchmal möchte es scheinen, Korsch nimmt ein Thema aus seiner vor-marxistischen Periode in England auf und behandelt es jetzt aus der mit historischer Erfahrung gesättigten Perspektive des Marxismus. Freilich, eine genauere Analyse der Manuskripte muß der kritischen Edition im Rahmen der Gesamtausgabe vorbehalten bleiben und kann hier noch nicht geleistet werden.

Langerhans assoziiert beim Titel »Buch der Abschaffungen« einen Anklang an Brechts »Me-ti. Buch der Wendungen«, das Brecht im wesentlichen während seines dänischen Exils geschrieben hat und in dem Korsch nicht nur selbst als Philosoph Ko und Ka-osch auftritt, sondern für das er auch als Gedanken-Rohstoff-Lieferant fungierte. Brecht schrieb Ende 1936/Anfang 1937 an Korsch: *»Ich will das in chinesischem Stil geschriebene Büchlein mit Verhaltungslehren, von dem Sie ja einiges kennen, weiterschreiben, und bei der Durchsicht des Materials fielen mir wieder beiliegende Sätze in die Hand; sie sind so sehr nützlich, daß ich Sie um eine Fortsetzung bitten möchte. Sie wissen, die Sätze können montiert sein, aus dem Zusammenhang gerissen, sporadisch usw. Könnten Sie mir nicht eine Handvoll schicken? Sie können ganz und gar skizziert sein, ohne Gewähr, verantwortungslos in wissenschaftlichem, Sie verstehen schon. Es wäre Arbeitsmaterial.«*[5]

Beide Schriften sind indes vom Stil wie der gedanklichen Ausfaltung der Probleme weit voneinander entfernt. Wenn schon Ähnlichkeiten zwischen schriftlichen Zeugnissen beider Autoren gesucht werden sollen, dann lägen sie eher bei dem Korsch-Manuskript »Dialektik des Alltags« (1932). Dies soll nicht bedeuten, daß der kunstvoll betriebene Versuch der Eskamotage von Korsch als dem marxistischen Lehrer von Brecht aus dem geistigen Einflußbereich des Schriftstellers als gelungen anzusehen wäre.[6] Im Gegenteil: Langerhans hat vermutlich mit der Titel-Assoziation gerade auf die enge Beziehung zwischen Brecht und Korsch aufmerksam machen wollen; denn schließlich war er selbst Zeuge dieser Diskussionen und mit Brecht gut bekannt aus Berliner Tagen Anfang der dreißiger Jahre, als sie den Studienzirkel »Kritischer Marxismus« von Korsch ebenso frequentierten wie die kleineren Theoriesitzungen in Brechts Wohnung »Am Knie«, die der materialistischen Dialektik auf die Spur kommen wollten.[7] Langerhans hat ebenso wie Brecht ein Gedicht über seinen Lehrer Korsch geschrieben[8] und in der Tat verbindet Langerhans mit Korsch ein ihn prägender Teil seines politischen und persönlichen Lebensweges, dessen wichtigste Stationen weiter unten kurz skizziert werden sollen. Korschs politische und theoretische Radikalisierung ist Ergebnis einer unerbittlichen Selbstreflexion der Hoffnungen und Zielsetzungen der sozialen Bewegungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, mit denen er sich identifizierte; sein Lebensweg ist durchdrungen von dem hartnäckigen Bemühen, auch in der Theorie tragfähige Perspektiven der Emanzipation der unterdrückten Klassen weiterzuentwickeln.

Korsch wurde 1886 in Tosted in der Lüneburger Heide geboren und stammte aus einer aufstrebenden, kleinbürgerlichen Familie. Schon in der sozialliberalen Jugend- und Studentenbewegung vor 1914 organisierte er die Opposition gegen den Chauvinismus der schlagenden Verbindungen und trat für demokratische Rechte ein. Von besonderer Bedeutung für Korsch waren die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in England, wo er zwischen 1912 und 1914 als Jurist arbeitete und von wo aus er regelmäßig für Eugen Diederichs »Die Tat« schrieb. Im Gegensatz zum abstrakten Geschichtsdeterminismus der deutschen Sozialdemokratie sah Korsch in England eine realistische Verbindung des Willens, die kapitalistische Industrie zu

kontrollieren mit dem Bemühen, die Arbeiter zur Selbstverwaltung durch Bildung und Volksaufklärung zu befähigen.
Während der Revolutionszeit 1918/19 arbeitete er als Mitglied der Sozialisierungskommission ein praktisches Programm der »industriellen Demokratie« aus: Es ist in seiner theoretischen Substanz noch heute aktuell, weil es den Gegensatz zwischen dem Willen der Arbeiter, ihren Betrieb selbst zu verwalten und den Interessen der gesamten Gesellschaft nicht durch staatliche Bürokratie vermitteln will, wie im heutigen 'realexistierenden' Staatskapitalismus, sondern gesellschaftlich föderativ in einer Rätedemokratie.
Erst das Scheitern der deutschen Revolution veranlaßte Korsch zu einem kurzfristigen Bündnis mit dem Bolschewismus der Oktoberrevolution, vor allem aber zu einer gründlichen Rezeption des Marxismus. Aber von Anfang an hat Korsch den Marxismus nicht als ein fertiges System aufgefaßt, das nur durch geeignete Maßnahmen in die Praxis umgesetzt werden müßte, sondern als Kritik der gesellschaftlichen Theorie und Praxis. Er hat als erster die marxistische Kritik auf die Geschichte des Marxismus selbst angewandt und damit für die Diskussion einen Weg eröffnet, in der Selbstreflexion der Marxschen Theorie die historisch bedingten spezifischen Deformationen und Dogmatismen zu überwinden und den staatlichen Legitimationsbedürfnissen der sogenannten Diktatur des Proletariats entgegenzutreten. Seine Bücher »Marxismus und Philosophie« (1923/1930), »Die Materialistische Geschichtsauffassung« (1929) und die kritische Studie über »Karl Marx« (1938) sind heute noch anregende Quellen für diesen Ansatz kritischen marxistischen Denkens.
Aus diesem Geist versuchte Korsch in seiner aktivsten Periode zwischen 1923 und 1928 die praktische Politik der KPD zu beeinflussen und zu gestalten: als Justizminister der kurzlebigen SPD/KPD-Regierung in Thüringen, als Chefredakteur des theoretischen Organs der KPD »Die Internationale«, als Reichstagsabgeordneter und als einer der Führer der Opposition gegen die 1925 einsetzende Stalinisierung der kommunistischen Parteien, d.h. gegen die Unterwerfung der radikalen Arbeiterbewegung unter die politischen und sozialen Interessen des russischen Staates.
Heinz Langerhans, 1904 in Berlin geboren, trat als Achtzehnjähriger in die revolutionäre Arbeiterbewegung ein in einer Periode der äußersten Zuspitzung der Kämpfe: 1922 in den »Kommunistischen Jugendverband Deutschlands« (KJVD), im Anlauf zur deutschen 'Oktoberrevolution' 1923, die für die KPD in einem Fiasko endete. Die Phase der linken Führung der KPD und die sogenannte 'Bolschewisierung' erlebte der Architekturstudent in Berlin und lernte dabei einen Teil der führenden Personen der KPD kennen, so Ruth Fischer, mit der er später im US-Exil zusammenarbeiten wird und Karl Korsch, dessen oppositioneller Gruppe »Kommunistische Politik« er sich in den Jahren 1925/26 gegen die Stalinisierung der KPD anschloß. Langerhans wurde wie Korsch 1926 aus der KPD wegen 'Korschismus' ausgeschlossen. Was war darunter zu verstehen? Korsch hat schon Mitte der zwanziger Jahre realistisch auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß die erneute, diesmal leninistisch-stalinistische Funktionalisierung der Marxschen Theorie der proletarischen Revolution für **nicht**revolutionäre Zwecke, nämlich die Industrialisierung des unterentwickelten Rußland, endgültig die Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung im Westen zunichte machen könnte. Was der Marxismus der II. Internationale nicht vollends schaffte, nämlich die Arbeiter in Organisationen zusammenzufassen, um über sie Kontrolle zu gewinnen und schließlich auf die nationalen kapitalistischen Belange zu beschränken, das würde durch die Monopolisierung der Interpretation des Marxismus zum Leninismus, ausgestattet mit dem Hintergrund der russischen Staatsmacht, unwiderruflich gelingen. Dagegen richtete sich verzweifelt der Kampf der Korsch-Gruppe, die bis 1927 organisatorisch in die KPD hineinwirken wollte. Als dies zuneh-

mend sinnlos wurde und die Gruppe »Kommunistische Politik« sich auf ihrer II. Reichskonferenz im Herbst 1927 auflöste, lehnte es Korsch kategorisch ab, einen eigenen 'Sekten-Laden' aufrecht zu erhalten, sondern gab seinen Anhängern die Empfehlung, wenn irgend möglich in die bestehenden Großorganisationen zurückzukehren und von innen heraus Opposition zu treiben. Korsch selbst konnte diesen Weg nicht gehen, da seine Position in der politischen Öffentlichkeit zu exponiert war; die KPD hätte eine Unterwerfung verlangt, ein Eintritt in die SPD hätte ihn in den Verdacht gebracht, er habe sich reformistischen Positionen angenähert. Langerhans hatte jedoch die Möglichkeit, seine Unabhängigkeit auch nach dem Eintritt in die Berliner SPD, wohin er nach seinem Soziologiestudium am Frankfurter Institut für Sozialforschung 1931 zurückgekehrt war, zu wahren. Er schrieb jetzt Artikel in Rudolf Hilferdings »Gesellschaft« und Arkadij Gurlands »Marxistische Tribüne«, gab aber seine radikale theoretische Position nicht auf, wurde kein sozialdemokratischer Reformist, sondern richtete seine Argumentation gegen den gefährlichen Verbalradikalismus von KPD und Komintern, der in Wahrheit zur Inaktivität führe. In theoretischen und politischen Fragen hielt Langerhans die Verbindung mit Korsch weiterhin aufrecht: Er nahm an Korschs Schulungszirkel »Kritischer Marxismus« teil, ebenso am Diskussionskreis der Berliner »Gesellschaft für empirische Philosophie«, einem deutschen Ableger des »Wiener Kreises«[9], auch am Komitee »Roter Oktober«, einem lockeren Zirkel linker Intellektueller aller Schattierungen, von russischen Sozialrevolutionären, Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten bis hin zu KPO-Leuten.

Nach Hitlers Machtübernahme begann Langerhans im Rahmen der Charlottenburger SPD den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu organisieren. Seine Gruppe gab zwei hektographierte Zeitschriften heraus: die »Nachrichten des Proletarischen Pressedienstes« (PP) und die mehr theoretische Zeitschrift »Die Initiative«.[10] Ihre Funktion sollte im wesentlichen darin bestehen, aus der Position der Niederlage heraus eine neue handlungsfähige Einheit der Arbeiterbewegung herzustellen, und zwar als Einheit der Bewegung und nicht der von Parteien. Sein Ziel formulierte der PP im Oktober 1933 so: *»Eine illegale Presse, für die der Einsatz lohnt, muß ein organisierendes Gerippe darstellen. Die Arbeit an ihr ist eine erste bescheidene Sammlungsaktion, die den Weg zu allen wirklich kampfbereiten Genossen finden muß. 1000 illegale revolutionäre und einsatzbereite Kämpfer in Berlin zu sammeln, das ist in klaren Worten das nächste Ziel, das sich der PP gestellt hat. Dabei soll der PP gleichzeitig mithelfen, diesen Kämpfern im Dienste der kommenden sozialistischen Revolution das Ziel der Arbeit so zu konkretisieren, daß jeder einzelne weiß, für was er kämpft. Mit nebelhaften Zukunftsgebilden, mit unklaren Vorstellungen über den Weg zum Ziel wollen wir aufräumen. Rücksichtslose Klarheit allein kann uns weiterhelfen.«* Klarheit bedeutete auch rücksichtslose Kritik der II. und III. Internationale, von deren Solidarität im antifaschistischen Kampf man sich wenig erwartete. *»Wir werden uns vorerst selbst helfen müssen«*, hieß es in der folgenden Nummer des PP.

Mit dieser Position stimmte auch Korsch überein, der sich bis in den Spätherbst hinein illegal in Deutschland aufhielt und sich bei politischen Freunden in Gartenlauben versteckt hielt. Erst spät folgte er dem Rat Brechts, sich ein 'Alibi' für die Emigration zu verschaffen, da er sich aktiv am Widerstand beteiligen wollte. So formulierte er im November 1933 von London aus Thesen zum Kampf gegen den Faschismus, in denen er die neue Position so bestimmte: *»Die beiden Haupttypen der heute überwundenen Arbeiterbewegung sind einerseits der vormärzliche jakobinische Typus, der in der russischen Revolution 1917 und in der Politik der Dritten Internationale noch einmal wiederhergestellt wurde, andererseits der reformistische Typus, der in der Periode 1850 bis 1914 in Westeuropa, Nordamerika, Australien, Südafrika verwirklicht worden ist.«* Wenn man an Kampftraditionen der Arbeiterbewegung anknüpfen müsse, dann nur an die erste Periode der Ersten Internationale in ihrer großen Mannigfaltigkeit von Organisationen und

Gruppen, Strömungen, Theorien, Bündnissen und Kampfformen. *»Unsere Partei«*, so formulierte Korsch antithetisch, *»erstrebt nicht die Beherrschung aller Organisationen, Institutionen, Aktionen, Ideologien der Arbeiter, sie erstrebt nicht einmal ihre Unterwerfung unter ein vorher bestimmtes Programm. Die Arbeiterdemokratie als Einschränkung der Parteiherrschaft wird gegenstandslos durch die Beseitigung dieser Parteiherrschaft; sie kann sich nur in den mannigfaltigen wirklichen Institutionen und Aktionen der Arbeiter verwirklichen.«*[11]

Langerhans konnte Korschs Positionspapier nicht mehr zirkulieren lassen, da er Anfang Dezember 1933 in flagranti beim 'Abnudeln' von Zeitungen von der Gestapo verhaftet wurde. Die Anklage lautete auf Landesverrat, weil Langerhans über Details der heimlichen Aufrüstung berichtet hatte. In chiffrierten Liebesbriefen an seine Freundin und spätere Frau Ilse Bloch[12] teilte Langerhans die inkriminierten Punkte mit, um mit Hilfe des Nachweises, daß die Informationen schon im Ausland gedruckt worden seien, die Anklage in Hochverrat umzuwandeln. Da Langerhans wußte, daß Korsch zu Brecht nach Dänemark geflüchtet war, gab er an, die Informationen stammten aus der Zeitschrift »Kronikken«. Korsch organisierte nun tatsächlich in Dänemark zusammen mit Harald Andersen-Harild eine fingierte Zeitschrift mit den 'gefährlichen' Meldungen.[13] In letzter Minute erreichte das Blatt den Gerichtssaal und verhalf zu dem 'Erfolg' einer 'nur' dreijährigen Zuchthausstrafe mit anschließender Deportation ins KZ Sachsenhausen. Dort freundete sich Langerhans mit Eugen Kogon an, an dessen »Frankfurter Hefte« er nach 1945 regelmäßig mitarbeitete.

Aber auch im Zuchthaus entwickelte er Kampfperspektiven, die Korsch in Paul Matticks Zeitschrift »International Council Correspondence« veröffentlichte und diskutierte.[14] Daß Langerhans emigrieren konnte, verdankte er dem Zufall der Hitlerschen Geburtstagsamnestie vom April 1939, der tatkräftigen Hilfe Ilse Blochs, dem Institut für Sozialforschung, dem Matteotti-Komitee und Korsch, der sich für ein US-Visum einsetzte. Über Belgien und Frankreich, wo er erneut in einem KZ interniert wurde, gelang ihm 1941 die Flucht in die USA. Hier nahm er die Diskussionen mit seinem 'Lehrer' Korsch wieder auf, v. a. über den Weltkrieg.[15] Die Haltung zum Krieg nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten hatte die antifaschistische Emigration gespalten. Ein großer Teil begrüßte Roosevelts Politik und beteiligte sich aktiv daran, während eine kleine radikale Minderheit mit den USA kein taktisches Bündnis für den Sozialismus eingehen wollte.

Langerhans entwickelte sich, geprägt durch seine Lagererfahrungen und aufgrund der Vorgänge in der Sowjetunion, politisch in eine scharf anti-stalinistische Richtung mit der Tendenz: erst Hitler, dann Stalin! Zusammen mit Ruth Fischer gab er die Korrespondenz »Network« heraus, die Informationen über das Netz der GPU zusammenstellte.[16] Er kündigte den antifaschistischen Konsens der politischen Emigration auf und plädierte 1944 für die rücksichtslose Entlarvung des stalinistischen Apparates auch in den USA.[17] Eine bis heute unveröffentlicht gebliebene Studie »How to overcome terrorism« zeigt indes, daß die vorausweisende Nähe von »Network« zur späteren McCarthy-Ära theoretisch unbegründet ist.[18] Obgleich Korsch mit beiden, Ruth Fischer und Langerhans, auch in dieser Periode freundschaftlich in Verbindung blieb, hat er bei aller Schärfe seines Anti-Stalinismus diese 'Kampf-Position', die häufig Züge bloßer Denunziation nicht überschritt und somit ein geheimes Bündnis mit der Kriegsmacht USA aufwies, nicht getragen. Das hat auch den persönlichen Kontakt abgeschwächt, der nach Langerhans' Rückkehr nach Deutschland 1956 fast völlig zerbrochen ist. Korsch war seit 1957/58 durch eine schwere Krankheit gezeichnet, die 1961 zum Tode führte. Langerhans lehrte von 1959 bis 1963 in Dacca, bis 1966 in Saarbrücken und bis zu seiner Emeritierung 1972 in Gießen Politische Wissenschaft. Ein langer Lebensabend war ihm nicht gegönnt: Seine durch KZ-Haft und unvorteilhafte Lebensweise angegriffene Gesundheit hat

schon 1976 seinem Leben ein Ende bereitet. Er blieb bis zum Schluß kritischer Marxist und Sozialist. Seine Persönlichkeit war in vieler Hinsicht schillernd. Aber seine Sensibilität für die Leiden in dieser Welt kommt in seinen scharfsinnigen analytischen Artikeln und Essays nur unzureichend zum Ausdruck. Ihr gab er Ausdruck in Gedichtform.[19]

Anmerkungen

1 Erich Gerlach: Karl Korsch und der Marxismus, in: Neue Kritik, Frankfurt/M., 18/1963; ders.: Karl Korsch's Undogmatic Marxism, in: International Socialism, London, 19/1964. Zur Korsch-Rezeption vgl. meinen Aufsatz Aspekte der internationalen Korsch-Rezeption, in: Michael Buckmiller (Hrsg.): Zur Aktualität von Karl Korsch, Frankfurt/M. 1981, S. 9–35.

2 SDS-Korrespondenz, Sondernummer 1966; diverse Nachdrucke, u.a. Heidelberg/Frankfurt/Hannover/Berlin 1969 und Amsterdam 1970.

3 Götz Langkau: Inventar Nachlaß Karl Korsch, IISG Amsterdam, 1975; ders.: Bemerkungen zum Korsch-Nachlaß und zur Korsch-Edition, in: Buckmiller (Hrsg.): a.a.O., S. 156–163.

4 Vgl. hierzu die Korrespondenz mit Bert F. Hoselitz, Paul Partos und Roman Rosdolsky, Nachlaß Karl Korsch, IISG Amsterdam.

5 Bertolt Brecht: Briefe 1913–1956, Bd. 1, hrsg. von Günter Glaeser, Berlin/Weimar 1983, S. 286; die erwähnte Beilage ist nicht überliefert.

6 Zur Korsch–Brecht Debatte vgl. den Argument-Sonderband 11: Brechts Tui-Kritik, Karlsruhe 1976; Klaus-Detlef Müller: Brechts Me-ti und die Auseinandersetzung mit dem Lehrer Karl Korsch, in: Brecht-Jahrbuch 1977, Frankfurt/M. 1977; Heinz Brüggemann: Überlegungen zur Diskussion über das Verhältnis von Brecht und Korsch. Eine Auseinandersetzung mit Werner Mittenzwei, in: Buckmiller (Hrsg.): a.a.O., S. 137–149.

7 Bertolt Brecht: Arbeitsjournal 1938–1955, hrsg. von Werner Hecht, Frankfurt/M. 1973, S. 280: *»Langerhans ist sympathisch wie je ...«.*

8 Heinz Langerhans: Der Lehrer, in: Buckmiller (Hrsg.): a.a.O., S. 150–155.; Bertolt Brecht: Über meinen Lehrer, in: ders.: Gesammelte Werke, Frankfurt/M. 1967, Bd. 20, S. 65f.

9 Zu Beginn der zwanziger Jahre bildete sich in Wien um den Philosophen Moritz Schlick ein Gesprächskreis, der, anknüpfend an die Ergebnisse der modernen Logik und u.a. der Relativitätstheorie, eine wissenschaftliche Gegenposition zur traditionellen schulphilosophischen Metaphysik entwickelte. Zusammen mit Hans Hahn und Rudolf Carnap formulierte Otto Neurath 1929 die Programmschrift »Wissenschaftliche Weltauffassung – der Wiener Kreis«; weitere wichtige Vertreter des »Logischen Empirismus« waren Herbert Feigl, Philipp Frank, Kurt Gödel, Victor Kraft und Friedrich Waimann. Ende der zwanziger Jahre formierte sich in Berlin die »Gesellschaft für empirische Philosophie«, deren einflußreichster Vertreter Hans Reichenbach mit seiner Zeitschrift »Erkenntnis« war. Korsch hielt in dieser Gesellschaft mehrmals Vorträge. Im Gegensatz zu den späteren Vertretern des »Logischen Empirismus« standen die Gründer politisch dem Sozialismus nahe und waren deshalb auch fast ausnahmslos 1933 zur Emigration gezwungen. Vgl. die hervorragende Einleitung von Rainer Hegselmann zu dem Band Otto Neurath: Wissenschaftliche Weltauffassung. Sozialismus und logischer Empirismus, Frankfurt/M. 1979 und die dort zitierte Literatur. Zum Einfluß des »Logischen Empirismus« auf Brecht vgl. jetzt die kenntnisreiche Studie von Lutz Danneberg/Hans-Harald Müller: Wissenschaftliche Philosophie und literarischer Realismus. Der Einfluß des Logischen Empirismus auf Brechts Realismuskonzeption in der Kontroverse mit Georg Lukács, die demnächst in einem Sonderband der Zeitschrift EXIL. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse erscheint.

10 Einige Exemplare dieser Zeitschrift sind erhalten im Nachlaß von Herbert Levi (London), einem langjährigen Freund von Korsch. Jürgen Stroech: Die illegale Presse. Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1979, S. 213 weist insgesamt 8 Nummern der »Nachrichten des Proletarischen Pressedienstes« nach.

11 Karl Korsch: Der Kampf gegen den Faschismus. Politische Losungen Anfang November 1933, in: Buckmiller (Hrsg.): a.a.O., S. 132 u. 136.

12 Ilse Bloch emigrierte 1933 nach Amsterdam, arbeitete dort als Sekretärin und unterstützte von dort die Aktionen für Langerhans. Sie selbst blieb auch nach Langerhans' Befreiung noch mehrere Monate in Amsterdam und fiel nach dem Einmarsch Hitlers in Holland den Nazis in die Hände. Sie wurde ins KZ Theresienstadt verschleppt, konnte überleben und ging 1945 in die USA zu Langerhans. Sie starb 1975 in New York.

13 Harald Andersen-Harild, geboren 1906 in Hannover; seine Eltern waren schon Kommunisten und gingen 1921 nach Kopenhagen. Andersen-Harild schloß sich 1924 einer kleinen oppositionellen rätekommunistischen Gruppe an. Nach 1933 war er eine wichtige Anlaufstelle für die illegale Arbeit deutscher Rätekommunisten. So kam auch Korsch mit ihm in Verbindung. Andersen-Harild half mit, die »Kronikken« bei einem schwedischen Syndikalisten zu drucken und anschließend nach Deutschland zu Langerhans' Anwalt zu bringen (Brief von Andersen-Harild an den Verf. vom 4.9.1978). Er starb im Juni 1980 in Kopenhagen.

14 Im Juli 1934 verfaßte Langerhans den Text »Die nächste Weltkrise, der zweite Weltkrieg und die Weltrevolution«, erschienen unter dem Titel »The Next World Crisis, the Second World War and the World Revolution« in: International Council Correspondence, Vol.I, Nr. 8/1935, S. 7–12; vgl. dazu die Kritik von Korsch: Remarks on the Thesis Regarding the Next World Crisis, Second World War and the World Revolution, ebd., S. 13–21. Vgl. dazu: M. Buckmiller/J. Kammler: Revolution und Konterrevolution. Eine Diskussion mit Heinz Langerhans, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung, Band 1: Über Karl Korsch, Frankfurt/M 1973, S. 279ff.

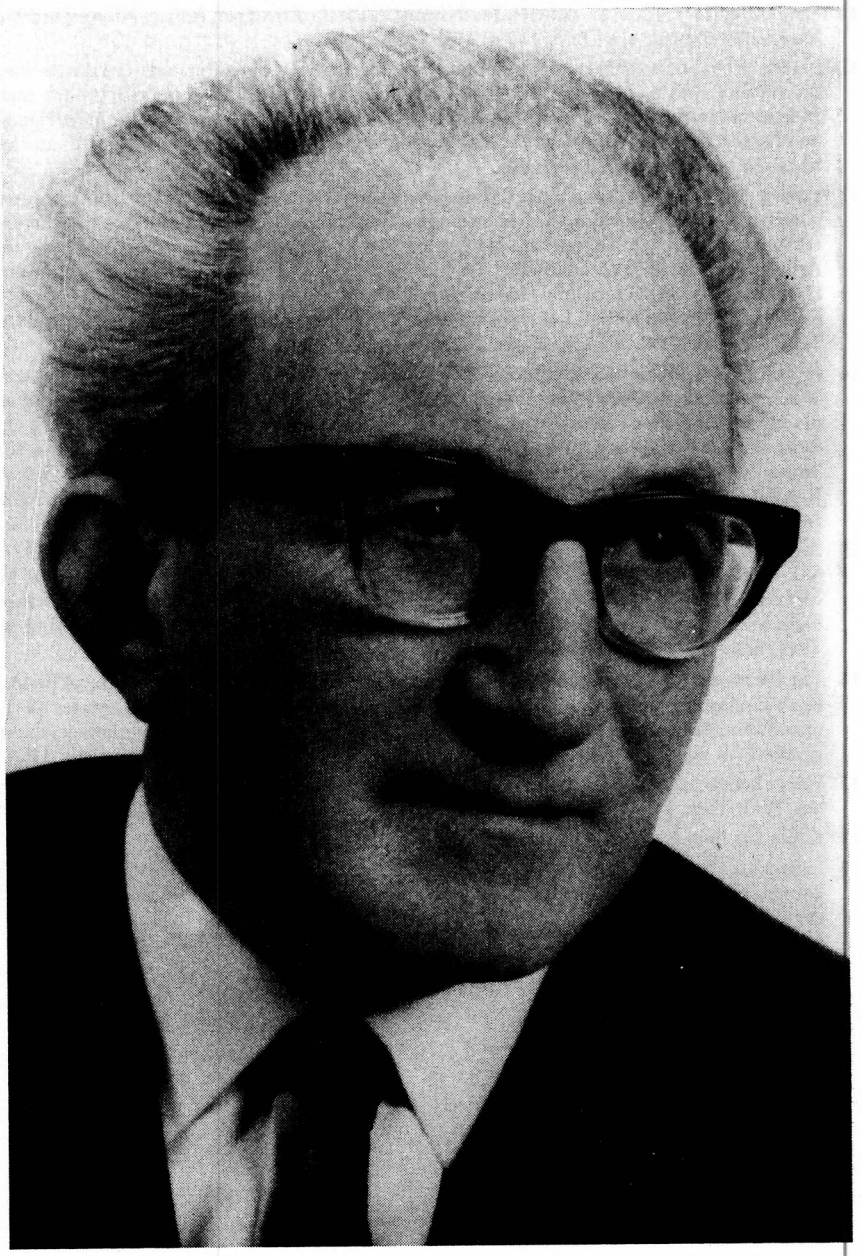
15 Alpha (d.i. Heinz Langerhans): Theses on the War, in: Council Correspondence, Nr. 3/1940, S. 1–7; ders.: The Historical Character of the War and the Task of the Working Class, in: Living Marxism, Vol. V, Nr. 1/1940, S. 44–59. Vgl. dazu beta (d.i. Karl Korsch): The Fight for Britain, the Fight for Democracy and the War Aims of the Working Class, in: Living Marxism, Vol. V, Nr. 4/1941, S. 1–6.

16 The Network. Information Bulletin about Stalinist Organizations and Organizational Forms, Ed. Ruth Fischer, A. Weingarten (ab Nr. 6 Heinz Langerhans), Januar 1944 – Dezember 1945. Ein unvollständiges Exemplar befindet sich in der New York Public Library, ein vollständiges Exemplar im Nachlaß von Ruth Fischer in der Houghton Library, Cambridge, Massachusetts, USA.

17 Heinz Langerhans: Das Ende der deutschen politischen Emigration. Ein Brief an einige Emigranten, New York, Juni 1944, hekt. 13 S. (Kopie aus dem Nachlaß Ruth Fischer beim Verf.).

18 Kopie aus dem Nachlaß Langerhans beim Verf.

19 Langerhans hat noch zu Lebzeiten Gedichte zusammengestellt, die aber nicht zur Veröffentlichung kamen, sondern nur unter Freunden zirkulierten: »Unsere Jahre« und »Anmerkungen und Lieder«, Mss. 23 S.



Heinz Langerhans

Heinz Langerhans

Das Buch der Abschaffungen

Bericht über nachgelassene Aufzeichnungen von Karl Korsch

Unter den nachgelassenen Papieren Karl Korschs fanden sich Aufzeichnungen zu einem Kernproblem des Marxismus und jeder sozialen Theorie, nämlich zu der Frage: wie werden soziale Veränderungen vollzogen, genauer: wie wird der Übergang von einem sozialen System zu einem anderen gemacht. Es sind stenografische Notizen – nach der Arbeitsweise des Verfassers –, die dann in Maschinenschrift übertragen wurden, 33 engzeilige Schreibmaschinenseiten. In der von Hedda Korsch besorgten »Bibliography, Writings of Karl Korsch« vom Juni 1962 sind sie zusammen mit »Einige Interessante Punkte« (weiteren Notizen zu dem gleichen Thema) als ein undatiertes Manuskript aufgeführt. Nur für »Einige Interessante Punkte« ist das Entstehungsjahr 1956 angegeben. Auf Seite 12 des Manuskripts findet sich als allgemeiner Titel: **»Das Buch der Abschaffungen«**, ein Anklang an Brechts »Buch der Wendungen«, was auf das dänische Exil 1935/36 deuten würde. Brecht erwähnte in einem Brief an Korsch, der (nach Uwe Johnsons »Nachbemerkung«*) wahrscheinlich aus dem Jahr 1937 stammt, sein erst jetzt aus dem Nachlaß veröffentlichtes »Büchlein mit Verhaltungslehren«, nämlich das Buch der Wendungen, an dem er hauptsächlich 1934–37, gelegentlich noch bis in die 40er Jahre arbeitete. Die häufigen Hinweise auf Marx' ökonomische Manuskripte 1857/58, deren deutsche Ausgabe 1953 (im Dietz Verlag) erschien, unter dem Titel »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie 1857/58« (russische Ausgabe 1939/41),[1] und die Korsch damals gesprächsweise oft erwähnte, verweisen auf die Mitte der 50er Jahre als Entstehungszeit der vorliegenden Arbeit. In jedem Fall sind diese Aufzeichnungen über »Abschaffungen« vor oder in dem Jahr 1956 entstanden. In der Bibliographie von 1962 haben sie den Titel **»Zeitalter der Abschaffungen«** erhalten.

Sie verdienten es wohl, wegen der vielen *»interessanten Punkte«* in vollem Wortlaut abgedruckt zu werden, was aber wegen ihres durchaus fragmentarischen und vorläufigen, ich möchte sagen: intimen Charakters nur mit Hilfe eingehender Annotationen geschehen könnte. Hier will ich nur den gedanklichen Inhalt referieren, und zwar ohne Rücksicht auf die – ohnehin unsichere – Reihenfolge, den die einzelnen Punkte in der maschinenschriftlichen Übertragung einnehmen, quer durch den mit vielen Einschiebseln, Hinweisen und Anmerkungen wuchernden Text und will durch ausgiebige Zitate einen ersten Eindruck von diesen Aufzeichnungen vermitteln.

Das Thema ist die Frage, was hat Marx gemeint, und was kann man im übrigen meinen, wenn von der *»Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise«*, *»des Wertes und der Preise«*, *»des Kapitals«*, *»der Arbeit«*, *»des Unterschiedes von Stadt und Land«*, *»des Staates«* die Rede ist. In einem *»Zusatz«* gibt Korsch folgendes Schema an: 1. Utopischer Sozialismus, 2. Spaltung in sozialistische Weiterentwicklung des Kapitalismus und abstrakten Anarchismus, 3. Die Abschaffungen, die die Anschaffungen sind.

Unter die Utopisten rechnet Korsch dabei auch *»zu einem bedeutenden Teil in seiner früheren*

* Bertolt Brecht, Me-ti, Buch der Wendungen, Frankfurt am Main 1965, Suhrkamp Verlag.

Periode« Marx; *»in geringerem Maße, aber immer noch zu einem bestimmten Teil«* ist der spätere Marx *»selbst als utopistischer Sozialist zu behandeln«*.
Bezüglich *»sozialistische Weiterentwicklung des Kapitalismus«* – der einen Seite der *»Aufspaltung«* – verliert der Gegensatz von vorrevolutionärem und nachrevolutionärem Reformismus – von nationalgeschichtlichen Situationsunterschieden abgesehen –, also der alte Revisionismus-Streit, das Gewicht eines prinzipiellen Gegensatzes, wie noch zu zeigen sein wird. Gegner der *»Sozialreform«* ist hier nicht *»die Revolution«*, sondern der *»abstrakte Anarchismus«*.
Und die *»Abschaffungen«*? ... *»vielleicht des Wertgesetzes als objektive, unbewußte Regelung der Produktionsverhältnisse«*? – *»Das Wertgesetz wird nach Marx auch nicht 'abgeschafft', es stirbt ab – mit oder ohne vorhergehende Zerschlagung seines organisatorischen Apparats. Proletarische Planung = bewußtes Wertgesetz und dann Absterben auch dieses proletarischen Plans mit Zwangscharakter. – Das Problem ist, soll ich hier auch die Aufhebung subjektivieren und aktivieren (als Abschaffung)? Abschaffung des 'Eigentums' ist offenbar illusorisch ... Abschaffung von Grundeigentum, Zins usw. sind bloße Veränderungen der Macht der verschiedenen Teile der Kapitalisten-Klasse, Ersetzung der privaten durch staatliche Produktion ist nur Herstellung des Gesamt-Kapitalisten.«* Die Abschaffungen sind Anschaffungen in dem Sinne, in dem Enteignungen Aneignungen sind.
Als das historische Modell sozialen Wandels wird – und dies ist der am vollständigsten ausgearbeitete Teil des Textes – der Übergang von der Grundrente zur *»kapitalistischen Grundrente«* behandelt. Ausgehend davon werden Wertgesetz, Monopole, Zins, Verstaatlichung, totalitäre Herrschaftsformen, Zwangsarbeit, die restaurative Phase der Revolution und implicite Revolutionstheorie, also auch der vorrevolutionäre und der nachrevolutionäre Reformismus verschieden ausführlich betrachtet.

Das Modell. Beim Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise trat an die Stelle der gesellschaftlichen Beziehungen, auf denen die Herrschaft der Grundeigentümer beruhte (Privateigentum an der Erde, der nicht-produzierten Produktionsmittel) die herrschende Stellung der Eigentümer der produzierten Produktionsmittel (Kapitaleigentümer), und die Grundrente wurde in die *»kapitalistische Grundrente«* umgewandelt, nimmt eine untergeordnete, abgeleitete Stellung in dem neuen System ein. Die Verwertung des Bodenmonopols wird auf der Basis der kapitalistischen Produktion weiterentwickelt. In Analogie dazu versucht Korsch sein Problem zu beantworten, das er wie folgt formuliert: *»... zu bestimmen suchen, was dieses Spezifische ist im Kapitalismus, was vorher nicht war (obwohl aus einem vorhergehenden entstanden) und was nachher nicht mehr sein, sondern durch etwas anderes ersetzt sein wird (wann auch immer das eintritt, z. B. nach der politischen Revolution, in der zweiten Phase usw.).«* Und: *»... wie vorher die Grundrente nicht 'abgeschafft' worden ist, sondern in eine 'kapitalistische Grundrente' umgewandelt wurde ..., so wird auch der industrielle (und agrar-industrielle) Profit nicht 'abgeschafft', sondern in etwas anderes verwandelt werden.«* (Beim Übergang zum *»Sozialismus«*).
Die kapitalistische Grundrente ist nicht in demselben Sinn *»Mehrwert«* wie der Profit. Als *»absolute Rente«* erhöht sie nach Marx die Preise. Als Differentialrente hindert sie nur den Preis eines bestimmten Bodenertrages, sich mit dem eines anderen auszugleichen. Die Konkurrenz der Grundeigentümer untereinander tritt zu der Konkurrenz der industriellen Kapitalisten hinzu. Sie nehmen also sozusagen an zwei Konkurrenzspielen gleichzeitig teil. Es handelt sich *»zwar noch um eine Verteilung des gesamten Mehrwertes ..., aber nicht mehr um eine bloße andere Verteilung des Gesamtprofites, abweichend von der allgemeinen 'Profitrate' (wie bei den gewöhnlichen Monopolen), sondern es handelt sich um die Aneignung eines zum Gesamtprofit (gleich Gesamtmehrwert!) hinzutretenden Extramehrwertes ...«* – *»Marx selbst betont bis zuletzt, wie*

schon in dem ersten Entwurf zur Kritik 1857/58, daß die (kapitalistische) Grundrente die einzige 'selbständige Wertschaffung des Kapitals' sei, durch die sich das Kapital nach den komischen Regeln der Dialektik erst wirklich als solches erweisen oder konstituieren soll (diese 'Dialektik' noch genauer zu untersuchen, zusammen mit den anderen Hegelschen Kategorien des Nichts, des Werdens usw.).« In Hegels Rechtsphilosophie § 343 heißt es: *»... seine* (des Geistes) *Tat ist, sich zum Gegenstand seines Bewußtseins zu machen, sich für sich selbst überlegend erfassen ... Und die Vollendung eines Erfassens ist zugleich seine Entäußerung und sein Übergang.«*[2] Daran anknüpfend Korsch: *»Etwas davon vielleicht in der merkwürdigen, bei Marx in der Grundrente als selbständige Wertschaffung des Kapitals vorkommenden Idee, daß die vollendete Entwicklung sich noch einmal außer ihr setzt. Das 'Grundeigentum' selbst in kapitalistischer Form wäre dann äußerst charakteristisch 'Restauration'!«* Eine rationellere Formulierung sei die These Karners und Renners[3], daß *»Funktionswandel«* zuletzt auch einen *»Normwandel«* bedingt. Hier werde das Zurückbleiben der Ideologie *»positiv gewendet, vorwärts, als neue Stufe«*; für die Revolutionäre war dies *»reformistisch«*, aber *»nach der Revolution beginnt die Evolution auch bei ihnen, z. B. das 'Absterben' der Klassen und des Staates«*.

Bei Waren, die einen Preis haben, aber keinen Wert, spricht Marx von der *»imaginären Preisform«*. Korsch merkt an: *»»Aber gleich hier heißt es, daß 'auch die imaginäre Wertform, wie z. B. der Preis des unbebauten Bodens ... (ein wirkliches Wertverhältnis! oder eine von ihm abgeleitete Beziehung) verbergen kann'. Formal leitet Marx diese imaginäre Preisform ab von etwas, was mathematisch kaum als 'imaginär' bezeichnet werden könnte, sondern nur als Nullpunkt oder vielleicht als Grenze.« – »Bei alledem bleibt es dabei, daß hiermit der Preis des unbebauten Bodens nicht zum Wert einer Ware gemacht wird, und auch der unbebaute Boden nicht zur Ware (geschweige denn zu Kapital). Er gehört (wie die von Marx hier auch genannten andern 'Dinge, die an und für sich keine Waren sind', 'z. B. Gewissen, Ehre, usw.') zu den Dingen, die 'ihren Besitzern für Geld feil sein können'. 'Und so durch ihren Preis die Warenform haben, ohne einen Wert zu haben'; 'ein Ding kann daher formell einen Preis haben, ohne einen Wert zu haben' usw. – Wie verträgt es sich damit, daß ... 1) ... irgendein industrieller Kapitalist, der Boden kauft ... oder auch nur Bodenprodukte kaufen und bezahlen muß, für das dafür verausgabte Kapital zunächst die durchschnittliche Profitrate ... beziehen würde. Daneben nun 2) der Verkäufer oder Verpächter des unbebauten Bodens bzw. ... der Produkte aus diesem 'Ding, das keine Ware ist und keinen Wert hat' ... noch ein 'kapitalistisches Einkommen' ... kriegt«*, also einen Teil des in der Gesamtsumme der Warenpreise enthaltenen Gesamtmehrwertes, den also der industrielle Kapitalist dadurch für ihn erheben muß, daß er zu diesem Betrage den anderen Kapitalisten gegenüber mehr als seinen durchschnittlichen Anteil an der allgemeinen Profitrate zurückbehält, bzw. daß bei der *»absoluten«* Rente alle Kapitalisten entsprechend weniger Profit machen. Einen Weg dazu scheint anzugeben der Übergang zum Geldkapital bei Engels in Band III des »Kapital«. Der Verleiher und der Borger, beide geben dieselbe Geldsumme als Kapital aus, dieselbe Geldsumme ist nun Kapital für zwei Personen. Sie funktioniert als Kapital für beide nur durch Teilung des Profits. Der dem Verleiher zufallende Teil heißt Zins. *»Allein dies Kapital existiert nicht doppelt.«* Den Zins, also den Preis des *»Geldkapitals«* bezeichnet Marx als eine *»irrationale Form«* des Preises, als *»durchaus im Widerspruch mit dem Begriff des Preises der Ware«* und dennoch, *»obgleich eine von der Ware grundverschiedene Kategorie«*, als eine Ware sui generis, deren Preis der Zins ist. Korsch merkt an: *»Vielleicht ist dies der Grund, warum Marx und Engels den Kredit schon als einen Schritt zum Sozialismus ansehen. Trotz der Ähnlichkeit dieses Gedankens mit dem von Proudhon ... Wirkliches und nicht nur 'an sich gemeinsames Kapital der Klasse'.«* Ferner: *»Interessant hier auch, daß Marx-Engels ... sagt, daß er hier absähe 1) von der historischen Präexistenz des zinstragenden Kapitals und des entsprechenden traditionellen Zinsfußes, 2) von dem viel größeren unmittelbaren Einfluß des*

Weltmarktes auf die Zinsrate als auf die Profitrate.« Und: Interessant ferner ... im zinstragenden Kapital erreiche das Kapitalverhältnis seine *»äußerlichste und fetischartigste Form«*, das zinstragende Kapital sei überhaupt die Mutter aller verrückten Formen.
»Nun also bei der Grundrente sagt Marx nicht oder kann nicht sagen, daß dieses Kapital nicht doppelt existiert, sondern die Geldsumme nun als Kapital für zwei Personen da ist. Er geht auf diese Fragen nicht wieder ein (vielleicht weil das Manuskript hier viel älter ist und Engels das Bedürfnis nicht gefühlt oder sich nicht getraut hat). Was könnte er sagen ...«
Kapital III, 2, S. 351:[4] *»Aber wie soll die Erde einen Wert haben, d. h. ein gesellschaftlich bestimmtes Quantum Arbeit schaffen und nun gar den besonderen Wertteil ihrer eigenen Produkte, der die Rente bildet?« »Die Erde ist z. B. als Produktionsagent bei der Herstellung eines Gebrauchswertes, eines materiellen Produkts, des Weizens tätig.« »Aber sie hat nichts zu tun mit der Produktion des Weizenwertes.«* Korsch: *»Die Rente hat doch eine Naturgrundlage; nicht nur, wie der Wert die Arbeit, sondern daneben auch die Existenz – vor und nach der Arbeitsleistung – des Bodens. Jede Ware hat ohnehin diese beiden 'natürlichen' Grundlagen, Boden und Arbeit; aber der Wert der Ware hat nur noch die Arbeit als Naturgrundlage; ebenso der Mehrwert, soweit er als 'Profit', 'Zins' usw. erscheint. Dagegen in einem anderen Sinn, sozusagen auf zwei Stufen der zusätzliche Mehrwert, der als Rente erscheint.«*
Richtig sei die Marxsche Aussage, daß das Monopol des Grundeigentums nicht nur eine historische Voraussetzung, sondern wegen der Expropriation der Masse des Volkes von Grund und Boden eine *»fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise«* sei. Marx versuche zu sagen, daß die kapitalistische Produktionsweise andererseits dann *»den Grund und Boden als Arbeitsbedingung gänzlich vom Grundeigentum und Grundeigentümer trennt«*. Grundeigentum sei nun eine rein ökonomische Form. Vermittels seines Monopols erhebe der Grundeigentümer eine bestimmte Grundsteuer vom industriellen Kapitalisten, vom Pächter. Also scheint die Monopoltheorie doch die endliche Lösung für Marx zu sein. Jedoch sei Monopol nicht gleich Monopol. In der industriellen Produktion wird die Preis- und Profitbildung vom Monopol verändert.
Es sei schwer zu sehen, wie sich z. B. die allgemeine Profitrate bzw. die Produktionspreise *»durch die Konkurrenz«* bilden sollen. *»Hier gilt wirklich, daß die Konkurrenz das Monopol voraussetzt, bzw. selbst Monopol ist. Nur eine imaginäre, bürgerlich gesehene freie Konkurrenz könnte evtl. das leisten, daß das Wertgesetz auch die Masse des angewendeten Kapitals und die pro 100 darauf entfallende Profitrate beherrscht. Und wenn sie es täte, bliebe es doch unerkennbar.«*
»Es scheint, daß Marx die Monopole ohne Naturgrundlage als nicht fixierbar betrachtet und als bloße vorübergehende Störungen und Unregelmäßigkeiten ansieht. Und die natürlichen sieht er nur im Boden ... allenfalls noch ... in der potenzierten Arbeit. (Er verwendet dasselbe Wort für Bodenbedingungen und für Arbeit) ...«
»In Wirklichkeit dringt auch das Bodenmonopol überall durch ...«
»Ohne Preisschwankungen, vorübergehende Preisunterschiede kein Markt. – Ohne Grundeigentum, Grundrente vielleicht keine kapitalistische Produktionsweise im ganzen; aber sonst ist es schwer«, das Bodenmonopol und die Grundrente *»als Entwicklungsformen der kapitalistischen Produktionsweise anzusehen. Hier das wirkliche Problem! Hat Marx am Ende recht?«*
Die Hauptpunkte der Marxschen Grundrententheorie, die Korsch hervorhebt, können wie folgt zusammengefaßt werden:

1) Das Bodenmonopol ist nach Marx eine historische Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise und bleibt eine fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.
2) Die Grundrente wird zu einer *»rein ökonomischen Form«* dadurch, daß der Grund und

Boden als eine materiale Arbeitsbedingung vom Grundeigentum und dem Grundeigentümer getrennt wird.

3) Sie ist die *»einzige selbständige Wertschaffung des Kapitals«*.
4) Sie erscheint *»sozusagen auf zwei Stufen«*, als *»zusätzlicher Mehrwert«*.
5) Der Verkäufer oder Verpächter unbebauten Bodens bezieht zunächst die durchschnittliche Profitrate für das verausgabte Kapital und daneben einen Teil des Gesamtmehrwertes, *»eine bestimmte Grundsteuer«*, die der industrielle Kapitalist für ihn erheben muß.
6) Marx gibt als Beispiel für das, was er die *»imaginäre Preisform«* nennt (Preise von Waren, die keinen *»Wert«* haben) den Preis des unbebauten Bodens an und sagt, auch die imaginäre Wertform kann ein wirkliches Wertverhältnis oder eine von ihm abgeleitete Beziehung verbergen. Damit wird aber der Preis des unbebauten Bodens nicht zum Wert einer Ware gemacht, und auch der unbebaute Boden nicht zur Ware, geschweige denn zu Kapital.

Anwendung des Modells auf die Werttheorie. In bezug auf die Grundrente, wie auch sonst, ist der Ansatz der Marx-Kritik dessen *»übliche metaphysische Trennung von Wert und Wertgröße«*, zu der die Trennung von absoluter Rente und Differentialrente, von Existenz der Rente und Größe der Rente eine Parallele bilden.

»Wie wäre das Kapital geworden, wenn Marx sich nur mit dem Wert, nicht mit der genauen Bestimmung der Wertgrößen beschäftigt hätte?« – »Wenn Marx, wie die Physiokraten, sich auf den Wertbegriff konzentriert hätte – und die Größenverhältnisse nur für den Gesamtprozeß, wie im 'Tableau économique' ((berücksichtigt hätte)), so wäre seine 'Philosophie' unanfechtbar; sie ginge dann über die Kritik des Fetischismus geradeswegs zur Aufhebung der Ökonomie in der Sozialwissenschaft, wo auf Hegelsche Weise der geschichtliche Prozeß der Vergesellschaftung ... mit der Theorie zusammenfiele. Aber vielleicht wäre wirklich eine solche Philosophie, wie die Hegelsche, erst vom Standpunkt der Vollendung aus durchzuführen? Mir scheint, Marx wie die utopischen Sozialisten geht über die bloße Kritik doch hinaus. Oder soll man sagen, seine Kritik des Fetischismus bleibt philosophisch, kann mit Bezug auf die noch bestehende kapitalistische Produktionsweise nicht wissenschaftlich durchgeführt werden, und darum sind alle seine Berechnungen über die Wertgröße, alle seine Ableitungen der wirklichen Produktionspreise und Profite, und der letzten Erscheinungen wissenschaftlich ohne Ergebnis? – 'Endlich sind wir angelangt bei den Erscheinungsformen', sagt Marx in dem Brief an Engels[5] und setzt dagegen nur noch ganz abstrakt den Klassenkampf – ebenso im letzten Kapitel von 'Das Kapital' Bd. III (eine merkwürdige Koinzidenz!). Wenn wir endlich bei den Erscheinungsformen anlangen, so haben wir keine revolutionäre Theorie. Beziehungsweise wir haben sie nur für den Kapitalismus als eine fortschrittliche Entwicklung (Dies scheint mir heute abend in großer Müdigkeit immerhin ein Ergebnis).«

»Irgendwo unterscheidet Marx auch (wie in anderer Form und vielleicht zu anderen Zwecken schon Adam Smith getan hat) zwischen 1) der Arbeit, die in die Ware hineingegangen ist ... ((und)) 2) der Arbeit, die in die als Austausch dafür gegebene Ware, z. B. Geld gegangen ist ... Sehr spielerisch sagt dann Marx noch einmal: 'In diesem Verhältnis (Austauschverhältnis einer Ware mit der außer ihr existierenden Geldware) kann sich aber ebensowohl die Wertgröße der Ware ausdrücken als das Mehr oder Minder, worunter sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist.' Es sei dies 'kein Mangel der Preisform selbst', sondern 'macht sie umgekehrt zur angemessenen Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blind wirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann' (recht schön, solange es sich wirklich um 'Durchschnitt' handelt und der Wert sich als durchschnittlicher Preis durchsetzt. Dies tut er nachher wiederum gerade nicht. Produktionspreise sind grundsätzlich verschieden von Durchschnittspreisen und nur allenfalls – dies aber noch genauer zu untersuchen und z. B. bei der Rente und absoluten Rente nicht zutreffend –

wird die Summe der Produktionspreise gleich der Summe der Werte). NB. Das könnte auch der Fall sein, und darum brauchte der Preis doch nicht den Durchschnitt des Werts einzelner Waren, Gruppen von Waren oder irgendwelcher Teile der Gesamtmenge aller Waren darzustellen! – Beim Übergang zu Zero spricht dann Marx wieder von einem Übergang von der 'quantitativen Nichtdeckung von Wertgröße und Preis' zu einem 'qualitativen' Widerspruch. (Hier fügt er also zu einem nicht erklärten Phänomen eine überflüssige, nichts erklärende Erklärung).«

Dies bezieht sich auf folgende Stelle in »Das Kapital«, Bd. I, Kapitel 3, S. 110 (der von Korsch besorgten Ausgabe von 1932):*[6] *»Die Preisform läßt jedoch nicht nur die Möglichkeit quantitativer Nichtdeckung von Wertgröße und Preis, d. h. von der Wertgröße und ihrem eigenen Geldausdruck zu, sondern kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Wertausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Wertform der Waren ist.«*

Korsch fährt fort: *»Das einzig Richtige, was Marx hier hätte sagen sollen, erscheint nebenbei oder nachträglich (wie bei Hegel, den Marx darum besonders in der Kritik des Hegelschen Staatsrechts, aber doch auch später bis zu Ende scharf kritisiert hat!), indem er sagt, daß: wenn eine Tonne Eisen z. B. mit einer Unze Gold austauschbar ist, dies zwar*

1) die Unze Gold 'unmittelbar austauschbar mit Eisen macht, aber nicht umgekehrt

2) das Eisen unmittelbar austauschbar mit Gold'«.

Marx sagte (S. 109 a. a. O.),[7] der Preis sei als Ausdrucksform der Wertgröße der Ware zwar der Ausdruck ihres Tauschverhältnisses mit Geld, aber darum doch nicht auch umgekehrt *»notwendig«* der Ausdruck ihrer Wertgröße.

»Konstituierung« und *»Realisierung«* des Wertes der Ware. Die *»Realisierung zerfällt in zwei Phasen, W – G (Ware – Geld) und G – W; und wenn man auch die dazwischenkommende Ware Geld als die 'konstituierende' Ware ansehen könnte, so würde dabei immer noch nicht herauskommen, daß der Wert der Ware bestimmt wird durch, was sie kauft, sondern erst durch die Vollendung des Austauschs zweier Waren im zweiten Akt G – W. [Es entsteht auch leicht die Versuchung, den Wert anderweit 'zu konstituieren', z. B. durch Weglassung des Wertes, der nicht mit dem Lohn bezahlten Arbeit (der Mehrarbeit), oder umgekehrt, jeder Ware das M (den Mehrwert) in einer bestimmten Höhe zuzusprechen, ehe sie ihren Wert im 'Austausch' realisiert hat. Daraus entstand der Unsinn des 'Arbeitsgeldes' und das 'Wertgesetz' verlöre seine Funktion als 'Plan' (als Organisierung der Tauschwirtschaft). – Hier ist der eigentliche Antipode weder Adam Smith noch Malthus, sondern Proudhon; wenn es gegenüber den Klassikern nur als ein Wertstreit erscheint, erscheint es hier als eine Differenz über den Ansatzpunkt für die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch die Umwandlung der 'Produktionsverhältnisse'].«*

Anwendung auf Fragen der Verstaatlichung. Marx und später Lenin und die bolschewistischen Theoretiker akzeptierten die These, daß bei einer Verstaatlichung des Grund und Bodens die Grundrente weiter besteht; der Staat nehme sie nun in Empfang, dem der ganze Boden gehört. Die kultivierbaren Flächen werden an Privatleute verpachtet, die genügend Kapital zu ihrer Ausbeutung besitzen. Aber wenn man den Fetischismus abstreift, so hatten die Nachfolger gar kein Kapital, sondern sie nahmen nur eine bestimmte gesellschaftliche Stellung ein. Marx habe dies die *»wahre Konsequenz Ricardos«* genannt.

»Was besagt dies für die Folgen der Verstaatlichung des Kapitals, wie heute in Rußland, aber auf andere Weise zunehmend überall? Der Profit ... wird nun eingezogen von den Funktionären des neuen Staates, denen bestimmte Teile des 'Gesamtkapitals' (des sogenannten gesellschaftlichen

* Im Gustav Kiepenheuer Verlag Berlin.

Gesamtkapitals) ... zur verantwortlichen Verwaltung übergeben werden, gleichviel unter welchen Bedingungen das geschieht.« »Das Grundeigentum war auch mehr wert, also erst recht der Mehrwert, aber nur das umgewandelte Grundeigentum, die moderne Grundrente ist spezifisch kapitalistischer 'Mehrwert', so also auch nur der umgewandelte Profit ein sozialistischer Mehrwert – Marx: Mehrarbeit muß immer sein ...«

»Wir könnten etwa den Vergleich genauer passend machen, wenn wir einfügen, daß die Verstaatlichung des Grund und Bodens in der kapitalistischen Produktionsweise dann doch nicht stattgefunden hat, vielleicht nicht stattfinden konnte. Warum nur? Was sagt oder impliziert darüber Marx? Und daß also die von Cherbuliez (indirekt Ricardo, hypothetisch oder nur als 'Konsequenz Ricardos': Marx) gekennzeichneten Konsequenzen jetzt eintreten: 1) unerhörter Aufschwung der von jeder 'Fessel' befreiten Industrie, jetzt, nach der Industrialisierung der Landwirtschaft, aller Produkte; 2) unerhörte Reduzierung der alten sozialen Unterschiede zu der einfachen Klassifizierung der Menschen in 'Reiche und Arme' (Cherbuliez). Jetzt: Staatsbesitzer und Staatsarbeiter (Staatsproletarier). Z. B. fällt die Schranke, die für den Kapitalismus in der Idee und tendenziell auch tatsächlich, wenigstens in den herrschenden kapitalistischen Ländern die Zwangsarbeit (Sklaverei) ausschloß, – überhaupt alle sogenannten Rechte des Individuums, überhaupt 'das Individuum' als solches (andere Wege, später zu untersuchen, den über den Kredit, die Aktiengesellschaft, den Weltmarkt – im Grunde aber schon durch die Konkurrenz der Kapitalien). Diese ganze Geschichte ist aber 'zu konsequent' und beruht zu sehr auf Analogie, um empirisch geschichtlich wahr zu sein (oder wenn sie, wie in Rußland, wahr wird, so ist das dann, realistisch-historisch gesprochen, nicht mehr entsprechend der Marxschen Theorie).«

»Es ist aber diskutierbar, ob an dieser Stelle dann schon der Mythos auftritt – Ideen und Symbole, die so sorgfältig von jeder unmittelbaren oder auch nur aus den unmittelbaren Wirkungen dieser Revolution empirisch als ihre Fortsetzung ableitbaren Verwirklichung abgeriegelt sind, ... für deren Verwirklichung besonders keine Klasse mehr gezeigt wird, auch kein Embryo für eine künftige Klasse, die in ihrem eigenen Interesse zu dieser neuen Stufe fortgetrieben werden wird durch die dann herrschenden Verhältnisse.«

»Marx müßte erklären, warum bei den Mill usw. die Forderung der Verstaatlichung des Bodens eine bloße Utopie war, wieviel mehr die ökonomische Produktion anderweit große Veränderungen vorher und gleichzeitig durchmachen müßte, damit dies ausführbar würde, – wenn man es dann noch auszuführen brauchte!« – »Hierüber sehr gut Lenin, der sagt, daß nur vorübergehend, nur solange der Kapitalismus noch nicht vollständig entwickelt war, die Abschaffung des Bodenmonopols für kapitalistische Produktionsweise erstrebenswert war. Später, bei industrialisierter Landwirtschaft, kein Interesse mehr daran.«

»Es ließe sich aber eine Vermittlung denken. Die Verstaatlichung des Bodens könnte einen realistischen Sinn unter Umständen haben, indem sie so etwas wie ein gemeinsames kapitalistisches Interesse für das Industriekapital (samt Handels- und Geldkapital) verträte: 1) gegenüber dem großen Grundeigentum als positive Kraft (antifeudal), 2) gegenüber den Bauern negativ als Fortsetzung und Vollendung der 'ursprünglichen Akkumulation'.« Bei Beibehaltung kapitalistischer Formen würde die Grundrente nur auf den Staat übertragen werden. Verstaatlichung des Bodens in der Sowjetunion ist ein Modell aller Verstaatlichungen und ihrer Probleme. Die Grundrente wurde im Kapitalismus nicht *»abgeschafft«*. Ebensowenig in der Sowjetökonomie.

»... bei Durchführung der Kritik des Fetischismus« sind *»die Beziehungen des Grundeigentümers, bzw. das noch Unnennbare, was man als 'ökonomische', jedoch jetzt als auch gesellschaftlich erkannte Grundlagen dieser rechtlichen Beziehungen herausheben kann, (werden) dafür entscheidend, daß er dieses besondere Monopol hat – was er z. B. auch nach Marx, soviel ich sehen kann, nicht mehr hätte, wenn der Boden nach den Vorschlägen von Mill usw. verstaatlicht wäre.«* Es han-

dele sich aber nicht um juristische, sondern durchaus um die ökonomischen Bedingungen der gewandelten Verwertung dieses Monopols. Lenin habe gut zwischen Eigentum und ökonomischen Beziehungen unterschieden. *»Marx sagt häufig, daß die Distribution der Produktionsinstrumente usw. eigentlich ein 'Moment der Produktion' sei. Vielleicht könnte man ebenso sagen (auch Marx Einleitung XXXII–XXXIII)*[*] *von den die Distribution der Produktionsmittel bestimmenden Staats- und Rechtsverhältnissen; sie wären insofern nicht Überbau, und Zusammenhang nur im organischen Ganzen; sondern ein 'Moment der Produktionsweise'. Anderes gilt für die gesetzliche Regelung der Distribution der Produkte, die nur ein Resultat der Distribution der Produktionsinstrumente ist«*, – Resultat der grundlegenden Staats- und Rechtsverhältnisse.

Das »Gespenst des Kommunismus«. Totalitäre Herrschaftsformen. Der Kapitalismus vergesellschaftet die Arbeit. Arbeit ist nicht mehr individuell, sondern sie ist *»ein nicht mehr abzulehnender Bestandteil der gesellschaftlichen Arbeit geworden«*. Dabei bildet sich *»eine bestimmte, mit dieser Art Arbeit gegebene Hierarchie unter den Arbeitern (weiterhin unter allen an der Produktion im weitesten Sinne Beteiligten)«.*

»Marx selbst, noch mehr später Lenin, überbetont die Notwendigkeit der Leitung, der Direktion (vom Kapellmeister bis zum militärischen Kommandeur) und wohl auch, obwohl weniger betont, die ganze dazwischen geordnete untere und mittlere Hierarchie (ohne die die moderne Großproduktion, zeitlos gesprochen, nicht möglich ist). Die Qualifikation der neuen Funktionäre in unserem Gleichnis ist also wohl, daß sie eine solche Funktion erfolgreich ausführen können (Beweis alle Spez, alle Organisatoren durchaus heute durch den Success zu bestimmen; und im alten China durch Examen). Es gehört dazu wohl unter allen Umständen, daß sie das an die Stelle des kapitalistischen Risikos getretene neue Risiko übernehmen (das mehr der alten Heeresorganisation ähnlich ist): Befehle auszuführen mit Initiative, unter eigener Verantwortung.

Weiter geht aber die kapitalistische 'Wissenschaft' nicht. Hier fängt dann unbedingt der Mythos an, und nachdem die Praxis der Revolution diesen Punkt erreicht hat, verwandeln sich beide, Theorie und Mythos in ein durch veränderte Bedingungen nicht mehr verändertes Dogma. Und in eine für jeden unmittelbaren Zweck brauchbare und gebrauchte Ideologie. (Heteronomie der Zwecke). Was Marxismus ist, bestimmt jetzt eine Willensentscheidung, ein Dekret (oft vorausgenommen durch den Apparat, ausnahmsweise mit Rückwirkung durchgesetzt in einer 'Krise', wo viele bankrott machen und eliminiert oder zurückgestellt werden, wir können sogar sagen: 'normalerweise' (daher 'Krise'): die Willensentscheidung ist nicht idealistisch bestimmend, auch nicht individuell, sondern kollektiv; sie ergeht im Zusammenhang mit der vorhergehend und der gegenwärtig vorausgesetzten Entwicklung, der früheren Entscheidungen und eines allgemeineren 'Plans'. So bildet sich zugleich ein bestimmter Charakter der bürokratischen Kooperation heraus, wie im Jesuitenorden, in der Armee oder in der Bürokratie, der öffentlichen wie der privaten, im Kapitalismus).«

»Der einfachste Fall einer solchen 'Krise' besteht vielleicht darin, daß es 'objektiv' mehrere einander ausschließende, vielleicht zwei solche Entscheidungen gibt. Bzw. eine kompliziertere Verbindung von Elementen beider, wenn eine große Entscheidung vermieden oder vertagt, und also jetzt erst vorbereitet wird, vielleicht nur tentativ vorbereitet. So können in der Bürokratie Unstimmigkeiten entstehen; Embryos von Fraktionen und vielleicht wirkliche, unter Umständen auch eine erfolgreiche Rebellion oder Spaltung. 'Mißverständnisse' sind hier, wie auch sonst meistenteils, dasselbe oder schlimmer als bewußte Insubordination. Interessant auch der Fall, daß für tentative Zwecke

* Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, Neue Zeit XXI, I 1903.

Sündenböcke geschaffen werden (willige 'Prügeljungen' kommen wohl nur für unwichtige Dinge vor, bei wichtigen wird ihnen ihr Leben zu lieb sein). Oder noch feiner: man weiß schon, daß eine Maßregel zwar allenfalls durchgeführt werden kann, aber ein bestimmtes Maß von Gegenstimmung auslösen wird; für diese schafft man das Opfer, das man ihr als Fraß vorwerfen kann. The king can do no wrong; der 'verantwortliche' Minister im bürgerlichen konstitutionellen Parlamentarismus;« und stufenweise hinab wiederholt das die ganze Bürokratie.
»Ein weiterer Schritt ist die Vulgata, die heilige Schrift im Urtext zu lesen (oder auszusprechen) wird Ketzerei. Es gibt nur noch die wechselnden Auslegungen.«
»Bei alledem helfen ganz wesentlich die Gegner. Z. B. sagt Ivor Thomas (1949),[9] im Sozialismus (Marxismus) bestehe eine absolute 'Arbeitspflicht'. Schließlich war auch schon Eugen Richter hilfreich, wenn er den sozialistischen Staat als einen Zuchthausstaat bezeichnete.«
wirkliche Tötung seiner lebendigen Gestalt. Aber auch die Enthüllung seiner wirklichen Gestalt kann Totes nicht wieder lebendig machen. Sie vernichtet nur den letzten Rest seiner Wirkung und offenbart die selbständige Wirklichkeit des 'Gespenstes'.«

Abschaffung des Staates. Die Zerschlagung des bürokratisch militärischen Staatsapparats war bei Marx eine Folge der Demokratie. Die erwartete Diktatur des Proletariats – *»kein eigentlicher Staat mehr«* – hatte einen *»nicht ganz staatlichen Charakter«*, war als Übergang zum *»Absterben des Staates«* aufgefaßt, allerdings in zwei Phasen. Die *»Zwei-Phasen-Theorie«*, die vor das *»Absterben«* noch eine besondere Übergangsphase vorschaltet (*»bei Stalin: Schaffung eines neuen Staates, angeblich von Lenin, Anmerkung zu Band VII, S. 443 oben«**; Stalin: der proletarische Staat sei *»die höchste Stufe des Staates«*), ist für Korsch der Haupt-Ansatzpunkt seiner Deutung und Kritik.
In einem Anhang gibt Korsch *»einige Glossen und Hegelzitate«*. Er erinnert – in einer positiven Deutung – in Bezug auf Marx' Vorstellung vom *»Absterben«* an Hegels *»Maulwurf, der von unten wühlt«*. *»Hegels Vorstellung, daß etwas, indem es sich seiner selbst bewußt wird, gerade dadurch etwas anderes wird. Und die andere, vielleicht wichtigere, mystische Vorstellung von dem 'Maulwurf, der von unten wühlt' richtiger: gewühlt haben wird! – Erstens: Vorrede zur Rechtsphilosophie S. 17: Als der Gedanke der Welt erscheint sie (die Philosophie) erst in der Zeit, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertiggedacht hat, ... Und ebenso vorher die Würdigung Platos, Seite 13 und 14 (daß Plato das damals in die griechische Sittlichkeit eingedrungene tiefere Prinzip der 'freien unendlichen Persönlichkeit ... nicht nur als Verderb erscheinen konnte', welches er 'nur durch eine äußere besondere Form jener Sittlichkeit zu bewältigen sich ausdachte'.*[11] *– Hierzu vielleicht z. B. die Bemerkung, daß gegenüber Rußland der alte Katholizismus schließlich noch bewußte Freiheiten, Grenzen des Staats, freie Lohnarbeit statt Zwangsarbeit verteidigen«* kann ? – *»Zweitens: Zu dem 'Maulwurf, der von unten wühlt' wäre vielleicht zu bemerken, daß die Hauptsache hierin wohl ist, daß es etwas wirklich Künftiges sein muß und nicht wie Freiheits- und Wartburgfest ein schwacher Nachklang der französischen Revolution. Es ist daran zu denken, wie viele Jahrhunderte, wie viele zerstörte Reiche noch dazwischen lagen, bis nach dem vollen Untergang von Platos Welt jenes tiefere Prinzip sich in einer wirklichen Gestalt entwickelte. – Hierzu also vielleicht die Zwei-Phasen-Theorie, das 'Absterben' usw. bei Marx, Engels und Lenin.«*
An der bereits zitierten Stelle des Textes, wo davon die Rede ist, die Praxis der Revolution

* Lenin, Gesammelte Werke, russ.

erreiche einen Punkt, bei dem der Mythos anfängt, und nachher Theorie und Mythos zum unveränderlichen Dogma erstarren, zu einer beliebig verwendbaren Ideologie, abgeriegelt *»von jeder ... aus den unmittelbaren Wirkungen dieser Revolution empirisch als ihre Fortsetzung ableitbaren Verwirklichung«* und auch keine soziale Klasse mehr, die durch die herrschenden Verhältnisse fortgetrieben wird, als Träger der Verwirklichung angegeben wird, – an dieser Stelle fährt der Text fort: *»... denn wir dürfen doch nicht annehmen, daß Marx, Lenin usw. mit Bewußtsein eine zweite Revolution gegen ihre eigene Gesellschaft begründen wollen (Hegel vermied dieses Paradox durch den 'Maulwurf, der von unten wühlt' – aber für ihn war ein solcher Maulwurf schon die Fortsetzung und Vollendung der bürgerlichen Revolution, schon ihre Wiederaufnahme 1830!) (auch Lenin hat zwar nicht eine Revolution, aber eine Evolution dieser Art einkalkuliert; er wollte die Diktatur so einrichten, daß dieser künftigen Entwicklung nicht der Boden genommen würde – aber Lenin war insofern noch ein Liberaler).«*

An anderer Stelle setzt Korsch – kritisch – die Zwei-Phasen-Theorie in Verbindung mit der Marxschen Aussage: Arbeit bleibe immer ein Reich der Notwendigkeit. *»Erst jenseits dieses ((Reichs beginne)) das Reich der Freiheit.«* Die Zweideutigkeit dieses Jenseits sei *»besonders verbunden mit der Zwei-Phasen-Theorie«* des sterbenden Staates.

In dem Abschnitt des Textes, der mit *»Abschaffung des Staates«* überschrieben ist, enthalten die Aufzeichnungen nichts Ausgeführtes. Sie geben nur Stichworte und Quellenhinweise.

Abschaffung der Arbeit. Korsch macht dann einen zweiten Ansatz, den von der Arbeit her: *»Marx sagt (1858 ausdrücklich,*[12] *später mehr indirekt), daß mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus die Arbeit aufhört, die Grundlage zu sein, an ihre Stelle tritt das Maschinenwesen oder das fixe Kapital, seine Akkumulation und organische Entwicklung. Es gibt überhaupt keine individuelle Arbeit mehr, sondern nur noch gesellschaftliche, durch die Maschinen usw. bedingte und formbestimmte. Andererseits der Reichtum der Gesellschaft besteht (tendenziell, gleichviel wann erreicht, vor oder nach der Revolution) nicht mehr in dem Wert der Waren, sondern in der disponiblen Zeit, die sie schafft.«* Marx *»spricht aber nicht mehr wie in seiner frühesten Periode positiv von der 'Abschaffung der Arbeit'. Arbeit muß immer sein und auch: 'Mehrarbeit muß immer sein.' Nur jetzt in menschenwürdigerer Form und so, daß die Entwicklung des Individuums und der Produktivkräfte nicht mehr dadurch verhindert und unterbunden sind. – All dies erreicht nach ihm schon der Kapitalismus, wenn auch in gegensätzlicher Form ...«*

Nach Marx' Manuskripten von 1857 und 1858[13] hängt *»der wirkliche Reichtum der Gesellschaft«* nicht mehr von der Länge der Mehrarbeit ab, sondern von ihrer Produktivität, Marx *»denkt dabei mehr an den Fortschritt, d. h. an die ständige Erweiterung des Produktionsprozesses als an den wirklichen Reichtum ..., an die Freiheit«*. Er hat seinen Standpunkt in Bezug auf die Abschaffung der Arbeit eingeschränkt. Kapital III, S. 355,[14] findet sich bei der Darstellung des Reichs der Freiheit nur noch ein Überrest davon.

Im Gegensatz zur Antike, zu Aristoteles, für welche Arbeit nur als Sklavenarbeit existierte, sprechen Proudhon (und mit ihm Marx) von der Würde der Arbeit. *»Die Arbeiter haben nicht umsonst die harte Schule der Arbeit durchgemacht.«* Aristoteles sah unfreie Arbeit als ein Übel an, als Unfreiheit, als Fessel der Entfaltung und Entwicklung von Individuum und Gesellschaft. Später auf alle *»Arbeit«* angewandt, weil sie spezifisch nur so existiert, und weil Arbeit überhaupt im Gegensatz zum *»freien Spiel der Kräfte«* steht.

»Einige Utopisten, die englischen christlichen Sozialisten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und einige moderne Fanatiker der 'wissenschaftlichen Betriebsorganisation' wollten alle Arbeit in freie Selbsttätigkeit verwandeln (sie so darstellen). Hierher gehört auch Hendrik de Man 'Über die Arbeitsfreude' und als Randerscheinung Lenins 'Kommunistische Samstage', auch der

Psychologe ((Kurt)) Lewin ... Als Karikatur, die heutigen sozialistischen Wettbewerbe, Stachanovizen usw.«.[15] Umgekehrt wird in Systemen totalitärer Herrschaft auch die freie Selbsttätigkeit in fremdbestimmte Tätigkeit umgewandelt, die Freizeit gestaltet.
Marxens Behauptung: *»Mehrarbeit muß immer sein«*, ist falsch. *»Wenn genug Mehrarbeit geleistet ist, braucht nicht mehr zusätzliche Produktion zu sein als die freie Selbsttätigkeit darbietet. Umgekehrt, es tritt ein, was die Utopisten und ganz früh auch Marx gesagt haben: auch notwendige Arbeit braucht nicht zu sein. Die Arbeit wird abgeschafft.« – »Der Marxsche Satz 'Mehrarbeit muß immer sein' usw. ist parallel zu dem Ausspruch von Moltke: der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner. – Uralte (wie mittlere und neue) Verwünscher der menschlichen Freiheit und des menschlichen Glücks sprechen von der notwendigen Unfreiheit und vom notwendigen Leid der Arbeit.«*

Nachbemerkung des Berichterstatters. Die Aufzeichnungen – Vorarbeit zu einem Projekt, das nicht mehr zur Ausführung kam – sind, wie man bemerkt haben wird, der innere Dialog eines Marxisten mit seinen Klassikern, mit Marx, mit Lenin, mit Hegel. Das Original in der Gestalt, in der es vorliegt, und von dem mein Bericht allgemeinerer Verständlichkeit wegen in der Anordnung abweicht, hat den Charakter eines sachbezogenen aber doch persönlichen Tagebuches, das einen vertrauten Kreis von Fragen, von Vorentscheidungen und Schwierigkeiten mit stets erneuerten Bezweiflungen abwägt. Obgleich nicht einmal Fragment, das an einer bestimmten Stelle abbricht, auch nicht eine Sammlung von Aphorismen, sondern – ungleich ausgeführt – nach allen Richtungen offen, zu gleichen Ausgangspunkten von verstreuten Stellen zurückkehrend, ist der ganze Text doch ganz zusammenhängend und das Zusammenlesen des Verstreuten deshalb gerechtfertigt.
Marx wird gesehen erstens als utopistischer Sozialist und zweitens – in der Phase der Spaltung sozialistischer Weiterentwicklung des Kapitalismus einerseits und eines abstrakten Anarchismus andererseits* – als *»antizipierte Restauration einer noch bevorstehenden Revolution«*, so wie *»Hegels Philosophie der Ausdruck einer schon bestehenden Restauration ist«*. Und: *»Hegelisch, dialektisch, nur materialistisch gewendet, aber ernüchtert restauratorisch bleibend, hat (die Frage, was eigentlich abgeschafft werden soll) ... keinen Sinn. Alles bleibt, aber alles wird anders. Hegel sagt ausdrücklich, daß etwas bewußt wird, dadurch wird es anders.«*
Was der Text an Marx-Kritik enthält, ist in den übrigen Schriften Korschs jahrzehntelang vorbereitet worden. Die (in den) anläßlich des Züricher Vortrages »Über den Hochmut der Marxisten« (1950) formulierten »Zehn Thesen über Marxismus heute« richteten sich – wie der vorliegende Text – gegen die *»mystische Identifizierung der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie mit der sozialen Revolution der Arbeiterklasse«*; sie erklärten, alle Versuche, die Lehre als Ganzes wiederherzustellen, seien reaktionäre Utopien. Als die besonders kritischen Punkte wurden hervorgehoben: die praktische Abhängigkeit des Marxismus von den (damals und zum Teil noch heute) unentwickelten Verhältnissen Mittel- und Osteuropas, das *»bedingungslose Festhalten an den politischen Formen der bürgerlichen Revolution«*, die bedingungslose Akzeptierung des englischen Modells und die *»krampfhaften und widersprechenden Versuche«*, die Bedingungen dieses Modells zu durchbrechen. – *»Das ist Korsch?!«* war die enttäuschte, wenn nicht schockierte Reaktion in Pariser linkssozialistischen Kreisen, als die »Zehn Thesen« 1959 von einer französischen Zeitschrift nachgedruckt wurden.**[16] Diese Reaktion war unbe-

* In seinen letzten Jahren plante Korsch ein Buch über Bakunin.

gründet. Die Ansätze der Marx-Kritik bei Korsch lassen sich in alle seine Schriften zurückverfolgen. Sie finden sich z. B. auch in dem Aufsatz »Why I am a marxist« (1935),[***17] oder in dem Vorwort zur Kapital-Ausgabe (1932)[18] usw.

** Les Thèses de Karl Korsch, Arguments, III, 16, Paris 1959. Jetzt auch in alternative, Berlin, April 1965, S. 89.

*** Modern Monthly, IX, 2, New York, April 1935.

Anmerkungen des Herausgebers

1 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 – 1858. Anhang 1850 – 1859, Berlin (DDR) 1953; bei dieser Ausgabe handelt es sich um einen fotomechanischen Nachdruck der 1939 und 1941 im Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau erschienenen »russischen« Ausgabe.

2 Vgl. G. W. F. Hegel: Werke, Band 7, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt / Main 1970, S. 504.

3 Muß heißen Karner-Renner, d. i. Karl Renner: Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion, Tübingen 1929 (2. Aufl.). Das Buch war zuerst unter dem Pseudonym Karner unter dem Titel »Die soziale Funktion der Rechtsinstitute«, Wien 1904 erschienen.

4 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Band 3, MEW 25, S. 824.

5 Vgl. Marx an Engels, 30. April 1868, MEW 32, S. 74.

6 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 117.

7 Vgl. ebd. S. 116.

8 Vgl. Karl Marx: Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, S. 629 f.

9 Ivor Bulmer-Thomas: The Socialist Tragedy, London 1949.

10 Eugen Richter (1838 – 1906), einflußreichster Vertreter des deutschen »Manchester«-Liberalismus; zuletzt bekämpfte er als Führer der »Freisinnigen Volkspartei« zwar auch die Militärpolitik Bismarcks, aber u. a. auch die »Irrlehren der Sozialdemokratie« (1890).

11 Vgl. G. W. F. Hegel: Werke, Band 7, Grundlinien der Philosophie des Rechts, a. a. O., S. 28 bzw. 24.

12 Vgl. Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 585.

13 Ebd.

14 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Band 3, a. a. O., S. 828.

15 Hendrik de Man: Der Kampf um die Arbeitsfreude, Jena 1927. Um die katastrophale ökonomische Lage während und nach dem Bürgerkrieg zu mildern, initiierte Lenin neben der Trotzki'schen »Militarisierung der Arbeit« eine Kampagne für freiwillige Mehrarbeit, die »Kommunistischen Subbotniks«, um die Arbeitsproduktivität zu steigern. Vgl. W. I. Lenin: Referat über die Subbotniks auf der Moskauer Stadtkonferenz der KPR(B) (20. Dezember 1919), in ders: Werke, Band 30, Berlin 1961, S. 272 ff. Eine ähnliche Kampagne zur besseren Ausnutzung der Industrieanlagen startete Stalin 1935: die »Stachanov-Bewegung«, benannt nach dem Helden der Arbeit Stachanov, der sein Plansoll übererfüllt hatte. Vgl. J. Stalin: Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute (17. November 1935), in ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 597 ff. Kurt Lewin: Die Sozialisierung des Taylorsystems. Eine grundsätzliche Untersuchung zur Arbeits- und Berufspsychologie (Schriftenreihe »Praktischer Sozialismus«, hrsg. von Karl Korsch), Berlin o. J. (1920).

16 Zehn Thesen über Marxismus heute, in: alternative, 8. Jg., 1965, Heft 41, S. 89 f.; wieder abgedruckt in Karl Korsch: Politische Texte, hrsg. und eingeleitet von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt / Main – Köln 1974, S. 385 ff.

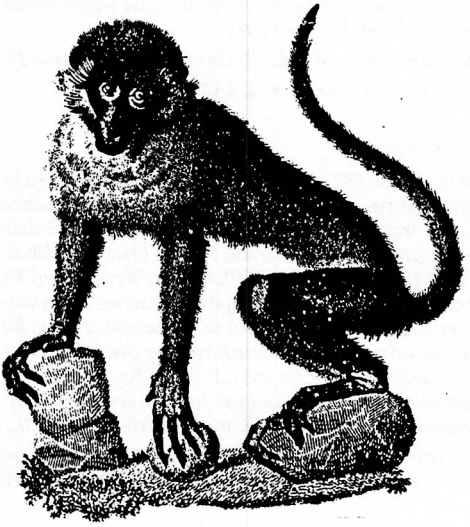
17 Zuerst erschienen unter dem Titel »Marxismus« in: Freidenker. A Radical Periodical of Free Thought for Progress, Liberty and Justice to All, hrsg. von Albert Steinhauser, 65. Jg., 1935, Heft 23-24, (9. 6. 1935), New Ulm, Minn., S. 2 – 4, 8 – 9. Diese Fassung wurde nachgedruckt in: Sozialistisches Jahrbuch 2, Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 7 – 18. Eine Teilrückübersetzung aus dem Englischen ist erschienen in: alternative, 8. Jg., 1965, Heft 41, S. 69 – 75.

18 Das Vorwort ist als Separatdruck 1968 und um die editorischen Überlegungen gekürzt als Einleitung zu Karl Marx: Das Kapital, Band 1, Frankfurt / Main–Berlin–Wien 1969 (Ullstein TB) erschienen.

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politk

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.



Inhalt von Nr.25

★ **Berlin feiert – Kreuzberg feuert**von Klaus Bittermann

★ **Libertäre Tage Frankfurt** von Martin/Thorsten (FLI)

★ **Standort autonomer Politik, Teil II** von Lupus

★ **Sozialrevolutionäre Bewegung** – Gegenkritik von Klaus Kuhm

★ **Französische Streiks** – neue Organisationsstrukturen von unten

★ **Anarchistische Wochenzeitung??** – Gedanken zum realistischen Unmöglichen

★**2. Juni – Bewegung 2. Juni** von Klaus Bittermann und Ralf Reinders

★**Ernesto Sabato** – eine Auseinandersetzung von Wolfgang Haug

★**Emma Goldman** – eine »andere« Biografie von Candace Falk

★**Norwegen** – der neue Staatsfeind und der Druck der USA von Jürgen Wierzoch, u.v.a.

Einzelnummer: 5.– DM
SF-Abonnement: 15.– DM
Sondernummer ARBEIT: 5.– DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.– DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

TROTZDEM ★ VERLAG

Es lebt noch eine Flamme – Rheinische Anarcho-Syndikalisten in der Weimarer Republik und im Faschismus.
von Ulrich Klan und Dieter Nelles, 350 S.; 25.-DM

Andreas Müller

Aufbruch in neue Zeiten

Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik

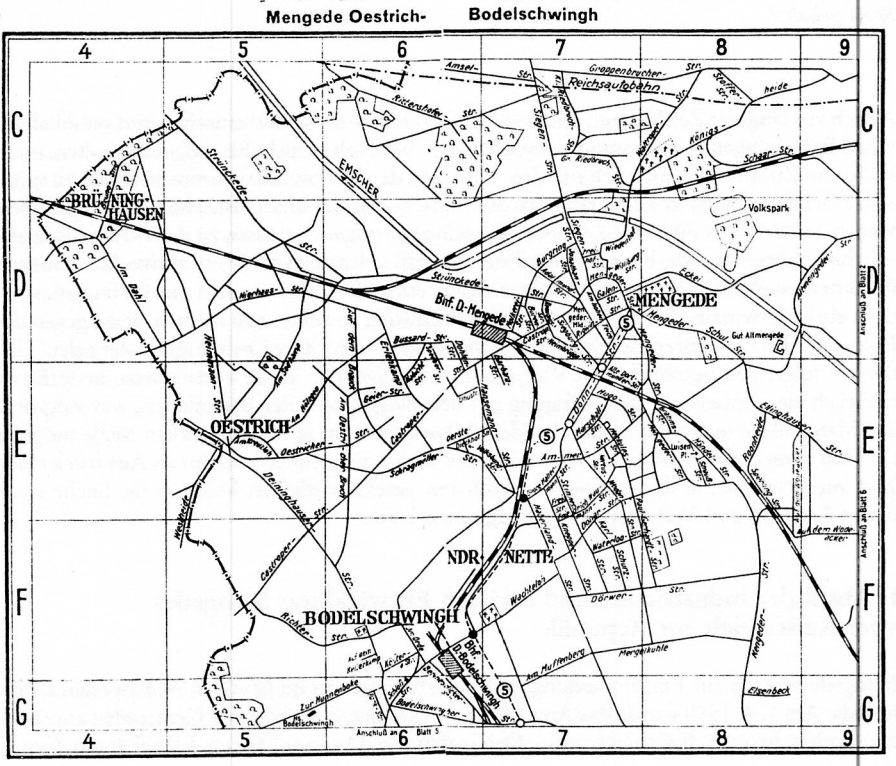
»In Mengede war vor einigen Jahren eine gute Bewegung. Die Entwicklung an diesem Orte ging mit Riesenschritten vom Syndikalismus zum Anarchismus. – Theorie und Praxis erzeugen aber vielfach Irrungen. Ein Teil der ehemaligen Genossen, hauptsächlich Haferstroh und seine engeren Freunde, sind mit Sturmeseile den Weg gegangen, den kein anständiger Arbeiter sonst zu gehen pflegt. In zwei bis 3 Jahren hat es dieser 'brave Revolutionär' vom Vorsitzenden der Syndikalisten, vom Wortführer der Anarchisten bis zum Hakenkreuzler gebracht, der bei Hitler in München zu Gaste war. Wahrscheinlich hat er sich dort Informationen für den letzten Streik geholt.«[1]

Als ich vor längerer Zeit begann, mich mit der Geschichte der anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in Dortmund zu beschäftigen, hätte ich es nicht für möglich gehalten, mich in diesem Zusammenhang auch mit den Anfängen des Nationalsozialismus befassen zu müssen. Nachdem ich dann zum erstenmal auf Hinweise in der anarchistischen Presse gestoßen war, in denen relativ offen auf das Überwechseln ehemaliger Genossen zu den Nationalsozialisten hingewiesen wurde, hinterließ die Tatsache, daß sich organisierte und aktive Anarchosyndikalisten zu ebenso aktiven Nationalsozialisten entwickelt hatten, nicht nur Erstaunen, sondern auch Verwirrung. Anarchisten und Syndikalisten, so sollte man meinen, seien gegen die Ersetzung ihrer libertären Gesellschaftsentwürfe durch autoritäre Ordnungsmuster gefeit. Um den im folgenden beschriebenen Vorgang in befriedigender Weise aufzuklären, bedürfte es natürlich einer intensiven Beschäftigung mit den Biographien der Betroffenen, was aufgrund der Materiallage und nicht mehr lebender Zeitzeugen nicht in hinreichendem Maße möglich ist. Man kann den Vorgang also vorerst nur zur Kenntnis nehmen und ihn als Ausdruck einer Zeit interpretieren, in der in einem scheinbaren gesellschaftlichen Vakuum die Suche nach neuen Lebens- und Verhaltensweisen begonnen hatte.

I. Abriß der industriellen und sozialen Entwicklung Mengedes vom Kaiserreich zur Republik

Mengede war bis zur Eingemeindung im Jahre 1928 ein Ort im heutigen Nordwesten Dortmunds. Am 1. 4. 1889 wurde das Amt Mengede gebildet, dem folgende Gemeinden angehörten: Bodelschwingh, Brünninghausen, Deininghausen, Deusen, Dingen, Ellinghausen, Grop-

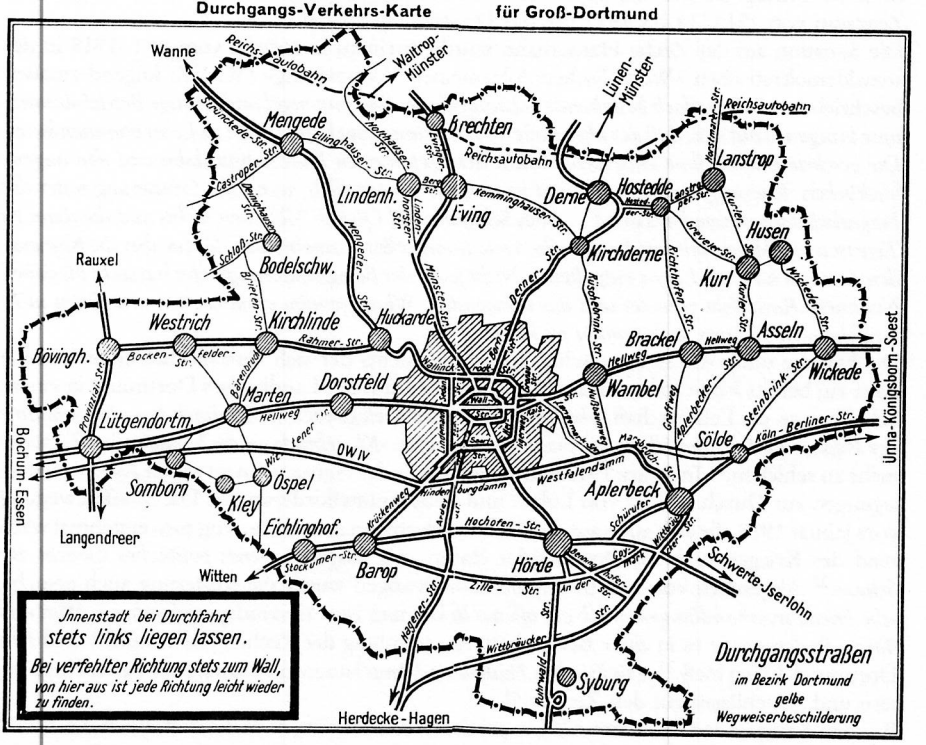
penbruch, Ickern, Nette, Oestrich, Schwieringhausen, Westerfilde und Mengede.
Bis Mitte des letzten Jahrhunderts war die Landwirtschaft die maßgebliche Existenzgrundlage für die gesamte Bevölkerung. Erst der Bau der Köln-Mindener Eisenbahn in den Jahren 1847/48 hatte eine erste Änderung der wirtschaftlichen Strukturen im Amt Mengede zur Folge. Eine sogenannte 'Potthütte', die u. a. Dachpfannen und Belagplatten (Estriche) produzierte, wurde errichtet; daneben existierten kurzfristig eine Kalkbrennerei und eine Lehmziegelei.[2]
Ihre Bedeutung als Arbeitgeber verloren die Bauern jedoch erst mit den Anfängen des Bergbaus im Raum Mengede. Mit den Abteufarbeiten für die ersten Schächte der Zeche Westhausen in Bodelschwingh und Adolf von Hansemann in Mengede wurde 1872 bzw. 1873 begonnen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten und Rückschlägen konnte mit der Kohleförderung 1896, 23 Jahre nach dem Beginn der Abteufarbeiten, begonnen werden.[3] In der Folge veränderte sich das Gesicht Mengedes grundlegend. Die Einwohnerschaft des Ortes vervielfachte sich in den folgenden Jahren; sie stieg von 1525 im Jahre 1885 auf 4335 im Jahre 1900, auf 8805 im Jahre 1914, auf 12837 im Jahre 1919 und schließlich auf 14586 im Jahre 1922. Bereits im Jahre 1893 arbeiteten 323 Einwohner der Gemeinde Mengede mit zusammen 970 Angehörigen auf der Zeche Hansemann und anderen umliegenden Zechen; dies machte insgesamt 67 % der damaligen Gesamtbevölkerung aus.[4] In dem Maße, in dem die Bevölkerung zunahm, stieg auch die Zahl der von auswärts Zugezogenen. Kam die erste große Einwanderungswelle noch aus allen Teilen Westfalens, Hessens, des Rheinlandes sowie aus Österreich, Holland und Ita-



lien, so folgte ihr bald eine zweite aus dem Osten. Die Agenten der Zechen warben vor allem Arbeiter aus Oberschlesien an, die oftmals nicht einmal der deutschen Sprache mächtig waren und so der Willkür der Zechenherren und der Verwaltung hilflos ausgeliefert waren.[5] Nach einer Zählung vom 1. 7. 1907 waren 6,74% der Belegschaft der Zeche Hansemann Reichsdeutsche aus den Ostprovinzen und zusätzlich 17,84% Ausländer; damit lag die Zeche weit über dem Durchschnitt des Reviers.[6]

Die Verwaltung der Zeche Hansemann war schon früh bemüht, ihre Arbeiterschaft seßhaft zu machen und sie somit an die Zeche zu binden. Bereits 1890, als noch die Abteuf- und Herrichtungsarbeiten in vollem Gange waren, wurden die ersten Wohneinheiten für Bergarbeiter erstellt. Bis zum Beginn des ersten Weltkrieges wurden im gesamten Amt Mengede noch weit über 1000 Arbeiterwohnungen errichtet.[7]

Obwohl bereits vor dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 sozialdemokratische Agitatoren in Mengede wirkten, erhielten sie allem Anschein nach unter den Bergarbeitern nicht die gewünschte Unterstützung.[8] Erst 1910 bzw. 1914 fanden Sozialdemokraten Eingang in die Gemeindevertretungen von Groppenbruch und Nette.[9] Sportliche und kulturelle Vereinigungen der Sozialdemokraten versuchte man zu unterbinden.[10] Der Verlauf eines Stiftungsfestes des Arbeiterturnvereins »Vorwärts« beleuchtet die repressiven Verhältnisse der Zeit: Der Festzug wurde von der Stadtverwaltung am 3. 6. 1913 erlaubt, jedoch einen Tag vor dem Fest, am 19. 7., mit der Begründung verboten, *»daß es zu Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen kommt«.* Die Zechenverwaltung hatte zwischenzeitlich interveniert und den Durchzug durch ihre Pri-



vatstraßen, also die Arbeiterkolonien, untersagt. Erst als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erdmann am 20. 7. dagegen protestierte, wurde der Umzug durch andere Straßen genehmigt. Koloniebewohner, die anläßlich des Festes ihre Häuser geflaggt und geschmückt hatten, wurden am nächsten Tag zur Rechenschaft gezogen; ein Arbeiter mußte deshalb die Zeche verlassen.[11]

So ist es nicht verwunderlich, daß die Sozialdemokraten 1915 in Mengede nur 34 Mitglieder zählten, darunter 4 Frauen.[12] An einer Bebel-Gedächtnisfeier der Gemeinden des Amtes Mengede im Jahre 1913 nahmen nur etwa 100 Personen teil.[13] Erst nach dem Umsturz von 1918 gelang den Sozialdemokraten ein größerer Durchbruch, obwohl im ersten Gemeindeparlament von Mengede von 30 Mitgliedern nur 9 der SPD und 4 der USPD angehörten.[14] Eine Ortsgruppe der KPD wurde erst um die Jahreswende 1920/21 gegründet.[15]

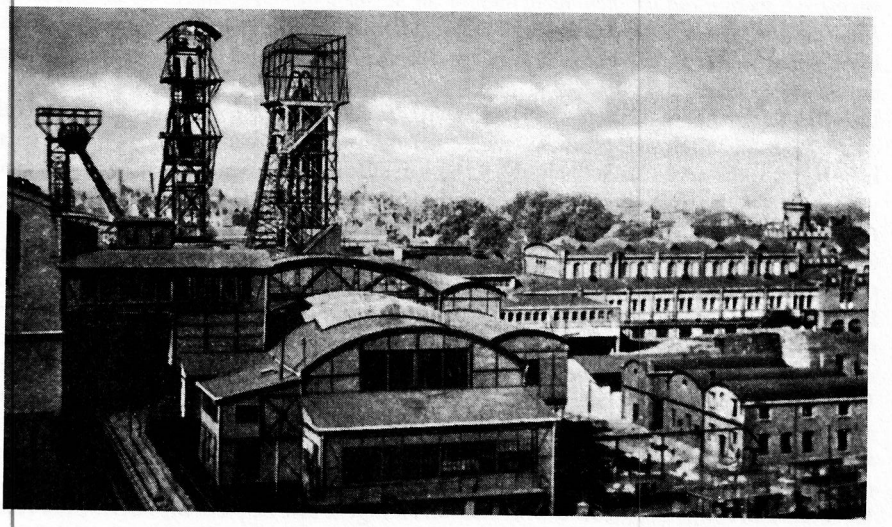
Ein großer Teil der Belegschaft der Zeche Hansemann wurde 1914 zum Kriegsdienst eingezogen. Die durchschnittliche Jahresbelegschaft sank von über 3 900 Beschäftigten im Jahre 1914 auf 2 346 Beschäftigte im Jahre 1916.[16] Auch die Kohleförderung verringerte sich erheblich: Wurden 1914 noch 761 828 Tonnen gefördert, so sank die Förderung 1915 auf 582 424 Tonnen, um sich dann zwischen 1916 und 1918 auf 600 000 bis 650 000 Tonnen einzupendeln.[17] Diese Stabilisierung wurde nur durch steigende Arbeitshetze und den zusätzlichen Einsatz von Frauen und Kriegsgefangenen erreicht.[18]

Spätestens im Frühjahr 1917 zeigten sich, wie auch im übrigen Deutschland, deutliche Anzeichen einer rapiden Verschlechterung der sozialen Verhältnisse. Nur die Großindustrie profitierte vom Krieg: So waren z.B. die Gewinne bei den Dortmunder Stahlwerken Hoesch im Zeitraum von 1913/14 bis 1917 um das Dreifache gestiegen.[19]

Die Situation auf der Zeche Hansemann wurde in einem Leserbrief vom 8. 1. 1918 in der sozialdemokratischen »Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung« (WAVZ) folgendermaßen beschrieben: *»Das vielfach bestehende Scheingedinge, Warenmangel und sonstige Betriebshindernisse bringen es mit sich, daß der übergroße Teil der Kameradschaften nicht zu Lohn kommen kann. Die geschriebenen Löhne entsprechen nicht dem geforderten Durchschnittslohn und den augenblicklichen Teuerungsverhältnissen und ist es dann verständlich, wenn die Erbitterung unter der Bergarbeiterschaft wieder wächst ... Alles Schuften und Quälen hilft eben nichts und die dann zu Tage tretende Minderleistung hat sich die Verwaltung selbst zuzuschreiben, läßt es aber die Kameraden durch zu niedrige Löhne entgelten ... Nicht jeder der Belegschaftsmitglieder hat sechs bis sieben Nummern Kartoffeln geerntet und das notwendige Wintergemüse erhalten, um mit diesen nicht zureichenden Löhnen auskommen zu können.«*[20]

Die Unruhe unter der Arbeiterschaft nahm angesichts der sich verschlechternden sozialen Lage zu; bereits Ende 1916 bat der Königliche Landrat des Landkreises Dortmund in einem Schreiben an die Lehrerschaft, *»bei jeder passenden Gelegenheit (auch durch Inanspruchnahme der Presse)« »auf die Bevölkerung einzuwirken«*, keine *»Klagebriefe an die kämpfenden Truppen«* mehr zu schicken.[21] Im März 1917 kam es auf der Zeche Hansemann zu ersten Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung von Lohn- und Lebensmittelforderungen. Die Streikbewegung vom Januar 1918, die sich auch auf die Zeche Hansemann erstreckte, trug zum erstenmal während des Krieges auch im Dortmunder Raum *»ein ausgesprochenes politisches Gesicht zur Schau«*.[22] Abgesehen von rein materiellen Forderungen wurde die Regierung auch ersucht, *»die Friedensverhandlungen durch ein offenes Bekenntnis zum Verständigungsfrieden in Wort und Tat zu fördern«*, wie es in einer Belegschaftsversammlung der Zechen Kaiserstuhl 1 und 2 in Dortmund-Eving hieß.[23] *»Für Frieden, Freiheit und Brot«* lautete die Losung auf vielen Flugblättern und Anschlägen auf den Zechen.[24]

Bis zum Kriegsende fanden zwar keine größeren Arbeitskämpfe mehr statt, doch die 20 000



Zeche Adolf von Hansemann

Teilnehmer einer Friedenskundgebung der SPD in Dortmund am 20. 10. 1918 dokumentierten eindeutig das Hoffen und die Zuversicht auf eine baldige Änderung der Verhältnisse.[25] Der politische Umsturz vom November 1918 war, so die Hoffnung großer Teile der Arbeiterschaft, nur ein Anfang von dem, was noch folgen sollte.

Doch bereits in den letzten Kriegswochen war zwischen Unternehmern und Gewerkschaften eine »Zentrale Arbeitsgemeinschaft« vereinbart worden, durch die die Gewerkschaften als Verhandlungspartner und gesetzliche Vertreter der Arbeiter von den Unternehmern anerkannt wurden.[26] Wichtige sozialpolitische Forderungen, z. B. der Achtstundentag und die obligatorische Einrichtung von Arbeiterausschüssen, waren erfüllt worden; zudem wurde die paritätische Mitwirkung in der Wirtschaftspolitik zugestanden.[27] Demgegenüber bestand jedoch die Verpflichtung, keine *»Eingriffe in die Arbeits- und Betriebsverhältnisse der Zechen«* vorzunehmen, worunter z. B. *»Absetzung von Beamten, Absetzung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen sowie Sicherheitsmännern, willkürliche Änderung der Schichtzeit«* verstanden wurde.[28]

In Mengede blieb die Arbeiterschaft bis Anfang 1919 relativ ruhig.[29] Auf der Zeche Hansemann waren, bedingt durch die Abwanderung der Kriegsgefangenen und Ausländer, im Dezember 1918 über 2000 Bergarbeiter weniger beschäftigt als im Juni 1914. Anfang Januar 1919 standen in der Siedlung noch 200 Drei- und Vierzimmerwohnungen, 400 bis 500 Unterkünfte für Kostgänger und zahlreiche freie Plätze in einem Ledigenheim zur Verfügung.[30] Diese Situation änderte sich schlagartig mit dem massenhaften Zuzug von Arbeitskräften. Rektor Strotmann von der Mengeder Hilfsschule beschrieb die Situation in dieser Zeit in einigen Schlagworten: *»Anhäufung so vieler Menschen auf engem Raum, beengte Wohnungsverhältnisse, mangelhafte Ausbildung der Frauen auf häuslichem Gebiet, Alkoholismus, Tuberkolose, Geschlechtskrankheiten, Not und Entbehrung.«*[31] Als *»geprüft und für richtig befunden«* wurden von der Polizeiverwaltung in Mengede am 4. 2. 1919 Angaben von Eltern, die ihre Kinder

»mangels Kleidung und Schuhen« nicht mehr in die Schule schicken konnten. *»Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen oftmals Kinder (!) unbemittelter zahlreicher Familien nicht in der Lage sind, ihre Kinder wegen ungenügender Bekleidung zur Schule zu schicken.«*[32]

Die »Revolution« vom November 1918 hatte für das Alltagsleben der Arbeiter keine wesentlichen Änderungen mit sich gebracht; auch unter der neuen Regierung hatte sich ihre soziale Lage kaum verbessert. Das Stillhalteabkommen der Gewerkschaften mit den Zechenbaronen wurde zusehends mit kritischeren Augen betrachtet, man verlangte von der Regierung 'ganze Arbeit': Neben der Vergesellschaftung des Bergbaus wurden die Einführung der Sechsstundenschicht, Lohnerhöhungen und eine bessere Verteilung der Lebensmittel gefordert. Und schließlich blieb es nicht mehr bei bloßen Forderungen: Am 20. 1. 1919 wurde auf der Zeche Hansemann die Verlegung einer Schicht beantragt, *»um die Wahlen für die Steigerräte vorzunehmen, was im Hinblick auf das Ungesetzliche abgelehnt wurde. Daraufhin besetzte man am nächsten Tag den Zechenweg, hielt die Belegschaft zurück und trat in den Streik. In einer sehr bewegten Versammlung wurde beschlossen, die Direktion abzusetzen und die Bezahlung der Streikschicht sowie eine Erhöhung der Schichtlohnsätze zu verlangen. Am Mittwochmorgen wurde in einer weiteren Versammlung in der Waschkaue ein vorläufiger Zechenrat durch Zuruf gewählt, die Belegschaft selbst fuhr an. Am Donnerstag früh fand seitens des Zechenrats, zweier Vertreter des Alten Verbandes und zweier Mitglieder des Arbeiterrates Mengede eine Besprechung mit Direktor Knepper statt. In ihr setzte Direktor Knepper auseinander, daß die Wahl ungesetzlich sei und daß ferner die aufgestellten Forderungen den Vereinbarungen zwischen Zechenverband und Organisationsführern widersprächen. Die Abgesandten der Arbeiterschaft verlangten ein glattes Ja oder Nein als Antwort. Da es für die Werksverwaltung nur eine Nichtannahme der Forderungen geben konnte, erklärte der Sprecher Möllmann die Direktion für abgesetzt mit der Mitteilung, in einer Stunde würde die gesamte Zeche einschließlich der Kessel ruhen. Die Vertreter der Tagesanlagen sorgten für die Einstellung des Betriebes und ließen zur Drohung die Arbeiter aufmarschieren. Als Direktor Knepper nach Schluß der Sitzung das Bürogebäude verlassen wollte, wurden die Zecheneingänge besetzt und sein Automobil umlagert. Eine mit Brechstangen und Holzknüppeln bewaffnete Menge fragte ihn, ob die gestellten Forderungen bewilligt seien oder nicht ... Angesichts dieser Lage wurde von einigen besonneren Elementen verlangt, nochmals zu verhandeln ... Schließlich fand man den Ausweg, die Forderungen 'vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats' zu bewilligen.«*[33] Am 7. 2. 1919 wurde bei Unruhen auf der Zeche der Bergwerksdirektor bedroht[34] und zwei Wochen später, am 21. 2., berichtete die WAVZ, daß zur Niederschlagung eines zu erwartenden Streiks die Dortmunder Sicherheitswehr *»mit einem Geschütz, 6 Maschinengewehren und 100 Mann«* nach Mengede ausrücken wollte. Angesichts dieser Drohung, so die WAVZ weiter, zeigte sich *»der weitaus größte Teil der Belegschaft arbeitswillig«*.[35] Am nächsten Tag streikte dann jedoch mehr als die Hälfte der Untertagearbeiter.[36]

In dieser Phase der Auseinandersetzungen wurde am 8. März 1919 auf einer Bergarbeiterversammlung die »Freie Vereinigung der Bergarbeiter und anderer Berufe für Mengede und Umgebung« gegründet.[37] Der Bergmann Josef Rösler, der diese Versammlung einberufen hatte, formulierte seine Beweggründe Ende 1919 wie folgt: *»Der Geist des Syndikalismus, bewußt oder unbewußt, bewirkt es, daß man auch bei uns Bergarbeitern zum Denken gekommen ist. Man hat erkannt, daß man mit dem zentralistischen System aufräumen muß ... Selbst mußten wir uns trotz der Zentralverbände unsere Rechte und Lohnzulagen in der Grube erkämpfen. Und das ist syndikalistischer Grundsatz ... Wir wollen uns von keinen Führern mehr bevormunden und leithammeln lassen. Erkennen wollen wir, daß wir als Klassengenossen und Arbeitsbrüder den eigenen Klassenkampf selbst zu führen haben ... Bei uns soll und muß jeder sein eigener Führer*

sein ... Als berufene Vertreter zur Schaffung einer einheitlichen Kampforganisation kämen also nur wir selbst in Frage, indem wir uns in der Freien Vereinigung für Bergarbeiter organisieren ... Der letzte große Streik hat uns gezeigt, was wir bei einigem guten Willen vermögen.« (DS, 41/1919).
In den Monaten März und April 1919 forderten die Bergarbeiter des Ruhrgebietes in großen, mit unnachgiebiger Härte geführten Streiks die Einführung der Sechsstundenschicht, Lohnerhöhungen sowie die Sozialisierung des Bergbaus. Auf vielen Zechen wurde die Sechsstundenschicht in direkter Aktion durchgesetzt. Auch auf der Zeche Hansemann wurde auf einer Belegschaftsversammlung am 24. 3. 1919 die folgende Resolution verabschiedet: *»Die heutige Belegschaftsversammlung beschließt die sofortige Einführung des Sechsstundenarbeitstages für alle Belegschaftsmitglieder unter Tage. Die Seilfahrt findet wie folgt statt: Morgenschicht: Anfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr, Ausfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr. Nachmittagsschicht: Anfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr, Ausfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr. Abendschicht: Anfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr, Ausfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr. Nachtschicht: Anfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr, Ausfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr. Die Reparaturschicht kann auf Abend- oder Nachtschicht verlegt werden. In Hinsicht auf die schwere Arbeit der Bergarbeiter unter Tage sowie der schlechten Ernährung, die einen völligen Zusammenbruch der Kameraden herbeiführen muß, halten wir die Einführung der verkürzten Arbeitszeit für unbedingt notwendig. Durch Belegung der vierten Arbeitsschicht bietet sich Gelegenheit, die große Zahl der Arbeitslosen unterzubringen, wodurch wiederum die Produktion erhöht und so die Einführung der Sechsstundenschicht von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Die Belegschaft verlangt weiter die Sozialisierung des Bergbaues im Sinne der Enteignung des privaten Kapitals, der Übernahme der Kohlenschätze und der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und der Verwaltung des Bergbaues durch die Bergarbeiter.«*[38]
Durch die Einführung der Sechsstundenschicht in direkter Aktion wurde die Zechenverwaltung *»damit einfach vor die nackte Tatsache gestellt«*, wie das Zentrumsblatt »Tremonia« feststellte. Sie konnte hiervon nur noch *»unter Protest Kenntnis«* nehmen und darauf hinweisen, *»daß es wohl angebracht gewesen wäre, wenn der Zechenleitung vorher von dem Beschluß Mitteilung gemacht worden wäre ... Im übrigen machte die Zechenverwaltung gute Miene zum bösen Spiel und fand sich mit der neuen Sachlage ab«.*[39] Noch bis Anfang 1920 konnte die Belegschaft der Zeche Hansemann auf diese Art und Weise immer wieder für kurze Zeiträume die Sechsstundenschicht durchsetzen.[40]
Die Gewerkschaften nahmen schließlich notgedrungen die Hauptforderung der Streikenden nach der Sechsstundenschicht auf; am 9. 4. 1919 mußten Zechenleitungen und Regierung wenigstens die Siebeneinhalbstundenschicht zugestehen. *»Zugleich, am 7. April, wurde der sozialdemokratische Politiker und Gewerkschaftsführer Carl Severing zum Staatskommissar für das Ruhrgebiet ernannt. Er handhabte die Befugnisse, die ihm der Ausnahmezustand verlieh, sehr geschickt, ließ die Streikführer verhaften oder zu Notstandsarbeiten verpflichten und den Arbeitswilligen Sonderrationen von Lebensmitteln zur Verfügung stellen. Aber erst am 28. April – nach fast vier Wochen – war die Bewegung niedergekämpft.«*[41] Zurück blieb eine tiefreichende Verbitterung: Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband verlor von April bis Juni 1919 ein Viertel bis die Hälfte seiner Mitglieder.[42] In Dortmund gab es Zahlstellen, die weit über 1000 Abmeldungen zu verzeichnen hatten.[43] Im Raum Dortmund, vor allem auch in Mengede, schlossen sich die Ausgetretenen der »Freien Vereinigung der Bergarbeiter« an. Am 28. 8. 1919 schrieb die Mengeder Ortsleitung, daß *»seit dem Tag unserer Gründung unsere Vereinigung an Mitgliedern gewaltig zugenommen hat«.* (DS, 37/1919) Trotz des anhaltenden Belagerungszustandes, der den Syndikalisten jede politische Betätigung, selbst Mitgliederversammlungen verbot,[44] entwickelte sich die »Freie Vereinigung« zu einer der stärksten und einflußreichsten gewerkschaftlichen Organisationen des Dortmunder Raums. Ende 1919 zählte sie in Dort-

mund mindestens 16000,[45] Mitte 1920 ca. 20000 Mitglieder.[46]

II. Die anarchosyndikalistische Bergarbeiterbewegung in Mengede

Die Ortsgruppe der »Freien Vereinigung« bzw. der FAUD[47] in Mengede hatte einen jährlich auf einer 'Generalversammlung' zu wählenden elfköpfigen Vorstand, der sich aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, zwei Schriftführern und fünf Revisoren zusammensetzte. Diese Organisationsstruktur wurde vom bürgerlichen Vereinsgesetz vorgeschrieben und dürfte eher als notwendiges Übel in Kauf genommen worden sein. Aber auch wenn dieser vorgeschriebenen Vereinsstruktur keine große Bedeutung beigemessen wurde, setzte sich doch die Tendenz durch, daß mit den Vorstandsarbeiten fast nur die bekannteren Aktivisten beauftragt wurden. Die Vereinsstruktur erfüllte jedoch auch bestimmte Zwecke, z.B. mußten regelmäßig die Mitgliedsbeiträge abgerechnet werden. Aus diesem Grunde wurde die Ortsgruppe in fünf überschaubare Bezirke mit entsprechenden Bezirkslokalen eingeteilt. (DS, 22/1920) Im Vergleich zu anderen Organisationen ließ dieser minimale Apparat jedoch kaum sich verfestigende Machtstrukturen zu. Bezeichnend ist z.B., daß es in einer Zuschrift in der WAVZ zur Mengeder *»Ortsleitung«* hieß, daß *»deren Begriff recht dehnbar ist«*. (WAVZ, 17. 12. 1919) Gerade die Führer der Sozialdemokraten und des traditionellen Gewerkschaftsapparates dürften mit der lockeren Organisationsstruktur der Syndikalisten ihre Schwierigkeiten gehabt haben.

In der Mengeder Ortsgruppe der FAUD galt die Erkenntnis, daß es nicht darauf ankommen könne, mit den Waffen des Gegners zu kämpfen; als solche galten u.a. Betriebsräte, Knappschaftsälteste und Gewerbegerichtsbeisitzende, die konsequenterweise als *»Stützpunkte der Gesellschaft«* abgelehnt wurden. (Sch, 29. 9. 1921) *»Wer sich für diese Einrichtungen als Arbeiter hergibt«*, hieß es, *»steht nicht auf dem Boden der Umformung der Gesellschaft. Er ist Verneiner der Selbständigkeit der Arbeiterschaft.«* (ebd.) Dezentralität statt Zentralisierung, Selbständigkeit statt Bürokratisierung, Autonomie statt Hierarchisierung, Menschlichkeit statt Aggressivität waren Eigenschaften, die fortwährend eingeklagt wurden. Die Entwicklung des »Alten Verbandes« stand den Anarchosyndikalisten als negatives Beispiel vor Augen: *»In diesem Verband fanden zahlreiche Führer eine gesicherte Existenz, das war der Untergang dieses Verbandes als Kampfgewerkschaft ... Die Führer entwickelten sich immer mehr zu Bürokraten, kosteten der Herrschaft Reiz.«* (DS, 28/1923) Exemplarischen Ausdruck fand diese revolutionäre Aufbruchstimmung innerhalb der Arbeiterschaft in den Ausführungen des Bergarbeiters Sander auf einer Belegschaftsversammlung der Zeche Hansemann: *»Um an den richtigen Kern des Kapitals heranzukommen, müssen wir vereint vorgehen. Wie lange sollen wir noch davorstehen, das möchte ich gerne wissen. Haben wir nicht die Eisenbahn gebaut, um damit fahren zu können? Wir fahren aber höchstens 3ter, meistens IVter Klasse, aber die Dickbälge die sitzen mollig in I. oder II. Klasse in den Kissen. Haben wir nicht die Schiffe gebaut? Ja, dafür fahren wir aber im Zwischendeck oder ganz unten, damit, wenn son Kasten untergeht, die armen Teufels nicht herauskommen können, wie es bei der Titanik deutlich zu sehen war und elend haben versaufen müssen. Aber die Dickbälge haben gefressen und gesoffen und wurden gerettet. Die anderen nicht. Haben wir nicht die Häuser gebaut, damit wir darin wohnen können? Ja, aber wir kriegen keine Wohnungen. Ja ein Haus haben wir, das ist unser, das ist das Zuchthaus, in dem sitzen die Genossen hinter Schloß und Riegel und warten auf uns, daß wir sie befreien. Raus aus dem Verband und rin in die freie Vereinigung.«*[48]

Mit ihren radikalen Standpunkten gehörte die Mengeder Ortsgruppe zu einer oppositionellen

Strömung innerhalb der FAUD, die für eine unmittelbare Durchführung der sozialen Revolution kämpfte und der unterstellt wurde, die gewerkschaftlichen Tageskämpfe zu vernachlässigen.[49] So war es für die Mengeder ein Skandal, als Ende 1919 Johann Spaniol aus Oberhausen, der sich für eine den Verhältnissen angepaßte Gewerkschaftsarbeit einsetzte, als Obmann mit der Geschäftsleitung der Bergarbeiterföderation beauftragt wurde. Sein Eintreten für die Knappschaftswahlen begründete er damit, *»daß er viel lieber für die Ärmsten der Armen, die kranken und invaliden Bergarbeiter, mit ihren erbärmlichen Unterstützungen wirken wolle als für den Streik solcher Leute, die einen Tagelohn von 80 Mark verdienen«*.[50] Zusammen mit der Ortsgruppe Lünen lehnten die Mengeder es ab, *»noch weiterhin eine reformistische Geschäftsleitung zu unterstützen«* und sperrten ihr bis zu einer Neuwahl die Beiträge.[51] Wirtschaftliche Verbesserungen wurden nicht an sich abgelehnt, aber die Art und Weise wie sie zustande kamen, wurde mit kritischem Auge betrachtet: als *»Segen von oben«* wollte man sie nicht akzeptieren. *»Wirkliche Freiheitskämpfer verzichten auf irgendwelche Gnadengeschenke. Sie schätzen nur das als Erfolg, was sie sich selbst errungen haben.«* (DS, 30/1920) Der Reformierung *»verknöcherter Einrichtungen«* stellten die Mengeder konkrete Forderungen entgegen: *»Für kranke Genossen den vollen Schichtlohn und zur Erholung eine besondere Zulage, und für den invaliden Genossen mindestens den Hauerdurchschnittslohn mit entsprechender Familienzulage. Alle diese Kosten sind, solange wir in dieser Gesellschaftsordnung leben, von dem letzten Werksbesitzer zu bezahlen, wo die letzte produktive Arbeit verrichtet wurde.«*[52] Dieser »fundamentalistischen« Strömung wurde oft der Vorwurf gemacht, realitätsfremd zu *»spintisieren, theoretisieren und eigenbrödlern«*.[53] Doch gerade in der Alltagspraxis zeigte sich, daß man vor Ort sehr wohl auch um kleine Verbesserungen zu kämpfen wußte. Solidarität stand nicht nur auf dem Papier, sondern wurde täglich geleistet; streikenden Kameraden in Leverkusen wurden z.B. 3000 Mark an finanzieller Hilfe zugesandt. (DS, 9/1921) Auf der Zeche wurde nicht nur Agitation betrieben, sondern man nahm auch Stellung zu konkreten Tagesfragen wie zur Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe (WAVZ, 17. 12. 1919), der Absetzung korrupter Steiger und zur Verminderung des Strafsystems (DS, 1/1920). Die Einrichtung einer weltlichen Schule wurde von den Syndikalisten durch ihre Mitarbeit in der »Arbeitsgemeinschaft weltliche Schule« forciert. Nach ihrer Einrichtung wirkten sie intensiv an der Entwicklung und Verbesserung dieser Schulform mit und arbeiteten auch in den Elternbeiräten (DS, 10/1920); obwohl diese Schule *»auch heute noch nicht allen unseren Wünschen entspricht«*, schrieb Josef Rösler, *»so bildet sie doch die Keimzelle der freien Schule«*. (Sch, 104/15. 11. 1921) Die Gemeindevertretung, in der auch Syndikalisten, vermutlich aufgrund ihrer USPD-Mitgliedschaft,[54] vertreten waren, führten sie ad absurdum, indem sie, sehr zum Erstaunen der Sozialdemokraten, die sich ihrem Ärger in der WAVZ Luft machten, *»ihre selbstgestellten Anträge niederstimmten und zwar, wie sie sagten, – aus Prinzip«*. (WAVZ, 17. 12. 1919)

Während und nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches, zur Zeit der »18 Tage Arbeitermacht« in Dortmund, gehörten viele Syndikalisten und Anarchisten den Vollzugsräten, örtlichen Ausschüssen und Kommissionen an und setzten so in diesen Tagen ein Stück ihrer Hoffnungen auf eine soziale Revolution in die Tat um. Auch in Mengede war man an den revolutionären Ereignissen beteiligt, *»bis zuletzt wir im gegebenen Moment uns in Sicherheit bringen mußten«*.[55] Allerdings gab es auch kritische Stimmen zu den bewaffneten Auseinandersetzungen: *»Laßt euch nicht hinreißen zum Brudermord, sondern besinnt euch auf eure eigenen syndikalistischen Waffen, die geistige Aufklärung, die wissenschaftliche Schulung und die wirtschaftlichen Kampfmittel«*, schrieb August Haferstroh im »Syndikalist«. (DS, 19/1920)

Innerhalb der Ortsgruppe Mengede entwickelte sich ein reichhaltiges Vereinsleben. So konnte Josef Rösler bereits Mitte 1920, als nach Aufhebung des Belagerungszustandes die Anarcho-

syndikalisten erstmals tatsächlich legal agieren konnten, im »Syndikalist« berichten: *»Mit unserer systematischen und zielklaren Aufklärungsarbeit haben wir die weitgehendste Sympathie in den Reihen der Hand- und Kopfarbeiter erworben. Ein Bildungsausschuß hat eine ganze Reihe von Gesang- und Sportvereinen, die sich in letzter Zeit gründeten, zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt. Alle diese Vereine dienen dem Zweck, der syndikalistischen Bewegung neue Kräfte zuzuführen, das Vereinsleben zu befruchten. Im bewußten Gegensatz zu den bürgerlichen, kirchlichen, parteipolitischen und zentralverbändlerischen Unterhaltungs- und Sportvereinen sollen die zu einem Bund vereinigten Gesang-, Turn-, Radler- und Musikvereine der revolutionären Arbeiterbewegung dienen.«* (DS, 44/1920)

Bereits seit Anfang 1919 bestand in Mengede die »Freie Jugend-Föderation«, die sich viermal wöchentlich zu gemeinsamen Unternehmungen traf.[56] Sonntags standen Wanderungen auf dem Programm, Montags Sport- und Körperkultur, Donnerstags *»wissenschaftliche und belehrende Vorträge«* und der Samstag war *»Unterhaltungsabend«*. (Freie Jugend, 24-25/1920) Mit Hilfe befreundeter Vereine wie dem Zither-Club Datteln wurden von der »Freien Jugend« *»revolutionäre Kunstabende«* mit *»Zither-, Geigen- und Lautenkünstlern«* organisiert. (Sch, 18. 8. 1921)

Im März 1921 wurde die Kindergruppe »Jugendland« gegründet: *»Seit dem 1. April wechseln nun Ausflüge, Vorträge und Lichtbildervorträge für 'Jugendland' ab.«* (DS, 20/1921) Ziel dieser von Eltern und Lehrern lebhaft unterstützten Gruppe war es, *»in der Erziehung zur gegenseitigen Hilfe ... die jungen Menschen in 'Jugendland' zu selbst denkenden Sozialisten«* heranzubilden. (DS, 20/1921)

Feiern nahmen innerhalb der Ortsgruppe einen großen Stellenwert ein. Seit dem 11. 7. 1920 fanden jährlich große Gewerkschaftsfeste der Syndikalisten statt, bei denen Konzerte, turnerische Aufführungen,Theater und Ball auf dem Programm standen. (DS, 23/1920 und 20/1921) 'Winterfeierlichkeiten', Maifeiern, Sonnenwendfeiern und Schiffsausflüge wechselten einander ab; der Besuch dieser Festlichkeiten war so groß, daß z. B. der 1. Mai 1921 in drei verschiedenen Sälen in Mengede gefeiert wurde. (DS, 13/1921) Bei diesen Gelegenheiten trat dann der »Gemischte Chor Freier Sänger Mengede« auf, u. a. mit Liedern des Komponisten Peter H. Ortmann, der den anarchosyndikalistischen Düsseldorfer Arbeitersängerverein »Freie Sänger 04« leitete.[57] Von den Erlösen der Feiern wurden beispielsweise Turngeräte gekauft (DS, 40/1920), die Gruppe »Jugendland« unterstützt (DS, 20/1921) oder neue Bücher für die Bibliothek angeschafft (DS, 46/1920).

Besonders letzteres war von zentraler Bedeutung: *»Genossen, lest unsere Zeitungen und Broschüren! Lernt selbständig Denken, um dann auch selbständig Handeln zu lernen bei voller Selbstverantwortung.«* (DS, 49/1920) Immer wieder wurde auf die Notwendigkeit einer eigenen Presse hingewiesen, wurde dieser Punkt in Mitgliederversammlungen beraten. Seitdem »Die Schöpfung« täglich erschien, wurde sie in Mengede per Botin zugestellt, um den häufig auftretenden Unregelmäßigkeiten beim Postbezug vorzubeugen. (Sch, 19. 7. 1921 und 1. 8. 1921) Die Zeitung war *»ungemein wichtig ... für die Verbreitung unserer Ideen«* und wurde zur *»Agitation von Haus zu Haus«* benutzt. (Sch, 19. 7. 1921) Auch zur internen Schulung und Auseinandersetzung, als Informationsträger für die eigenen Mitglieder, war die Zeitung unersetzlich. In Mengede wurde jedem Mitglied obligatorisch »Der Syndikalist« und später auch »Die Schöpfung« zugestellt.

Ein wichtiges Thema war auch die Frage der Befreiung der Frau. Obwohl ein eigenständiger syndikalistischer »Frauenbund« erst im Mai 1922 gegründet wurde, nahmen in Mengede auch schon vorher Frauen vor allem an der alltäglichen politisch-kulturellen Arbeit teil. Zu einem wichtigen Faktor entwickelte sich dabei neben dem »Gemischten Chor Freier Sänger« eine

»Vereinigung zur Aufführung guter Theaterstücke«, in deren Rahmen sich *»Männer und Frauen in ihrem Seelenleben«* näher kennenlernen sollten. Zur Aufführung kam z. B. am 21. 3. 1921 das Bergarbeiterdrama »Golgotha«, das auch in anderen Orten aufgeführt werden sollte. (DS, 9/1921) Letztendlich jedoch, so Josef Rösler, könne die Befreiung der Frau nur deren eigenes Werk sein: *»Wenn der nötige Geist unter den Frauen fehlt, dann nützt die äußere Form, die Organisation nicht viel. Es wird die Aufgabe der Frau sein müssen, die Triebkräfte bei ihren Schwestern zur Organisationsarbeit zu entfachen.«* (DS, 9/1921).

III. Anarchosyndikalisten zwischen Interessen- und Ideengemeinschaft: FAUD und Freibund

Die Bildungs- und Kulturarbeit gewann nicht zufällig eine solch große Bedeutung innerhalb der Organisation. Der rasche Aufschwung der Mengeder Ortsgruppe von einigen wenigen Aktivisten zu einer Massenorganisation innerhalb kurzer Zeit brachte eine Menge Probleme mit sich. Der Dortmunder Delegierte Mühlhausen schilderte die Situation recht anschaulich auf dem 12. Kongreß der »Freien Vereinigung« im Dezember 1919: *»Die Bewegung unter den Bergarbeitern, unter den Grubenproleten, ist wie aus dem Erdboden gewachsen. Fast jede Woche haben wir eine neue Zahlstelle zu verzeichnen ... Die rückständigen Zahlstellen haben in den letzten sechs Monaten nicht einmal eine Mitgliederversammlung abhalten können. Seitdem ich aus der Haft entlassen bin, habe ich keinen Sonntag mehr meiner Familie widmen können. Jeden Sonntag war ich in Tätigkeit. Uns fehlen die leitenden Kräfte im Ruhrgebiet. Es wird am rückständigsten versorgt von ganz Deutschland. Unsere leitenden Kräfte arbeiten Tag und Nacht; aber die Bewegung ist bei uns zu schnell gewachsen. Wir sind jetzt noch Herr der Situation und hoffen es zu bleiben.«*[58] Der Anspruch der Mengeder, *»daß jedes Mitglied die uns noch fernstehenden Kameraden aller Berufe über unsere Taktik und Ziele aufklärt und sie unserer Vereinigung zuführt«* (DS, 37/1919), konnte wohl nie in die Tat umgesetzt werden. Die Gebrüder Köhler aus Eving beschrieben die Situation sehr drastisch: *»Der Geist der Ortsgruppe war alles andere, nur nicht syndikalistisch. Versuchte der Vorstand einmal Solidaritätsgelder abzusenden, dann war der Teufel Egoismus los in der nächsten Mitgliederversammlung. An Aufklärung konnte nicht viel geleistet werden, da die ganze aufklärende und organisatorische Tätigkeit auf 2–3 Genossen allein ruhte, die aber allein nicht imstande waren, 600 Mann aufzuklären und mit den Pflichten des Syndikalismus vertraut zu machen. Die Mitglieder hatten auch zum großen Teil kein Interesse daran und besuchten weder öffentliche noch Mitgliederversammlungen. Des Sonntagsmorgens konnte man sie aber in Scharen nach dem Herdenstall, der Verdummungsanstalt 'Kirche' laufen sehen. Dagegen waren sie bei Demonstrationen und Maifeiern nie zu sehen. Die meiste Überzeitarbeit wurde auf Zeche und Fabrik gerade von diesen 'Auch'-genossen geleistet. Die größten Schmarotzer auf der Arbeitsstelle waren in unseren Reihen zu finden.«* (Sch, 73/8. 10. 1921) Georg Raabe, Kassierer der Metallarbeiter in Dortmund, argumentierte ähnlich, wenn er schrieb, daß die Organisation stark an Mitgliedern zunähme, *»die geistige Klärung jedoch mit dem Wachsen der Mitgliederzahl nicht gleich Schritt«* halte und *»ein großer Teil nur aus Opportunität und der niedrigen Beiträge wegen zu uns übergetreten ist«.* (DS, 32/1920)

Um dieser Mißstände Herr zu werden, wurden in Mengede eine Reihe innerorganisatorischer Beschlüsse gefaßt. Am 9. 11. 1919 wurden das Beitrittsgeld auf 1,– Mark und der Wochenbeitrag von 50 Pf. auf 75 Pf. erhöht. (DS, 51/1919) Als nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches zu Spenden von Solidaritätsgeldern für Inhaftierte und Hinterbliebene aufgefordert wurde, beschloß man einen Monat später, wohl aufgrund geringen Spendenaufkommens, daß

jeder aus der Mitgliederliste gestrichen werden sollte, *»der den Solidaritätsbeitrag nicht zahlt«*. (DS, 20/1920 und 49/1920) Im Februar 1921 wurde beschlossen, diejenigen auszuschließen, die mit ihren Beiträgen über acht Wochen im Rückstand waren oder die Solidaritätsmarke von 5,– Mark nicht geklebt hatten. (DS, 9/1921) Im März des gleichen Jahres wurden alle diejenigen mit dem Ausschluß bedroht, die noch Sondervereinen der Saarländer oder Oberschlesier angehörten sowie alle diejenigen, *»die noch jetzt die 1 1/2 Pflichtschichten leisten«*. (DS, 13/1921) Und nochmals zwei Monate später, im Mai, hieß es, nur derjenige könne Mitglied werden, *»der sich vorher genügend über den herrschaftslosen Sozialismus durch Abonnieren und Lesen des 'Syndikalist' aufgeklärt und als erstes Zeichen seiner Selbständigkeit seinen Austritt aus der Kirche erklärt hat«*; an die Mitglieder richtete sich die Aufforderung: entweder *»Austritt aus der Kirche oder aus unserer Organisation«*. (DS, 23/1921)

Obwohl diese rigiden Beschlüsse den Grundlagen der Organisations- und Umgangsformen der FAUD eigentlich widersprachen, läßt sich gerade hieran das Dilemma erkennen, in dem sich die Aktivisten befanden. Für sie stellte die FAUD nicht nur – wie andere Gewerkschaften – eine Interessengemeinschaft, sondern vor allem auch eine Ideengemeinschaft dar: *»Unsere Parole lautet wie bisher: 'Lieber klein und rein als groß und innerlich faul'.«* (DS, 31/1921) Es gab allerdings auch kritische Stimmen: *»Man hört innerhalb der FAUD immer nur von Ausschließen ... Man kommt nicht als fertiger Syndikalist in die FAUD hinein, sondern wird es in ihren Reihen ... Hat man die Kollegen erst einmal, dann heißt es aufklären und nicht hinauswerfen ... Man verschone mich mit dem Satz: Klein aber rein. Das ist gewöhnlich der Weisheit letzter Schluß.«* (Sch, 66/1921) Diesen augenscheinlichen Gegensatz zwischen Interessengemeinschaft und Ideengemeinschaft versuchte man dadurch zu lösen, daß – so berichtete Josef Rösler später – *»in Mengede eine rein anarchistische Gruppe zur Befestigung der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbewegung ins Leben«* gerufen wurde. (DS, 45/1922)

Bereits Ende 1919 existierte eine »Anarchistische Föderation Dortmund und Umgebung«, auf die Karl Börder im »Freien Arbeiter« hinwies. (FA, 21/1919) Karl Börder stand bereits während des Sozialistengesetzes mit anarchistischen Kreisen in Kontakt.[59] Später agitierte er für die »Anarchistische Föderation Deutschlands« (AFD) sowie die »Anarchistische Föderation Rheinland-Westfalen« (AFRW)[60] und hatte Kontakt zur »Freien Vereinigung der Bergarbeiter«.[61] Obwohl er die Syndikalisten nach der 'Revolution' von 1918 unterstützte und Mitglied in der »Freien Vereinigung« wurde,[62] sah er doch die Notwendigkeit, einen *»anarchistischen Bund der Propaganda der Tat«* zu gründen.[63] So initiierte er Ende 1919 die erwähnte »Anarchistische Föderation Dortmund und Umgebung«.

Ebenso wie in Dortmund schlossen sich in ganz Rheinland-Westfalen Anarchisten auch außerhalb der FAUD in kleinen Gruppen zusammen. Die Initiative hierzu ging vor allem von ehemaligen Mitgliedern der AFD und AFRW aus.[64] Mitte 1920 organisierten sich diese Gruppen in einer »Föderation für Rheinland und Westfalen«[65] und trafen sich in etwa monatlichen Abständen zu gemeinsamen Konferenzen. Protokolle, Vereinsanzeigen und Aufrufe erschienen im »Freien Arbeiter«, dem Vorkriegsorgan der AFD,[66] das nach dem Weltkrieg als Organ der »Föderation der Kommunistischen Anarchisten Deutschlands« (FKAD) erschien.[67] Am 15. 8. 1920 benannte sich die rheinland-westfälische Föderation auf ihrer Konferenz in Dortmund in »Frei-Bund anarchistischer Gruppen Rheinland-Westfalens« um und gab sich Richtlinien, die sie immer mehr in Widerspruch zur FKAD bringen sollten. Der »Freibund« bildete danach eine lose Zusammenfassung anarchistischer Gruppen *»unter Wahrung ihrer Selbständigkeit«* zur *»Verbreitung der anarchistischen Weltanschauung«*. Eventuelle Unkosten würden *»freiwillig und gemeinschaftlich aufgebracht«*. Karl Börder und die Gruppe Lütgendortmund wurden mit der *»Führung der Geschäfte«* bestellt. (FA 37/1920) Diese Richtlinien standen den

Bestrebungen der FKAD nach einer festen Anbindung der örtlichen Gruppen und der Abführung von 10% der Mitgliedsbeiträge an die Berliner Geschäftskommission entgegen.[68]
Im September 1920 unternahm Karl Langer, der Herausgeber der in Hamburg erscheinenden Wochenzeitschrift »Alarm« – Organ der »Freien Sozialisten-Anarchisten« – zum erstenmal eine Agitationsreise ins Ruhrgebiet. (Alarm, 1/1920) Die »Freien Sozialisten-Anarchisten« hatten eine distanzierte Haltung zur FKAD. Sie verwarfen *»jede Organisation mit auferlegten 'Pflichten', mit Programmen usw.«*, ebenso Ausweise oder ähnliche äußerliche Bindemittel. In der Abführung von Mitgliedsbeiträgen sahen sie die ersten Gehversuche des Zentralismus. Trotzdem arbeiteten sie eng mit der FKAD zusammen, verbreiteten deren Literatur und auch den »Freien Arbeiter«. (Alarm, 43/1920)
Dieser Organisationskritik standen die rheinland-westfälischen Anarchisten offen gegenüber. Am 27. 9. 1920 schlossen sich die in Dortmund aktiven Anarchisten nach einer Versammlung mit Karl Langer zur Gruppe »Freie Sozialisten, Dortmund« zusammen. (Alarm, 39/1920 und FA, 42/1920) Auch der Vertrieb des »Alarm« wurde in Dortmund aufgenommen. (Alarm, 40/1920) Von nun an wurden teilweise gleichlautende Konferenzberichte im »Freien Arbeiter« und im »Alarm« abgedruckt und auch die Versammlungsanzeigen der rheinland-westfälischen Gruppen fanden Eingang in beiden Organen. (FA, 48/1920 und Alarm, 46/1920) Nach zwei weiteren Agitationsreisen im Dezember 1920 (Alarm, 1/1921) und Februar 1921 (Alarm, 9/1921) konnte Langer berichten, daß sich dem »Freibund« *»fast alle örtlichen Gruppen angeschlossen«* hätten. (Alarm, 9/1921)
Seit Anfang 1921 veröffentlichte der »Freie Arbeiter« keine Konferenzberichte des »Freibundes« mehr, so daß Karl Börder Ende Juli 1921 meinte, daß *»sich wohl nur ganz wenige Genossen«* für die FKAD erwärmen würden. (Alarm, 31/1921) Auch das Verhältnis zu den Syndikalisten wurde immer gespannter. Auf der Konferenz der »Anarchistischen Föderation Dortmund und Umgebung« führte Heinrich Drewes am 18. 7. 1920 noch aus, daß man den Syndikalismus *»mit den anarchistischen Zielen in Einklang bringen könne«*. Es wäre inzwischen *»nur noch Wortklauberei ... sich Syndikalist oder Anarchist zu nennen«*. Einen Unterschied machte lediglich Karl Börder: Die Ziele der Anarchisten seien im kulturellen Bereich weiter zu fassen. Der Anarchismus als revolutionäre Bewegung würde immer mehr in den Vordergrund gerückt. (FA, 30/1920) Die Anarchisten als die Avantgarde der Syndikalisten: Hierin sahen die Freibündler ihre organisatorische Daseinsberechtigung und ihren Aufgabenbereich. Auf einer weiteren Konferenz der Dortmunder Föderation am 15. 12. 1920 in Mengede brachte dies Franz Sorg auf den Punkt: Aufgabe der Anarchisten sei es, dafür zu sorgen, daß dem Syndikalismus nicht der Klassenkampfcharakter verloren ginge. (FA, 51/1920) Karl Langer berichtete über eine anschließende Versammlung vom 16. 12. 1920: *»Der Geist des internen Kreises der Genossen ist ausgezeichnet und es wäre zu wünschen, daß sich die Anarchisten und Syndikalisten anderer Orte befleißigten, den Mengedern nachzueifern.«* (Alarm, 1/1921)
Anfang 1921 wurde der »Freibund« aktiver. Otto Adomat übernahm den Vertrieb des »Alarm« für Mengede. Immer häufiger tauchten darin nun auch Berichte der Mengeder auf: über skandalöse Zustände auf der Zeche Hansemann, über direkte Aktionen der Bergarbeiter, aber auch Diskussionsbeiträge vor allem über Erziehungsfragen. Daß die Freibündler nicht abgehobene Prediger waren, sondern mit beiden Beinen fest auf der Erde standen, sollen zwei Beispiele belegen. Anfang 1921 versuchten sie, neben der weltlichen Schule eine »Freie Schule« in Mengede einzurichten. Im »Alarm« war zu lesen: *»Unsere Kameraden haben erkannt, daß vor Allem nötig ist, den Kindern eine freiheitliche Erziehung angedeihen zu lassen.«* (Alarm, 12/1921) Bereits einen Monat später wurden die Eltern aufgerufen, ihre Kinder zu den *»freien Unterrichtsstunden«* jeden Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag zu bringen. (Alarm,

18/1921) Dies war der Versuch, in Mengede *»eine freie Schule auf freier Grundlage ins Leben zu rufen«* (Alarm 15/1922), in der die Kinder *»nicht autoritär erzogen, sondern in alle Geheimnisse des Lebens eingeweiht«* werden sollten. (Alarm, 18/1921) *»Die Lehrer sollen nicht Erzieher, sondern Berater in einer Schule sein, wo Kinder zu freien Menschen herangebildet werden sollen.«* (Alarm, 12/1921) Die staatliche, also auch die weltliche Schule, für die in dieser Zeit in großen Schulstreiks gekämpft wurde und für die auch die FAUD in Mengede eintrat, wurde abgelehnt. *»Die heutige Schule ist Staatsschule – Lehrer und Lehrmittel werden vom Staat sanktioniert.«* Demgegenüber forderten die Freibündler *»nur eine freie, vollkommen unabhängige Schule, nur freie, unabhängige Lehrer«.* (ebd.)

Auch auf der Zeche gewann der »Freibund« an Einfluß. Im Namen einer »Organisation der Unorganisierten« brachten sie auf der Zeche einen Anschlag an, in dem dazu aufgerufen wurde, streikende Bergarbeiter in Leverkusen zu unterstützen: *»Für uns 'Unorganisierte' gilt es unsere Ehre zu retten und den sogenannten 'Organisierten' zu beweisen, daß wir nicht die Wilden sind, die ohne Ehre durchs Leben trotten. Die Kommission der Unorganisierten wird am Lohntag mit einem verschlossenen Kasten vor dem Zechentor stehen und freiwillige Spenden entgegennehmen. Der Kasten wird im Beisein des Betriebsrates geöffnet, das gesammelte Geld gezählt und ungekürzt den Kameraden in Leverkusen überwiesen. Unorganisierte, beteiligt euch an dieser direkten Aktion.«* (Alarm, 9/1921)

Derartige Aktionen bewiesen ihnen, daß sie auf *»Mitgliedsbücher, die ständige Klebung von Rabattmarken«* verzichten konnten, dies sogar *»jede selbständige Hilfeleistung«* ersticken würde. (ebd.) *»Unsere Organisation ist im landläufigen Sinne keine Organisation«*, hieß es Ende 1920 im »Alarm«. *»Unsere Bewegung kennt weder Statuten noch Mitgliedsbücher, noch feste Beiträge oder Abstempelungen. Jede Person, der nichts Belastendes gegen den Befreiungskampf nachgewiesen werden kann, ist bei uns gern gesehen ... Zu internen Zusammenkünften haben nur diejenigen Kameraden Zutritt, die regen Anteil an der Bewegung nehmen. Unsere Kasse wird durch Sammlung auf Listen oder Tellersammlung in den Stand gesetzt, daß wir allen Eventualitäten gegenüber gewappnet sind.«* (Alarm, 43/1920)

Die Anhänger dieses Bundes, der demzufolge nur aus Aktivisten bestand, waren in der Regel Mitglieder der FAUD und übernahmen dort auch führende Tätigkeiten. So setzte eine Entwicklung ein, die die Freibündler immer mehr zu einer Opposition innerhalb der FAUD werden ließ. Am 20. 7. 1921 warf Karl Börder der syndikalistischen Bewegung vor, *»daß sie weiter nichts als eine freiwillige Sklaverei wäre. Wo die Anarchisten Fuß faßten, hörte der Syndikalismus von selbst auf, weiter zu bestehen«.*[69] Gegenüber den oben erwähnten innerorganisatorischen Repressalien als Reaktion auf unsolidarisches Verhalten der Mitglieder betonten sie ihr Konzept der relativen Organisationslosigkeit. So standen sich im August 1921 zwei Lager in der Mengeder FAUD gegenüber. Zum einen die Sympathisanten des »Freibundes«, die gegen eine Massenorganisation und die dadurch befürchtete Bürokratisierung opponierten und den Aspekt der Ideengemeinschaft in den Vordergrund gestellt sehen wollten. Demgegenüber standen diejenigen, die für einen weiteren Ausbau der Organisation eintraten. Als Voraussetzung hierfür betrachteten sie die geistige Entwicklung, aber auch die materielle Besserstellung der Mitglieder. Obwohl sie mit den Freibündlern darin übereinstimmten, *»daß es in diesem System kein Aufbau durch Verbesserung geben kann«* (Sch, 2/13. 7. 1922), begriffen sie die FAUD doch als eine Interessenvertretung.

Diese beiden Richtungen versuchten seit Mitte 1921 sich einander anzunähern. Im Rahmen der FAUD wurden öffentliche Veranstaltungen organisiert: Für die Freibündler referierten am 23. 7. Wehmeier aus Lünen über »Anarchismus und Zentralismus« und am 6. 8. Karl Langer über »Internationale und freie Schule« (Sch, 9/21. 7. 1921), für die gemäßigte Richtung am

In Nacht seid' ihr gefangen,
In Trägheit des Denkens und des Handelns.

Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)
Bezirk Mengede.

Oeffentliche Volks-Versammlung

am Samstag, den 6. August, nachmittags 5 Uhr,
im Golzschen Saale:

Thema: Internationale und Freie Schule.

Referent Genosse Karl Langer, Hamburg.

Freie Diskussion!

Die Bürger von Mengede vor allem aber die Lehrer werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Frauen und Jugend erscheint in Massen!

Arbeiterbörse Mengede.

Die Schöpfung, 5. 8. 1921

12. 8. Johann Spaniol zum Thema »Für die Einigung des Proletariats« (DS, 36/1921). Auch im kleineren Kreise wurde heftig diskutiert. So konnte die Polizeibehörde Mengede Anfang September 1921 melden: *»Seit ca. 1/2 Jahr ist ... beobachtet worden, daß sich zeitweise fremde Personen und zwar abwechselnd in den Wohnungen der Bergleute Adomat, Mengede, Ammerstraße 56, Rösler, Mengede, Viktoriastraße 6 und Haferstroh, Mengede, Hogestraße 28 aufhalten.«*[70] An diesen Zusammenkünften würde *»nur ein bestimmter Personenkreis, ca. 8–10 Personen, teilnehmen«*. Eine öffentliche Propaganda als Folge der Treffen sei nicht zu verzeichnen, was genau beredet würde, sei auch nicht festzustellen. Bemerkenswert an diesen Treffen ist, daß nicht nur die beiden Richtungen innerhalb der FAUD vertreten waren, sondern mit August Haferstroh auch einer derjenigen, die einige Zeit später die Ortsgruppe der NSDAP mitbegründeten. Otto Adomat war zu diesem Zeitpunkt Hauptkassierer der Ortsgruppe und Anhänger des »Freibundes«, für den er den »Freien Arbeiter«, den »Ziegelbrenner« und den »Alarm« in Mengede vertrieb. August Haferstroh war in mehreren Ausschüssen und Kommissionen der Ortsgruppe tätig, zugleich aber auch Sprecher des Mengeder »Freibundes«. Josef Rösler war zu dieser Zeit 1. Vorsitzender der Ortsgruppe und trat für ihren weiteren Ausbau ein.
Doch statt zu einer Annäherung führten die Diskussionen offensichtlich zu einer Verhärtung der Standpunkte. Zum endgültigen Bruch kam es auf einer Mitgliederversammlung am 28. 8. 1921. Hier wurden Beschlüsse gefaßt, die zu einer Spaltung der Ortsgruppe führen sollten: Die Mitgliedsbücher wurden abgeschafft, die Beitragszahlungen waren ab nun Ermessenssache, durften aber nicht unter 1,– Mark liegen und der obligatorische Bezug des »Syndikalist« wurde eingestellt. Von nun an blieb es jedem selbst überlassen, den »Syndikalist« oder die »Schöpfung« zu abonnieren.[71] Der Beschluß lag am 2. 9. 1921 der Geschäftskommission in Berlin vor, unterschrieben von Otto Adomat. (DS, 36/1921) Etwa 600 der 900 Mitglieder zählenden Ortsgruppe waren *»indifferent geworden«*. (DS, 52/1921)
Die Gegner dieses Beschlusses reagierten sofort. Bereits einige Tage später, am 2. 9., wurde auf einer Zusammenkunft die *»Weiterführung der Ortsgruppe«* beschlossen. So baute sich innerhalb

kurzer Zeit wieder eine FAUD-Gruppe nach den alten Organisationsregeln auf. *»In den nächsten Tagen meldeten sich reihenweise die Genossen für ihre weitere Mitgliedschaft in der alten Ortsgruppe.«* Diese sprachen sich *»gegen die Auswüchse falsch verstandenen Anarchismus aus und verlang(t)en, daß ... weiter die Marken geklebt werden«*. Für den 11. 9. luden sie zum Zwecke einer *»umfangreiche(n) Verständigung«* zu einer Mitgliederversammlung ein mit der Aufforderung: *»Alle Genossen müssen, wenn sie ihre Mitgliedschaft behalten wollen, zwecks Neuanmeldung in dieser Versammlung erscheinen. Beiträge können dortselbst entrichtet werden.«* Einberaumt wurde zugleich eine öffentliche Versammlung mit dem Redakteur der »Schöpfung« Heinrich Drewes zum Thema »Der Syndikalismus als Weltanschauung« mit anschließender freier Aussprache; zum Erscheinen aufgefordert wurden die *»Kameraden aller Richtungen«*.[72]

Öffentliche Versammlung
in Mengede.

Samstag, abends 8½ Uhr, im Lokal Baak, Friedrichstr.:
Vortrag des Genossen H. Drewes,
— Redakteur der „Schöpfung". —
Thema:

„Der Syndikalismus als Weltanschauung"

Freie Aussprache.

Um zahlreiches Erscheinen der Kameraden aller Richtungen ersucht freundlich mit Gruß und Handschlag
Der Einberufer.

Die Schöpfung, 8. 9. 1921

Die freie Aussprache führte offensichtlich zu einer weiteren Verhärtung der Fronten. In der Generalversammlung vom 18. 9. 1921 schloß sich die Ortsgruppe Oestrich bei Mengede dem Beschluß zur Abschaffung der Mitgliedsbücher an. Im ganzen Rheinland und in Westfalen spalteten sich jetzt die Freibündler von der FAUD ab.[73] Auf einer Konferenz des »Freibundes« mit hundert Teilnehmern aus Rheinland-Westfalen am 23. 10. 1921 wurden *»scharfe, aber gerechte Erklärungen ... gegen die Auch-Anarchisten der Fr.A.U.S. abgegeben. Die Auch-Anarchisten sind unsere schärfsten Gegner und gegen sie gilt es den Kampf zu führen mit aller Schärfe«*. (Alarm, 43/1921)

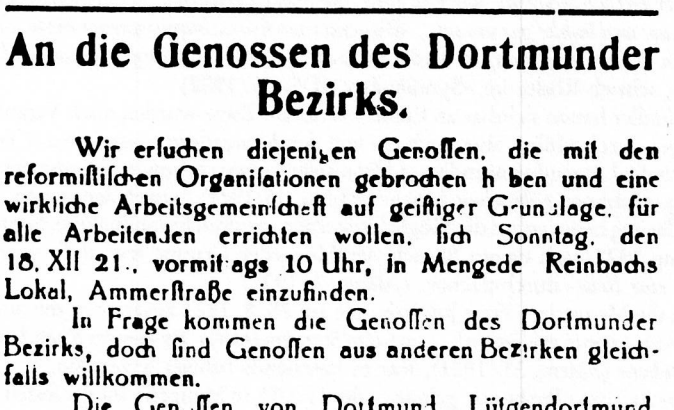
»Wir müssen der zersetzenden Taktik, die von den Individuen Langer und Börder propagiert wird, Einhalt tun. Rheinland und Westfalen sind zum Teil von diesen Elementen zersetzt worden«, hieß es dagegen im »Syndikalist«. (DS, 18/1922) Josef Rösler bezeichnete die Anhänger des Mengeder Beschlusses zur Abschaffung der Mitgliedsbücher als »Neusyndikalisten«. Es wären *»einige jüngere, noch unerfahrene, parteikommunistisch veranlagte Elemente«*, welche den Spintisierern und Theoretisierern auf den Leim gegangen seien. (DS, 36/1921)

Während sich die FAUD und der »Freibund« einander die Schuld zuwiesen, entwickelten sich die »Neusyndikalisten« in Mengede zu einer eigenständigen linksradikalen Organisation, in der auch der »Freibund« immer mehr an Einfluß verlor. Anfangs nannten sie sich – in der Annahme, die Minderheit würde sich dem Beschluß fügen – weiterhin »FAUD-Mengede«. (Sch, 8. 9. 1921) Nachdem sich aber am 2. 9. auch die Minderheit unter dem Namen »FAUD-

Mengede« neu bildete, benannten sie sich um in »Arbeiterbörse FAUD-Mengede«, nachdem Namen wie »Freibund«, »Geistige Gemeinschaft« oder »Menschliche Gemeinschaft« abgelehnt worden waren.[74] Mit dieser Namensgebung dokumentierten sie ihre Zugehörigkeit zum syndikalistischen Spektrum. Sie begriffen sich weiterhin als Anarchosyndikalisten, aber ohne organisatorische Anbindungen an die Geschäftskommission der FAUD in Berlin, den »Freibund« oder Vereinigungen wie »Die Menschlichen«, die als *»Volksbildungsgemeinschaft« »rein ideale kommunistische Grundsätze«* verfolgte.[75]

Es ist jedoch anzunehmen, daß sich bei ihnen anfangs eine Ratlosigkeit einstellte, welcher Organisationsstrukturen sie sich nun bedienen sollten. Sie beschlossen, zuerst nur mit Listen zu hantieren. (DS, 40/1921) Man vertrat die Ansicht, daß jeder an Beiträgen geben könne, was er wolle, nur nicht unter 1,– Mark. (DS, 36/1921) *»Faule Kleber würden nach einigen Wochen gestrichen, wenn sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllten«*, hieß es auf einer Versammlung am 27. 11. 1921. (Sch, 29. 11. 1921) Nach kurzer Zeit mußten jedoch schon Ausweiskarten ausgegeben werden. *»Wer eine einmalige Zahlung leistet, bekommt eine Legitimation, um sich auf der Arbeitsstelle ausweisen zu können.«* (DS, 40/1921)

Die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit des FAUD-Kreises um Rösler mit der »Arbeiterbörse« zeigte sich auf einer Veranstaltung etwa 1 1/2 Monate nach der Spaltung. Am 14. 10. 1921 lud August Haferstroh zu einer Mitgliederversammlung der FAUD-Mengede (!) für den 16. 10. ins Lokal Reinbach ein; sie solle *»reichlichen Stoff zur freien Aussprache bieten«*. Gebeten wurde nicht nur um zahlreichen Besuch, sondern auch darum, *»allen persönlichen Hader zu Hause zu lassen, oder, noch besser: auf Nimmerwiedersehen zu verlieren«*. (Sch, 14. 10. 1921) Nach dieser wohl erfolglos verlaufenen Versammlung zerstritten sie sich immer mehr; eine *»Schimpfepistel auf Geschäftskommission, Agitationskommission und Geschäftsleitung«* hätten die »Neusyndikalisten« sich zurechtgemacht, schrieb Rösler im »Syndikalist«. (DS, 40/1921)



An die Genossen des Dortmunder Bezirks.

Wir ersuchen diejenigen Genossen, die mit den reformistischen Organisationen gebrochen haben und eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft auf geistiger Grundlage, für alle Arbeitenden errichten wollen, sich Sonntag, den 18. XII 21., vormittags 10 Uhr, in Mengede Reinbachs Lokal, Ammerstraße einzufinden.

In Frage kommen die Genossen des Dortmunder Bezirks, doch sind Genossen aus anderen Bezirken gleichfalls willkommen.

Die Genossen von Dortmund, Lütgendortmund, Somborn, Recklinghausen, Lünen, Brackel Werne usw. werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

August Haferstroh.

Alarm, 48/1921

Trotzdem wurde die »Arbeiterbörse« als eine selbständige Gruppe von den linken Organisationen in Mengede ernst genommen. Dies zeigt besonders ihre organisatorische Einbeziehung in ein lokales Mengeder Komitee *»zur Wahrung örtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Interessen«*, das sich im Dezember 1921 bildete. Außer der »Arbeiterbörse« gehörten diesem Komitee SPD, USPD, KPD, FAUD und die Freidenker-Vereinigung an. Ziel des Komitees war es, *»für die Idee der Verständigung Propaganda zu machen«* – ein Versuch also, eine Verschmelzung oder zumindest eine stärkere Zusammenarbeit der linken Organisationen am Ort herbeizuführen. (WAVZ, 30. 12. 1921) Es ist anzunehmen, daß dieses Komitee sogar aufgrund einer Initiative der »Arbeiterbörse« zustande kam. Laut Rösler hatte sie nach ihrer Trennung von der FAUD *»zur Gründung einer Einheitsfront«* aufgerufen. Weiter schrieb Rösler: *»Wir Syndikalisten ... wollten auch jetzt nichts von den Außenseitern wissen.« (DS, 45/1922) Die Redaktion der sozialdemokratischen WAVZ mahnte ihre Mitglieder, »daß die Maßnahmen und die Tätigkeit des Komitees der Partei- und Gewerkschaftspolitik nicht zuwiderlaufen (dürften), andernfalls müßte man doch seinen Standpunkt als Parteigenosse und Gewerkschafter hervorheben«.* (WAVZ, 30. 12. 1921) Demnach nahmen weder Syndikalisten noch die SPD diese Einheitsfrontbestrebungen wirklich ernst, auch wenn sie sich am Komitee beteiligten.

Es ist schlecht einzuschätzen, welche Auswirkungen der Zerfall des Komitees auf die »Arbeiterbörse« hatte. Ihr Vertrauen in die linken Organisationen dürfte jedoch vom Ausgang dieser *»Einheitsfront aller Enterbten und Entrechteten gegen die Reaktion«* (WAVZ, 30. 12. 1921) erheblich erschüttert worden sein. Denn erst jetzt, Anfang des Jahres 1922, benannte sich die »Arbeiterbörse« um in »Einheitsorganisation der Zeche Adolf von Hansemann«. Die Quellenlage in bezug auf diese »Einheitsorganisation« ist sehr dürftig; Materialien von dieser Gruppe existieren wohl nicht mehr. Fest steht, daß die »Einheitsorganisation« wieder auf der Organisationsbasis der traditionellen Arbeiterbewegung stand. *»Hatte man ehedem, als man sich von der FAUD-Mengede getrennt hatte, die Masse verworfen, so liebäugelte man nun wieder mit der Masse und buhlte gar um sie ... Während man früher immer wieder hörte, die Mitgliedsbücher haben Schuld an allem, so mußte man doch wieder mit Organisation und Mitgliedsbuch beginnen«*, schrieb Rösler im »Syndikalist«. (DS, 45/1922)

Die Freibündler hatten sichtbar an Einfluß verloren. Zwar wurden noch Veranstaltungen mit Karl Langer durchgeführt, aber auch ein von den Mengedern ausgerichtetes Treffen, zu dem namentlich die Lütgendortmunder und Brackeler Genossen sowie alle, *»die mit den reformistischen Organisationen gebrochen haben«* (Alarm, 48/1921), eingeladen waren, brachte keine weitere Klärung in bezug auf die Möglichkeit einer weiteren Einflußnahme. So stellte Karl Langer Anfang 1922 nach einem Besuch der Mengeder Gruppe fest, daß *»unsere Kameraden scheinbar eine Krise«* durchmachen. (Alarm, 7/1922)

Auch um die Mengeder »Freie Jugend«, die am 28. 8. 1921 zusammen mit anderen Jugendgruppen *»einstimmig erklärte(n), ... auf dem Standpunkt des 'Freibundes Rheinlands und Westfalens' zu stehen«* (Alarm, 35/1921), war es zusehends ruhiger geworden.[76]

Im Gegensatz zum »Freibund« gelang es der FAUD, in Mengede wieder festen Fuß zu fassen. *»Die Mitglieder der früheren Ortsgruppe Mengede haben an Zahl abgenommen, aber sie gehen ihren Weg unbeirrt weiter«*, verkündete sie bereits kurz nach der Spaltung. (DS, 40/1921) Ihr Ratschlag an andere Ortsgruppen anläßlich des 14. Kongresses der FAUD im November 1922 lautete: *»Haltet eure Bewegung rein, entfernt frühzeitig störende Elemente aus euren Reihen!«* (DS, 45/1922) So arbeitete die FAUD im alten Stil unbeirrt weiter. Anfang 1923 zählte die Ortsgruppe wieder *»ungefähr 1 000 überzeugte Anarcho-Syndikalisten«*. (DS, 36/1923) Auch hatte sie in der Mengeder Arbeiterschaft nicht an Ansehen verloren. Bei den Betriebsratswahlen auf der Zeche Adolf von Hansemann im März 1922 erhielt sie fast die Hälfte der Stimmen (1249)

und stellte acht Betriebsräte. 1924 konnte sie ihr Ergebnis noch verbessern: von insgesamt elf Betriebsräten stellten sie jetzt acht.[77] 1926 war sie mit 750 Stimmen und sechs von fünfzehn Betriebsräten immer noch die stärkste Gewerkschaftsbewegung auf der Zeche. (DS, 20/1926) Zur »Einheitsorganisation« bestand zunächst ein sehr gespanntes Verhältnis. Anfang 1923 näherten sich die beiden Organisationen jedoch einander an; den 1. Mai 1923 feierten sie gemeinsam. (Sch, 19. 4. und 26. 4. 1923) Im Herbst 1923 ging die »Einheitsorganisation« sehr wahrscheinlich in der FAUD auf.[78]

Ortsgruppe Mengede.

Zum Frühspaziergang in die Natur treffen sich alle Kameraden mit ihren Angehörigen am 1. Mai Punkt 7½ Uhr morgens an der Ecke Ammer- und Viktoriastraße. Endziel Dingertal (Erlenbauer), wo sich alle Ortsgruppen der Bezirks-Arbeiter-Börse Lütgendortmund-Mengede treffen. Nachmittags 5 Uhr im Lokal Elling, (Dortmunderstraße). Schlußfeier bei Konzert und Unterhaltung.

F.A.U.D. (Syndikalisten) und Wirtschaftliche Einheitsorganisation Mengede.
i. A. Die Maifeierkommission.

Die Schöpfung, 26. 4. 1923

Seit ihrer Gründung, besonders aber während der Mai-Unruhen 1923, wurde der »Einheitsorganisation« immer wieder ein rechtslastiges Verhalten nachgesagt. Überall im Industriegebiet hatten sich in den Jahren 1922/23 ähnliche Organisationen gebildet; in Bochum-Weitmar der »Einheitsverband«, auf den Thyssen-Werken der »Wirtschaftliche Einheitsverband«, in Bielefeld, Herford und Minden ein »Wirtschaftsverband«. Der alte Verband warnte seine Mitglieder eindringlich vor diesen Verbänden: *»Schickt die gelben Singvögel, mögen sie noch so süß flöten, gebührend nach Hause. Es sind dies alles verkappte Faszisten.«*[79] Mitte Mai 1923, zu einem Zeitpunkt, als die »Einheitsorganisation« auf der Zeche Hansemann immer noch durch Betriebsräte vertreten war, bezeichnete die Dortmunder KPD-Zeitung die *»Radikalinski-Einheitsorganisation«* als eine *»fast ... faszistische Organisation«*.[80] Wenn man einigen *»Revolutionären der Zeche Hansemann«* Glauben schenkt, so wurde die »Einheitsorganisation« bereits *»mit gütiger Zustimmung der Zechenverwaltung gegründet«*.
Mitte 1923 soll beim großen Bergarbeiterstreik aus ihren Reihen der *»Selbstschutz gebildet«* worden sein, der *»auf anderen Zechen mit gegen die streikenden Arbeiter gekämpft«* habe. Die Folge hiervon soll das Verbot der *»gelben Organisation«* durch die Franzosen gewesen sein, in deren Vorfeld umfangreiche Hausdurchsuchungen veranstaltet wurden, bei denen eine Menge Waffen gefunden und fünf Personen verhaftet wurden. (nach Alarm, 12-13/1923)
Die Darstellung der »Einheitsorganisation« als eine faschistische Gruppierung ist sicher nicht richtig. So hätte die FAUD niemals zusammen mit einer *»fast faszistischen«* »Einheitsorganisation« den 1. Mai 1923 gefeiert. Auch später noch waren deren Mitglieder im sozialistischen Lager aktiv. So beteiligte sich z. B. das Betriebsratsmitglied Ullerich von der ehemaligen »Einheitsorganisation« Ende 1923 zusammen mit der FAUD an dem Versuch der Übernahme des Zechenbetriebes durch die Arbeiter.[81] Trotzdem hatten die zitierten Vorwürfe eine sachliche

Grundlage, denn einige Mitglieder, die anfangs Wortführer der »Einheitsorganisation« waren, sympathisierten offensichtlich mit den nationalsozialistischen Ideen. Von ihnen wurde bereits im Juni 1922 eine Ortsgruppe der NSDAP in Mengede mitgegründet.

IV. Die Nationalsozialisten in Mengede – der Bruch mit der Arbeiterbewegung

Für die Gründungsmitglieder stellte die »Einheitsorganisation« nur ein *»Sprungbrett ... zu ganz neuen Ideen«* dar,[82] ehe sie sich in der NSDAP organisierten. Nicht Mitglieder der »Einheitsorganisation«, sondern Mitglieder der NSDAP bildeten den »Selbstschutz« gegen die streikenden Bergarbeiter und die Hausdurchsuchungen fanden nur bei ihnen statt. Zugleich wurden sie auch offensiv gegen streikende Bergarbeiter eingesetzt. Als im Mai 1923 von linken Gruppierungen Bergarbeiterstreiks für höhere Löhne organisiert wurden, waren auch Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppe Mengede dabei, als es gegen die Streikenden der Zeche Minister Stein in Dortmund-Eving ging. Beim Gewerbeverein waren sie vor ihrem Einsatz mit Gummiknüppeln und jeder fünfte Mann mit einer Schußwaffe ausgerüstet worden. Ein Toter, drei Schwer- und acht Leichtverletzte auf Seiten der Arbeiterschaft waren das Resultat dieses Einsatzes.[83] Später gingen sie zusammen mit der Polizei auch gegen Streikende der Zeche Westhausen in Westerfilde vor. Es liegt auf der Hand: Nicht die »Einheitsorganisation« war faschistoid, aber wegen ihrer ehemaligen Aktivisten, die nun in der NSDAP waren, wurde die gesamte »Einheitsorganisation« dem rechten Lager zugeordnet. Dies trug sicherlich nicht unerheblich zum Zerfall der Organisation bei.

Über die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe berichtet die anläßlich des elfjährigen Bestehens 1933 erschienene Chronik: *»Am 15. Oktober 1922 war der denkwürdige Tag, an welchem die erste Ortsgruppe der NSDAP hier in Mengede ins Leben gerufen wurde. An diesem Tage versammelten sich beim Wirt Reinbach an der Ammerstraße folgende Männer: W. Moog; F. Land; E. Poganatz; I. Grebenstein; F. Bartschat; A. Haferstroh; G. Horst; B. Köhler; M. Ehrens; E. Mundt; O. Tertocha; K. Krause; H. Caspeler und P. Land. Von diesen Vorkämpfern wurde die Ortsgruppe, wohl die erste im Industrie-Gebiet überhaupt, gegründet. Einige von ihnen hatten sich bereits früher als Einzelmitglieder der Partei in München angeschlossen.«*[84]

Von diesen hier genannten vierzehn Gründungsmitgliedern kamen mindestens acht aus der syndikalistischen Bewegung. Es waren keine »Mitläufer«, sondern scheinbar überzeugte Syndikalisten gewesen, die zum Teil auch führende Positionen in der FAUD und im »Freibund« inne gehabt hatten.

In Dortmund bestand bereits im Mai 1920 eine der ersten Ortsgruppen der NSDAP außerhalb Bayerns, die jedoch bis Anfang 1922 in der Öffentlichkeit wenig in Erscheinung trat.[85] Im April 1922 fand die erste größere Veranstaltung statt; ihr sollten bis zum November 1922 noch fünf weitere folgen.[86] Zu dieser Zeit machten sich erstmals auch in Mengede Nationalsozialisten bemerkbar. Am 1. Mai 1921 war der Bergmann Wilhelm Moog vom Mengeder »Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund« zur NSDAP übergewechselt.[87] Moog war in Mengede nicht unbekannt. Am 6. 2. 1920 war er aus dem Kreis der Mieter und Pächter als Beisitzer in das »Mietseinigungsamt« gewählt worden.[88] Auch auf der Zeche Hansemann war er aktiv; seine Mitgliedschaft im »Schutz- und Trutzbund« dürfte er hier wohl nicht an die große Glocke gehängt haben. Er hat aber augenscheinlich versucht, Bergleute für seine Ideen zu gewinnen; oft rückte er sich in Belegschaftsversammlungen in den Vordergrund und ergriff das Wort.[89] Bereits Anfang Mai 1922 stellte die politische Polizei ein Auftreten der NSDAP im Raum

Westerfilde fest. *»Schätzungsweise gehören der Partei 10 Personen an. Vorsitzender ist der Bergmann Wilhelm Moog in Nette.«*[90] Diesem war es durch unermüdliche Kleinarbeit gelungen, Mitglieder für die NSDAP zu gewinnen. Im Frühjahr 1922 fühlte man sich bereits stark genug, eine öffentliche Werbeveranstaltung in Westerfilde durchzuführen, die aber nur *»sehr schwach besucht und ... von den Kommunisten gesprengt«* wurde.[91] Trotzdem wurde am 9. 6. 1922 mit der Unterstützung der Dortmunder Gruppe eine Ortsgruppe der NSDAP in Mengede gegründet.[92] Ihr erster Führer, so berichtet die Chronik, wurde Wilhelm Moog, der auch die Kontakte zum rechtsradikalen Lager hergestellt hatte.[93] Später faßten die frischgebackenen Nationalso-

Neue Ortsgruppen

Am 10. Juni wurde in Gotha eine Ortsgruppe unserer Partei gegründet. Näherer Bericht darüber folgt.

Am 9. Juni wurde in Mengede (Ruhrkohlengebiet) in Westfalen ebenfalls eine Ortsgruppe unserer Partei gegründet. Hierzu folgender Bericht:

Mengede (Ruhrkohlengebiet), den 10. Juni 1922.

Dem unermüdlichen Fleiß einiger echt deutscher Männer ist es gelungen, auch in unserer Hochburg politischen Parteihaders, wo der jüdische Einfluß sich in krassester Form auswirkt, durch die Gründung einer Ortsgruppe der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" dem verderblichen Getriebe einen starken Damm entgegenzusetzen. Schon in der Gründungsversammlung, wo einige Freunde der Dortmunder Ortsgruppe aufklärend und anregend wirkten, kam es zu einer lebhaften Aussprache. Möge unsere neue Ortsgruppe wachsen und Segen stiften zur Erneuerung unseres Volkes.

Völkischer Beobachter, 48/17. 6. 1922

zialisten ihre damaligen Erfahrungen noch einmal in eigenwilliger Form zusammen: *»In dem brodelnden, kochenden Hexenkessel der Revolutionsmonate bildeten sich immer neue Parteien und Grüppchen des Marxismus: SPD, Unabhängige, Spartakisten, Syndikalisten, Anarchisten und Individualisten, und jede behauptete von sich, den Schlüssel zum wahren Marxismus zu besitzen, die einzig echten Jünger Karl Marx zu sein. Da wir aus tiefstem Herzen von der Idee besessen waren, es müsse sich ein Weg finden lassen, wie uns und dem deutschen Arbeiter geholfen werden könne, so haben wir uns mit heißem Herzen durch alle diese neuen Programme der wie Pilze aus dem Boden schießenden Parteien hindurchgearbeitet, um immer wieder feststellen zu müssen, daß auch hier keine Möglichkeit gegeben war, aus dem wirtschaftlichen und sozialen Elend herauszukommen. Die Illusion, daß die Lehre eines Karl Marx dem darbenden und verderbenden Volke das Heil bringen könne, verblaßte immer mehr. Der Verlauf des Kapp-Putsches gab unserer sozialistischen Ueberzeugung den Todesstoß. Auch hier hatten wir noch einmal mit der Waffe in der Hand gekämpft, noch einmal unser Leben eingesetzt, den Ideen des Marxismus zum Siege zu verhelfen und die Wiederkehr reaktionärer Mächte zu verhindern. Da aber mußten wir erleben, wie die sogenannten 'Führer' der proletarischen Front nach dem Zusammenbruch unseres Aufstandes sich die Taschen mit Geld füllten und durch schleunige Flucht ihr wertvolles Leben in Sicherheit brachten, während sie uns, die wir wieder einmal die Kastanien aus dem Feuer geholt hatten, schmählich im Stich ließen. Verzweifelt, irre an unseren bisherigen Idealen, verbittert über den Verrat der Führer, bis ins Innerste zerrissen durch den Zusammenbruch alles dessen, was bisher Sinn und Zweck unseres Lebens gewesen war, ergaben wir uns trotzdem nicht einer stumpfen Resignation. Dazu war der politische Kampf zu sehr in unserem innersten Wesen verwurzelt. Bald fanden sich daher wieder*

einige der alten Kämpen zusammen, um aufs neue das schier unlösbare Problem in Angriff zu nehmen, wie wir uns und das Proletariat aus den Klauen des Kapitals befreien könnten. Daß es mit dem Marxismus nicht gehen würde, hatten wir restlos eingesehen; denn das Verhalten der sogenannten 'Arbeiterführer' und die Tatsache, daß die SPD und USPD sich in verräterische Kompromisse mit dem internationalen Börsenkapital einließen, die ganze Art und Weise, wie sie immer wieder vor dem Kapitalismus kapitulierten und zuletzt selbst diesen Götzen anbeteten, hatten uns mit Ekel vor diesen 'Führern' erfüllt. So machten wir denn auch endgültig einen Schlußstrich unter dieses Kapitel ... Sozialistisch waren wir geblieben, aber wir hatten eingesehen, daß die Mittel des Marxismus grundfalsch waren.«[94]

Am 15. 11. 1922 wurde die NSDAP durch eine Verfügung des Preußischen Innenministers aufgrund des Gesetzes zum Schutz der Republik in Preußen verboten; erst im Februar 1925 wurde sie erneut gegründet. Illegal bestand die Ortsgruppe in Mengede jedoch weiter, nur notdürftig als »Lesegemeinschaft der deutschen Zeitung« getarnt. Politische Versammlungen wurden als private Treffen oder Familienfeiern ausgegeben; die Gegenmaßnahmen der Behörden hielten sich in Grenzen.[95]

Bis zum Verbot der NSDAP bestanden außer in Dortmund und in Mengede im Ruhrgebiet noch drei weitere Ortsgruppen: in Hagen (1. 3. 1922), Hattingen (Oktober 1922) und in Recklinghausen (13. 11. 1922).[96] Zwar hatten die Gruppen untereinander losen Kontakt, doch zur Bildung eines Gaus kam es nicht.[97] In dieser Phase besaßen die Ortsgruppen einen relativ autonomen Status. In der weit entfernt liegenden Parteizentrale in München war man schon froh, über die Grenzen Bayerns hinaus ins Ruhrrevier vorgestoßen zu sein und ging entsprechend vorsichtig mit den Ortsgruppen um.[98] Auch die Mengeder Ortsgruppe kümmerte sich in dieser Zeit nicht viel um Anweisungen aus München. So leisteten sie während des »Ruhrkampfes« aktiven Widerstand und führten Sabotageaktionen durch,[99] obwohl die Partei Saboteuren offiziell den Parteiausschluß angedroht hatte.[100]

Auch innerhalb der Ortsgruppe herrschten oft erhebliche Spannungen. Man schloß sich gegenseitig aus der Partei aus und trat anderen rechten Gruppen bei, um dann schließlich doch wieder zur NSDAP zurückzukehren.[101] Die Parteisitzungen blieben hiervon nicht unberührt und spielten später sogar noch in einem Kreisgerichtsverfahren eine Rolle; Franz Land, so hieß es, habe bei einer Diskussion sein Parteiabzeichen abgerissen, darauf herumgetrampelt und mit dem Ruf »Heil Moskau« die Sitzung verlassen.[102] Ein Zeuge in diesem Gerichtsverfahren berichtete über diese Zeit: *»Mir sind die Verhältnisse in Mengede ziemlich genau bekannt, insbesondere weiß ich, daß in Mengede immer sehr viel getrunken worden ist. Es ist häufig vorgekommen, daß nach Sitzungen oder Versammlungen oder Geschäftsschluß die Amtsleiter der Ortsgruppe fast geschlossen in Gasthäuser gingen und manchmal recht ausgiebig tranken. Jedenfalls wurden es häufig sehr lange Sitzungen.«*[103] Auch mit der Bezirksleitung gab es Streitigkeiten[104] und selbst mit Goebbels legten sich die Mengeder an, nachdem er gegen Paul Land ein Redeverbot veranlaßt hatte. Zwölf benachbarte Ortsgruppen solidarisierten sich mit Land, der Goebbels als *»Küken«* und sich als *»Glucke«* bezeichnete und ihm in einem Brief sogar handfeste Auseinandersetzungen androhte: *»Habe ich nicht bald Antwort kommen wir nach Elberfeld und besuchen Sie, aber richtiger.«*[105]

»Geordnete Verhältnisse« traten in Mengede erst ein, als die Partei reichsweit Fortschritte machte und so auch auf die Ortsgruppen mehr Druck ausüben konnte. *»Die Unstimmigkeiten und Gegensätze in der Ortsgruppe wurden endgültig überwunden im Jahre 1928 ... Auch in Mengede war, nachdem die Eigenbrödler ausgetreten waren, ein zuverlässiger Stamm entstanden, der sich durch nichts mehr von dem geraden Wege abbringen ließ. Die Führung übernahm wieder Pg. Franz Land, der sich nun mit aller Energie der Organisation annahm und sie nicht wieder aus der*

Hand gab.«[106]
Einen größeren Einfluß hat die NSDAP zu jener Zeit wohl weder in Mengede noch im Ruhrgebiet überhaupt besessen, auch wenn sie sich einen 'sozialistischen' Anstrich gab.[107] Die folgende Feststellung Böhnkes dürfte auch auf die Verhältnisse in Mengede zutreffen; bis 1925, so schreibt er, scheiterten öffentliche Auftritte der Partei *»am Protest und Widerstand der Ruhrbevölkerung oder wurden von Vertretern der SPD, KPD und der Gewerkschaften mit Gewalt verhindert. In den Fällen, in denen nationalsozialistische Veranstaltungen überhaupt begonnen werden konnten, wurden sie von politischen Gegnern gesprengt; nur ganz selten konnten sie zu Ende geführt werden ... 'Völkisch-nationalistisch' und 'nationalsozialistisch', das bedeutete für die Arbeiterparteien des Ruhrgebietes Kampf dieser Rechtsgruppen gegen Republik und Demokratie, Kapp-Putsch, Mord an Erzberger und Rathenau, das war Militarismus und Reaktion, das hieß außerdem Verbindung mit den Oberklassen, Widerstand gegen die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft und gegen deren Vertreter, die Gewerkschaften.«*[108] Diese Einschätzung der NSDAP war wohl auch in den Arbeiterorganisationen in Mengede vorherrschend. Bereits auf der Gründungsversammlung der NSDAP in Mengede kam es zu Rangeleien, als Mitglieder der SPD und USPD erschienen und erklärten, *»sie würden dafür sorgen, daß hier in Mengede niemals eine Ortsgruppe der NSDAP entstehen würde«.*[109]
Mit der Gründung der NSDAP war der offene Bruch zwischen den alten Genossen endgültig vollzogen. Man wohnte zwar noch Tür an Tür, hatte aber alle Gemeinsamkeiten verloren. Man beschimpfte, denunzierte und verklagte sich gegenseitig selbst bei staatlichen Behörden. Die wenigen Beispiele aus dieser Zeit lassen nur erahnen, welche Auswirkungen dieses Verhalten auf das soziale Gefüge innerhalb der Siedlung und das Kameradschaftswesen auf der Zeche gehabt haben muß. So schildert die NS-Chronik einen wohl typischen Vorfall kurz nach dem Verbot der NSDAP in Preußen: *»Eines Abends hatten wir den Geburtstag der Frau des Pg. Haferstroh benutzt, um unter dem Deckmantel einer Familienfeier zusammenzukommen und Pläne zu schmieden. Dabei waren wir von dem gegenüberwohnenden Polizeispitzel Langos beobachtet worden. Bald erschienen auch prompt einige Polizeibeamte ...«* Diese wurden jedoch davon überzeugt, daß es sich um eine *»einfache Familienfeier«* handele.[110] Selbst der Amtsrat in Mengede erklärte sich das *»durchaus ruhige«* Verhalten der Nationalsozialisten Mitte April 1923 damit, daß *»sie fürchteten, dass sie den Franzosen verraten und eingesperrt werden könnten«.*[111] Bis vor Gericht stritten sich die ehemaligen Genosen. So berichtete der »Alarm« Mitte 1923: *»Als die Freiheitstaten der Hitlergarden bekannt wurden, besaß der Führer Haferstroh noch die Dreistigkeit, den Genossen Adomat u. Langosch wegen Beleidigung zu verklagen. – Der Kläger wurde aber mit seiner Klage abgewiesen und in einer zweiten Verhandlung wurden unsere Kameraden freigesprochen und der Kläger mußte die Kosten bezahlen.«* (Alarm, 12-13/1923)

V. Biographischer Anhang

August Haferstroh war aktives Mitglied der FAUD und zugleich Anhänger des »Freibundes«.[112] Während des Kapp-Putsches im März 1920 gehörte er dem Aktionsausschuß in Mengede an. Am 19. März entwaffnete er zusammen mit Franz Langos und einigen *»mit Karabinern und Handgranaten ausgerüsteten Dortmunder Rotgardisten«* die Mengeder Polizeiwache; weiterhin nahm er Waffen und Munition von Mengeder Bürgern in Beschlag. Aus der Hauptkasse in Mengede ließ er sich am 29. und 30. März über 70000 Mark auszahlen, die u.a. *»zu Löhnen für die Aktionsausschußmitglieder und die roten Truppen«* verwendet wurden. In Übereinstimmung mit der Berliner Geschäftskommission verurteilte er die bewaffneten Kämpfe

Der Amtmann
es Amtes Mengede.

Mengede, den 9. April 1920.

Fernsprecher:
Amt Mengede Nr. 3 und 4
Amt Dortmund Nr. 345.

Nr. I.

An

den Gemeindevorstand

Mengede.

Gelegentlich der letzten Unruhen sind unter Androhung von Gewalt dem Amtsverbande Geldbeträge erpresst. Das Amt ist dadurch erheblich geschädigt worden. Aufgrund des Tumultschadengesetzes melde ich hiermit die mir bis heute bekannt gewordenen Schäden an und beantrage, dem Amt die Gesamtsumme zu erstatten. Ich behalte mir vor, etwaige weitere zu meiner Kenntnis kommenden Ersatzforderungen nachträglich anzumelden.

Es sind unter Zwang gezahlt worden:

I. Löhne.

a.	am 29. 3. 1920	an den Obmann Bergmann Haferstroh	62 060 ℳ
b.	" 29. 3. 1920	" " " " "	2 960 "
c.	" 30. 3. 1920	" " " " "	5 400 "
d.	" 1. 4. 1920	" " Stephan Peters in Ickern, Hombrinkstr. 32	3 120 "
		in Summa	73 540 "

scharf: *»Laßt uns Menschen sein, die zur Freiheit und Brüderlichkeit streben, nicht aber Bestien, die den Brudermord wollen. Die Waffen nieder!«* (DS, 19/1920) *»Führer«* und *»Parteigötzen«* jeglicher Couleur lehnte er ab und ließ sich deshalb vermutlich auch nie in einen Vorstandsposten der FAUD wählen. Trotzdem gehörte er zahlreichen Kommissionen der FAUD an: Nach dem Kapp-Putsch der »Unterstützungskommission« für die *»Hinterbliebenen inhaftierter Genossen«* (DS, 20/1920), seit dem 1. 8. 1921 der Pressekommission (Sch, 1. 8. 1921) und seit März 1921 fungierte er als Kontaktperson für andere FAUD-Gruppen zur Aufführung des Theaterstückes »Golgotha«. (DS, 9/1921)

Nur die direkte Aktion, die Tat jedes Einzelnen könne die Grundlage einer wirklich freien Gemeinschaft bilden. Mit dieser Erkenntnis endeten fast alle seine Zuschriften: *»... wer sich nicht selbst befiehlt, bleibt immer Knecht«* (DS, 19/1920); *»Für den Befreiungskampf können nur freie Menschen in Frage kommen«* (Alarm, 9/1921); *»... es gilt, Menschen zu schaffen, die sich nicht wie Schafe von ihren Führern leithammeln lassen«* (Alarm, 17/1922). In diesem Sinne propagierte er die Ideen des »Freibundes«, für den er auch organisatorisch tätig war; so waren z. B. Solidaritätsbeiträge für den »Freibund« bei ihm zu zahlen. (Alarm, 17/1922)

Haferstroh referierte am 6. 2. 1921 auf einem Treffen des »Freibundes Rheinland-Westfalen« über *»die augenblickliche Lage und ihre Lehre«* (Alarm 5/1921), wobei er die Notwendigkeit einer eigenständigen anarchistischen Bewegung betonte. (Alarm, 8/1921) Er lud auch selb-

ständig für die Mengeder Gruppe zu Treffen mit wichtigen aktuellen Fragen ein. (Alarm 48/1921 und 17/1922) Noch am 25. 6. 1922, also gut zwei Wochen nach der Gründung der NSDAP in Mengede, richtete er für den »Freibund« eine Konferenz aus. (Alarm, 17/1922) Aufgrund dieser Aktivitäten sah Josef Rösler in ihm den *»Haupttreiber«* zur Abschaffung der Mitgliedsbücher. (DS, 36/1921) Haferstroh war maßgeblich am Zustandekommen der »Arbeiterbörse« und der »Wirtschaftlichen Einheitsorganisation« beteiligt.
Es ist erstaunlich, wie fließend er seinen Übergang vom »Freibund« zur NSDAP vollzog. Am 19. Mai 1922 gedachte er noch in einem Nachruf der verstorbenen Mimi Adomat (Alarm 15/1922), ca. ein halbes Jahr später verklagte er ihren Ehemann Otto Adomat wegen Beleidigung. (Alarm 12-13/1923) So aktiv, wie Haferstroh bei den Anarchisten war, wurde er auch bei den Nationalsozialisten. Anfang 1923 soll er für die Mengeder Ortsgruppe bei Hitler in München gewesen sein. (Alarm, 12-13/1923) Später gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Mengeder SA, deren Mitgliederliste er in einem nur ihm bekannten Ort in der Grube der Zeche Hansemann versteckte. Als die Liste gefunden wurde, wurde im Sommer 1924 gegen ihn und weitere achtzehn Parteimitglieder vor dem Amtsgericht Münster ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz eingeleitet, das jedoch aufgrund einer Amnestie eingestellt wurde.
Nach der Verbotsaufhebung und Neugründung der NSDAP 1925 kehrte Haferstroh nicht mehr in die Partei zurück. Vermutlich hatte er sich dem »Völkischen Block« der Liste Wachenfeld angeschlossen, auf der Wilhelm Moog für die Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 auf Platz 2 kandidierte. Hiermit hatten sie sich in Widerspruch zur Mehrheit der Ortsgruppe gesetzt, die sich dem »Völkisch-Sozialen-Block«, später der »Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung« anschloß und Anfang 1925 die Ortsgruppe der NSDAP neu gründete.

Paul Land (ehem. Krajewski, 1924 eingedeutscht; geb. am 23. 1. 1897 in Wanne, 1916 kurzfristig Soldat, im Oktober 1916 zur Arbeit in die Farbenfabrik Leverkusen geschickt, dann zur Union nach Dortmund überwiesen).[113] Paul Land wurde nach dem Krieg 1919 erst Mitglied der SPD, dann der USPD und organisierte sich danach bei den Syndikalisten und Anarchisten. Ende 1919 absolvierte er eine Ausbildung als Privatdetektiv in Düsseldorf, arbeitete danach jedoch auf der Zeche Hansemann, wo er seinen Kollegen Faulheit empfohlen haben soll: *»Nur durch Faulheit könne der Kapitalist ruiniert werden.«*
Während des Kapp-Putsches versuchte er in Mengede im Rahmen des Aktionsausschusses den Ordnungsdienst zu organisieren. Er requirierte Waffen, auch unter Androhung von körperlicher Gewalt, und beschlagnahmte in diesen Tagen u. a. roten Stoff für Armbinden der Arbeiterwehr, insgesamt mehr als 1 000 kg Benzol, Benzin, Maschinenöl, Karbid, Knotenband usw. auf der Zeche Hansemann sowie Autos und Pferde, um den Kontakt nach Dortmund, Lünen und Ickern zu gewährleisten, aber auch für Truppentransporte an die Front. Wegen dieser Tätigkeiten floh er nach der Niederschlagung der revolutionären Bewegung mit sieben weiteren Genossen ins besetzte Gebiet nach Ohligs, nachdem er ein Pferd und einen Wagen verkauft hatte, um von dem Erlös Fahrkarten zu erstehen. In Ohligs bekam er durch Vermittlung von USPD-Genossen eine Unterkunft als Kostgänger und Arbeit bei der Stadt als Bauhilfsarbeiter, die er jedoch wegen seiner Zugehörigkeit zu den Syndikalisten und weil er nicht zum Bauarbeiter-Verband überwechseln wollte, wieder verlor. Nach seiner Rückkehr nach Mengede wurde er am 21. 12. 1920 wegen des Verkaufs von Pferd und Wagen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, später aber begnadigt.
Am 27. 5. 1920 hatte Paul Land geheiratet. Nach achttägiger Ehe wurde er verhaftet und für drei Wochen festgesetzt; in dieser Zeit beging seine Frau Ehebruch, was er später wie folgt

kommentierte: *»Nun stellen Sie sich meine anarchistische Idee vor. Selbstverständlich standen wir damals auf dem Boden der freien Liebe und konnten derartige Sachen geschehen ... Nun stellen Sie sich vor derartiges in der Ehe erfahren, Anarchist, die Frau katholisch, Tag für Tag in die Kirche, sehr fromm, in welche Gedanken man sich verlieren konnte.«* Zwei Monate nach seiner Hochzeit hielt Land einen Vortrag zum Thema »Die Ehe, ein staatlich sanktioniertes Hurenhaus«.
Am 4. Mai 1921 wurde Paul Land vom Kriegsgericht Dortmund zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am Dortmunder Bahnhof Flugblätter »An die Proletarier Rheinland-Westfalens« erhalten und sie in Mengede verteilt haben soll. Das von der VKPD und der KAPD Rheinland-Westfalen herausgegebene Flugblatt rief offen zum *»bewaffneten Aufstand«* gegen Reichswehr, Sipo und Orgesch auf (*»Greift zu den Waffen!«*) und proklamierte den sofortigen Generalstreik mit Übernahme der Betriebe (das Flugblatt ist abgedruckt im »Ruhr-Echo« vom 26. 3. 1921). Das Gericht warf Land vor, *»verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander angereizt«* zu haben; am 17. 8. 1922 wurde ihm diese Strafe erlassen.
Zwischenzeitlich wurde Paul Land am 30. 5. 1921 vom Schöffengericht Gelsenkirchen wegen Vergehens gegen die Kriegsverordnung vom 13. 1. 1919 und gegen die §§ 132 und 333 StGB zu einem Jahr Gefängnis (ersatzweise 15,– Mark für einen Tag Gefängnis) und 300,– Mark Geldstrafe verurteilt; weder in der örtlichen, noch in der Presse linker Organisationen wurde über diese Verurteilung berichtet. Sehr wahrscheinlich hat er diese Strafe abgesessen und danach sofort die Ortsgruppe Mengede der NSDAP mitbegründet.
Auch als NSDAP-Mitglied trat Land äußerst militant auf. Nach der Besetzung Mengedes durch die Franzosen wurde er Mitglied einer fünfköpfigen »Sprengkolonne«, die sich an Sprengversuchen und Sabotageakten gegen die Besatzer beteiligte. Im Oktober 1923 fuhr er nach Küstrin, um dort in die Schwarze Reichswehr einzutreten, was ihm jedoch nicht gelang. Nach eigenen Angaben wurde er trotzdem in Sonnenburg und Elbrechtsbruch *»zur Niederhaltung von Kommunistenaufständen verwandt«* und im November vom Stahlhelm entwaffnet. Im Sommer 1924 gehörte er, wie Haferstroh, zu den vom Amtsgericht Münster wegen Mitgliedschaft in der Mengeder SA Angeklagten. In der Zeit des Verbots der NSDAP war er Mitglied der »Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung« und gehörte 1925 zu denjenigen, die die Ortsgruppe der NSDAP wieder neu gründeten. Auch in späteren Jahren wurde Land mehrmals wegen *»unbefugten Waffenbesitzes«* verurteilt. Seine syndikalistische Phase erkannte er später als *»verbrecherisch und dem Volke vernichtend, wirtschaftlich, sittlich u.s.w. bringend an. Ich danke Gott und bereue ständig, früher so gehandelt zu haben ... Ich bin stolz darauf, mich zum Volke zurückgefunden zu haben und nunmehr den Weg des wahren Menschen unter mir habe und der volksverbrecherischen Anschauung auf Wiedersehen nimmermehr auf dieser Welt gesagt habe«.*

Franz Land (ehem. Krajewski, 1924 eingedeutscht; geb. am 16. 2. 1896 in Langendreer, Volksschulbildung, Soldat von 1915–1917, Angehöriger der baltischen Landwehr, aktiver Kämpfer des Ruhrkampfes während der französischen Besetzung, Ortsgruppen-Leiter der NSDAP-Mengede, Ratsherr der Stadt Dortmund, Mitglied des preußischen Landtages 1932/33, Mitglied des Reichstages seit 1933).[114]
Nach eigenen Aussagen hat Land *»in den Jahren 1919 bis Ende 1920 der SPD angehört und gehörte auch der syndikalistischen Bewegung an«.* Bei den Hungerunruhen am 2. Juli 1919 in Dortmund tat sich Franz Land besonders bei den Zigarrenhändlern hervor, indem er ihnen vorschrieb, *»die Zigarrenbestände sofort zu billigen Preisen zu verkaufen. Da die draußen stehende Menge nach dieser Forderung ... in die Ladengeschäfte eindrang, blieb den Ladeninhabern nichts anderes übrig, als wie ihre Bestände zu äußerst billigen Preisen zu veräußern«.* Als einer der Haupttäter wurde Land am 8. August 1919 vom Kriegsgericht Dortmund zu drei Monaten Gefäng-

nisstrafe verurteilt.
Während des Kapp-Putsches engagierte sich Land für den Aktionsausschuß in Mengede. Zusammen mit seinem Bruder Paul beschlagnahmte er am 15. 3. 1920 Waffen für die Sicherung und Verteidigung der neuen Ordnung. Ende 1920 trat er aus der FAUD aus und nahm bereits Mitte 1921 Kontakt zur NSDAP auf. Später wurde ihm vorgeworfen, ein *»radikales links stehendes Mitglied der damaligen syndikalistischen Partei«* gewesen zu sein.

Georg Horst (geb. am 16. 12. 1884 in Hintersteinau) wurde am 28. 11. 1920 als 2. Vorsitzender in den Vorstand der FAUD-Mengede gewählt (DS, 49/1920).

Bernhard Köhler (geb. am 8. 10. 1883 in Spießen) wurde am 28. 11. 1920 als 1. Schriftführer in den Vorstand der FAUD-Mengede gewählt. (DS, 49/1920) Bereits am 8. 1. 1920 war Köhler vom Außerordentlichen Kriegsgericht Dortmund zu 30,– Mark Geldstrafe, eventuell sechs Tage Haft verurteilt worden, weil er zusammen mit Otto Adomat und Josef Rösler den »Syndikalist« in Mengede vertrieben hatte. Adomat wurde ebenfalls zu 30,– Mark Geldstrafe verurteilt, Rösler wurde freigesprochen. Zu diesem Zeitpunkt war Köhler bereits Unterkassierer der FAUD-Mengede.[115]

Emil Poganatz hatte Kontakt zu den anarchistischen Gruppen in Mengede.[116] Bereits im März 1920 nahm er aktiv an den Aktionen gegen den Kapp-Putsch teil. Er beschlagnahmte am 15. 3. 1920 zusammen mit Franz Land die Waffen des Vorsitzenden der Mengeder Bürgerwehr. Im September 1921 nahm er an Kursen in Dreißigacker teil, für die der Anarchist Engels, Agitator des »Freibundes«, Werbung machte. In Dreißigacker, einem Ort in Thüringen, bestand ein sozialistisches Volksschulheim, das von zwei Lehrern geleitet wurde und in dem jährlich zwei Kurse stattfanden. Poganatz nahm an dem Kurs vom 1. August bis 15. Dezember 1921 teil. Der Unterrichtsplan wurde *»nach den Fragen, welche die Schüler auf dem Herzen haben«* selbst gestaltet.[117] Die Arbeiten in Stall, Feld, Scheune und Garten wurden in gemeinschaftlicher Arbeit verrichtet. Ein Jugendlicher aus Dortmund-Marten schrieb begeistert über diese Kurse: *»Eine richtige Lebensgemeinschaft sind wir geworden, die nicht nur für die zwanzig Wochen reicht, sondern für das ganze Leben. Wir sind gewissermaßen eins, eine große Familie in der die Lehrer wie Väter sind.«*[118]
Auch der alteingesessene Mengeder Sozialdemokrat Fritz Romann bestätigte in einem Gespräch die Zugehörigkeit von Poganatz zur anarchistischen Bewegung. Nach seinen Angaben waren auch **Fritz Bartschat** und **Hugo Caspeler** kurze Zeit Mitglieder der FAUD.

Sofort nach der Gründung der NSDAP-Ortsgruppe wurden neun weitere Mitglieder aufgenommen. Unter ihnen auch **Anton Gosch**, 1920 erster Vorsitzender der FAUD-Westerfilde, wenig später aber *»wegen Veruntreuung von Solidaritätsgeldern ausgeschlossen«*. (DS, 40/1920) Gosch gehörte im März/April 1920 dem Aktionsausschuß in Westerfilde an.[119] Noch Anfang November 1920 trat er für die Einführung der weltlichen Schule ein und meldete seine beiden Kinder für diese Schule ab Ostern 1921 an. Gosch wechselte schon recht früh ins nationalsozialistische Lager über; bereits Mitte Mai 1922 gehörte er – als einziger Arbeiter – der Ortsleitung der NSDAP in Dortmund als 2. Beisitzer an. Im Juni 1922 stellte er seine Privatanschrift als Kontaktstelle der NSDAP-Filiale Westerfilde zur Verfügung.

Abkürzungsverzeichnis

AZ: Arbeiter-Zeitung. Sozialdemokratisches Organ für das Rheinisch-Westfälische Industrie-Gebiet, Publikationsorgan der freien Gewerkschaften, Dortmund, 1902–1917.

DS: Der Syndikalist. Organ für sozialrevolutionäre Gewerkschaften Deutschlands; seit 1920: Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), Berlin, 1918–1932.

DZ: Dortmunder Zeitung, Dortmund.

FA: Der Freie Arbeiter, Berlin, 1904–1914; erschien wieder von 1919–1933 als Publikationsorgan der Föderation der Kommunistischen Anarchisten Deutschlands.

GA: Generalanzeiger für Dortmund und die Provinz Westfalen, Dortmund.

MZ: Mengeder Zeitung.

Sch: Die Schöpfung. Sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland; seit April 1922 mit dem Zusatz Publikationsorgan der FAUD(S) Rheinland-Westfalen, Düsseldorf. Die Schöpfung erschien von August bis Dezember 1921 als Tageszeitung, dann als Wochenzeitung bis Januar 1924.

WAVZ: Westfälische Allgemeine Volkszeitung. Dortmunder Arbeiterzeitung, Blatt der Sozialdemokratischen Partei, Publikationsorgan der freien Gewerkschaften, des Arbeitersportkartells und der Reichsbanner-Organisation, Dortmund, 1917–1933.

HSTAD: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf.

StADo: Stadtarchiv Dortmund.

STAM: Staatsarchiv Münster.

Anmerkungen

Sämtliche nicht näher nachgewiesenen Zitate im Text (Alarm, DS, FA, Freie Jugend, Sch) beruhen auf Schreiben, Mitteilungen, Protokollen und Berichten aus Mengede.

1 Alarm, 12-13/1923 (5. Jg.). Der »Alarm« erschien, herausgegeben von Karl Langer, als Fortsetzung des Vorkriegsorgans Hamburger Anarchisten »Der Kampf« mit verschiedenen Untertiteln: Organ für freien Sozialismus; Publikationsorgan des Anarchistischen Freibundes und der Freien Arbeitsgemeinschaften; Zeitschrift für natürliche Ordnung u.a.; Hamburg, 1. Jg. 1919 – 12. Jg. 1930.

2 Festschrift zur Tausendjahrfeier der Gemeinde Mengede, hrsg. vom Heimatverein, Dortmund o.J. (1928), S. 88 (im Folg. zit.: Tausend Jahre Mengede).

3 Walter Gronemann: Kleine Geschichte des Amtes Mengede, Dortmund 1978, S. 52. Zur Entwicklung der Zeche Hansemann s. u.a.: Werk-Nachrichten der Dortmunder Bergbau AG, Heft 1/1959; ferner den Bericht über die Verwaltung des Amtes Mengede 1889–1902, Dortmund o.J. (1902) (im Folg. zit.: Verwaltungsbericht 1902).

4 Nachrichten über den Stand der Amts- und Gemeinde-Angelegenheiten des Amtes Mengede aus den Jahren 1889–1910, Ergänzung zum Bericht über die Verwaltung Mengede 1889–1902, Arnsberg o. J. (1910), S. 4 (im Folg. zit.: Verwaltungsbericht 1910). Tausend Jahre Mengede, a.a.O., S. 31. Walter Brünning: Die Entwicklung Mengedes unter dem Einfluß des Bergbaus, maschschr., Dortmund 1970, S. 63.

5 Nur in wenigen Fällen wandten sich betrogene Bergleute an das Berggewerbegericht in Dortmund; s. Sitzungsberichte des Berggewerbegerichts, Spruchkammer Dortmund 3, in: AZ, 144/24. 6. 1913; 214/13. 9. 1913; 228/30. 9. 1913.

6 Brünning, a.a.O., S. 51.

7 Brünning, ebd., S. 69f; Werk-Nachrichten der Dortmunder Bergbau AG, Heft 1/1959, S. 7.

Eine detaillierte Aufstellung über die Bautätigkeiten im Amt Mengede findet sich in: Verwaltungsbericht 1910, a.a.O., S. 51f.

8 Festschrift zur Jubiläumsfeier des (SPD-) Ortsvereins Mengede für den 10. 11. 1951, Dortmund o.J. (1951), S. 11f; ferner Fritz Romann: Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung und der sozialistischen Arbeiterbewegung im Nordwesten von Dortmund (dem früheren Amt Mengede), maschschr., Dortmund-Mengede 1983, S. 36ff.

9 Romann, ebd., S. 30.

10 Seit 1903 gab es den Gesangverein »Glückauf« und 1907 wurde der Arbeiterturnverein »Vorwärts« gegründet; s. Romann, ebd.

11 S. hierzu AZ, 170/24. 7. 1913 und 172/26. 7. 1913.

12 Rechenschaftsbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde zur 12. Generalversammlung am 11. 7. 1915, o.O., o.J., in: StADo, Best. 5, Nr. 502, Bl. 198.

13 AZ, 204/2. 9. 1913.

14 S. Festschrift zur Jubiläumsfeier ..., a.a. O., S. 29; ferner Romann, a.a.O., S. 41. Auch in den übrigen Gemeinden des Amtes Mengede sahen die Wahlergebnisse ähnlich aus. Laut Romann, a.a.O., S. 137, machten sich erst nach dem Umsturz von 1918 Spaltungstendenzen in der Mengeder SPD bemerkbar. Laut Josef Rösler (in DS, 2/1920) gehörten der USPD Anfang 1919 ca. 500 Mitglieder an, deren Zahl jedoch gegen Ende des Jahres stark abnahm; am 28. 12. 1919 fanden sich nur noch *»30 versprengte USPD-Männer«* auf einer Mitgliederversammlung ein.

15 Laut Josef Rösler (in DS, 21/1920) bestand bis Mitte 1920 noch keine Ortsgruppe der KPD.

16 Tausend Jahre Mengede, a.a.O., S. 101.

17 Ebd., S. 102.

18 1915 wurden schon 475 Franzosen und 50 Russen eingesetzt. S. Romann, a.a.O., S. 39; StADo, Best. 17, Hr. 25, Schreiben des Landrats Dortmund vom 22. 11. 1918 und 11. 12. 1918. Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von 91 im Jahre 1915 auf 267 im Jahre 1917 und fiel dann auf 258 (1918) und 75 (1919). S. Tausend Jahre Mengede, a.a.O., S. 101.

19 Inge Marßolek: Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats, in: Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975, S. 242.

20 WAVZ, 7/8. 1. 1918.

21 Zit. nach Klaus Lenser: »Kriegsliebestätigkeit« / Schüler sammeln für den Krieg – Lehrer sterben für den Sieg!, in: Geschichtswerkstatt Dortmund (Hrsg.): Dortmunder Lesebuch, Dortmund 1984, S. 93f.

22 Hans Spethmann: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch 1914–1925, Bd.I: Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Berlin 1928, S. 53.

23 WAVZ, 30. 1. 1918.

24 Spethmann, Bd.I., a.a.O., S. 54.

25 Norbert Hüwel: Geschichte der Dortmunder Arbeiterbewegung in den Anfängen der Weimarer Republik 1918–1921, maschschr., Dortmund 1981, S. 31.

26 Marßolek, a.a.O., S. 243.

27 Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963, S. 187.

28 Rundschreiben Nr. 9 vom Zechenverband Essen vom 15. 11. 1918, zit. in: Spethmann, Bd.I, a.a.O., S. 361f.

29 So wurde z.B. Anfang Dezember 1918 der Werksverwaltung der Zeche Hansemann auf einer Belegschaftsversammlung vorgeworfen, der Erhöhung der Förderung passiven Widerstand zu leisten, da der Druck auf den Pressluftleitungen unter Tage zu gering wäre. Bericht des Bergrats Vowinckel vom 12. 12. 1918 betreff »Unzureichende Förderung«, STAM, OBA-Do, Nr. 1160, Bl. 79.

30 Bericht des Bergrats Vowinckel vom 13. 1. 1919, ebd., Bl. 114f.

31 Chronik der evangelischen Hilfsschule von Mengede, handschriftliches Manuskript in Privatbesitz, S. 2f.

32 Polizeiverwaltung Mengede an Hauptlehrer Esser in Bodelschwingh, aus den Beständen des Schulmuseums Dortmund (unverzeichnet).

33 Spethmann, Bd.I, a.a.O., S. 185f.

34 Marßolek, a.a.O., S. 284.

35 WAVZ, 21. 2. 1919.

36 GA, 22. 9. 1919.

37 WAVZ, 11. 3. 1919. Die »Freie Vereinigung der Bergarbeiter« war 1909 von Bergleuten aus Dortmund-Brackel gegründet worden und gehörte den seit 1897 selbständig organisierten »Lokalisten« an, die sich seit 1901 »Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften« nannten. Die Mitglieder verstanden sich zunächst als radikale Sozialdemokraten, näherten sich dann aber, besonders nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD auf ihrem Parteitag von 1908, immer mehr dem syndikalistisch-anarchistischen Lager an. Gruppen der »Freien Vereinigung der Bergarbeiter« bestanden vor dem Ersten Weltkrieg in Brackel, Dortmund, Lütgendortmund, Berghofen, Langendreer, Gladbeck, Buschhausen, Lünen und Mülheim. Der Regierungspräsident Düsseldorf schätzte ihre Zahl im Dezember 1912 auf etwa 250 Mitglieder (HSTAD, Reg. Düsseldorf, Nr. 42 809). Diese gehörten zum Teil auch der »Anarchistischen Föderation Rheinland-Westfalen« an, die mit der »Freien Vereinigung« relativ eng zusammenarbeitete. Bei Kriegsausbruch wurden die Organe der »Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften«, die »Einigkeit« und der »Pionier« sofort verboten, ebenso das »Mitteilungsblatt« und später das »Rundschreiben«. Trotzdem blieben die lokalen Gruppen mit der Geschäftskommission in Berlin auch während des Krieges in Verbindung, was vor allem auf die Brackeler Gruppe zutrifft (s. DS, 50/1921).

38 DS, 15/1919; s.a. Spethmann, Bd. I, a.a.O., S. 259.

39 Tremonia, 25. 3. 1919.

40 Spethmann, a.a.O., Bd. II: Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, S. 31f.

41 Oertzen, a.a.O., S. 117f.

42 Ebd., S. 118.

43 So der Dortmunder Delegierte König auf der 21. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom 15.–21. 6. 1919, Protokoll der 21. Generalversammlung ..., Bochum 1919, S. 341.

44 Am 31. 3. 1919 verhängte die Reichsregierung nach einem Gesetz von 1851 den Belagerungszustand über das Ruhrrevier. S. hierzu StADo, Best. 28, Nr. 332 und Best. 17, Hr. 9.

45 Nach der Delegiertenliste, in: Protokoll des 12. Kongresses der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften, Berlin o.J., S. 96ff.

46 STAM, Büro Kölpin, Nr. 128, Bericht vom 23. 7. 1920. Die Zahlen beziehen sich auf die Stadt- und Landgemeinden Dortmund und Hörde, die in etwa identisch sind mit den heutigen Stadtgrenzen Dortmunds.

47 Auf ihrem 12. Kongreß im Dezember 1919 benannte sich die »Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften« um in »Freie Arbeiterunion Deutschlands« (FAUD). Vor allem der ausführlichen Korrespondenz Josef Röslers im »Syndikalist« und in der »Schöpfung« ist es zu verdanken, daß man heute noch die Tätigkeit der FAUD-Mengede nachvollziehen kann.

48 Protokoll der Mengeder Polizeiverwaltung vom 12. 11. 1919 über eine Belegschaftsversammlung auf der Zeche Hansemann desselben Tages, in: STAM, OBA-Do, Nr. 1478.

49 S. Ulrich Klan/Dieter Nelles: »Es lebt noch eine Flamme«. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1986, S. 107f.

50 Johann Spaniol auf dem 13. Kongreß der FAUD, zit. nach Sch, 142/15. 6. 1922. Spaniol war vor seinem Übertritt zu den Anarchosyndikalisten Arbeitersekretär im Alten Verband gewesen.

51 Schreiben der Ortsgruppen Mengede und Lünen vom 8. 12. 1920, wiedergegeben in: Bergarbeiter-Zeitung, 3/16. 1. 1921 (33. Jg.). Zu einem endgültigen Bruch der verschiedenen Richtungen innerhalb der FAUD wäre es fast 1923 gekommen, als auf der Osterkonferenz der Bergarbeiter der

FAUD Johann Spaniol als besoldeter Föderationsleiter gewählt wurde, obwohl Josef Rösler sich anbot, die Geschäfte auch ehrenamtlich zu führen. (Sch, 17. 5 .1923) Daraufhin entstanden zwei Geschäftskommissionen, je eine in Mengede und Oberhausen. Erst auf der Osterkonferenz 1924, also ein Jahr später, konnte durch den Verzicht der Opposition auf ihre Forderungen wieder eine gemeinsame Leitung gewählt werden. Besoldete Geschäftsführer wurden Grimberg und Schäfer aus Wattenscheid. (DS, 18/1924).

52 Schreiben der Ortsgruppen Mengede und Lünen vom 8. 12. 1920, ebd.

53 So Fritz Kater, Vorsitzender der Berliner Geschäftskommission, in DS, 36/1921.

54 Die Mitgliederlisten der USPD im Stadt- und Landkreis Dortmund weisen viele Mitglieder der FAUD auf; teilweise wurde die USPD von später aktiven Anarchosyndikalisten gegründet. S. StADo, Best. 5, Nr. 196.

55 DS, 21/1921. Zusammen mit der SPD und der USPD bildeten die Anarchosyndikalisten sofort nach Bekanntwerden des Putsches in Mengede einen Aktionsausschuß bzw. »Neuneraussch uß«, da ihm drei Delegierte von jeder Organisation angehörten. Zuvor hatte sich schon die Mengeder Arbeiterschaft in direkter Aktion bewaffnet. Bereits für den 14. März liegt ein Bericht eines Bauunternehmers vor, der aussagt, daß sich vor seinem Haus *»etwa 300 Menschen angesammelt«* hätten, um der Forderung nach Herausgabe seiner Waffen Nachdruck zu verleihen. Die Entwaffnung der Polizei und des Bürgertums wurde in den nächsten Tagen vom Aktionsausschuß zügig vorangetrieben. Die schnell gebildete Mengeder Arbeiterwehr war überdurchschnittlich gut ausgerüstet; allein von der konservativen Einwohnerwehr in Castrop holte sie sich 130 Gewehre, 3 MGs und 50 Handgranaten (Erhard Lucas: Märzrevolution 1920, Band 1: Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, 2. Aufl., Frankfurt 1974, S. 264). Der Aktionsausschuß organisierte den Generalstreik gegen Kapp, die Wiederaufnahme der Arbeit, wobei sofort die Sechs-Stundenschicht in die Tat umgesetzt wurde (Spethmann, a. a. O., Bd. II, S. 112), bildete eine Ortswehr, um die Sicherheit der Gemeinde zu garantieren, sowie eine Steuerkommission und entlöhnte die Arbeiterwehr und die »roten Truppen« mit über 70000,– Mark, die aus der Amtskasse beschlagnahmt wurden. Auch auf der Zeche Hansemann wurden in diesen Tagen erhebliche Mengen an Material beschlagnahmt, vor allem Benzol, Benzin, Maschinenöl, Karbid und Dynamit. Ebenso wurden Lebensmittel, Autos und Fuhrwerke sowie roter Stoff für die Armbinden der Ortswehr konfisziert. Es steht fest, daß in diesen achtzehn Tagen das Leben in Mengede relativ ungestört weiterging und niemand zu Schaden kam. Die Schreckensherrschaft begann erst mit der Besetzung Mengedes durch Freikorps und Reichswehr. Verhaftungen, Folterungen, Diebstähle usw. waren in dieser Zeit an der Tagesordnung. Aber trotz dieser brutalen Niederschlagung der Arbeitererhebung konnten erstmals konkrete Erfahrungen mit der Selbstverwaltung gesammelt werden. S. Romann, a. a. O., S. 198 ff., ferner StADo, Best. 17, 42 n 4, Best. 17, 46 n 2, Best. 17, 34 n 1, Best. 17, 35 n 1.

56 Freie Jugend, 5/1919. Zwei Jahre später, Mitte 1921, bestanden im Dortmunder Raum sechs Gruppen der »Freien Jugend«: in Dortmund, Mengede, Lütgendortmund, Marten, Brechten und Scharnhorst (Freie Jugend, 4/1921). Sie waren der »Freien Jugend« in Berlin angeschlossen, deren Mitglieder sich auch »Junge Anarchisten« nannten. Ihr Organ, die Freie Jugend. Jugendschrift für herrschaftslosen Sozialismus, Organ der Föderation der revolutionären Jugend deutscher Sprache (seit 1920: Blatt der jungen Anarchisten), Schriftleitung Ernst Friedrich, Berlin-Wien, erschien von Juni 1919 (1. Jg.) bis 1926 (8. Jg.). Gingen sie anfangs noch mit der Freien Vereinigung bzw. mit der FAUD konform, so entwickelten sie später eine distanziertere Haltung gegenüber Vereinnahmungs- und Bevormundungstendenzen der FAUD. Als Reaktion hierauf gründete sich die »Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands« (SAJD), die aber auch immer wieder in Opposition zur FAUD trat. S. Ulrich Linse: Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1919–1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen, syndikalistischen und unionistischen Kinder- und Jugendorganisationen 1919–1933, Frankfurt/Main 1976.

57 S. Klan/Nelles, a. a. O., S. 328 ff.

58 Protokoll des 12. Kongresses der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften, a. a. O., S. 32.

59 S. Ein denkwürdiger Tag für einen alten Anarchisten, in: Proletarischer Zeitgeist, 47/1927 (6. Jg.).

60 S. Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969,

S. 238 ff. 1903 wurde auf der 3. Konferenz die 1901 gegründete »Deutsche Föderation Revolutionärer Arbeiter« umbenannt in »Anarchistische Föderation Deutschlands«. Die AFRW war eine Regionalabspaltung der AFD.

61 Bericht über die Fortsetzung der anarchistischen Konferenz in Dortmund am 23. Oktober 1910 (Börder wird hier irrtümlich als »Berge« bezeichnet), in: STAM, Reg. Münster, Abt. 7, Nr. 82.

62 Die Staatliche Sicherheitspolizei, Abt. 1 Dortmund, meldete am 28. 8. 1920 über Börder, daß er 2. Vorsitzender der Lütgendortmunder Syndikalisten sei (STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 262); am 30. 1. 1921 wurde er zum 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Lütgendortmund gewählt (DS, 7/1921), am 12. 6. 1921 in dieser Position bestätigt (DS, 25/1921).

63 Bericht über eine verbotene Kartellsitzung der Syndikalisten in Dortmund vom 14. 8. 1919, in: STAM, Büro Kölpin, Nr. 294, Bl. 65 f.

64 Walter Fähnders/Martin Rector: Linksradikalismus und Literatur. Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik, Band 1, Reinbek b. Hamburg, 1974, S. 40.

65 S. den Aufruf zur Gründung der Föderation in FA, 22/1920.

66 Linse, Organisierter Anarchismus ..., a. a. O., S. 169.

67 Der »Freie Arbeiter« ging aus dem 1897 begründeten Wochenblatt »Neues Leben« hervor, wurde 1914 verboten und erschien wieder seit 1919.

68 Ulrich Linse: Die Transformation der Gesellschaft durch die anarchistische Weltanschauung. Zur Ideologie und Organisation anarchistischer Gruppen in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, 11/1971, S. 289–372, bes. S. 339 ff. Auf einer Konferenz der rheinland-westfälischen Föderation am 12. 9. 1920 wurde einem Antrag zugestimmt, *»der sich gegen die Abführung von 10% der Einnahmen an die Berliner Geschäftsleitung richtete«.* (FA, 39/1920).

69 Abschrift eines Protokolls über den Diskutier-Abend der Anarchisten am 20. 7. in Bochum bei Speßardt, in: STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 396, Bl. 56.

70 Schreiben des Landrats des Landkreises Dortmund vom 8. 9. 1921, Betrifft: Anarchisten Börder und Engel, in: ebd., Bl. 127.

71 Da mir der Beschluß im Wortlaut nicht vorliegt, mußte ich ihn aus Erklärungen von Carl Windhoff (DS, 52/1921), Fritz Kater (DS, 36/1921) und Josef Rösler (DS, 36/1921) zusammenstellen.

72 Nach Sch, 8. 9. 1921. Heinrich Drewes war zu diesem Zeitpunkt verantwortlicher Redakteur der »Schöpfung«. In der »Schöpfung« kamen sowohl Vertreter des Freibundes als auch der FAUD häufig zu Wort. Die Wahl von Drewes zum Referenten ist daher als Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen in der Mengeder FAUD zu sehen. Die Redaktion der »Schöpfung«, also sehr wahrscheinlich Drewes, bezeichnete später den Kreis um Haferstroh als Genossen, *»deren grundehrliche Gesinnung aber über jeden Zweifel erhaben ist«.* (Sch, 29. 12. 1921).

73 Der Beschluß der Ortsgruppe Oestrich findet sich in Sch, 22. 9. 1921 und lautet wie folgt: *»1. Der »Syndikalist« wird vom 1. Oktober an abbestellt. Dafür soll »Die Schöpfung« als obligatorisches Organ eingeführt werden. 2. Die Beiträge werden bis 1. Oktober gestundet. Bis dahin müssen alle Beiträge bezahlt sein. Jedoch wird den Genossen, die mit größeren Beiträgen im Rückstande sind, noch Frist bis zum 1. November gelassen. Sämtliche Bücher werden dann eingezogen und in der nächsten Mitgliederversammlung revidiert, damit sich alle Genossen überzeugen können, daß alle Bücher geklebt sind. Nachdem kann jeder mit seinem Mitgliedsbuch machen was er will, weil sodann die Bücher abgeschafft werden.«* Allein im Dortmunder Raum traten Ende 1921 drei Ortsgruppen der FAUD zum Freibund über: Am 9. 10. 1921 die Ortsgruppe II Lütgendortmund (Sch, 14. 10. 1921), am 16. 10. 1921 die Ortsgruppe I Lütgendortmund (DS, 42/1921) und am 4. 12. 1921 die Ortsgruppe Brackel (DS, 50/1921).

74 DS, 15/1922. Arbeiterbörsen resultierten aus dem Zusammenschluß mehrerer Ortsgruppen. Ihnen oblag vor allem die Bildung und Schulung der Mitglieder sowie die Vorbereitung von notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsordnung. S. Franz Barwich: Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Berlin o. J. (1923), bes. S. 9 ff. Interessant ist, daß eine Arbeiterbörse für den Bezirk Mengede bereits Anfang 1921 gegründet worden war (DS, 13/1921) und der Aufbau einer Kreisbörse diskutiert wurde (Sch, 21. 7. 1921).

75 Laut eines Gewerkschaftsverzeichnisses (!) des Wehrkreiskommandos VI, S. 12, in: STAM, Büro Kölpin, Nr. 166. Dieser Gruppe gehörten auch Syndikalisten an, u. a. Alois Sneiden, der während der März-Unruhen von 1919 im Dortmunder Raum führend tätig war; weiterhin eine Gruppe um Erich Winzen, Mitglied der Freidenkerjugend und des Freien Wanderbundes. Satzung und Protokolle dieser Vereinigung finden sich in: STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 340.

76 Spätestens seit 1924 existierte in Mengede auch eine SAJD-Gruppe. S. Schreiben des Landrats Dortmund vom 29. 1. 1925, in: Stadtarchiv Lünen, 16–159.

77 MZ, 1. 4. 1922 sowie STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 332, Bl. 299.

78 In einer Notiz in Sch, 13. 9. 1923, wurde von einem Anstieg der *»syndikalistischen Welle«* in Mengede berichtet, zeitgleich mit einer Notiz in DS, 36/1923, wo die Zahl von 1 000 Mitgliedern für die Ortsgruppe Mengede angegeben wurde. Laut Alarm, 12-13/1923, wurde 1923 die Einheitsorganisation von den Franzosen verboten; eine Bestätigung dieses Verbots ließ sich weder in der örtlichen Presse noch in den Beständen des StADo finden. Auch nach einem Bericht der NSDAP Mengede aus dem Jahre 1933 bestand die Einheitsorganisation nur bis 1923; 11 Jahre NSDAP in Mengede. Ein Beitrag zur Ortsgruppen-Geschichte, Dortmund-Mengede o.J. (1933), S. 13.

79 Bergarbeiter-Zeitung, 35/1. 9. 1923.

80 Westfälische Arbeiter-Zeitung, 15. 5. 1923.

81 Protokoll der Belegschaftsversammlung der Zeche Hansemann, angefertigt von der Polizei-Verwaltung Mengede am 2. 12. 1923, in: StADo, Best. 17, H s 4.

82 11 Jahre NSDAP in Mengede, a. a. O., S. 12.

83 Ebd., S. 22f; ferner Gustav Kleinow: Die Dortmunder Polizei im Ruhrkampf, maschschr., o. O., o.J. (1944).

84 11 Jahre NSDAP in Mengede, a. a. O., S. 14.

85 Wilfried Böhnke: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 40ff. Dortmund war *»der erste Stützpunkt der Partei außerhalb Bayerns überhaupt«*; ebd., S. 223.

86 Ebd., S. 46f.

87 Dieter Knippschild: Einige Anmerkungen zur Entstehung und Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe Mengede 1922–1933, unveröffentlichtes Manuskript, S. 11. Die folgende Darstellung der NSDAP Mengede orientiert sich stark an dieser Arbeit.

88 Protokoll der Amtsvertretung Mengede vom 6. 2. 1920, in: StADo, Best. 17, Ha 5/2, Bl. 386.

89 Protokoll der Belegschaftsversammlung vom 4. 1. 1920, in: STAM, Reg. Arnsberg, Nr. 1478.

90 Bericht des Landrats von Dortmund vom 9. 5. 1922, in: STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 398.

91 Ebd.

92 Der Gründungsbericht findet sich im Völkischen Beobachter, 17. 6. 1922. 1933 gab die Mengeder NSDAP den 15. 10. 1922 als Gründungstag an (11 Jahre NSDAP in Mengede, a. a. O., S. 14). Diesen Widerspruch erklärt sich Knippschild, a. a. O., S. 11f damit, daß Franz Land, der 1933 Ortsgruppenleiter und Landtagsabgeordneter der NSDAP war und noch eine beachtliche Parteikarriere zu erwarten hatte, die Gründungsversammlung vom 9. 6. 1922 verpaßt hatte. *»Und wenn der Gründer nicht zur Gründung kommt, kommt die Gründung zum Gründer. So geschah es nachträglich 1933.«* Knippschild, a. a. O., S. 12.

93 11 Jahre NSDAP in Mengede, a. a. O., S. 14.

94 Ebd., S. 11f. In einem Leserbrief vom 5. 2. 1931 im Dortmund-Mengeder Lokalanzeiger ließ Franz Land seine Überlegungen noch einmal Revue passieren: *»Wenn junge politische Kräfte im Jahre 1918 die alten bemoosten sozialdemokratischen Führer, z. B. Abschaffung der Polizei, Abschaffung des Militärs, Sozialisierung der Betriebe, freie Bahn dem Tüchtigen usw., in die Tat umsetzen wollten, dann haben diese Kräfte nicht gewußt, daß die Hetzer selber Polizeipräsidenten werden wollten. Auch merkte man nicht sofort, daß alle marxistischen Maulhelden Beamte im Staate werden wollten. Ferner wußte man nicht, daß man sich den Todfeind Liberalismus wiederholte, einen Burgfrieden schloß und dann aus Deutschland das machte, was man jetzt als Trümmerhaufen bezeichnen kann. In diesem Novemberdeutschland heißt es: Schnabel halten, Steuern zahlen, stempeln gehen, Bonzen züchten, Parteibuch vorzeigen, anstatt in Wohnungen in Höhlen hausen, Banken, Börsen und Warenhäuser bauen, Lohn abbauen.«*

95 Ebd., S. 16f und Knippschild, a.a.O., S. 12ff.
96 Böhnke, a.a.O., S. 48ff.
97 Ebd., S. 54.
98 S. ebd., S. 46.
99 11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O., S. 17ff.
100 Knippschild, a.a.O., S.14.
101 Ebd., S. 20f. *»Wer gerade wen mit welcher Berechtigung ausschloß, blieb oft unklar.«*
102 Dortmunder Zeitung, 312/7. 9. 1935.
103 Knippschild, a.a. O., S. 1.
104 Ebd., S. 21.
105 Brief vom 26. 5. 1926, in: NSDAP Parteiakte des Paul Land, Berlin Document Center.
106 11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O., S. 34.
107 S. z.B. ein von der Hauptgeschäftsstelle der NSDAP in München herausgegebenes Flugblatt, das auch im Ruhrgebiet zur Verteilung kam und mit den Losungen *»Nie wieder Krieg! Nieder mit dem Militarismus! Hoch die Internationale! Auf zum Massenprotest!«* überschrieben war und sich auch vom Inhalt her höchst revolutionär gebärdete. Ein Exemplar befindet sich in: STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 398; s. auch Böhnke, a.a.O., S. 202ff. Der geringe Einfluß der NSDAP in Mengede wird auch an den Mitgliederzahlen deutlich: 1922: 12; 1924: 50; 1925: 70; 1926: 44; 1927: 64; 1928: 18; 1932: 195 (11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O., S. 67).
108 Böhnke, a.a.O., S. 203.
109 11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O., S. 15. Interessant ist hier ein Versammlungsbericht Karl Langers von einer öffentlichen Veranstaltung des Freibundes im Oktober 1922 in Dortmund. Dort trat ein Nationalsozialist auf, dessen Ausführungen *»ein Teil der Versammlung«* zustimmte (Alarm 23/ 1922).
110 11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O., S. 16.
111 Lagebericht des Amtsrats des Amtes Mengede vom 17. 4. 1923 an den Landrat in Dortmund, in: StADo, Best. 17, H r 4. Die Einschätzung des Amtsrats wurde schon kurze Zeit später bestätigt: Die Mengeder Mitgliederliste der zu dieser Zeit in Preußen verbotenen SA wurde in ihrem Versteck gefunden und von dem SPD-Funktionär Franz Langos der Polizei übergeben – ein Akt der Denunziation, der unter den Arbeiterorganisationen in Mengede in dieser Zeit undenkbar war. S. 11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O., S. 25.
112 Nach Materialien aus: StADo, Best. 17, 42 n 2 und Best. 17, Ha 5/3; Knippschild, a.a.O., S. 17f; 11 Jahre NSDAP, a.a.O., S. 24.
113 Nach Materialien aus: NSDAP Parteiakte des Paul Land, Berlin Document Center; Volksblatt (Bochum), 100/30. 4. 1926; StADo, Best. 17, 42 n 4; STAM, Außerordentliche Staatsanwaltschaft Dortmund, Nr. 312; Dortmunder Zeitung, Abendausgabe, 6. 5. 1921; 11 Jahre NSDAP in Mengede, a.a.O.; Knippschild, a.a.O.
114 Nach Materialien aus: Der Großdeutsche Reichstag, 4. Wahlperiode, Berlin 1943, S. 285; NSDAP Parteiakte des Franz Land, Berlin Document Center; Dortmunder Zeitung, Morgenausgabe, 9. 8. 1919; StADo, Best. 17, 42 n 4.
115 Dortmunder Zeitung, Morgenausgabe, 9. 1. 1920.
116 Nach Materialien aus: StADo, Best. 17, 42 n 4; STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 396.
117 Der Jungborn. Jugendorgan des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, 22/15. 11. 1922 (3. Jg.).
118 Ebd., 3/1. 2. 1921 (2. Jg.).
119 Nach Materialien aus: StADo, Best. 17, 34 n 1 und Best. 17, 46 n 2; STAM, Kreis Dortmund, Landratsamt, Nr. 1020; STAM, Reg. Arnsberg, 1 Pa Nr. 398; Knippschild, a.a.O.

Manfred Grieger

»Der Betreuer muß der von den Ausländern anerkannte Herr sein«

Die Bochumer Bevölkerung und die ausländischen Arbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge 1939–1945

I

»Viele haben diesen Arbeitseinsatz nicht überlebt.«[1] Nach dieser knappen und undetaillierten Einschätzung erlahmte denn auch wieder die ganze 11 Zeilen andauernde Aufmerksamkeit am Leid und Tod der ca. 26000 in Bochum zwangsarbeitenden Ausländer und speziell der über 2000 KZ-Häftlinge der Außenkommandos des Konzentrationslagers Buchenwald beim »Bochumer Verein« (heute Krupp-Stahl) und bei den »Eisen- und Hüttenwerken Bochum«;[2] 11 Zeilen eines insgesamt 472 Druckseiten umfassenden Standardwerkes des Leiters des Stadtarchivs in Bochum, Johannes Volker Wagner, das nach eigener Zielsetzung vor allem den *»nationalsozialistischen Alltag in einer Revierstadt«*[3] im Blickwinkel haben will.

Das Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der Stadtgeschichte während des Nationalsozialismus hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – an Themengrenzen haltgemacht.[4] Mehr noch: Das oben zitierte diffuse Eingeständnis Wagners, daß viele[5] der zwangsarbeitenden Ausländer nicht überlebt hätten, schien in seiner Kritik des mörderischen Alltags des Faschismus jedwede weitere, die Konkretion suchende Fragestellung überflüssig machen zu wollen.

Allein die Konfrontation mit dem lückenhaft überlieferten Material[6] läßt rasch neue Fragestellungen finden, die für eine durch die Oberflächenerscheinungen hindurchtauchende, radikale Betrachtung unabdingbar sind. Zunächst kann in vielerlei Hinsicht die Geschichte der ausländischen Arbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge, die zwischen 1939 und 1945 einen nicht unwesentlichen Teil des Bochumer Alltags ausmachten, als Spiegelbild der allgemeinen Geschehnisse gelten.[7] Die gestuft greifenden diskriminierenden Bestimmungen des Ausländer- und Polizeirechts hatten in Bochum ebenso ihre Gültigkeit wie in Berlin oder anderen Orten; ihre Realisierung ging ebenfalls über Leichen.[8] Das verschiedentlich detailliert beschriebene West-Ost-Gefälle der Behandlungsrichtlinien ließ auch in Bochum osteuropäische Zwangsarbeiter auf unterster Stufe stehen,[9] während etwa holländische Arbeiter in den statistischen Unterlagen des Bochumer Ernährungsamtes als den *»Deutschen verpflegungsmäßig gleichgestellte ausländische Zivilarbeiter«*[10] geführt und auch deutlich besser versorgt wurden.

Mehrheitlich stellte sich die Lebenslage von ausländischen Arbeitern als überaus widrig, wenn auch durchaus differierend heraus: Ihre Unterbringung in zum Teil von Stacheldraht umzäunten Massenunterkünften, was ihnen die Fluchtmöglichkeiten nehmen sollte – im Juni 1943 existierten mindestens 100 über das Bochumer Stadtgebiet verstreute Ausländerlager[11] –, Hunger, Krankheiten und Verfolgungen bestimmten über weite Phasen ihr alltägliches Leben, wie etwa ein Bericht über die Behandlung sowjetischer Arbeiter vom März 1943 belegt: *»So wird z.B. das Bild der Trostlosigkeit und Verelendung in den Lagern des Bochumer Vereins nie ausgelöscht werden können. (...) Bochumer Verein in Bochum: Arbeiter furchtbar heruntergekommen. Stimmung katastrophal. Lager vernachlässigt und dreckig. Essen unzureichend. Prügel. Familien auseinandergerissen. Fluchtversuche sogar von Frauen.«*[12] Dieser erste Eindruck von der Bochumer Situation mag genügen, um zu verdeutlichen, daß die Korrektur des offiziösen Desinteres-

ses am Schicksal der ausgebeuteten ausländischen Arbeiter notwendig und dokumentarisch möglich ist. Allerdings soll im Mittelpunkt der folgenden Darstellung nicht der besserwisserische Nachweis einer schlampig recherchierten, unengagierten, ja zum Teil sogar die besondere Verantwortung der Unternehmensleitungen vertuschenden Darstellungsweise der im Umfeld des Stadtarchivs erarbeiteten Publikationen stehen; ebensowenig soll erneut der menschenverachtende und mordende Charakter des deutschen Faschismus anhand der Bochumer Verhältnisse beschrieben werden. Deshalb versucht die folgende Darstellung ein Verfahren zu vermeiden, das sich darin erschöpfen würde, die Geschichte gewordenen Schrecknisse der unmittelbaren Nachbarschaft zu rekonstruieren, was mitunter den Nachteil mit sich bringen kann, daß das berechtigte Mitgefühl, die Trauer um die Opfer über eine das Wesen der Geschehnisse erfassende ratio obsiegen könnte.

Notwendigerweise wird jeder lokalgeschichtliche Ansatz der terroristischen Grundlage der rassistischen deutschen Kriegsgesellschaft eine angemessene Beachtung zukommen lassen. Gleichzeitig muß auf die Diskussion um die Bedeutung der ökonomischen Faktoren für die nationalsozialistische Politik der *»Vernichtung durch Arbeit«*[13] verwiesen werden, wobei der Herausstellung des Zusammenhangs von Vernichtungs- und Sozialpolitik besondere Bedeutung zukommt.[14]

Um einen besseren Zugang zum bearbeiteten Thema zu ermöglichen, muß daran erinnert werden, daß die faschistische Herrschaft u.a. auch als Versuch der Neustrukturierung des europäischen *»Großraumes«* auf dem Rücken der Unterworfenen und/oder in Kollaboration mit den Führungseliten von *»befreundeten«* wie *»blutsverwandten«* Völkern aufgefaßt werden kann.[15] Diese Neuordnung hatte nicht nur außenpolitische, geostrategische, sondern vielmehr auch ökonomische, speziell innen- und sozialpolitische Zielsetzungen. Die *»Lösung der sozialen Frage«*, die die Schaffung einer klassenharmonischen *»Volksgemeinschaft«* angestrebt hatte, blieb zwar eine Imagination; sie wurde gleichwohl mithilfe der *»Unterschichtung«* eines kollektiven ausländischen Subproletariats angegangen.[16] Den differierenden Behandlungsrichtlinien kann in diesem Zusammenhang die Zielsetzung der Segmentierung der Kriegsgesellschaft in *»Herren«* und *»Dienende«* zugeordnet werden.

Allerdings delegierte sich die konkrete Behandlung von Ausländern unterhalb der Herrschaftsmarge der Richtlinienkompetenz immer weiter hin zu denjenigen, die als Vorarbeiter, städtische Bedienstete, Passanten u. ä. direkt mit Ausländern zu tun hatten. Das Bevölkerungsverhalten und die damit verbundenen Einstellungen machten mithin eine der bedeutenden Klammern zwischen den ausländerpolitischen Vorstellungen des Regimes und der konkreten Herrschaftspraxis aus.[17] Deshalb soll im folgenden das Verhältnis der Bochumer Bevölkerung zu ausländischen »Zwangsarbeitern in den Blick genommen und gefragt werden, wie sich die Bochumer angesichts des alltäglich anzusehenden Elends verhielten. Dabei lassen sich m. E. zwei Verhaltenstypen herausstellen, deren Grenzen und Übergänge im weiteren Verlauf ausgeführt werden sollen. Die erste Verhaltensform läßt sich unter dem Begriff des tätigen *»Herrenmenschentums«* fassen und die zweite als distanzierte Indifferenz beschreiben.

II

Die Drangsalierung von ausländischen Arbeitern gehörte zum Standardprogramm der deutschen Herrenmenschen. Der Bochumer »Kreisbeauftragte für völkische Schutzarbeit« berichtete im Mai 1943 von einer zufälligen Begegnung eines Nazis aus dem Bochumer Stadtteil Stiepel mit sowjetischen Zwangsarbeitern, die er wie folgt schilderte: *»Am gleichen Tage traf er auf*

der Brockhausstr. 8 – 10 Ostarbeiter johlend daherschreitend und so unseren Fußgängern den Weg versperrend. Auch sie wurden mündlich und 'handschriftlich' verwarnt, daß sie sich auf den Straßen in Deutschland anständig zu benehmen hätten.«[18] Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene hatten in Bochum die Straße zu benutzen; das Gehen auf dem Bürgersteig war den deutschen Einwohnern vorbehalten, was von jenem *»aufmerksamen Parteigenossen«* sofort *»handschriftlich«* eingeklagt worden war.

Prügel setzte es nicht allein bei angeblich *»anmaßendem Verhalten«*; auch die Versuche, durch Aufsammeln von Nahrungsmittelabfällen (Kartoffelschalen o. ä.) die kärglichen Lebensmittelrationen aufzubessern, fanden wiederholt Beobachter, die dies nicht ohne Bestrafung durchgehen lassen wollten: *»Er erhielt eine anständige Tracht Prügel, wobei er zu Boden fiel.«*[19]

Insbesondere die mehr als 2000 Konzentrationslagerhäftlinge, die ab Mitte 1944 in Bochum Zwangsarbeit leisten mußten, waren Opfer dieser Brutalitäten. So berichtete am 24. Februar 1948 der ehemalige Häftling Oskar Markuse: *»Ich selbst bin einmal im Lager des 'Bochumer Vereins' durch Fußtritte des Oberscharführers V. mißhandelt worden. Mißhandlungen im Lager waren an der Tagesordnung. Dasselbe gilt auch für das Werk selbst. Dort wurden auch fast täglich Häftlinge geschlagen von den Vorarbeitern und Meistern. Zum Schlagen wurden geölte Taue verwendet, welche als Verpackungsmaterial verwendet wurden und die Häftlinge sind meist auf den blanken Rücken geschlagen worden.«*[20] Diese Quälereien gingen nach Aussagen von Häftlingen soweit, *»daß sehr oft Todesfälle die Folge der körperlichen Mißhandlungen waren.«*[21] Allerdings kann die brutale Behandlung der ausländischen Arbeiter nicht allein mit einem Hinweis auf den Sadismus der Täter erklärt werden.[22] Herrenmenschendünkel als Charakterschwäche abtun zu wollen, legt ungewollte Erkenntnisschranken auf, was den Blick auf das ausländerfeindliche System der deutschen Kriegsgesellschaft versperren könnte. Nur wenn eine Ökonomie der Ausbeutung als Grundlage in Rechnung gestellt wird, erhalten die Brutalitäten der Vorarbeiter, der Mörder der bewachenden SS und der Gestapo ihren funktionellen Sinn. So muß festgehalten werden – und dies gerät in der gegenwärtigen Diskussion zur Geschichte der ausländischen Arbeiter mitunter in den Hintergrund –, daß die Unternehmen die ökonomischen Profiteure der Zwangsarbeit waren.[23] Zumindest am Beispiel des »Bochumer Vereins« läßt sich zeigen, daß die brutalen und menschenvernichtenden Ausbeutungsformen auf der Basis der Behandlungsrichtlinien der Unternehmensleitung durchgesetzt wurden.

Von vorneherein kamen beim »Bochumer Verein« Ausländer *»nur für untergeordnete mechanische Arbeiten in Frage«*;[24] sie kamen deshalb auch nicht in den Genuß einer *»planmäßigen Umschulung«* auf ihre neue Tätigkeit. Körperliche Schwerstarbeit unter widrigsten Versorgungsbedingungen bei gleichzeitiger direkter Unterstellung unter einen deutschen Vorarbeiter, vom Werk *»Betreuer«* genannt, bildeten die Eckpunkte des Arbeitsalltags von Zwangsarbeitern beim »Bochumer Verein«. Dabei strebte die Betriebsleitung eine strikte innerbetriebliche Hierarchisierung zwischen Deutschen und Ausländern an, was dazu führte, daß *»die Hilfsarbeiten im früher üblichen Sinne nicht mehr durch Deutsche ausgeführt (werden)«*.[25] Oben und unten waren klar definiert: *»Der Betreuer muß der von den Ausländern anerkannte Herr sein, dessen Anweisungen sie bedingungslos Folge zu leisten haben.«*[26] Entsprechend konnte der Herrenmensch *»gute Leistung belohnen«*, indem er *»zusätzliche Zuteilung von Essen und sonstigen Genußmitteln«* gewährte oder *»schlechte Leistungen bestrafen«*, indem er *»Essensentzug«* anordnete.[27]

Durch eine unmittelbare finanzielle Beteiligung der *»Betreuer«* an der Arbeitsleistung der ihnen unterstellten ausländischen Arbeiter sicherte die Betriebsleitung vom ersten Tage an die praktische Umsetzung dieser brutalen Ausbeutungsform. Der Vorarbeiter trieb die Zwangsarbeiter eben nicht nur aus Herrenmenschendünkel an, vielmehr plante die Chefetage die finanziellen Eigeninteressen des subalternen Sklaventreibers in ihre betriebswirtschaftlichen Erwägungen

zur Ausländerarbeit ein.[28] Das Geschäft mit der Zwangsarbeit wurde so auch zu einem Feld des beruflichen Aufstiegs mit entsprechenden Einkommenssteigerungen, wobei eventuelle moralische Skrupel durch gewährten finanziellen Anreiz kompensiert werden sollten.[29]
In diesen Zusammenhang gestellt, läßt sich das ausländerfeindliche Verhalten von deutschen Vorarbeitern als Konsequenz der Entscheidungen der Leitung des »Bochumer Vereins« ansehen. Es wäre zu kurz gegriffen, wollte man allein die *»Betreuer«* und SS-Wachen als rassistische Radikale einschätzen. Die spezifische Verantwortung der Unternehmensseite hatten im übrigen auch ehemalige Häftlinge des Außenkommandos beim »Bochumer Verein« herausgestellt und vorgeschlagen, daß *»die Leitung und Verwaltung des Bochumer Vereins und ihre Beauftragten hauptsächlich zur Verantwortung zu ziehen«* wären.[30]
Demgegenüber kommt Seebold in seiner ansonsten informativen Studie zum »Bochumer Verein« unvermutet zu der allgemein gehaltenen Einschätzung, daß *»die Betriebe auf den Arbeitseinsatz von KZ-Insassen kaum Einfluß ausüben konnten und ihre Rolle eindeutig auf humanitäre Hilfsmaßnahmen, auf die Verabreichung zusätzlicher Mahlzeiten, die Ausgabe von Zigaretten und anderen Genußmitteln, beschränkt bleiben mußte«*.[31] Einmal abgesehen davon, daß keine Dokumente zur Unterstützung dieser These angeführt werden: Schon die Verteidigung des SS-Lagerkommandanten Hermann G. hatte 1947 ohne Erfolg versucht, den »General Military Government Court« davon zu überzeugen, daß die täglich im KL-Außenkommando verabreichte Suppe mit Kohl und Spinat, aber *»niemals von Gras«* gekocht worden sei und für *»die verlangte Arbeit genügend«* gewesen wäre.[32] Das Gericht hielt sich in seiner Urteilsfindung allerdings an die hohe Mortalitätsrate, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der schlechten Ernährungssituation der Häftlinge stand. Werksingenieure nahmen geradezu im Gegensatz zur Annahme Seebolds auf die Lagerkommandantur dahingehend Einfluß, langsam arbeitenden Häftlingen *»die Lebensmittel zu entziehen«*.[33]
In welchem Ausmaß die Profitgier des »Bochumer Vereins« das Leben der Häftlinge aufs Spiel setzte, legt uns eine Zeugenaussage nahe: *»Obwohl die SS eigentlich in unserm Lager nur die Aufgabe hatte, uns zu bewachen und für Ordnung zu sorgen, machte sie sich immer mehr zum willigen Werkzeug derjenigen verantwortlichen Leute des Bochumer Vereins, die niemals mit unserer übermenschlichen Arbeitsleistung zufrieden sein wollten. Als nach einigen Monaten die Bombardierungen der Bochumer Vereins-Fabriken immer heftiger wurden und bereits Tag und Nacht mit Bomben belegt wurden, verlangten die Beauftragten des Bochumer Vereins, daß wir auch während des Vollalarms unsere Arbeit im Freien verrichten sollten. Die wenigen Splittergräben, die uns zur Verfügung standen, gewährten ohnedies nicht Schutz vor Bomben. Während wir also von K. und ähnlichen Zivilvorarbeitern zur Arbeit getrieben wurden, verschwand die SS in ihre Bunker, aus Angst um ihr eigenes Leben. (...) Der Umstand, daß wir keinen tatsächlichen Schutz vor Bomben hatten, (Bunker wurden nur für die SS bereitgestellt) bewirkte, daß eine Anzahl von Häftlingen zu Tode kam. (...) Viel schlimmer für uns alle waren aber die sich immer mehr steigernden Anforderungen, die die Verwaltung des Bochumer Vereins und ihre Beauftragten an unsere Arbeitskraft stellten. Das langsame Aushungern und die sukzessive Schwächung unseres Gesundheitszustandes bewirkten, daß massenhaft Häftlinge von allen möglichen, durch Schwäche bewirkten Krankheiten befallen wurden und dahinstarben.«*[34]
Die Bestimmung, daß die Bunker in Bochum, die im übrigen in ihrer Mehrheit von französischen Kriegsgefangenen erbaut worden waren, ebenso wie die Bürgersteige Deutschen vorbehalten sein sollten, findet sich in den »Richtlinien des Luftschutz-Leiters Bochum zur Bunkerbenutzung« vom 14. Juli 1943, wo es unter Punkt III heißt: *»Keine Aufnahme finden: ... 2. Ausländer: Juden, Zigeuner und sonstige Fremdrassige. Für den Schutz dieser Personen haben entweder die Arbeitgeber oder die Betreffenden selbst zu sorgen.«*[35] Nach diesem Blick auf die rassistischen

Radikalen und ihre Nutznießer, die wohl nur eine Minderheit der Bevölkerung ausmachten, soll nun die sogenannte *»schweigende Mehrheit«* mit ihrem Verhalten der zurückhaltenden Ambivalenz betrachtet werden.

III

Die rassistischen Radikalen hinterließen in den Dokumenten, aber auch auf den Friedhöfen ihre Spuren. Sie machten zwar nur die Bevölkerungsminderheit aus, verschärften jedoch die ausländerfeindliche Atmosphäre. Ihr Handeln zielte auf die Durchsetzung des ideologisch begründeten Anspruchs einer Höherwertigkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber dem ausländischen Subproletariat. Demgegenüber findet das Verhalten der Majorität der Bochumer Bevölkerung kurioserweise kaum Niederschlag in den gesichteten Dokumenten. Dadurch, daß die Mehrzahl der Bochumer Einwohnerschaft den Erwartungen des Regimes entsprach, tauchte ihre Reaktion auch kaum in den Berichten zur *»Haltung«* der Bochumer Bevölkerung auf. Sie handelte nämlich in den Traditionen des deutschen Untertanengeistes: Sie hielt sich raus, kümmerte sich um das, was sie für ihre eigenen Angelegenheiten hielt, sah weg, nahm die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter erst nach Kriegsende wahr. Für diese Haltung ließen sich viele erklärende Momente anführen; deren wichtigster Aspekt, die Tendenz zum stillen Erdulden von Politik, war durch die *»Atomisierung«* der Individuen durch Naziterror, Bombenkrieg und relative kollektive Privilegierung verstärkt worden, was zu einer deutlichen Distanz zwischen der Bochumer Einwohnerschaft und den ausländischen Arbeitern führte. Die Ausländer waren den Bochumern jedoch nicht einfach gleichgültig; schaut man die überlieferten Dokumente durch, so fällt sofort die tendenziell negative Perspektive der Betrachtung auf. So berichtete der »Kreisbeauftragte für völkische Schutzarbeit« in seinem Tätigkeitsbericht für den Monat Januar des Jahres 1943 über die bei ihm eingegangenen Klagen: *»1) Im KdF-Theater Tonhalle und Kinos sollen viele Ostarbeiter ohne Abzeichen sich aufhalten. Die deutschen Volksgenossen beschweren sich darüber, neben diesen Ausländern sitzen zu müssen. Der Fall wurde der Gestapo bereits gemeldet. Wäre es nicht angebracht, ein Schild mit russischer oder ukrainischer Sprache anzubringen, daß der Besuch verboten ist? 2) Viele Beschwerden seitens der Betriebsführer liegen vor, daß die Frechheit der P-Polen von Tag zu Tag schlimmer wird. Die Bauern haben sich schon geäußert, daß sie schwarz sähen, wenn sie mal eingezogen würden, dann würden die Polen Herr und Meister auf dem Hofe werden, denn die Frauen könnten mit den Polen nicht fertig werden. Die P-Polen bilden auch eine Gefahr für die deutschen Frauen und Mädchen. (...) Am Tage des Falles der Festung Stalingrad ist von verschiedenen Seiten berichtet worden, daß die Ostarbeiter und auch andere Fremdrassische ein triumphierendes Verhalten zur Schau getragen haben.«*[37] Obgleich die Ernährungssituation der ausländischen Arbeiter als unzureichend erkennbar gewesen sein muß, hielt sich merkwürdigerweise hartnäckig das Gerücht, daß Ausländer mit Lebensmitteln besser versorgt würden als deutsche Arbeiter, wie etwa aus einer von einem »Mitarbeiter aus Lehrerkreisen der SD-Hauptaußenstelle Bochum« gestellten Hausaufgabe in der 7. Klasse einer Volksschule mit dem Thema *»Was sagen die Leute über den Krieg?«* ersichtlich ist. In der Auswertung der abgegebenen Schülerarbeiten wurde als bemerkenswert eingeschätzt, daß Schilderungen von Gerüchten, die wissen wollten, daß *»Gefangene mehr Lebensmittel zugeteilt erhalten als die deutsche Zivilbevölkerung (...) immer wiederkehren.«*[38] Solche und mit ähnlichen Begründungen vorgetragene Beschwerden über Ausländer, die Deutschen, also den angeblich Bevorrechteten, Sitzplätze in den Bochumer Straßenbahnen[39], in Kinos, Gaststätten und bei Friseuren wegnähmen, waren geradezu Legion. Darin zeigten sich die

Vorbehalte der Bochumer Bevölkerung gegenüber ausländischen Arbeitern, die die deutschen »Kulturgüter«, obgleich ihnen diese eigentlich per Dekret verwehrt worden waren, einfach in Beschlag nahmen. Viele sahen darin eine *»freche Undankbarkeit«* der Ausländer, die sich u. a. auch in ihrer geradezu sprichwörtlich verbreiteten angeblichen *»Vielfresserei«* ausdrücke: *»Daß die Ostarbeiter ein nicht satt zu bekommendes Volk sind, dürfte ja wohl bekannt sein. Ich habe selbst beobachtet, wie sich 6 dieser Burschen 24 Liter Essen Weißkohl, Kartoffeln und Fleisch verdrückt haben, also pro Person 4 Liter. (...) Gestohlen wird von diesen Burschen alles, was genießbar und für die Allgemeinheit nicht mehr genießbar ist. Ich sah, wie ein Ostarbeiter alte vergrabene Knochen aus der Erde scharrte, dieselben abnagte und dann in einen Eimer mit schmutzigem Wasser legte. Diese Brühe wurde dann von dem Betreffenden getrunken.«*[40]
Dieser Bericht des »Ortsbeauftragten für völkische Schutzarbeit« der NSDAP-Ortsgruppe Grumme-Vöhde vom 13. November 1942 zeugt auf der einen Seite von einem tiefen Zynismus, der den verordneten Hunger als Ursache der »Diebstähle« unterschlug und Beschreibungen einer *»vertierten«* Arbeitskraft variierte. Auf der anderen Seite manifestierten sich in solchen Vorbehalten wohl weniger negative Beurteilungen, die sich aus einem biologistischem Rassismus ableiteten. Vielmehr bezogen sich die Klagen der Bevölkerungsmehrheit, so wohl auch im o. a. Fall, zumeist auf diejenigen Lebensäußerungen, die vermeintlich mit der *»deutschen Lebensart«* unvereinbar schienen:[41] Der kultivierte deutsche Volksgenosse nagt selbst im Falle von Hunger niemals an alten vergrabenen Knochen!
Allerdings verblieben die ausländerfeindlichen Einstellungen zumeist im Rahmen traditioneller, also genuin nichtnationalsozialistischer Bewertungskategorien; sie waren zwar von *»Vorurteilen und Chauvinismus geprägt«*, zeugten jedoch mehr von *»tiefer verwurzelten Antipathien«*[42] denn von der Verinnerlichung rassistischer Nazidoktrin. Die Distanzierung der deutschen Bevölkerungsmehrheit von den ausländischen und hier vor allem osteuropäischen Arbeitern lag auf der Linie der tradierten Einstellungen gegenüber Ausländern, erinnert mehr an die Vorbehalte gegenüber den polnischen Einwanderern im 19. Jahrhundert denn an die NSDAP-Schulungshefte zur »Rassenfrage«, hatten doch die Ureinwohner des Ruhrgebietes im 19. Jahrhundert stets vor der *»Hochflut der Rückständigkeit«* durch die polnischen Zuwanderer gewarnt, deren *»Verwahrlosung«* und *»moralische und sittliche Versumpftheit«* zur Gefahr für das *»kulturell fortgeschrittenste«* Stück Deutschland, das Ruhrgebiet werden würde.[43]
Die aus den Vorbehalten erwachsene Distanz ließ die meisten Einwohner nicht an den brutalen Exzessen der rassistischen Radikalen teilnehmen; allerdings zeigten sich auf der Basis der vermeintlichen kulturellen Überlegenheit verschiedentlich ausländerfeindliche Ausbrüche, die sich bis zum Mord aufschaukelten. Die Ermordung von über Bochum abgeschossenen britischen Fliegern, die im Winter 1944/45 in der Nähe des »Bochumer Vereins« bzw. im Stadtteil Laer von aufgebrachten Einwohnern erschlagen wurden, vermag die Wirksamkeit der kurzfristigen Aufstachelung der deutschen Bevölkerung gegen die *»Terrorflieger«* zu verdeutlichen.[44]
Auf der anderen Seite soll nicht unterschlagen werden, daß die häufigen Appelle an die Bochumer Bevölkerung, den *»notwendigen Abstand«* zu den Ausländern zu halten, auf die fortwährende Übertretung der Anweisungen zur *»Rassentrennung«* hindeuten. So ließen sich Einzelne weder von der Strafandrohung noch von häufig vorkommenden Denunziationen von bestimmten Hilfeleistungen für ausländische Arbeiter abhalten, wie etwa aus folgendem Bericht ersichtlich ist: *»Es ist festgestellt worden, daß am 30.1. d.J. eine große Anzahl von Ostarbeitern das Ufa-Kino bevölkerten. Die Eintrittskarten waren ihnen von deutschen Volksgenossen, die diese wiederum von der NSV. erhalten hatten, zur Verfügung gestellt worden. (...) Pgn. K., Hattingerstr., hat beobachtet, daß im Laden des Bäckermeisters B. an der Hattingerstr. eine Ostarbeite-*

rin Brötchen verlangte und hierbei abgeschnittene Brotmarken vorlegte. Als die Pgn. K. darauf hinwies, daß die Ostarbeiterin diese sicherlich doch von einem oder einer Deutschen erhalten haben könnte, wurde sie von den ebenfalls im Laden anwesenden Frauen mit den Worten zurechtgewiesen, daß diese Frau ebenfalls 'Deutsche' sei.«[45]

Die erhalten gebliebenen zeitgenössischen Dokumente berichten wiederholt von solchen Nahrungsmittelhilfen für ausländische Arbeiter,[46] notieren allgemeiner das *»große Entgegenkommen«*,[47] beklagen insbesondere, *»daß die sich im Arbeitseinsatz befindlichen Russen auf den Arbeitsstellen von deutschen Arbeitern vielfach unterstützt werden«*.[48] In einer Denunziation heißt es etwa: *»Überhaupt scheint das St.-Josefs-Hospital ein Asyl (sic!) für Ausländer zu sein, liegen doch hier Kranke der verschiedenen Nationalitäten. Natürlich soll den wirklich kranken Ausländern ärztliche Hilfe und entsprechende Krankenhausbehandlung nicht versagt sein, aber man darf sich nicht von Gefühlsduselei hinreißen lassen und alles mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zudecken.«*[49]

Der Denunziant benennt *»Gefühlsduselei«* und *»christliche Nächstenliebe«* als Ursachen dieser *»laschen«* Haltung. Im gleichen Atemzug wird der Schwesteroberin des Hospitals gar eine *»besondere Vorliebe für Ausländer«* nachgesagt, weshalb der »Kreisbeauftragte« bei den zuständigen Verfolgungsstellen anregte, *»hier einmal hinterzuhaken«*.[50]

Mitmenschlichkeit, christliche Nächstenliebe und Kollegialität konnten also dazu führen, daß die Gestapo zugriff. Müssen nun diese Verhaltensweisen als Widerstandstat begriffen werden? Zeigte sich etwa im viel beklagten Verhalten von Bauern, die zwar verbotenerweise mit den zugeteilten polnischen Landarbeitern gemeinsam zu Tisch saßen, andererseits diesen bei angeblicher »Faulheit« Prügel androhten, nicht eher ein tradiertes Herr-Knecht-Verhältnis? Zwar teilten Arbeiter mitunter kollegial mit ausländischen Arbeitern ihre Stullen und pflegten Krankenschwestern auch Ausländer gesund, gleichwohl zeigte sich darin weniger ihre Reaktion auf die Unterdrückung ausländischer Arbeiter als vielmehr die Fortführung altbekannter Verhaltensmuster. Zwar hatten in Bochum die wenigen während der Kriegszeit existierenden Widerstandsgruppen losen Kontakt etwa zu sowjetischen Zwangsarbeitern, denen mit Lebensmitteln geholfen werden konnte.[51] Allerdings läßt sich keine gemeinsame Organisation, kein gemeinschaftliches Handeln belegen. So kann es auch nicht verwundern, daß für Bochum keine Äußerungen überliefert sind, die die zwangsweise und blutige Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte, die Okkupation fremder, souveräner Länder, mithin die Grundlagen der relativen Privilegierung der deutschen Bevölkerung in Frage stellten und die gleichberechtigte Solidarisierung der Deutschen mit den ausländischen Arbeitern vorschlugen.[52]

Augenzeugen standen zwar einer im Jahre 1940 ohne Gerichtsverfahren polizeilicherseits angeordneten öffentlichen Hinrichtung eines polnischen Landarbeiters ablehnend gegenüber,[53] meinten auch durch Lebensmittelgaben oder ähnliche Hilfeleistungen Not zu lindern. Die distanzierte Indifferenz der Bevölkerungsmajorität konnte also durchaus auch zu ausländerfreundlichen Äußerungsformen führen. Aber erst die hypertrophen, allerdings zielgerichteten und einschüchternden Verfolgungen konstituierten daraus ein *»abweichendes Verhalten«*. Selbst diese Verfolgungen, all die kleinen Hilfeleistungen, die gar nicht hoch genug bewertet werden können, vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die allgemeine Distanz der Bevölkerungsmehrheit keine Einschränkung der Handlungsweisen der rassistischen Radikalen und der Funktionseliten wie Staatsanwälte und Ärzte ermöglichte. Zwar verhielten sich Teile der Bochumer Bevölkerung mitunter freundlich und hilfsbereit, allerdings wurde durch die Inaktivität, die mangelnde Solidarisierung der Bochumer Bevölkerung mit den ausländischen Arbeitern der gesellschaftliche Raum für eine Politik der Zwangsarbeit und rassistischen *»Ausmerze«* freigegeben.

Anmerkungen

1 Johannes Volker Wagner: Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt, Bochum 1983, S. 384.

2 Angaben nach statistischen Materialien des Ernährungsamtes der Stadt Bochum vom November 1944, Stadtarchiv Bochum, Bestand 127/34 bzw. nach dem »Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer SS (1933–1945)«, hrsg. vom Internationalen Suchdienst Arolsen, Arolsen 1979, S. 34.

3 Wagner: Hakenkreuz, a.a.O.

4 Die wichtigsten Beiträge sind: Alfred-Otto Fleischmann u.a.: Die Errichtung der Nazi-Diktatur, Bochum 1930 bis 1933, Bochum o.J. (1984); Günter Gleising: Die KPD Bochum im Widerstand gegen Faschismus und Krieg, Bochum 1985; Manfred Grieger: Zwangsarbeiter in Bochum. Die Geschichte der ausländischen Arbeiter und KZ-Häftlinge 1939–1945, Bochum 1986; vgl. außerdem auch Gustav-Hermann Seebold: Ein Stahlkonzern im Dritten Reich. Der Bochumer Verein 1927–1945, Wuppertal 1981. Grundlegend zur Geschichte ausländischer Arbeiter ist Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.

5 Die Gesamtopferzahl konnte vom Verfasser nicht ermittelt werden. Dokumentarisch belegt sind mindestens 108 Tötungen im Außenkommando beim »Bochumer Verein« und über 1700 Gräber ausländischer Arbeiter allein auf dem Hauptfriedhof am Freigrafendamm. Siehe hierzu den Schlußbericht der Polizeibehörde Bochum 19892/48 vom 25.3.1948, in: Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, Bestand IV 429 AR 1815/66 bzw. die Mitteilung der Stadt Bochum Az. 6736 (9613) vom 8.3.1985.

6 Die Quellen stammen vornehmlich aus dem Stadtarchiv Bochum, dem Staatsarchiv Münster (STAM) und der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg (Zentralstelle).

7 Vgl. etwa die zumeist auf hohem Niveau stehenden Beiträge zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten, die in dem von der Körber-Stiftung herausgegebenen Band »Die Kriegsjahre in Deutschland 1939 bis 1945« (Hamburg 1985) dokumentiert sind, sowie die Reihe »Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte« der Gesamthochschule Kassel, Bd. 1 ff., Kassel 1984 ff. (bisher 10 Bände).

8 Siehe zum Zwangsarbeitsrecht insbesondere Christoph Ulrich Schminck-Gustavus: Zwangsarbeitsrecht und Faschismus. Zur »Polenpolitik« im »Dritten Reich«, in: Kritische Justiz, 1980 (13.Jg.), S. 1–27 und S. 184–206.

9 Herbert: Fremdarbeiter, a.a.O., S. 96 ff. und S. 285 ff.

10 Stadtarchiv Bochum, Bestand Bo 127/34.

11 Bericht des Kreisbeauftragten für völkische Schutzarbeit vom 14.7.1943, in: STAM, Bestand NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 128, abgedruckt bei Grieger: Zwangsarbeiter, a.a.O., S. 21 ff. Weitere Lagerlisten im Stadtarchiv Bochum, Bestand Bo 127/41 und Bo 127/42. Eine insgesamt 60 Massenunterkünfte umfassende Zusammenstellung findet sich im »Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-Occupied Territories Sept 1st, 1939 – May 8th, 1945, Vol. II«, Prepared by International Tracing Service HQ, Arolsen 1950, S. 63f.

12 Dokument NI-3013, zitiert nach: Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente und Urteil des Flick-Prozesses, hrsg. von Karl-Heinz Thielecke, Berlin (DDR) 1965, S. 200.

13 Siehe etwa Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt/M. 1984, insbes. S. 192 ff. und Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 2: 1941–1943, Berlin (DDR) 1985, S. 220 ff. Vgl. auch Ulrich Herbert: Von Auschwitz nach Essen. Die Geschichte des KZ-Außenlagers Humboldtstraße, in: Dachauer Hefte 2/1986.

14 Innovative Bedeutung nehmen dabei vor allem die nach dem Montageprinzip arbeitenden Studien von Götz Aly ein, z.B. das zusammen mit Susanne Heims erarbeitete Dossier zu dem langjährigen ehemaligen Vorsitzenden des Sozialbeirats der Bundesregierung: Ein Berater der Macht. Helmut Meinhof oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Hamburg/Ber-

lin 1986. Weitere Arbeiten enthalten die im Westberliner Rotbuch Verlag erscheinende Reihe »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« (bisher vier Bände), die von der ehemaligen Hamburger Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik herausgegebenen »Mitteilungen« (1. Jg. 1985: Heft 1–9/10, 2. Jg. 1986: Heft 11/12 und 13/14) sowie die im Anschluß an die »Mitteilungen« von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts herausgegebene Zeitschrift »1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts«, 1986 (1. Jg.) ff.

15 Heims/Aly: Berater, a. a. O., S. 26 ff.; zu den ökonomischen und politischen Hintergründen des »Generalplans Ost« siehe Eichholtz: Geschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 392 ff.

16 Herbert: Fremdarbeiter, a. a. O., S. 190 ff.

17 Zu den Einstellungen der deutschen Bevölkerung vgl. ebd., S. 122 ff., S. 205 ff. und S. 356 ff. sowie Manfred Grieger: Die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den ausländischen Arbeitskräften im Deutschen Reich, 1939–1941, Bochum 1986 (Ms.).

18 STAM, Bestand NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 128.

19 Tätigkeitsbericht des Kreisbeauftragten für völkische Schutzarbeit für den Monat November 1942 vom 10.12.1942, in: ebd.

20 Zentralstelle, IV 429 AR 1815/66, Bl. 75. Ein Vorarbeiter räumte im Rahmen der Vorermittlungen am 17. März 1948 ohne jede Scheu ein, daß *»es auch vorgekommen sein (mag), daß ich diesen oder jenen Juden in den Hintern getreten habe«*. Ebd., Bl. 84.

21 Aussage Hans Neuhut-Kriegler vom 18.7.1947, in: ebd., Bl. 68. Zumindest der Lagerkommandant, der SS-Obersturmführer Hermann G., wurde von den amerikanischen Besatzungsbehörden zur Verantwortung gezogen und Ende 1947 in Landsberg gehenkt. Vgl. Case No. 000-50-9 United States vs. Josias Prince zu Waldeck etal., Zentralstelle, Bestand Verschiedenes, Nr. 301 Dr Bd. 202.

22 Eine intensive Auseinandersetzung mit derartigen Erkenntnisschranken findet sich bei Wolfgang Fritz Haug: Der hilflose Antifaschismus, Köln 1977. Eine Neuauflage dieses wichtigen Buches ist im Westberliner Argument Verlag vorgesehen. Siehe auch ders.: Die neuen Deutungskämpfe um Anti/Faschismus, in: Das Argument, 1986 (28. Jg.), Heft 158, S. 502–526.

23 Belege etwa bei Gerd Wysocki: Zwangsarbeit im Stahlkonzern Salzgitter und die Reichswerke »Hermann Göring«, Braunschweig 1982; Riespott. KZ an der Norddeutschen Hütte. Berichte, Dokumente und Erinnerungen über Zwangsarbeit 1935–1945, Bremen 1984; Friederike Littmann: Vom Notstand eines Haupttäters – Zwangsarbeit im Flick-Konzern, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1986 (1. Jg.), Heft 1, S. 4–43.

24 Undatierter Bericht des »Bochumer Vereins« an die Reichsvereinigung Eisen (Ende 1943), in: Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 10 III/134c, Bl. 191-198. Zum Gesamtkomplex der Behandlungsweisen der Unternehmen siehe Herbert: Fremdarbeiter, a. a. O., S. 273–285, speziell S. 274f.

25 Undatierter Bericht des »Bochumer Vereins« an die Reichsvereinigung Eisen (Ende 1943), in: Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 10 III/134c, Bl. 191.

26 Ebd., Bl. 197.

27 Ebd., Bl. 192.

28 Herbert: Fremdarbeiter, a. a. O., S. 274 f.; Grieger: Zwangsarbeiter, a. a. O., S. 8 ff.

29 Ulrich Herbert: Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer (Hrsg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.« Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983, S. 233–266, insbes. S. 245 ff.

30 Zeugenaussage Hans Neuhut-Kriegler vom 18.7.1947, in: Zentralstelle, Bestand IV 429 AR 1918/66, Bl. 70. Ebenso der Bericht des britischen Felduntersuchungsabschnittes, Kriegsverbrechergruppe (NWE) vom 5.7.1947, der empfahl, *»daß die Direktoren (...) der verbrecherischen Nachlässigkeit angeklagt werden, die in vielen Fällen den Tod der Sklavenarbeiter zur Folge hatte, die beim Bochumer Verein beschäftigt waren«*. Ebd., Bl. 65.

31 Seebold: Stahlkonzern, a. a. O., S. 172.

32 Urteil Case 000-50-9 vom 15.11.1947, S. 18, in: Zentralstelle, Bestand Verschiedenes, Ordner Nr. 301 Dr Bd. 202, Bl. 135–175, hier Bl. 152.

33 Aussage Martin Rosenfeld vom 21.2.1948, in: Zentralstelle, Bestand IV 429 AR 1815/66, Bl. 73. *»Verschiedene Vormänner, Meister und Leute von der Verwaltung des Bochumer Vereins haben ununterbrochen bei der SS-Lagerleitung dahin gedrungen, daß Häftlinge exemplarisch bestraft werden müßten, wenn sie ihr Arbeitspensum nicht erfüllen konnten. (...) Solche Bestrafungen waren z. B. 5–25 Schläge mit Holz- oder Eisenlatten oder Drahtkabeln. Außerdem wurde teilweise Essensentzug angeordnet.«* Aussage Hans Neuhut-Kriegler vom 18.7.1947, in: ebd., Bl. 68.

34 Ebd., Bl. 69.

35 STAM, Bestand NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 66.

36 Zum Phänomen der *»Atomisierung des Alltagslebens«* siehe Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 280ff.

37 STAM, Bestand NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 128.

38 SD-Abschnitt III A 4 vom 11. Mai 1942, in: STAM, Bestand Politische Polizei III. Reich Nr. 381. Der geschilderte Befund bestätigte sich bei einer Wiederholung der Hausaufgabe in einer 6. Klasse; SD-Abschnitt Dortmund III C 4 vom 18.5.1942, in ebd.

39 Die Benutzung der Straßenbahn war sowjetischen Zwangsarbeitern bis Ende 1944 verboten. Ein längerer Briefwechsel über Ausnahmegenehmigungen für erkrankte sowjetische Arbeiter(innen) findet sich im STAM, Bestand NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 129.

40 STAM, Bestand Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 128.

41 Vgl. Herbert: Fremdarbeiter, a.a.O., S. 100ff.; Grieger: Einstellung, a.a.O., S. 142ff.

42 Herbert: Fremdarbeiter, a.a.O., S. 103.

43 Franz-Josef Brüggemeier: Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919, München 1983, S. 204; umfassender bei Christoph Kleßmann: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978; Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter Zwangsarbeiter Gastarbeiter, Berlin/Bonn 1986, insbes. S. 71ff.

44 Judge Advocate General No. 141 ./. Stefan W. und 5 andere wegen Mißhandlung und Tötung eines britischen Fliegers und Judge Advocate General No. 173 ./. Heinrich I. und 4 andere wegen Mißhandlung und Tötung von 3 britischen Fliegern, in: Zentralstelle, Bestand Verschiedenes, Ordner 442. Zu den Ermordungen alliierter Flieger in den Jahren 1944/45 siehe etwa Jürgen Raabe: Zwangsarbeit bei der Kurhessischen Kupferschieferbergbau Sontra 1940–1945, Kassel 1986, S. 97ff.

45 STAM, Bestand NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 128.

46 Ebd.

47 Tätigkeitsbericht für den Monat Januar 1943, in: ebd.

48 Tätigkeitsbericht für den Monat Oktober 1942, in: ebd.

49 Undatierte Meldung über das St. Josefs-Hospital, in: ebd.

50 Ebd.

51 Gleising: KPD, a.a.O., S. 30ff.

52 Grieger: Einstellung, a.a.O., S. 65ff.

53 Grieger: Zwangsarbeiter, a.a.O., S. 4.

Willy Buschak

Kellner im Widerstand

Der »Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten« (ZVHRC), mit 23 548 Mitgliedern Ende 1932[1] einer der kleinen Verbände des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes« (ADGB), hatte seit 1931 in Fritz Saar einen Vorsitzenden, der zur jungen Garde der Gewerkschaftsfunktionäre gehörte. Von einer besonders hervorstechenden oder aktiven Rolle kann dennoch keine Rede sein. Daß der ZVHRC die Politik des ADGB **vor** 1933 kritisch kommentiert hätte, ist nicht bekannt. Im Gegenteil: Auch er hielt die Tolerierung der Regierung Brüning für die einzige Möglichkeit politischen Handelns, wenn man nicht den Nationalsozialisten freiwillig das Feld räumen und ein »Boxheim« über die Arbeiter heraufbeschwören wolle.[2] Als Hindenburg im März 1932 erneut für das Amt des Reichspräsidenten kandidierte, wurde er vom ZVHRC nicht zähneknirschend und der Not gehorchend unterstützt, der Verband leistete Hindenburg förmlich Abbitte und bekannte, daß man an ihm, den man bei seiner ersten Kandidatur, 1925, noch bekämpft hatte, *»etwas gutzumachen habe«*: *»Als Reichspräsident hat er sein verantwortliches Amt mit einer Überparteilichkeit geführt, die ihm weder seine Freunde noch seine Gegner zugetraut haben. Er hat durch seine Amtsführung bewiesen, daß er des hohen Amtes würdig war, das ihm damals gegen unseren Willen zufiel und das er in Zukunft mit unserem Willen wieder innehaben soll.«*[3]

Auch die fatale Illusion, die sich nach den beiden Wahlgängen für das Reichspräsidentenamt in den Freien Gewerkschaften breitmachte, nun sei es gelungen, *»Hitler zu schlagen«*,[4] findet sich beim ZVHRC wieder. Daß sich ADGB und SPD beim »Preußenschlag« die Stunde des Handelns nicht von den Gegnern vorschreiben lassen wollten und auf die geordnete Durchführung der Reichstagswahlen setzten, *»die bei Ausbruch des offenen Kampfes unterblieben wären«*,[5] fand den ungeteilten Beifall Fritz Saars. Als der Beirat des ZVHRC am 7./8. 2. 1933, wenige Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, in Berlin zusammentrat, war man übereinstimmend der Ansicht, *»daß die Arbeiterschaft trotz aller Provokationen auch jetzt ihr Pulver bis zum entscheidenden Augenblick trockenhalten müsse«*.[6]

Nach den Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 beruhigte der Verband: *»Auch in der NSDAP will man die Beseitigung der Gewerkschaften nicht.«*[7] Die Anbiederung an den Nationalsozialismus ging im Vorstand so weit, daß der *»Gegenrevolution«* die *»Zertretung des Parlamentarismus«* als Verdienst angerechnet wurde. Das Parlament sei ohnehin nur noch eine Farce gewesen. Die Gleichschaltung der Länder wurde als *»energischer Schritt in der von uns vertretenen Richtung eines unitaren Deutschland«* begrüßt.[8] Wie alle anderen Gewerkschaften rief der ZVHRC dazu auf, sich an den Veranstaltungen zum 1. Mai 1933 zu beteiligen; der Aufruf wurde durchgängig befolgt. An manchen Orten hatten sich die Mitglieder freilich das Recht ausbedungen, ihre eigenen Fahnen mitzuführen.

Am 2. 5. wurden auch die Büros des ZVHRC besetzt, die meisten hauptamtlichen Funktionäre in 'Schutzhaft' genommen. Das hinderte die »Gastwirtsgehilfen-Zeitung« (GGZ), das Organ des Verbandes, nicht, noch am 4. 5., in der letzten von der alten Verbandsleitung redigierten Ausgabe, mit dem Versprechen zu erscheinen, *»geschlossen in die neue Zeit«* hineinzumarschieren.

Soweit in den folgenden Wochen und Monaten von Kellnern Widerstand geleistet wurde, geschah das in den Strukturen der Arbeiterparteien. Josef Lampersberger z. B., ehemaliger

Reichsjugendleiter des ZVHRC, verrichtete als Mitropakellner in bayerisch-tschechischen Zügen Kurierdienste für den Prager SPD-Vorstand. Um Franz Faltner fand sich in München eine Gruppe von Sozialdemokraten zusammen, der auch einige alte Zentralverbändler angehörten. Eine illegale Arbeit des ZVHRC gab es nicht. Sie sollte erst 1935 entstehen und ist eng mit der Person des letzten Vorsitzenden, Fritz Saar, verknüpft.[9]

Der ZVHRC im Exil

Am 2. Mai 1933 wurde Fritz Saar vorübergehend in 'Schutzhaft' genommen. In seinem alten Beruf – er hatte Koch und Kellner gelernt – konnte er nicht mehr unterkommen. Von der Arbeitsvermittlung war er gesperrt, andere Möglichkeiten taten sich nicht auf, so verließ er Deutschland am 9. 6. 1933 mit ordentlichem Reisepaß und zog nach Amsterdam, wo sein Bruder schon seit zehn Jahren lebte. Vier Wochen später, nach Auflösung des Haushalts, folgte seine Frau Martha, auch sie mit einem gültigen Paß versehen. Die beiden Saars führten zunächst ein kleines Zigarrengeschäft, wurden vom niederländischen Emigrantenkomitee unterstützt, bis sie im Mai 1934, an der Nassaukade 372, eine kleine Pension eröffnen konnten, die vorwiegend von deutschen Exilierten besucht wurde.[10] Fritz Saar nahm in Amsterdam sofort Verbindung mit dem sozialdemokratischen Exil auf. Engere Bekanntschaft schloß er zu Egon Benda, ehemals Oberkellner im Berliner Hotel Kempinski, der schon vor 1933 zu einem Amsterdamer Kempinski-Betrieb gewechselt war, und zu Franz Vogt. Vogt war Landtagsabgeordneter und Bergarbeiterfunktionär aus Bochum, er wohnte zeitweise in Saars Pension, durch ihn dürfte Saar mit der »Gruppe Revolutionärer Marxisten« in Verbindung gekommen sein, einem losen Zusammenschluß Amsterdamer Sozialdemokraten, die in Opposition zum Prager Parteivorstand standen.[11]

Von illegaler Arbeit des Zentralverbandes war einstweilen keine Rede, auch wenn Saar bestrebt war, mit alten Kollegen, sei es nun im Reich oder im Exil, im Meinungsaustausch zu bleiben. So z.B. mit Karl Bauer, 1932 Bezirkssekretär des ZVHRC in Köln, der in Baden-Baden eine Anstellung als Hotelkoch gefunden hatte, mit Gustav Scharmer in Hamburg, Karl Fleischbein und Emil Schäfer in Düsseldorf. Emil Schäfer fuhr seit 1907 als Steward zur See und arbeitete vorzugsweise auf der Holland–USA-Linie, so daß er Saar unauffällig besuchen konnte, was Anfang 1934 und ein zweites Mal Anfang 1935 geschah. Zwei der wichtigsten Briefpartner Saars waren Fritz Sauber und Josef Lampersberger. Fritz Sauber hatte schon ein bewegtes Leben hinter sich: 1918 Vorsitzender des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates, im März 1919 Vorsitzender des bayerischen Landessoldatenrates, vom ging er 1925 als Funktionär des ZVHRC nach Frankfurt a. M. Frankfurter Kollegen hatten ihm 1933 die Flucht ermöglicht und unterstützten ihn auch weiterhin mit Geldsendungen. 1933 lebte Sauber, noch ganz in Erwartung des baldigen Zusammenbruchs des Naziregimes, im saarländischen Dudweiler. Josef Lampersberger hatte ins Exil gehen müssen, weil die Gestapo einen Spitzel in die Mitropagruppe eingeschleust hatte. Er lebte in Bodenbach nahe der tschechisch-deutschen Grenze.[12]

Saar war nicht der einzige, der versuchte, Verbindung zu halten. Fritz Sauber stand über Deckadressen in Chemnitz und Frankfurt a. M. in Briefkontakt mit Frankfurter Zentralverbändlern; Pfingsten 1933 kam Fritz Matt, ehemals Jugendvertreter im Frankfurter Ortsvorstand, nach Dudweiler; Ende 1933 und noch einmal 1934 Hugo Frey, der als Nachtportier im Frankfurter Hotel Excelsior arbeitete.[13] Auf diesen Wegen gingen Nachrichten und Berichte hin und her. Saar und Sauber bekamen bruchstückhafte Informationen über die Stimmung in

Deutschland und die Lage im Gaststättengewerbe, sie revanchierten sich mit ausländischen Presseartikeln. Die Möglichkeiten zukünftiger Gewerkschaftsarbeit wurden nur hin und wieder in der Korrespondenz angeschnitten, wobei sich schnell die Auffassung herausbildete, Gewerkschaften im alten Sinn seien überholt.[14] Als im Frühjahr 1935 in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wurde und deutsche Truppen ins entmilitarisierte Rheinland einmarschierten, als in Europa die Furcht grassierte, über kurz oder lang könne von Deutschland ein neuer Krieg ausgehen, meinten die bisherigen 'Briefpartner', nun sei es höchste Zeit, eine illegale Gewerkschaftsorganisation auch im Gaststättenbereich aufzubauen. Am 25. 5. 1935 schrieb Fritz Saar an Karl Bauer: *»Die österreichischen Kollegen geben eine illegale Zeitung heraus und sind anscheinend sehr tätig. In Deutschland muß meiner Ansicht nach die Fühlung mit den Kollegen in den Betrieben wieder hergestellt werden, um den Gedanken der Solidarität wieder herzustellen. Diese beruflichen Organisationen werden in ihrer Gesamtheit die Träger der politischen Organisation sein, um künftig jede Zersplitterung auszuschalten. Gewerkschaften in früherem Sinne sind unmöglich geworden. Sie werden zukünftig politische Organisationen sein müssen, was sie eigentlich auch bereits in den letzten Jahren – seit 1929 – waren.«*[15] Als erstes wurde eine »Provisorische Hauptverwaltung« gebildet. Sie bestand aus Fritz Saar (Amsterdam), Josef Lampersberger (Bodenbach), Bruno Bettelheim, Walter Koppel (Paris) und Fritz Sauber (Dudweiler). Eine illegale Zeitung mit dem traditionsreichen Namen »Gastwirtsgehilfen-Zeitung« (GGZ) sollte der »Provisorischen Hauptverwaltung« die entsprechenden Verbindungen in die Betriebe verschaffen und, ganz nach dem Muster der in Österreich illegal verteilten »Arbeiter-Zeitung«, die Gewerkschaftsorganisation im Untergrund zusammenhalten. Es gelang Fritz Saar, sich die Hilfe der »Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten« (IUHRC) zu sichern, die die »Provisorische Hauptverwaltung« anerkannte, und auch bei der »Internationalen Transportarbeiterföderation« (ITF) fand er Sympathien.[16]
Die Tätigkeit der »Provisorischen Hauptverwaltung« bestand in der Herausgabe von Rundschreiben, der Vertretung der Gruppe in der internationalen Gewerkschaftsbewegung und im deutschen Exil sowie in der Herausgabe der »Gastwirtsgehilfen-Zeitung«. Die erste Ausgabe der GGZ, von Bruno Bettelheim in Paris hektographiert, erschien im Juni 1935. Später stellte die ITF Papier und Abzugsapparat zur Verfügung und steuerte monatlich einen kleinen Beitrag zur Deckung der Unkosten bei. Der Löwenanteil der Gelder kam von der IUHRC und von der französischen Lebensmittelarbeitergewerkschaft, die 1936 12 000 Francs und 1937 weitere 7 000 Francs zur Verfügung stellte. Damit wurden auch die Angehörigen politischer Häftlinge aus dem Gaststättenbereich unterstützt.[17]
Die GGZ umfaßte zwei bis vier Seiten. Sie enthielt Nachrichten aus dem Beruf, Informationen der »Provisorischen Hauptverwaltung«, Notizen aus dem Ausland und Berichte über das antifaschistische Exil. Nr. 2 z. B. vom Februar 1936 enthielt den Aufruf »Es kommt der Tag« von Heinrich Mann, informierte über die Pariser Konferenz zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront vom 2. 2. 1936, über die Verschleppung Josef Lampersbergers und seine anschließende Rückkehr in die Tschechoslowakei, nach einem energischen Protest der tschechischen Regierung. Die Beschäftigten des Hotel- und Gaststättengewerbes wurden aufgerufen, Hitler bei den Vertrauensratswahlen eine empfindliche Niederlage zu bereiten und die ganze Liste durchzustreichen. Einige kleine Notizen beschäftigten sich mit Korruption bei den Nazis und der Kehrseite der »Volksgemeinschaft«: Arbeitszeiten von 15 und selbst 18 Stunden in westfälischen Gaststättenbetrieben, Unterbringung der Angestellten in Verschlägen unter dem Dach usw.
Fünfzig Exemplare der ersten Ausgabe der GGZ wurden von Martha Saar nach Deutschland geschmuggelt. Mitte Juni 1935 fuhr sie mit ihrem immer noch gültigen Reisepaß nach Düssel-

dorf, übernachtete bei Emil Schäfer und verschickte die GGZ per Post. Bei dieser Gelegenheit verschaffte sie sich weitere Anschriften für den zukünftigen Versand.[18] Später lief der Vertrieb über Bruno Feller; von Bodenbach aus überschritt er, als Reisender getarnt, die deutsche Grenze, die fertig kuvertierte GGZ im Gepäck. Mal in Königstein, mal in Riesa oder Dresden, meistens aber in Bad Schandau, warf er die GGZ in Postbriefkästen. Josef Lehnert, Angestellter des tschechischen Lebensmittel- und Transportarbeiterverbandes in Bodenbach, half ihm bei der Verpackung und Kuvertierung der zunächst 60–70, dann an die 100 Exemplare, die aus Amsterdam kamen. Der Rest der Auflage, die an ihrem höchsten Punkt 200 Stück betrug, wurde von Amsterdam aus verschickt; zeitweise gingen 30 Zeitungen pro Monat an Julius Woerdelmann in Prag, der sie an eine kommunistische Kellnergruppe in Berlin weiterleitete.[19] Nicht ganz 100 Personen standen auf Fellers Verteilerliste. Die meisten Ausgaben der GGZ gingen nach Berlin (38), Frankfurt a. M. und Düsseldorf (je 8). An weitere 23 Orte wurden ein bis drei Exemplare geschickt.[20] Jede Ausgabe der GGZ war mit der Aufforderung versehen, die Zeitung abzuschreiben und an weitere zuverlässige Adressaten zu schicken. Das wurde offensichtlich auch getan. Jedenfalls fand die Gestapo im Hamburger Raum und in der Kölner Gegend, ab und an auch in Süddeutschland, handgeschriebene Nummern der GGZ.[21] Die illegale Organisation des ZVHRC kam über die Lesergemeinde der GGZ nicht hinaus. Versuche, so etwas wie einen Vertrauensmännerapparat aufzuziehen, schlugen fehl. Ein regelrechter Kreis von Empfängern, in dem die GGZ gelesen und besprochen wurde, bestand nur in Düsseldorf, Hamburg, Köln und Münster. Man beschränkte sich dort darauf, die GGZ im kleinen Kreis zirkulieren zu lassen, unter Kollegen, die man von früher her, aus der Gewerkschaftsarbeit, kannte. Etwas mehr als ein Dutzend Personen umfaßte die Lesergemeinde der GGZ in Düsseldorf, die Hälfte davon gehörte zum 'harten Kern', der sich regelmäßig in der Stehbierhalle traf, die von Jakob Glasmacher, früher Mitglied im Ortsvorstand der ZVHRC, betrieben wurde. In Düsseldorf hatte alles mit einer Postkarte von Fritz Saar an Emil Schäfer angefangen: Saar teilte seine Amsterdamer Anschrift mit und ließ Grüße ausrichten, Schäfer antwortete und besuchte Saar, 1935 kam schließlich Martha Saar mit den Zeitungen. Im Frühjahr und noch einmal im Sommer 1936 tauchte ein Niederländer namens »Wim« in der Stehbierhalle auf, stellte sich als Kurier Fritz Saars vor und überbrachte neben weiteren Nachrichten die Bitte, Emil Schäfer möchte doch einmal wieder nach Amsterdam kommen – Schäfer besprach sich dann im Juli 1936 drei Tage lang mit Saar. Die Identität des »Wim« konnte von der Gestapo nie aufgehellt werden, möglich, daß es sich um Wim Spiekmann, Sekretär des »Internationalen Bundes der Privatangestellten« handelte, von dem man weiß, daß er als Zigarrenhändler getarnt 1936 im Rheinland unterwegs war.[22]

Bis auf einen Kollegen, der vor 1933 im Erwerbslosenausschuß der KPD mitgearbeitet hatte, waren alle in der Düsseldorfer Gruppe Sozialdemokraten. Die Hälfte war vor 1914, meist um 1910, und der andere Teil erst in den zwanziger Jahren in die Gewerkschaft eingetreten.[23] Ähnlich wie in Düsseldorf wurde die GGZ auch in anderen Orten verbreitet. In Baden-Baden hatte Karl Bauer einen eigenen Untervertrieb aufgezogen. Ganz im Sinne von Saar wollte er *»die Gewerkschaften als Organ der Revolution«* neu aufbauen.[24] Obwohl die weitaus meisten Exemplare der GGZ nach Berlin gingen, bildete sich dort kein Lesezirkel. Bruno Feller fuhr zwar im Dezember 1935 nach Berlin und sprach mit einigen alten Angestellten der Hauptverwaltung, u. a. mit Gustav Salle, dem früheren Sekretär und Johannes Altermann, dem letzten Kassierer der Hauptverwaltung; sie erklärten ihm aber rundheraus, mit Saar und der GGZ nichts zu tun haben zu wollen, was Saar freilich nicht zur Kenntnis nahm. 1936 reiste noch einmal ein Kurier nach Hamburg und Berlin, um frühere Funktionäre für die illegale Arbeit zu gewinnen. In Berlin wieder vergeblich.[25]

Widerstand gleich welcher Form war in Hotels und Gaststätten weitaus schwieriger zu leisten als in anderen Betrieben. Die Gefahr der Bespitzelung durch Arbeitskollegen, den Chef oder Nazianhänger unter den Gästen, die Gefahr, von einem Gast oder Arbeitskollegen überrascht zu werden, war ungemein groß. Das gilt erst recht für die großen internationalen Hotels und Gaststätten, in denen Gerhard Beier ideale Umschlagplätze für illegale Literatur vermutet hat – sie wimmelten nur so von Nazispitzeln. Die Fluktuation unter der Belegschaft war im Hotel- und Gaststättenbereich stets größer als in anderen Branchen, das erschwerte die Bildung einer solidarisch zusammenarbeitenden Gruppe, die sich nach außen abschirmen konnte. Etliche Aktionsformen, wie langsamer zu arbeiten oder gar Sabotage zu verüben, gaben in Hotels und Gaststätten keinen Sinn. Dennoch existierte auch hier ein oppositionelles Potential, wie die Ergebnisse der Wahlen zu den Vertrauensräten zeigen. In den Berliner Kempinski-Betrieben wurden nur 70% der Stimmen für die Nazis abgegeben, bei Aschinger, einem der größten Unternehmen in Berlin, waren es nur 40%.[26]
Über andere Formen von Verweigerung wurde gelegentlich in der GGZ berichtet, z. B. in der Nr. 7 vom Juli 1936 aus Breslau: *»In einem Restaurant äußerte ein Gast, man könne stimmen wie man wolle, das Wahlergebnis wäre doch schon fertig. Niemand widersprach. Ein Kellner jedoch hörte, wie nach einer Weile ein Gast das Überfallkommando anrief, er teilte dies seinen Kollegen mit, die den Gast warnten. Der Gast ging auf die Toilette, man brachte ihm seine Garderobe nach und ließ ihn hinten hinaus. In der nächsten Minute waren auch schon Polizeibeamte im Lokal, die sehr überrascht waren, den Kritiker nicht mehr anzutreffen. Am meisten verblüfft war der Denunziant, der dann schlau erklärte, seine Garderobe müsse noch vorhanden sein. Jeder Gast mußte seine Kleidungsstücke holen: großes Erstaunen, daß nichts übrig blieb. Eine Rundfrage unter den Gästen war erfolglos.«*[27] Nr. 8 der GGZ berichtete aus Köln: *»Bei einem Besuch Göbbels' in Köln verabredeten mehrere Kellner des Hotels ein Schriftstück aufzusetzen, in dem sie sich über ihre Einkommensverhältnisse beschweren wollten. Es sollte in die Manteltasche Göbbels' gesteckt werden. Aber Göbbels stieg nicht in dem Hotel ab. Der Plan wurde später dem Unternehmer verraten und einer der Kollegen deshalb fristlos entlassen.«*[28]
Solche Stimmungen aufzugreifen und gegen das Regime zu wenden, war die selbstgesetzte Aufgabe der GGZ, die sie allem Anschein nach kaum erfüllt hat. Schon daß Betriebsberichte relativ selten sind und selbst Notizen über die soziale Lage des Hotel- und Gaststättenpersonals meist der sozialpolitischen Fachpresse entnommen wurden, zeugte vom insgesamt doch ziemlich begrenzten Leserkreis der GGZ.

Die »Provisorische Hauptverwaltung«

Die »Provisorische Hauptverwaltung« wollte mehr sein als nur der Kopf einer illegalen Gewerkschaftsstruktur, obwohl nicht einmal das erreicht wurde. Die GGZ definierte ihre Ziele so: *»Die Aufgabe der Organisation ist die alte; die Lage der gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu verbessern. Jede Tätigkeit in dieser Richtung ist eine politische. Der Verband ist deshalb eine politische Kampforganisation. Unsere Organe – und die wiedererstehenden freien Gewerkschaften – sind die alle Arbeiter und Angestellten umfassende alleinige politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse. Damit erledigt sich auch der Streit der politischen Parteien. Das Weiterbestehen der früheren politischen Zerrissenheit (SPD, KPD, SAP u. a.) wäre die Verewigung der Ohnmacht der Arbeiterklasse. Das Ziel unserer Organisation und aller Gewerkschaften als politische Kampfverbände muß sein: Sturz der Hitlerdiktatur!!! Sturz des Kapitalismus durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse. Übernahme der politischen und militärischen Macht durch die Funktionäre der*

Deutschen Einheitsgewerkschaften. Diktatur des Proletariats. Restlose Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden usw. Sozialistische Gemeinwirtschaft. Bildung einer Roten Arbeiterarmee. Zur Erreichung dieses Ziels ist die Widerstandskraft der Arbeiterschaft zusammenzufassen, um die Gewaltherrschaft des jetzigen Systems auszuhöhlen und wirkungslos zu machen.«[29]

Unter den deutschen Gewerkschaftern im Exil fand die »Provisorische Hauptverwaltung« kein Echo. Martin Stahl schrieb in der »Gewerkschafts-Zeitung«, Kriegserklärungen an die Parteien hätten doch nur zur Folge, *»daß sich der politische Meinungskampf in den Gewerkschaften«* austoben müßte, die *»Gefahr der Zersplitterung«* stünde immer auf der Tagesordnung.[30] Heinrich Schliestedt, der die illegale Arbeit des »Deutschen Metallarbeiterverbandes« (DMV) koordinierte, bewertete das Programm der »Provisorischen Hauptverwaltung« schlicht als *»steckengebliebene kommunistische Phraseologie«*[31] und machte Saar Vorwürfe, daß er die illegale Arbeit nicht mit der nötigen Vorsicht angehe. An Martin Plettl vom »Verband der Bekleidungsarbeiter« schrieb Schliestedt am 19. 9. 1935: *»Inzwischen wird in Deutschland der Aufstand der Gastwirtsgehilfen vorbereitet. Das ist kein Spaß, denn jetzt geht es erst richtig los, es mußten nur erst die Richtigen kommen. Vorerst lege ich Dir die Abschriften von zwei Gastwirtsgehilfen-Zeitungen bei und wenn es nicht so trübe wäre, dann hättest Du auch mal etwas zum Lachen ... Beteiligt an diesem Wahnsinn ist der frühere Vorsitzende Fritz Saar. Solche Zeitungen werden wirklich drüben in die Briefkästen gesteckt und bringen die Empfänger in die höchsten Gefahren. Über die Einbildung dieser Leute möchte ich verfügen, die in der Nr. 2 ausgebrochen ist. 50 000 Exemplare! ... Gehts denn noch höher? Ist das nicht auch ein Beweis, daß die ganze gewerkschaftliche Arbeit planmäßig gestaltet werden muß und nicht durch den Boden eines Bierglases betrachtet werden darf?«*[32]

Als der »Internationale Gewerkschaftsbund« (IGB) Pfingsten 1935 in Amsterdam eine Besprechung zwischen Vertretern des ADGB und der »Revolutionären Gewerkschaftsopposition« (RGO) vermittelte, an der u.a. Walter Schevenels (Generalsekretär des IGB), Paul Merker und Schliestedt teilnahmen, war Saar ein nicht gerade gern gesehener Zaungast, den man nur zu Teilberatungen zuließ. Saar sträubte sich mit Händen und Füßen gegen die von Schliestedt verlangte Eingliederung des ZVHRC in eine Gesamtstruktur der deutschen Gewerkschaften im Exil. Stattdessen warf er Schliestedt vor, die illegale Arbeit am falschen Ende anzufassen. Nicht mit dem Aufbau einer Reichsleitung, sondern mit der Organisierung von unten müsse begonnen werden.[33] Dies ungeachtet der Tatsache, daß die »Provisorische Hauptverwaltung« nun wirklich nicht mehr als eine wenig imposante »Reichsleitung« war. Daß Saar intensive Kontakte zur KPD pflegte, trug mit zur Abneigung Schliestedts bei. Noch 1932 hatte sich Saar strikt gegen jede Einheitsfront mit der KPD gewandt. Die Kommunisten, meinte er vor dem 14. Verbandstag des ZVHRC, hätten sich *»in verbrecherischer Weise zu Helfershelfern der Nazis«* gemacht und *»Haß gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Sozialdemokratische Partei«* gesät.[34] Der Sinneswandel setzte erst im Exil ein, ohne daß man genau angeben könnte, welche Stationen dabei im Einzelnen zurückgelegt wurden. Mit Erich Kuttner und Franz Vogt machte Saar sich jetzt für die Einheitsfront stark. Anfang 1936 machte Josef Lampersberger ihn näher mit Paul Merker bekannt. Merker schickte Saar eine in Berlin erscheinende illegale Kellnerzeitung und versprach den Anschluß der 60-köpfigen Berliner Gruppe an die »Provisorische Hauptverwaltung«. Als er sich auf der Pariser Volksfrontkonferenz am 2. 2. 1936 mit Saar traf, wurden weitere Verbindungen in Leipzig, Dresden und Chemnitz in Aussicht gestellt. Saar hatte Zweifel, ob die Berliner Gruppe wirklich so stark war, wie Merker behauptete, entschloß sich aber zur Zusammenarbeit. Vorsichtshalber wurde für die Berliner Gruppe, ob sie nun existierte oder nicht, eine neue Leitung eingesetzt, Paul Merker im Gegen-

zug in die »Provisorische Hauptverwaltung« aufgenommen.[35]
Alle Differenzen konnten in der Besprechung nicht ausgeräumt werden. Insbesondere die von der KPD propagierte Taktik, in der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) Funktionen zu übernehmen, um sie von innen zu zersetzen, stieß in der »Provisorischen Hauptverwaltung« auf Bedenken und der Volksfrontpolitik stand man sehr kritisch gegenüber. Saar begrüßte den Schritt zur Einheit, fürchtete aber, daß die KPD bei der Volksfront stehenbleiben und alle sozialistischen Forderungen hintanstellen werde.[36] Für Paul Merker und die KPD war die »Provisorische Hauptverwaltung« nur Mittel zum Zweck. Der von Heinrich Schliestedt schon 1935 gegründeten »Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften« (ADG) sollte etwas entgegengesetzt werden, zumal die ADG sich weiterhin eng an sozialdemokratische Vorstellungen anlehnte und Einheitsfronten höchst skeptisch gegenüberstand. Walter Koppel von der »Provisorischen Hauptverwaltung« präsidierte der Zusammenkunft exilierter Gewerkschafter, hauptsächlich Bergarbeiter, vom 20. 4. 1937 in Paris, auf der ein »Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaften« in Frankreich entstand. Mit Paul Merker vertrat Koppel die Industriegruppe »Gastwirtsgehilfen und Ernährungsindustrie«, für letztere war freilich keiner von beiden in irgendeiner Weise legitimiert. Der »Koordinationsausschuß« sollte sich nach eigenem Bekunden zwar *»auf Frankreich und ... das an Frankreich angrenzende deutsche Gebiet«* beschränken und für eine *»Zusammenfassung auf einheitlicher Grundlage aller in Frankreich wohnhaften ehemaligen deutschen Gewerkschafter«* sorgen,[37] versuchte aber bald, die ADG aus dem Geschäft zu drängen. Anders als die ADG trat der »Koordinationsausschuß« gegenüber den Illegalen mit eindeutigem Führungsanspruch auf. Paul Merker in Paris: *»Wir müssen sehen, daß die Kollegen, die sich im Ausland befinden, eines Tages wichtige Funktionäre sein werden und sein müssen, daß die dann einen weiten Blick, eine umfassende Übersicht über die Dinge notwendig haben. Sie können und müssen sich diesen Weitblick, eine genügende Übersicht über die Dinge, heute erarbeiten. Sie haben dazu eine bessere Möglichkeit als die Kollegen im Lande und wir müssen ihnen dabei helfen.«*[38]
Die Mitarbeit im »Koordinationsausschuß« war allerdings von Spannungen nicht ganz frei, spätestens dann nicht, als die »Provisorische Hauptverwaltung« versuchte, sich von der KPD abzuschotten und Richtlinien annahm, die von ihren »Kadern« verlangten, *»von jeder Fraktionsarbeit abzusehen und keiner politischen Zelle, die Einfluß auf die Gewerkschaftsarbeit nimmt oder nehmen will, anzugehören«.*[39] Ende 1937 ist Paul Merker wohl wieder aus der »Provisorischen Hauptverwaltung« ausgeschieden. Die GGZ vom Juli 1938 berichtete aus Norddeutschland, *»daß von dieser Bewegung«* – gemeint war die KPD – *»anscheinend nichts übrig geblieben«* sei. Die Anhängerschaft der Sozialdemokratie sei *»heute sicher größer als sie jemals war«*. Eine Hinwendung zur »Sopade« war damit trotzdem nicht verbunden: *»Glücklicherweise haben wir nun* (nach der Annektierung Österreichs, d. Verf.) *zwei sozialdemokratische Parteien. Die österreichische Partei muß nunmehr die Sammlung der deutschen Sozialdemokratie durchführen.«*[40]
An den Besprechungen zwischen österreichischen Sozialisten, SAP und einigen anderen beteiligte sich die »Provisorische Hauptverwaltung« dann nicht mehr. Sie löste sich Ende 1938 auf, nachdem ihre letzten Parteigänger im Reich verhaftet worden waren und die GGZ mit der Novembernummer 1938 ihr Erscheinen einstellte.

Verfolgung

Die von Saar gewählte Methode, die GGZ per Post zu verschicken, war außerordentlich risikoträchtig. Schon bei der zweiten Ausgabe kam die Gestapo der Zeitung auf die Spur. Ein Empfänger in Berlin-Wilmersdorf war verzogen, die Sendung wurde geöffnet und das Malheur war da. Systematische Überwachungen verdächtiger Zentralverbändler wurden angesetzt, im Juli 1935 die ersten Verhaftungen in Frankfurt a. M. vorgenommen.[41] Am 7. 10. 1935 wurde Karl Bauer in Baden-Baden verhaftet und ein halbes Jahr später vom OLG Karlsruhe zu zwei Jahren Haft verurteilt, die er z. T. in der Einzelzelle absitzen mußte.[42] Mitte 1936 schlug die Gestapo in Hamburg zu. Die kleine Hamburger Gruppe hatte zwar nach außen kaum mit der GGZ gearbeitet, sondern hauptsächlich Flugblätter und andere Materialien der Sozialdemokratischen Partei verteilt, Geldsammlungen für die Angehörigen inhaftierter Gewerkschafter organisiert, wurde aber dennoch als eine der ersten aufgerollt. Gustav Scharmer und Bruno Godau wurden zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt, Ernst Schulze erhielt zwei Jahre und Johannes Gostomski fünfzehn Monate Gefängnis.[43]

Am 25. September 1936 wurde Bruno Feller in Dresden festgenommen – ob durch einen Zufallstreffer oder aufgrund gezielter Beobachtung, ist unklar. Feller war auf dem Weg zu einer Konferenz in Paris und trug sein Adressenmaterial bei sich. Damit konnte die Gestapo zu einer systematischen Überprüfung ausholen.[44] Im November 1936 flog die Düsseldorfer Gruppe auf. Im Juli 1937 wurden die Angeklagten zu Strafen zwischen 9 Monaten Gefängnis und 4½ Monaten Zuchthaus verurteilt. Gegen sechs Beteiligte war das Verfahren eingestellt worden, sie hatten sich damit herausreden können, die GGZ nur gelegentlich, gegen ihren Willen, erhalten zu haben. Ein Kollege wurde nach verbüßter Haft ins KZ Sachsenhausen gebracht; der Verbindungsmann der Düsseldorfer Gruppe zu Fritz Saar, Emil Schäfer, den Folgen einer langen Haft gesundheitlich nicht gewachsen, beging noch im Untersuchungsgefängnis Selbstmord. Sein Abschiedsbrief an seine Frau – mit abgebrannten Streichholzköpfen auf ein Paar Fetzen Papier geschrieben – wurde von den Justizbehörden einbehalten und zu den Akten genommen, wo er heute noch liegt.[45] Im März 1938 löste die Gestapo die Überreste der kleinen Frankfurter Gruppe auf – Hugo Frey simulierte Geisteskrankheit, wurde von der Krankheit aber nach und nach eingeholt und ist wahrscheinlich während des Zweiten Weltkrieges ermordet worden.[46]

Der Versand der GGZ ging nach der Festnahme Fellers und den übrigen Verhaftungen weiter. Nur wurde die GGZ nun ausschließlich von Amsterdam aus verschickt, weniger an Privatpersonen, als direkt an Hotel- und Gaststättenbetriebe, meist an den Vertrauensrat adressiert. Erst Ende 1938, nachdem die IUHRC keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung stellte, hörte die GGZ zu erscheinen auf. Bis dahin waren etwa 30 bis 35 Ausgaben herausgekommen.

Die Düsseldorfer Stapoleitstelle hatte auf Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes alljährlich den Aufenthaltsort Fritz Saars in den Niederlanden ermittelt. Daß die Saars ihre Pension am 1. August 1940 verkauft hatten, war ihr entgangen. Nach der deutschen Besetzung der Niederlande konnte sich das Ehepaar Saar noch für ein halbes Jahr verbergen. Am 13. Januar 1941 wurden dann beide in einem Amsterdamer Hotel festgenommen und nach Düsseldorf geschafft. Martha Saar bekam ihren Prozeß noch vor dem Oberlandesgericht Hamm, wo sie am 29. Juli 1941 zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten.[47] Fritz Saar hingegen brachte man vor den Volksgerichtshof. Saar konnte das Gericht überzeugen, daß er die illegale Tätigkeit im Frühjahr 1938 von sich aus eingestellt hatte. Das bewahrte ihn vor der Todesstrafe, von der das Gericht auch deswegen absah, *»weil die Gewerkschaft, die er neu zu errichten unternommen hat, sowohl nach dem in Frage kommenden*

Berufsstand als auch nach der Höhe ihrer Mitgliederzahl zu den weniger bedeutenden und einflußreichen Gewerkschaften gehört hat«.[48] Am 9. April 1942 wurde Fritz Saar *»wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu lebenslangem Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit«* verurteilt.[49]

Fritz Saar wurde 1945 von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit und übernahm Funktionen beim Aufbau des »Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes« (FDGB). Fritz Sauber war seit 1939 zuckerkrank und konnte Paris bei Kriegsausbruch nicht verlassen, zumal seine Frau im Hospital lag und seine Tochter, wegen der Verhältnisse im Exil psychisch schwer erkrankt, sich in einer Anstalt befand. In einem Bericht der in Frankreich lebenden deutschen Gewerkschafter vom Februar 1940 heißt es über Sauber: *»Von was lebt dieser Mann heute? – Er geht morgens ab 4 Uhr in die Großmarkthalle und sammelt Abfälle, die seine einzige Nahrung bilden.«*[50] Von seinem weiteren Schicksal ist nichts bekannt. Egon Benda überlebte die Okkupationszeit in den Niederlanden, Josef Lampersberger konnte sich 1938 noch rechtzeitig nach England retten. Karl Bauer schlug sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis als Versicherungsagent durch, wurde 1944, nach dem 20. Juli, erneut verhaftet und ins KZ eingeliefert. Er und Johannes Gostomski übernahmen nach 1945 Funktionen beim Aufbau der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.

Anmerkungen

1 Jahresbericht 1932 der Hauptverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Berlin 1933, S. 41.

2 Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten: Protokoll über die Verhandlungen des 14. Verbandstages in Dresden vom 10. bis 12. Mai 1932, Berlin 1932, S. 41. Die sogenannten »Boxheimer Dokumente«, im November 1931 von einem abtrünnigen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten aufgedeckt, gingen auf Besprechungen der hessischen NSDAP im »Boxheimer Hof« bei Worms zurück. Danach sollte nach der Machtübernahme alle Staatsgewalt an die SA übergehen, jeglicher Widerstand mit dem Tode bestraft werden und für alle Bürger über sechzehn Jahren Arbeitsdienstpflicht gelten.

3 Gastwirtsgehilfen-Zeitung, 10. 3. 1932.

4 ZVHRC: Protokoll über die Verhandlungen des 14. Verbandstages, a.a.O., S. 46.

5 Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 11.

6 Gewerkschafts-Zeitung, 18. 2. 1933, S. 111.

7 Gastwirtsgehilfen-Zeitung, 6. 4. 1933.

8 Ebd., 13. 4. 1933.

9 In der Literatur ist auf diesen Verband bisher kaum eingegangen worden. Karl Schabrod (Widerstand an Rhein und Ruhr 1933–1945, Düsseldorf 1969) erwähnt kurz die Düsseldorfer Gruppe mit der irrtümlichen Angabe (S. 90), der Verband habe trotz der Übernahme seiner Büros durch die »Nationalsozialistische Betriebsorganisation« (NSBO) sofort illegal gearbeitet. Barbara Mausbach-Bromberger (Arbeiterwiderstand in Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1976) geht auf die Frankfurter Gruppe ein; Gerhard Beier (Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981) ordnet den ZVHRC unter *»illegale Reichsleitungen einzelner Verbände«* (S. 50 ff.) ein, was viel zu hoch gegriffen ist.

10 Institut für Marxismus-Leninismus (IML) Berlin, ZPA NJ 2381. Hauptstadtarchiv (HStA) Düsseldorf, Rw 58/48327.

11 IML Berlin, ZPA NJ 2381. Mitteilung von Helmuth Kern an den Verf. Ursula Langkau-Alex: Die deutsche sozialdemokratische Emigration in den Niederlanden nach 1933 – Ein Überblick am Beispiel der Stadt Amsterdam, in: Die Niederlande und das deutsche Exil 1933–1940, hrsg. von Kathinka Dittrich und Hans Würzner, Königstein 1982, S. 98 ff.

12 IML Berlin, ZPA NJ 2381. Staatsarchiv (StA) Münster, 6.0.Js 449/36. Mitteilung von Fritz Matt an den Verf.
13 Mitteilung von Fritz Matt an den Verf. Berlin Document Center, VGH F 150.
14 IML Berlin, ZPA NJ 2381.
15 Ebd.
16 Ebd.
17 Ebd. HStA Düsseldorf, Rw 58/48327. Bundesarchiv (BA) Koblenz, R 58/725 (Zum Aufbau einer unabhängigen, einheitlichen, antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland).
18 HStA Düsseldorf, Rw 58/48327.
19 HStA Düsseldorf, Rw 58/17721. StA Münster, 16.J 781/36, 6.0.Js 449/36.
20 Eine Abschrift der Adressenliste Fellers im StA Münster, 15.J 781/36.
21 Mitteilung von Fritz Matt an den Verf. HStA Düsseldorf, Rw 58/58800.
22 HStA Düsseldorf, Rw 58/17721, Rw 58/30949, Rw 58/48327. IML Berlin, ZPA NJ 2381.
23 Ebd.
24 HStA Düsseldorf, Rw 58/2748, Bl. 39.
25 IML Berlin, ZPA NJ 2381.
26 Willy Buschak: Von Menschen, die wie Menschen leben wollten. Die Geschichte der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und ihrer Vorläufer, Köln 1985, S. 251.
27 GGZ Nr. 7/Juli 1936, Exemplar im DGB-Archiv, Düsseldorf.
28 Ebd.
29 IML Berlin, ZPA NJ 2381.
30 Gewerkschafts-Zeitung, Mai 1937.
31 Brief an Martin Plettl vom 19. 9. 1935, DGB-Archiv, Düsseldorf, Nachlaß Plettl.
32 Ebd.
33 StA Münster 16.J 781/36.
34 ZVHRC: Protokoll über die Verhandlungen des 14. Verbandstages, a. a. O., S. 41.
35 StA Münster, 16.J 781/36. Horst Bednarek: Die Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands – fester Bestandteil ihres Kampfes um die antifaschistische Einheits- und Volksfront zum Sturze der Hitlerdiktatur und zur Verhinderung des Krieges (1935 bis August 1939), Berlin 1969, S. 201.
36 GGZ, April 1937.
37 BA Koblenz, R 58/728, Bl. 99.
38 Ebd., Bl.171.
39 GGZ, April 1937.
40 GGZ, Juni 1938.
41 HStA Düsseldorf, Rw 58/58800. IML Berlin, ZPA NJ 2381.
42 Einigkeit, Zentralorgan der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, 15. 9. 1954.
43 Franz Spliedt: Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Ihr Wiederaufbau nach 1945, Hamburg o.J., S. 77.
44 HStA Düsseldorf, Rw 58/17721, 28831.
45 Ebd. StA Münster, 6.0.Js 449/36. Feller selbst wurde im Juli 1937 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.
46 Berlin Document Center, VGH F 150.
47 IML Berlin, ZPA NJ 2381.
48 Ebd.
49 Ebd.
50 Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Rundschreiben vom 18. 2. 1940, Archiv der Internationalen Union der Lebensmittel- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL), Genf.

Rezensionen und Hinweise

Aufstände, Revolten und Prozesse. Beiträge zu bäuerlichen Widerstandsbewegungen im frühneuzeitlichen Europa, hrsg. von Winfried Schulze, Stuttgart 1983, Klett-Cotta, 288 S., DM 108,–.
Werner Troßbach, Soziale Bewegung und politische Erfahrung. Bäuerlicher Protest in hessischen Territorien 1648–1806, Weingarten 1987, Drumlin, 336 S., DM 38,–.
Werner Troßbach, Bauernbewegungen im Wetterau-Vogelsberg-Gebiet 1648–1806. Fallstudien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich, Darmstadt/Marburg 1985, Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen, 601 S., DM 48,–.

Spätestens seit 1975, dem 450. Jubiläumsjahr des deutschen Bauernkrieges, hat sich neben der Bauernkriegsforschung ein neuer Gegenstand in der west- wie ostdeutschen Geschichtswissenschaft etabliert, entstanden aus der Ausweitung des Blickwinkels auf Erscheinungen bäuerlichen Widerstandes außerhalb der »großen Aktionen«. Ein Ziel dieser Forschungsrichtung ist es, die auf Günther Franz zurückgehende Auffassung, die deutschen Bauern seien nach dem Bauernkrieg in die politische Bedeutungslosigkeit abgesunken, einer Revision zu unterziehen. Mit dem von Winfried Schulze herausgegebenen Band »Aufstände, Revolten und Prozesse«, der insgesamt fünfzehn Beiträge zu einer Tagung versammelt, die als Zwischenbilanz des Forschungsprojektes »Agrarische Konflikte in Europa vom 14. bis 18. Jahrhundert« in Bochum stattfand, soll der Anschluß an die internationale Diskussion vorangetrieben werden. Die einzelnen Aufsätze kreisen um das Problemfeld des bäuerlichen Widerstandes in der frühen Neuzeit, zwischen dem deutschen Bauernkrieg und dem 18. Jahrhundert, aus marxistischer Sichtweise die Zeit zwischen dem frühbürgerlichen und dem bürgerlichen Revolutionszyklus. Es handelt sich bei diesem Widerstand um Aufstände, Bewaffnungen, Revolten und Gewaltanwendungen, die sich zumeist gegen Übergriffe der Grundherren, gegen als ungerecht(fertigt) empfundene Forderungen oder Rechtsanmaßungen wandten, aber auch um Verweigerungen geforderter Abgaben und Dienste.

Neben eher überblickshaften Beiträgen, die frühere Forschungsergebnisse zusammentragen und in einen vergleichenden Zusammenhang stellen (so die Beiträge von Clifford S. L. Davies, Yves-Marie Bercé, Kurt Maeder und Henry Kamen) finden sich solche, die Erscheinungsformen und Resultate bäuerlichen Widerstandes exemplarisch an einem bestimmten Territorium aufzeigen, etwa am Ordensstaat und am Herzogtum Preußen (Heide Wunder), der Mark Brandenburg (Hartmut Harnisch), an Vorderösterreich (Claudia Ulbrich), der Grafschaft Schaumburg-Lippe u. a. (Carl-Hans Hauptmeyer) oder die Rolle einzelner Trägerschichten analysieren (Andreas Suter und Helfried Valentinitsch). Besondere Aufmerksamkeit kommt in allen Beiträgen der Frage nach der Bedeutung der Gemeinde für die Organisation und den Rückhalt bäuerlichen Widerstandes zu.

Da die einzelnen Autoren auf die Forschungsergebnisse und Interpretationsansätze ihrer Kollegen eingehen, bietet der Band gleichzeitig einen Überblick über den Stand der Bemühungen um eine Systematik und die Erarbeitung einer angemessenen analytischen Begrifflichkeit für bäuerliche Widerstandsaktionen in der Phase der frühen Neuzeit. Dabei spielen die Bewertungen einzelner Aktionen als »Widerstand« gegen (zumeist) feudale Herrschaftsansprüche, die Bedeutung bäuerlicher Aktionen im Rahmen der Herausbildung des frühmodernen Staates sowie die Auseinandersetzungen um den Begriff des »Klassenkampfes« eine besondere Rolle.

Im einzelnen bestätigen die Beiträge *»die aus tausenden Fällen bekannte Einschätzung, daß die Mehrzahl solcher bäuerlicher Aktivitäten über die zur unmittelbaren Sicherung der eigenen Wirtschaft notwendigen Auseinandersetzungen selten hinausgegangen«* sind (Heitz). Dennoch kann als Tendenz ausgemacht werden, daß die bäuerlichen Widerstandsaktionen auch auf staatlicher Ebene Niederschlag fanden, insbesondere in der *»Entwicklung von Beschwerde- und Appellationsmöglichkeiten«* und der staatlichen Untertanengesetzgebung. Der Herausgeber, der bereits durch mehrere einschlägige Veröffentlichungen zum Thema hervorgetreten ist, und dabei auch ausführlich auf Forschungen marxistischer Provenienz eingegangen ist, hatte für die frühneuzeitliche Gesellschaft eine Tendenz zur Verrechtlichung sozialer Konflikte ausgemacht. In seinem Beitrag zum vorliegenden Band weist er auf die weit verbreitete Angst vor Aufständen der Bauern hin, die er mit Äußerungen von Landesfürsten und Staatsrechtlern belegt und illustriert.

Insgesamt gibt der Band einen brauchbaren Überblick über Konzepte der neueren Forschung, wobei rechtsgeschichtliche Fragestellungen, Fragen der historischen Protestforschung und ethnologische Methoden Eingang gefunden haben sowie eine gewisse Konvergenz marxistischer und nicht-marxistischer Ansätze auszumachen ist.

Von Werner Troßbach, einem der jüngeren Autoren des Sammelbandes, liegt mittlerweile eine umfangreiche, in zwei Einzelbänden erschienene Dissertation vor, in der er versucht, am Beispiel hessischer Territorien zwischen 1648 und 1806 in einer die Methoden und Fragestellungen der neueren Forschung integrierenden Herangehensweise ein Bild zu zeichnen, in dem der Alltag der ländlichen Bevölkerung, deren Motivationen und Spielregeln im Konfliktfall sowie die in den Auseinandersetzungen gemachten Erfahrungen in die »globale« rechtsgeschichtliche Entwicklung auf Territorial- und Reichsebene eingebettet werden.

Die Formen des Widerstandes, die Troßbach ausmacht, sind vielfältig. Zentral für seine Untersuchung ist jedoch der »Prozeß« als die entscheidende Form, die andere Formen der Auseinandersetzungen strukturiert. Somit reicht bei ihm der Begriff des Prozesses über den rein juristischen Sachverhalt hinaus. Troßbach macht deutlich, wie einerseits eine gemeinsam durchzustehende Auseinandersetzung (meist ein an den Reichsgerichten – Reichskammergericht oder Reichshofrat – anhängiges Verfahren) Verarbeitung, Konsequenzen und Ausformungen auf der Ebene des direkten Verhaltens findet, und andererseits bäuerliche Vorstellungen Einfluß auf das Vorgehen im Prozeß sowie auf die Aufnahme von Prozeßergebnissen haben. Darüberhinaus geht es ihm darum, einige Annahmen der älteren Forschung hinsichtlich bäuerlichen Konfliktverhaltens zu revidieren und den politischen Aspekt des bäuerlichen Widerstandsverhaltens herauszustellen. Troßbach versucht dabei – u. a. in Anlehnung an englische und französische Protestforschung – »autonome« Orientierungen in den Auseinandersetzungen auszumachen. Sind für sein Untersuchungsgebiet auch keine konsequent antifeudalen Äußerungen auszumachen (die übrigens in dieser Zeit so gut wie überhaupt fehlen), so kann Troßbach gegen die Auffassung vom spontanen Charakter bäuerlichen Widerstandes doch auf Quellen verweisen, die sehr wohl Planung und taktisches Vorgehen belegen. Er kann aus seinem Material schlüssig herleiten, daß es sich dabei eher um Formen der Aneignung einer Argumentation durch die Bauern gehandelt hat, die erst im Verlaufe der Bewegung entstand und dieser eine bestimmte Richtung geben konnte, aber auch *»anlaßunabhängige Dynamik«* möglich machte: *»Einmal geweckt, war der Freiheitswunsch der Bauern total ...«*. Von einer spezifisch »bäuerlichen« Bewußtseinsform scheint jedoch auch Troßbach auszugehen, wenn er schreibt: *»Es gelang Bauern im Prozeß offenbar, innerhalb vorgegebener Konstellationen staatliche Sinngebung mit bäuerlichem Eigensinn zu unterlaufen.«* Darüberhinaus kann er belegen, daß der Widerstand der Bauern, insbesondere wenn es um die Demonstration gemeindlicher Solidari-

tät ging, phantasievolle Formen annehmen konnte.
Auch gegenüber Wegbereitern der neueren historischen Konflikt- und Protestforschung geht Troßbach einen Schritt weiter. Resümiert E. P. Thompson für frühneuzeitliche Volksbewegungen die Schnelligkeit, *»mit der die Stimmung der Menge von Passivität zu Aufsässigkeit und wieder zu eingeschüchtertem Gehorsam umschlug«*, so stellt Troßbach gerade die Langfristigkeit des Prozeßgeschehens im Reich heraus, die eine gewisse Organisation erforderlich machte. Er führt die Bedeutung der Deputierten an, die sich im Auftrag ihrer Gemeinden oftmals über Jahre am Reichshofrat in Wien aufhalten mußten und auch mit finanziellen Mitteln auszustatten waren.
Kann die Arbeit von Troßbach insgesamt als Binnenstudie aus dem bäuerlichen Bereich bezüglich der *»Verrechtlichung sozialer Konflikte«* gesehen werden, so bleibt doch die Seite der Feudalherrschaften nicht ausgespart: Diese sahen in den Deputierten der Bauern *»Rädelsführer«* und *»Kriminelle«* und versuchten durch Einflußnahme, wie Bestechung (was auch von Seiten der Bauerndeputierten nicht unüblich war) und Ausweisungsersuchen, den Prozeßausgang in ihre Richtung zu beeinflussen.
Auch wenn die Arbeit von Troßbach wichtige Einblicke in das Binnengefüge bäuerlicher Widerstandstätigkeit gibt, so scheinen doch durch sein Abarbeiten an der älteren wie auch neueren Literatur zur bäuerlichen Aufstands- sowie zur historischen Konfliktforschung manche Urteile etwas überzogen. So verdienstvoll eine aus den Quellen erfolgte Revision des Geschichtsbildes vom unpolitischen, »spasmodisch« reagierenden Bauern auch ist: Wenn Troßbach abschließend urteilt, der bäuerliche Widerstand wandle sich *»vom anfänglich punktuell-reaktiven Protest zur punktuell-proaktiven Bewegung, wodurch die Möglichkeit geschaffen wird, daß sich bäuerliche Rechtsvorstellungen vom Anlaß des Prozesses emanzipieren, sich ideologisch verselbständigen und eine gegen feudale Herrschaft überhaupt gerichtete Eigendynamik gewinnen, die jedoch nicht explizit als Programm formuliert, sondern nur in naturrechtlichen Anklängen vernehmbar wird«*, so dürfte nach der Lektüre der beiden Bände die Betonung auf *»punktuell«* und den weiteren Einschränkungen liegen.
Der zweite Teil der Dissertation fußt insbesondere bezüglich Details, Vorarbeiten und Erläuterungen auf dem bereits 1985 erschienenen ersten Teil. Hier werden die Auseinandersetzungen, die im zweiten Teil unter konfliktsoziologischen Kategorien abgehandelt werden, im Einzelnen in ihrem Verlauf vorgestellt, die landesgeschichtlichen Besonderheiten dargelegt und auch die rechtsgeschichtlichen Grundlagen, etwa für den typischen Prozeßverlauf, erläutert.

Jörg Hausmann

Uwe Backes u. a., Reichstagsbrand – Aufklärung einer historischen Legende, München / Zürich 1986, Piper, 326 S., DM 36,–.

In der vorliegenden Aufsatzsammlung unternehmen sechs Autoren den Versuch, das Luxemburger »Komitee zur Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges«, das sich der Unterstützung zahlreicher prominenter europäischer Persönlichkeiten der unterschiedlichsten politischen Richtungen erfreut(e), als unseriöse Institution zu desavouieren. Das Hauptanliegen des »Komitees« bildet(e) unter der Federführung seines Gründers Edouard Calic das Bemühen, die Beteiligung der Nazis am Reichstagsbrand 1933 nachzuweisen. Der vorliegende Sammelband will den entscheidenden Schlag im Glaubenskrieg um die Täterschaft beim Reichstagsbrand führen. Seit der damalige Oberregierungsrat und »Amateurhistoriker« Fritz Tobias 1959 / 60 im »Spiegel« – 1962 folgte eine umfangreiche Buchpublikation – überzeugend für die Alleintäterschaft Marinus van der Lubbes argumentiert hatte und

der ursprünglich skeptische, zur Begutachtung herangezogene Historiker Hans Mommsen zu Tobias' Position konvertierte, lieferten sich die sich rasch formierenden Lager eine emotionsgeladene, vor fast keiner Bösartigkeit zurückschreckende Auseinandersetzung.
Für die Parteigänger des Luxemburger »Komitees« bedeutete die Anzweiflung der Nazitäterschaft eine »Reinwaschung« der Nationalsozialisten; die Skeptiker wurden in die Nähe des Neonazismus gerückt. 1961 teilte Golo Mann Fritz Tobias in einem Brief mit, daß die Alleintäterschaftsthese ihm *»sozusagen volkspädagogisch unwillkommen«* sei.
Hauptgegenstand der hier vorliegenden Untersuchungen bildet der zweite Band der von Walther Hofer, Edouard Calic, Karl Stephan und Fritz Zipfel 1978 herausgegebenen Dokumentation zum Reichstagsbrand. Edouard Calic wird als Urheber umfassender Fälschungen enttarnt, der renommierte Schweizer Historiker Walther Hofer der Mitwisserschaft und Duldung der Fälschungen bezichtigt. Die vielschichtige und überzeugende Beweisführung soll hier nicht referiert werden. Verwiesen sei nur auf die eindeutigste Fälschung: Der Reichstagsheizer Johann Wittkowski, ein angeblich wichtiger Zeuge der Nazitäterschaft, ist, wie eine im Anhang abgedruckte Sterbeurkunde beweist, bereits 1963 verstorben, obwohl er 1969 seine beweiskräftige Zeugenaussage gemacht haben soll. Zahlreiche andere Beweisführungen der Autoren sind ebenfalls von überzeugender Logik. Schwere Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Stichhaltigkeit seiner Argumente schürt das Luxemburger »Komitee« selbst, indem es bis heute keine Einsicht in Originalquellen gewährt, sondern sie nur in gedruckter und *»präparierter Form«* (Mommsen) präsentiert.
Zusätzlich zum Nachweis der Fälschung werden die wissenschaftliche Kontroverse um den Reichstagsbrand ausführlich dargestellt, außerdem das politische Klima im Februar 1933 beleuchtet und die Reaktion der NS-Führung beurteilt.
Erfreulich ist, daß Hans Mommsen Marinus van der Lubbe Gerechtigkeit widerfahren läßt und dessen (wahrscheinliche) Tat als idealistisches Fanal würdigt, das in seiner objektiven Wirkung sich allerdings ins Gegenteil verkehrte und den Nazis, gegen die es gerichtet war, nützte. Mommsen bemüht sich, ebenso wie bereits früher Fritz Tobias, der verleumderischen Legendenbildung um den überzeugten Rätekommunisten van der Lubbe entgegenzutreten.
Zum Schluß bleibt die Frage, warum die Verfechter der Nazitäterschaft ihre These mit derartiger Vehemenz und Unbeirrbarkeit verfolg(t)en. Eine Erklärung bietet sicherlich die von Eckhard Jesse geäußerte Vermutung, daß das *»damalige Versagen«* gegenüber dem Faschismus *»durch eine auf (kollektiven) Schuldgefühlen und Verdrängung basierende forsche 'antifaschistische' Haltung nachträglich kompensiert werden«* soll.

Johannes Materna

Dick Geary, Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848–1939, München 1983, C.H. Beck, 203 S., DM 38,–.
Mit der vorliegenden Abhandlung beabsichtigt der Verfasser keine chronologische Darstellung der verschiedenen in Europa nach 1848 entstandenen Arbeiterbewegungen, sondern versucht nach eigenem Bekunden, sytematisierende *»Teilantworten«* auf Grundlage der bisher erschienenen Untersuchungen zu geben. Besonders berücksichtigt werden die britischen, deutschen und in geringerem Umfang die französischen Entwicklungen. Ebenfalls nicht ausgespart bleibt die Situation in Österreich, Italien, Spanien und Rußland, wenn auch weniger Raum einnehmend.
Gearys Interesse will der Basis der Arbeiterbewegung, den Protesten der einfachen Arbeiter gelten. Da bisher überwiegend die Geschichte von Organisationen, Personen und Ideologien

im Vordergund stand, behauptet er, daß die Geschichte der Bewegungen der Arbeiterklasse in Europa noch nicht geschrieben sei. Das abweichende Vorgehen britischer Historiker sieht er durch das Fehlen ideologischer Kontroversen und eines institutionalisierten Sozialismus in Großbritannien vor der Jahrhundertwende begründet. Es überrascht nach diesen Prämissen, daß Geary sich in erster Linie mit kollektivem Protest befaßt und die individuellen Protestformen gegen das kapitalistische System weitgehend unberücksichtigt läßt. Es gelingt ihm nicht, seinen Anspruch durchzuhalten, da er der referierten umfangreichen Literatur erliegt und so der zu überwinden beanspruchte traditionelle organisationsgeschichtliche Forschungsansatz immer wieder durchschimmert.

Der bearbeitete Zeitraum wird in drei Phasen aufgeteilt. Bis 1890 sieht Geary die Anfänge der organisierten Arbeiterproteste, in denen gewerkschaftliche Organisationen und Arbeiterparteien entstehen. Den spontanen, aber nicht irrationalen vorindustriellen Protesten (z. B. Brotrevolten) folgten die frühindustriellen Proteste, z. B. der britische Luddismus, eine Aktionsform des *»Verhandelns durch Aufruhr«* (Eric Hobsbawm). Danach begannen die Arbeiterkämpfe sich nicht mehr gegen die Industriegesellschaft an sich zu richten, sondern gegen Arbeitsbedingungen in ihr oder gegen Herrschafts- und Besitzverhältnisse. Der Antagonismus verlagerte sich in das Verhältnis zwischen »Arbeitgeber« und Arbeiter. Der Streik wurde zur verbreitetsten Form des Arbeiterprotestes in den wirtschaftlich fortgeschritteneren Ländern. Die Facharbeiter, die über ausgeprägte Wertvorstellungen und Erwartungen bezüglich ihrer eigenen Rolle in der Welt verfügten, beherrschten das Terrain; die Streiks korrespondierten mit der Konjunktur (zu Zeiten großer Arbeitslosigkeit kam es nur zu wenigen Streiks, in Aufschwungphasen nahmen sie zu). Waren die Chancen gering, durch wirtschaftliche Kämpfe Forderungen durchzusetzen, erfolgte das Ausweichen auf den politischen Sektor. Hierin sieht Geary den Grund, warum in Deutschland um 1890 so viele Arbeiter »sozialistisch« wählten wie in keinem anderen Land der Erde.

Nach 1890, besonders aber nach der Jahrhundertwende, expandierte das Ausmaß der Streiks der europäischen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung, die bis 1914 in Europa häufig nicht links orientiert war, gewann an Zulauf, gleichwohl gehörte die klare Mehrheit der europäischen Arbeiterklasse nach Geary vor 1914 keiner wirtschaftlichen und/oder politischen Organisation an. Der den Arbeiterprotest noch dominierende Typ des qualifizierten Facharbeiters wurde bedrängt einerseits durch den neuen Typus des dequalifizierten Arbeiters und andererseits durch junge angelernte Arbeiter, die nicht die disziplinierende Schule der traditionellen Organisationen durchlaufen hatten. Gearys Bemühen, die Verbürgerlichung und *»negative Integration«* der arbeiteraristokratisch dominierten traditionellen Organisationen zu widerlegen, gerät wenig überzeugend.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges konstatiert der Autor die dritte Phase des Arbeiterprotestes. In einem umstrukturierten Produktionsprozeß, vornehmlich in den zunehmenden Großbetrieben, gewann der Typus des angelernten Arbeiters an Bedeutung. Dieser angeblich sich politisch unstet verhaltende Arbeiter – Gearys, trotz aller Beteuerungen, traditioneller Begriff von Arbeiterpolitik verführt ihn zu dieser Aussage – war die Ursache der revolutionären Nachkriegsbewegungen in Europa und weniger der Weltkrieg an sich. Die auch schon zuvor an Friktionen und Fraktionierungen nicht arme Arbeiterbewegung polarisierte sich in eine sozialdemokratische/sozialistische und eine kommunistische Fraktion, eine besonders für Deutschland verhängnisvolle Spaltung im Kampf gegen den Faschismus. Eine *»Art von kastriertem Marxismus«*, d. h. die Unfähigkeit in die Einsicht, Geschichte verändern zu können, kennzeichnete das Verhalten der SPD angesichts des Faschismus; außerdem bezeichnet Geary die These vom Stillhalten der Arbeiterbewegung in der Nazizeit als Märchen.

Diese Auswahl zentraler Aussagen soll nicht den falschen Eindruck vermitteln, dem Verfasser sei es gelungen, allgemeingültige, generalisierbare Tendenzen der europäischen Arbeiterbewegung zwischen 1848 und 1939 nachzuweisen. Am Ende bleibt die Erkenntnis, daß die Arbeiterbewegung Europas vielfältig und widersprüchlich war. Geary wäre besser beraten gewesen, die umfassend verarbeiteten Forschungsergebnisse in Form eines Literaturberichts zu präsentieren. So drängt sich, obwohl das Gegenteil behauptet wird, der Eindruck auf, am Generalisierungsversuch der Geschichte des europäischen Arbeiterprotestes gescheitert zu sein.

Johannes Materna

Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918, Berlin/Bonn 1985, Dietz, 448 S., DM 49,80.
Gerald D. Feldman/Irmgard Steinisch, Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft, Stuttgart 1985, Deutsche Verlags-Anstalt, 222 S., DM 28,–.

Zwanzig Jahre nach ihrer erstmaligen Publikation ist die grundlegende Dissertation des amerikanischen Historikers Feldman über die Auseinandersetzungen zwischen Armee, Industrie und Arbeiterbewegung im deutschen Kaiserreich während des Ersten Weltkrieges endlich in deutscher Übersetzung erschienen. In die deutsche Ausgabe hat der Autor neues Material, das er in den verflossenen Jahren gesichtet hat, eingefügt und ihr ein zusätzliches Vorwort vorangestellt, in dem er alte Positionen korrigiert. Auf umfangreicher Quellengrundlage verbindet der Verfasser die militärische Geschichte des wilhelminischen Deutschland mit der sozioökonomischen Geschichte.

Die zunehmende Dauer des Krieges führte zur endgültigen Auflösung des Bismarckschen Staates. Die überkommenen Herrschafts- und Verwaltungseinrichtungen verloren an Einfluß und Kompetenz, andere Institutionen wiederum gewannen an Bedeutung. Da der totale Krieg die Mobilisierung der Kriegswirtschaft erforderte, ging diese nun auf das Heer – besonders das Kriegsamt – über, womit es gezwungen war, sich mit den sozialen Konflikten des Kaiserreichs auseinanderzusetzen. Die nicht monolithischen Blöcke Industrie und Arbeiterbewegung hatten das Ziel, die Situation für sich optimal zu nutzen. Die Industrie strebte nach Kriegsgewinnen, die Führer der Gewerkschaften und die Mehrheitssozialdemokraten sahen die Chance zum Einstieg in die »Sozialpartnerschaft«.

Feldman untersucht die Aktivitäten des preußischen Kriegsministeriums und die in der Heimat wirkenden militärischen Stellen, er widmet sich wenig bekannten Planern von Programmen und Maßnahmen und den wirtschaftlichen Interessengruppen.

Somit geraten die sozialtechnokratischen Befriedungsstrategen ins Blickfeld, z.B. Richard Merton, der Hauptberater Groeners, des Chefs des Kriegsamtes, der über enge Kontakte zur Gesellschaft für soziale Reform verfügte und der korporative Ideologe Wichard von Moellendorff. Moellendorff sah in der Kriegswirtschaft die einmalige Gelegenheit, durch Schaffung einer deutschen Gemeinwirtschaft den Kapitalismus *»im Geist preußischer Disziplin und Opferbereitschaft«* (Feldman) zu organisieren. Er glaubte, *»eine bewußt national-aristokratisch-ständisch-sozialistische Orientierung gegenüber der überholten international-demokratisch-parlamentarischen Epoche«* am ehesten innenpolitisch durchsetzen zu können. Diese der Kriegssituation adäquaten Herrschaftsstrategien zur Rettung des wilhelminischen Systems schufen ein Klima, das den reformistischen Gewerkschafts- und Parteiführern entgegenkam und sie zur Kooperation mit Armee und Industrie bereit machte.

Die Unternehmer sahen sich zu taktischen Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung

gezwungen – ein Schritt, der auf Widerstand der Schwerindustrie traf, die ihren Herr-im-Hause-Standpunkt nicht aufzugeben gedachte. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 bildete eine der Säulen zur Integration der Arbeiterklasse in die wilhelminische Gesellschaft, auch wenn der § 9, der den Arbeitsplatzwechsel erleichterte, gegen die Intentionen der Gesetzesverfasser von den Arbeitern als Kampfinstrument genutzt wurde.
Besonders als das Kriegsamt von Groener geleitet wurde, schlug die Stunde der reformistischen Arbeiterführer. Gewerkschafter und Sozialdemokraten waren zur Übernahme von Funktionen im Herrschaftsapparat bereit, geleitet von der Hoffnung, Weichenstellungen für die Nachkriegszeit vornehmen zu können und daß ihre Kooperationsbereitschaft der Arbeiterbewegung in der Nachkriegsgesellschaft »mitbestimmende« Positionen einräumen würde. Daher wirkten sie daran mit, Proteste und Arbeiterkämpfe zu kanalisieren und einzudämmen. Groener beherrschte diese Klaviatur hervorragend. Bestand Gefahr, daß der zugestandene Spielraum überschritten wurde, war er sofort bereit, unerbittlich zuzuschlagen, wie der Leipziger Arbeiterausstand vom April 1917 zeigte, als er gar von Regierung und Industriellen zurückgehalten werden mußte.
Im August 1917 mußte Groener als Chef des Kriegsamtes demissionieren. Die Entlassung des *»konservativen Reformers«* kommentiert Feldman als Rückzug des Heeres aus *»seiner potentiellen Rolle, eine positiv stabilisierende Institution innerhalb der deutschen Gesellschaft zu sein«*. In der Folgezeit steuerten Armee und Industrielle einen rein opportunistischen Kurs. Diese Phase, die vielfach als die Diktatur Ludendorffs bezeichnet wird, analysiert Feldman als weitaus weniger als zuvor angenommen unter der Dominanz Ludendorffs stehend, er diagnostiziert vielmehr eine unsichere Diktatur. Als offensichtlich wurde, daß die neustrukturierte Arbeiterklasse, in der der traditionelle, auf die Traditionen der Handwerkerorganisationen ausgerichtete Arbeitertyp an Einfluß einbüßte, zu einem Gefahrenherd wurde, waren auch Ludendorff und die Industrie bereit, den rechten Gewerkschaftsführern Zugeständnisse zu machen, um zu retten, was noch zu retten war. Das Ergebnis bildete die Zentralarbeitsgemeinschaft vom November 1918. Auch hier scheute sich die rechte Gewerkschaftsführung, namentlich Legien, nicht, in einer Geheimabsprache den Unternehmern zuzubilligen, daß die »Gelben Gewerkschaften«, wenn die Situation sich beruhigt habe, an Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern teilnehmen dürften, obwohl offiziell das Gegenteil eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften darstellte.
Das Eingehen der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern wertet Feldman als einen entscheidenden Geburtsfehler der Weimarer Republik, da die Unternehmerseite die Allianz als Bündnis auf Zeit betrachtete, um ihre Macht- und Einflußmöglichkeiten zu rekonstituieren. 1965 vertrat Feldman noch eine zwanzig Jahre später im Vorwort zur deutschen Ausgabe zurückgenommene Kontinuitätsthese bezüglich Strukturen, die vom Kaiserreich ins Dritte Reich führten. Während er 1985 die qualitativen Veränderungen in der Kriegsphase 1914–1918 stärker betont, sah er 1965 in den Theorien Gottfried Feders, der später für das Programm der NSDAP verantwortlich zeichnete und von dessen Ideen Ludendorff sehr angetan war, proto-faschistisches Gedankengut. Darüberhinaus war für ihn das gescheiterte Projekt der Ludendorffschen Diktatur das Vorspiel zur 1933 gelungenen Installation des *»starken Mannes«*, nachdem aus den Fehlern gelernt worden war.
Feldman liefert über die hier angeführten Passagen hinaus eine Fülle interessanter Informationen; die detaillierte Nachzeichnung von Entscheidungsprozessen gibt dem Leser Material an die Hand, sich ein eigenes Urteil zu bilden, gerade wenn man gelegentlich die Einschätzungen des Verfassers nicht teilt.
Feldmans Standardwerk endet zeitlich mit der Errichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft.

1975 verfaßte er zu diesem *»Versuch einer Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer«* für einen Sammelband einen Aufsatz mit dem Titel »Allianzen zwischen den Interessengruppen während des Krieges und der Inflation in Deutschland«. Dieser Aufsatz bildet das Fundament für die nun von Feldman und Steinisch vorgelegte Darstellung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Die Untersuchung wird eingebettet in den *»Kontext der gegenwärtigen Probleme von staatlicher Regierungsfähigkeit und Regierbarkeit«*. Die Analyse der Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft ergibt das Bild einer *»gescheiterten Institution«*. Der Prozeß des Scheiterns wird von der Vertragsgrundlage über die Beweggründe der Vertragspartner und die Auswirkungen der politischen und ökonomischen Entwicklung bis zum Ende der Übereinkunft ausführlich analysiert, weniger deskriptiv abgehandelt. Der umfangreiche Dokumententeil zu den wichtigsten Phasen des Abkommens ermöglicht eine eigene Urteilsfindung zum Problemgebiet. Die bereits erwähnte, aus dem Verhalten der Interessengruppen in der Weimarer Republik resultierende Problemstellung, Antworten auf die Frage der *»Regierbarkeit moderner Staatswesen«* zu erhalten, entspricht vielleicht weniger den Erwartungen der primär historisch interessierten Leser, erhellt dafür aber moderne Herrschaftsstrategien. Es scheint, als sei die Faszination der wilhelminischen und Weimarer Herrschaftstechnokraten nicht ohne Wirkung auf Feldman geblieben. *Johannes Materna*

Wolfram Siemann, »Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung.« Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985, Max Niemeyer Verlag, 533 S., DM 138,–.
Vor einigen Jahren schrieb der Historiker Dirk Blasius in seiner »Geschichte der politischen Kriminalität in Deutschland«: *»Es gibt nicht nur eine politisch motivierte, sondern auch eine politisch definierte Kriminalität ... Die Geschichte der politischen Kriminalität in Deutschland beginnt am Ende des 18. Jahrhunderts mit einer Politisierung des Verfassungslebens.«* In der Tat wurde die Forderung nach bürgerlicher Partizipation an den grundlegenden politischen Entscheidungsprozessen von den Regierungen der deutschen Staaten als Bedrohung empfunden und politisch als kriminell definiert. Das Instrument zur Abwehr der oppositionellen Bestrebungen war die politische Polizei.
In diesem Zusammenhang präsentiert die Studie von Siemann, mit der er sich 1983 in Tübingen habilitierte, eine Institutionengeschichte der politischen Polizei in Deutschland. Politische Polizei ist von Beginn an im Wortsinne *»re-aktionär«*: Sie reagiert repressiv auf die Ambitionen einer publizistisch sich artikulierenden Öffentlichkeit. Daß Siemann das Jahr 1806 zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung macht, ist angesichts der historischen Ereignisse einleuchtend, denn von nun an wurde *»'Deutschland' zum politischen Zielbegriff und Halt gegenüber der täglich mehr erfahrenen napoleonischen Okkupation«*. Dieser zeitliche Ansatzpunkt ermöglicht es, die Orientierungsänderung der politischen Polizei in ihren Anfängen aufzuzeigen. War mit dem Wiener Kongreß z. B. für Preußen die Notwendigkeit entfallen, *»als Spionageabwehr gegenüber der französischen Geheimpolizei eine vergleichbare Einrichtung in Berlin zu halten«*, so konnte nun ein bestehender, dezidiert politischer – und damit geheimer – Polizeiapparat auf die Gefahren im Innern angesetzt werden, so daß also *»die geheime preußische Polizei sich zu einer politischen wandelte, die gegen oppositionelle und schließlich überhaupt gegen politisierende Einwohner im Innern eingesetzt wurde«*.
Diese Entwicklung zeichnet Siemann auf mehreren Ebenen nach. Im Anschluß an einen einführenden Abschnitt über die Entstehung der politischen Polizei (vor 1815) behandelt er die politischen Polizeien einzelner deutscher Bundesstaaten vor und nach der 1848er Revolutionszeit, wobei das Vormärz-Kapitel Österreich, Bayern, Preußen, Hannover und Sachsen umfaßt

und der Nachmärz-Teil zusätzlich Württemberg und Baden einschließt. Der Reichsregierung von 1848/49 ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das besonderes Interesse insofern verdient, als es zeigt, wie die provisorische Zentralgewalt, selbst Resultat eines revolutionären Prozesses, in der traumatischen Furcht vor einem neuen »Revolutionsschub« zu geheimpolizeilichen Mitteln griff und dabei in ihrem Kampf gegen Linksliberale und Demokraten *»eine wichtige Brükkenfunktion zwischen Vormärz und Reaktionsära wahrnahm«*.
Nachdem also 1848/49 eine deutsche Staatspolizeibehörde begründet worden war, die auf die Mitarbeit politisch-polizeilicher Aktivitäten der Einzelstaaten angewiesen war, trat ab 1850 eine *»Phase der Konsolidierung staatlicher Autorität und speziell der Polizeigewalt«* ein. Diese Entwicklung ging einher mit der Kooperation der Regierungen im Polizeiverein deutscher Staaten, der 1851 mit der Absicht der *»Überwachung von ganz Deutschland«* gegründet wurde und 1866 mit der Auflösung des Deutschen Bundes – mit der zugleich die Bestandsgarantie für die Einzelstaaten erlosch – seine Existenzgrundlage verlor. Den Aktivitäten des Polizeivereins widmet Siemann besonderes Interesse, denn hier beginnt die Perfektionierung einer flächendeckend angelegten Überwachungspolitik, die sich später im Deutschen Reich (z. B. gegen die Sozialdemokratie) wiederbeleben ließ.
Siemann hebt zusammenfassend hervor, daß es nicht bestimmte Methoden waren, die das Charakteristische der politischen Polizei ausmachten, sondern vielmehr ihr Gegenstand: Die politisch motivierte Organisiertheit als solche wurde unterdrückt, und dazu bedurfte es staatlicherseits der Organisiertheit politisch-polizeilicher Aktivitäten. Insofern stellt Siemann die Organisation, die Bürokratisierung, in den Mittelpunkt seiner Arbeit, geht aber weit über die Strukturanalyse hinaus und präsentiert auf der Grundlage immenser Archivforschung ein lebendiges Bild der absolutistischen Repressionspolitik im 19. Jahrhundert, die sich – vor allem auf der Ebene der Polizeidirektionen – auch über die 1848er Revolution hinaus auf eine oftmals erstaunliche personelle Kontinuität stützen konnte. Während die Minister wechselten, sorgten die beamteten Demagogenverfolger in den Führungspositionen der politischen Polizei dafür, daß die Reaktionspolitik nach 1849 so rasch wieder Tritt fassen konnte. Im Aufweis dieser Entwicklung wird Siemanns geschichtswissenschaftliche Analyse zu einem im Kern politischen Buch.

Rainer Schöttle

Ulrich Klan / Dieter Nelles, »Es lebt noch eine Flamme«. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1986, Trotzdem Verlag, 368 S., DM 32,–.

Im Vergleich zur Beschäftigung mit den sozialdemokratischen und parteikommunistischen Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung hat der Anarchismus bzw. Anarchosyndikalismus in der Forschung kaum Berücksichtigung gefunden. Es liegen nur einige wenige, zumeist längst als Standardwerke angesehene Arbeiten vor, die zudem weitgehend ideen- oder organisationsgeschichtlich orientiert sind. Die Ursache für die Enthaltsamkeit der Historiker(innen) ist sicherlich zu einem nicht geringen Teil darin begründet, daß der Einfluß anarchistischen bzw. anarchosyndikalistischen Denkens in der deutschen Arbeiterbewegung eher marginal gewesen ist und allenfalls zu bestimmten, eng umgrenzten Zeiten größere Einflüsse nachzuweisen sind. Eben dies verführt aber offensichtlich allzu leichtfertig zu der Annahme, daß sich ein solches relativ einflußloses Denken am ehesten über die Beschäftigung mit dem Gedankengut dominierender Persönlichkeiten oder relativ leicht zugänglicher schriftlicher Dokumente wie Zeitungen und Zeitschriften rekonstruieren ließe.
Tatsächlich erweist sich aber gerade die Beschäftigung mit denjenigen, die ihre anarchistischen

Überzeugungen in ihrem alltäglichen Leben umzusetzen versuchten, als ideales Betätigungsfeld für eine Geschichtsschreibung, die nicht nur mit dem modischen Gestus einer »Geschichte von unten« daherkommt, sondern sich wirklich solchen historischen Ereignissen und Traditionen widmet, die nicht nur einfach nebenbei vergessen, sondern ganz bewußt aus dem historischen Gedächtnis gestrichen worden sind. Geschichtsschreibung ist eben auch immer ein unmittelbar politisches Unternehmen.

Insofern kann die Arbeit von Ulrich Klan und Dieter Nelles zwei Verdienste für sich in Anspruch nehmen. Zum einen lassen die beiden Autoren den bisherigen, auf Ideen oder Organisationen der anarchistischen bzw. anarchosyndikalistischen Bewegung zentrierten Forscherblick hinter sich und wenden sich, analog zum *»ausgesprochen antizentralistischen Charakter des Anarcho-Syndikalismus«*, den Eigenarten und Besonderheiten der gelebten anarchosyndikalistischen Überzeugungen in einer bestimmten Region zu, die das Gebiet der ehemaligen »Provinzialarbeiterbörse Rheinland« der »Freien Arbeiterunion Deutschlands« (FAUD) umfaßt. Zum anderen brechen sie mit ihrer Arbeit ein bewußt oder unbewußt gehütetes Tabu, demzufolge Anarchismus und Anarchosyndikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung allenfalls als Fremdkörper wirkten und eine eher intellektuelle, jedenfalls aber keine originär proletarische Angelegenheit waren. Ihrem Versuch einer Rekonstruktion historisch nicht zum Tragen gekommener Lebensentwürfe ist die Aktualisierung der darin enthaltenen Inhalte immanent – Aktualisierung nicht im Sinne von Nachahmung, sondern als reflektierende Erinnerung an uneingelöste Versprechen, die ihrer zeitgemäßen Verwirklichung harren.

»Über eine regionale Ergänzung der schon vorliegenden Forschungen hinaus«, heißt es in der Einleitung, *»geht es in der vorliegenden Arbeit und ihrer Vorgehensweise um die Frage nach dem Schicksal der anarchistisch-syndikalistischen Ideen und der Menschen, die Träger dieser Ideen waren: a) Wie und von wem wurde anarchistisch-syndikalistisches Gedankengut in organisatorische und kulturelle Formen umgesetzt? b) Wie weit erfaßten die Ideen den Alltag? (Zum Verhältnis von biographischem und sozialem Prozeß). c) Wie reagierten die Beteiligten auf Brüche und Widersprüche, die sich bei dieser Umsetzung ergaben?«* Die Autoren haben dabei nicht nur umfangreiches Quellen-, besonders Archivmaterial aufgearbeitet, sondern auch zahlreiche frühere Mitglieder der anarchistisch-syndikalistischen Bewegung nach ihren Erlebnissen und Erfahrungen befragt.

Die insgesamt zehn Kapitel der Arbeit lassen sich in zwei Hauptteile zusammenfassen. Der erste Teil (Kapitel 1 – 5) ist ein eher historischer Abriß, der mit der Vorgeschichte des deutschen Anarchosyndikalismus einsetzt und mit dem Widerstand gegen den Faschismus abbricht. Der Schwerpunkt dieses Teils liegt natürlich auf den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als die »Freie Vereinigung« bzw. (seit Ende 1919) die FAUD besonders unter den *»Großbelegschaften des Bergbaus, der eisen- und stahlerzeugenden und der metallverarbeitenden Industrie mit Zentren im westlichen Ruhrgebiet und im Raum Düsseldorf«* über erheblichen Einfluß verfügte. Auf die Rekonstruktion innerorganisatorischer Kontroversen, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen gewerkschaftlicher Interessengemeinschaft und revolutionärer Ideengemeinschaft ergaben, folgen kurze Skizzierungen der Düsseldorfer Fliesenleger, der Krefelder Textilarbeiter, der für Anarchosyndikalisten eher ungewöhnlichen Landagitation des aus der Eifel stammenden Hans Schmitz im Westerwald sowie des Widerstandes gegen den und im Faschismus, der von Fluchthilfetätigkeit über Verbreitung illegaler Schriften bis zum Engagement für die Spanische Revolution reichte. Der zweite Teil der Arbeit (Kapitel 6 – 9) befaßt sich mit speziellen Interessengemeinschaften und Projekten: der syndikalistischen Jugend, den syndikalistischen Frauen, der Düsseldorfer Siedlung »Freie Erde«, der in Düsseldorf von 1921 bis 1923 herausgegebenen Tageszeitung »Die Schöpfung. Sozialrevolutionäres Organ für das

sozialistische Neuland« sowie dem Düsseldorfer Arbeitersängerverein »Freie Sänger 04«. Das abschließende zehnte Kapitel fragt nach der sozialen Basis der Anarchosyndikalisten. Vor 1914, so wird konstatiert, *»(war) das eigentliche Fabrikproletariat nur marginal vertreten«*, die Mitglieder *»kamen überwiegend aus Handwerkerberufen«*. Nach Kriegsende waren die neuen Mitglieder *»zu einem großen Teil an- und ungelernte Arbeiter, die bis dato den Gewerkschaften im allgemeinen nicht angehört hatten«*. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verschob sich der Einfluß der Anarchosyndikalisten wieder von Großbetrieben auf Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben. Jedenfalls, so das Resumee, *»(war) der deutsche Anarcho-Syndikalismus wesentlich eine originär proletarische Bewegung«*, zu der Intellektuelle nur eine geringe Affinität entwickeln konnten; auch die führenden Vertreter des deutschen Anarchosyndikalismus, so wird zu Recht festgehalten, waren zumeist proletarischer Herkunft.
Die Schlußfolgerung, die auch von anderen Arbeiten her schon bekannt ist, wird auch von Klan und Nelles geteilt: *»Die FAUD war ein Produkt der Revolutionsjahre 1918 – 1920, das Engagement in der Organisation war für viele Mitglieder verbunden mit der Hoffnung auf eine baldige revolutionäre Umgestaltung. Als in den folgenden Jahren diese Hoffnungen enttäuscht wurden, war ein Großteil der Mitglieder nicht mehr bereit, die Entbehrungen materieller Art auf sich zu nehmen und zog sich resigniert aus dem politischen Leben zurück.«* Das mag als Ergebnis historischer Forschung auf den ersten Blick zufriedenstellend sein, läßt jedoch die Frage nach dem utopischen und damit auch aktuellen Gehalt anarchistisch-syndikalistischer Lebensentwürfe unbeantwortet.
Ärgerlich an dem nicht nur inhaltlich, sondern durch den Abdruck zahlreicher Fotos und Dokumente auch von der Gestaltung her verdienstvollen Buch sind eine ganze Reihe überflüssiger formaler Schlampereien, die neben den kaum noch zu zählenden Druckfehlern auch diverse inhaltliche Ungenauigkeiten umfassen. Abgesehen davon, daß sich im Inhaltsverzeichnis keine Seitenangaben finden, man ab und an vergeblich nach Anmerkungstexten sucht und ein in der Einleitung angekündigter Anhang nicht aufzufinden ist, fragt man sich z. B. auch, ob es sich bei einer offensichtlich identischen Person nun um Ernst Leiverkus (S. 84) oder um Walter Leiferkus (S. 231) handelt oder ob eine von Bernhard Lamp in Wuppertal herausgegebene Zeitung den Titel »Die Schöpfung. Kulturpolitische Tageszeitung für das sozialistische Neuland« (S. 83) oder aber »Die Schöpfung im Westen« (S. 321) trug. Auch die Spekulationen um die in einem Polizeibericht erwähnten *»illegalen K.O.«* treffen nicht ins Schwarze. Unabhänging davon, ob die Wuppertaler syndikalistische Jugend der »K.O.« angehörte oder nicht, handelt es sich dabei nicht um eine *»illegale Kommandoorganisation«*, die *»in dieser Form mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Erfindung«* ist, da, so die Begründung, *»es unter Anarcho-Syndikalisten keine Kommandostrukturen (gab)«*, sondern um die in der Tat illegalen Kampforganisationen, die sich 1920 im Umkreis von KAPD, KPD und linker USPD bildeten. Unverständlich ist schließlich auch, daß der Arbeit nicht einmal ein Quellen- und Literaturverzeichnis beigefügt wurde. Bleibt zu hoffen, daß in einer eventuellen zweiten Auflage diese unnötigen und ärgerlichen Mißstände ausgeräumt werden.

Wolf Raul

Willy Buschak, Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit, Amsterdam 1985, 359 S. (erhältlich nur durch Direktbezug über das Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Kabelweg 51, NL-1014 BA Amsterdam durch Überweisung von DM 64,– auf Konto Nr. 99674 der HP-Bank, Köln, BLZ 370 102 22).
Unbeeindruckt und unbeeinflußt von jeglichen methodischen Diskussionen, die seit geraumer Zeit die Zunft der Arbeiterbewegungshistoriker(innen) von einem Blickwechsel zum nächsten

taumeln lassen, hat sich Willy Buschak in beeindruckend traditioneller Manier einem bisher wenig beachteten Kapitel der internationalen Arbeiterbewegung gewidmet. Die offensichtliche Unfähigkeit der Parteien sowohl der »Sozialistischen Arbeiterinternationale« (SAI) als auch der »Kommunistischen Internationale« (KI), in adäquater Weise auf die seit Ende der zwanziger Jahre zunehmenden sozialen und politischen Probleme zu reagieren, hatte in vielen Ländern zu einer organisatorischen Verselbständigung linker Oppositionsgruppen geführt, die sich auch auf internationaler Ebene niederschlug und zur Gründung des Londoner Büros führte.

Bereits im Februar 1921 hatte sich, neben der KI und der 1920 wiederbelebten II. Internationale eine »Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien« (IASP) gebildet, der u.a. die USPD, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs und die englische Independent Labour Party (ILP) angehörten. Zwei Jahre später, im Mai 1923, vereingten sich die II. Internationale und die IASP zur »Sozialistischen Arbeiterinternationale«. Eine Minderheit der IASP um Georg Ledebour (USPD / Sozialistischer Bund) und Isaak Steinberg (Linke Sozialrevolutionäre) lehnte diese Vereinigung ab und gründete ein »Internationales Informationsbüro revolutionär sozialistischer Parteien«, bekannt geworden als Pariser Büro, das sich aber Mitte der dreißiger Jahre, mittlerweile völlig unbedeutend geworden, auflöste.

In der zweiten Hälfte der zwanziger und verstärkt zu Beginn der dreißiger Jahre bildete sich dann innerhalb der SAI ein sich mehr und mehr verselbständigender linker Flügel heraus. Die internationale Zusammenarbeit der linken Oppositionsströmungen begann mit einem ersten Treffen im Mai 1930 in den Niederlanden und fand zu einem ersten Höhepunkt, als sich die linke Opposition auf dem Wiener Kongreß der SAI im Juli / August 1931 als geschlossener Block präsentierte. Nach diesem Kongreß setzte auch auf internationaler Ebene ein verstärkter Ablösungs- und Verselbständigungsprozeß ein, der die jeweiligen nationalen Entwicklungen widerspiegelte; so war z.B. in Deutschland im Oktober 1931 die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« (SAPD) gegründet worden, in Großbritannien hatte sich im Juli 1932 die ILP von der Labour Party getrennt. Die daraus resultierende »Internationale Arbeitsgemeinschaft« (IAG; nach dem Sitz ihres Sekretariats seit 1933 auch Londoner Büro genannt und auf dem Pariser Kongreß vom Februar 1935 in »Internationales Büro für Revolutionär-Sozialistische Einheit« umbenannt) war nicht mehr und nicht weniger als *»die Zusammenfassung aller halbwegs bedeutenden linkssozialistischen Organisationen und Organisationsansätze der dreißiger Jahre«*. Die bestimmenden Themen, um die die Diskussionen und Auseinandersetzungen kreisten, waren die Frage des Faschismus und der Volksfront, das Problem einer neuen Internationale (zeitweise im Diskussionszusammenhang mit Trotzki), Bürgerkrieg und Revolution in Spanien (die POUM entwickelte sich nach ihrer Gründung im Herbst 1935 zu einer der dominierenden Kräfte des Londoner Büros) und, im Kontext der Moskauer Prozesse, die Entwicklung innerhalb der Sowjetunion.

Wenn man bedenkt, daß sich in den Parteien des Londoner Büros eine ganze Reihe bedeutender Persönlichkeiten versammelten (u.a. Paul Frölich, Fritz Sternberg, Victor Serge, Daniel Guérin, Andrès Nin, Joaqúín Maurín, Julian Gorki, Fenner Brockway), so läßt sich leicht nachvollziehen, daß in seinem Umkreis *»eigene und originelle Stellungnahmen zu allen großen und kleinen, vor der Arbeiterbewegung stehenden Fragen erarbeitet«* wurden. Als sich gegen Ende der dreißiger Jahre ein neuer Weltkrieg abzeichnete, existierte das Londoner Büro jedoch nicht mehr; es hatte sich im April 1939 aufgelöst, nachdem die SAPD, nach Auseinandersetzungen mit der POUM, bereits im Oktober 1938 ausgetreten war. Ein gleichzeitig ins Leben gerufenes »Internationales Revolutionär Marxistisches Zentrum« sowie die bereits im September 1938 gegründete »Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg« hatten allenfalls noch

marginale Bedeutung; spätestens ab 1942 führten sie *»nur noch (eine) nominelle Existenz«*. Nach dem Ende des Weltkrieges war von den Parteien des Londoner Büros nicht mehr viel übrig geblieben; sie hatten sich aufgelöst oder aber waren völlig bedeutungslos geworden. *»Das Gros der Linkssozialisten kehrte in die sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien zurück.«* Der Aufbruch der dreißiger Jahre, der mit der Hoffnung verbunden gewesen war, aus der *»Synthese von Luxemburgismus und Leninismus«* eine neue Internationale erstehen zu lassen, die *»den bolschewistischen Aktionismus aufgreifen«* sollte, *»ohne auf das Luxemburgsche Demokratieverständnis zu verzichten«*, war Episode geblieben.
Buschak ist es gelungen, mit seiner immensen Fleißarbeit, die sich zwar in erster Linie mit den internationalen Verbindungen und Diskussionsprozessen der linkssozialistischen Organisationen beschäftigt, dabei aber die jeweils eigene Entwicklung der einzelnen Organisationen nicht aus dem Auge verliert, ein nahezu vergessenes Kapitel der europäischen Arbeiterbewegung ins Bewußtsein zurückzuholen. Daß er sich dabei ausschließlich eines organisations- und ideengeschichtlichen Ansatzes bedient, ist weitgehend in der Natur der Sache begründet; das Unternehmen Londoner Büro war eine Angelegenheit, die sich im wesentlichen auf eben dieser Ebene abspielte.

Karl Andres

Louis Dupeux, »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1986, Verlag C. H. Beck, 492 S., DM 98,–. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Straßers 1930–1935, Stuttgart 1985, Deutsche Verlags-Anstalt, 267 S., DM 39,80.

Seit einigen Jahren scheint wieder ein Problem an Aktualität gewonnen zu haben, von dem man lange Zeit annehmen konnte, daß es längst auf dem oft und gerne zitierten Misthaufen der Geschichte verschwunden sei: die sogenannte nationale Frage. Das, was man allenfalls den Völkern der sogenannten »Dritten Welt« im Prozeß ihrer Dekolonisation als Problem zugestanden hat, ist nicht nur für die sich neu etablierende und mit gewissen intellektuellen Ansprüchen daherkommende Neue Rechte zum Dauerbrenner geworden, sondern hat sich auch in bestimmten Kreisen der Linken, der es an relevanteren Themen nun wahrlich nicht mangelt, zu einem wieder diskutablen Thema entwickelt.
Bereits in den Jahren der Weimarer Republik hatte sich die damalige Linke, entgegen ihrem internationalistischen Anspruch und ihren zumindest teilweise internationalistischen Traditionen und trotz der bitteren Erfahrungen von 1914, auf das nationalistische Glatteis begeben; exemplarisch genannt seien hier nur der »Hamburger Nationalkommunismus« um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim aus den Jahren 1919/1920 sowie die voll aus dem Zeitgeist schöpfende »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« der KPD vom 24. August 1930. Beide Ereignisse waren involviert in eine politische Strömung, die als Nationalbolschewismus nicht nur in den Jahren ihrer Wirksamkeit, sondern auch weitgehend in der späteren wissenschaftlichen Literatur mehr Verunsicherung als inhaltliche Klarheit nach sich gezogen hat und deren Vertreter von Kurt Hiller 1932 in der »Weltbühne« als *»linke Leute von rechts«* bezeichnet worden waren – eine Titulierung, die einer analytischen Reflexion der zugrundeliegenden politischen Haltungen sicherlich nicht gerade dienlich gewesen ist.
Umso erfreulicher ist es, daß Louis Dupeux in seiner in Frankreich bereits 1974 erschienenen und jetzt in einer nur unwesentlich veränderten Übersetzung vorliegenden Arbeit gleich zu Beginn Klarheit schafft: *»Dieser 'echte' Nationalbolschewismus, dem diese Untersuchung gilt, ist*

eine rechtsextreme Einstellung, die als die reinste und härteste Form des deutschen Nationalismus gelten kann. Es handelt sich in der Tat um einen echten und radikal revolutionären Nationalismus, der in gewisser Hinsicht den äußersten Grad der 'Konservativen Revolution' vertritt, das heißt, jener Ideologie, die der gesamten neuen Rechten der Weimarer Zeit gemeinsam war.« Die ideologischen Grundmuster, denen auch die im eigentlichen Sinne nationalbolschewistischen Gruppierungen verpflichtet waren und die durch die Kriegsniederlage von 1918 und den Versailler Vertrag von 1919 eine eigene Dynamik entwickelten, lassen sich zum Teil bis in die deutsche Gegenaufklärung und die politische Romantik zurückverfolgen. Einem aggressiven Antirationalismus, der sich in der Ablehnung jeglicher Fortschrittsideen sowie in der Verneinung von Individualismus, Liberalismus und Marxismus niederschlug, stand die Vorstellung einer ständisch organisierten Volksgemeinschaft gegenüber, deren spezifischer Antikapitalismus jedoch wenig mit Klassenkampf, dafür aber umso mehr mit der Vorstellung eines organisch und friedlich zusammenwirkenden Volkskörpers zu tun hatte. Dazu kamen unterschiedliche Ausprägungen einer Ostorientierung, die von imperialistischem Raumdenken über realpolitisches Bündnisdenken bis zur begeisternden Zustimmung zur nachrevolutionären Entwicklung in der Sowjetunion reichten. Dabei wurde von den Nationalbolschewisten ein mehr oder weniger starker Trennungsstrich zwischen dem eigentlichen Marxismus und dem Bolschewismus gezogen. *»Leninismus«*, schrieb Ernst Niekisch 1931 in dem von ihm herausgegebenen »Widerstand«, *»ist der Rückstand, der vom Marxismus übrigbleibt, wenn sich ein staatsmännisches Genie dessen zu nationalpolitischen Zwecken bedient hat.«* Noch kategorischer hieß es im Herbst 1932 in der von Werner Laß herausgegebenen Zeitschrift »Der Umsturz«, die, so Dupeux, *»neben den Zeitschriften Paetels die einzige (war), die sich offen zum 'Nationalbolschewismus' bekannte«*: *»Wir müssen unterscheiden: Marx und seine Lehre, den orthodoxen Marxismus ... und den Bolschewismus ... Mit Bolschewismus meinen wir also immer das russische Geschehen, das ein eminent nationales Geschehen ist.«*

Dupeux unterscheidet zwei Phasen des Nationalbolschewismus. Zum einen den frühen, eher spontanen *»Nationalbolschewismus der Niederlage«*, dem es in den Nachkriegsjahren *»um das Überleben des Staates«* ging und der in Paul Eltzbachers 1919 erschienener Schrift »Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft« sein erstes Manifest fand und zum zweiten den eher intellektuellen Nationalbolschewismus der späten Jahre der Weimarer Republik, dem es im Rahmen einer umfassenden Systemkritik *»um das Selbstverständnis vom Staat«* ging und dem Depeux neben den schon erwähnten Ernst Niekisch und Werner Laß in erster Linie Karl O. Paetel mit seiner »Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten«, seiner Zeitschrift »Die Sozialistische Nation« und dem im Januar 1933 verfaßten und bald darauf beschlagnahmten »Nationalbolschewistischen Manifest« sowie Friedrich Lenz und Hans Ebeling mit der Zeitschrift »Der Vorkämpfer« und schließlich die 1931 von Franz Jung wieder ins Leben gerufene Zeitschrift »Der Gegner«, deren redaktionelle Arbeit seit Anfang 1932 von Harro Schulze-Boysen bestimmt wurde, zurechnet. Hier muß allerdings angemerkt werden, daß im »Gegner« so unterschiedliche Autoren wie Karl Korsch, Raoul Hausmann, Adrien Turel und Ernst Fuhrmann publizierten, die wohl schwerlich dem nationalbolschewistischen Lager zugerechnet werden können.

Gleich, welchen ideologischen oder auch politischen Bündnissen sich die Nationalbolschewisten öffneten, der positive Bezug auf die deutsche Nation stand immer im Vordergrund, die unterschiedlich akzentuierte Bezugnahme auf soziale Auseinandersetzungen und Klassenkampf blieb dagegen immer sekundär. *»Sie wollten den Klassenkampf und die 'proletarische' Revolution aber nutzen«*, schreibt Dupeux, *»um eine Volksgemeinschaft heraufzubeschwören, die dem Marxismus noch radikaler als dem Liberalismus widersprach.«* Ernst Niekisch hat dieses tak-

tische Verhalten in aller wünschenswerten Klarheit zum Ausdruck gebracht: *»Die KPD ist die Bereiterin einer notwendig chaotischen Durchgangssituation: wir denken an das, was dahinter kommt, während sie darin ein Ende erblickt. Wir können die Elementarkraft nur regulieren und ausmünzen, wenn sie in uns ein Solidarisches vermutet. So benutzten einst die Demokraten die Sozialdemokratie, so will der Stahlhelm die Nazis benutzen.«*

Der Nationalbolschewismus hat sich jedoch weder zu einer wirklich eigenständigen – zu sehr schöpfte er aus den Werten der Konservativen Revolution, als deren *»Nebensystem«* ihn Dupeux verstanden haben will – noch zu einer einheitlichen Ideologie entwickeln können – zu vielfältig und differenziert waren die nicht immer in freundschaftlichen Verhältnissen zueinander stehenden Gruppierungen und Vordenker. Als allen Unterschieden zugrundeliegende und das nationalbolschewistische Selbstverständnis wesentlich bedingende Haltung analysiert Dupeux eine *»aus totalem Vertrauen in die Gesetze des Konservatismus«* hervorgehende, im Irrationalen wurzelnde Überzeugung, derzufolge *»die Entscheidung vom 'Leben und seinen Gesetzen' ausgehen, die 'deutsche Substanz' stets die stärkere sein, der Staat in neuer Gestalt auferstehen und die von der Natur gegebene Aristokratie ihren Vorrang immer wieder behaupten mußte. Folglich konnte der deutsche Kommunimus, ob er wollte oder nicht, nur in der deutschen Volksgemeinschaft aufgehen«*. Die »Volksgemeinschaft«, die sich dann 1933 für die nächsten zwölf Jahre in Deutschland etablierte, war jedoch nicht einmal den rechten Revolutionären wohlgesonnen: Sie mußten emigrieren (Paetel, Ebeling), verschwanden für Jahre in Konzentrationslagern (Niekisch) oder wurden ermordet (Schulze-Boysen).

Dem abtrünnigen Nationalsozialisten Otto Strasser, der vielfach ebenfalls dem nationalbolschewistischen Lager zugerechnet worden ist – eine Annahme, der Dupeux in seinem Strasser gewidmeten Kapitel vehement widerspricht – hat Patrick Moreau eine umfangreiche Doktorarbeit gewidmet, die jetzt in einer gekürzten und überarbeiteten Fassung übersetzt vorliegt. Otto Strasser hatte die NSDAP im Juli 1930, fünf Jahre nachdem er ihr beigetreten war, verlassen. *»Die Sozialisten verlassen die NSDAP«*, war der Aufruf überschrieben, der gleichzeitig zum Gründungsdokument der »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« (KGRNS) wurde. Der Begriff 'Sozialismus' korrespondiert allerdings auch hier keineswegs mit der Vorstellung vom antikapitalistischen Klassenkampf, sondern zielt vielmehr auf die Errichtung eines *»organischen Ständestaates«* in einem *»völkischen Großdeutschland«*. Altbekannte Argumentationsmuster finden sich wieder, so die Differenzierung zwischen Kommunismus und Bolschewismus. Während der erstere in den »Nationalsozialistischen Briefen« mit der Bemerkung *»viel Geist und viel Plattheit«* abgetan wird, erfährt der Bolschewismus eine besonders originelle Definition: *»Bolschewismus aber ist eine nahezu aristokratische Angelegenheit ... das sind philosophische Gespräche des Volksbeauftragten Tschitscherin mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau in Moskauer Nachtlokalen, das sind die Soupers im Außenkommissariat, bei denen der General von Hammerstein dem Bandenführer Max Hölz gegenüber sitzt.«*

Die KGRNS, die zu keinem Zeitpunkt mehr als einige tausend Mitglieder zählte, zeitweise mit der revoltierenden SA-Gruppe um Walter Stennes zusammenarbeitete und Ende 1931 unter dem Namen ihres Organs »Die schwarze Front« eine Sammlungsbewegung nationalrevolutionärer Gruppen propagierte und dabei nicht nur über Kontakte zum »Tat«-Kreis um Hans Zehrer, sondern auch zu anderen Rechtsgruppierungen wie dem »Wehrwolf« und dem »Bund Oberland« verfügte, wurde bereits kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verboten. Otto Strasser flüchtete zuerst nach Österreich, Mitte 1933 nach Prag, später nach Frankreich und in die USA. Während Strasser im Exil eine rege Agitationstätigkeit gegen die Nationalsozialisten entwickelte, waren es innerhalb Deutschlands nur kleinere Restgruppen der KGRNS, die sich am Widerstand gegen die neuen Machthaber beteiligten.

Die KGRNS hat zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz originäre Positionen vertreten; sie war als *»eine Art Sammelbecken für alle von einer 'verbonzten' NSDAP enttäuschten 'revolutionären Sozialisten'«* letztlich nichts anderes als eine Organisation, *»die in erster Linie dem Ehrgeiz eines Diktatorenlehrlings«* – Otto Strasser – diente. Soziologisch betrachtet war sie *»offensichtlich überwiegend eine Bewegung der Mittelschichten, die von einem Kreis Intellektueller bürgerlicher Herkunft geführt wurde«*. Für einige Mitglieder ist sie sicherlich zu einer Zwischenstation auf dem Weg nach links geworden; das berechtigt aber wohl nicht einmal die Annahme, die Organisation sei dem nationalbolschewistischen Lager zuzurechnen. Dupeux spricht sogar von einem Rückzug *»auf eine sozial konservative Haltung«*, die *»nichts zu tun hatte mit dem radikalen, konkreten Antikapitalismus und dem begeisterten Pro-Sowjetismus der 'Nationalbolschewisten'«*.

Wolfgang Braunschädel

Helga Grubitzsch/Hannelore Cyrus/Elke Haarbusch (Hrsg.), Grenzgängerinnen. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert. Weibliche Wirklichkeit und männliche Phantasien, Düsseldorf 1985, Schwann, 342 S., DM 36,–.

Carola Lipp (Hrsg.), Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Moos/Baden-Baden 1986, 432 S., DM 38,–.

Ungefähr zur gleichen Zeit ist die Frauenforschung um zwei Publikationen erweitert worden, die sich in ihrer Themenstellung zum Teil decken und sich gegenseitig ergänzen. Die von Helga Grubitzsch u.a. herausgegebene Aufsatzsammlung erfaßt Beiträge, die sich mit den männlichen Idealbildern von Frauen befassen. Sie versuchen, die bis jetzt wirksame androzentrische Geschichtsschreibung zu entmystifizieren, indem sie den männlichen Ideal- und Angstvorstellungen über Frauen biographisch nachspüren und den Frauen ihre Wirklichkeit zurückgeben. Der Zeitraum ihrer Untersuchungen umfaßt das 18. und 19. Jahrhundert mit den Schwerpunkten Französische Revolution, Freiheitskriege, Vormärz und Revolution von 1848/49. Somit ist der Untersuchungsgegenstand nicht allein auf den deutschen oder deutschsprachigen Raum beschränkt.

Hannelore Cyrus erläutert die Lebensgeschichte zweier berühmter Lützower Kämpferinnen (Eleonore Prochaska und Anna Lühring) anhand der Rezeption durch ihre männlichen Mitkämpfer. Dann vergleicht sie das Leben der 1813 kämpfenden Anna Lühring mit dem der ebenfalls aus Bremen stammenden Louise Aston, die 1848 im Schleswig-Holsteinischen Krieg zu den Waffen griff. Obwohl die beiden Kämpferinnen vieles trennt, so vereint sie doch das Primat bürgerlich-patriarchaler Respektibilität, unter dessen Joch beide einer kritischen Wertung durch ihre Zeitgenossen ausgesetzt waren. Es ist die Sittlichkeit, die aus Anna Lühring eine 'virgo' und aus Louise Aston eine 'virago' macht. Die Sittlichkeit ist aber bürgerlich-patriarchal bestimmt. Mit diesem Wertekodex verseucht, der in Frauenfragen jeden Liberalen zum Konservativen macht, kommen auch die (links-)demokratischen Männer schlecht weg. Wie die Herausgeberinnen im Vorwort bemerken, war zwar die Reaktion der Männer auf Befreiungskämpfe von Frauen je nach politischem Standpunkt unterschiedlich, sie kannte jedoch kaum nationale Differenzierungen. In allen Ländern erwies sich somit die patriarchalische Einheit stärker als die nationalen oder politischen Unterschiede. Gabriella Hauch macht das sehr deutlich am Bild der sexuell aggressiven Barrikadenbraut in der Wiener Revolution 1848. Dort fanden am 25. Mai 1848 der 'Barrikadentag' und die 'Barrikadennacht' statt. Bei den Frauen der Unterschichten wurde der Barrikadenbau von lustigen Festen begleitet, wobei auch eine Barrikaden- und Fahnenkönigin gekürt wurden. Ob es nun in der Barrikadennacht zu einem zärtli-

chen Austausch zwischen den Geschlechtern kam, mag dahingestellt sein; es wurde einfach angenommen. Zur gleichen Zeit wurde in der »Radikalen«, einer linksdemokratischen Zeitung, die Geschichte der 'Barrikadenbraut' im Feuilleton abgedruckt. Die Protagonistin ist eine Adelige, die einen Revolutionär liebt und den sie wie seine Genossen vor dem reaktionären Verrat ihrer Klasse, wozu natürlich auch ein ihr auserwählter Ehemann gehört, schützen muß. Das Ende ist kurz erzählt: Die Adelige, sie heißt Antoine, verbringt die Nacht auf der Barrikade mit den armen Opfern, der Vater und die Klasse verstoßen sie daraufhin, sie wird ohnmächtig und fällt in die Arme des wahren Volkes, das sie als Tochter aufnimmt. Ihre neu eingeschlagene politische Richtung orientiert sich an ihrem Revolutionärsfreund, der sie lehrte, die Freiheit zu lieben. Fazit: So baut sich die Welt der Männer ihre profanen Engel. Auch Inge Bucks literarische Analyse des Romans von F. A. Karcher »Die Freischärlerin« (aus der Pfälzer Revolution von 1849) zeigt das Kunststück, wie eine Frau, obwohl sie sich auf männliches Terrain begibt, zugleich in den Grenzen des herrschenden Weiblichkeitsideals gehalten wird. Ursula Geitner und Elke Haarbusch ergänzen die historisch-kritische Anthologie mit ethnopsychoanalytischen Erklärungsansätzen, Carola Lipp mit einer Regionalstudie über württembergische Frauen.

Letztgenannte Autorin fungiert selbst als Herausgeberin einer Sammlung von Aufsätzen, die den Verlauf der Revolution auf dem Dorf sowie deren Einflußnahme auf das Alltagsleben und -erleben der Dorfbewohner(innen) nachzukonstruieren versuchen. Dazu meint die Herausgeberin, daß dabei der Verlauf der 'offiziellen' Revolution manchmal in den Hintergrund trete, da die Revolution dort aktuell wird, wo sie das Leben der Frauen beeinflußte und diese aktiv wurden. Zwei unbekannte Frauen, auf die Beate Bechthold-Comforty in ihrem Text eingeht und die sich durch ihr engagiertes Verhalten ihre Unsterblichkeit zumindest in den polizeilichen Protokollen und Prozeßakten sicherten, möchte ich nennen. Katharina Müller und Theresia Rosenberger wurden beide wegen eines württembergischen Revolutionsereignisses, dem sogenannten »Rau-Marsch«, gerichtlich belangt, weil sie von Dorfbewohnern denunziert worden waren.

Der methodologische Ansatz der von Carola Lipp herausgegebenen Publikation unterscheidet sich von dem der zuerst referierten, insofern die Autorinnen einen kulturwissenschaftlichen Ansatz verfolgen, der die Empirie der Alltagswelt nicht aus den Augen verliert. An diesen Erfahrungen lassen sich die eher theoretischen Analysen von Helga Grubitzsch et aliae überprüfen.

Thea A. Struchtemeier

Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, Westdeutscher Verlag, 494 S., DM 64,–.

»Froh bewegt, daß ihnen nun nichts mehr passieren kann, daß weder Präservativ noch Dusche nötig ist, erfüllen sie (die Männer) *rückhaltlos ihre eheliche Pflicht.«* (Arzt, zit. S. 431)

In den meisten Forschungsarbeiten über Familienpolitik wird der Eindruck erweckt, es habe sich dabei um eine mütterbezogene und geburtenanreizende (pronatalistische) Politik gehandelt. Die Rezeption matriarchaler Konzepte, wie sie bei Ernst Bergmann (Erkenntnisgeist und Muttergeist. Eine Soziophie der Geschlechter, Breslau 1932) oder Alfred Schuler (er wollte seinerzeit die durch Europa irrende Kaiserin Elisabeth von Österreich zur »großen Mutter« weihen) während der Zeit des Nationalsozialismus erfolgte, wurde deshalb nach 1945 zum Teil als entweder *»faschistoid«* (Jost Hermand, 1984) oder *»Sache von Schwulen«* (Nicolaus Sombart, 1976) abgetan.

Gisela Bock beweist mit ihrer Habilitationsschrift, daß die bisherige Forschung über »Mutter-

mythos« und reales generatives Verhalten im Nationalsozialismus selbst einem Mythos aufsaß und das, was bloß nationalsozialistische Propaganda war, zur Realität erklärte. Diesen Ansatz vertrat Brita Rang schon 1984 in einer Erwiderung an Jost Hermand, in der sie erklärte, daß die Nationalsozialisten nur von Mutterrecht sprachen, tatsächlich aber Unterwerfung meinten. Für diese Form weiblicher »Zähmung« lassen sich bei Gisela Bock zahlreiche Belege finden, wobei sie in den Auswirkungen zwischen rein faschistischer Bevölkerungspolitik in Italien und spezifisch nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik in Deutschland unterscheidet. Ebenso differenziert sie im *»interkulturellen Foltervergleich«* (Mary Daly) zwischen dem *»demokratischen Rassismus«* in den USA und dem nationalstaatlich institutionalisierten Rassismus in Deutschland, wobei eben die staatliche Institutionalisierung das besondere Charakteristikum gegenüber dem Faschismus anderer Prägung ausmachte und als solche weder in Italien noch in den demokratischen USA in solcher Rigidität und Vollstreckung vorgekommen ist. In Italien mögen der Katholizismus und die strikte Einhaltung päpstlicher Enzykliken (z. B. Casti Connubii vom 31. 12. 1930), die die Eingriffe in die göttliche Natur verboten, ein Hinderungsgrund gewesen sein, in den USA dagegen das parlamentarische System. Nach Gisela Bock waren die USA kein Polizeistaat und der eigentliche »Mißbrauch« der auch dort bestehenden Sterilisationsgesetze zeigt sich in ihrer Nichtanwendung, wobei allerdings Kalifornien mit mindestens 22 000 Sterilisationen seit Beginn des Jahrhunderts auszuklammern ist.
Das Beispiel der USA zeigt aber, daß Sterilisationspolitik in den dreißiger Jahren kein Novum deutscher Gesetzgebung, sondern als Bestandteil von Rassismus das Paradigma einer Epoche war. Dabei trennten die rassistischen Ideologeme zwischen den »wertvollen« und den »minderwertigen« Geschlechtern. Die rassistische Sichtweise knüpfte dabei an die Vorstellung an, daß die Geschichte der Evolution eine männliche Evolutionsgeschichte sei, wobei der Unterschied zwischen den Geschlechtern mit fortschreitender Entwicklung der Rassen wachse. Bei »minderwertigen« Rassen allerdings gelte die Lehre von der »sexuellen Applanation«, d. h., daß zwischen Mann und Frau kaum Unterschiede herrschten. Das weibliche Geschlecht wurde somit generell in den Bereich von »Minderwertigkeit« abgeschoben.
Dieser Lehre entsprach im Nationalsozialismus die »Sonderbehandlung« durch Sterilisation, die sich damit als rassistische Interpretation des Geschlechterverhältnisses erwies. Insofern kann Gisela Bock auch behaupten, daß der Rassenwahn ein Geschlechterwahn war und damit den Blick auf die Geschichte als herrschenden Männerblick offenbarte. Nicht der Rassenhaß als solcher war also »modern«, sondern seine Legalisierung, Verstaatlichung und konsequente Anwendung in der Sterilisations- und Euthanasiepolitik.
An dieser Legalisierung sollte sich auch nach 1945 nichts Entscheidendes ändern, wie Gisela Bock mit Erschrecken aufzeigt. Das 1934 in Kraft getretene »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GVeN) wurde 1947 vom amerikanischen Militärtribunal wohlweislich – im Wissen um ihre eigenen Verbrechen – nicht zu den nationalsozialistischen Verbrechen gezählt, da es Sterilisationsgesetze auch in anderen Ländern gab. Mit dieser Entscheidung wurden das GVeN als nicht spezifisch nationalsozialistisch und die Verbrechen im Namen des GVeN im Nachhinein als *»korrekte Anwendung«* eines Gesetzes gesehen; die nationalsozialistische Sterilisationspolitik wurde somit *»entnazifiziert«*. Entschädigungen an die Opfer wurden erst ab 1981 gezahlt; bis dato wurden Entschädigungssuchende als »Rentenneurotiker« angesehen. Die Entschädigung von DM 5 000,– erfolgte aufgrund des Kriegsfolgegesetzes, das die Opfer immer noch nicht als Verfolgte anerkannte. Hinzu kam, daß die Entschädigungssuchenden sich bei ihren bürokratischen Gängen oft denen gegenüber sahen, die sie während der Zeit des Nationalsozialismus verurteilt hatten. Von daher ist es zu verstehen, daß nur 26 % der Opfer nachträglich als *»zu Unrecht«* sterilisiert anerkannt wurden, 74 % aber als *»zu Recht«*.

Sterilisationen betrafen Männer und Frauen gleichermaßen, waren aber keineswegs geschlechtsneutral. Die sterilisierenden Akteure waren immer Männer, die Opfer Männer und Frauen. Im Rahmen der Selektionskriterien wurde zwischen Frauen und Männern unterschieden, indem an die Frauen männliche Normen angelegt wurden; ein Grund für die Sterilisation konnte z. B. ein schlecht geführter Haushalt sein. Auch bedeutete Kinderlosigkeit für eine Frau etwas anderes als für einen Mann. Zwangsweise Geburtenverhinderung – sei es durch Sterilisation oder auch durch bis zum sechsten Monat durchgeführte Abtreibung – ist immer frauenfeindlich. Zudem war die »Gleichbehandlung« für Frauen gefährlicher als für Männer, denn bei der »weiblichen Sonderbehandlung« starben 90 % der Frauen. Weiterhin bedeutet männliche Sterilität, männlicher Gewalt erst recht ausgesetzt zu sein, wovor ansonsten die männliche »Schwängerungsfurcht« schützen konnte. Männer konnten bei (körperlichen) Behinderungen und der eventuell damit verbundenen Unfähigkeit zum Geschlechtsverkehr eher damit rechnen, von einer Sterilisation freigesprochen zu werden als Frauen; »schwachsinnige« Frauen wurden konsequent sterilisiert, um sie vor den Folgen männlicher Vergewaltigungen zu »schützen«. Verheerende Folgen zeigte dies auf dem Dorfe, wo sich schnell herumsprach, wenn Frauen zwangssterilisiert waren, was sie aus männlicher Sicht zum »Freiwild« machte. Um die Frauen davor zu »schützen«, internierte man sie vorsichtshalber (erneut) in Anstalten. Die Sterilisationspolitik setzte somit die Norm gewaltförmiger sexueller Geschlechterbeziehungen für alle Männer als »natürlich«. Die soziale Frage wurde damit biologisiert, männliche Gewalt ebenso. Diese Haltung entsprach dem rassistisch glorifizierten Männerkult, dem rationalisiertes Zeugen in Hinsicht auf »Volk-Produktion« näherstand als das »hemmungslos« weibliche Gebären. Männerkult drückte sich aus in dem Unterdrücken von Minderheiten nicht nur im statistischen Sinne, sondern im rassistischen von »Minderwertigkeit«. Konkretes »Männertum« zeigte sich ökonomisch, indem der Lastenausgleich nicht an die Mütter gezahlt wurde, sondern an die Väter, und zwar um die unterschiedliche »Last« zwischen Vätern und Nicht-Vätern bzw. Junggesellen auszugleichen. Es sollte wieder der *»vaterrechtliche Geist der nordischen Rasse«* herrschen. Dem entsprach auch das männliche Beschwerderecht bei Sterilisationen, das bei weiblichen Opfern durch den Vater oder Ehemann wahrgenommen werden mußte.

Es gab kaum Widerstand gegen die männliche, rassistische und sexistische Sterilisationspolitik. Individueller Widerstand ging zumeist von Frauen aus, wobei selbst Nationalsozialistinnen sich z. B. gegen die offizielle Interpretation der Ehestandsdarlehen wehrten. Es gab kaum Frauen mit ungeteiltem Interesse an Rassenfragen und sie waren eine Minderheit gegenüber entsprechend interessierten Männern; wenn, dann fand man Befürworterinnen als Minderheit im akademischen Bereich (z. B. Agnes Bluhm), nicht aber unter Schwangeren, Müttern oder Hausfrauen. Gisela Bock kann feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Frauen dem Nationalsozialismus und seinen Organisationen gegenüber resistenter war als die Männer. Individueller Widerstand von Frauen zeigte sich z. B. in »Trotzschwangerschaften« (die trotzdem oft zwangsabgetrieben wurden) und in häufigem Wohnungswechsel. Widerstand zeigte sich auch bei den häufig mit Juristen kollaborierenden Ärzten durch Fälschen von Krankenakten und bei Lehrern und Bürgermeistern durch Ausstellen guter Führungszeugnisse.

Die evangelische Kirche und mit ihr die Innere Mission befürworteten die Anwendung von Zwangsmitteln bei Sterilisationen als »ultima ratio«; unter wenigen Gegnern sind Pastor Braune und die Leiterin der evangelischen Gefährdetenfürsorge Gerda Lucas zu nennen. Die katholische Kirche betrachtete kasuistisch nur die Antragstellung, nicht aber die Anzeige als Mitwirkung am Sterilisationsgesetz und somit als »sündig«; katholische Frauen handelten und waren kompromißloser.

Gisela Bock durchforstete zahlreiche Archive und Quellen, wobei sie in ihrer Arbeit – wie z. B. in Bremen und Hamburg – nicht immer unterstützt wurde. Vorgeblich vermischten sich dort die *»Erfordernisse des Personen- und Datenschutzes«* mit politischen Urteilen. Dagegen war es aber gerade das Anliegen der Forscherin, die Sterilisierten, deren Intimleben der Nationalsozialismus verstaatlicht hatte, von ihrem angeblichen Makel zu befreien. In den verschiedensten Gerichtsregistraturen wertete sie über tausend Prozeßakten aus, die bisher für die Forschung noch nicht benutzt worden waren. Sie konnte deshalb in bezug auf die Handhabung des Sterilisationsgesetzes auch regionale Unterschiede feststellen, wobei die Stadt Braunschweig absolut wie relativ die niedrigste Zahl an sterilisierten Opfern aufwies.
Zu der umfangreichen Arbeit von Gisela Bock gibt es wenig hinzuzufügen. Ihre Reduktion der »Gebärstreikdebatte« der SPD von 1913 auf die Befürwortung von »Wert«kategorien im Sinne von *»lieber weniger gewollte und gesunde Kinder als viele ungewollte, schwer zu versorgende und kranke«* allerdings verkennt das bei den Frauen dahinterliegende Anliegen nach Autonomie und Selbsthilfe (vgl. dazu den Beitrag von Anneliese Bergmann in »Archiv« 4/1981). Wer obendrein die Schriften von Mary Daly kennt, kann die Sterilisationspraktiken eines Staates nicht mehr in den Ermessensspielraum einer *»rassistischen Demokratie«* einordnen. Rassismus und Demokratie können als politische Begriffe nicht beieinanderstehen, auch wenn eine Demokratie rassistische Vertreter umfassen kann. Als politischer Begriff schließt Demokratie aber niemals sui generis Rassismus ein. Demokratie im politisch handelnden Sinn meint die Repräsentation des Volkes und nicht die völkische Repräsentation des Blutes. Auch Gisela Bocks amerikafreundliche Behauptung, in den USA sei es nach 1945 nicht mehr möglich gewesen, die Sterilisationspolitik ex post zu legitimieren, verkennt schließlich, daß das nationalsozialistische Sterilisationsgesetz vom amerikanischen Militärtribunal rehabilitiert, *»entnazifiziert«* und in seiner Anwendung für rechtmäßig korrekt befunden wurde. Sich amerikanischen Urteilen anzupassen, bedeutete für die Deutschen eine gar nicht so furchtbare Anstrengung, wie das Ehepaar Mitscherlich in erschreckender Weise dokumentiert hat. Die Identifikation mit den Siegern vollzog sich erstaunlich schnell. Trotz dieser Modifikationen müssen nach der Arbeit von Gisela Bock zumindestens Männer den Nationalsozialismus mit seiner angeblichen »Frauenfreundlichkeit« anders interpretieren und auch ihren Männerblick auf die Frauen korrigieren, die angeblich Hitler an die Macht gebracht haben.

Thea A. Struchtemeier

Sigrid Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a.M./New York 1986, Campus, 576 S., DM 148,–.

»Schon im darauffolgenden Jahr gab die 'Märzaktion' vom Jahre 1921 einen ersten Eindruck von jener Krankheit, die von da an die gesunde Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland zerstört hat. Es war das erste in einer langen Reihe von Ereignissen, in denen die Elite der tapfersten und hingebungsvollsten Arbeiter für ein unsinniges Unternehmen geopfert wurden, das weder auf einer spontanen Bewegung von unten noch auf einer Krise des bestehenden ökonomischen und politischen Systems beruhte. Es war ausschließlich von einer geheimen, halbmilitärischen Organisation geplant und dann auch in die Niederlage geführt worden.« (Karl Korsch, Revolution wozu?, Frühjahr 1941)

Bei der Arbeit von Sigrid Koch-Baumgarten handelt es sich um nichts anderes als den groß angelegten Versuch, die auf Erfahrung beruhende Erkenntnis Korschs auf gesicherte historische Füße zu stellen. Die Märzaktion von 1921, jener Versuch, anläßlich der Stationierung von Schutzpolizei im mitteldeutschen Industriegebiet den Generalstreik auszurufen und den

Sturz der Regierung herbeizuführen, unterliegt bis heute diametral entgegengesetzten Interpretationen. Paul Levi hatte schon seinerzeit von einem *»bakunistischen Putsch«*, von einem Aufstandsversuch gesprochen, während in der besonders in der DDR-Historiographie gepflegten apologetischen Geschichtsschreibung die These vertreten wird, es habe sich bei dieser Aktion um einen Abwehrkampf gehandelt. Sigrid Koch-Baumgarten vertritt dagegen die These, daß bereits mit der Planung und Durchführung der Märzaktion die mit dem Begriff »Bolschewisierung« umschriebene Entwicklung einsetzte, daß somit *»die Instrumentalisierung der Sektionen der Komintern für die Interessen Sowjetrußlands längst vor dem Stalinismus begann«*. Von erheblich größerer Tragweite erscheint jedoch die Behauptung, daß nicht erst mit dem Hamburger Aufstandsversuch vom Oktober 1923, sondern bereits mit der Märzaktion ein Bruch mit der *»Geschichte des Arbeiterprotests der Frühphase der Weimarer Republik«* und somit ein *»Umschwung von* sozialen *Protestbewegungen zu* Partei*unternehmungen«* einsetzte.
Es sind zwei wesentliche Aspekte, an denen Koch-Baumgarten die Durchsetzung der Offensivtheorie, die zur Märzaktion führte, festmacht. Zum einen hatte sich auch nach dem Ausschluß der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag im Herbst 1919 und deren organisatorischer Verselbständigung zur KAPD innerhalb der KPD eine in linkskommunistischen Traditionen stehende Tendenz erhalten, die sich bereits seit der Niederschlagung des Kapp-Putsches gegen die damalige Parteiführung um Levi zu formieren begann und zu deren Exponent Paul Frölich wurde. Zum anderen gab es in der Komintern starke Kräfte, die die Lage in Westeuropa als unmittelbar revolutionär interpretierten und besonders an einer revolutionären Umwälzung in Deutschland interessiert waren. Ohne die vielfältigen Aspekte näher skizzieren zu können, die zu dieser Entwicklung führten und die bei Koch-Baumgarten im Detail rekonstruiert werden, läßt sich doch festhalten, daß mit der Umbildung der Parteiführung der KPD im Februar 1921, die nach dem Rücktritt u. a. der beiden Parteivorsitzenden Levi und Däumig zu einem Übergewicht der Parteilinken führte sowie nach dem Eintreffen der auf Revolution spekulierenden dreiköpfigen Kominterndelegation (Béla Kun, Joséf Pogany, Samuel Guralski) die entscheidenden Faktoren gegeben waren, um *»in bester Geheimlogen- und Verschwörermentalität«* dem Konzept des bewaffneten Aufstandes auch gegen Widerstand in der Partei zum Durchbruch zu verhelfen.
Franz Jung, der seinerzeit als einer der führenden Vertreter der KAPD nicht nur an den Planungen, sondern auch am Geschehen in Mitteldeutschland beteiligt war, hat Jahrzehnte später in seiner Autobiographie »Der Weg nach unten« eine elegisch-resignative Rückschau gehalten: *»Sich vorzustellen, daß ein politischer Umsturz bei all den bereits nicht mehr zu übersehenden Zersetzungserscheinungen als Bewegung eingeleitet werden kann von einer Handvoll Leute, die im Hinterzimmer einer Kneipe zusammenkommen und darüber reden, welche Mittel dafür eingesetzt werden können ..., dazu gehört auch heute noch ein gut Teil Phantasie.«* Das was in den Hinterzimmern von Kneipen in die Wege geleitet wurde, sollte jedenfalls zum entscheidenden Wendepunkt nicht nur der Geschichte der KPD werden: *»Die Partei war zum eigentlichen Subjekt der Revolution geworden, die Massen fungierten als ihre ausführenden Organe, die mittels taktischer Tricks in Bewegung gebracht wurden.«*
Die Aufstandsversuche und Aktionen in Mitteldeutschland, in Hamburg und in Rheinland-Westfalen, die im umfangreichen zweiten Teil der Arbeit detailliert beschrieben werden, waren von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Zwischen dem Revolutionsverständnis der KPD, für die die Märzaktion mit einem weitgehenden organisatorischen Zusammenbruch und dem Ausschluß der Opposition um Paul Levi endete, und dem Arrangement von Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit den herrschenden Verhältnissen, das teilweise sogar bis in die ersten Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten hinüberreichte, konnte es endgül-

tig keine Vermittlung mehr geben. Die Arbeiterklasse blieb für die restlichen Jahre der Weimarer Republik politisch gespalten und konnte auch in entscheidenden Situationen nicht mehr an die parteiübergreifenden sozialrevolutionären Aktionen der frühen Weimarer Jahre anknüpfen.

Wolfgang Braunschädel

Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, Colloquium Verlag, 367 S., DM 88,–.

Mitte der siebziger Jahre hatte Müller eine Untersuchung zur Opposition der »Jungen« gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand in den Jahren um 1890 vorgelegt. In dieser Arbeit hatte er die zeitgleichen Auseinandersetzungen zwischen den lokalistischen, basisorientierten gewerkschaftlichen Organisationen einerseits und den zur Zentralisierung strebenden Gewerkschaftsverbänden andererseits ausgespart. Der erkenntnisleitende Ausgangspunkt seiner diese Thematik aufgreifenden neuen Arbeit ist die These, *»daß der Versuch vom November 1918, eine direktdemokratische Form der Interessenvertretung zu etablieren, kein organisationsgeschichtliches Novum in der deutschen Arbeiterbewegung war. Neu war allenfalls der bewußte und geplante Versuch, die jahrzehntelang praktizierte direktdemokratische Form gewerkschaftlicher Interessenvertretung auf die Gesamtgesellschaft zu übertragen.«*

Dabei sind es vorwiegend zwei Traditionsstränge, die Müller in ihrer Entwicklung nachverfolgt und die beide in unterschiedlichem Maße im revolutionären Geschehen seit dem November 1918 zum Tragen kamen. Zum einen die Entwicklung der lokalistischen Gewerkschaften, die sich 1897 zu einer eigenen Organisation zusammenschlossen, der seit 1903 so genannten »Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften« und die sich zunehmend, besonders seit dem Unvereinbarkeitsbeschluß seitens der sozialdemokratischen Partei von 1908, syndikalistischen Positionen annäherten. Zum anderen rekonstruiert Müller die Geschichte der Vertrauensleute im Berliner Metallarbeiterverband, der zur Geburtsstätte der revolutionären Obleute wurde.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung seit den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts war in besonderem Maße bestimmt von ihren versammlungsdemokratischen Entscheidungs- und Delegationsstrukturen, ihrem beruflich und örtlich eng begrenzten Organisationsrahmen und, damit zusammenhängend, ihrer örtlichen Streikautonomie – Kriterien also, die an syndikalistische Organisationsstrukturen erinnern. Von Syndikalismus allerdings kann insofern keine Rede sein, als die gewerkschaftlichen Organisationen sich politisch an der Sozialdemokratie orientierten und wie diese ein parlamentarisches System anstrebten. Diese Orientierung schlug sich spätestens seit Anfang der neunziger Jahre, seit dem Fall der Sozialistengesetze, in einer zunehmenden Zentralisierung der Gewerkschaften nieder. Die wenigen Organisationen, die sich gegen diese Zentralisierungsbestrebungen wehrten und deren Zentrum Müller im Berliner Baugewerbe, besonders bei den Zimmerern und Maurern festmacht, tradierten jedoch mit ihrem Festhalten an der lokalen Berufsautonomie und der informellen Organisationsform Verhaltensweisen, die sie schließlich in das syndikalistische Lager überwechseln ließen. Auch wenn die Syndikalisten in der Vorkriegszeit zunehmend marginalisiert wurden und ihnen keine größere Bedeutung zugemessen wurde, so *»(ist) in der historischen Betrachtung, vor allem mit Blick auf den Aufschwung der syndikalistischen Bewegung nach der Novemberrevolution die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht so bedeutungslos, wie sie der zeitgenössischen Kritik erscheint. In der Periode nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß konnte die Freie Vereinigung in der ihr bislang fernstehenden Region des Ruhrgebietes und in der Berufsgruppe der*

Bergarbeiter kleinere Zirkel gründen, die zu Kristallisationspunkten für eines der syndikalistischen Zentren der Nachkriegszeit wurden.« Während damit ein Themenbereich angesprochen ist, der auf eine adäquate historische Aufarbeitung immer noch wartet und den Müller auch nicht näher verfolgt, bewegt er sich mit dem zweiten Schwerpunkt seiner Arbeit, der Geschichte der Arbeiterdelegierten und Vertrauensleute in der Berliner Metallindustrie zumindest insofern auf vertrauterem historischem Gelände als das letzte Kapitel dieser Geschichte, die Organisation der revolutionären Obleute in der historischen Forschung nicht ohne Berücksichtigung geblieben ist, wenn auch nicht unbedingt im Kontext der Müller leitenden Fragestellung.
Für den Berliner Metallarbeiterverband eruiert Müller bis zu seiner Integration in den Deutschen Metallarbeiterverband im Jahre 1907 eine *»ungebrochen lebendig(e)«* und *»bis in die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung«* zurückreichende *»Praxis der Versammlungsdemokratei und der Arbeiterdelegierten«*, die zumindest in Ansätzen auch im Vertrauensmännersystem erhalten blieb. Einen prägnanten Ausdruck fand diese Tradition in der sich nach Ausbruch des Krieges schon frühzeitig organisierenden Opposition im Berliner Metallarbeiterverband. Die revolutionären Obleute, deren Entwicklungsgeschichte Müller detailliert nachvollzieht, *»erhielten ihre historische Bedeutung als organisatorisch informeller, notwendig illegaler, und das hieß nicht legitimierter Kristallisationskern der entstehenden und in sich heterogenen Rätebewegung«*. Die in der Forschung umstrittene und unterschiedlich beantwortete Frage, ob und inwieweit die Räte vom November 1918 eine organisatorische und konzeptionelle Vorgeschichte haben, kann mit Müllers verdienstvoller Studie jedenfalls als beantwortet gelten, auch wenn, wie schon angemerkt, eine ins Detail gehende Erforschung der »Freien Vereinigung« in den letzten Vorkriegsjahren und während der Kriegszeit noch zu leisten ist: *»Die deutsche Rätebewegung hatte ... die eigenständige organisatorische Tradition der gewerkschaftlichen Versammlungsdemokratie und der Arbeiterdelegierten zur Voraussetzung, die sich vor, neben und innerhalb gewerkschaftlicher Organisationen nachweisen lassen.«*

Wolfgang Braunschädel

Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin, hrsg. und eingel. von Clemens Klockner, Darmstadt 1981, Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 203 S., DM 28,–
Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha, hrsg. und eingel. von Clemens Klockner, Darmstadt 1984, Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 311 S., DM 52,–.
Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 11. bis 14. 9. 1921 in Berlin, hrsg. und eingel. von Clemens Klockner, Darmstadt 1986, Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 189 S., DM 37,–.
Otto Langels, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe »Kommunistische Politik« und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt am Main/Bern/New York/Nancy 1984, Verlag Peter Lang, 341 S., SFR 68,–.
Schon auf dem Gründungskongreß der KPD an der Jahreswende 1918/19 hatte sich angedeutet, daß die inhaltlichen Differenzen zwischen den aus unterschiedlichen organisatorischen Richtungen stammenden Delegierten längerfristig kaum auf einen Nenner zu bringen waren. Überspitzt formuliert, könnte man auch behaupten, daß zum eigentlichen Gründungskongreß

der KPD erst der sogenannte Heidelberger Parteitag vom Oktober 1919 wurde, der aufgrund der von Paul Levi vorgelegten »Leitsätze« zur Spaltung und zum Ausschluß der linkskommunistischen Opposition führte. Diese formierte sich im April 1920 zur »Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands« (KAPD); den aus der Berliner »Kommunistischen Arbeiter-Zeitung« (KAZ) übernommenen »Bericht über den Gründungs-Parteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands am 4. und 5. April 1920 in Berlin« (ein eigentliches Protokoll existiert wohl nicht) hat Hans Manfred Bock 1977 im »Jahrbuch Arbeiterbewegung, Band 5« veröffentlicht.

Mittlerweile liegen die Protokolle der drei folgenden Parteitage der KAPD vom August 1920, Februar 1921 und September 1921 vor, die jenen Zeitraum umfassen, in dem die KAPD noch unmittelbar in die sozialen Auseinandersetzungen der Zeit einbezogen war. Spätestens nach der Spaltung in eine Berliner und eine Essener Richtung im Frühjahr 1922 hatten die beiden KAPD-Richtungen nur noch marginale Bedeutung; zu den folgenden Parteitagen sind offensichtlich auch keine Protokolle mehr verfaßt worden, sondern nur noch Berichte, die in den jeweiligen Ausgaben der KAZ veröffentlicht wurden.

Im Zentrum der Parteitagsdebatten der KAPD standen das Verhältnis zu den Betriebsorganisationen und zu der ebenfalls im Frühjahr 1920 gegründeten »Allgemeinen Arbeiter-Union« (AAU) sowie das Verhältnis zur Dritten Internationale und die aus diesen Problemkomplexen sich entwickelnden innerorganisatorischen Auseinandersetzungen.

Auch die ehemalige Opposition innerhalb der KPD war kein in sich kohärenter Block; die Geschichte der KAPD ist von Beginn an auch eine Geschichte von Abspaltungen. Bereits der Parteitag im August 1920 war dominiert von den Auseinandersetzungen mit dem Hamburger Nationalbolschewismus um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, die mit deren Ausschluß endeten. Noch im gleichen Jahr wurde Otto Rühle aus der Partei ausgeschlossen, dem nach dem Parteitag vom Februar 1921 Franz Pfemfert folgte; beide wurden zu Mitbegründern der »Allgemeinen Arbeiter-Union Einheitsorganisation« (AAUE), die sich vom traditionellen Parteikonzept löste und die Aufspaltung in eine politische und eine wirtschaftliche Interessenorganisation auf der Basis eines konsequenten Antiparlamentarismus ablehnte. Gegenüber diesem föderalistischen Flügel beharrte der von der Berliner Führungsgruppe um Karl Schröder, Alexander Schwab, Arthur Goldstein und Bernhard Reichenbach dominierte zentralistische Flügel auf der Eigenständigkeit von Partei einerseits, Betriebsorganisation und AAU andererseits; obligatorisch allerdings war der Austritt aus den Gewerkschaften.

Zu dem für den innerorganisatorischen Klärungsprozeß wohl wichtigsten Punkt wurde die Frage nach dem Verhältnis zur Dritten Internationale. Mehrfach wurden Delegationen nach Moskau entsandt, die die Frage eines Beitritts klären sollten. Im Herbst 1920 wurde die KAPD, trotz inhaltlich weitgehend entgegengesetzter Positionen, als sympathisierende Partei in die Dritte Internationale aufgenommen. Das in inhaltlicher Hinsicht eher unverständliche Interesse, das KAPD und Dritte Internationale aneinander bekundeten, erklärt sich letztlich aus der Existenz zweier kommunistischer Parteien in Deutschland. Die KPD hatte durch das Ausscheiden der Opposition die Mehrheit ihrer Mitglieder an die KAPD verloren und blieb bis zum Vereinigungsparteitag mit der USPD im Herbst 1920 eine eher unbedeutende Organisation; von daher bestand ein Interesse, die Mitglieder der KAPD für die KPD zurückzugewinnen. Die KAPD andererseits hatte ein Interesse, die zumindest kurzfristige Position der Stärke auch auf internationaler Ebene zum Ausdruck zu bringen. Zu einer wirklichen Zusammenarbeit der beiden Fraktionen der kommunistischen Bewegung in Deutschland kam es allerdings nur im Zusammenhang der illegalen »Kampforganisationen« seit dem Frühjahr 1920 und der Märzaktion im Frühjahr 1921. Im Sommer des gleichen Jahres wurde die KAPD auf dem drit-

ten Kongreß der Dritten Internationale aufgefordert, sich innerhalb kurzer Zeit mit der KPD zu vereinigen, was faktisch den Ausschluß bedeutete. Die anschließend in der KAPD einsetzende Diskussion um eine »Kommunistische Arbeiter-Internationale« wiederum leitete die im Frühjahr 1922 vollzogene Spaltung der KAPD ein.

Auch wenn die KAPD nach ihrer Spaltung im Frühjahr 1922 in organisatorischer Hinsicht keine besondere Rolle mehr spielen sollte, blieben die von ihr vertretenen grundsätzlichen Positionen, die antiparlamentarische, antigewerkschaftliche und aktivistische Einstellung, weiterhin aktuell. Otto Langels kommt in seiner Arbeit über die ultralinke Opposition der KPD insofern zu der treffenden Einschätzung, daß der Linkskommunismus in der Weimarer Republik *»als fast permanente Begleiterscheinung eines sich immer mehr verfestigenden leninistischen Kommunismus«* zu sehen ist. Seit 1924/25, zu einer Zeit also, als sich die KPD im Innern »bolschewisierte« und ihre Politik an den sich stabilisierenden ökonomischen Verhältnisse ausrichtete, entwickelte sich innerhalb der KPD erneut eine Opposition, die – was sich auch in vereinzelten Anknüpfungs- und Vereinigungsversuchen niederschlug – im Nachhinein weitgehend in die Tradition der frühen KPD-Opposition, die sich 1920 zur KAPD formiert hatte, gestellt werden kann. Organisatorisch fand diese erneute oppositionelle Strömung ihren Ausdruck u. a. in der »KPD-Opposition (Linke KPD)« um Iwan Katz, in der »Entschiedenen Linken« um Ernst Schwarz und Karl Korsch und, nach der Spaltung, in Korschs Gruppe »Kommunistische Politik«. Auf organisatorischer Ebene war den hier genannten Gruppierungen allerdings keine lange Lebensdauer beschieden; bereits 1928 waren sie weitgehend in Auflösung begriffen oder hatten zumindest jegliche weitergehende Bedeutung eingebüßt. Auf theoretischer Ebene war es einzig Karl Korsch, der an die Gedankengänge rätekommunistischer Theoretiker wie Anton Pannekoek, Herman Gorter oder Otto Rühle anzuknüpfen wußte.

Mit den von Clemens Klockner herausgegebenen und eingeleiteten Parteitagsprotokollen der KAPD liegen ohne Zweifel wichtige Dokumente vor, anhand derer sich die Diskussionsprozesse innerhalb der KAPD rekonstruieren lassen. Wenn aber Karl Schröder auf dem Parteitag vom August 1920 bemerkt, daß *»sich für mich die Politik mit der Ethik deckt«* und auf dem nächsten Parteitag feststellt, daß die KAPD *»ganz und gar eine Kind der Revolution«* ist, so läßt sich aus diesen beiden Bemerkungen die ganze Problematik der linkskommunistischen Organisationen herauslesen. Diese lebten immer aus dem Spannungsverhältnis zwischen einem radikalen Basisaktionismus und einem theoretisch formulierten maximalistischen Revolutionsverständnis. Im historischen Rückblick erscheinen beide Verhaltensweisen nicht nur als unmittelbare Einforderung uneingelöster emanzipatorischer Versprechen, sondern auch – obwohl dies dem vordergründigen Augenschein widerspricht – in gewisser Weise als defensiv gegenüber einer politischen Theorie und Praxis, die sich den realen Gegebenheiten zu vermitteln wußte. Die theoretischen Grundmuster des Weimarer Linkskommunismus lassen sich in der Zwischenzeit – und dazu tragen beide Veröffentlichungen, sowohl die Publikation der KAPD-Parteitagsprotokolle als auch die Arbeit von Langels wichtige Mosaiksteine bei – ohne große Probleme rekonstruieren. Anders sieht es allerdings mit den in radikalem Aktionismus sich niederschlagenden Hoffnungen und Erwartungen der die frühen linkskommunistischen Organisationen tragenden Mitgliederbasis aus. Über die wirkliche Mitgliederstruktur, über die konkreten Versuche, dem nur kurzfristig sich artikulierenden Interesse an einer wirklich radikalen Umwälzung der Verhältnisse zum Durchbruch zu verhelfen und über den Niedergang dieser nicht nur spontaneistischen, sondern auch organisierten Revolutionsbewegung lassen sich weiterhin nur Vermutungen anstellen; hier hätte historische Forschung mit neuen Fragestellungen und Zielsetzungen anzusetzen. Das soll aber keineswegs vergessen machen, daß dem

theoretischen Linkskommunismus, wie er von Pannekoek, von Rühle und schließlich von Korsch reflektiert und formuliert worden ist, das große Verdienst zuzusprechen ist, daß sämtliche dogmatische Varianten des Marxismus zumindest in (revolutions-)theoretischer Hinsicht nicht mehr Ernst zu nehmen sind. *Wolf Raul*

Reinhold Görling, »Dinamita Cerebral«. Politischer Prozeß und ästhetische Praxis im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939), Frankfurt/Main 1986, Verlag Klaus Dieter Vervuert, 574 S., DM 48,–.

»Diese Arbeit hat die Frage, was die Dichter zum Spanischen Bürgerkrieg gesagt haben, nicht zum Thema.« Nicht um den Nachvollzug der *»Widerspiegelung gesellschaftlicher Prozesse in den auserwählten Köpfen«*, um eine Reproduktion jenes Mißverständnisses, das sich gerne als materialistische Literatur- oder Kulturtheorie ausgibt, geht es also, vielmehr um den Versuch, dem *»Verhältnis von politischer und ästhetischer Praxis«* in einer konkreten historischen Situation auf die Spur zu kommen, um das Verständnis von ästhetischer Praxis als einem Produktionsverhältnis, das sich in politische und soziale Verhältnisse einmischt.

Die bestimmenden Kräfte im republikanischen Lager während der Zeit des spanischen Bürgerkrieges waren Anarchisten/Anarchosyndikalisten und Kommunisten. Auch wenn für die ersteren *»Kunst eher Medium des neuen Menschen«* war, für die Kommunisten dagegen *»eher Medium der sozialen Verhältnisse«*, so war man sich doch einig in der Erkenntnis, daß die Emanzipation ästhetischer Praxis *»aus dem Kontext sakraler Handlungen nicht ihre Autonomie (konstituiert), sondern sie in die Politik (überführt)«*. Die Revolution, die in Spanien zugleich Bürgerkrieg war, ist jener Ausnahmezustand, in dem ästhetische Praxis und politische Praxis zusammenzufallen scheinen; und sie ist der Schnittpunkt, der zur Analyse der Umgangsformen mit dem Verhältnis zwischen ästhetischer und politischer Praxis am ehesten taugt, der freilegt, was ansonsten hinter Proklamationen und Absichtserklärungen im Verborgenen bleibt.

Die spanische Revolution und der spanische Bürgerkrieg haben eine unübersehbare Flut an literarischen und künstlerischen Verarbeitungen der Ereignisse zur Folge gehabt, ein Bewältigungsprozeß, der den Ereignissen immanent war und bis heute zu keinem Abschluß gefunden hat. Die Fülle des vorliegenden Materials zwingt notwendigerweise zu einem selektiven Blick, der sich in Görlings Arbeit jedoch zu einer Konzentration auf wesentliche Verarbeitungsformen des zur Frage stehenden Verhältnisses von ästhetischer und politischer Praxis verdichtet. Görlings Interesse gilt in erster Linie natürlich jenen beiden Strömungen, die das Erscheinungsbild der Jahre 1936 bis 1939 entscheidend bestimmten: den Anarchisten/Anarchosyndikalisten und den (Partei-)Kommunisten. Der spanische Anarchismus/Anarchosyndikalismus konnte, ehe im Juli 1936 seine entscheidende Stunde schlug, auf eine jahrzehntelange Geschichte eigener kultureller Traditionen zurückblicken. Ausgehend von den zumeist ausgrenzenden Bezeichnungen, mit denen Sozialhistoriker den spanischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus belegt haben, rekonstruiert Görling diesen als eine Bewegung, die – und dies nicht etwa aus Gründen irgendwelcher Rückständigkeit – die *»Identitätslogik bürgerlicher Rationalität«* nicht hat gelten lassen und für die – dies gerade auch im Gegensatz zum marxistischen Geschichtsverständnis – die Geschichte als *»eine Potentialität an imgrunde jederzeit aktualisierbarem subjektivem Reichtum«* galt. Von daher ist es mehr als verständlich, daß sich für die Anarchisten im Juli 1936 die Frage der Macht nicht im Sinne einer Machtübernahme von oben stellte; ganz im Gegenteil galt es, das kurzfristige Machtvakuum von unten, auf dem Wege der wirtschaftlichen Demokratisierung an der Basis, in der Industrie und in der Landwirtschaft, zu füllen: *»Das war der einzige Weg, diesen Bürgerkrieg gesellschaftlich zu gewinnen.«*

Die anarchistische Kultur, die nur aus dem Kontext ihrer Verankerung in einer tradierten Volkskultur zu verstehen ist und zu der Intellektuelle kaum einen Zugang hatten, zielte auf eine Versöhnung von Natur und Vernunft; nur im Zusammenhang einer volkskulturellen Identität, die gleichermaßen durch Alltags- wie kulturelle Praxis gestiftet wurde, konnte das konkrete Individuum, insofern es in Übereinstimmung mit dem Kollektiv lebte, zu seiner Identität finden. Im revolutionären Prozeß hätte diese kollektive Identität, insofern die Grenzziehungen bürgerlicher Ordnung ihrer Legitimität verlustig gegangen wäre, gesamtgesellschaftlich zu sich selber kommen können.
Die Tatsache aber, daß die Revolution zugleich und alsbald in erster Linie Bürgerkrieg war, hat die libertäre Bewegung nicht verkraften können. Es setzten sich in verstärktem Maße jene Trennungen durch, die sie in ihrer ghettoisierten Tradition nie akzeptiert hatte und die gesamtgesellschaftlich aufzuheben sie angetreten war. Einen expliziten Ausdruck fand diese Entwicklung in dem von parteikommunistischer Seite forcierten Konzept einer Kulturpolitik, in dem Schriftsteller und Künstler ihre Namen nur noch für eine als fortschrittlich proklamierte Politik herzugeben hatten. Am Beispiel des 2. Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur, der im Juli 1937 in Spanien stattfand, macht Görling klar, *»daß politisches und ästhetisches Handeln für diese Künstler im Sommer 37 schon so weit in einen Gegensatz geraten war, daß die literarische und künstlerische Produktion gar nicht mehr als politische Praxis verstanden werden konnte«.* In dem Maße, in dem der Bürgerkrieg die Revolution dominierte – eine Erfahrung, die in Spanien nicht zum erstenmal, möglicherweise aber in dieser Form zum letztenmal gemacht wurde – etablierte sich wieder jene Art von politischer Praxis, die für den Anarchismus / Anarchosyndikalismus keine Gültigkeit hatte, an der er aber auch scheiterte: *»Die bis zum vollständigen Verlust an menschlichem Raum getriebene Enge zwischen den Fronten des Stalinismus und des Faschismus ist eine, ja vielleicht die historische Wahrheit des Spanischen Bürgerkrieges.«*
Görlings Arbeit geht in der Ausarbeitung der hier nur kurz skizzierten, sich kontrovers gegenüberstehenden Konzepte des Umgangs mit dem Verhältnis zwischen ästhetischer und politischer Praxis jedoch nicht auf. Görling reflektiert zudem, immer unter Berücksichtigung der leitenden Fragestellung, den Einsatz moderner Massenkommunikationsmittel am Beispiel der Fotoberichte Robert Capas, die *»Differenz zwischen Ästhetisierung von Politik und ästhetischer Erfahrung politischer Prozesse«* am Beispiel der Autoren André Malraux, George Orwell und Arturo Barea und beschäftigt sich in eigenen Kapitel mit César Vallejo, Oto Bihalji-Merin und Michail Kol'cov, der, so Görling, bevor er nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion Ende 1937 verhaftet wurde und in einem Lager verschwand *»in Spanien politische Ziele verfolgte(n), die auf eine Veränderung der Lage in der Sowjetunion abzielten«.*

Wolf Raul

Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung, Historische Zeitschrift, Sonderheft 15, München 1986, R. Oldenbourg Verlag, 896 S., DM 198,–.

Während man sich vor noch gar nicht so langer Zeit die Geschichte der Arbeiterbewegung entlang vorgegebener Linien, die sich an bestimmten historischen Fixpunkten orientierten, aneignen konnte, stößt dieses Verfahren, insbesondere seitdem die expandierende Sozialgeschichtsschreibung sich zunehmend von der Organisations- und Ideengeschichte ab- und der konkreten Realität der Arbeiter(innen) zugewandt hat, zunehmend auf Schwierigkeiten. Die Rezeption und Interpretation der Forschungsergebnisse entlang politisch vorgegebener Interpretationsmuster mag zwar in mancherlei Hinsicht immer noch dienlich sein, kann aber nicht

über eine zunehmende Unsicherheit hinsichtlich überkommener Denkschablonen hinwegtäuschen. Sicherlich nicht ohne Belang ist dabei die einfache Tatsache, daß auch für eingefleischte Fachhistoriker(innen) der Literaturausstoß auch zu eingegrenzten Fachgebieten kaum noch zu überblicken ist. So bemerkt sogar Klaus Tenfelde in seinem die von ihm herausgegebene voluminöse *»Dokumentation der Forschungsentwicklung«* einleitenden und als *»bibliographischer Einstieg in vergleichende Betrachtungsweisen«* gedachten Beitrag über »Sozialgeschichte und vergleichende Geschichte der Arbeiter«: *»Was geboten wird, ist stark selektiv.«* Dabei braucht sich das, was in den insgesamt achtzehn Beiträgen der folgenden sechs Kapitel, die durch ein von Dieter Dowe zusammengestelltes »Verzeichnis der Archive, Bibliotheken, Arbeitskreise und Forschungsinstitute zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung« ergänzt werden, dann tatsächlich vor dem neugierigen Auge des an Übersichtsdarstellungen zu wichtigen Themenbereichen aus der Arbeiterbewegungsforschung interessierten Lesers ausgebreitet wird, nicht zu verstecken.
Ohne daß nun alle Beiträge im einzelnen aufgelistet oder gar näher skizziert werden können, soll doch ein grober Überblick eine erste Orientierung geben. Die nach dem schon erwähnten, ausführlichen und bibliographisch überfrachteten Einleitungsbeitrag von Tenfelde folgenden zwei Texte (Hermann Wellenreuther, Albert Eßer) befassen sich mit Arbeitern im 18. Jahrhundert; es folgen drei Beiträge (Hartmut Kaelble, John Breuilly, Geoffrey Crossick), die dem Themenbereich soziale Schichtung und soziale Ungleichheit im 19. und frühen 20. Jahrhundert gewidmet sind und zwei Beiträge über »Class and Community« (David F. Crew) und Arbeiterkultur (Vernon Lidtke). Am interessantesten scheinen die Beiträge der Kapitel V (Sozialer Konflikt und Gewerkschaften) und Kapitel VI (Zur Ideologie und Politik der Arbeiterbewegung). Neben den Texten von Dick Geary (Protest and Strike), Jens Flemming (Landarbeiter in Deutschland) und Michael Schneider (Christliche Arbeiterbewegung in Europa) zieht besonders die Studie von Peter Schöttler über »Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung« das Interesse auf sich. Leider befaßt sich Schöttler, entgegen der mit dem Titel erweckten Erwartungen, fast ausschließlich mit dem französischen, in kurzen Kapiteln auch mit dem britischen und deutschen Syndikalismus. Von größter Wichtigkeit wäre hier natürlich die Einbeziehung gerade des spanischen Syndikalismus gewesen, aber man darf wohl davon ausgehen, daß dem nicht so sehr die außergewöhnliche Rolle, die der Syndikalimus in Spanien lange Zeit gespielt hat als vielmehr sprachliche Inkompetenz einen Riegel vorgeschoben hat. Besonders erwähnenswert ist der ausführliche Beitrag von Gian Mario Bravo über die Frühsozialismusforschung, dem Beiträge von Ernst Hanisch über die Marxismusrezeption in der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung und Hans-Gerhard Husung über »Arbeiter und Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg in Deutschland und England« folgen. Das abschließende siebte Kapitel enthält schließlich Beiträge zur Entwicklung der Geschichtsschreibung über Arbeiter und Arbeiterbewegung in den USA (Irmgard Steinisch), Norwegen und Schweden (Einhart Lorenz), Polen und der Sowjetunion (Anna Zarnowska / Janusz Zarnowski; Leonid Luks).

Wolfgang Braunschädel

Daß weibliche Produktivität sich nicht in vorgegebene gesellschaftliche Kategorien und in das Modell der Geschlechterstereotypen pressen läßt, dokumentiert **Eva Walters** Sozialgeschichte deutscher Schriftstellerinnen (**Schrieb oft, von Mägde Arbeit müde. Lebenszusammenhänge deutscher Schriftstellerinnen um 1800. Schritte zur bürgerlichen Weiblichkeit**, Düsseldorf 1985, Schwann, 278 S., DM 34,–). Frauenarbeit in der Hauswirtschaft ist eine ökonomische Tätigkeit, die in den Kontext von notwendiger Eigenproduktion und Zwang

zum Gelderwerb eingespannt ist. Zu der komplexen ökonomischen Basis weiblicher Lebenszusammenhänge gehört die *»frauenzentrierte Familienökonomie«* (Annette Kuhn) wie sämtliche Tätigkeiten, die Geld einbringen. Weibliche Schriftstellerei war kein bloßer Zeitvertreib, sondern oft eine notwendige zusätzliche Erwerbsmöglichkeit. Die Art veränderter Wirtschaftsführung – Ankauf von Rohprodukten zur Weiterverarbeitung anstatt Vorratswirtschaft auf der Basis von Eigenproduktion – bedingte einen vermehrten Gelderwerb, zu dem diese Frauen durch ihre Schriftstellerei beitrugen. Geschrieben wurde aber nur, wenn Zeit dazu vorhanden schien, ein festgelegter Freiraum war dafür nicht vorhanden. Beim Überprüfen der biographischen Daten der Schriftstellerinnen wird man feststellen, daß der Beginn schriftstellerischer Tätigkeit bei den meisten Frauen in den Zeitraum einer »zweiten Jugend« fiel. Die in diesem Band vorgestellten Frauen hatten oft ihr dreißigstes Lebensjahr überschritten, sie waren entweder aus Konvenienzehen ausgebrochen, geschieden oder verwitwet, verfügten über Bildung und stellten somit insgesamt betrachtet eine gesellschaftliche Ausnahmeerscheinung dar, die auch in der Folgezeit nicht allgemein akzeptiert wurde.

Einem Aufsatz von Doris Freer im **Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft, hrsg. v. Anne Schlüter / Annette Kuhn** (Düsseldorf 1986, Schwann, 279 S., DM 34,–) läßt sich entnehmen, daß der Beruf der Schriftstellerin einer Tabuverletzung gleichkam. Wohl deshalb wurden die Namen von Autorinnen in biographischen Lexika unter dem ihrer schriftstellernden Ehemänner verzeichnet, wie im Fall der Caroline de la Motte-Fouqué. Ebenso unterstand ihr Lebenswandel einer strengen Kontrolle: Noch in unserer Zeit hat Arno Schmidt bei besagter Schriftstellerin die Anzahl ihrer Liebschaften exakt nachgehalten, um sie als *»geschäftige Lebedame«* zu diffamieren. Nicht anders erging es Ende des letzten und Anfang diesen Jahrhunderts zugelassenen Studentinnen und Dozentinnen, die nur selten in den Augen von Hochschullehrerschaft und Kommilitonen Verständnis fanden. Als zu bedrohlich wurden vom Männerbund das »Überweib« und der damit prophezeite Zerfall des edelsten Berufes, der Mutterschaft, empfunden. Die Angst vor der Popularisierung der Wissenschaft durch Öffnung für die mittleren Stände wie für Frauen wurde mit der Unterstellung begründet, die Universitäten seien überfüllt und kaum noch vorhandene Arbeitsplätze würden den Männern streitig gemacht. Frauenstudium sei somit entbehrlicher Luxus, eine Modeerscheinung und erhöhe nur unnötig die Konkurrenz.

Das Internationale Historikerinnentreffen hat sich dagegen trotz aller patriarchaler Widerstände zur unentbehrlichen Einrichtung zu machen gewußt. Der Schwerpunkt des Bonner Treffens vom Mai 1985 lag bei den Themen »Frauenarbeit« und »Weiblichkeitsbilder«. Eine Auswahl aus den dort gehaltenen Vorträgen präsentiert der Band **Frauenmacht in der Geschichte. Beiträge des Historikerinnentreffens 1985 zur Frauengeschichtsforschung, hrsg. v. Jutta Dalhoff / Uschi Frey / Ingrid Schöll** (Düsseldorf 1986, Schwann, 408 S., DM 38,–). Der chronologische Rahmen der Beiträge erstreckt sich von der Antike bis zum Ende der fünfziger Jahre. Im Vorwort schildern die Herausgeberinnen den Konflikt zwischen Frauengeschichtsforschung als einer akademischen Disziplin einerseits und als Ausdruck selbstbestimmten Suchens von Frauen nach ihrer Identität andererseits. Das Treffen intendierte beides: Zum einen, Fortschritte in der wissenschaftlichen Erkenntnis der vielfältigen Ursachen von Frauenunterdrückung zu gewinnen und zum anderen, zugleich den Mut zur gemeinsamen feministischen Praxis zu vermitteln; ein Anspruch, der in den kurzen Aufsätzen weitgehend eingelöst wird. In knapper Form sind ihnen Intentionen und persönlicher Bezugsrahmen der Autorinnen vorangestellt. So lehnt Vera Konieczka es ab, als Historikerin über ein *»hygienisches Ich«* zu verfügen; sie sei im Gegenteil ebenso befangen wie männliche Historiker. Insofern es keine Werturteilsfreiheit gibt, ist historisches Interesse mit biographischen Motiven

behaftet, die sich in den Vorstellungen der Forschenden von ihrem Forschungsgegenstand niederschlagen und die es zu entmystifizieren gilt.

Thea A. Struchtemeier

Robert Reitzel, 1849 in Südbaden geboren, war Ende der sechziger Jahre in die Vereinigten Staaten ausgewandert, wo er sich in einer nicht unbedingt nachahmenswerten Karriere vom Landstreicher zum Pfarrer entwickelte, ehe er diesem Leben den Rücken kehrte und sich als Freidenker, Religionskritiker und Anarchist besonders mit der von ihm herausgegebenen Wochenzeitung »Der arme Teufel«, die seit Ende 1884 in Detroit erschien und die zu seinem Lebenswerk werden sollte, einen Namen machte. **Ulrike Heider** hat in einer populären, manchmal allzu oberflächlich aktualisierenden und historisch-kritischen Ansprüchen sicherlich nicht immer gerecht werdenden Arbeit, die auch (zumeist gekürzte) Texte von und über Reitzel enthält, Leben und Werk dieses weitgehend vergessenen, kulturkritisch orientierten Anarchisten zusammenfassend dargestellt (**Der arme Teufel. Robert Reitzel. Vom Vormärz zum Haymarket, Bühl-Moos 1986, Elster Verlag, 194 S., DM 28,–**).

In Fortsetzung der bereits im letzten »Bochumer Archiv« angezeigten Ausgabe für die Jahre 1979–1982 ist jetzt die zweite Folge des von **Michael Kluck** und **Rüdiger Zimmermann** bearbeiteten Nachschlagewerkes **Arbeiterkultur. Forschungs- und Literaturdokumentation 1983–1985** erschienen (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 5300 Bonn 1, 330 S., DM 48,–). Aufbau und Struktur der Dokumentation sind nicht geändert worden, hinzugekommen ist ein Verzeichnis der ausgewerteten Zeitschriften. Aufgenommen wurden insgesamt 581 Nachweise, darunter 512 Literaturtitel und 69 Forschungsprojekte. Wie bereits mit der ersten Ausgabe liegt damit wieder ein brauchbares und informatives Nachschlagewerk vor, das auch in Zukunft im Dreijahresrhythmus weitergeführt werden soll.

Nachdem die lange Jahre bei Ullstein erschienene »Sozialgeschichtliche Bibliothek« eingestellt worden war, hat sie jetzt, herausgegeben von Dieter und Ruth Groh, im Drumlin Verlag eine neue Heimstatt gefunden. Erschienen sind bisher drei Bände, darunter Werner Troßbachs in diesem »Archiv« ausführlich besprochene Arbeit »Soziale Bewegung und politische Erfahrung. Bäuerlicher Protest in hessischen Territorien 1648–1806«. Mit **Jacques Le Goffs Für ein anderes Mittelalter. Zeit, Arbeit und Kultur im Europa des 5.-15. Jahrhunderts** (191 S., DM 32,–) liegt der Nachdruck einer seinerzeit schnell vergriffenen Textsammlung vor, in der Le Goff bestimmende Aspekte der angesprochenen Epoche abhandelt (u. a. die Dreigliederung der mittelalterlichen Gesellschaft, die mittelalterliche Universität, die kirchliche Kultur) und in einem abschließenden Beitrag über »Geschichtswissenschaft und Erforschung des Alltags« methodische Grundsatzprobleme diskutiert. **Horst Steffens** schließlich beschäftigt sich in seiner Konstanzer Dissertation **Autorität und Revolte** mit – so der Untertitel *»Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jahrhundert«* (419 S., DM 38,–). Das Saarrevier hat in der bisherigen sozialgeschichtlichen Forschung so gut wie keine Berücksichtigung gefunden; insofern leistet Steffens mit seiner dem alltagsgeschichtlichen Ansatz verpflichteten und sicherlich auch für Nicht-Fachleute lesenswerten Studie Pionierarbeit.

Das »Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis« in Amsterdam ist seit Jahrzehnten eine Wallfahrtsstätte für alle an der Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten. **Maria Hunink** hat in ihrer Arbeit **De Papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935–1947** (Amsterdam 1986, 384 S., 90 Fotos, 45,– Gulden; erhältlich über das Instituut: Kabelweg 51, NL-1014 BA Amsterdam) die Entstehungsgeschichte und die frühen, entscheidenden und schwierigen Jahre des Instituts rekonstruiert. 1935 gegründet, konnte das Institut in den folgenden Jahren bedeutende Archive und Bibliotheken erstehen, die den Grundstein für die wohl auch heute noch einmalige Sammlung legten. Mit der Besetzung der Niederlande durch deutsche Truppen begannen die schwierigsten Jahre des Instituts; wichtige und unersetzbare Teile der Sammlungen waren sicherheitshalber bereits zuvor ausgelagert worden, ein anderer Teil wurde erst nach Kriegsende in Deutschland wiedergefunden. Maria Huninks Darstellung enthält einen umfangreichen, gut die Hälfte des Buches umfassenden Anhang, in dem zahlreiche Dokumente (viele auch in deutscher Sprache) abgedruckt sind, die den Hintergrund der Entstehungsgeschichte und frühen Schwierigkeiten beleuchten.

Da die amerikanische Originalausgabe im letzten »Archiv« bereits ausführlich vorgestellt wurde, soll hier ein kurzer Hinweis auf die jetzt vorliegende Übersetzung von **Candace Falks Liebe und Anarchie & Emma Goldman. Eine Biographie** (Karin Kramer Verlag, Berlin 1987, 360 S., DM 39,80) genügen. Candace Falk rekonstruiert in dieser Arbeit, eingebettet in die Geschichte ihrer politischen Aktivitäten, die recht unglücklich verlaufene Liebesgeschichte zwischen Emma Goldman und ihrem zeitweiligen Mitarbeiter Ben Reitman. Die Biographie, die vorwiegend die mehr private Seite von Emma Goldman beleuchtet, läßt sich als erhellende Ergänzung zu ihrer Autobiographie »Gelebtes Leben« lesen, die in einer dreibändigen Ausgabe ebenfalls im Karin Kramer Verlag vorliegt.

Die Beschäftigung mit Leo Trotsky und besonders auch mit der trotzkistischen Bewegung hat sich zu einem eigenen Forschungszweig entwickelt. 1972 hatte Louis Sinclair, basierend auf seinem schon in den sechziger Jahren erschienenen zweibändigen Werk »Records of Leon Trotsky« seine voluminöse Arbeit »Leon Trotsky. A Bibliography« veröffentlicht, der später noch zwei Ergänzungsbände folgten. In Paris wurde 1978 ein Trotsky-Institut gegründet, das die Zeitschrift »Cahiers Léon Trotsky« herausgibt und ebenfalls in Paris erscheinen die »Cahiers du C.E.R.M.T.R.I«, die sich mit den trotzkistischen Bewegungen beschäftigen. **Wolfgang Lubitz** hat sich mit der von ihm herausgegebenen **Trotsky Bibliography. Bibliographie selbständiger und unselbständiger Schriften über L.D. Trockij und den Trotzkismus** (München/New York/London/Paris 1982, K.G. Saur, 458 S., DM 120,–) zum Ziel gesetzt, *»die Literatur über Leben und Werk Lev Davydovic Trockijs (1879–1940 und über die auf seinen Theorien und Einschätzungen basierende Strömung innerhalb der marxistischen Linken, die gemeinhin als 'Trotzkismus' bzw. als 'Vierte Internationale' bezeichnet wird«* zusammenzustellen, ohne dabei einen ohnehin kaum zu erfüllenden Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit zu erheben. Aufgenommen wurden nur Titel, die in einer europäischen Sprache verfaßt sind, weitgehend unberücksichtigt blieben die publizistischen Erzeugnisse des innertrotzkistischen Organisationslebens. Aufnahme fanden schließlich insgesamt 3227 Titel, die durch fünf Register erschlossen sind: ein Sach- und Personenregister, ein Quellenregister, ein Serienregister, ein chronologisches Register (dem zu entnehmen ist, daß das Interesse an

Trotsky und dem Trotzkismus seit Mitte der sechziger Jahre gegenüber früheren Jahren – mit Ausnahme der Jahre 1924–1929 und 1936–1938 – erheblich zugenommen hat) und ein Hochschulschriftenregister. Mit den beiden Bibliographien von Sinclair und Lubitz sind Primär- und Sekundärliteratur hervorragend erschlossen – was immer noch fehlt, ist die schon lange angekündigte, in Arbeit befindliche, aber immer noch nicht begonnene große deutschsprachige Ausgabe von Trotskys Werken.

Soziale Bewegungen, die nicht von dem gekrönt sind, was man gemeinhin als Erfolg bezeichnet, drohen mehr oder weniger schnell in Vergessenheit zu geraten. Über Publizität konnten sich die Anarchisten zwar nie beklagen, aber zumeist mußte man diese doch der eher fragwürdigen Art zurechnen. Max Nettlau hatte mit seiner 1897 erschienenen »Bibliographie de l'Anarchie« einen ersten umfassenden, in dieser Intention und diesem Umfang wohl nicht mehr zu realisierenden Versuch unternommen, auf anarchistische Denker und anarchistische Bewegungen hinzuweisen und sie vor dem Vergessen zu bewahren. Das von **Denise Fauvel-Rouif, Janine Gaillemin, Marie-Aude Sowerwine-Mareschal** und **Diana Richet** unter dem Titel **L'Anarchisme. Catalogue de Livres et Brochures des XIXe et XXe Siècles** (Paris/München/New York/London 1982, K.G. Saur 1982, 170 S., DM 48,–) vorgelegte Bestandsverzeichnis des Institut Français d'Histoire Sociale in Paris kann demgegenüber nur Hinweise geben und Neugierde erwecken. Zustandegekommen ist die umfangreiche Sammlung des Instituts durch Schenkungen u.a. von Emile Armand, dem langjährigen Herausgeber individualanarchistischer Zeitschriften, Pierre Monatte und Maurice Dommanget, der sich mit seinen historischen Arbeiten einen Namen gemacht hat. Diese Art des Zustandekommens bestimmt natürlich den unsystematischen, gleichwohl viele Themen und Bereiche umfassenden Charakter der Sammlung.

Dem Geheimnis des B. Traven waren viele auf der Spur; manch einer ist fündig geworden, viele haben sich im Gestrüpp ihrer Vermutungen verloren. **Angelika Machinek** will mit ihrer Arbeit **B. Traven und Max Stirner. Der Einfluß Stirners auf das Werk von Ret Marut/B. Traven** (Göttingen 1986, Verlag Davids Drucke, 296 S., DM 28,–) keinen weiteren Baustein zu der *»wissenschaftlich halsbrecherische(n) Arbeitsweise der biographisch orientierten Travenforschung«* liefern, sondern auf der Basis eines kulturhistorischen und ideengeschichtlichen Ansatzes nachweisen, daß sich sowohl der Münchener Ret Marut als auch der Mexikaner B. Traven der seit der Marxschen Polemik immer wieder verfemten Konzeption der radikalen Selbstverwirklichung Max Stirners verpflichtet wissen. Nach dem einleitenden Kapitel, in dem sich die Autorin mit dem Autor B. Traven, seinem Werk und dessen Rezeption beschäftigt, folgen im zweiten Kapitel ein Abriß von Stirners philosophischem Denken und eine Skizzierung des intellektuellen Milieus, in dem sich Ret Marut in seiner Münchener Zeit bewegte und das nicht zuletzt durch eine von John Henry Mackay eingeleitete Stirner-Renaissance gekennzeichnet war. Im abschließenden längsten Kapitel analysiert Angelika Machinek zentrale Themenbereiche aus dem Werk Ret Maruts/B. Travens. *»Als unabdingbare Voraussetzung einer Revolution«*, so die Autorin, betrachtet B. Traven im Anschluß an Max Stirner *»eine individuelle Bewußtseinsentwicklung ..., in deren Verlauf der Mensch Sensibilität für die Erscheinungsformen von Herrschaft entwickelt und sie nicht mehr erträgt«.*

Ein **Lexikon des Sozialismus** (Köln 1986, Bund Verlag, 774 S., DM 112,–), *»das erste ... im deutschen Sprachbereich«*, erweckt erst einmal gespannte Erwartungen, besonders da es sich *»auf die Gesamtheit der Bestrebungen, die sich aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts entwickelt haben«* bezieht, also auch Kommunismus und Anarchismus berücksichtigt. Liest man weiter, daß dieser Ansatz den Herausgebern problematisch erscheint, sie aber gleichwohl die Gesamtheit der Arbeiterbewegung *»aus der Perspektive des Demokratischen Sozialismus zu betrachten«* sich vorgenommen haben, so mag ein erstes Mißtrauen angebracht erscheinen. Schlägt man dann den Artikel über »Anarchismus« nach, so stürzt man von einer Verwunderung zur nächsten. *»Die Geschichte gab den Anarchisten weitgehend recht«*, heißt es dort gleich zu Beginn – aber, so einschränkend, natürlich nur, was die Entwicklung in den sozialistischen Ländern betrifft. Hierzulande sieht das alles schon ganz anders aus: *»Die Geschichte zeigte jedoch, daß konsequenter Kampf der Gewerkschaften und Arbeiterparteien die soziale Lage der Arbeiter mehr verbessern und daß große Streiks die kapitalistische Gesellschaftsordnung mehr erschüttern konnten als Jahrzehnte anarchistisch-revolutionärer Agitation, Geheimbündelei, Terror, Bombenwerfen oder gar die Kriminalität von 'Rote-Armee-Fraktionen', die von den Arbeitermassen nicht wie Maos Guerilla geschützt, sondern ausgestoßen wurden.«* Einmal abgesehen davon, wo der sicherlich als Experte geltende Franz Neumann die von Gewerkschaften erschütterte kapitalistische Gesellschaftsordnung erblickt hat: Das Konglomerat aus Unterstellungen, Denunziationen und schlichter Unwahrheit im zweiten Teil des Satzes könnte jeder billigen Hetzschrift entnommen sein. Anarchistische Praxis assoziiert Neumann mit dem Vokabular eines Kriminalisten: *»Gewalt, Mord und Chaos«*, *»Mörder«*, *»Kriminelle«*, *»Terror und Chaos«*, *»Attentäter und Banditen«*, die bekannten anarchistischen Schreckgespenster Bakunin, Kropotkin und Most, denen natürlich keine eigenen Beiträge gewidmet sind, hatten offensichtlich, so wird suggeriert, nichts als Gewalt im Sinn, Max Stirner *»(verherrlichte) den Mord als Recht des 'Einzigen'«*, womit seine Philosophie sicherlich präzise auf den Begriff gebracht ist, *»anarchistische Attentäter nahmen es auch hin, daß Frauen und Kinder ihre Opfer wurden«*, ein Hinweis, mit dem sicherlich den einfacheren Gemütern unter den Lesern Genüge getan werden soll und zu aller Überraschung hat Franz Neumann eine wirklich überzeugende Erklärung für die Chicagoer Haymarket-Ereignisse des Jahres 1886: Ein Jahr zuvor nämlich, 1885, war in der Chicagoer anarchistischen Zeitung »Alarm« ein von Neumann ausführlich zitierter Leserbrief erschienen, in dem die Herstellung einer Dynamitbombe beschrieben wurde! Daß Neumann für Max Nettlaus in der Zwischenzeit mehrfach erschienene »Geschichte der Anarchie« (von der zudem mittlerweile insgesamt fünf Bände vorliegen) kein Erscheinungsdatum anzugeben weiß, verwundert spätestens dann nicht mehr, wenn man gerade bei den Literaturangaben auch bei zahlreichen anderen Stichwörtern auf merkwürdige Verfahrensweisen stößt; so wird z. B. Erhard Lucas' dreibändige »Märzrevolution« in Detlef Lehnerts Artikel »Revolutionäre Nachkriegskämpfe« als zweibändiges Werk zitiert, im Artikel zu Rosa Luxemburg findet die fünfbändige Ausgabe der Briefe keine Erwähnung und bei Rudolf Rocker hätte man sich, neben der Erwähnung seiner gekürzt vorliegenden Memoiren, zumindest einen Hinweis auf sein vor einigen Jahren wiederveröffentlichtes Hauptwerk »Nationalismus und Kultur« gewünscht.

Es ist keine Frage, daß sich die rund 650 Stichwörter des Lexikons nicht allesamt auf dem eher peinlichen Niveau des »Anarchismus«-Artikels bewegen und es ist auch verständlich, daß bei mehr als 200 Mitarbeitern sowohl hinsichtlich des informativen als auch des qualitativen Gehalts sehr unterschiedliche Kost geboten wird. Aber auch ein Lexikon, dessen Herausgeber sich von vorneherein einer bestimmten politischen Sichtweise verpflichtet wissen, muß sich daran messen lassen, wie gerade mit den politischen Strömungen und Inhalten verfahren wird,

denen sich Herausgeber und Autoren nicht verwandt fühlen.

Dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus sind in den letzten Jahren derart viele Würdigungen zu Teil geworden, daß man sich manchmal fragen mußte, wer in diesen zwölf Jahren eigentlich keinen Widerstand geleistet hat. Während der Widerstand im Alltag verortet wurde, SPD und KPD wegen ihres diesbezüglichen Versagens fast schon mehr bemitleidet als kritisiert werden, ist die Widerstandstätigkeit vieler kleinerer Organisationen bisher allenfalls marginal abgehandelt worden. **Jan Foitzik** hat diesem Zustand mit seiner materialreichen, wenn auch in Details nicht immer stimmigen Arbeit **Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils** (Bonn 1986, Verlag Neue Gesellschaft, 364 S., DM 58,–) abgeholfen. Foitzik skizziert die Geschichte der linken Kleingruppen in den letzten Jahren der Weimarer Republik – wobei man z. B. erfährt, daß sich die »Roten Kämpfer«, bei denen die ehemalige Berliner Führungsgruppe der KAPD weitgehend wieder zusammenfand, in realistischer Einschätzung der sich anbahnenden Entwicklung schon Jahre vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten auf die Illegalität vorbereiteten –, den Widerstand dieser Gruppierungen in Deutschland bis zum Ende der dreißiger Jahre sowie die Diskussionen und Auseinandersetzungen im Exil. Berücksichtigung finden neben der SAPD und der KPO die (trotzkistische) Linke Opposition, die ORG/Neu Beginnen, die Revolutionären Sozialisten Deutschlands, der Internationale Sozialistische Kampfbund, die Freie Arbeiter-Union Deutschlands sowie die schon erwähnten Roten Kämpfer. Abgeschlossen wird Foitziks verdienstvolle Arbeit mit einem nahezu hundert Seiten umfassenden Verzeichnis von Kurzbiographien, einem Verzeichnis von Decknamen und Pseudonymen, einer Auflistung der Exilperiodika der genannten Gruppierungen und einer geographischen Übersicht über die Schwerpunkte der Widerstandstätigkeit in Deutschland nach 1933.

Die Bände XXV und XXVI des **Archiv für Sozialgeschichte** präsentieren sich in gewohntem Umfang und besonders mit dem wie üblich informativen Rezensionsteil (Bonn 1985/1986, Verlag Neue Gesellschaft, 840 S/812 S., DM 132,–/138,–). Die Beiträge des Bandes XXV konzentrieren sich auf den Themenbereich »Sozialdemokratie und Kommunalpolitik im 20. Jahrhundert«. Neben inhaltlich unterschiedlich orientierten und zeitlich in den zwanziger Jahren angesiedelten Lokalstudien zu München (Anneliese Kreitmeier), Hamburg und Wien (Adelheid von Saldern), Braunschweig (Barbara Händler-Lachmann) und Wien (Wolfgang Maderthaner) sind von besonderem, über den eigentlichen Themenbereich hinausgehenden Interesse Beiträge von Heidrun Homburg über »Arbeitslosenpolitik und Fraktionierung der Arbeiterschaft in Deutschland 1930–1933 am Beispiel der Wohlfahrtserwerbslosen und der kommunalen Wohlfahrtshilfe« sowie von Gabriele Gorzka über »Alltag der städtischen Arbeiterschaft in Sowjetrußland 1918–1921«. Im Mittelpunkt von Band XXVI stehen Beiträge, die verschiedene Aspekte der Weimarer Sozialdemokratie beleuchten; Dorothea Beck befaßt sich mit dem Selbstverständnis der *»militanten Sozialisten«* Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff und Kurt Schumacher, Walter Euchner mit dem Demokratieverständnis der Sozialdemokratie, Wolfram Wette mit Sozialdemokratie und Pazifismus. Erwähnenswert ist daneben besonders ein Text über *»die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933«* von Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch.

Heft 1 (12,– DM)

J. Rancier / P. Vauday
Auf dem Weg zur Weltausstellung: Der Arbeiter, seine Frau und die Maschinen

K. Burkhard
Thomas Hodgskins »Travel in the North of Germany« (1820)

A. Brandenburg / J. Materna
Zum Aufbruch in die Fabrikgesellschaft: Arbeitersiedlungen

G. Mergner
Johannes Knief und seine Region, Teil 1

Heft 2/3 (16,– DM)

K. Burkhard
Zwischen Autonomie und Philantropie. Zu den Anfängen der Arbeiterbildung in England

G. Mergner
Johannes Knief und seine Region, Teil 2

D. Rossmann
Statische Repräsentanz: Kommunistische Öffentlichkeit in einer Kleinstadt der Weimarer Republik

Heft 4 (12,– DM)

A. Bergmann
Geburtenrückgang – Gebärstreik. Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin

A. Brandenburg / W. Braunschädel / J. Hausmann / J. Materna
Ruhr-Universität Bochum

D. Vanoli
Die Seidenklöster

G. St. Jones
Die Grenzen proletarischer Theoriebildung in England vor 1850

Heft 5 (12,– DM)

James Wickham
Sozialfaschismus und Spaltung der Arbeiterbewegung: Arbeiter und politische Parteien in Frankfurt 1929/30

Joachim Bruhn
Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff

Helga Grubitzsch
Mutterschaft und Mutterideologie in der Geschichte der Frauenbewegung

Heft 6 (14,– DM)

Bernd Nitzschke
Die nationalsozialistischen »medizinischen« Experimente

Ulrich Wyrwa
Der Alkoholgenuß der Hamburgischen Unterschichten (1750–1850)

Manfred Liebel
Die Arbeit kann uns gestohlen bleiben! Historische Skizzen zur Arbeitslust bei Jugendlichen

Heft 7 (22,– DM)

Christoph Bartels
Schieferdörfer im Linksrheingebiet

Dieter Gündisch
Arbeiterbewegung und Widerstand in Wetzlar 1933

Beate Fieseler
Intelligencija-Frauen und Arbeiterinnen in städtischen Zirkeln Rußlands, 1870–1900

Petra Weber
Der Assoziationsgedanke d. Anarchisten

Neugierde ist das Wesen der Deutschen im Geschichtlichen. Was sie noch nicht kennen, noch nicht besitzen, muß ihnen zu eigen werden wie Bratheringe am Abend mit Bockbier.

Karl Otten

DM 22,–